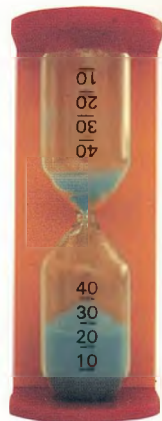
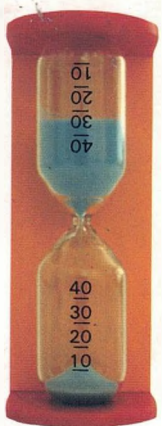




IM TRABI DURCH DIE ZEIT – 40 JAHRE LEBEN IN DER DDR



HERAUSGEGEBEN VON
EGON HÖLDER

Sozialutopischer Anspruch und wirtschaftliche Realität :
Von der "neuen ökonomischen Politik"
zum wirtschaftlichen Zerfall

Trabi und Datsche als Wohlstandssymbole :
Von der Not der Nachkriegsjahre
zu gesichertem Einkommen

Wohnungsmisere trotz beachtlicher Bauleistungen :
Von der Enttrümmerung zur Plattenbauweise

Reiselust und Reisefrust :
Vom gewerkschaftlich organisierten Urlaub
zum begrenzten Tourismus

Teilansichten aus einem vielseitigen
Bilderbogen durch vier Jahrzehnte.

Jeder der dargestellten Gesellschafts- und
Lebensbereiche birgt ein Stück Geschichte,
Erinnerung oder Neuland.

Mit diesem Buch werden auch viele Daten über
den sozialistischen Alltag erstmals einem
breiteren Leserkreis vorgelegt.

ISBN 3-8246-0330-6

METZLER
POESCHEL

Im Trabi durch die Zeit – 40 Jahre Leben in der DDR

*Herausgegeben
von
Egon Holder*

mit einem Geleitwort von
Rainer Eppelmann

**METZLER
POESCHEL**

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

[Im Trabi durch die Zeit: 40 Jahre Leben
in der DDR](#) / hrsg. von Egon Holder.

Mit einem Geleitw. von Rainer Eppelmann. –

Stuttgart: Metzler-Poeschel, 1992

ISBN 3-8246-0330-6

NE: Holder, Egon [Hrsg.]

Bestellnummer: 1010 910-92900

ISBN 3-8246-0330-6

DM 29,80

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1992

Alle Rechte vorbehalten. Es ist insbesondere nicht gestattet, ohne ausdrückliche Genehmigung des Statistischen Bundesamtes diese Veröffentlichung oder Teile daraus zu übersetzen, zu vervielfältigen, auf Mikrofilm/-fiche zu verfilmen oder in elektronische Systeme einzuspeichern.

J.B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung
und Carl Ernst Poeschel Verlag GmbH
in Stuttgart

Graphiken: Schwarz und Bell, Wiesbaden

Bildquellennachweise bei den Fotos

Satz: Typobauer GmbH, Scharnhausen

Druck: Mairs Graphische Betriebe, Kemnat

Printed in Germany

Inhalt

Zum Geleit	5
Vorwort.....	7
Einleitung: Im Zug der Zeit – Vier Jahrzehnte DDR	11
Von der «neuen ökonomischen Politik» zum wirtschaftlichen Zerfall – sozialer Anspruch und wirtschaftliche Realität in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.....	19
Vom Flüchtlingsstrom zur Massenflucht – die Bevölkerungsentwicklung.....	55
Von der «Demokratisierung der deutschen Schule» zum sozialistischen Bildungssystem – der Weg vom Kindergarten zum Beruf.....	49
Vom 1. Jugendgesetz zur organisierten DDR-Jugend – junge Menschen in der Vielfalt ihrer gesellschaftlichen Funktionen	67
Von «jeder zweiten» Frau zu «neun von zehn» Frauen – der Arbeitsmarkt gekennzeichnet durch viele berufstätige Frauen	77
Von der Not der Nachkriegsjahre zu gesichertem Einkommen – die Entwicklung des Lebensstandards	97
Von 5 Pfennigen für ein Brötchen bis 7'000 Mark für ein Fernsehgerät – die Preise in der Planwirtschaft	111
Von 280 Mark zu 11'850 Mark – 40 Jahre Sparen.....	121
Von der Verstaatlichung der Banken zum Bankrott – Staat, Staatshaushalt und Finanzen	129
Von der Lebensmittelkarte zur Warteliste für das Auto – die planwirtschaftliche Entwicklung des Einzelhandels	159

Von der PGH zur Komplexannahmestelle – das Handwerk zwischen echtem Handwerk und Dienstleistungsunternehmen	153
Vom Fortschritt durch Verstaatlichung zum Rückstand in der Produktivität – die Industrie als wichtigster Wirtschaftsbereich	163
Von den Reparationen zum RGW-Lieferanten und zum Schalck-Imperium – der Aussenhandel	175
Von der Enteignung der Bauern zu spezialisierten Grossbetrieben – die Landwirtschaft geplant zur industriemässigen Produktion.....	185
Vom Landeskultugesetz zu blauen Trabiwolken, Landschafts- zerstörung durch Tagebaue und Nitratbelastung des Wassers – Leben auf Kosten der Umwelt	199
Von der Trümmerwüste zum Ausbau des Verkehrswegenetzes – Strassen, Schienen und Wasserwege auf 108'332 km ² .	209
Von der Braunkohle zur Braunkohle – Braunkohle ohne Energie-Alternative	229
Von der Enttrümmerung zur Plattenbauweise – 40 Jahre gebaut	239
Von der Wohnlaube zum Wohnblock – Ziel der «registrierten Antragstellung»	251
Vom Aufbau des staatlich zentral gelenkten Gesundheits- und Sozialwesens zur kollektiv geleisteten Absicherung aller kritischen Lebenssituationen – das soziale und medizinische Netz	265
Von der zeitaufwendigen Hausarbeit zu mehr Freizeit – Zeitstrukturen im Alltagsleben	293
Von der «breiten Rollbahn zum Kommunismus» zur «Freizeit-Gasse» – Kultur und Kunst als Volksbildung und als «Nische» .	307
Vom gewerkschaftlich organisierten Urlaub zum begrenzten Tourismus – Reisen als Beitrag zur Lebensqualität	329

Zum Geleit

Vergangenheitsbewältigung soll dazu dienen, uns für die Zukunft zu befreien und zu öffnen. Unsere Vergangenheit ist ein Schatz, der alle unsere Erfahrungen und Einsichten einschliesst, alles, was wir gelernt haben und was uns gelehrt wurde. Das gilt für alle Deutschen, für unser gesamtes Leben mit allen privaten und öffentlichen Bereichen.

Bewältigt werden muss nicht nur die Vergangenheit von vielleicht 500'000 offiziellen und inoffiziellen Mitarbeitern der Stasi und ihrer unmittelbaren Opfer. Alle 80 Millionen müssen sich fragen: Was haben wir in den letzten 45 Jahren richtig gemacht, was falsch? Was haben wir unterstützt, was zugelassen, was nicht gesehen?

Diese Arbeit kann nicht nur von einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages geleistet werden. Wir werden weder den Historikern, noch den Staatsanwälten und Richtern, noch den Journalisten ihre Arbeit wegnehmen.

Wir wollen lernen, unsere Vergangenheit aus der Sicht der Opfer zu betrachten. Es muss darum gehen, bewusst, differenziert, sensibel, gerecht und verständnisvoll den Blick zurückzuwenden, um Zukunft zu gewinnen. Dabei sollten sich möglichst viele um die DDR-Vergangenheit kümmern. Dazu gehören auch die Statistiker.

Ich meine, dass wir uns aber immer bewusst sein müssen, dass die Probleme von heute eine Folge der Fehlentscheidungen von gestern sind. Statistiker untersuchen und stellen dar. Die Auswahl der Themen ist bereits Wertung und Bewertung. Was weggelassen wird, ist oft genauso entscheidend wie das, was dargestellt wird. Insofern ist das vorliegende Buch ein wichtiger Beitrag zur Vergangenheitsbeschreibung. Dieses Buch kann dazu beitragen, die Augen zu öffnen, Klarheit und Durchblick zu verschaffen. Es schliesst Zusammenhänge auf, erhellt Hintergründe und beschreibt – immer aus der Sicht ehemaliger DDR-Bürger – die Lebensbedingungen, die Verwaltungsstrukturen, das Menschenbild und die Vorstellungen von Staat und Gesellschaft. Ich hätte mir allerdings gerne hier und da ein Stück Bewertung gewünscht.

Bei der Schilderung der Bildungspolitik hätte ich mir den Hinweis gewünscht, dass dies ein ideologisches Bildungs- und Erziehungssystem war, dass Druck auf die Kinder ausgeübt wurde, in die «Pioniere» einzutreten, Druck auf die Jugendlichen ausgeübt wurde, der staatlichen Jugendorganisation «FDJ» beizutreten und Eltern unter Druck gesetzt wurden, wenn sie ihre Kinder zum Konfirmandenunterricht anmeldeten.

Ich hätte mir gewünscht, dass bei der positiven und von einem gewissen Stolz auf Geleistetes geprägten Darstellung der Frauenpolitik auch die Dreifachbelastung der Frauen herausgestellt worden wäre und eine statistische Angabe gemacht worden wäre, die uns verdeutlicht, dass auch in der DDR Frauen kaum

eine Chance hatten, in die Spitzenpositionen in Wirtschaft, Politik und Wissenschaftsbetrieb zu gelangen.

Bei der Beschreibung des Kulturbetriebs der DDR vermisse ich Angaben über die Zahl der abgelehnten Konzerte, der nicht im Osten Deutschlands veröffentlichten Bücher, der nie zur Aufführung gelangten Filme, einen Hinweis darauf, wieviele Musiker, Liedermacher, Schriftsteller, Journalisten, Maler und Bildhauer den ersten Arbeiter- und Bauernstaat verlassen haben, weil ihnen durch die staatliche Reglementierung, willkürliche Zensurmassnahmen und restriktive Verbote die Lebensgrundlage geraubt wurde. Offensichtlich müssen diese Statistiken erst noch erarbeitet werden. Mir erscheint es jedoch an der Zeit, dies zu tun.

Es bleibt unerwähnt, dass bei der durchgeführten Landwirtschaftsreform Bauern Haus und Hof verloren, dass es eine Zwangskollektivierung gab und dass viele der enteigneten Bauern sich selber töteten oder in den Westen flohen, weil sie keinen anderen Ausweg sahen.

Bei der Aufarbeitung der Zahlen über das Gesundheitswesen hätte ich mir gewünscht, dass nicht nur die Entwicklung des Betreuungsgrades und der Behandlungseinrichtungen untersucht worden wäre, sondern auch erwähnt wäre, dass es eigene Krankenhäuser für Offiziere und für die Polizei und für die Staatssicherheit gab, dass aber Bluter in der DDR sterben mussten, weil keine Medikamente da waren.

Einer der Gründe, die den Unmut der Bevölkerung am meisten erregten, war die mangelnde Möglichkeit, in den Westen zu reisen. Hier muss die Statistik nachholen. Ich hätte mir – zwei Jahre nach der Vereinigung der beiden Teile Deutschlands – schon eine Erklärung des Satzes gewünscht: «Dem angestauten Bestreben nach >Reisen in den Westen< konnte durch die staatlich verordneten Restriktionen zur Grenzregelung natürlich in gar keiner Weise entsprochen werden».

Trotz aller aufgezählten Erwartungen an die Statistiker als Aufarbeiter unserer Vergangenheit wünsche ich diesem informationsreichen Buch viele und kritische Leser. Eine Bereicherung ist es auf jeden Fall, stellt es doch im Blumenstrauß der vielen Unternehmungen zur Aufarbeitung unserer Geschichte eine schillernde Blüte dar. Neben der Enquete-Kommission und dem Forum Leipzig, neben kirchlichen Gesprächskreisen und Runden Tischen, um die sich Opfer und Täter versammeln, spielen die Statistiker eine wichtige Rolle. Das haben sie mit diesem Buch bewiesen.

Rainer Eppelmann

*Vorsitzender der Enquete-Kommission des
Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der
Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur*

Vorwort

40 Jahre DDR,

40 Jahre Bundesrepublik Deutschland,

40 Jahre Nebeneinanderleben von Deutschen in verschiedenen Rechtsordnungen, in ganz unterschiedlichen Wirtschaftsformen, ohne ausreichende Kenntnis über die Lebensmöglichkeiten im jeweils anderen Gebiet. Die Geschichte sollte nicht nur die grossen «politischen» Ereignisse nachzeichnen, Politik ist in der Demokratie auch und vielleicht gerade auf die Lebensmöglichkeit des einzelnen, des Mannes hinter dem Schraubstock, der Frau im Büroalltag gerichtet. Diese Lebensmöglichkeiten des Durchschnittsmenschen schlagen sich in statistischen Erhebungen und Aufzeichnungen vielfältig nieder. Jetzt nach der Wiedervereinigung der bisherigen Teile Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik ist eine Erschliessung vieler Informationen der DDR-Statistik für diese Erkenntnisse möglich. Bei der Nutzung dieser Daten darf aber nicht vergessen werden, dass sich die Lebenswirklichkeit nur aus der Interpretation durch Zeitgenossen und Zeitzeugen voll erschliesst.

So haben wir den Versuch unternommen, die Entwicklung der DDR und der in ihrem Verband lebenden Menschen anhand von Statistik in 24 Kapiteln nachzuzeichnen und zu erschliessen. Für die Westdeutschen, diejenigen, die in der früheren Bundesrepublik Deutschland gelebt haben, ist es nicht nur eine Reise in die Vergangenheit, sondern auch in ein in vielem unbekanntes Land. Für die Ostdeutschen, die früheren «DDR-Bürger» mag es ein Erinnern an die einstige Lebenssituation, wird es aber vielen auch eine Ergänzung um unbekannt Zusammenhänge sein. Die Auswahl der behandelten Themen konnte sich nur an der «Datenlage» orientieren, d.h. sie wurde nach den vorhandenen Statistiken getroffen. Nur sie konnten und sollten Grundlage dieses Buches sein.

Das Zusammenspiel von statistischen Informationen, die ihrerseits in ihrer Aussagefähigkeit eingeschätzt und bewertet werden mussten, mit der notwendigerweise subjektiven Bewertung der Situation machte es erforderlich, jedes dieser Kapitel einem Autoren oder einer Autorin zu übertragen und diesen die weitgehend selbständige Bearbeitung unter eigener durch den Namen gekennzeichnete Verantwortung zu überlassen. Im Interesse der Gesamterscheinung wurden nur wenige sparsame redaktionelle Anpassungen vorgenommen. Alle Autoren und Autorin-

nen waren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR und arbeiten jetzt in der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes.

In den Artikeln schlugen sich Sachnähe, unterschiedliche Lebenserfahrung und in gewissen Grenzen unterschiedliche Bewertung der wirtschaftlichen Grundlagen des SED-Staates DDR und seines Planens und Handelns in politischen und «gesellschaftlichen» Teilbereichen gegenüber seinen Bürgern und Bürgerinnen nieder. Die für den einzelnen bei verkürzter Betrachtung in manchen Teilen ungewöhnlich günstige Finanzierung von Aktivitäten im «gesellschaftlichen Rahmen» durch den Staat war aber andererseits einer der wichtigen Gründe für die unzureichende wirtschaftliche Weiterentwicklung wegen fehlender finanzieller Möglichkeiten. Der Staat lebte weit über seine Verhältnisse, die Gewährung der vielfältigen Subventionen verzehrte seine wirtschaftliche Kraft.

Dieses Buch ist Chance und Risiko zugleich. Die Chance einer Erhellung der Lebensbereiche des Individuums in einer sozialistisch bestimmten Gesellschaftsordnung ist nur in der Übergangszeit voll gegeben. Objektive oder als objektiv festgestellte Informationen in Kombination mit persönlichen Einschätzungen sollen daher ein Beitrag sein für die Bewahrung der Erinnerung an eine beendete, 40 Jahre bestehende, von vielen nur erduldeten Lebensform.

Einige Aufsätze lassen in der Diktion und in vielen Ausdrücken die eng umgrenzte, gegen die Aussenwelt abgeschottete Lebenswelt der DDR noch spüren. Insofern sind die Aufsätze Dokumente auch einer Zeit des Übergangs in eine andere, in eine freiheitliche Gesellschaftsform und geben unterschiedliche Stadien dieses Übergangs wieder.

Lebendige Grafiken und zeitgenössische Fotografien aus der Zeit der DDR sollen zur Anschaulichkeit der vermittelten Informationen beitragen.

Der Herausgeber dankt den vielen, die oft unter grossen Mühen zum Gelingen dieses Buches beigetragen haben. Hier sind zuerst die Autoren und Autorinnen zu nennen, die als einzelne und in der Abstimmung untereinander in den Kapiteln wichtige Aspekte der 40 Jahre DDR erfasst und dargestellt haben. Mit der Namensnennung sollte ihnen zugleich die Chance gegeben werden, sich in der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Die Arbeit wurde von einer engagierten Gruppe von Mitarbeitern der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes organisiert und koordiniert. Dieser Gruppe gilt mein Dank ebenso wie dem Team, das in der Hauptstelle des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden die redaktio-

nelle Bearbeitung und die Vorbereitung des Drucks übernommen hat.

Koordination in der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes:

Oswald Angermann
Werner Griepenkerl
Evelyn Laue
Horst Freitag
Angelika Philipp

Redaktion im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden:

Bernd Stürmer

Organisation und Vorbereitung des Drucks im Statistischen
Bundesamt Wiesbaden:

Dr. Sibylle Appel
Horst Helmut Steiger
Rüdiger Schimmel
Mathias Zenke
Monika Scheib
Silvia Krings
Heidi Brauch
Petra Kopatsch
Helga Mettner

Egon Holder

Einleitung

Im Zug der Zeit Vier Jahrzehnte DDR

Horst Freitag

Auf dem Gabentisch des 40. Geburtstages der Bundesrepublik Deutschland lag 1989 auch das Buch «Im Zug der Zeit» – ein Bilderbogen durch vier Jahrzehnte. Dieser «West»-Zug wurde vom Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Egon Holder, auf die Schiene gebracht. Er lieferte auch die Idee, das Fahrtenbuch eines «Ost»-Zuges von Zeitzeugen aufzeichnen zu lassen. Analogien waren angedacht, aber eine spiegelgetreue Ausgabe konnte und sollte nicht entstehen.

Zeitgleich führen die beiden Züge ab 1949 getrennt durch Grenzen und Ideologien, durch 40 Jahre eigene Geschichte. Am Anfang unterschieden sie sich nur unwesentlich, Tempo und Komfort waren bescheiden. Bald zeigte sich, dass der westliche Zug immer besser ausgestattet wurde, wirtschaftliche und technische Voraussetzungen geschaffen waren, gesteckte Ziele in Nah und Fern schneller zu erreichen. Im Osten Deutschlands fuhr der Zug mehr einspurig im Kreisverkehr mit nicht angekündigten Verspätungen, als weltverbindend durch 40 Jahre DDR-Existenz. Für die sozialistische Ewigkeit konzipiert, verabschiedete sich dieses «Reiseland» nahezu über Nacht, als der gemauerte Schutzwall plötzlich offene Türen hatte. Der schon Wochen und Monate vorher



Foto: Dr. Sibylle Appel

über Nebenstrecken in Bewegung gekommene Zug nach dem Westen konnte nun fast ungehindert fahren, wenn er auch zuerst von Fussgängern und Autofahrern formiert wurde.

Diesen «Ost»-Zug begleiteten die Autoren dieses Buches auf den Trittbrettern der Anfangsjahre und später an den Fensterplätzen, die einen Blick ins weite Land ermöglichten, bis zum Halt am 2. Oktober 1990.

Die Autoren fuhren aber – wie viele andere – grosse Teile dieser Zeitstrecke auch in einem anderen Fahrzeug, das in Ost wie in West als Symbol der DDR galt und gilt: im Trabi. Dem Leser könnte sich schnell die Frage aufdrängen, warum gerade Statistiker sich zu Wort melden, um die Entwicklung in einem Land, das über mehrere Jahrzehnte eine Gesellschaftsordnung aufzubauen versuchte, die sich «Sozialismus» nannte, aufzuzeichnen. Sollte nicht abgewartet werden, bis Politiker und Wissenschaftler die Geschichte der DDR aufgearbeitet haben? Das wird noch Jahre dauern. Die Öffentlichkeit hat in dieser bewegten Zeit Anspruch darauf, schneller mit Fakten und Hintergrundinformationen über den Teil Deutschlands versorgt zu werden, der in Stein gehauen die Bezeichnung «Deutsche Demokratische Republik» trug. Das allgemeine Interesse an Statistiken der DDR ist gerade heute sehr gross.

Der Blick zurück sollte aber auch bei denen mehr Verständnis für die aktuellen Probleme der Menschen im Ostteil Deutschlands wecken, die aus der politisch erzwungenen Entfernung über Jahrzehnte keine Kontakte zum Leben in der DDR hatten. Das Buch wurde auch mit dieser Absicht geschrieben.

Die Autoren erheben nicht den Anspruch Sta(r)tistiker zu sein, die eine DDR-Chronik schreiben, die die Vergangenheit der DDR lückenlos aufarbeiten oder gar mit dieser Abrechnung halten wollen. Sie verfügen aber über einen gewaltigen Fundus – die Zahlen.

Schon vor rund 100 Jahren wandte sich Prof. Dr. Wappäus in seiner Statistik-Vorlesung an der Universität Göttingen mit folgenden Worten an seine Studenten: «Bei den Neutralen, den Unbefangenen, bei dem grossen Publikum zumal, ist es sogar leicht, mit Statistiken Eroberungen zu machen, denn ein statistischer Apparat imponiert allgemein. Was hört man jetzt in politischen Diskussionen häufiger als: Ja, solche Zahlen sprechen, Zahlen beweisen».

Das ist bei den unvoreingenommenen Betrachtern heute nicht anders. Zugegeben, den stummen Zahlen muss erst der Mund durch Vergleichen und Beschreibungen geöffnet werden. Man muss die Zahlen lesen, gleichsam übersetzen lernen, man muss sie sprechen lassen.

In allen Abschnitten dieses Buches sind Zahlen «sparsam» eingebaut worden, um Entwicklungen und Sachverhalte des wirtschaftlichen und sozialen Lebens der DDR aufzuzeigen. Sie wurden mit Fleiss von den Fachleuten über 40 Jahre gesammelt, analysiert und interpretiert.

In der DDR-Zeit wurden die Interessierten im Lande und ausserhalb der Grenzen mit statistischen Informationen wahrlich nicht verwöhnt. Wahrheiten, die nicht in das Erfolgsrezept des «entwickelten sozialistischen Staates» hineinpassten, wurden meist unterdrückt. Viele statistische Unterlagen wurden zu «Staatsgeheimnissen» erklärt, verschwanden in den Panzerschränken oder mussten schlicht und einfach in den Schreibtischen liegen bleiben, was allerdings auch nicht erlaubt war. Argwöhnisch wachte die Staatsführung der DDR sogar über das bescheidene Publikationsangebot der amtlichen Statistik in ihrer Fachzeitschrift «Statistische Praxis». Mit der offiziellen Begründung «Papier-einsparung» wurde ihr 1979 das Lebenslicht ausgeblasen.

Das vorliegende Buch bietet den Fachstatistikern nunmehr die grosse Chance, veröffentlichte und stillgelegte Daten ohne staatliche Vorgaben und Zwänge herauszugeben. Statistiker sind aber auch Menschen mit all ihren Gefühlen und Empfindungen, so dass mehr oder weniger auch das eigene Erleben mit den Zahlen verwoben wurde. Wertungen waren nicht gänzlich zu vermeiden, sollten auch nicht vermieden werden, käme das doch dem Anlegen eines geistigen Maulkorbes gleich.

Noch ein Wort zu der Vergleichbarkeit der in diesem Buch angebotenen Zahlen. Auf eine Gegenüberstellung von Daten aus der DDR und der Bundesrepublik Deutschland wurde bis auf wenige Ausnahmen verzichtet. Zum einen lassen die Zahlen einen direkten Vergleich nicht zu, da sie in vielen Fällen auf der Grundlage unterschiedlicher Definitionen und Erfassungsprinzipien ermittelt werden, so dass komplizierte, langwierige Rückrechnungen der DDR-Daten unter heute gültigen Gesichtspunkten durchgeführt werden müssen. Zum anderen können mit den vorliegenden Zahlen der DDR, die zum Teil den betrachteten Zeitraum von 1949 bis 1989 nicht vollständig abdecken, nicht alle Fragen beantwortet werden. Somit sind Abweichungen von der sonst üblichen Darstellung und Behandlung von Themen der Statistik nicht vermeidbar gewesen. Das grosse öffentliche Interesse an zuverlässigen Informationen über die DDR veranlasste den Herausgeber trotzdem, schon jetzt einem breiten Leserkreis diesen «Rückspiegel» anzubieten.

Somit kann das Aufeinanderlegen der beiden Zeitberichte aus Ost und West nicht unbedingt empfohlen werden. Das Nebeneinanderlegen

Im Rückspiegel



Graphik: Bernd Sachse

aber gibt einen gesamtdeutschen Überblick über 40 Jahre im geteilten Land. Deckungsgleichheit der beiden Bücher war nie beabsichtigt. Die beiden Bilderbogen, gespannt über den gleichen Zeitraum, enthalten trotzdem viele Gemeinsamkeiten, wenn man an Bevölkerungs-, Gesundheits- oder Bildungsstatistiken, an Statistiken der Landwirtschaft, des Handels oder der Kultur denkt. Reihenfolge und Auswahl der Themen unterscheiden sich dennoch, da die Bilder, die charakteristisch für den einen Teil des deutschen Landes waren, im anderen nicht die gleiche Bedeutung hatten oder gänzlich fehlten.

40 Jahre geteiltes Deutschland haben auch Spuren in der gemeinsamen Sprache hinterlassen. Begriffe wurden geboren, die über die Grenzen hinweg unverständlich waren und auch noch heute sind. Mit dem «Goldbroiler» könnte man noch am leichtesten leben. Der neue Duden wird auch nicht alles schnell richten können. Für die Autoren tat sich das nicht einfach zu lösende Problem auf, «DDR-typische» Fachausdrücke und Begriffe, mit denen ein «gelernter DDR-Bürger» umzuge-

hen wusste, für die allgemeine Leserschaft zu be- oder umschreiben. Sollte dies bei allem Bemühen nicht durchgängig gelungen sein, so seien vor allem die um Nachsicht gebeten, die durch die «West»-Brille in dieses Buch blicken.

Dem geneigten Leser sei in die Hand versprochen, dass keine methodischen Beschreibungen oder Erläuterungen, wie der Statistiker zu «seinen» Zahlen gekommen ist, auf ihn lauern. Auf mathematisch-statistische Konstruktionen und Darstellungen wurde verzichtet, was bei den Lesern mit höheren wissenschaftlichen Ansprüchen vermutlich Enttäuschung hervorrufen wird. Aber sicher ist auch, dass für alle die, die nichts «am Hute» mit dem selten geliebten Schulfach Mathematik haben, damit ein Stein des Anstosses aus dem Weg geräumt wurde. Es werden aber trotzdem die unvermeidlichen Durchschnitte auftauchen. Der Durchschnittsmensch, gebildet aus Frau und Mann, aus Kind und Greis, existiert zwar nur als theoretische Grösse. Sie kann aber eine Messlatte für persönliche Vergleiche sein.

Um Missverständnissen vorzubeugen, sollte nicht vom «roten» Faden gesprochen werden, der sich durch dieses Buch zieht. Frei von jeglicher Agitation und Propaganda sind die Darstellungen aneinandergereiht, Komplexe bildend, dem Leser je nach Interessenlage aber auch die Möglichkeit gebend, einzelne Kapitel herauszugreifen. Es ist kein Krimi mit durchgängigem Handlungsablauf, der Täter und Opfer beschreibt. Aber spannend ist es doch. Jeder Abschnitt für sich ist ein Stück Geschichte, Erinnerung oder Neuland.

Erinnerungen vor allem für all die, die in der DDR lebten, in sie hineingeboren wurden, wie die ca. 270'000 des Jahrgangs 1949. Vielleicht fühlt sich gerade einer von ihnen beim Lesen des Buches als Chronist, findet sich wieder in den einzelnen Kapiteln, stösst auf Selbsterlebtes und bemerkt auch die Lücken, die in den Darlegungen geblieben sind.

Als Nachkriegskind spürte er noch wenig von der Betreuung, die später durch ein dichtes Netz von Mütterberatungsstellen möglich war. Vielleicht konnte er bereits in einer der Kinderkrippen oder einem der Kindergärten spielen, die am Ende der 80er Jahre nahezu bedarfsgerecht zur Verfügung standen. Die Mutter ging arbeiten, so wie es 9 von 10 Frauen in der DDR taten. Sicher wurde er, wie 1,5 Millionen Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren, in die Pionierorganisation «Ernst Thälmann», die sozialistische Kinderorganisation der DDR, eingereiht.

Trug wohl auch das Blauhemd mehr oder weniger überzeugt, so wie es 76 Prozent der Jugendlichen taten, die der «Freien Deutschen Ju-

gend» angehörten. Er durchlebte die Schulzeit, die Berufsausbildung oder das Studium an einer der zahlreichen Hoch- und Fachschulen und erhielt eine gründliche Ausbildung im Marxismus-Leninismus, in den Grundzügen der Entwicklung der Arbeiterklasse, in der Politischen Ökonomie, die auf Kosten der Vermittlung von Allgemein- und Fachwissen ging. Später Heirat, Geburt der Kinder, Jagd nach einer Wohnung – Neubauwohnungen standen hoch im Kurs, auch wenn in aller Regel ein Leben im kulturarmen grossen Häusermeer damit verbunden war. Als Mitglied einer Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft waren die Chancen nicht schlecht, nach vier Jahren eine Wohnung zu erhalten, wenn die Hürde der Aufnahme übersprungen, seine finanziellen Beiträge entrichtet und mit Hacke und Schaufel auch die erforderlichen Eigenleistungen auf dem Bau geleistet waren. Der Chronist arbeitete fleissig und entzog sich auch nicht den gesellschaftlichen Pflichten im Betrieb oder Wohngebiet. Der sozialistische Wettbewerb begleitete ihn durch alle Etappen seines Lebens von der «Messe der Meister von morgen», an der sich 1988 immerhin 77,1 Prozent aller Schüler, jungen Werktätigen, Lehrlinge und Studenten zur Lösung betrieblicher Aufgaben zu beteiligen hatten, über den Wettbewerb zur Erringung des Staatstitels «Kollektiv der sozialistischen Arbeit» bis hin zur «Mach-mit»-Bewegung im häuslichen Umfeld.

Sollte er einem der 1988 registrierten 310'025 «Kollektiven der sozialistischen Arbeit» angehört haben, dann wurde ihm auch mit Sicherheit ein Orden an die Brust geheftet, denn das Erreichen des Wettbewerbsziels war der Normalfall. Vielleicht hatte er sich auch schon hochgedient auf der Leiter staatlicher Auszeichnungen, von denen es 1983 immerhin 142 verschiedene gab. Nachlesbar im BI-Taschenlexikon «Orden und Medaillen», wo der Autor Günter Tautz alle von A wie «Aktivist der sozialistischen Arbeit» bis Z wie «Verdienter Züchter» notiert hat. Sieht man davon ab, dass die Ordenssucht tolle Blüten trieb, so war damit auch ein Stück Anerkennung und Würdigung verbunden, für den, der es wirklich verdient hatte und nicht aus anderen Gründen auf die Auszeichnungsliste gesetzt worden war.

Geld verdiente er auch, nicht so viel, um Reichtümer anzuhäufen, aber genug, um sich ab und an auch einmal in «Exquisit»- oder «Delikat»-Läden vom Angebot verwöhnen zu lassen, das ansonsten erheblichen Schwankungen unterzogen war. Das Glücksgefühl eines erfolgreichen Jägers stellte sich ein, wenn er die preiswerten Bäckerbrötchen in der Frühe des Sonnabends erstanden hatte und steigerte sich bis zu dem grossen Moment, endlich nach über 10 Jahren die Anmeldung für seinen «Trabant» einlösen zu können.

So könnte man dem Bilderbogen durch vier Jahrzehnte des Lebens des erdachten Leserchronisten mit Kulturerlebnissen, der Urlaubsgestaltung oder den Erfahrungen mit Polikliniken und Ambulatorien weitere Farbtupfer aufdrücken. Diese und noch weit mehr Farbkompositionen bieten die folgenden Kapitel an, für die Neugierde geweckt werden sollte.

Grünes Licht für den «Ost»-Zug. Die Statistiker sind in diesem Zug nunmehr am Zuge.

Von der «neuen ökonomischen Politik» zum wirtschaftlichen Zerfall – sozialer Anspruch und wirtschaftliche Realität in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Ralf Hein, Doris Hoepfner und Dr. Silke Stapel

Während im Westen Deutschlands die Währungsreform von 1948 den Startschuss für einen rasanten wirtschaftlichen Aufschwung gab, nahm die wirtschaftliche Entwicklung im Osten Deutschlands einen weitaus bescheideneren Anfang. Fehlende Hilfe von aussen, die Reparationspolitik der sowjetischen Besatzungsmacht sowie das nach sowjetischem Vorbild installierte System der zentralen Leitung und Planung liessen die Schere in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen beiden Teilen Deutschlands immer weiter auseinanderklaffen.

Deutlich wird dieser Leistungsunterschied, betrachtet man das Bruttosozialprodukt, den umfassendsten Ausdruck für die von den Bewohnern eines Landes erbrachte wirtschaftliche Leistung. Es betrug im 2. Halbjahr 1990 in den neuen Bundesländern lediglich 7,8% des in diesem Zeitraum im früheren Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erwirtschafteten Bruttosozialprodukts. Bezogen auf die Zahl der Erwerbstätigen wurde damit im Osten nicht einmal ein Drittel der gesamtwirtschaftlichen Produktivität des Westens erreicht.

Das bedeutet aber nicht, dass die Arbeitnehmer und Selbständigen in den alten Bundesländern auch in demselben Mass fleissiger sind als ihre Kolleginnen und Kollegen in den neuen Bundesländern. Der gewaltige Niveauunterschied in der wirtschaftlichen Leistungskraft ist vielmehr das Ergebnis einer Vielzahl von Einflussfaktoren, insbesondere der unterschiedlichen Wirtschaftssysteme und der durch diese Systeme stimulierten objektiven und subjektiven Wachstumsvoraussetzungen.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR wurde durch ein zentrales Planungssystem gesteuert. Diesem zentralen System der Leitung und Planung entsprach als Konzept der Erfassung und Abrechnung der wirtschaftlichen Ergebnisse, das «Material Product System» (MPS).

Gewaltiger Unterschied in der wirtschaftlichen Leistungskraft – Ergebnis von 4 Jahrzehnten zentraler Leitung und Planung

Daten über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der DDR liegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur nach diesem Konzept vor.

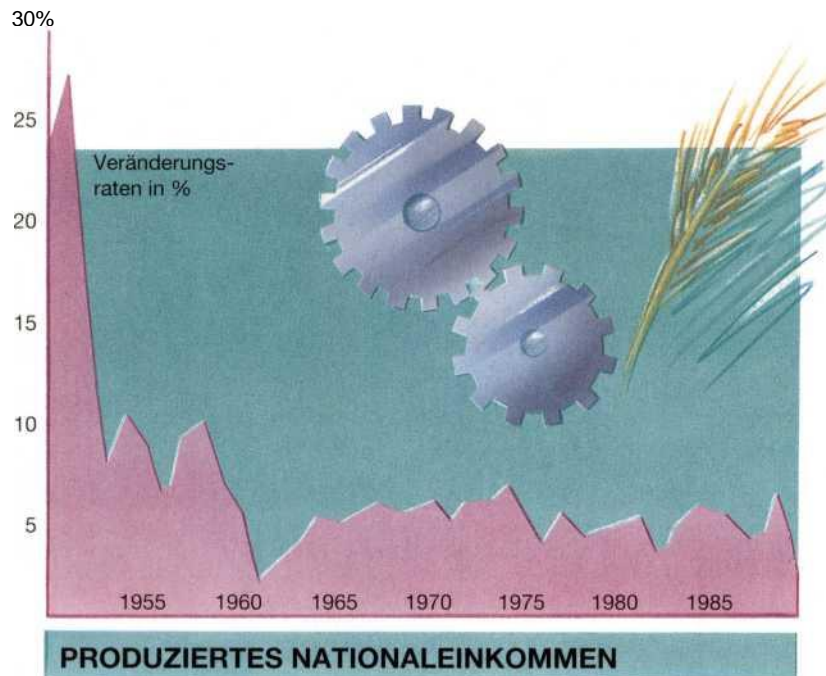
Wenn trotzdem der Versuch der Darstellung wesentlicher gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen im Osten Deutschlands anhand der nach dem MPS-Konzept berechneten Daten unternommen wird, dann aus folgenden Gründen:

Zum einen erscheint es auch mit MPS-Daten möglich, Grundtendenzen und Zusammenhänge in der Ökonomie der DDR nachzuvollziehen. Zum anderen können nach Meinung der Autoren die zugrundeliegenden Daten der Wirtschafts Statistik der DDR, auch wenn sie mit den Daten der Bundesstatistik nicht vergleichbar und mit konzeptionellen Mängeln behaftet sind, als wahrheitsgemäss angesehen werden. Manipulationen zur Beschönigung der Lage, wie sie insbesondere seit Mitte der 70er Jahre die Regel waren, wurden von der Wirtschaftsführung der DDR meist erst auf der Stufe der Veröffentlichung, z.B. durch Geheimhaltung nicht so erfolgsträchtiger Zahlen und unangenehmer Zusammenhänge, vorgenommen.

Zentrale Grösse des «Material Product System» zur Darstellung gesamtwirtschaftlicher Vorgänge ist das «Produzierte Nationaleinkommen». Es kennzeichnet den Umfang der nach Abzug der im Verlauf der Produktion verbrauchten materiellen Vorleistungsgüter vom Umfang der materiellen Produktion insgesamt für die letzte Verwendung zur Verfügung stehenden materiellen Produkte.

Im MPS wird als wirtschaftliche Tätigkeit nur die Produktion materieller Güter und der damit eng verknüpften Dienstleistungen, wie Reparaturen, Transport, Nachrichtenübermittlung und Handel, gewertet. Darin unterscheidet es sich wesentlich vom «System of National Accounts» (SNA), auf dem die Sozialproduktsberechnungen in Marktwirtschaften basieren und das die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit von Unternehmen, des Staates und der Organisationen ohne Erwerbszweck berücksichtigt.

Nicht erfasst wird im MPS also generell die wirtschaftliche Tätigkeit des Staates und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Im Unternehmenssektor fehlen u.a. die Wohnungsvermietung, die Tätigkeit der Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, das Beherbergungswesen, die Mehrzahl häuslicher Dienste, Strassenreinigung, Müllabfuhr und andere kommunale Dienste, Rechtsberatung, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung u. ä. sowie Dienste der Einrichtungen für Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport, Unterhaltung und Gesundheitswesen (letztere wurden in der DDR hauptsächlich vom Staat und in geringem Umfang von Organisationen ohne Erwerbszweck unterhalten, kaum dagegen von der privaten Wirtschaft). Unternehmen, diese sogenannten



«nichtproduktiven» Dienstleistungen erbringen, gelten – wie auch der Staat und die Organisationen ohne Erwerbszweck – im MPS – als Konsumenten materieller Güter.

Das produzierte Nationaleinkommen der DDR in vergleichbaren Preisen hat sich in den vierzig Jahren von 1949 bis 1989 verachtfacht. Legt man die Preise in den jeweiligen Jahren zugrunde, ist im gleichen Zeitraum eine Verneunfachung des Nationaleinkommens zu verzeichnen. Der im Vergleich zu der Sozialproduktsberechnung in den alten Bundesländern relativ geringe Unterschied zwischen realer und nominaler Entwicklung hängt in erster Linie mit der Preispolitik in der DDR zusammen. Das Nationaleinkommen ist letztlich der Wertaudruck der für die letzte Verwendung zur Verfügung stehenden materiellen Güter. Hierzu gehören in der Hauptsache Güter für den Privaten Verbrauch. Die DDR-Wirtschaftsführung hielt aus politischen Gründen an unveränderlichen Preisen für viele dieser Güter fest.

Diese Politik wurde jedoch nur für einen bestimmten Warenkorb durchgehalten, wobei die Wirtschaftsführung eine strenge Kontrolle darüber ausübte, dass Waren in der niedrigen Preisgruppe auch tatsächlich produziert wurden. Mit Ausnahme der Waren des Grundbedarfs waren sie jedoch nicht überall ausreichend im Angebot.

Vergleichbare höherpreisige Güter wurden im Preisindex erst gar nicht berücksichtigt.



VERFÜGBARES NATIONALEINKOMMEN (Preise von 1985)

Die bei den Berechnungen des Nationaleinkommens zu Preisen des Jahres 1985 berücksichtigten Preisveränderungen sind deshalb zu niedrig ausgewiesen. Das Wachstum des Nationaleinkommens muss daher vor allem in den 80er Jahren flacher verlaufen.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der DDR war – beginnend schon mit den 50er Jahren – beständig durch Mangelsituationen gekennzeichnet. Durch die Teilung Deutschlands und die Isolierung von den westlichen Märkten stand der stark zerstörten Industrie Ostdeutschlands nur eine eng begrenzte Rohstoffbasis zur Verfügung; wichtige Vorleistungsprodukte für die in diesem Gebiet ansässigen hoch entwickelten Industriezweige wie Chemie, Feinmechanik/Optik, Maschinenbau und Elektrotechnik fehlten. Auf Selbsthilfe angewiesen war die DDR gezwungen, die finanziellen Mittel grösstenteils in den Ausbau der Grundstoffindustrie zu stecken. Grosse Einbussen hat die Wirtschaft auch durch Demontagen und Entnahmen aus der laufenden Produktion erlitten. Zwar wurden der DDR 1950 durch die sowjetische Besatzungsmacht die Hälfte der noch ausstehenden Reparationsleistungen erlassen und der Rest 1953 gänzlich gestrichen, insgesamt hat Ostdeutschland jedoch 98% der gesamtdeutschen Reparationen geleistet.

Nach Kriegsende waren in den ostdeutschen Gebieten das Vermögen der Nazi- und Kriegsverbrecher konsequent enteignet, Grossbetriebe in sowjetische Aktiengesellschaften umgewandelt und 1953 mit Ausnahme des Uranerzbergbaus SDAG Wismut als volkseigene Betriebe an die DDR zurückgegeben worden. Sie stellten den Grundstock des

Auferstanden
aus Ruinen –
die 50er Jahre

staatlichen Eigentums an Produktionsmitteln in der DDR dar. Im Zuge weiterer Verstaatlichungen von Industriebetrieben durch wirtschaftspolitische und steuerliche Massnahmen entzogen sich viele Inhaber vor allem mittlerer und kleinerer Unternehmen dem Druck durch Flucht in den Westen. Denselben Weg ging auch eine Vielzahl von hochqualifizierten Facharbeitern. Trotz aller wirtschaftlichen Anstrengungen – das produzierte Nationaleinkommen war 1953 gegenüber 1950 auf das anderthalbfache gestiegen – tat sich im Lebensstandard der Bevölkerung der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland eine erhebliche Lücke auf.

Auch nach Erlass der noch ausstehenden Reparationsleistungen durch die Sowjetunion im Jahre 1953 blieb die wirtschaftliche Lage schwierig. Gleichzeitig sollten für den Aufbau einer Grundstoff- und Zulieferindustrie mehr Mittel für Investitionen bereitgestellt und die Versorgung der Bevölkerung verbessert werden. Das liessen die knappen Ressourcen nicht zu. Um die Bevölkerungsflucht einzudämmen, wurde im Jahre 1954 zunächst ein Investitionsstopp verfügt. Das musste in den Folgejahren zur Verminderung des Wachstumstempos der Produktion führen, das sich allein durch die weitere Propagierung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung nicht beschleunigen liess. Investitionsgüter und Vorleistungsprodukte fehlten in gleichem Masse. Der

In der Phase des wirtschaftlichen Neubeginns waren Spruchbänder mit Parolen allgegenwärtig

Foto: ADN



wirtschaftliche und steuerliche Druck auf die privaten Unternehmen und die forcierte Kollektivierung in der Landwirtschaft führten zum erneuten Anstieg der Bevölkerungsabwanderung. Das wirkte sich wiederum negativ auf die Produktionsergebnisse und die Versorgungslage aus.

Die neue ökonomische Politik der sechziger Jahre – mehr Spielraum für selbständiges Wirtschaften

Anfang der 60er Jahre waren die Betriebe in fast allen Wirtschaftsbereichen bis auf wenige Ausnahmen Volkseigentum oder über sogenannte staatliche Beteiligungen eng an das zentrale System der Leitung und Planung gebunden, die Kollektivierung in der Landwirtschaft war abgeschlossen, die handwerkliche Produktion überwiegend in Genossenschaften organisiert. War die Wirtschaftskraft der DDR bis dahin vor allem durch den Ausbau bestehender Produktionen und die Schaffung neuer Kapazitäten erhöht worden, so stiess man Mitte der 60er Jahre an Grenzen. Einerseits fehlten Mittel für Investitionen, das Investitionsgeschehen verlief in der zweiten Hälfte der 60er Jahre sehr wechselhaft, zum anderen machte sich das Fehlen von Arbeitskräften immer stärker bemerkbar.

Die schlechte wirtschaftliche Situation wurde zum Ausgangspunkt verschiedener Reformbemühungen, die unter der Bezeichnung «Neues ökonomisches System der Planung und Leitung» (NÖS) unter Ulbricht in die Geschichte der DDR eingegangen sind. In dieser Phase wurde



Die Produktion von Investitionsgütern hatte absoluten Vorrang – Montage eines Chemieanlagenbaus

Foto: Verlag Die Wirtschaft Berlin

versucht, die Methoden der starren zentralen Planung und Leitung, die zunächst der Sowjetunion nachempfunden worden waren, zu lockern und Betrieben mehr Spielraum für selbständiges Wirtschaften zu bieten. Von der Einführung des NÖS erhoffte man sich eine Erhöhung der volkswirtschaftlichen Effizienz der Produktionsfaktoren und eine Verbesserung der Wirtschafts Struktur.

Ziel des NOS war es, eine Eigenerwirtschaftung der Mittel für betriebliche Investitionen und eine bessere Auslastung der vorhandenen Produktionsanlagen zu erreichen. Dazu wurde eine den Bruttowert aller betrieblichen Anlagegeräte und Umlaufmittel bezogenen Produktionsfondsabgabe eingeführt, die aus dem Gewinn zu entrichten war. Hinzu kam eine Zahl weiterer sogenannter ökonomischer Hebel, die eine optimale Verbindung der zentralen staatlichen Planung mit einer relativen Selbständigkeit der Betriebe herstellen sollten.

Die Reformen begannen mit einer Neubewertung des Bruttoanlagevermögens der Industrie zur Jahresmitte 1965 zu Wiederbeschaffungspreisen von 1962 und einer Neufestlegung der Abschreibungssätze. In der Zeit von 1964 bis 1967 wurde in drei Etappen eine umfangreiche Industriepreisreform durchgeführt. Damit wurde zwar eine Reihe von Preisverzerrungen beseitigt, aber wesentliche Mängel des DDR-Preissystems wirkten fort. Vor allem waren die Preise nach wie vor nicht flexibel gegenüber Nachfrageänderungen.

Angesichts dieser Politik wuchs das produzierte Nationaleinkommen Ende der sechziger Jahre kontinuierlich mit über 5% im jährlichen Durchschnitt, und die Arbeitsproduktivität verbesserte sich, ohne aber mit der Entwicklung der Produktivität in westlichen Ländern mithalten zu können.

Ende der 60er Jahre befand sich die Wirtschaft der DDR in einer relativ stabilen Situation. Der Mauerbau 1961 hatte die Abwanderung vor allem junger, gut ausgebildeter Menschen und die Verbringung subventionierter Waren in Gebiete ausserhalb der DDR, insbesondere nach Westberlin, gestoppt. Damit normalisierte sich die Arbeitskräftesituation, und die Versorgung der Bevölkerung mit Waren und Dienstleistungen verbesserte sich spürbar, wenn auch im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland viele Wünsche offenblieben.

Die These, dass nur das verbraucht werden kann, was erwirtschaftet wurde, die später in der Honecker-Ara zur hohlen Phrase entartete, war oberstes Wirtschaftsgebot. In Erahnung der verheerenden Folgen, die eine unkontrollierte innere und äussere Verschuldung auf die Stabilität des wirtschaftlichen und politischen Systems der DDR haben könnte,

wurde akribisch darüber gewacht, dass die Auslandsverschuldung in Grenzen und der Staatshaushalt mittels vernünftiger Subventionspolitik schuldenfrei blieben. Die Akkumulationsrate erreichte 1970 mit 29% den höchsten Stand in der Geschichte der DDR, was davon zeugt, dass über den Tagesaufgaben auch die Grundlage längerfristigen Wachstums nicht aus den Augen verloren wurden. Ebenso war kaum ein Kaufkraftüberhang zu verzeichnen, die Spareinlagen hielten sich in dem den Einkommensverhältnissen angepassten geringen Rahmen. Die Versorgung der Volkswirtschaft mit Rohstoffen war im wesentlichen gesichert.

Die anfänglichen wirtschaftlichen Erfolge dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich nicht alle mit den Reformbemühungen verbundenen Hoffnungen erfüllten. Die Umstellung der Betriebsleiter auf unternehmerisches Denken erfolgte zögerlich und war durch «ökonomische Hebel» allein nicht zu erreichen. Die für die Mobilisierung des technischen Fortschritts und ein grösseres Wachstum erforderlichen Strukturveränderungen liessen sich durch diese Massnahmen kurzfristig nicht erzielen. Ausserdem wichen die Betriebe mit ihren eigenverantwortlichen Investitionsentscheidungen von der gewünschten Entwicklung der Wirtschaftsstruktur ab. Das 1968 entwickelte Konzept

*Angehörige von Jugendbrigaden
halfen mit bei der Planüber-
erfüllung*

Foto: Zentralbild/Sturm



«strukturbestimmender Aufgaben» schloss dann auch wichtige Teile der Produktion von den NÖS-Regelungen wieder aus und leitete erneut eine stärkere Zentralisierung ein.

Ende der 60er Jahre kam es erneut zu Engpässen, die mitunter auch Zulieferungsprodukte für bevorzugte Produktionen betrafen. Naturgemäß stellten sich die Unternehmen vorzugsweise auf die Produktion von Erzeugnissen mit hoher Gewinnspanne ein. Empfindliche Sortimentslücken, vor allem bei der Versorgung der Bevölkerung, entstanden. Der Entscheidungsspielraum der Unternehmen wurde deshalb wieder eingeengt. Die Phase des NÖS, die vielversprechend begonnen hatte, fand ein vorzeitiges Ende. Sie musste dieses Ende finden, da das zentrale System der Leitung und Planung nur modifiziert, nicht beseitigt werden sollte und da die Reformen nicht mit einer für ihren Erfolg notwendigen Demokratisierung der politischen Verhältnisse einhergingen.

Trotz der für alle spürbaren wirtschaftlichen Erfolge war gegen Ende der 60er Jahre in der Bevölkerung der DDR eine latente Unzufriedenheit in Bezug auf politische Freiheiten und ökonomische Entfaltungsmöglichkeiten vorhanden. Diese Unzufriedenheit verstärkte sich zu Beginn der 70er Jahre, als die Entwicklung des Lebensstandards der Bevölkerung zu stagnieren begann. Ehrgeizige Investitionen in die Automatisierung der Volkswirtschaft hatten die Möglichkeiten einer Erhöhung der Konsumtion eingeschränkt. Das stellte einen der wesentlichsten Hintergründe für die Machtübernahme Honeckers im Jahre 1971 dar.

Nicht von ungefähr verkündete Honecker auf dem VIII. Parteitag der SED im Jahre 1971 die «weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Steigerung der Arbeitsproduktivität» als die Hauptaufgabe der künftigen sozialen und ökonomischen Entwicklung. An dieser Hauptaufgabe hielt Honecker mit seiner Führungsclique über alle 20 Jahre seiner Herrschaft fest, auch als sich soziale Ziele und ökonomische Mittel, Anspruch und Realität längst weit voneinander entfernt hatten.

Honecker trat seine Herrschaft an, indem er dem Volk «Zuckerbrote» gab. Die Konsumtion und die sozialen Leistungen des Staates stiegen schneller an, als das in den 60er Jahren der Fall war.

Diese Verwendungsstrategie sollte jedem Einzelnen die Vorzüge des Sozialismus verdeutlichen und, auch wenn zunächst die Konsumtion im Vergleich zur volkswirtschaftlichen Gesamtleistung überproportional

Die Hauptaufgabe der 70er Jahre – Erhöhung des Lebensniveaus der Bevölkerung

erhöht wurde, zu späteren höheren Leistungen und damit zu einer Steigerung des Nationaleinkommens motivieren. Die Rechnung ging nicht auf; im Gegenteil, die unabhängig von der individuellen Leistung wachsende soziale Sicherheit wirkte sich sogar negativ auf die Leistungsmotivation aus.

Mit Beginn der 70er Jahre setzte sich in der DDR die stabile Entwicklung des produzierten Nationaleinkommens, die seit Mitte der 60er Jahre zu verzeichnen war, nicht fort. Es traten stärkere Schwankungen der jährlichen Wachstumsraten auf und in ihrer Höhe nahm die Wachstumsrate bis 1989 tendenziell immer mehr ab. Unter diesen Bedingungen, nicht mehr entsprechend den hohen Planzielen steigender Produktion, wurde nun nach Wegen gesucht, die Konsumtion unter allen Umständen wie bisher zu entwickeln. Dies lässt sich zum einen durch zusätzliche Importe mit der Konsequenz einer wachsenden äusseren Verschuldung, zum anderen durch eine Erhöhung der Konsumtion zulasten der Akkumulation, vor allem der Investitionen, erreichen. Auch diese Umverteilung zeugt von einer sehr kurzfristigen Sicht der Dinge, da sie in letzter Konsequenz zu einem völligen Zerfall des Kapitalstocks führt.

In den ersten zehn Jahren der Ara Honecker ging man den Weg der steigenden äusseren Verschuldung, um die inneren sozialpolitischen Ziele erfüllen zu können.

Der Aussenhandelsaldo, über den man bis Ende der 60er Jahre mit Argusaugen gewacht hatte, wird mit Beginn der 70er Jahre stark negativ. Die zusätzlichen Importe wurden durch die Aufnahme von Krediten auf den internationalen Kapitalmärkten finanziert. Dabei waren die später katastrophalen Folgen dieser Politik zunächst nicht absehbar, da sich die Zinsentwicklung auf dem Weltmarkt in Grenzen hielt und die «Terms of trade» sich noch nicht so dramatisch verschlechterten wie in den 80er Jahren. Im Zuge der verstärkten internationalen Anerkennung war es für die DDR auch kein Problem, Kredite zu erhalten. Man hoffte Honecker und reichte ihm die Mittel für seine Innenpolitik quasi auf dem Silbertablett.

Die Bürger der DDR wurden immer weniger durch ihre individuelle Leistung als durch unentgeltliche oder hochsubventionierte gesellschaftliche Leistungen an den geschaffenen Werten beteiligt. Die Ausgaben des Staatshaushaltes zur Durchführung sozialpolitischer Massnahmen wuchsen wesentlich schneller als die Bruttoarbeitseinkommen.

Anfang der 80er Jahre nahmen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR weiter zu. Wesentliche Ursachen dafür waren die erneute Explosion der Weltmarktpreise für Rohstoffe und Energieträger sowie die damit verbundene und durch die Hochzinspolitik der USA noch be-

Die Fortführung der
Hauptaufgabe in den
80er Jahren – der
geplante Niedergang



Schaufensterauslagen kündeten von Fortschritten im Konsumgüterangebot

Foto: Bundesarchiv

schleunigte Entwicklung der Zinsen. Die DDR-Wirtschaft trafen diese Entwicklungen besonders hart, weil sie stark von Rohstoffimporten abhängig war und sich in den 70er Jahren so über ihre Verhältnisse verschuldet hatte, dass der Schuldendienst jetzt zu einer immer drückenderen Belastung für die Wirtschaft wurde. Eklatante Fehlentscheidungen und das Unvermögen, den veränderten Weltmarktbedingungen angepasste Produktions- und Aussenhandelsstrukturen zu entwickeln, taten ein Übriges. Honecker stand damit zu Beginn der 80er Jahre vor einer Aufgabe, die der Quadratur eines Kreises glich. Die Bevölkerung forderte die versprochene weitere Erhöhung des Lebensstandards ein, die zunehmenden Forderungen der äusseren Gläubiger mussten befriedigt werden und Investitionen zur Modernisierung der materiell-technischen Basis waren dringend notwendig.

Neben der negativen Wirkung von Honeckers Konsumtionsstrategie auf die Leistungsmotivation traten weitere negative volkswirtschaftliche Effekte auf: So wurden hochsubventionierte Lebensmittel an Tiere verfüttert und beim Verkauf dieser Tiere zu gestützten Preisen an den Staat grosse Gewinne realisiert. In immer grösseren Mengen wurden subventionierte Waren durch Gebietsfremde aufgekauft. Es wurde verschwenderisch mit Energie umgegangen. Der ständig steigende Bedarf an Grundnahrungsmitteln und Energie wiederum erforderte die Erweiterung der Kapazitäten und den Einsatz wachstumsfördernder Chemikalien. Beides führte zu einem immer stärkeren Raubbau an der Natur. Es wurden mehr und mehr Wohnungen gebaut, die Wohnungsfrage konnte aber nicht befriedigend gelöst werden. Die Menschen nahmen

oft Wohnraum über ihren Bedarf hinaus in Anspruch, was bei nur «symbolischen» Mieten kein Problem war. Durch Untervermietung konnte sogar noch auf Staatskosten Geld gemacht werden.

Um seine Macht noch einmal zu sichern, griff Honecker zur letzten Möglichkeit der Umverteilung, der Einschränkung der Mittel für Investitionen.

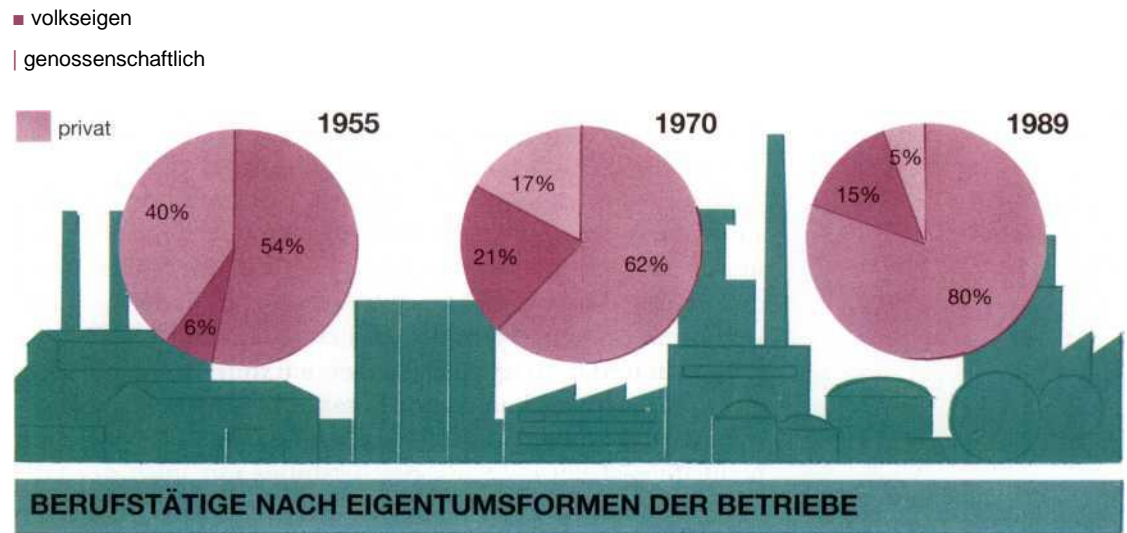
Der von Anfang der 70er bis Anfang der 80er Jahre als Konsequenz der Verschuldungsstrategie negative Aussenhandelsaldo verkehrte sich zu Beginn der 80er Jahre in sein Gegenteil. Erreicht wurde dies zum einen durch eine rigorose Einschränkung der Importe, zum anderen durch eine bis dahin in der DDR nicht gekannte Exportstrategie.

Während die Hauptexportgüter der DDR, Maschinen und Ausrüstungen, oft gegen Ziel verkauft wurden, also nicht sofort Devisen brachten, mussten importierte Rohstoffe und Energieträger sofort bezahlt werden. Die DDR begann deshalb alles zu exportieren, was irgendwo abgenommen wurde. Fragen des Verhältnisses von innerem Aufwand zu eingebrachten Devisen spielten zunehmend keine Rolle mehr.

Ebenso nutzte man kurzfristig bestimmte komparative Vorteile aus, indem im RGW aufgrund der etwa 5-jährigen Zeitverzögerung bei der Preisbildung gegenüber den Weltmarktpreisen günstiger bezogene Rohstoffe, vor allem SU-Erdöl, postwendend zu hohen Weltmarktpreisen in westliche Länder exportiert wurden. Damit konnte der Schuldensockel bis Mitte der 80er Jahre zumindest stabilisiert werden. Ab 1986 verkehrten sich diese Effekte dann in ihr Gegenteil und belasteten die Zahlungsbilanz zusätzlich, da langfristig geschlossene Verträge mit westlichen Ländern eingehalten werden mussten, die RGW-Rohstoffpreise nun aber über den Weltmarktpreisen lagen.

Die Exportstrategie der 80er Jahre ging bei absolut rückläufigen für die innere Verwendung zur Verfügung stehenden Mitteln, voll zu Lasten der Investitionen. Die Auswirkungen dieser Entscheidungen werden die ostdeutsche Wirtschaft noch viele Jahre belasten. Die Wirtschaftseinheiten waren nicht mehr in der Lage, auch nur den einfachen Erhalt des Kapitalstocks zu sichern. Die wenigen verfügbaren Mittel wurden zudem bei uneffektiven, aber sehr teuren Prestigeprogrammen, wie der Mikroelektronik, vergeudet. Längst war der Blick für strategische Entscheidungen abhanden gekommen, ging es nur noch um alltägliches Krisenmanagement.

Mit den langfristigen katastrophalen Auswirkungen dieser Politik auf Alterszustand, technisches Niveau und Struktur des Kapitalstocks sind jedoch bei Weitem nicht alle negativen volkswirtschaftlichen Effekte



erfasst. Auch kurzfristig wurden durch die Vernachlässigung der Investitionen Unsummen verschwendet, vor allem durch den mit der Überalterung einhergehenden ungeheuren Anstieg der Reparaturkosten.

Gegen Ende der 80er Jahre machten die Reparaturen mehr als die Hälfte der Gesamtaufwendungen für die Reproduktion des Kapitalstocks aus. Dieser Ersatz von Investitionen durch Reparaturen, in der offiziellen Staatssprache zur «Modernisierungsstrategie» stilisiert, war letztendlich nichts als teure Flickschusterei. Durch aufwendige manuelle Arbeiten wurden ohnehin knappe Arbeitskräfte gebunden und mussten für den Fall des Ausfalls der Anlagen ständig in Bereitschaft gehalten werden. Ersatzteile wurden oft in aufwendiger Einzelanfertigung im sogenannten eigenen «Rationalisierungsmittelbau» hergestellt, da sie für z.B. 50 Jahre alte Maschinen serienmässig nicht mehr gefertigt wurden. Schliesslich wurden die Anlagen durch häufige Reparaturen bestensfalls am Leben erhalten, hinkten aber dem internationalen technischen Niveau unaufholbar hinterher.

Die auf die Milderung des äusseren Drucks ausgerichtete wirtschaftspolitische Strategie der 80er Jahre ging mit einer zunehmenden Verschuldung im Inneren einher. Zur Finanzierung der weiter aufrecht erhaltenen sozialen Massnahmen, insbesondere des Wohnungsbaus, verschuldete sich der Staat immer mehr beim Kreditsystem und bei der Bevölkerung. Die volle Konzentration auf den Export vernachlässigte die Versorgung des Binnenmarktes mit entsprechenden Waren. Dem steigenden Einkommen der Bevölkerung stand so kein adäquates Angebot an Gütern und Dienstleistungen gegenüber. Die Spareinlagen

stiegen «unfreiwillig» an und repräsentierten einen Kaufkraftüberhang, der nichts anderes als eine der Planwirtschaft entsprechende Art der Inflation darstellt. Nicht bezifferbar sind letztendlich die «Kredite», die die DDR bei der Umwelt aufnahm.

Die wirtschaftliche Situation der DDR, das tagtägliche Erleben der Widersprüche zwischen hohlen Phrasen der Staatsführung und der Realität führten gegen Ende der 80er Jahre dazu, dass eine bis dahin ungekannte Unzufriedenheit in der Bevölkerung aufkam. Diese wurde unterstützt durch den «Gorbatschow-Effekt», der auch das politische Bewusstsein breiter Kreise der DDR wachrüttelte. Das Volk fing an, Fragen nach Alternativen zu stellen, auf die eine engstirnige, an ihren Privilegien hängende, machtbesessene Führungsmannschaft keine Antworten geben konnte und wollte. So bedurfte es 1989 als Stein des Anstosses nur noch der Öffnung der ungarischen Grenzen, und das Volk, zu dessen Wohl alles getan werden sollte, stimmte wie vor 1961, diesmal endgültig, über seinen Staat ab: mit den Füßen.

Vom Flüchtlingsstrom zur Massenflucht – die Bevölkerungsentwicklung

Dr. Helmut Schultze

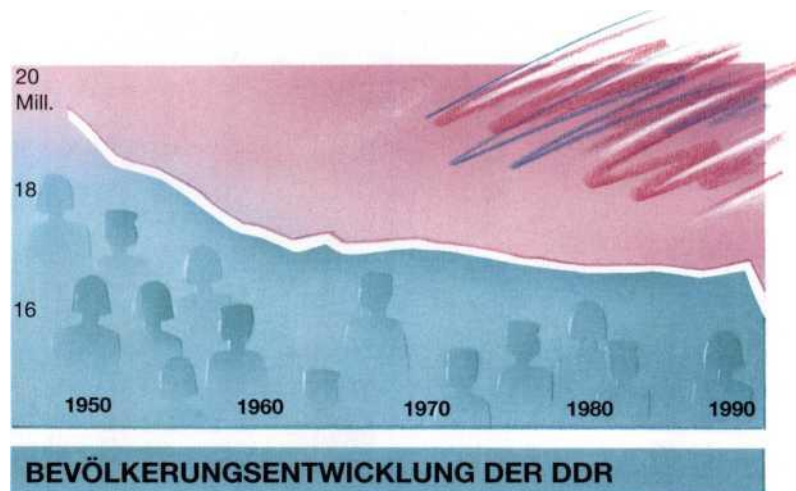
Es endete, wie es begann, mit Massenwanderungen. Am Anfang waren es zahllose Ströme von Vertriebenen und Flüchtlingen aus dem Osten, die auf dem Gebiet der späteren DDR eine vorläufige oder endgültige Bleibe fanden. Am Ende waren es Tausende von vornehmlich jüngeren DDR-Bürgern, die ihrem Land den Rücken kehrten und im Umweg über Länder wie Ungarn, Tschechoslowakei und Polen die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland erkämpften.

Am Tag der Wiedervereinigung lebten in den neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins 16,1 Millionen Personen, das entsprach einem Viertel der Bevölkerung in den alten Bundesländern zum gleichen Zeitpunkt.

In den knapp 41 Jahren ihrer Existenz hatte sich die Bevölkerungszahl der DDR damit um 2,7 Millionen Personen verringert. Die Zahl der Einwohner lag Ende 1949 noch bei 18,8 Millionen Personen.

Ein Blick auf die jährlichen Bevölkerungsbilanzen zeigt, dass es hauptsächlich die Absetzbewegung von DDR-Bewohnern in die alten Bundesländer war, die den Bevölkerungsrückgang verursacht hatte. Zeitweilig wurde dieser Massenexodus in seiner Wirkung durch eine Überzahl der Gestorbenen gegenüber den gleichzeitig Geborenen (Sterbefallüberschuss) noch verstärkt oder durch ein zahlenmässiges Über-

Erheblicher
Bevölkerungsrückgang



gewicht der Lebendgeborenen gegenüber den Gestorbenen (Lebendgeborenenüberschuss) abgeschwächt.

Nach Angaben der DDR-Statistik haben vom 1.1.1950 bis zum Bau der Berliner Mauer am 13.8.1961 rund 3,1 Millionen Personen der DDR in Richtung Westen den Rücken gekehrt. Etwa 620'000 Personen wählten in dieser Zeit den umgekehrten Weg. Die hermetische Abriegelung der DDR und des Ostteils von Berlin hatte dann für mehr als zweieinhalb Jahrzehnte einen drastischen Rückgang der Abwanderung in die alten Bundesländer zur Folge. Zwischen Mitte August 1961 und Ende 1988 gelang es etwa 555'000 Menschen, die DDR zu verlassen. Im Einzelnen sind innerhalb dieses Zeitraumes folgende Entwicklungsetappen zu erkennen:

Von 1962 bis 1975, dem Jahr, in dem die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) stattfand, durften rund 305'000 Personen aus der DDR ausreisen. Dabei handelte es sich fast ausnahmslos um Menschen im Rentenalter.

Zwischen 1976 und Ende 1988 erhielten etwa 250'000 DDR-Bewohner die Ausreisegenehmigung. Unter Hinweis auf die KSZE-Schlussakte war es zunehmend auch Kindern und Personen im erwerbsfähigen Alter möglich, die DDR zu verlassen. Mitte 1989 bahnte sich immer sichtbarer der politische Zusammenbruch der DDR an. Von An-



Junge Ehepaare wurden vom Staat durch soziale Vergünstigungen besonders gefördert – Hochzeit nach «Harzer Art»

fang 1989 bis zum 2.10.1990 kehrten etwa 570'000 Menschen diesem Land den Rücken. Ein grosser Teil von ihnen flüchtete 1989 über Ungarn, die Tschechoslowakei oder Polen aus der Heimat. Nach dem Fall der Berliner Mauer am 9.11.1989 und den anschliessenden Grenzöffnungen war die Freizügigkeit zwischen beiden Teilen Deutschlands erstmals seit dem II. Weltkrieg wieder uneingeschränkt hergestellt.

Insgesamt gesehen haben vom 1.1.1950 bis zum 2.10.1990 rund 4,2 Millionen Menschen die DDR verlassen. Die Zahl der Zuwanderer nahm sich mit 685'000 dagegen bescheiden aus. In der Zeit ihres Bestehens hat die DDR auf diese Weise einen Bevölkerungsverlust von rund 3,5 Millionen Personen erlitten. Zu Recht ist ein solcher Aderlass an Menschen als «Abstimmung mit den Füissen» politisch gewertet worden.

Nicht so gleichförmig hat die natürliche Bevölkerungsbewegung (Lebendgeborene, Gestorbene) die Bevölkerungsentwicklung beeinflusst. Von 1949 bis 1968 wurden durchweg mehr Kinder geboren als gleichzeitig Menschen starben. Der von 1969 und bis 1978 zu beobachtende Sterbefallüberschuss hatte sich in den Jahren 1972 bis 1976 (jährlich zwischen 30'000 und 60'000 Personen) ausserordentlich verstärkt. Diese Entwicklung war unmittelbare Folge der Ende 1971 beschlossenen und ab 9.3.1972 gesetzlich wirksam gewordenen Fristenregelung bei Schwangerschaftsabbrüchen.

Mit der Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen wurde eine Entwicklung zeitlich abgekürzt, die sich seit Mitte der 60er Jahre durch einen ständigen Geburtenrückgang bereits abgezeichnet hatte. Die dieser Entwicklung zugrunde liegende Umorientierung der Menschen von durchschnittlich zwei bis drei Kindern in den Familien auf ein bis zwei Kinder wäre auch unter Beibehaltung der bis 1971 praktizierten Indikationenregelung nicht aufzuhalten gewesen. 1971 wurden lediglich rund 20'000 Schwangerschaftsabbrüche von dafür zuständigen Kommissionen genehmigt. 1972 stieg die Zahl der legalen Schwangerschaftsabbrüche auf 120'000 an. Sie schwächte sich in den folgenden Jahren allmählich ab und verringerte sich nach einem kurzzeitigen Wiederanstieg in den Jahren 1979 bis 1982 auf rund 74'000 Fälle im Jahr 1989.

Der 1979 erneut einsetzende und bis 1988 (Ausnahme: 1986) andauernde leichte Geburtenüberschuss (zwischen 2'000 und 12'000 Kindern) ist nur kurzzeitig Folge einer Erhöhung der Geburtenhäufigkeit gewesen. In den 80er Jahren war er bei insgesamt rückläufiger Geburtenentwicklung fast ausschliesslich auf die gleichzeitig sinkende Zahl der



*Ständiger Geburtenrückgang
ab Mitte der 60er Jahre –
«Meister Adebar» kümmerte
das wenig*

Foto: Bundesbildstelle Bonn

Die Geburtenhäufigkeit sicherte seit Jahren nicht mehr den Bevölkerungsbestand

Gestorbenen zurückzuführen. Seit 1989 sterben wieder mehr Menschen als gleichzeitig geboren werden.

Die Geburtenentwicklung erlebte in den letzten vier Jahrzehnten Höhen und Tiefen. Ein erster «Geburtengipfel» wurde mit über 300'000 Geburten jährlich zu Beginn der 50er Jahre registriert. Er war Ausdruck eines kriegsbedingten Nachholeffekts. In vielen Familien wurde die Geburt von Kindern auf die Zeit nach dem Krieg verschoben. Andererseits konnten Familien oft überhaupt erst nach Jahren der Kriegsgefangenschaft und des wirtschaftlichen Neubeginns gegründet werden.

Ein erneuter Anstieg in der Geburtenentwicklung stellte sich mit ebenfalls über 300'000 Geburten im Jahr in der ersten Hälfte der 60er Jahre ein. Offensichtlich ist er auch im Zusammenhang mit staatlichen Zuwendungen zu sehen, die seit 1958 bei der Geburt von Kindern gezahlt wurden.

Einen letzten Höhepunkt in der 41jährigen Geschichte der DDR erlebte die Geburtenentwicklung 1980. Er steht im direkten Zusammenhang mit einem ganzen Paket sozialer Massnahmen, die seit 1972 u.a. auf die Unterstützung der Familien und die Geburt von Kindern gerichtet waren. Mit 245'000 Geburten lag dieser Gipfel um 65'000 Geburten über der Talsohle der Jahre 1974/75, in denen nur rund 180'000 Kinder das Licht der Welt erblickten.

Der Drei-Generationen-Haushalt gehörte schon bald der Vergangenheit an

Foto: ADN



Die Geburt von Kindern ist ein natürliches und zugleich individuelles Anliegen der Eltern, das sich mit dem Wunsch verbindet, ihr Leben gemeinsam mit Kindern zu gestalten. Andererseits hängt auch die Zahl der künftig zu erwartenden Schüler, Auszubildenden, Studenten und Erwerbstätigen von der Geburtenentwicklung ab. Daher dient ihre Beobachtung auch dem rechtzeitigen Erkennen von Aufgaben auf den verschiedenen Feldern der Politik. Es gibt somit vielfältige Gründe, die die Beobachtung und Analyse der Geburtenentwicklung erforderlich machen.

Bis 1971 konnte mit der jährlichen Geburtenentwicklung die Bestandserhaltung der Bevölkerung langfristig gewährleistet werden, d.h. es wurden so viele Kinder geboren, dass der «Ersatz der Elterngeneration» gesichert war. Seit 1972 ist das dafür nötige Niveau der Geburtenhäufigkeit in keinem Jahr mehr erreicht worden. Die DDR teilte damit das Los fast aller vergleichbaren Staaten dieser Erde.

Für die Beurteilung des Geburtengeschehens sind in den letzten Jahrzehnten drei Entwicklungsetappen bedeutsam. Etwa bis zur Mitte der 60er Jahre war das Vorhandensein von zwei bis drei Kindern in den Familien ein typisches Erscheinungsbild.

Die folgenden 10 Jahre sind dagegen von einer Phase der Umorientierung in den Familien auf ein bis zwei Kinder gekennzeichnet. Noch

Seit Mitte der 60er Jahre lag die Zahl der jährlichen Eheschliessungen zwischen 125'000 und 150'000

Foto: Bundesarchiv



bis in die 80er Jahre hinein war dabei eine starke Hinwendung zur 2-Kinder-Familie zu beobachten. Demgegenüber mehrten sich in den 80er Jahren Anzeichen, die in der Konsequenz auf die 1-Kind-Familie hinauslaufen. Das zeigt sich besonders an der Kinderzahl derjenigen Frauen, die sich heute im «geburtensfreudigsten» Lebensabschnitt befinden, also jünger als 30 Jahre sind.

Konnte diese Entwicklung in den letzten Jahren der DDR bereits als ein Fingerzeig für den allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Niedergang gedeutet werden, so ist die gegenwärtig weiter abnehmende Geburtenhäufigkeit von einer verbreiteten sozialen Verunsicherung, durch veränderte soziale Regelungen vor allem für berufstätige Frauen mit Kindern aber auch durch weiter fortschreitende konsumbezogene Ansprüche an die persönliche Lebensgestaltung geprägt.

Im Vergleich dazu werden Frauen, die heute 30 Jahre und älter sind, im Laufe ihres Lebens deutlich mehr Kinder zur Welt gebracht haben. Statistisch gesehen wird jede dieser Frauen im Durchschnitt 1,8 Kindern das Leben geschenkt haben. Dass bei ihnen die Anzahl der Kinder dennoch nicht ausreicht, um die Elterngeneration zu «ersetzen», liegt fast ausschliesslich an der geringen Zahl Drittgeborener und weiterer Kinder. Nur 7% bis 8% dieser Frauen werden kinderlos bleiben.

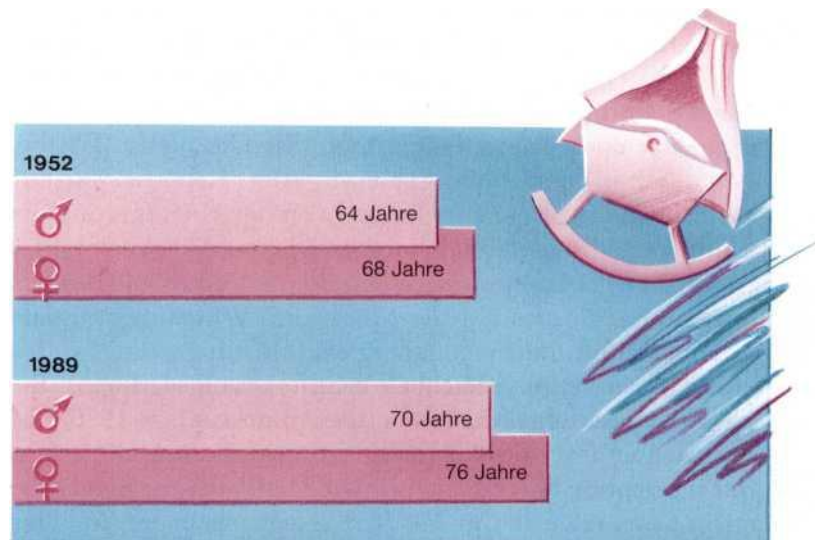
Die Zahl der jährlich Verstorbenen wird durch das Zusammenwirken zweier Komponenten bestimmt. Sie hängt wesentlich von der altersstrukturellen Zusammensetzung der Bevölkerung ab, und hier besonders von der zahlenmässigen Grösse der Personen im höheren Alter. Sie wird weiterhin durch das unterschiedliche Niveau der Sterblichkeit in allen Altersbereichen beeinflusst.

Rückblickend betrachtet schwankte die Zahl der jährlich Verstorbenen in der DDR seit Ausgang der 50er bis in die 80er Jahre hinein zwischen 220'000 und 240'000 Personen. 1989 starben 206'000 Menschen.

Während die Altersstruktur einer Bevölkerung gewissermassen vorgegeben ist und nicht gezielt beeinflusst werden kann, stellt die Lebenserwartung als Spiegelbild der Sterblichkeitsverhältnisse einen wichtigen Gradmesser zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit des Gesundheits- und Sozialwesens sowie des Gesundheitsverhaltens der Menschen dar. Es sind daher vor allem diese Aspekte sowie die Umwelteinflüsse, über die das Sterblichkeitsgeschehen beeinflusst werden kann. Welche Veränderungen haben sich hier in den zurückliegenden vier Jahrzehnten ergeben?

In den Jahren 1952 bis 1989 hat sich die durchschnittliche Lebenserwartung eines neugeborenen Jungen um 6 Jahre auf 70 Lebensjahre er-

Die Lebenserwartung
hatte zugenommen



LEBENSERWARTUNG BEI DER GEBURT

hört. Sie hat bei neugeborenen Mädchen um über 8 Jahre zugenommen und beträgt jetzt mehr als 76 Lebensjahre. Hauptsächlich ist diese Zunahme auf die Verringerung der Säuglingssterblichkeit zurückzuführen (bei männlichen Neugeborenen zu fast zwei Dritteln, bei neugeborenen Mädchen zu über 40%).

Betrachtet man die Entwicklung der Lebenserwartung in den verschiedenen Altersbereichen, so zeigt es sich, dass sie unabhängig vom Geschlecht vor allem im Säuglings- und Kindesalter deutlich angestiegen ist. Sie hat sich im mittleren und hohen Altersbereich bei Männern nur unwesentlich, bei Frauen in stärkerem Masse erhöht, ohne dabei allerdings Niveauveränderungen vergleichbarer Staaten erreicht zu haben.

In den 70er und 80er Jahren waren in der Entwicklung der Lebenserwartung Zeichen der Stagnation nicht zu übersehen. Das betraf vor allem die Jahre 1975 bis 1980 und 1984 bis 1986. Als Folge davon hatte die Zahl der Staaten mit einer höheren Lebenserwartung ständig zugenommen. Gleichzeitig vergrößerte sich der Abstand zu den auf diesem Gebiet führenden Staaten. Das waren vor allem Japan, Island und Schweden, aber auch die Schweiz, Frankreich, die Niederlande und Kanada.

Es verwundert daher nicht, wenn die DDR im Vergleich der Lebenserwartung anderer Staaten 1988 bei männlichen Neugeborenen lediglich den 31. Rang und bei weiblichen Neugeborenen nur den 30. Rang belegte. Noch 1970 lag sie bei solchen Vergleichen auf Rang 18 bzw. auf Rang 23.

Eine wesentliche Ursache für diese Entwicklung ist in der Tatsache zu sehen, dass bei dem bereits seit Jahren erreichten Niveau der Säuglingssterblichkeit deren weitere Verringerung für die Entwicklung der Lebenserwartung Neugeborener nur noch von untergeordneter Bedeutung ist. Das bedeutet aber, dass eine Erhöhung der Lebenserwartung bereits seit längerem zunehmend von der Verringerung der Sterblichkeit in anderen Altersbereichen abhängt.

Das betrifft insbesondere die 30- bis unter 60jährigen, aber auch die noch älteren Menschen. Wird unter diesem Gesichtspunkt die Entwicklung seit 1970 betrachtet, so hat sich die Säuglingssterblichkeit kontinuierlich verringert. Bezogen auf jeweils 1'000 Lebendgeborene starben 1970 18,5 Säuglinge, 1989 waren es noch 7,6. Auf diesem Gebiet fiel der internationale Vergleich für die DDR entsprechend günstiger aus. In den Jahren 1987/88 belegte sie in der Welt den 14. und in Europa den 11. Rang. Auch im Kindesalter ist das ohnehin geringe Sterblichkeitsniveau weiter zurückgegangen. Das trifft ebenso für die weibliche Bevölkerung in allen übrigen Altersbereichen zu. Dagegen weist die Sterblichkeitsentwicklung bei den 30- bis unter 40jährigen Männern einen weitgehend stagnierenden Verlauf und bei den 40- bis unter 60jährigen Männer sogar eine Zunahme auf.

Zugenommen haben auch die bestehenden Sterblichkeitsunterschiede zwischen Männern und Frauen, und zwar weiter zuungunsten der männlichen Bevölkerung. Die «Übersterblichkeit» der Männer hat sich bei den 30- bis unter 40jährigen beispielsweise um mehr als 30%, bei den 40- bis unter 60jährigen um 25% erhöht.

Es sind hauptsächlich berufliche und familiäre Gründe, die dazu führen, dass Menschen von einer Wohnung in eine andere ziehen. Vielfach vollzieht sich ein solcher Wohnungswechsel innerhalb des bisherigen Wohnortes, oft genug ist damit aber auch ein Ortswechsel verbunden. Die einen Ortswechsel innerhalb eines Staatsgebietes nach sich ziehende räumliche Mobilität der Bevölkerung wird als Binnenwanderung bezeichnet.

Miteinander vergleichbare Daten zur Binnenwanderung stehen erst seit Ende der 60er Jahre zur Verfügung. Den Grund hierfür bildete die 1965 in Kraft getretene und mit einer mehrjährigen Umstellungsphase verbundene neue Meldeordnung. Im Durchschnitt haben seitdem jährlich rund 400'000 Personen ihren ständigen Wohnsitz von einer Gemeinde in eine andere verlegt. Etwa die Hälfte von ihnen befand sich im Alter von 25 bis unter 35 Jahren.

Die vorliegenden Ergebnisse zeigen, dass vom Bevölkerungsrückgang in den 70er und 80er Jahren im Durchschnitt gesehen fast ausschließlich Gemeinden unter 10'000 Einwohnern betroffen waren. In

Die kleinen Gemeinden trugen die Hauptlast des Bevölkerungsrückganges

diesen Gemeinden ist der Bevölkerungsrückgang vor allem durch Binnenwanderungsverluste gegenüber den grösseren Städten verursacht worden. Der Bevölkerungsrückgang wurde hier durch den Exodus an Menschen über die DDR-Grenze und durch Sterbefallüberschüsse noch verstärkt.

Rund 40% aller Gemeinden in der DDR wiesen im genannten Zeitraum einen Bevölkerungsrückgang von 20% und mehr auf. Das betraf 2'745 Gemeinden mit weniger als 2'000 Einwohnern, 287 Gemeinden mit 2'000 bis unter 10'000 Einwohnern, 24 Gemeinden mit 10'000 und mehr Einwohnern.

Insbesondere für viele der kleinen Gemeinden steht bereits in naher Zukunft die weitere Existenz als getrennte Verwaltungseinheiten zur Disposition.

Demgegenüber konnten vor allem Städte mit über 50'000 Einwohnern die genehmigte Übersiedlung in die Altbundesländer sowie partiell entstandene Sterbefallüberschüsse mit den Zuzugsgewinnen aus kleineren Gemeinden mehr als ausgleichen.

Im Ergebnis hat sich in den 70er und 80er Jahren ein über die Binnenwanderung vermittelter Konzentrationsprozess der Bevölkerung in



Die Zahl der Geburten unterlag erheblichen Schwankungen – Säuglingsabteilung eines Kreiskrankenhauses

Foto: ADN

Mittel- und Grossstädten vollzogen. Allein der Ostteil Berlins hatte in den letzten beiden Jahrzehnten Zuzugsgewinne aus den übrigen Bezirken in Höhe von 265'000 Personen.

Welche Konsequenzen ergeben sich aus den Veränderungen in der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsentwicklung für die sogenannte Alterspyramide der Bevölkerung?

Allgemein kann festgestellt werden, dass Geburten und Sterbefälle, Zuzüge und Wegzüge den Altersaufbau einer Bevölkerung ebenso beeinflussen wie deren Zusammensetzung nach dem Geschlecht. So bewirkt ein Rückgang in der Geburtenhäufigkeit zunächst eine zahlenmässige Reduzierung der Bevölkerung im Kindesalter und erhöht gleichzeitig das anteilige Gewicht der Bevölkerung im Erwerbstätigen- und im Rentenalter.

Diese Entwicklung wird noch unterstützt, wenn gleichzeitig die Lebenserwartung der Menschen wächst und immer mehr Personen ein höheres Alter erreichen. Wanderungsgewinne bzw. -Verluste wirken sich dagegen besonders in den tendenziell eine höhere Mobilitätsbereitschaft aufweisenden Altersgruppen aus, also vorrangig bei den 18- bis unter 35jährigen. Sie ziehen entsprechende Veränderungen im Kindes-

Die Alterspyramide



Rund 2,2 Millionen der Bevölkerung waren 65 Jahre und älter – Rentner am Käthe-Kollwitz-Denkmal in Berlin-Ost

Foto: Bundesarchiv

alter nach sich, sofern es sich bei den Personen, die einen Wohnortwechsel vornehmen, um Familien handelt. Besonders nachhaltig hat sich in den vier Jahrzehnten des Bestehens der DDR die Flucht vieler Menschen nach Westdeutschland ausgewirkt.

Diese Beeinflussungen der Alterspyramide ergänzen entsprechende Einwirkungen aus früheren Jahren, etwa die Geburtenausfälle in beiden Weltkriegen und in der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932 sowie die Kriegstoten aus dem letzten Weltkrieg. Sie erklären damit zugleich das insgesamt zerklüftete Bild der Alterspyramide, wie es sich beispielsweise für das Jahr 1989 darstellt.

Vor diesem Hintergrund finden auch die Veränderungen im Altersaufbau und in der geschlechtsspezifischen Zusammensetzung der Bevölkerung in den letzten rund 40 Jahren ihre Erklärung. So wird deutlich, dass sich die Bevölkerung im Kindesalter zahlenmässig verringert hat. Der Anteil der unter 15jährigen an der Gesamtbevölkerung ist zurückgegangen. Die Bevölkerung im Rentenalter (Männer 65 Jahre und älter, Frauen 60 Jahre und älter) hat demgegenüber ihren Anteil innerhalb der Bevölkerung erhöht.

Die Zusammensetzung der Bevölkerung nach dem Geschlecht entspricht im Kindesalter vollständig und im Erwerbstätigenalter wieder weitgehend den biologischen Gegebenheiten. Auf 100 lebendgeborene Mädchen entfallen 105 bis 107 männliche Lebendgeborene. Dieser «Vorsprung der Männer» wird etwa bis zum 50. Lebensjahr durch die geringere Sterblichkeit der Frauen ausgeglichen und verkehrt sich in den höheren Lebensjahren immer deutlicher ins Gegenteil.

Der hohe Frauenüberschuss bei Personen im Rentenalter ist in dem gegenwärtigen Umfang auf die im II. Weltkrieg erlittenen Männerverluste zurückzuführen. So standen Ende 1989 jeweils 100 Männern im Alter von 65 Jahren und älter 214 Frauen gleichen Alters gegenüber. Allein unter Zugrundelegung der 1989 herrschenden Sterblichkeitsverhältnisse würden auf 100 Männer dieses Alters nur 137 Frauen entfallen.

Bis 1989 hat die Zahl der in der DDR lebenden Ausländer Jahr für Jahr geringfügig zugenommen. In ihrer Aussenwanderungsbilanz wies die DDR einen jährlichen Zugewinn von durchschnittlich 4'000 bis 6'000 Personen gegenüber den gleichzeitig Ausreisenden auf. Hierbei handelte es sich vornehmlich um Arbeitskräfte, z.B. aus osteuropäischen Ländern, aus Vietnam und Mosambik, aber auch um Personen, die in der DDR einen Beruf erlernen oder ein Studium absolvieren wollten.

Ausländische
Mitbürger

Angaben über die Gesamtzahl der in der DDR lebenden Ausländer wurden erstmals 1989 veröffentlicht. Danach waren es Ende 1989 rund 191'000 Personen, knapp 1,2% der Gesamtbevölkerung. Bis zum 3.10. 1990 hatte sich ihre Zahl auf 166'000 Personen (= 1,0%) verringert.

Von den ausländischen Mitbürgern entfielen 1989 u.a.

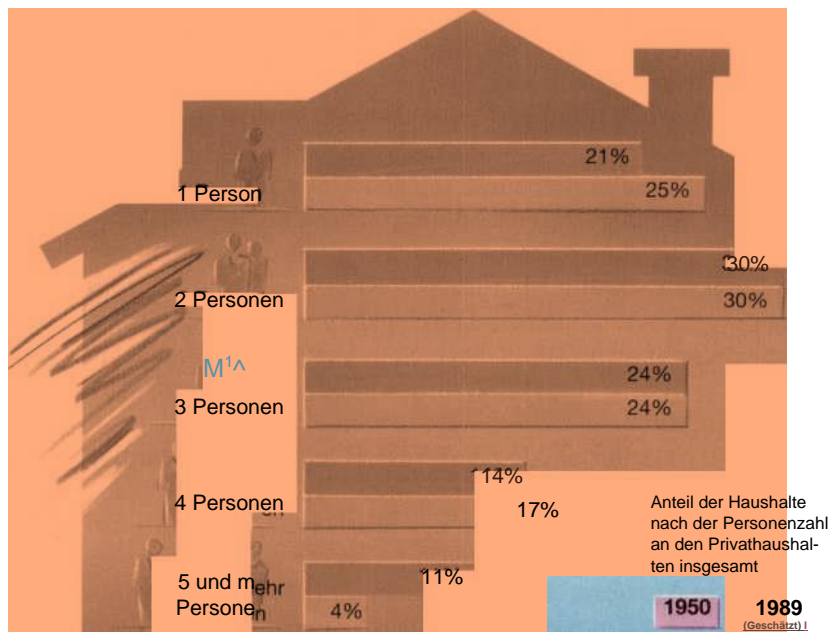
- 31% auf Vietnamesen,
- 27% auf Polen,
- je 8% auf Bürger der Sowjetunion und Mosambiks,
- 7% auf Ungarn,
- 4% auf Kubaner.

Von ihnen war über die Hälfte erwerbstätig (55%), ein Fünftel befand sich als Lehrling oder Student in der beruflichen Ausbildung.

Der weitaus grösste Teil der Bevölkerung lebt in einem Privathaushalt und hier überwiegend innerhalb einer Familie.

Während der Haushalt zunächst nur zum Ausdruck bringt, dass in ihm Menschen gemeinsam wohnen und wirtschaften, präzisiert der Hinweis auf die Familie, dass es sich in diesen Fällen zugleich um eine meist auf engen verwandtschaftlichen Beziehungen beruhende Gemeinschaft handelt. Das können alleinlebende Ehepaare oder Eltern bzw. Elternteile mit ihren im Haushalt lebenden Kindern aber auch an-

Trend zu
kleineren Haushalten und
Familien



VERÄNDERUNG DER HAUSHALTSGRÖSSE NACH PERSONEN

dere miteinander verwandte Personen sein. Vorwiegend in ländlichen Gegenden trifft man noch den 3-Generationen-Haushalt an, in dem Grosseltern und Eltern mit ihren Kindern gemeinsam unter einem Dach wohnen.

In der DDR wurden Angaben über das Zusammenleben der Menschen in Haushalten und Familien im Rahmen von Volkszählungen ermittelt. Für 1989 liegen erstmals auch Schätzungen vor, die auf Daten der bis 1990 existierenden kommunalen Einwohnerregister beruhen. Geht man von den offiziellen Zahlen der letzten Volkszählung aus, dann gab es zu Beginn der 80er Jahre in der DDR mehr als 6,5 Millionen Privathaushalte, in denen knapp 16,5 Millionen Personen lebten. Das waren fast 99% der Gesamtbevölkerung. Nur 225'000 Personen hatten in sogenannten Gemeinschaftsunterkünften ihren ständigen Wohnsitz, so z.B. in einem Seniorenheim.

Von den Privathaushalten entfielen fast 27% (1,73 Millionen) auf Einpersonenhaushalte und mehr als 73% (4,78 Millionen) auf Mehrpersonenhaushalte. Innerhalb der Mehrpersonenhaushalte bildeten Haushalte mit zwei Personen den Hauptteil. Mit wachsender Personenzahl nahm die Anzahl der Mehrpersonenhaushalte je Haushaltsgrösse rasch ab.

Rund 98 von 100 Mehrpersonenhaushalten waren Familienhaushalte. Von ihnen entfielen 30 auf Ehepaare ohne Kinder, 55 auf Eltern und 11 auf Elternteile, jeweils mit ihren unverheirateten Kindern sowie fast zwei auf Haushalte, in denen mehrere Familien anzutreffen waren.

Die Volkszählungsergebnisse unterstreichen damit sehr anschaulich das starke Gewicht von Ehe und Familie als der nach wie vor dominierenden Form des Zusammenlebens von Menschen. Insgesamt 12,8 Millionen Personen lebten Ende 1981 in einer ehelichen Gemeinschaft. Das waren 87% aller in Mehrpersonenhaushalten Lebenden oder fast 77% der Gesamtbevölkerung.

Der Anteil von Haushalten mit Personen ohne jede verwandtschaftliche Beziehung betrug weniger als 2%. Ihre geringe Zahl lässt allerdings keine Rückschlüsse auf die tatsächliche Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften zu. Nur ein Teil dieser Menschen hat neben der gemeinsamen Haushaltsführung zugleich auch einen gemeinsamen ständigen Wohnsitz. Exakte Zahlen über Lebensgemeinschaften liegen für die DDR nicht vor. Im Zusammenhang mit der Volkszählung von 1981 bekannten sich in knapp 155'000 Fällen Menschen dazu, in einer solchen nichtehelichen Gemeinschaft zu leben.

In den letzten vier Jahrzehnten haben sich die Haushalte und Familien kontinuierlich verkleinert. Statistisch gesehen lebten 1950 2,71 Per-

sonen in einem Haushalt, zu Beginn der 70er Jahre betrug ihre Zahl 2,64 Personen. Bis Ende 1989 hat sie sich nach Schätzungen auf 2,45 Personen je Haushalt weiter reduziert. Hinter diesem Rückgang verbergen sich folgende Einzelentwicklungen:

- Die Zahl der Einpersonenhaushalte lag 1989 mit 1,6 Millionen deutlich über der von 1950 (1,4 Millionen).
- Die Zahl der Mehrpersonenhaushalte ist im Zeitraum 1951 bis 1989 von 5,2 Millionen auf rund 4,9 Millionen zurückgegangen. Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf eine Verringerung der Haushalte mit fünf und mehr Personen zurückzuführen (von 724'000 auf 255'000). Eine Zunahme weisen demgegenüber die Vierpersonenhaushalte auf (von 0,9 Millionen auf 1,1 Millionen).
- Deutlich erhöht hat sich auch die Zahl alleinstehender Elternteile mit ihren unverheirateten Kindern (1971: 0,5 Millionen; 1989: 0,7 Millionen Haushalte).

Diese Veränderungen stehen im engen Zusammenhang mit dem Rückgang der Kinderzahl in den Familien. Sie weisen auch auf eine Zunahme der Scheidungshäufigkeit bei gleichzeitig nachlassender Bereitschaft zur Eheschließung hin.

Wurden in den 50er bis Anfang der 60er Jahre noch jährlich zwischen 150'000 und 200'000 Ehen geschlossen (jeweils mehr als 9 je 1'000 der Bevölkerung), so pendelte sich diese Zahl seitdem auf etwa 125'000 bis 150'000 im Jahr ein (knapp 8 je 1'000 der Bevölkerung).

International wiesen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre unter vergleichbaren Staaten nur die USA und die Sowjetunion eine höhere allgemeine Eheschließungsziffer auf als die DDR (im Jahr geschlossene Ehen je 1'000 der Bevölkerung).

Obwohl dieser vordere Platz als Hinweis auf eine vergleichsweise hohe Eheschließungsfreudigkeit gewertet werden kann, signalisierte bereits seit etwa 1970 eine Reihe von Anzeichen auch in der DDR Veränderungen in der Einstellung der Menschen zur Ehe. Diese Veränderungen spiegeln sich u.a. darin wider, dass die Bereitschaft, eine Ehe zu schließen, Ende der 80er Jahre geringer war als 20 Jahre zuvor.

Gleichzeitig wird deutlich, dass jene, die eine Ehe eingehen, im Durchschnitt älter sind als früher. Der Eheschließung ist häufig ein vorheliches Zusammenleben («Ehe auf Probe») zeitlich vorgelagert. Das durchschnittliche Heiratsalter erhöhte sich von 1971 bis 1989 bei ledigen Männern von 23 auf 25 Jahre und bei ledigen Frauen von 21 auf 23 Jahre.

Weniger Eheschließungen – aber mehr Ehescheidungen

Eine hohe Ehescheidungshäufigkeit weist zudem darauf hin, dass die gerichtliche Ehelösung nicht mehr als Ausnahme angesehen, sondern als etwas ganz Normales empfunden wird. Für einen nennenswerten Teil potentieller Ehe Kandidaten ist die Ehe ohne Trauschein sogar zu einer bevorzugten Alternative des Zusammenlebens von Mann und Frau geworden.

Von 100 in den 80er Jahren geschlossenen Ehen werden 37 wieder durch Scheidung beendet; zu Beginn der 70er Jahre waren es etwa 16. Seit Anfang der 80er Jahre wurden bis 1989 jährlich rund 50'000 Ehen geschieden. Die Zahl der Ehescheidungen hatte sich in dieser Zeit gegenüber 1960 verdoppelt. In den 80er Jahren haben sich damit jährlich für rund 100'000 Erwachsene und rund 50'000 Kinder unter 18 Jahren grundlegende Veränderungen in den familiären Lebensverhältnissen ergeben. Das betraf pro Jahr fast 1% der Gesamtbevölkerung bzw. etwa 1,2% der bestehenden Ehen. International gehörte die DDR mit 30 geschiedenen Ehen je 10'000 der Bevölkerung zu den Staaten mit der höchsten Scheidungshäufigkeit.

Spiegelbild dieser Veränderungen sind die in den letzten 20 Jahren eingetretenen Veränderungen im Altersbereich der 18-bis unter 40jährigen nach dem Familienstand. 1989 entfielen von 1'000 Personen dieses Alters

*Auch für die DDR typisch:
Die 1-Kind-Familie –
Die Eltern bestaunen die Plastik,
der Sohn/die Tochter die Eltern*

Foto: ADN



359 auf Ledige	(1970: 259)
565 auf Verheiratete	(1970:704)
3 auf Verwitwete	(1970: 4)
73 auf Geschiedene	(1970: 33)

Blick in die Zukunft

Aussagen zur künftigen Bevölkerungsentwicklung basieren auf Modellrechnungen. Ihnen liegen Annahmen über die voraussichtliche Entwicklung der Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit sowie über die der Zu- und Wegzüge zugrunde. Prognosedaten beruhen somit auf dem gegenwärtigen Kenntnis stand. Sie zeigen auf, mit welchen Entwicklungen und daraus abgeleiteten Konsequenzen zu rechnen wäre, wenn die getroffenen Annahmen tatsächlich eintreten würden. Aktuelle Berechnungen für das Beitrittsgebiet liegen derzeit nicht vor, doch sind zumindest Grundrichtungen der Entwicklung klar erkennbar.

So wird sich die Bevölkerungszahl in den ostdeutschen Ländern weiter wesentlich verringern. Dafür sprechen die derzeit sehr niedrige Geburtenhäufigkeit mit deutlicher Hinwendung zur 1-Kind-Familie und eine weiter andauernde Abwanderung in die westlichen Bundesländer. Diese einseitige Wanderungsbewegung wird in den nächsten Jahren sicher an Intensität verlieren. In dem Masse, wie sich die wirtschaftliche Situation im Osten Deutschlands stabilisiert, ist auch eine an Gewicht gewinnende gegenläufige Wanderungsbewegung wahrscheinlich. Dagegen ist aus heutiger Sicht eine Anhebung der Geburtenhäufigkeit künftig nur sehr allmählich und dann auch nur auf das ohnehin sehr niedrige Niveau der Altbundesländer vorstellbar. Die Tatsache, dass durch die zu erwartende Zunahme der Lebenserwartung immer mehr Menschen ein hohes Alter erreichen werden, kann den vorgezeichneten Bevölkerungsrückgang nur verlangsamen, aufzuhalten ist er dadurch nicht. Mit Sicherheit wird sich die altersmässige Zusammensetzung der ostdeutschen Bevölkerung weiter zugunsten des mittleren und oberen Altersbereiches verändern. Die absehbaren geringen Geburtenzahlen werden künftig zu einer deutlichen Verringerung der Personen im Kindes- und Jugendlichenalter führen.

Diese Alterung der Bevölkerung ist kein spezifisch ostdeutsches Phänomen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass sich die gegenwärtig noch bestehenden demographischen Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern abschwächen werden und sich bereits in absehbarer Zeit eine weitgehend einheitlich verlaufende Bevölkerungsentwicklung im geeinten Deutschland ergeben wird.

Von der «Demokratisierung der deutschen Schule» zum sozialistischen Bildungssystem – der Weg vom Kindergarten zum Beruf

Hans-Jörg Marggraf



Getreu der Devise Lenins «Lernen – Lernen und nochmals Lernen» wandte man sich schon frühzeitig dem Aufbau eines neuen Schulsystems nach sowjetischem Vorbild zu.

Bereits 1946, also vor der Gründung der DDR im Jahre 1949, wurde in den Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone das «Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule» erlassen. In der Präambel dieses Gesetzes heisst es u.a. «Sie (die Schule) muss so aufgebaut sein, dass sie allen Jugendlichen, Mädchen und Jungen, Stadt- und Landkindern, ohne Unterschied des Vermögens der Eltern das gleiche Recht auf Bildung und seine Verwirklichung entsprechend ihren Anlagen und Fähigkeiten garantiert». Ziel war die sogenannte demokratische Einheitsschule. Sie umfasste die gesamte Erziehung und Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule nach dem folgenden Schema: – Vorstufe (Kindergarten gilt als vorschulische Einrichtung) – Grundstufe (Grundschule)

- Oberstufe (Oberschule, Berufs- und Fachschule)
- Hochschule (Universität)

Für alle Kinder, die drei Monate vor Schuljahresanfang das 6. Lebensjahr vollendet hatten, begann die Schulpflicht und dauerte 8 Jahre. Nach Beendigung der Grundschule folgte der weitere Bildungsgang an Berufs- und Oberschulen sowie an Fachschulen. Für alle Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren bestand nach Beendigung der Grundschule eine dreijährige Berufsschulpflicht, sofern sie keine andere Schule besuchten. Nach erfolgreichem Abschluss einer Fachschulausbildung oder des vierjährigen Besuches der Oberschule bestand für die

Auf dem Weg zur
Einheitsschule

Mehrzahl der Absolventen die Möglichkeit, das Studium an einer Hochschule aufzunehmen.

Ab 1949 fanden die ersten Gründungen der Vorstudienanstalten statt (Arbeiter- und Bauern-Fakultäten an den Universitäten und Hochschulen). Dort erhielten junge Arbeiter und Bauern die Möglichkeit, die Hochschulreife zu erwerben, um anschließend ein Studium an den Universitäten und Hochschulen aufzunehmen.

1959 wurde das «Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens» in der Deutschen Demokratischen Republik beschlossen. Kernpunkte dieses Gesetzes waren u.a.:

- Die allgemeinbildende Schule für alle Kinder ist die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule (Kurzbezeichnung Oberschule).
- Die polytechnische Bildung ist Grundzug und Bestandteil des Unterrichts und der Erziehung in allen Schuljahren.
- Die Oberschule gliedert sich in eine Unterstufe (Klassenstufe I bis IV) und eine Oberstufe (Klassenstufe V bis X).

Nach Errichtung der zehnklassigen Oberschule bestand für den Besuch dieser Einrichtung sowie für den zweijährigen Besuch der Berufsschule Schulpflicht.

Weiterführende Bildungswege nach Abschluss der Oberschule waren:

- Berufsausbildung (Dauer 2 Jahre), die zur Aufnahme eines Studiums an einer Ingenieur- oder Fachschule berechtigte;
- Berufsausbildung mit Abitur (Hochschulreife);



*Schulunterricht 1949:
Ein «Neulehrer», der auch
Bürgermeister des Dorfes war,
mit seiner Klasse*

Foto: Zentralbild/Schmidt

- Lehrgänge zur Vorbereitung auf eine Sonderprüfung;
- Arbeiter- und Bauern-Fakultäten.

Die zwölfklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule (Kurzbezeichnung: erweiterte Oberschule) vermittelte das Abitur; der Weg zur Hochschule führte oft über ein berufspraktisches Jahr.

Im Jahre 1965 wurde das «Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem» verkündet, das im vollen Umfang ein zentralistisch organisiertes System darstellte. Angefangen von den Bildungsinhalten bis zum organisatorischen Aufbau der Bildungseinrichtungen beruhten alle Massnahmen auf zentralen gesetzlichen Regelungen und Beschlüssen der damaligen Regierung oder auch der einzelnen Fachministerien. Die einzelnen Bildungsebenen wurden den Fachministerien zugeordnet (Ministerium für Volksbildung, Staats Sekretariat für Berufsbildung, Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen).

Mit der Einführung dieses Gesetzes wurde erreicht, dass die in den 50er Jahren zwischen Stadt und Land noch vorhandenen Unterschiede in den Bildungsinhalten auf dem Gebiet der Allgemeinbildung beseitigt wurden. Zum anderen wurden damit bessere Möglichkeiten für den Übergang von einer Bildungsstufe in die nächsthöhere angestrebt. Die dabei angewandten Auswahlprinzipien, insbesondere zur Erlangung der Hochschulreife und für die Zulassung zu den Universitäten und Hochschulen sowie zu den Ingenieur- und Fachschulen, wurden in der Regel durch entsprechende zentrale Festlegungen gesteuert. Dabei waren, neben dem erklärten Leistungsprinzip auch die «gesellschaftlichen Akti-

Schulunterricht 1988: Eine Lehrerin, die seit fast 40 Jahren ihren Beruf ausübte, mit der Klasse einer polytechnischen Oberschule

Foto: ADN



vitäten» des Bewerbers sowie die soziale Stellung der Eltern (Arbeiterherkunft) für den Zugang massgebend.

Bei der Betrachtung der statistischen Daten muss man berücksichtigen, dass nach der Einführung des oben genannten Gesetzes das gesamte Bildungswesen von der zentralen staatlichen Planung erfasst und damit die Bildungsstatistik in ihrer inhaltlich-methodischen Gestaltung dem Planungssystem untergeordnet wurde.

Seit Ende der 40er Jahre wurden auch Aufgabe und Funktion des Kindergartens und des Vorschulbereiches geändert. In Übereinstimmung mit den gesellschaftspolitischen Zielsetzungen bestanden sie nunmehr (neben der Betreuungsfunktion) vor allem darin, die Kinder auf die Schule vorzubereiten und sie im Sinne der sozialistischen Ideologie «in die gesellschaftliche Entwicklung aktiv einzubeziehen». Das zeigte sich darin, dass diese Einrichtungen den zuständigen staatlichen Stellen der Volksbildung unterstellt wurden. In dieser Zeit wurden auch die Kinderwochenheime geschaffen.

Die Kinder besuchten den Kindergarten vom dritten Lebensjahr an bis zum Eintritt in die Schule. Die pädagogische Arbeit erfolgte auf der Grundlage eines für alle Kindergärten verbindlichen Programms für Bildungs- und Erziehungsarbeit. 1955 bestanden 6'468 Kindergärten und Wochenheime, in denen 508'900 Kinder von 19'200 Kindergärtnerinnen betreut wurden, d.h. im Durchschnitt wurden 16 Kinder von einer Kindergärtnerin versorgt. Eine Kindergärtnerin betreute 1970 15 und 1989 10 Kinder. Neben den staatlichen Einrichtungen, die sich in kommunaler und betrieblicher Trägerschaft befanden, gab es auch noch konfessionelle Einrichtungen.

Im Jahre 1970 bestanden 11'087 Kindergärten mit 620'200 betreuten Kindern. 9'018 Kindergärten mit 476'400 Kindern waren in kommunaler, 1'657 mit 119'700 Kinder in betrieblicher und 452 mit 24'000 Kinder in konfessioneller Trägerschaft. Gegenüber 1970 war 1989 eine Zunahme der Einrichtungen auf 15'449 und der betreuten Kinder auf 747'100 zu verzeichnen. Dieser Zuwachs betraf nur die Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft. 1989 waren 75'400 Kindergärtnerinnen, das sind 75% mehr als 1970, in den Einrichtungen tätig.

Den sozialistischen Schulgesetzen entsprechend wurde ab dem Schuljahr 1946 das Schulsystem in den Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone neu organisiert. Die zu dieser Zeit bestehenden Schularten Volksschule, Mittelschule und die unteren Klassen der höheren Schule wurden zur sogenannten Grundschule zusammengefasst. Aus den höheren Schulen wurden Oberschulen. Ausserdem gab es Sonderschulen. An den insgesamt 11'007 Schulen im Jahre 1955 un-

Einrichtungen der
Vorschulerziehung

Von der
Einklassenschule zur
polytechnischen
Oberschule

terrichteten 75'600 Lehrkräfte. 25 Schüler wurden 1955 von einer vollbeschäftigten Lehrkraft unterrichtet; 1970 waren es 19 und 1989 13 Schüler.

Die Realisierung der Schulreform auf dem Lande war ein langwieriger und komplizierter Prozess, bedingt durch die erheblichen Unterschiede im Bildungsniveau zwischen Stadt und Land. So bestanden z.B. im Schuljahr 1948/49 noch 1407 einklassige Landschulen, das waren 13% aller Grundschulen. Im Vergleich zur Gesamtzahl der schulpflichtigen Kinder besuchten nur 4% (gut 99'400) aller Grundschüler einklassige Schulen. Im Jahre 1959 wurde die letzte Einklassenschule in der DDR aufgelöst.

Der Aufbau der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule seit 1959 war im Jahre 1975 im Wesentlichen abgeschlossen. Der Bildungs- und Erziehungsprozess an der zehnklassigen Oberschule in den Klassenstufen I-IV (bei Sonderschulen bis Klassenstufe V) nahm zunehmend einen ganztägigen Charakter an, denn der Schulhort wurde ab 1955 eine Teileinrichtung der Schule. Die Kinder berufstätiger Eltern konnten den Hort von 6.00 Uhr bis ca. 18.00 Uhr besuchen. Dort erledigten sie die Hausaufgaben und verbrachten ihre Freizeit bei Sport und Spiel in der Gemeinschaft. Im Jahre 1970 besuchten 47% und 1989 81% aller Schüler und Schülerinnen der Klassenstufen I-IV den Schulhort. Die Zunahme um ca. 34% in diesem Zeitraum ist auf den hohen Anteil berufstätiger Mütter zurückzuführen.

In der Unterstufe wurden 27 Stunden, in der Mittelstufe 33 Stunden und in der Oberstufe 32 Stunden Unterricht in der Woche erteilt. Für den Unterricht in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern (Geschichte, Staatsbürgerkunde, Geographie) waren in der Mittelstufe 3 Stunden und in der Oberstufe 5 Stunden festgelegt, das entsprach ca. 11% des Gesamtunterrichts. Ausserdem waren die tagespolitischen Ereignisse Gegenstand des Unterrichts, auch in anderen Unterrichtsfächern, wie z.B. Heimatkunde (in der Unterstufe) und Deutsch.

Mit der Einführung eines obligatorischen Unterrichtstages in der sozialistischen Produktion im Jahre 1958, verbunden mit der sogenannten produktiven Arbeit für etwa 400'000 Schüler der Klassenstufen VII – XII, wurde eine grundlegende Veränderung im Charakter des Schulwesens vollzogen. Dieser Unterrichtstag wurde u.a. in Betrieben und Genossenschaften der Bereiche Industrie, Bau, Landwirtschaft und Verkehrswesen durchgeführt. Wesentliche Auswirkungen daraus ergaben sich für den Unterricht in den naturwissenschaftlichen Fächern, indem eine engere Verbindung zwischen Theorie und Praxis angestrebt wurde.

Foto: Bundesarchiv



Im 9. Schuljahr konnten die Schüler, die nach Abschluss der Klassenstufe X einen Wechsel in die nächsthöhere Bildungsstufe (ausser Berufsausbildung) planten, sich um einen Ausbildungsplatz bewerben. Für ca. 20% aller Absolventen der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule standen Ausbildungs- bzw. Studienplätze an den erweiterten polytechnischen Oberschulen, medizinischen und pädagogischen Fachschulen sowie in der Berufsausbildung mit Abitur zur Verfügung. Die zentral festgelegte Quote für den Übergang in die Klassenstufe XI nach erfolgreichem Abschluss der Klassenstufe X hatte eine rückläufige Tendenz. Während der Anteil 1970 noch 17% betrug, ging er 1980 auf 9,5% zurück, um sich dann ab 1981 auf rund 10% einzupegeln.

Die demografische Entwicklung in der DDR beeinflusste die Entwicklung der Anzahl der Schüler an den allgemeinbildenden Schulen. Von 1955 bis 1975 stieg die Zahl der Schüler von fast 1,9 Millionen auf 2,7 Millionen an. Danach ging die Schülerzahl bis 1986 auf 2,0 Millionen zurück, um dann bis 1989 wieder um rund 48'500 Schüler zuzunehmen.

Eine ähnliche Entwicklung war auch bei der zehnklassigen Oberschule zu verzeichnen. 1965 besuchten 94% aller Schüler (2,3 Millionen) diese Schulen. Mit 1,9 Millionen Schülern wurde im Jahre 1986 der niedrigste Stand erreicht gegenüber 2,6 Millionen im Jahre 1975. Bezüglich der Klassenfrequenz war im Jahr 1960 mit 28 Schülern je Klasse der höchste Stand zu verzeichnen, der im Verlauf der Jahre bis auf 21 Schüler im Jahre 1989 zurückging.

Neben den bereits dargestellten allgemeinbildenden Schulen gab es auch Spezialschulen sowie Einrichtungen mit Spezialeklassen. Diese Einrichtungen waren allgemeinbildende polytechnische Oberschulen mit verstärktem Unterricht in speziellen Fächern. Der Schulbesuch endete mit der Abschlussprüfung Klassenstufe X bzw. mit der Reifeprüfung (Klassenstufe XII). 1989 besuchten 21'300 Schüler diese Bildungseinrichtungen, davon fast die Hälfte der Schüler die Kinder- und Jugendsportschulen. Dort wurden die zukünftigen Spitzensportler unterrichtet. Die Dauer des Schulbesuchs war vom Trainings- bzw. Wettkampfprogramm abhängig.

In den allgemeinbildenden Sonderschulen wurden Schüler und Schülerinnen mit physischen und psychischen Schädigungen unterrichtet und betreut. Die Hilfsschule ist die am stärksten vertretene Schulart in dieser Kategorie. Von den 63'000 Schülern, die 1989 eine Sonderschule besuchten, wurden über drei Viertel (50'600) an den Hilfsschulen unterrichtet.

Bereits 1965 wurden 94% aller Schüler an «Polytechnischen Oberschulen» unterrichtet

Foto: Bundesarchiv



Berufsausbildung

Der Übergang von der allgemeinbildenden Schule zur Berufsschule erfolgte in der Regel nach Abschluss der Klassenstufe VIII der Grundschule bzw. der Klassenstufe X nach Einführung der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule. Bis zum Jahre 1959 bestand eine dreijährige Berufsschulpflicht, danach betrug sie unter Berücksichtigung der den Absolventen der Klassenstufe X vermittelten Allgemeinbildung zwei Jahre.

Mit der Gründung der Betriebsberufsschule Ende der 40er Jahre wurden die Möglichkeiten berufsbezogener Ausbildung erweitert. Die Betriebsberufsschulen hatten ihren Standort in der Nähe von grösseren Betrieben. Durch diese Konzentration der Berufsausbildung war es nicht immer möglich, die vorhandenen Lehrstellen nur mit Jugendlichen



Praktischer Unterricht für angehende Friseurinnen/Friseure anno 1950 – auf diese Weise kamen ältere Frauen umsonst zu einer schicken Frisur

Foto: Illus/Kümpfel

aus der jeweiligen Region zu besetzen. Lehrlinge, die ihren Wohnsitz in anderen Kreisen hatten, wurden in Lehrlingswohnheimen untergebracht.

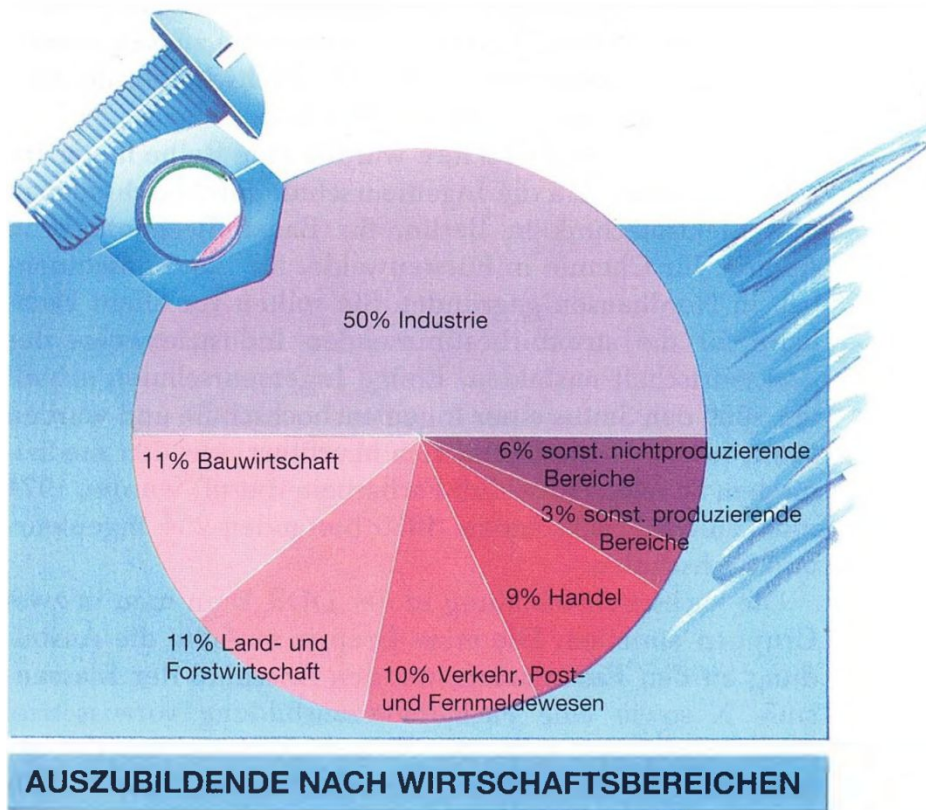
1955 erhielten über 653'500 Jugendliche ihren theoretischen Unterricht an 1'354 Berufsschulen. Sie wurden von 16'300 Lehrkräften unterrichtet. 1965 erhielten 200'400 von 418'900 Berufsschülern ihre theoretische Ausbildung an den Betriebsberufsschulen. Infolge der positiven Geburtenentwicklung besuchten 1980 459'500 Schüler und Schülerinnen die Berufsschule. Bis 1989 verringerte sich die Gesamtzahl auf 314'200 Personen. Über zwei Drittel dieser Lehrlinge besuchten die betrieblichen Berufsschulen.

Entsprechend den «Prinzipien der sozialistischen Planwirtschaft» erfolgte die Ausbildung in den einzelnen Berufen in Abhängigkeit von dem jeweiligen Bedarf an Arbeitskräften. Dieser Bedarf wurde auf der Grundlage der perspektivischen Planung der einzelnen Betriebe, Genossenschaften und Einrichtungen ermittelt. Zentral wurde die Anzahl der Neueinstellungen der Lehrlinge in die Berufsausbildung nach schulischer Vorbildung je Ministerium und Bezirk (für örtlichen Bedarf) geplant. Ausserdem erfolgte eine Planung für ausgewählte bereichs- bzw. regionalspezifische Berufe.

Beispiel für bereichsspezifische Berufe: Anzahl der Lehrstellen für Schulabgänger, die den Beruf des Maschinen- und Anlagenmonteurs erlernen wollten, im Bereich des Ministeriums für Kohle und Energie = 147, im Bereich des Ministeriums für Schwermaschinen- und Anlagenbau = 1'571; Beispiel für regionalspezifische Berufe: Anzahl der Lehrstellen für ausgewählte Berufe in einem Bezirk, z.B. Bezirk Rostock – Facharbeiter für Pflanzenproduktion = 256; Damenschneider = 19.

Im Zeitraum 1949 bis 1989 nahmen über 7,5 Millionen Jugendliche eine Berufsausbildung auf. Über 50% der Schulabgänger, die z.B. 1965 eine Berufsausbildung aufnahmen, besaßen den Abschluss der Klassenstufe X. 1970 lag dieser Anteil bereits bei 71% und 1989 bei 86%.

1955 wurden in den volkseigenen und genossenschaftlichen Betrieben und Einrichtungen 291'300 von insgesamt 465'500 Lehrlingen ausgebildet. 37% der Lehrlinge erhielten ihre Ausbildung im privaten Sektor der Wirtschaft. Als Folge der Enteignungen privater Betriebe verringerte sich dieser Anteil bis 1989 auf 4%. Insbesondere aufgrund der sinkenden Geburtenzahlen in den 40er Jahren nahm die Gesamtzahl der Lehrlinge bis 1960 ab und erreichte mit 307'400 den niedrigsten Stand. 1980 belief sich die Anzahl der Lehrlinge auf 492'000. Danach ging die Gesamtzahl der Lehrlinge wiederum zurück. 1989 erhielten 338'500



Lehrlinge ihre Berufsausbildung in den Betrieben, Genossenschaften und sonstigen Einrichtungen.

1989 waren die Lehrstellen für die Facharbeiterberufe

1. Fachverkäufer,
2. Instandhaltungsmechaniker,
3. Wirtschaftskaufmann,
4. Elektromonteur und
5. Facharbeiter für Schreibtechnik

am stärksten besetzt. Knapp 19% der Lehrlinge, die einen Facharbeiterberuf erlernten, liessen sich in den genannten Berufen ausbilden.

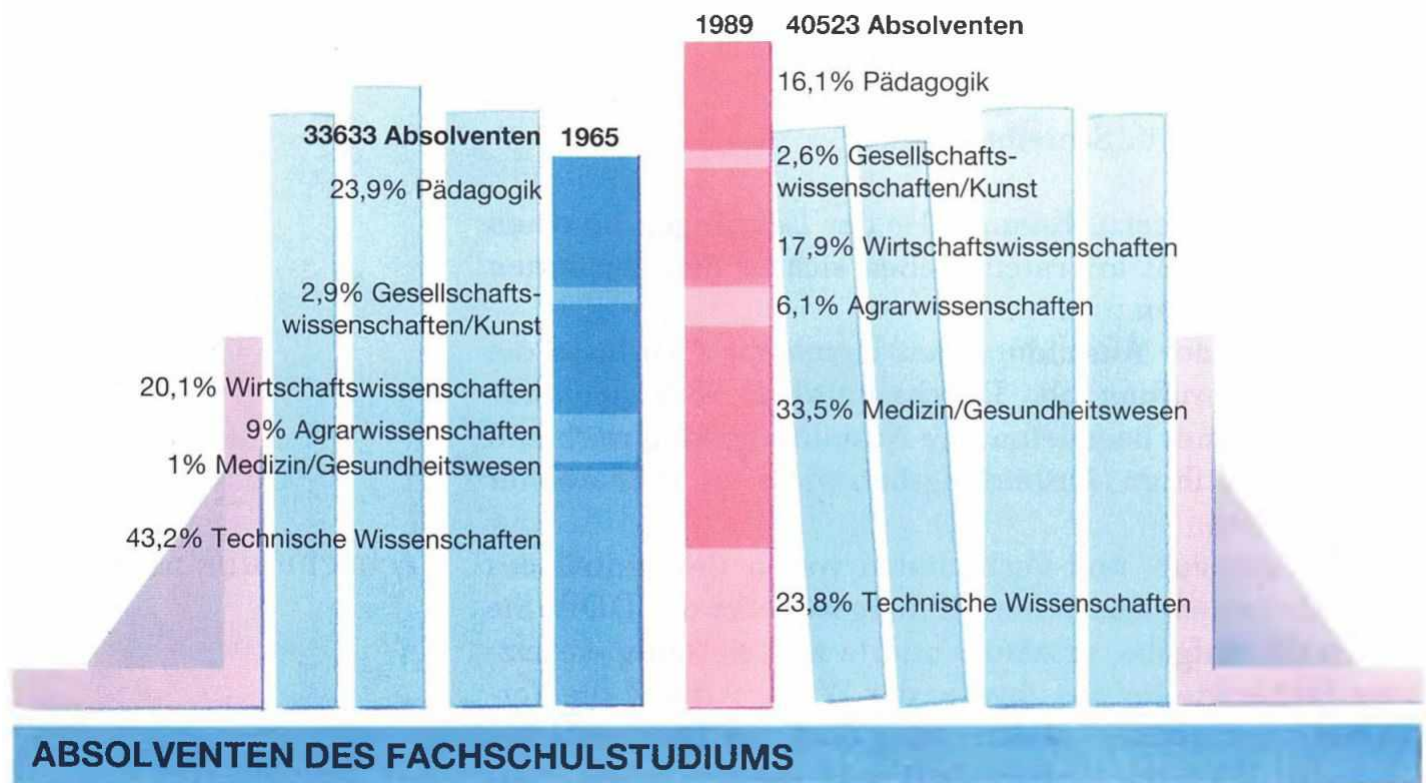
Am Ende der Ausbildungszeit legten die Lehrlinge die Facharbeiterprüfung ab. Durchschnittlich 98% der Prüfungsteilnehmer beendeten ihre Ausbildung erfolgreich und wurden von ihren Ausbildungsbetrieben als Facharbeiter übernommen.

Die Ingenieur- und Fachschulen waren Bestandteil des Fachschulausbildung einheitlichen sozialistischen Bildungssystems der DDR. Sie hatten die Aufgabe, praxisorientierte und vielseitig einsetzbare Fachkräfte für alle Zweige der Wirtschaft und die Verwaltung auszubilden. Ihnen oblag auch die Durchführung spezieller Weiterbildungsmaßnahmen, wie z.B. postgraduates Studium, Teil-

studium für Berufstätige mit Hoch- bzw. Fachschulabschluss. Demzufolge wurden sie zu den berufsbildenden Einrichtungen gezählt. Die Fachschulberufe stellten eine eigene Qualifikationsstufe dar.

Im Verlaufe der 50er Jahre wurden eine Reihe neuer Ingenieurschulen, u.a. die Ingenieurschule für Maschinenbau und Elektrotechnik in Berlin, für Baustofftechnologie in Apolda, für Chemie in Fürstenwalde, für Landmaschinenbau in Nordhausen gegründet. Sie sollten vor allem Fachleute für die strukturbestimmenden Industriezweige der Volkswirtschaft ausbilden. Einige Ingenieurschulen erhielten 1969 den Status einer Ingenieurhochschule und wurden somit in den Hochschulbereich überführt. Aus den medizinischen Schulen (Abschluss Facharbeiterberuf) wurden 1974 medizinische Fachschulen. 1989 bestanden 234 Ingenieur- und Fachschulen.

Die Fachschulausbildung in der DDR kann man in zwei Gruppen einteilen. Die erste Gruppe umfasste die Ausbildung an den Fachschulen, die den Abschluss der Klassenstufe X sowie eine Facharbeiterausbildung voraussetzte. Nach Möglichkeit sollte der Facharbeiterberuf mit der gewünschten Studienrichtung übereinstimmen. Die Ausbildung in der zweiten Gruppe erfolgte direkt nach Abschluss der Klassenstufe X (ohne vorherige Berufsausbildung) an medizinischen, pädagogischen bzw. künstlerischen Fachschulen.



Um die Ausbildung in bestimmten Fachrichtungen flächendeckend über das gesamte Gebiet der DDR gewährleisten zu können, verfügten die Ingenieur- und Fachschulen z.T. über Aussenstellen und Konsultationszentren in Betriebsakademien, Volkshochschulen und anderen Einrichtungen. An den 579 Aussenstellen, die im Jahre 1989 bestanden, wurden 47'100 Studierende vorwiegend im Fern- und Abendstudium (über 85%) sowie im Direktstudium ausgebildet.

Ein Studium an der Ingenieur- bzw. Fachschule konnte in den Hauptstudienformen Direkt-, Fern-, Abend- und Zusatzstudium absolviert werden. Im Gegensatz zum Direktstudium wurde das Fern- und Abendstudium ohne wesentliche Unterbrechung der Berufstätigkeit durchgeführt. Die Aufnahme eines Fern- bzw. Abendstudiums setzte eine betriebliche Delegation voraus; die Berufstätigen erhielten von ihren Betrieben, Genossenschaften und Einrichtungen einen Qualifizierungsvertrag. Dieser bildete die Grundlage für die bezahlte Freistellung von der Arbeit für die Konsultations- und Prüfungstage sowie die Anfertigung der Ingenieur- bzw. Abschlussarbeit. Während das Fernstudium im Wesentlichen ein durch periodische Lehrveranstaltungen geleitetes und kontrolliertes Selbststudium ist, werden im Abendstudium die Kenntnisse und Fähigkeiten hauptsächlich im Rahmen der Lehrveranstaltungen vermittelt.

Anfang der 50er Jahre wurde das Fern- und Abendstudium an den Ingenieur- und Fachschulen eingeführt. Damit wurde die Möglichkeit gegeben, die für eine bestimmte Tätigkeit erforderliche Qualifikation neben der Berufstätigkeit zu erwerben. Der Anteil der Studierenden im Fern- und Abendstudium an der Gesamtzahl der Studierenden betrug 1955 bereits 42%. Aufgrund der technischen Entwicklung in allen Bereichen der Wirtschaft stieg der Anteil der Studierenden im Fern- und Abendstudium 1970 auf 61%. Diese Steigerung ist darauf zurückzuführen, dass von 1968 bis 1971 in den technischen und wirtschaftswissenschaftlichen Fachrichtungen (Studienrichtungen) mehr Neuzulassungen für das Studium in den o.g. Studienformen als im Direktstudium erteilt wurden. Durch die Umwandlung der medizinischen Schulen zu medizinischen Fachschulen im Jahre 1974 änderten sich auch die Anteile in den einzelnen Studienformen. Sie betragen im Fern- und Abendstudium 1975 46% und 1989 43%.

Infolge der differenzierten Fachschularten war auch die Anzahl der Fachrichtungen sehr gross. Sie umfassten alle Gebiete der Wissenschaft, wie z.B. Technische Wissenschaften, Agrarwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Gesundheits- und Sozialwesen, Kunst,

Kultur sowie Pädagogik. 1965 studierten 113'600 Jugendliche an den Ingenieur- und Fachschulen. Am stärksten wurden die Studienplätze in den technischen Fachrichtungen mit 53'500 (47%), in den wirtschaftswissenschaftlichen mit 29'100 (26%) und in den pädagogischen Fachrichtungen mit 16'000 (14%) Studenten belegt.

Die Studentenzahl erhöhte sich von 1965 bis 1971 um 65'300 auf 178'900. Im Direktstudium war im genannten Zeitraum nur ein Zuwachs von 15'300 Studierenden zu verzeichnen. Durch die Umwandlung der Ausbildung in den mittleren medizinischen Berufen (ab 1974) nahm die Studentenzahl im Direktstudium bis zum Jahre 1983 zu. Ab diesem Zeitpunkt war ein Rückgang der Schulabgänger der Klassenstufe X zu verzeichnen, was sich auch auf die Anzahl der Direktstudenten auswirkte. Denn ca. 60% der Studierenden im Direktstudium nahmen ihr Studium in den medizinischen und pädagogischen Fachrichtungen unmittelbar nach dem Schulabschluss auf. 1989 wurden an den Ingenieur- und Fachschulen 152'700 Studierende, darunter 86'800 im Direktstudium, ausgebildet. Der Anteil der weiblichen Studierenden an der Gesamtzahl der Studierenden an Ingenieur- und Fachschulen betrug 70%.

Von den insgesamt 152'700 Studierenden gehörten 42'700 (28%) den medizinischen Fachrichtungen, 39'700 (26%) den technischen, 31'500 (21%) den wirtschaftswissenschaftlichen und 23'900 (16%) den pädagogischen Fachrichtungen an. Der Anteil der weiblichen Studierenden in den genannten Wissenschaftszweigen war unterschiedlich.

Die reguläre Studiendauer betrug beim Direktstudium drei Jahre (eine Ausnahme bildete die Ausbildung an den Instituten für Lehrerbildung mit vier Jahren), beim Fern- und Abendstudium vier bis fünf Jahre.

Von 1971 bis 1989 hatten 812'800 Studierende ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen. Sie erhielten ein staatliches Abschlusszeugnis und waren damit berechtigt, eine bestimmte Berufsbezeichnung zu führen. Die Absolventen des Direktstudiums durften den von den Bildungseinrichtungen vermittelten Arbeitsplatz für die Dauer von drei Jahren nicht wechseln. Diese Verpflichtung galt auch für die Absolventen einer Hochschulausbildung.

Im Jahre 1951 bestanden 21 Hochschulen und Universitäten, davon 6 Universitäten mit einer langjährigen z. T. bis ins 15. Jahrhundert zurückreichenden Tradition und Geschichte, 3 Technische Hochschulen, 8 Kunsthochschulen sowie 4 Hochschulen auf den Gebieten der Pädagogik, Ökonomie, Staatswissenschaft und des Sports.

In den Jahren von 1952 bis 1960 fanden zahlreiche Neugründungen von spezialisierten Hochschulen statt, dadurch erhöhte sich 1960 die

Hochschulausbildung

Gesamtzahl auf 44. Zehn Ingenieurschulen aus dem Fachschulbereich erhielten 1969 den Status einer Ingenieurhochschule und wurden somit in den Hochschulbereich integriert. Die Anzahl der höchsten Bildungseinrichtungen erhöhte sich damit im Jahre 1969 auf 54. In den 70er und 80er Jahren gab es nur wenige Veränderungen im Hochschulbereich.

Die Standorte der 54 Hochschulen und Universitäten waren nicht gleichmäßig über das Gebiet der DDR verteilt. In den Nordbezirken (Rostock, Schwerin, Neubrandenburg) gab es 1989 sechs Universitäten und Hochschulen, an denen 12'300 Studierende ausgebildet wurden. Dieses Gebiet verfügte über 11% aller Hochschulen und Universitäten und über einen Anteil von 10% an der Gesamtstudentenzahl. Keine Hochschule oder Universität existierte im Bezirk Frankfurt. Eine Konzentration von Hochschulen war in den traditionellen Universitätsstädten Berlin, Dresden und Leipzig zu verzeichnen.

Die Ausbildung an einer Hochschule setzte die Hochschulreife voraus. Diese konnte über nachstehende Bildungswege erworben werden:

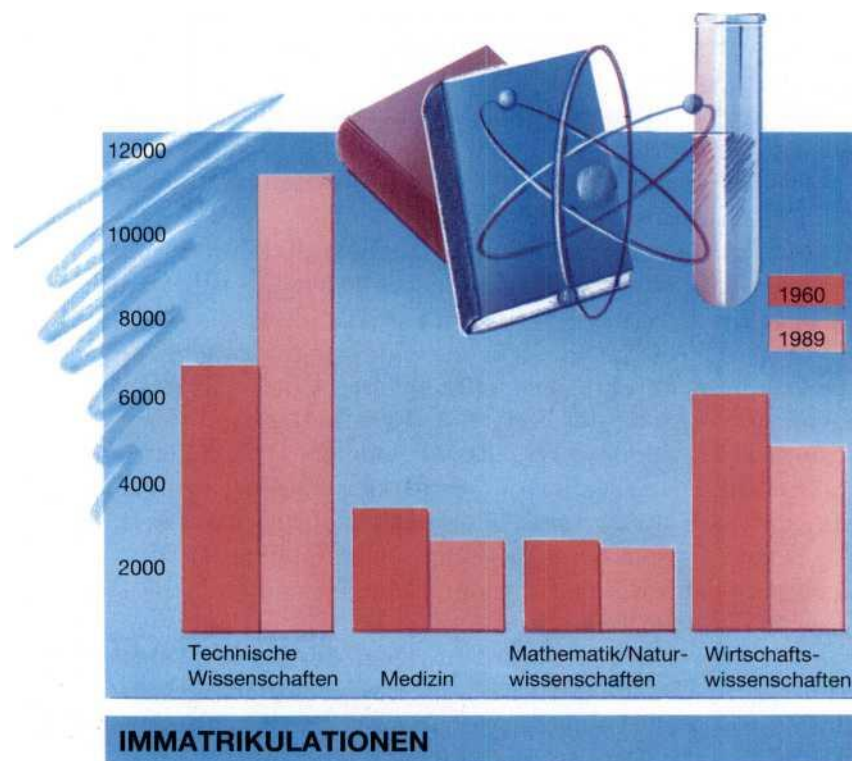
- Erweiterte allgemeinbildende polytechnische Oberschule (12 Klassen, Abitur);
- Berufsausbildung mit Abitur;
- Vorkurse an einer Reihe von Universitäten und Hochschulen für junge Facharbeiter, die ein Studium in technischen bzw. wirtschaftswissenschaftlichen Fachrichtungen aufnehmen wollten;
- Arbeiter- und Bauern-Fakultät an der Bergakademie Freiberg;
- Volkshochschule (Abitur- bzw. Vorbereitungslehrgänge für Hochschulausbildung);
- Abschluss der Ingenieur- und Fachschulausbildung.

Über die beiden erstgenannten Bildungswege erwarben ca. 90% der Neuzulassungen zum Direktstudium die Hochschulreife. Die «Strategie» für die Zulassungen zum Hochschulstudium beruhte einerseits auf der langfristigen betrieblichen Planung des Bedarfs an Berufstätigen mit Hochschulabschluss und andererseits auf einer zentral regulierten Quotierung, die sich an der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Altersgruppe 18 bis unter 23 Jahre orientierte. Ein Faktor, der bei der Zulassungspolitik ebenfalls Berücksichtigung fand, waren die studentischen Wohnheimkapazitäten an den Hochschulen.

Anfang der 50er Jahre wurde im Zuge der zweiten Hochschulreform das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium an den Hoch- und Fachschulen als Ausbildungsfach für die gesamte Dauer der Studien-

zeit eingeführt. Es gliederte sich u.a. in die thematischen Bereiche: Dialektischer und historischer Materialismus, Politische Ökonomie, Wissenschaftlicher Kommunismus und Geschichte der Arbeiterbewegung. Nach dem dreijährigen Grundlagenstudium wurden in den weiteren Studienjahren Spezialkurse mit besonderer Thematik auf dem Gebiet des Marxismus-Leninismus durchgeführt. Der Anteil der Lehrveranstaltungen für die allgemeine Grundlagenausbildung (Marxismus-Leninismus; Russisch; 2. Fremdsprache; Sport) lag je nach Ausbildungsrichtung zwischen 19 und 32%. Die Benotung der Leistungsnachweise für die einzelnen Themenbereiche wurde nach Abschluss des Studiums zu einer Gesamtnote zusammengefasst, die auf das Gesamtprädikat der Hauptprüfung Einfluss hatte.

Die Festlegung der regulären Studiendauer für die einzelnen Fachrichtungen erfolgte auf Grundlage der zweiten Hochschulreform 1951. Seit diesem Zeitpunkt betrug die Studiendauer im Direktstudium zwischen vier und fünf Jahren. Das Direktstudium in den medizinischen Fachrichtungen dauerte ein Jahr länger, bedingt durch ein klinisches Praktikum als Pflichtassistent im letzten Studienjahr. Das Fernstudium war in der Regel ein bis zwei Jahre länger als das Direktstudium. Das Direktstudium an den Ingenieurhochschulen wurde in den 70er Jahren auf vier Jahre verlängert.



Das Hochschulstudium gliederte sich in das Grundstudium, das zwei bis zweieinhalb Jahre umfasste und mit einer Zwischenprüfung abschloss. Danach wurde das Studium als Fachstudium fortgesetzt. Während des Fachstudiums wurden u.a. längere betriebliche Praktika durchgeführt, wie z.B. das Betriebspraktikum für Ingenieure für die Dauer eines Semesters. Die Praktika in den anderen Fachrichtungen waren in der Regel kürzer. Das Studium schloss in der Regel mit der Verleihung des ersten akademischen Grades ab. Bis Mitte der 70er Jahre galt bei den Ingenieurhochschulen die bestandene Hauptprüfung als Hochschulabschluss. Erst zu diesem Zeitpunkt erhielten diese Einrichtungen das Recht auf die Verleihung des Diploms.

Im Jahre 1965 nahmen rund 24'700 Studierende ein Studium an den Hochschulen auf, davon im Direktstudium 16'400, im Fernstudium 6'300, im Abendstudium 760. Die Anzahl der Neuzulassungen insgesamt stieg bis 1970 auf 44'000 und hatte damit einen Höchststand erreicht. Im Direktstudium war ein Zuwachs auf 30'800, im Fernstudium auf 9900 zu verzeichnen. Die Zulassungen zum Studium an Hochschuleinrichtungen in Osteuropa stiegen im Zeitraum 1965 bis 1970 von 230 auf 840. Dagegen verringerten sich die Zulassungen zum Abendstudium um 630 auf 130.



Rund 131'200 Studierende im Jahre 1989 – Blick in das Marx-Engels-Auditorium der Humboldt-Universität, Berlin-Ost

Foto: ADN

Im Jahre 1965 studierten an den Universitäten und Hochschulen der DDR und in Osteuropa insgesamt 111'600 Jugendliche aus der DDR, darunter 74'600 im Direktstudium, 29'500 im Fernstudium, 5'400 im Abendstudium und 1900 an Hochschulen in Osteuropa. Die Anzahl der Studierenden insgesamt erhöhte sich im Zeitraum von 1965 bis 1989 auf 151'200. Der Anteil der weiblichen Studierenden an den Studierenden insgesamt betrug 1965 26% und 1989 49%.

Im Zeitraum von 1951 bis 1975 hatten 457'500 Studierende ihr Studium erfolgreich abgeschlossen. 1975 verliessen 56'500 Absolventen die Hochschuleinrichtungen, damit wurde der höchste Stand seit 1951 erreicht. Aufgrund der Zulassungsbeschränkungen Anfang der 70er Jahre verringerte sich die Absolventenzahl ab 1976 und erreichte 1980 einen Stand von 24'200. Gegenüber 1975 bedeutete das einen Rückgang um 12'500 Absolventen bzw. 54%. Besonders betroffen davon waren die Wissenschaftszweige Mathematik/Naturwissenschaften, Technische Wissenschaften und Wirtschaftswissenschaften. Dagegen hatte der Wissenschaftszweig Medizin einen Zuwachs zu verzeichnen.

Ab 1981 blieb die Absolventenzahl in den einzelnen Wissenschaftszweigen relativ konstant. 1989 hatten 24'200 Studierende ihr Studium erfolgreich abgeschlossen, der Anteil der Absolventen des Direktstudiums betrug 85%.

Nach Abschluss des Hochschulstudiums bestand bei Erfüllung entsprechender Voraussetzungen die Möglichkeit, höhere akademische Grade – Doktor eines Wissenschaftszweiges (Dr., Promotion A) und Doktor der Wissenschaften (Dr. sc., Promotion B) – zu erwerben. So konnte die Promotion A z.B. über den Weg einer befristeten Assistenz, eines Forschungsstudiums oder einer plan- bzw. ausserplanmässigen «Aspirantur» erlangt werden.

Entsprechend der Bildungspolitik der DDR hatten die Hochschuleinrichtungen auch Weiterbildungsmaßnahmen für Berufstätige mit Hoch- bzw. Fachschulabschluss durchzuführen. 1989 nahmen über 70'200 Personen an den verschiedensten Arten der Weiterbildung teil. 15% der Teilnehmer absolvierten ein postgraduales Studium, um sich spezielle Fachkenntnisse für ihre Tätigkeit anzueignen. 54'500 Personen besuchten spezielle Lehrgänge, jeder 5. Teilnehmer davon einen Lehrgang auf technischem Gebiet.

Die Anzahl der Lehrkräfte an den Universitäten und Hochschulen betrug 1989 51'754 Personen, darunter 5481 Professoren und 4'072 Dozenten. 1970 waren es 21'200 Lehrkräfte insgesamt, darunter 2'122 Professoren und 2'499 Dozenten.

Die Aus- und Weiterbildung der Erwachsenen war Bestandteil des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems und hatte bedeutenden Anteil am Qualifikationsniveau der Bevölkerung. Die Ausbildung der Erwachsenen zu Facharbeitern und Meistern erfolgte überwiegend in den betrieblichen Bildungseinrichtungen (Betriebsschule, Betriebsakademie). Sie endete mit einem staatlichen Abschluss in einer der genannten Qualifikationsstufen. Im Jahre 1965 hatten 89'500 Erwachsene eine Facharbeiterprüfung abgelegt, das waren 45% aller bestandenen Facharbeiterprüfungen (einschliesslich der Lehrlinge). Diese Zahl stieg bis 1970 auf rund 101'100. Aufgrund des gestiegenen Bildungsniveaus verringerten sich in den Folgejahren die Facharbeiterprüfungen in der Erwachsenenbildung bis auf 42'900 im Jahre 1989. 69% der Erwachsenen erwarben einen zweiten oder weiteren Facharbeiterabschluss. Der Anteil der Frauen, die einen Facharbeiterabschluss im Rahmen der Erwachsenenbildung erlangten, erhöhte sich von 42% (1965) auf 57% (1989).

Eine zentrale Stellung im Rahmen der Aus- und Weiterbildung nahmen die Weiterbildungslehrgänge an den betrieblichen Bildungseinrichtungen sowie an den Volkshochschulen ein. Ihr Ausbildungsprogramm war auf die Erweiterung und Vertiefung von Kenntnissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten primär auf beruflichem Gebiet sowie der höheren Allgemeinbildung gerichtet. Im Bereich der «volkseigenen Wirtschaft» nahmen 1971 ca. 1 Millionen Schulungsteilnehmer an Weiterbildungsmaßnahmen teil. Bis 1988 hatte sich die Zahl annähernd verdoppelt.

Im Jahre 1965 beliefen sich die Ausgaben für das Bildungswesen auf 4,4 Milliarden DDR-Mark, 1988 betragen sie 15,5 Milliarden Mark. 1988 entfielen davon auf den Bereich der Volksbildung 10,4 Milliarden Mark, darunter 4,9 Milliarden Mark für zehnklassige polytechnische Oberschulen, erweiterte Oberschulen sowie für Internate der Oberschulen und 1,8 Milliarden für Kindergärten. Der Berufsausbildung standen für die Betriebsberufsschulen und Lehrlings Wohnheime 0,9 Milliarden Mark und für die Kommunalen Berufsschulen einschliesslich der Lehrlingswohnheime 0,2 Milliarden Mark zur Verfügung.

Der Etat für den Bereich Hoch- und Fachschulwesen umfasste 3,7 Milliarden Mark. 1,3 Milliarden Mark entfielen auf die Universitäten und Hochschulen und 0,5 Milliarden Mark auf die Ingenieur- und Fachschulen. Für Stipendien wurden 0,7 Milliarden Mark ausgegeben. Die Zuschüsse für Wohnheime und für die Versorgung der Studierenden in Mensen betragen 0,5 Milliarden Mark.

Aus- und Weiterbildung der Erwachsenen

Ausgaben des Staatshaushaltes für das Bildungswesen

Zusätzlich zu den Ausgaben aus dem Staatshaushalt wurden Mittel aus dem Kultur- und Bildungsfonds der Betriebe, Kombinate, Genossenschaften und sonstigen Einrichtungen für die Kinderbetreuung (Kindergärten, Kinderferienlager) und für die praktische Ausbildung der Lehrlinge eingesetzt.

Vom 1. Jugendgesetz zur organisierten DDR-Jugend – junge Menschen in der Vielfalt ihrer gesellschaftlichen Funktionen

Helga Zepunkte

Dem Sozialismus sollte die Zukunft gehören, und ein Garant der Zukunft war die Jugend. Da war es nur konsequent, dass den Jugendlichen besondere Aufmerksamkeit zuteil wurde. In einer Vielzahl von Organisationen und Institutionen und durch vielfältige Gruppenaktivitäten in den verschiedensten Lebensbereichen waren «Funktionäre» darum bemüht, dass die heranwachsenden Generationen sich mit dem sozialistischen Gesellschaftsmodell identifizierten und im Sinne des «Marxismus-Leninismus» beeinflusst wurden.

Die Rechte der Jugend waren mit der Verfassung, dem Jugendgesetz, dem Bildungsgesetz, dem Familiengesetz und dem Gesetzbuch der Arbeit der DDR geregelt.

Eines der ersten Gesetze, das die Volkskammer im Jahr 1950 beschloss, war das Jugendgesetz. Entsprechend den sich verändernden Bedingungen im gesellschaftlichen und politischen Bereich wurden in den Jahren 1964 und 1974 neue Jugendgesetze verabschiedet. Zur Jugend im Sinne des Gesetzes zählten junge Bürger ab dem 14. bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres.

Im Jahr 1988 betrug der Anteil der 14 bis unter 25jährigen, gemessen an der Wohnbevölkerung, 15,5%. Dieser Anteil reduzierte sich im Jahr 1989 um 1%, was sicher durch die sich abzeichnende Wende in der DDR und die damit verbundene Ausreise von überwiegend jungen Menschen begründet war.

Die speziell für die Jugend geschaffenen rechtlichen Regelungen betrafen

- Bildung und Ausbildung,
- Arbeit,
- Urlaub und Erholung,
- Kultur, Sport und Tourismus,
- Mitarbeit in gesellschaftlichen Organisationen und Gremien.

Ziel der Bildungspolitik in der DDR war, allen eine moderne Allgemeinbildung zu sichern. Die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule war obligatorisch für alle.

1,5 Millionen Schüler
beteiligten sich an
Arbeitsgemeinschaften

Im Jahr 1988 waren die Unterrichtsfächer anteilig wie folgt vertreten:

Deutsche Sprache und Literatur	22,9%
Kunsterziehung und Musik	6,8%
Gesellschaftswissenschaftlicher Unterricht	10,9%
Mathematik	17,7%
Naturwissenschaftlicher Unterricht	12,2%
Fremdsprachen	11,0%
Körpererziehung	7,5%
Polytechnischer Unterricht	11,0%

An den 5907 zehnklassigen und erweiterten allgemeinbildenden Oberschulen und Sonderschulen lernten im Schuljahr 1988/89 2'054'817 Schüler. Davon beteiligten sich 1,5 Millionen Schüler an zahlreichen und vielfältigen Arbeitsgemeinschaften ausserhalb des obligatorischen Unterrichts. Dafür standen u.a. folgende Einrichtungen zur Verfügung wie

- 173 Häuser der Jungen Pioniere,
- der Pionierpalast,
- 178 Stationen Junge Naturforscher und Techniker, – 108 Stationen Junge Touristen.

Ebenfalls ein wichtiges Anliegen der Bildungspolitik war die Förderung von körperlich und geistig behinderten Kindern und Jugendlichen. Alle Schulbildungsfähigen wurden bei sonderpädagogischer und medizinischer Betreuung an 477 Sonderschulen unterrichtet.

Alle Absolventen der allgemeinbildenden Schulen hatten die Möglichkeit, ihren Bildungsstand weiter zu verbessern, indem sie einen Facharbeiterberuf erlernten oder ein Studium an einer Universität, Hoch- oder Fachschule aufnahmen.

Seinen Wunschberuf oder sein Wunschstudium konnte nicht jeder Jugendliche ergreifen, da die späteren Einsatzmöglichkeiten in Wirtschaft und Wissenschaft begrenzt waren und die Anzahl der Lehrlinge für die einzelnen Facharbeiterberufe sowie die Studienplätze für die Fachrichtungen zentral vorbestimmt wurden.

Die Berufsausbildung erfolgte in 300 Facharbeiterberufen und 47 Handwerksberufen. Auch für Absolventen von Sonderschulen mit körperlichen und geistigen Schädigungen wurden Möglichkeiten einer Berufsausbildung in Form einer Teilfacharbeitersausbildung geschaffen.

Da die Berufsausbildung, bedingt durch die Standorte der ausbildenden Betriebe, nicht immer am Wohnort erfolgen

konnte, gab es 1315 Lehrlingswohnheime für die Unterbringung am Ausbildungsort, in denen die jungen Menschen auch den grössten Teil ihrer Freizeit unter der Anleitung von Ausbildern und Erziehern verbrachten.

Bis zum Jahr 1988 hatten 2,1 Millionen Studenten an Universitäten, Hoch- und Fachschulen seit der Gründung der DDR ein Studium abgeschlossen. Darunter befanden sich auch 71'400 ausländische Bürger aus 120 Ländern.

Im Jahr 1988 gab es 53 Universitäten und Hochschulen und 237 Fachschulen, an denen 48'400 Lehrkräfte tätig waren und 289'956 Studenten in folgenden Wissenschaftszweigen ausbildeten:

37,6% Naturwissenschaften, technische und Agrarwissenschaften,
21,0% Staats- und Wirtschaftswissenschaften,
19,6% Medizin, Gesundheitswesen,
18,3% Pädagogik,
3,5% Kunst, Literatur, Sprachen, Theologie.

Bereits während der Ausbildung zum Facharbeiter oder während des Studiums beschäftigte sich eine stattliche Zahl

Bis 1988 2,1 Millionen Studenten mit abgeschlossenem Studium

Jugendbrigaden und Jugendforscherkollektive für Wirtschaft und Wissenschaft tätig

600 Mitglieder
in Tausend

542'000

500

433'000

400

17801

1980

38.000 Jugendbrigaden

1988

42.000 Jugendbrigaden

1970

14.000 Jugendbrigaden

ANZAHL DER JUGENDBRIGADEN UND MITGLIEDER

*Das Werben des Staates um die
Jugend äusserte sich auch so*

Foto: VFWD



Jugendlicher im Rahmen des Berufswettbewerbes mit einer Vielzahl von Initiativen im Bereich von Wirtschaft und Wissenschaft. Die Zusammenarbeit der Jugendlichen fand hier in Form von «Jugendbrigaden», «Jugendobjekten» und «Jugendforscherkollektiven» statt.

Unter anderem wurden folgende Projekte in Angriff ge-

nommen:

- 1948-1949 Fernwasserleitung Maxhütte
- 1949-1951 «Talsperre des Friedens»
- 1951-1954 SOSA Eisenhüttenkombinat Ost
- 1957-1960 Überseehafen Rostock
- 1959-1962 Flughafen Berlin-Schönefeld
- 1959-1965 Erdölbearbeitungswerk Schwedt
- 1966-1979 Zentrale Erntetechnik
- 1967-1975 Kernkraftwerk Nord
- 1975-1980 Industriemässige Fleischproduktion Eberswalde
- 1974-1978 Drushba-Trasse
- 1975-1989 Havelobst
- 1976-1989 FDJ-Initiative Berlin

«Messe der Meister
von morgen»

Ziel der Initiativen der Jugend war es, Verbesserungen u.a. bei der Materialökonomie, Futterökonomie, Erfassung von Sekundärrohstoffen, beim Um- und Ausbau von Wohnungen und bei der Elektrifizierung der Eisenbahnstrecken zu erreichen. Seit dem Jahr 1958 fand alljährlich die «Messe der Meister von morgen» (MMM) statt. Auf der MMM stellten sich die Jugendlichen mit ihren Exponaten einem breiten Publikum und erfuhren so Anerkennung und Würdigung. Im Jahre 1988

lösten 77,1% aller jungen Arbeiter, Lehrlinge und Studenten sowie 69'100 Schüler MMM-Aufgaben.

Von 1976 bis 1988 wurden von Jugendforscherkollektiven 148 Aufgaben des Planes «Wissenschaft und Technik» von nicht geringer Bedeutung mitgelöst. Dazu gehörten z.B. – Laserstrahlformung mittels Strahloszillation zur Erhöhung der Haltbarkeit von Verschleissteilen im Landmaschinen- und Fahrzeugbau,

- Nukleinsäuregewinnung zur beschleunigten Entwicklung der Biotechnologie.

An dem im Jahr 1983 ausgerufenen «Erfinderwettbewerb der Jugend» beteiligten sich bis 1988 insgesamt 10 903 Erfinder im Alter bis 30 Jahre. In diesem Zeitraum wurden 7445 Patente an Jugendliche vergeben.

Einerseits wurde versucht, den Jugendlichen durch eine massgebliche Beteiligung an Wirtschaft und Wissenschaft gerecht zu werden, andererseits wurden kontinuierlich umfangreiche sozialpolitische Massnahmen besonders für die Jugend verwirklicht wie

- kostenlose Bildung und Berufsausbildung,
- Lehrlingsentgelt zwischen 105 und 220 Mark,
- Ausbildungsbeihilfe für Schüler der Abiturstufe (11. und 12. Klasse) bis 150 Mark,
- Grundstipendien für alle Direktstudenten von 200 Mark und entsprechend der Leistung bis 150 Mark Leistungsstipendium sowie höhere Sonderstipendien.

Die genannten Beträge erscheinen sehr gering. Stellt man jedoch die zu entrichtenden Entgelte für die Unterbringung und Verpflegung in Lehrlings- und Studentenwohnheimen dagegen, sind sie akzeptabel. So waren für die Unterkunft und Verpflegung im Lehrlingswohnheim 1,10 Mark je Aufenthaltstag zu entrichten. Die Miete im Studentenwohnheim betrug 10 Mark monatlich. Für ein Mittagessen in der Mensa waren 0,80 Mark zu zahlen.

Zur Jugendpolitik in der ehemaligen DDR gehörte auch die Förderung junger Ehen. Das Mindestalter für eine Eheschliessung war für weibliche und männliche Bürger auf das vollendete 18. Lebensjahr festgelegt. Um die sozialen Bedingungen junger Ehen zu verbessern, wurden ab dem Jahr 1972 junge Eheleute bei der Beschaffung von Wohnräumen und Haushaltseinrichtungen unterstützt und Massnahmen eingeleitet, die die Geburtenentwicklung förderten und die Lebensbedingungen junger berufstätiger Mütter erleichterten.

Unter bestimmten Bedingungen wurden jungen Eheleuten zinslose Kredite eingeräumt, ab 1986 betrug die Kredithöhe 7'000 Mark.

Förderung junger Ehepaare

Bei der Geburt von Kindern reduzierte sich die zu tilgende Kreditsumme

beim 1. Kind um	1'000 Mark
beim 2. Kind um weitere	1'500 Mark
beim 5. Kind um weitere	2'500 Mark.

Bei der Geburt des 3. Kindes wurde der schon getilgte Differenzbetrag auch nach Ablauf der Tilgungsfrist rückerstattet.

Darüber hinaus kam eine besondere Förderung den Familien mit Kindern und den berufstätigen Müttern zugute:

- bezahlte Freistellung mit 70 bis 90% des Nettolohnes bei Krankheit der Kinder für die Dauer von 6 bis 13 Wochen in Abhängigkeit von der Anzahl der Kinder,
- 40-Stunden-Arbeitswoche ohne Lohnminderung,
- bezahlte Freistellung nach der Geburt eines Kindes für ein Jahr mit 70% des monatlichen Nettolohnes,
- monatlich einen bezahlten Hausarbeitstag,
- Unterbringung von 80% der in Frage kommenden Kinder im Alter bis zu 3 Jahren in Kinderkrippen,
- Unterbringung in Kindergärten von allen Kindern, deren Eltern es wünschten. Das waren 94% der Vorschulkinder.

Alle diese Massnahmen waren u.a. auch darauf ausgerichtet, den Geburtenzuwachs zu stimulieren. Kurzzeitig waren hier Erfolge sichtbar, aber nicht im gewünschten Masse.

Durch die Förderung junger Ehen und Familien stieg die Anzahl der ab dem 18. Lebensjahr geschlossenen Ehen, und das durchschnittliche Heiratsalter sank. Es stellte sich jedoch ein Ansteigen der Ehescheidungen von jungen Ehen nach relativ kurzer Ehedauer ein.

Auch für die Freizeit hatten die jungen Bürger vielfältige und zahlreiche Möglichkeiten, ihren Interessen und Neigungen nachzugehen oder einfach nur dabei zu sein. In den über 10'500 Jugendklubs, darunter 962 hauptamtlich geleitete, wurden von Jugendlichen für Jugendliche interessante Programme und geselliges Beisammensein veranstaltet. Im Jahre 1988 standen in den hauptamtlich geleiteten Jugendklubs 163'410 Plätze zur Verfügung, es fanden 296'622 Veranstaltungen statt, die von 21'669'500 Jugendlichen besucht wurden. Grosser Beliebtheit bei den Jugendlichen erfreuten sich die Jugendtanzveranstaltungen.

Viele Jugendliche schlossen sich Interessengemeinschaften des «künstlerischen Volksschaffens» an. In der DDR gab es ca. 48'000 Volkskunstkollektive mit 700'000 Mitgliedern, davon waren rund 70 Prozent Kinder und Jugendliche. Zur Talentfindung und Talentförderung wurden im Rahmen der «Bewegung junger Talente» zahlreiche Treffen durchgeführt wie

Vielfältiges Freizeitangebot in 10'500 Jugendklubs



- Talenttreffs,
- Zentrale Treffen junger Talente in einzelnen Genres,
- Feste junger Talente und junger Künstler,
- Treffen der Jugendmusikkorps,
- Treffen der Tanzgruppen.

«Junge Pioniere» schwärmen aus

Foto: Bundesarchiv

Darüber hinaus fanden spezielle Aufführungen von Kinder- und Jugendtheaterstücken und Konzerte statt.

Weiterhin hatten alle Jugendlichen die Möglichkeit, auf die Buchbestände in den zahlreichen Bibliotheken zurückzugreifen. Die Entleihe

Teilnehmer an der «Spartakiade»
1983 in Leipzig

Foto: ADN



*Einzug Dresdner «Pioniere» bei der
«Zentralen FDJ-Aktivtagung der
Freundschaftspionierleiter» (1987)*

Foto: ADN



von Büchern, Zeitschriften und Tonträgern war kostenlos und fand regen Zuspruch.

Für die Erholung in den Schulferien, Semesterferien und während des Urlaubs standen den jungen Menschen

- 246 Jugendherbergen,
- 2 Jugenderholungszentren, – 20 Jugendtouristenhotels

mit insgesamt 24'437 Plätzen zur Verfügung, die durch das Reisebüro «Jugendtourist» vergeben wurden. In den zurückliegenden 40 Jahren haben Kinder, Jugendliche, Lehrlinge und Studenten in einer Jugendherberge 0,25 Mark bezahlt.

Grosser Beliebtheit bei den Jugendlichen erfreuten sich auch die 528 Camping- und Zeltplätze. Weiterhin gab es für Schüler die Möglichkeit, einen Teil ihrer Schulferien in

- Betriebsferienlagern,
- Schwimm lagern,
- Schullagern,
- Spezialistenlagern

zu verbringen oder an den Ferienspielen in den Schulen teilzunehmen. Die Teilnahmegebühren waren so gering, dass für alle Schüler die Beteiligung möglich war.

Reisebüro
«Jugendtourist»

In der Freizeitgestaltung wurde natürlich auch der Sport gross geschrieben. 82% der Schüler betätigten sich im Jahr 1988 über den obligatorischen Schulsportunterricht hinaus in Schulsportgemeinschaften oder innerhalb des Deutschen Turn- und Sportbundes (DTSB).

Die sportlichen Leistungen konnten die Schüler und Jugendlichen bei den regelmässig stattfindenden Bezirks- und Jugendspartakiaden messen. Ziel dieser Spartakiadebewegung war es, einerseits den Kindern eine sinnvolle Freizeitgestaltung zu ermöglichen und andererseits natürlich zielstrebig befähigte Nachwuchssportler für den Leistungssport auszuwählen, was an den grossen internationalen Erfolgen der DDR-Sportler sichtbar wurde.

Nicht nur die Bildung und Ausbildung sowie die Ferien- und Urlaubsgestaltung der Jugendlichen spielte bei der Jugendpolitik in der DDR eine grosse Rolle, sondern damit im Zusammenhang stand immer auch die Einbeziehung in alle gesellschaftspolitischen Prozesse. An der Spitze standen hier die Pionierorganisation und die «Freie Deutsche Jugend» (FDJ).

Auch in den staatlichen Organen wie der Volkskammer, deren Kommissionen und «Aktivs» war die FDJ vertreten. Von den 500 Abgeordneten der Volkskammer waren 57 Abgeordnete der FDJ, das entspricht einem Anteil von 7,4%. In den «Örtlichen Volksvertretungen» der Bezirke, Kreise und Gemeinden waren insgesamt 21'848 FDJ-Mitglieder tätig, das entspricht einem Anteil von 11% an den Abgeordneten insgesamt.

Der Jugendverband «FDJ» hatte über 2 Millionen Mitglieder, die in allen Betrieben, Einrichtungen, Allgemeinbildenden Schulen, Universitäten, Hoch- und Fachschulen in Form von Grundorganisationen zusammengefasst und vertreten waren und sich hier für die Belange der Jugend einsetzten. Unter der Schirmherrschaft der FDJ wurden viele Aktivitäten für und mit der Jugend durchgeführt wie

- die jährliche «Messe der Meister von morgen»,
- Freundschaftstreffen mit Jugendlichen anderer Staaten (z.B. Polen, Kuba, Finnland, Nicaragua, UdSSR),
- Jugendfestivals,
- Liederfestivals,
- Aktivtagungen zu Jugendobjekten z.B. «FDJ-Initiative Berlin»,
- Turn- und Sportfeste.

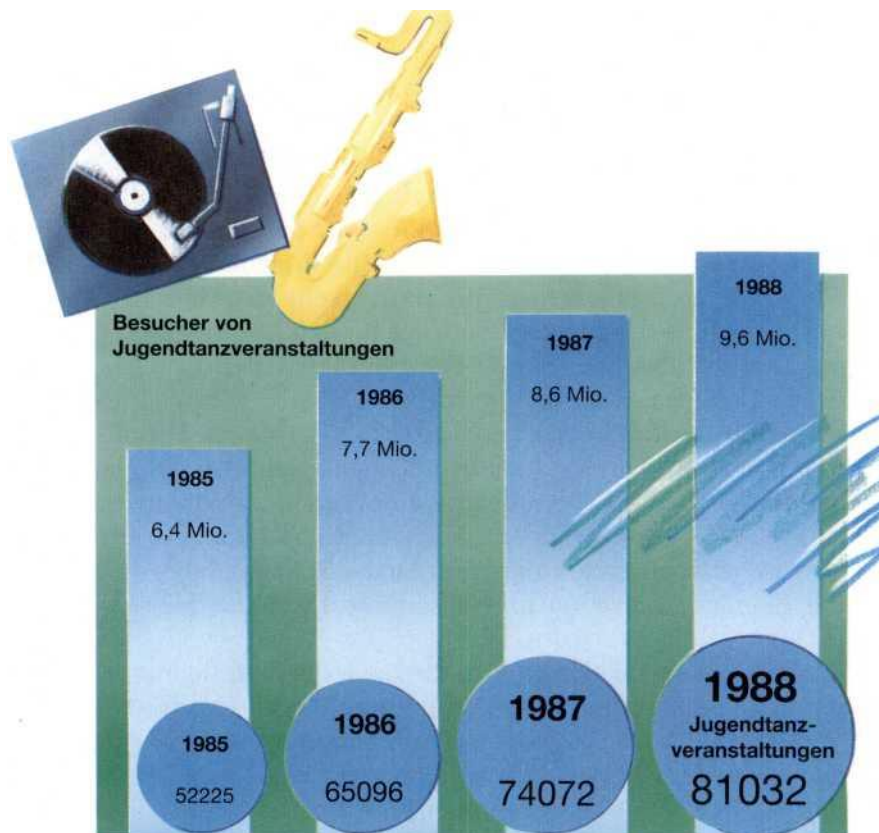
Zum Nationalen Jugendfestival im Jahr 1984 fanden 1'500 kulturelle Veranstaltungen statt, die von 55'000 Berufs- und Laienkünstlern gestaltet wurden. Dieses Festival fand seinen Abschluss mit einem grossen Konzert von 15'000 Musikern des zentralen Musikkorps und der

Sportförderung

Aktivitäten der «Freien Deutschen Jugend»



«VII. Festival der Freundschaft» zwischen der Jugend der DDR und der UdSSR in Gera (1987) – Start zum Cross-Lauf Foto: ADN



JUGENDTANZVERANSTALTUNGEN

Bezirksmusikkorps der FDJ und der Pionierorganisation.

Das 15. und 14. Liederfestival in den Jahren 1985 und 1984 wurde von 150'000 Jugendlichen besucht. 115 Gruppen und Solisten aus 40 Ländern und Westberlin gestalteten diese Festivals.

Alle ehrenamtlich gewählten FDJ-Vertreter, das war die Mehrzahl, brachten einen Grossteil ihrer Freizeit auf, um alle diese Dinge zu organisieren und erfolgreich durchzuführen.

Von «jeder zweiten» Frau zu «neun von zehn» Frauen – der Arbeitsmarkt gekennzeichnet durch viele berufstätige Frauen

Barbara Janke und Dr. Manfred Ebert

Nicht selten wünscht man heute einer Frau in den neuen Bundesländern zum Geburtstag neben Glück und Gesundheit auch einen Arbeitsplatz. Vor der «Wende» war das nicht üblich, denn dass eine Frau, die berufstätig sein wollte auch eine Beschäftigung hatte, war selbstverständlich. Doch war das immer so? Wie hat sich seit Bestehen der DDR die Berufstätigkeit der Frauen entwickelt.

Die Zahl der Berufstätigen eines Landes wird wesentlich vom Angebot an Arbeitsplätzen, vom Erwerbsverhalten der Männer und Frauen und von der Bevölkerungszahl beeinflusst. Dabei ist nicht nur die Bevölkerung insgesamt, sondern vor allem ihre Gliederung nach Alter und Geschlecht interessant. So kann trotz gleichbleibender Gesamtbevölkerung durch Nachrücken geburtenstarker oder -schwacher Jahrgänge, durch Veränderungen der Ausbildungszeiten sowie der Zahl der ins Rentenalter Eintretenden (Männer: 65 Jahre und älter; Frauen: 60 Jahre und älter) die Zahl der Berufstätigen stark schwanken.

In der DDR sank die Bevölkerungszahl insgesamt nahezu kontinuierlich von 18,9 Millionen (1949) auf 16,4 Millionen (1989). Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (Männer: 15 bis unter 65 Jahre; Frauen: 15 bis unter 60 Jahre) verringerte sich von 1949 bis 1970, seither stieg sie an, und war 1989 um 8% grösser als 1970. Das beruhte auf einem verstärkten Hineinwachsen geburtenstarker Jahrgänge in das erwerbsfähige Alter sowie einem geringeren Übergang von Personen in das Rentenalter. Diese demografische Entwicklung schaffte günstige Voraussetzungen für einen hohen Grad der Beschäftigung. So stieg die Zahl der Berufstätigen ständig an und betrug 1989 rund 8,5 Millionen (1950 = 7,2 Millionen). Bei diesen Zahlen sind Bereiche wie Polizei, Armee, Staatssicherheit, die sowjetischdeutsche Aktiengesellschaft Wismut (Uranbergbau), Parteien und Organisationen wie Gewerkschaften, Verbände u.ä. (der sogenannte X-Bereich) nicht enthalten, da sie

**Rund 8,5 Millionen
Berufstätige**

von der amtlichen Statistik nicht befragt werden durften. Von diesem Tatbestand abgesehen, liegen über die Erwerbstätigkeit in der DDR vielfältige und langfristige vergleichbare Statistiken vor, da mit der jährlich zum Stichtag 30. September durchgeführten Berufstätigenerhebung eine umfangreiche Befragung aller Unternehmen und Einrichtungen erfolgte.

Im Jahre 1989 waren von 100 Personen 65 im erwerbsfähigen Alter, 19 waren Kinder und 16 Personen im Rentenalter. 1960 kamen auf 21 Kinder und 18 Rentner/innen nur 61 Personen im erwerbsfähigen Alter. Der Anteil der Berufstätigen und der Personen in beruflicher Ausbildung an der erwerbsfähigen Bevölkerung lag 1988 bei rund 95% (1950 rund 70%). Damit gehörte die DDR zu den Ländern mit dem höchsten Anteil Berufstätiger und Auszubildender an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Dieser hohe Grad der Beschäftigung wurde hauptsächlich durch die immer stärkere Einbeziehung der Frauen in das Erwerbsleben erreicht. Dabei waren in der DDR folgende Tendenzen wirksam:

- 1950 gab es als Folge des 2. Weltkrieges rund 2 Millionen mehr Frauen als Männer.
- Die Zahl der weiblichen Bevölkerung sank kontinuierlich von 10,2 Millionen (1950) auf 8,6 Millionen (1989).
- Der Anteil von Frauen im erwerbsfähigen Alter an der Gesamtzahl der Einwohnerinnen war rückläufig. Er betrug 1950 rund 64%, 1989 rund 59%. Trotzdem stieg die Zahl der weiblichen Berufstätigen ständig an.

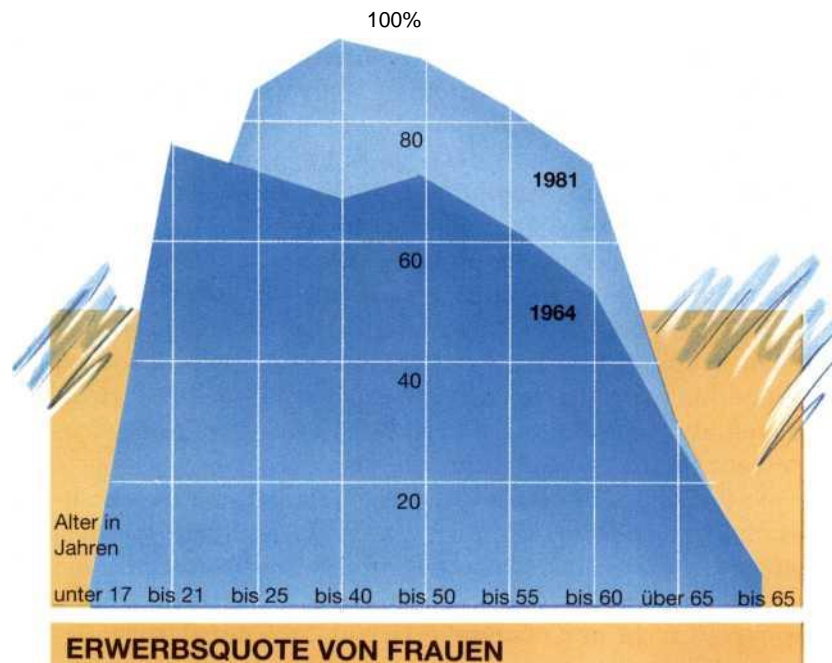
Neun von zehn Frauen im erwerbsfähigen Alter berufstätig oder in beruflicher Ausbildung

Auch hinsichtlich des Beschäftigungsgrades der Frauen lag die DDR mit an der Weltspitze: 1989 gingen 91% aller Frauen im erwerbsfähigen Alter einer Beschäftigung nach oder befanden sich in einer beruflichen Ausbildung. 1950 lag dieser Grad der Beschäftigung von Frauen noch bei 49%, 1960 bei 70% und 1970 bei 82%. Dabei ist bemerkenswert, dass bereits seit 1981 dieser Wert nur geringfügig um 91% schwankte, ein Zeichen dafür, dass sich hier keine weitere Steigerung mehr erreichen liess, denn es gab immer einige (wenige) Frauen, die aus bestimmten Gründen nicht berufstätig sein konnten, sei es, weil das Kind aus gesundheitlichen Gründen keine Krippe besuchen konnte, weil Familienangehörige pflegebedürftig waren oder weil das Babyjahr in Anspruch genommen wurde, usw. So war bei einer jungen Frau die Tätigkeit «Hausfrau» eine völlig ungewöhnliche Situation. Hierbei muss beachtet werden, dass zu den «nicht berufstätigen Frauen» auch die Frauen gezählt wurden, die vom Recht der einjährigen Freistellung nach der Geburt eines Kindes Gebrauch machten und damit nur vorübergehend aus dem Arbeitsprozess ausschieden.

Die Zahl der berufstätigen Frauen ist während des Bestehens der DDR von 3 Millionen im Jahr 1949 auf 4,2 Millionen bis 1989 permanent angestiegen. Dies erfolgte bei rückläufiger Bevölkerungszahl und rückläufigem Anteil der weiblichen Bevölkerung an der Bevölkerung insgesamt. Überhaupt wurde das Ansteigen der Gesamtzahl der Berufstätigen seit 1949 um 1,2 Millionen überwiegend durch die zunehmende Teilnahme der Frauen am Berufsleben bestimmt. Die Entwicklung der Berufstätigkeit der Frauen wurde durch mannigfaltige Faktoren und Motive beeinflusst. Neben demographischen Bedingungen, wie Alter der Mädchen oder Frauen, Familienstand, Zahl und Alter der Kinder sowie dem relativ hohen Qualifikationsniveau der Frauen spielten die Einkommensverhältnisse der Familie sowie die guten materiellen Voraussetzungen der Versorgung und Beaufsichtigung der Kinder ausser Haus (in Form von Kinderkrippen, Kindergärten und Schulhorten) eine wesentliche Rolle.

Die Frauenberufstätigkeit weist je nach Lebensabschnitt typische Erscheinungsformen auf. So ist beispielsweise der Grad der Berufstätigkeit in den Altersgruppen unterschiedlich, er nimmt in den Altersgruppen ab 40 Jahre ab. Es zeigt sich aber, dass die Berufstätigkeit der Frauen in allen Altersbereichen ab dem 23. Lebensjahr bis zum Erreichen des Rentenalters gegenüber früher zugenommen hat. Der relativ niedrige Anteil der Berufstätigen in den Altersjahren bis zum 20. Le-

Mütter mit Kindern häufiger berufstätig als kinderlose Frauen



bensjahr ist darauf zurückzuführen, dass sich in diesem Alter viele junge Mädchen und Frauen noch in der Ausbildung befinden und sich damit die Grundlagen für die Einbeziehung in das Berufsleben schaffen. Mitbestimmende Faktoren für die Berufstätigkeit der Frauen sind auch die Zahl der Kinder je Haushalt und das Alter der Kinder. Insgesamt waren 1989 rund 89% der Frauen im Alter von 18 bis unter 50 Jahren, die in Mehrpersonenhaushalten lebten, berufstätig. Der Grad der Berufstätigkeit der Mütter mit Kindern unter 17 Jahren im eigenen Haushalt ist höher als der kinderloser Frauen. An dieser Quote wird aber auch die Bedeutung der Kinderbetreuungseinrichtungen als Beitrag zur Ermöglichung der Berufstätigkeit besonders deutlich.

Das Durchschnittsalter der Frauen bei der Geburt des 1. Kindes betrug 1989 = 22,9 Jahre und war damit ausserordentlich niedrig. Die Geburt von Kindern war kein Grund für eine mehrjährige Arbeitsunterbrechung, schon gar nicht für die Unterbrechung einer Ausbildung. Im Regelfall kehrte die Mutter bereits nach einer Pause von einem Jahr an den Arbeitsplatz zurück.

Kennzeichnend für die Beschäftigtenstruktur in der DDR ist auch die Berufstätigkeit von Rentnern und ganz besonders von Rentnerinnen. 1989 waren 3 von 4 Rentnern Frauen. Das ist hauptsächlich die Folge zweier Weltkriege, aber auch darin begründet, dass Frauen eine um 6 Jahre höhere Lebenserwartung als Männer haben und mit 60 Jahren bereits 5 Jahre eher als die Männer in das Rentenalter eintreten, also bedeutend länger Rentnerinnen sind. Die Lebenserwartung betrug bei Frauen 1989 = 76 Jahre, bei Männern 70 Jahre. Biologisch lässt sich die vom Staat gewährte Möglichkeit des früheren Eintritts ins Rentenalter also nicht begründen. Diesen Bonus nutzten die Frauen, indem sie häufiger auch noch als Rentnerinnen berufstätig waren. Dabei kam zugute, dass der Eintritt in das Rentenalter kein Kündigungsgrund war. Im Gegenteil, gesetzlich war gewährleistet, dass bereits 5 Jahre vorher Kündigungsschutz bestand. So gratulierte man zum 55. Geburtstag bei Frauen bzw. zum 60. bei Männern häufig durch Überreichen einer symbolischen Eule als Zeichen für den Naturschutz. Weiterhin hatte der Betrieb eine entsprechende Arbeit anzubieten, die auch Rentnern bzw. Rentnerinnen die Möglichkeit zur Weiterbeschäftigung bot.

Nach Beginn der Rente wurde die Arbeit erst richtig lukrativ. Man bekam sowohl die ungekürzte Rente als auch steuer- und sozialversicherungsfreies Arbeitseinkommen. Trotzdem – so zeigten soziologische Untersuchungen – waren es nicht nur materielle Gründe, die zur Berufstätigkeit im Rentenalter führten. Nach Erhöhungen der Mindest-

Rentnerinnen oft
noch berufstätig

*Rechte Seite:
Frauen in «Männer-Berufen» –
in der DDR keine Seltenheit
Links: Frauen unter Tage in einem
Steinkohlenrevier (1954)
Rechts: Kranführerin auf einer
Werft (1959)*

löhne und Renten war zwar jeweils ein leichter Rückgang der Berufstätigkeit von Rentnerinnen zu verzeichnen. Für die Weiterarbeit von Frauen spielte aber auch eine Rolle, dass diese viel häufiger alleinstehend waren und damit ein grösseres Bedürfnis nach «gebraucht werden» und Kommunikation hatten. Die Arbeit gehörte im Leben dieser Frauen einfach dazu. Während in den Anfangsjahren die Berufstätigkeit eine Existenzfrage war bzw. zunächst die Aufgabe des «Dazuverdienens» im Vordergrund stand, bekam die Arbeit für die Frauen im Verlaufe der Jahre einen grossen Eigenwert. Auch im Alter von 70 bis 75 Jahren gingen 1989 immerhin noch 8 von 100 Frauen arbeiten.

Seit Gründung der DDR haben sich tiefgreifende Veränderungen bei der Stellung der Berufstätigen im Arbeitsprozess vollzogen. Von den im Jahre 1950 Berufstätigen waren 72% Arbeiter und Angestellte, darunter 40% Frauen. Die übrigen 28% waren Selbständige oder mithelfende Familienangehörige von Bauern, Handwerkern, Einzelhändlern etc., darunter 46% Frauen.

1989 zählten 89 von 100 berufstätigen Personen zu den Arbeitern oder Angestellten. Bei dieser Gruppe lag der Frauenanteil inzwischen bereits bei 50%. 9 Personen waren Mitglieder einer Produktionsgenos-

Jeder zweite Arbeiter und Angestellte eine Frau

Foto: VFWD

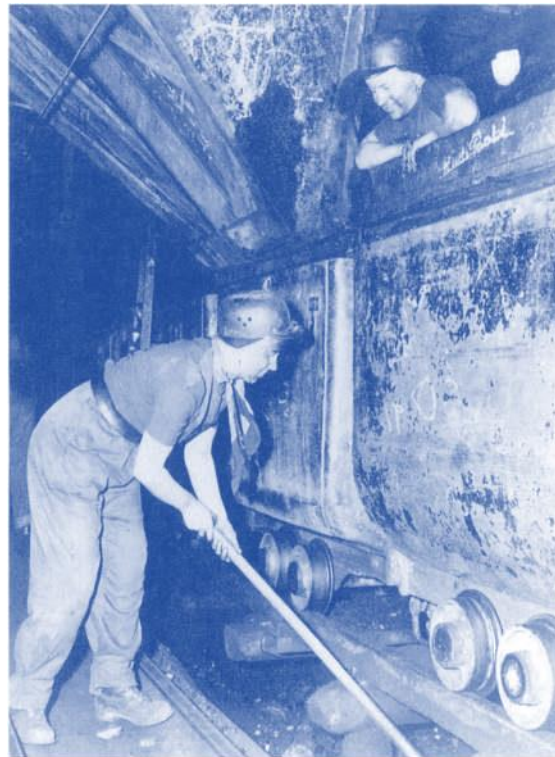


Foto: Bundesarchiv



senschaft, 2 Personen waren Inhaber eines privaten Handwerksbetriebes oder eines Tante Emma-Ladens o.ä. Nur einer von 1'000 Berufstätigen gehörte als Maler, Schriftsteller, Arzt einem freischaffenden Beruf an. Noch seltener gab es Bauern oder Bäuerinnen in der eigenen Wirtschaft oder Gärtnerei.

Sehen wir uns an, in welchen Bereichen die Berufstätigen ihrer Arbeit nachgehen, so fällt auf, dass vor allem zugunsten der Entwicklung der sogenannten nichtproduzierenden Bereiche, aber auch der Industrie, die Land- und Forstwirtschaft eine stark rückläufige Tendenz aufweist. Die Verteilung auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche ist zum Teil stark vom Geschlecht abhängig. So war zwar auch in der DDR der Handel ein typischer Frauen-, das Bauwesen ein typischer Männerbereich, dennoch haben sich auch hier die Frauenanteile im Laufe der Jahre verschoben. Der Zugang an berufstätigen Frauen ist in allen Bereichen nachweisbar. Im Bereich der Industrie waren 1949 17% aller weiblichen Beschäftigten tätig, 1989 betrug dieser Anteil 51%. Auch im nichtproduzierenden Bereich ist ein Anstieg von 18 (1949) auf 52% (1989) zu verzeichnen. Das ist gleichzeitig der Bereich, der mit Bildungs- und Gesundheitswesen, Verwaltung, Kultur etc. auch in der DDR Hauptwirkungsfeld für Frauen war. Hier fällt das Gesundheits- und Sozialwesen mit 85% Frauen besonders auf, ebenfalls das Bildungswesen und die Kultur mit 75%. Annähernd 1 Million Frauen waren allein in diesen Bereichen tätig. Im Handel waren ebenfalls 72% der Berufstätigen Frauen, die als Verkäuferinnen, Kassiererinnen oder in der Lagerhaltung bzw. der Verwaltung tätig waren. Eine Zunahme des Anteils weiblicher Berufstätiger erfolgte aber in allen Bereichen. Selbst im Bauwesen stieg dieser Anteil von 9% im Jahre 1955 auf 17% im Jahre 1989.

In der Industrie betrug der Frauenanteil 41%. Die Zahl der hier beschäftigten Frauen stieg seit Gründung der DDR fast um das Dreifache auf rund 1,40 Millionen an. Dabei ist der Frauenanteil nicht nur in solchen Industriezweigen gestiegen, die schon immer einen hohen Anteil weiblicher Berufstätiger hatten. Er erhöhte sich auch in Zweigen, in denen früher die Männer dominierten. So waren in der Textilindustrie 67% der Beschäftigten Frauen, in der übrigen Leichtindustrie waren es 56%. Aber auch in der Lebensmittelindustrie und im Industriezweig Elektrotechnik, Elektronik, Gerätebau waren die Anteile mit 47% bzw. 45% hoch, in der chemischen Industrie betrug der Anteil 41%. Bedenkt man, dass in diesen Industriezweigen rund 70% aller weiblichen Beschäftigten der Industrie tätig sind, so wird auch die Bedeutung der absoluten Grössenordnung dieser Anteile deutlich (von 5,5 Millionen Arbeitern

41% der Berufstätigen in
der Industrie waren
Frauen

und Angestellten in der Industrie sind in den genannten Industriezweigen 1,8 Millionen tätig, darunter 915'000 Frauen, das sind 50%).

Die altersmässige Zusammensetzung war in den Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich und hat sich auch in ungleichem Masse verändert. Sehr differenziert stellt sich dabei auch die Situation der Frauen dar. Durchschnittlich sind ein Viertel aller berufstätigen Frauen über 50 Jahre. In Bereichen wie Post- und Fernmeldewesen liegt dieser Anteil jedoch darüber (mit 34%), ebenso bei der Land- und Forstwirtschaft (mit 34%) und hier wiederum besonders bei der Pflanzenproduktion (mit 39%). Es lassen sich also unschwer Nachwuchsprobleme in einzelnen Zweigen erkennen.

Frauen haben sich nicht nur im Arbeitsprozess in allen Wirtschaftsbereichen und Industriezweigen durchgesetzt, sondern sie waren auch in nahezu allen Berufen vertreten. Ab und zu war an Männer-Stammtischen schon von dem nun bald notwendigen Kampf des Mannes um seine Gleichberechtigung die Rede. Unterschiede traten insbesondere dort hervor, wo körperliche Arbeit noch vorherrschte oder stark belastende Umweltbedingungen bestanden. In Berufen, die in ihrer Ausübung in der Regel mit Leitungsfunktionen verbunden sind, waren die Frauen in der Minderzahl.

Im Jahre 1949 betrug die wöchentliche Arbeitszeit noch 48 Stunden. Sie reduzierte sich zunächst auf durchschnittlich 45 Stunden und mit der schrittweisen Einführung der 5-Tage-Arbeitswoche bis 1967 auf 43% Stunden. Darüber hinaus gab es für ausgewählte Beschäftigtengruppen eine kürzere Arbeitsdauer mit 42 oder 40 Wochenstunden.

Auch hier ist die Dauer der Arbeitszeit von Frauen besonders interessant. Um das volle Ausmass der beruflichen Belastung der Frauen einzuschätzen, darf man die Berufstätigkeit an sich nicht vom Umfang der Gesamtarbeit loslösen. Nicht nur, dass die «Normalfrau» arbeitend, in 47,4% aller Beschäftigungsfälle betrug ihre Arbeitswoche 43% Stunden. Danach noch das «bisschen Haushalt», das ja im Wesentlichen nicht nur aus Putzen und Kochen, sondern auch zu einem Grossteil aus Besorgungen für den Lebensunterhalt der Familie bestand.

Für 20,4% der berufstätigen Frauen war der Arbeitstag nach 8 Stunden vorbei, da sie entweder in der 3-Schichtarbeit tätig waren oder mehr als ein Kind unter 16 Jahren zu Hause zu betreuen hatten. Bereits 1972 wurde die wöchentliche Arbeitszeit für Frauen mit drei und mehr Kindern auf 40 Stunden wöchentlich verkürzt. Ihre Arbeitszeit war damit bei vollem Lohnausgleich täglich eine dreiviertel Stunde kürzer als bei anderen Werktätigen. 1977 wurde diese Verkürzung auf alle Frauen mit zwei Kindern ausgedehnt. Ausserdem gab es noch Frauen im 2-Schicht-

Ein Viertel aller berufstätigen Frauen waren über 50 Jahre alt

Fast die Hälfte aller Berufstätigen mit Wochenarbeitszeit von 43¾ Stunden

Arbeitspotential der Frauen weitgehend ausgeschöpft

system, die eine 42-Stunden-Woche hatten. Echt teilzeitbeschäftigt waren 1989 rund 27% der Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten.

Wie bereits beschrieben, war in den 80er Jahren die Ausschöpfung des Frauenarbeitsmarktes weitgehend erreicht. Die formale Anbringung von Stellenangeboten an den Betriebseingängen wie «Suchen aus der nichtberufstätigen Bevölkerung ... «war schon lange eine Farce und wurde inoffiziell interpretiert als «Suchen aus anderen Betrieben...». Eine weitere «Erschliessung von Arbeitskräftereserven» war folglich nur noch über die Ausdehnung der Arbeitszeit möglich. Das aber war problematisch, da seit 1971 die Senkung der Arbeitszeit als soziale Zielsetzung propagiert wurde. Zu den noch nicht ausgeschöpften Reserven zählten Frauen, die 6 oder noch weniger Stunden am Tag arbeiten wollten. Der §140 des Arbeitsgesetzbuches, der so gehandhabt wurde, dass Arbeitsverträge mit verkürzter Arbeitszeit zu befristen waren, bildete dabei die rechtliche Grundlage. Es gab Fälle, in denen auch beim Vorliegen bestimmter Gründe, wie Leistungsschwäche der Kinder in der Schule oder Betreuung mehrerer Kinder, die Genehmigung für Teilzeitarbeit nur für wenige Monate vorübergehend erteilt wurde.

Teilzeitbeschäftigung regional und branchenbezogen sehr unterschiedlich

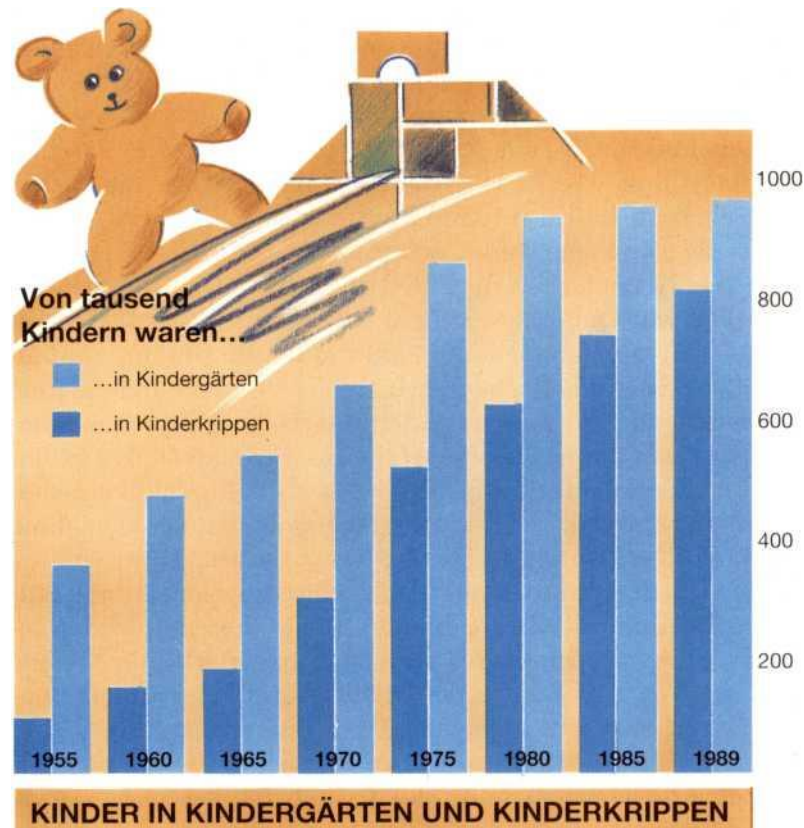
Sowohl nach Regionen als auch nach Wirtschaftsbereichen lassen sich für die Teilzeitbeschäftigung grosse Schwankungen feststellen. Während in einigen Bereichen offensichtlich mehr Möglichkeiten für eine Teilzeitbeschäftigung vorhanden waren (produzierendes Handwerk 45%, Post und Fernmeldewesen 46%, Handel 33% aller Beschäftigten) waren in anderen Bereichen, besonders denen mit Schichtarbeit, die Möglichkeiten sehr eingeschränkt. So waren 1989 in Krankenhäusern nur 18,5%, in Hoch- und Fachschulen nur 23% und in allgemeinbildenden Schulen nur 7,5% aller Frauen teilzeitbeschäftigt.

Auch regional lassen sich bei der Teilzeitbeschäftigung Unterschiede feststellen. So waren in nördlichen Bezirken wie Schwerin mit 21,5%, in Neubrandenburg mit 14,9% aller weiblichen Arbeiterinnen und Angestellten besonders wenig Frauen teilzeitbeschäftigt. Im Süden fallen die Bezirke Chemnitz und Suhl mit 33,9 bzw. 28,9% mit besonders hohen Anteilen auf. Dieses Süd/Nord-Gefälle hat nicht in erster Linie seine Ursache in der unterschiedlichen Bereitschaft der Frauen zur Vollbeschäftigung, sondern in den objektiv vorhandenen Möglichkeiten. So war u.a. durch mitunter lange Anfahrtswege in ländlichen Gegenden die Teilzeitbeschäftigung einfach nicht «rentabel». In manchen Gegenden wie im Bezirk Chemnitz konnten die Frauen das Problem der langen Anfahrtswege oder der noch nicht ausreichenden Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen in Wohnnähe durch Übernahme von Heimarbeit lösen.

Weniger als ein Viertel aller Teilzeitbeschäftigten waren echte «Halbtagskräfte». Die meisten Frauen vereinbarten eine Arbeitszeit zwischen 25 bis 54 Wochenstunden, ca. 20% der Teilzeitbeschäftigten hatten eine Wochenarbeitszeit von 35 und mehr Stunden. Insgesamt ging der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den berufstätigen Frauen von 52,6% im Jahr 1975 auf 26,5% im Jahr 1987 zurück und weist erst seit 1988 wieder eine leicht steigende Tendenz auf (1989 = 27,1%).

Der Rückgang der teilzeitbeschäftigten Frauen vollzog sich dabei vor allem in den jüngeren Altersgruppen. Das wurde in erster Linie mit der möglichen Ganztagsbetreuung von Vorschul- und Schulkindern erreicht, die, von der politischen Erziehung abgesehen, nicht so schlecht war wie ihr Ruf. Der Versorgungsgrad bei Kinderbetreuungseinrichtungen war geradezu beispielhaft. 1950 gab es in der DDR nur 194 Kinderkrippen mit rund 5'000 Plätzen, 1989 insgesamt 7840 Krippen mit rund 555'000 Plätzen. Somit konnten 80 von 100 infragekommenden Kindern in einer Kinderkrippe Aufnahme finden. Von 100 Kindern im Kindergartenalter (Kinder von 5 bis unter 6 Jahren) konnten 55 im Jahr

Für acht von zehn Kindern im entsprechenden Alter war ein Krippenplatz vorhanden



1955 in Kindergärten betreut werden, ab 1980 praktisch alle Kinder, deren Eltern es wünschten. Die Betreuung und Erziehung in den Kindereinrichtungen war kostenlos. Die Eltern zahlten lediglich für das Essen einen geringen Kostenbetrag. Schüler der 1. bis 4. Klasse, deren Eltern es wünschten, konnten nach dem Unterricht einen Schulhort besuchen. In allen Schulen wurden die Kinder täglich mit einem warmen Mittagessen und mit Trinkmilch versorgt.

Seitens der Kinderbetreuung waren in jedem Fall die Voraussetzungen für eine Vollbeschäftigung gegeben. Die Versorgung mit Kindereinrichtungen wurde jedoch oft als Selbstverständlichkeit hingenommen und nicht als soziale Leistung anerkannt.

Die Vor- und Nachteile einer Teilzeitbeschäftigung wollten gut abgewogen sein. Immerhin entfiel dabei der Hausarbeitstag, den man für Besorgungen, Handwerker etc. doch so nötig brauchte. Dieser bezahlte Hausarbeitstag wurde pro Monat allen vollbeschäftigten Frauen gewährt, die entweder verheiratet waren, Kinder bis zum Alter von 18 Jahren im Haushalt oder pflegebedürftige Familienangehörige hatten. Seit 1977 galt diese Regelung auch für alle anderen vollbeschäftigten Frauen, wenn sie das 40. Lebensjahr vollendet hatten.

Von den Lohneinbussen bei Teilzeitbeschäftigung abgesehen, gab es auch eine Form der indirekten Benachteiligung. Bei der Vergabe von Prämien oder prophylaktischen Kuren u.ä. war man eben «nur» Teilzeitkraft. Die zunehmende Qualifikation der Frauen erschwerte ebenfalls die Entscheidung für eine verkürzte Arbeitszeit, da sich damit die Karrierechancen enorm verschlechterten bzw. leitende Positionen weniger in Frage kamen.

Als Besonderheit der DDR muss man auch die Schichtarbeit von Frauen betrachten. Krankenschwestern, Hebammen, Telefonistinnen und ähnliche Berufe sind immer und überall mit Nacht- oder Schichtdiensten verbunden. Eine Beteiligung der Frauen an Schichtarbeiten im produzierenden Gewerbe ist jedoch keinesfalls Normalität. Da in der Schichtarbeit eine grosse Möglichkeit zur Produktivitätssteigerung gesehen wurde, war hier eine ständige Zunahme durch die Planung in der DDR vorgesehen. Dazu wurden verschiedene Massnahmen wie Schichtzulagen, Arbeitszeitverkürzung und Zusatzurlaub als stimulierende Mittel geschaffen. Schichtarbeit brachte aber in erster Linie Vorteile in der Art, dass man bei der Vergabe von Wohnraum, Ferienplätzen, Kuren usw. vorrangig berücksichtigt wurde.

Im Jahre 1986 arbeiteten im Bereich der Industrie 8,3% der Arbeiterinnen und Angestellten im 2-Schicht- sowie 17,4% im 3-Schichtsys-

Ein «Hausarbeitstag»
pro Monat

Schichtarbeit
von Frauen
keine Seltenheit

tem. In vielen regionalen Gebieten war aufgrund der fehlenden Klein- und Mittelbetriebe nur eine sehr beschränkte Arbeitsmöglichkeit vorhanden, man erhielt beispielsweise nur Arbeit in einem grossen Textilbetrieb. Schichtarbeit war dann auch bei jungen Müttern mit Kindern unumgänglich. So arbeiteten 1989 von 620'100 vollbeschäftigten Müttern mit 2 und mehr Kindern unter 16 Jahren im Haushalt 44'200 im 2-, 3- oder durchgängigen Schichtsystem. Das waren immerhin 7,1%. Besonders hervorzuheben ist hier die Leichtindustrie. Hier gab es Betriebe und Kombinate, mit bis zu 28% vollbeschäftigten Müttern im Mehrschichtsystem, die «nebenbei» noch 3 und mehr Kinder zu betreuen hatten. Im Wirtschaftszweig Spinnereien/ Zwiernereien befanden sich z.B. mit 48% ein ausserordentlich hoher Anteil im Mehrschichtsystem arbeitender Frauen.

Der Anteil der Berufstätigen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung hat sich seit Gründung der DDR durch die volle Einbeziehung der Jugendlichen in die Berufsausbildung sowie durch vielfältige Massnahmen der Erwachsenenqualifizierung bzw. -Weiterbildung kontinuierlich erhöht. 1949 verfügten nur ein Viertel der Berufstätigen über eine abgeschlossene Berufsausbildung, 1989 waren es 87 Prozent. Jeder 5. Berufstätige hatte zu diesem Zeitpunkt einen Hoch- oder Fachschulabschluss, Mitte der 50er Jahre dagegen nur jeder 25.

87% der Berufstätigen mit abgeschlossener Berufsausbildung



Etwa jede vierte Frau in der Industrie arbeitete im Schichtsystem – Arbeiterin am Pkw-Montageband

Foto: Bundesarchiv

Dabei waren deutliche Unterschiede im Qualifikationsniveau zwischen Frauen und Männern festzustellen. Um das Defizit in männertypischen Berufen auszugleichen, mussten Frauen durch geeignete Fördermassnahmen dazu motiviert und qualifiziert werden. Zunächst wurden bestimmte Beschäftigungsverbote – einst zum Schutz der Frauen erlassen – aufgehoben. Zunehmend gab es auch spezielle Bildungsangebote wie z.B. das Frauensonderstudium, bei dem die Frauen mit grosszügiger finanzieller Unterstützung vom Betrieb für ein Studium freigestellt wurden. Eine weitere Massnahme war die Quotierung von Ausbildungsplätzen.

An den allgemeinbildenden Schulen wurden für beide Geschlechter gleiche Voraussetzungen geschaffen. Im Schuljahr 1960/1961 sassen in einer 10. Klasse mit 54 von Hundert mehr Mädchen als Jungen, in der Abiturklasse jedoch nur 45 von Hundert. 1989 entsprach der Anteil in den 10. Klassen dem Verhältnis Mädchen zu Jungen des entsprechenden Jahrgangs. In der Abiturstufe sassen mit 56% jedoch bereits mehr Mädchen als Jungen. Diese Entwicklung setzte sich als Zugangsvoraussetzung für ein Hochschul- oder Universitätsstudium bei der Belegung von Studienplätzen fort und wurde in Teilen der «Männerwelt» mit gemischten Gefühlen registriert.



Ohne die Frauen stünden manche Montagebänder still – Arbeiterinnen bei der Elektroinstallation in einem FEB Motorradwerk

Foto: ADN

Von den Absolventen der Hochschulen und Universitäten waren 1988 bereits 53% Frauen, unter den Fachschulabsolventen waren es 75%. Der Zulauf von Frauen in manchen Studienrichtungen war z.T. so stark, dass hier ebenfalls regulierende Massnahmen, diesmal aber zugunsten von Männern, eingeführt werden mussten, damit auch die nachfolgende Generation z.B. noch von Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet werden konnte. Der Frauenanteil stieg bei pädagogischen Fachrichtungen von 54% im Jahr 1971 auf 76% im Jahr 1988, bei Mathematik/Naturwissenschaften von 25% auf 55% und bei technischen Wissenschaften von 10% auf 28%.

Bei den möglichen Studienformen waren Frauen vorrangig im Direktstudium zu finden, da sie im Gegensatz zu den Männern, die zunächst ihrer Wehrpflicht (bei Studienwunsch in der Regel 3 Jahre) nachkommen mussten, sofort nach Beendigung der Schule zum Studium übergehen konnten. Dabei war Eheschliessung oder Nachwuchs für Studentinnen keinesfalls ein wesentliches Hindernis. In die Unterstützung und Förderung von Müttern waren Studentinnen und Lehrlinge mit Kind und werdende Mütter, die sich im Studium befanden oder in einem Lehrverhältnis standen, voll einbezogen. Sie hatten die gleichen Rechte wie berufstätige Frauen und Mütter. Durch die Gewährung von Stipendien an Direktstudenten von Universitäten, Hoch- und Fachschulen und ihre weitere Erhöhung, die Gewährung erhöhter Stipendien an Studentinnen und Studenten mit Kind, die Erhöhung der Lehrlingsentgelte und die Einführung einer Ausbildungsbeihilfe in Höhe von 110 Mark bzw. 150 Mark monatlich für Oberschüler im 11. und 12. Schuljahr wurden 1981 die Voraussetzungen für eine längere Ausbildung verbessert. In der Form des Abend- oder Fernstudiums überwog eindeutig der Männeranteil.

1971 hatten in der DDR 71 von 100 Männern und 49 von 100 Frauen eine abgeschlossene Berufsausbildung, 1989 lag dieser Anteil bei Männern um 89, bei Frauen um 85%. Am meisten aufgeholt haben in puncto Berufsausbildung die Bäuerinnen. In der Landwirtschaft hatten 1963 nur 2% der Frauen eine abgeschlossene Berufsausbildung, 1970 waren es 62%, 1980 bereits 89% und 1989 sogar 92%.

Der wachsende Qualifikationsgrad lässt sich auf allen Gebieten nachweisen. Besonders deutlich ist hierbei die Zunahme von Frauen mit Hoch- oder Fachschulabschlüssen, ein Anstieg ist jedoch ebenso bei Meister- oder Facharbeiterabschlüssen zu verzeichnen.

Bei der Wahl eines Facharbeiterberufes spielte der Wohnort eine grosse Rolle, da einerseits in ländlichen Gebieten nur eine sehr begrenzte Anzahl von Berufen erlernbar war, andererseits aber eine Lehr-

Unter den Hochschulabsolventen 55% Frauen, unter den Fachschulabsolventen 75%

Jedes vierte Mädchen wollte Verkäuferin, Wirtschaftskauffrau oder Sekretärin werden

stelle nur im Heimatkreis zur Verfügung stand. Wenige Ausnahmen gab es für Berufe, die an bestimmte Standorte gebunden waren, z.B. Porzellanmalerei und Schiffsbau. Bei der Berufswahl entschieden sich allein ein Viertel aller Mädchen für einen der 3 «Rennerberufe» wie Verkäuferin, Wirtschaftskauffrau oder Facharbeiter für Schreibtechnik (Sekretärin), alles Berufe mit eingeschränkten beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten. Leider bestand hier eine Wechselwirkung in der Art, dass zwar einerseits durch die entsprechenden Planvorgaben eine Orientierung auf diese Berufe erfolgte, jedoch andererseits auch kein ausreichendes Interesse seitens der Mädchen für eher männertypische Berufe bestand. Bei den Jungen konzentrierten sich hingegen auf die 3 häufigsten Berufe wie Instandhaltungsmechaniker, Elektromonteur und KFZ-Schlosser nur ein Sechstel aller Schulabgänger. Dabei muss man beachten, dass durch umfangreiche Berufsberatung bereits vor der Bewerbung eine annähernde Übereinstimmung zwischen den Wünschen der Schulabgänger und der Realisierbarkeit hergestellt wurde.

Die Angaben über die Qualifikation der Beschäftigten sagen jedoch noch nichts aus über den qualifikationsgerechten Einsatz, das heisst, ob die Frauen auch tatsächlich entsprechend ihrer Qualifikation eingesetzt wurden. Häufig verzichteten die Frauen aus familiären Gründen auf einen qualifikationsgerechten Einsatz und damit eine entsprechende Bezahlung, um z.B. eine Teilzeitbeschäftigung zu erhalten, um der Schichtarbeit zu entgehen oder zugunsten kürzerer Arbeitswege, um so mehr Zeit für die Familie zu haben.

«Vater» Staat betrieb «Muttipolitik»

Von Seiten des Staates wurden vielfältige Versuche unternommen, sowohl die Geburtenentwicklung als auch die Frauenbeschäftigung zu beeinflussen. Massnahmen wie bezahltes Babyjahr, Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen etc. waren auf Mütter, jedoch nicht auf Mütter und Väter zugeschnitten. In Abhängigkeit von der Zahl der Kinder konnten alleinstehende Mütter oder Väter für 4 bis 13 Wochen im Jahr eine Freistellung von der Arbeit in Anspruch nehmen. Dabei wurde eine finanzielle Unterstützung wie bei eigener Erkrankung (65 bis 90 Prozent des Nettodurchschnittsverdienstes) gewährt. Diese Unterstützung bekamen seit 1984 auch verheiratete Mütter mit 3 und mehr Kindern bei Pflege eines erkrankten Kindes. Seit 1986 erhielten werktätige Mütter bereits bei der Geburt des 1. Kindes ein bezahltes «Babyjahr», Mütter erhielten bereits mit 2 Kindern Unterstützung bei deren Erkrankung. Doch selbst solche Regelungen, die für beide Elternteile gleichermaßen galten, wurden selten von einem Vater in Anspruch



In der feinmechanischen, optischen und elektronischen Industrie sind geschickte und flinke Frauenhände besonders gefragt

Foto: Bundesarchiv

genommen. Da dieser meist mehr verdiente bzw. eine «wichtigere» Arbeit ausübte. Hier geriet die Frauenpolitik in ein Dilemma. Die sogenannte «Muttipolitik» erwies sich im Einzelfall oft als nachteilig für die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten. Für leitende Tätigkeiten oder die Besetzung eines wichtigen Aufgabengebietes hatten i.d.R. die Männer Vorrang, da sie die Möglichkeit der Freistellung im Babyjahr oder die Freistellung zur Pflege erkrankter Kinder weniger häufig in Anspruch nahmen. Auch einen Hausarbeitstag konnten sie nur in Ausnahmesituationen wahrnehmen.

Wenn es schon bei Besetzung einer leitenden Position eine Frau sein musste, um der Zielsetzung der Frauenförderung nachzukommen, dann meist eine, die drei Bedingungen erfüllte: Über 40 Jahre, alleinstehend und kinderlos. So ist zu erklären, dass, trotz hoher Qualifikation, Frauen in leitenden Funktionen stark unterrepräsentiert waren. Um diesen Missstand zu beseitigen, mussten seitens der Betriebe Frauenförderpläne erstellt werden. Sie blieben aber in der Regel das was sie waren – ein Stück Papier. Völlig ohne «Karrierechancen» waren naturgemäß auch Frauen, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgingen.

So betrug in der «volkseigenen Wirtschaft» 1988 der Frauenanteil an den Arbeitern und Angestellten zwar 49,6%, der Anteil der Frauen in leitenden Funktionen am Leitungspersonal insgesamt hingegen nur 31,6%. Sogar in Bereichen mit hoher Frauenbeschäftigung (beim Post- und Fernmeldewesen sind z.B. über zwei Drittel der Beschäftigten Frauen) betrug dieser Anteil nur 42%, im Handel, wo ca. 75% der Beschäftigten weiblich waren, lag der Anteil bei 62%. Interessant ist hier-

**Trotz hoher
Qualifikation Frauen in
leitenden Funktionen
unterrepräsentiert**

bei jedoch die Feststellung, dass auf Gebieten der ehrenamtlichen Tätigkeiten, z.B. in der Gewerkschaft, die Frauen nahezu proportional auch in leitenden Funktionen vertreten waren.

Im Zusammenhang mit der jährlichen Arbeitszeit ist die Dauer des Erholungsurlaubs wichtig. Der Erholungsurlaub war gesetzlich geregelt. Mit der Neuregelung des Urlaubssystems ab 1979 betrug der Mindesturlaub 18 Arbeitstage. Für Frauen wurde unter bestimmten Bedingungen ein um 2 bis 5 Tage längerer Grundurlaub festgelegt.

Der Grundurlaub erhöhte sich für vollbeschäftigte Mütter in besonderen Situationen wie folgt:

- 21 Tage – bei 5 und mehr Kindern oder einem schwerstgeschädigten Kind
- 20 Tage – bei 2 und mehr Kindern und dabei im Mehrschichtsystem arbeitend
- 23 Tage – bei 3 und mehr Kindern und dabei im Mehrschichtsystem arbeitend.

Dazu kam Zusatzurlaub bei Schichtarbeit in Abhängigkeit vom Schichtsystem in Höhe von 3 bis 6 Tagen.

Diese Sonderregelungen betrafen jedoch stets nur einen relativ kleinen Kreis. Es fällt auf, dass bei einer Urlaubsdauer bis zu 21 Tagen Frauen häufiger, ab 22 Tagen mit «zunehmender» Urlaubsdauer immer seltener vertreten waren. Während 1987 der Frauenanteil bei einem Urlaubsanspruch von 18 Tagen = 56,3% und von 19 Tagen = 68,6% betrug, lag er bei einer Urlaubsdauer von 28 Tagen und darüber nur noch bei weniger als 30%.

Frauen hatten weniger Urlaub als Männer

In dem «frauentypischen» Wirtschaftszweig Konfektionsindustrie erhielten 64,4% aller Frauen den Mindesturlaub. Nur 1,8% der Frauen erhielten 24 und mehr Tage. Im Handel erhielten 54,2% den Mindesturlaub, 5,4% hatten einen Anspruch von 24 und mehr Tagen. In einem «männertypischen» Bereich hingegen, dem Maschinen- und Fahrzeugbau hatten nur 29% der Männer den Mindesturlaub, jedoch 19,8% 24 und mehr Urlaubstage. Ein Glück, dass es den Hausarbeitstag für Frauen gab, mit dem sich mit ein wenig Geschick auch eine Urlaubsverlängerung machen liess.

Statistiken über den Erholungsurlaub konnten in der DDR leider nicht publiziert werden, denn die Losung «... jeder nach seinen Leistungen, jeder nach seinen Fähigkeiten» hier kreativ angewandt, hätte doch unweigerlich zu dem Schluss geführt, dass Frauen weniger Fähigkeiten haben. Und kränken wollte man die Frauen in der DDR nun wirklich nicht, das hatten sie nicht verdient.

Apropos verdient: Der monatliche Durchschnittslohn der vollbeschäftigten Arbeiter und Angestellten in der Volkswirtschaft hat sich von rund 250

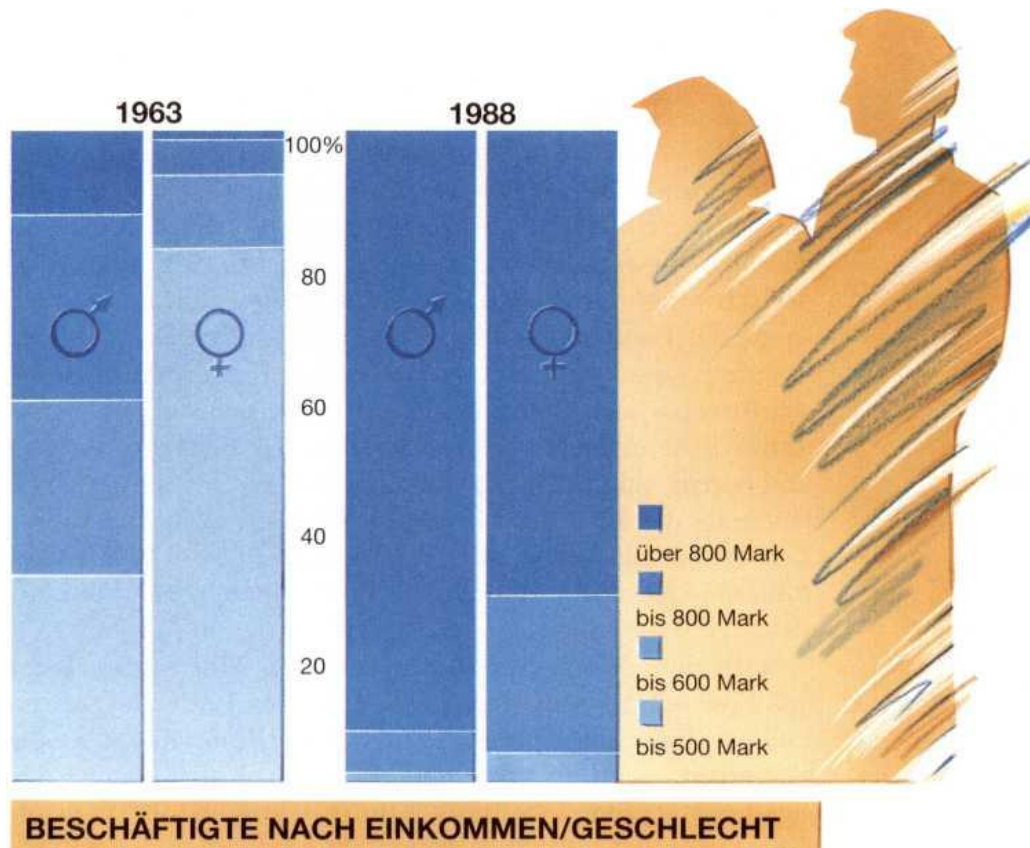
Mark 1950 bis 1989 auf 1 053 Mark vervierfacht (1960: 461 Mark, 1980: 818 Mark).

Prinzipiell gab es nach den rechtlichen Bestimmungen in der DDR für gleiche Arbeit eine gleiche Entlohnung für Frau und Mann. Daraus kann jedoch nicht geschlossen werden, dass die Einkommen der Frauen denen der Männer glichen. Vielmehr sind sowohl in der Lohnentwicklung als auch im Lohnniveau deutliche Unterschiede erkennbar.

Einerseits haben sich in der Einkommensentwicklung generell zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen bzw. -zweigen teilweise beträchtliche Differenzierungen vollzogen, andererseits waren Frauen überdurchschnittlich in den Wirtschaftszweigen beschäftigt, die unterdurchschnittlich an der Lohnentwicklung beteiligt waren. Hinzu kam, dass Frauen auch weniger als Männer in mittleren und oberen Leitungsfunktionen und damit in den entsprechenden Lohn- und Gehaltsgruppen eingesetzt waren.

Bereits im ersten Jahrzehnt des Bestehens der DDR blieb die Lohnentwicklung der Frauen deutlich gegenüber der der Männer zurück. So fanden, um vor allem die Grundstoffindustrie voranzubringen, ständige Lohnerhöhungen im Bereich der Schwerindustrie statt, während Bereiche wie das Gesundheitswesen mit traditionell hoher Frauenbeschäftigung, wenn überhaupt, dann gering an der Lohnentwicklung beteiligt

Lohnentwicklung bei Frauen deutlich schlechter als bei Männern



waren. Von den in der gesamten Volkswirtschaft vollbeschäftigten Arbeitern und Angestellten erhielten im Jahre 1959 bei den Männern rund die Hälfte einen monatlichen Durchschnittslohn von mehr als 500 Mark. Bei den vollbeschäftigten Frauen erhielten nur 11% einen solchen Betrag. Bis zum Jahr 1971 hatte sich zwar die Relation leicht zugunsten der Frauen verbessert, indem jetzt 27% der Frauen gegenüber 75% der Männer einen Durchschnittslohn von mehr als 600 Mark aufwiesen. Diese Relation hat sich dann im Verlaufe der 80er Jahre weiter verändert. Im Jahr 1988 waren 69% der Männer in Lohn- und Gehaltsstufen eingruppiert, die über einem monatlichen Durchschnittslohn von 1'000 Mark lagen; bei den Frauen waren es nur rund 38%. Fast zwei Drittel der Frauen erhielten somit geringere Beträge, darunter befanden sich rund 29% aller vollbeschäftigten Frauen in Lohn- und Gehaltsstufen von weniger als 800 Mark.

Die Förderung der Familie, die Fürsorge für Mutter und Kind sowie die Unterstützung kinderreicher Familien und junger Ehen hatten in der Sozialpolitik der DDR ihren festen Platz. Unter Berücksichtigung ihrer sozialen Funktion bei der «Reproduktion» der Familie gewährte der Staat den Frauen über die bereits aufgezählten Vorteile hinaus eine Reihe spezifischer Vergünstigungen, die ihnen die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit, Mutterschaft und Familie erleichtern sollten.

Bereits in dem 1950 erlassenen Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau wurden Massnahmen der staatlichen Hilfe bei der Geburt, Betreuung und Erziehung der Kinder festgelegt. Dazu gehörte die Gewährung einer finanziellen Unterstützung bei der Geburt von Kindern, die weitere Verbesserung der ärztlichen Betreuung der schwangeren Frauen, stillenden Mütter und der Kinder sowie der Bau von Kinderkrippen und Kindergärten. In der Folgezeit wurde die Unterstützung der Frauen und Mütter schrittweise ausgebaut. So wurde der Schwangerschafts- und Wochenurlaub 1976 um weitere 8 Wochen verlängert und betrug zuletzt 26 Wochen. Das war mehr als doppelt so lange als die 1950 gewährten 11 Wochen. Während dieser Zeit erhielt die berufstätige Mutter von der Sozialversicherung eine Leistung in Höhe des Nettodurchschnittsverdienstes.

Nach dem Wochenurlaub erhielt jede Mutter das Recht auf Freistellung von der Arbeit bis zum Ende des ersten Lebensjahres des Kindes. 1976 wurde dieses Recht weiter ausgebaut. Seitdem erhielten Mütter nach der Geburt des zweiten und jedes weiteren Kindes während der Freistellung bis zum Ende des ersten Lebensjahres dieses Kindes eine

Erhebliche
Vergünstigungen für
berufstätige Mütter

Mütterunterstützung. Sie betrug 65 bis 90 Prozent des Nettodurchschnittsverdienstes, abhängig von der Anzahl der Kinder. Alleinstehende Mütter erhielten diese Unterstützung seit 1972 bereits beim ersten Kind, wenn das Kind vorübergehend nicht in einer Kinderkrippe betreut werden konnte. Für Frauen mit drei und mehr Kindern wurde der Anspruch auf bezahlte Freistellung 1984 verlängert. Sie wurden nunmehr nach der Geburt des dritten und jedes weiteren Kindes im Anschluss an den Wochenurlaub bis zum Ende des 18. Lebensmonats dieses Kindes von der Arbeit freigestellt und erhielten die Mütterunterstützung für die gesamte Zeit.

Vom Beginn der Schwangerschaft bis zum Ende des Freistellungsanspruchs der Mutter war eine Kündigung des Arbeitsrechtsverhältnisses durch den Betrieb nicht zulässig. Der Betrieb war verpflichtet, die Frau nach Ablauf der Freistellung entsprechend den Vereinbarungen im Arbeitsvertrag weiter zu beschäftigen.

Bei allen sozialpolitischen Massnahmen, die seitens des Staates getroffen wurden, um die Berufstätigkeit der Frauen zu erhöhen, haben jedoch fast immer die jüngeren Frauen profitiert. Für die Generation von Frauen, die in den Nachkriegsjahren die Ärmel hochgekremgelt und die Wirtschaft mit in Schwung gebracht hat, die unter schwierigsten Bedingungen Berufstätigkeit und Familien gemeistert hat, kamen die Massnahmen zu spät. Und es sind die Frauen, die wegen ihrer geringen Einkünfte, trotz langer Arbeitszeiten, nur geringe Rentenansprüche erworben haben.

Von der Not der Nachkriegsjahre zu gesichertem Einkommen – die Entwicklung des Lebensstandards

Dr. Margot Münnich und Dr. Erhard König

Den Umbruch fast aller Wertvorstellungen markierte die «Stunde Null» geschichtliche «Stunde Null» nach der bedingungslosen Kapitulation des faschistischen Dritten Reiches. Aus dem geistigen und materiellen Zusammenbruch wuchsen neue Wünsche wie «nie wieder Rüstungsproduktion und niemals wieder Krieg», Sehnsüchte nach einer festen Bleibe in den zerstörten Städten für die dort Ansässigen und die vielen aus ihrer Heimat Vertriebenen. Die Unterkunft sollte die Menschen nur schützen vor den Witterungsunbilden, befreien vom Umherirren auf Landstrassen. Heizung gehörte zum Luxus. Um eine Handvoll Kartoffeln, das tägliche Stück Brot und irgendetwas Streichfähiges drehte sich Denken und Handeln. «Aus alt mach neu» war die Devise für die Bekleidung. Und so wurde aufgetrennt, geschneidert und gestrickt.

Die Not der Nachkriegsjahre bekämpften häufig hungrige und verzweifelte Menschen mit hingebungsvollen Taten zum Wiederaufbau der Infrastruktur und der Fabriken, durch Bebauen eines eigenen oder durch die Bodenreform zugewiesenen Stückchen Landes. Das dann Produzierte musste dabei oft geteilt werden. Es liess sich vielfach nicht schnell genug vermehren. Es fehlte an Rohstoffen, mangelte an technischer Ausrüstung. Wichtige in der sowjetischen Besatzungszone gelegene Werke wurden demontiert, als Reparationsleistung zur Wiedergutmachung eines Teiles der Kriegsschäden in der UdSSR. Erst am 11.1.1947 vereinbarten Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl mit dem Chef der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) Marschall Sokolowski den Verzicht der UdSSR auf Reparationen aus der Konsumgüterproduktion. Daraufhin konnten für rund 5 Millionen Bürger die Lebensmittelrationen erhöht werden.

Die Spaltung Deutschlands zerstörte ein historisch gewachsenes einheitliches Wirtschaftsgebiet. Volkswirtschaftliche Disproportionen und Mangelwirtschaft begleiteten in der DDR das Leben fast einer Generation. Ungeachtet dessen konnten aufgrund wachsender Arbeitsleistungen und gestiegene Produktivi-

tät die elementaren Lebensbedürfnisse – verglichen zu den Nachkriegsjahren – stetig besser befriedigt werden.

Nach dem Kriege wurden fast alle Verbrauchsgüter zugeteilt. Hausrat und Möbel gab es auf Bezugsscheine, vorwiegend für Umsiedler und Ausgebombte. Strom und Gas waren kontingentiert und wurden häufig abgeschaltet. Petroleumlampen und Kerzen gehörten in diesen Jahren zur Ausstattung der Haushalte. Heizmaterialien waren ebenso wie Seife (1946 erhielten Normalverbraucher 25g je Monat), Waschpulver, Streichhölzer und Tabakwaren rationiert. Mit der im Dezember 1948 eingeführten Punktkarte wurde versucht, den Haushalten geregelt Bekleidung und Schuhe zukommen zu lassen. Die Lebensmittelversorgung wurde ab 1.11.1945 einheitlich in der sowjetischen Besatzungszone geordnet. Die Rationen waren stark differenziert. Durch die Einführung eines markenfreien Mittagessens in Werkküchen im Oktober 1947 für ausgewählte Werktätige in Abhängigkeit von der Arbeitsleistung, d.h. für Werktätige ohne «Bummelschichten», wurden Industriearbeiter bevorzugt versorgt.

Kartoffeln und Brot avancierten in den Nachkriegsjahren zu Hauptnahrungsmitteln. Bei der heutigen Vielfalt des Angebotes erscheinen die damals verbrauchten Mengen sehr hoch. Trotzdem wurde der Kalorienbedarf nicht gedeckt. Die Rationen bei tierischen Produkten waren verschwindend gering und reichten zusammen mit Kartoffeln und Brot oft nicht aus, den Hunger zu stillen. Zunächst erhielten dabei nur Schwerst- und Schwerarbeiter, Arbeiter, Angestellte, Kinder und Schüler Fleisch- und Fettrationen. Diese betrug 1946 ca. 15 bis 40 g täglich bei Fleisch und 10 bis 20 g bei Fett. Die sonstige Bevölkerung blieb von dieser Versorgung bis Anfang 1947 ausgeschlossen.

Im Gründungsjahr der DDR 1949 verfügte ein durchschnittlicher Arbeiter- und Angestelltenhaushalt (3-4 Personen) über ein Nettoeinkommen von rund 320 Mark. Der überwiegende Teil des Bruttoeinkommens entfiel auf den Haushaltsvorstand mit rund 82%. Infolge der Kriegsergebnisse gab es viele alleinstehende Frauen mit Kindern. Auch deshalb kam es nur in wenigen Haushalten zu einem Zuverdienst durch den Ehepartner. Die finanziellen Mittel reichten in der Regel nicht aus, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Es mussten weitere Einkommensquellen durch Vermietung, eigene Bewirtschaftung von Gärten und Land, Verkauf oder Beleihung erschlossen werden.

Die Einkommen waren in sich weiter differenziert. Etwa 29% der Haushalte hatten mit 100 bis 250 Mark ein sehr niedriges Einkommen,

Es begann mit
320 Mark



Erst 1958 wurden die Lebensmittelkarten abgeschafft – Punktkarte E zum Kauf von Textilien und Schuhwaren für Bezugsberechtigte der Lebensmittelkarten-Stufe IP aus dem Jahre 1949

Foto: ADN

in der Regel waren es Haushalte von Mindestlöhnern. Rund 44% der Haushalte verfügten über 250 bis 375 Mark, 27% der Haushalte hatten ein höheres Einkommen.

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund war auf seinem 1. Kongress im Februar 1946 angetreten, gleichen Lohn für gleiche Arbeit und Leistung, ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht zu fordern. Besonderes Augenmerk wurde der Sicherung von Mindestlöhnen zugewendet. Im August 1946 wurden alle Stundenlöhne unter 50 Pfennig abgeschafft. Erstmals wurde ein Mindestlohn von 104 Mark monatlich festgesetzt. Die Garantie von Mindestlöhnen war bis Mitte der 70er Jahre ein wichtiger Pfeiler der Sozialpolitik.

1949 musste ein Durchschnittshaushalt zur Sicherung seiner lebensnotwendigen Bedürfnisse mit rund 320 Mark monatlich auskommen. Das waren, bezogen auf ein Familienmitglied, etwa 90 Mark.

Fast ein Drittel des monatlich verfügbaren Nettoeinkommens, d.h. rund 100 Mark, wurden für den Kauf von Lebensmitteln (auf Lebensmittelkarten in der staatlichen Handelsorganisation und auf dem freien Markt) ausgegeben. Die Höhe der Ausgaben für Nahrungsmittel war dabei wesentlich von den auf Lebensmittelkarten zugeteilten Mengen bestimmt.

Unter Berücksichtigung auch der Käufe von Getränken und Tabakwaren wendeten die Haushalte 130 Mark im Monat für Ernährung auf, d.h. rund 41% des Nettoeinkommens. 1949 konnte ein Arbeiter pro Tag auf seiner Lebensmittelkarte kaufen:

400 g Brot,
55 g Nährmittel,
50 g Fleisch,
50 g Fett,
50 g Zucker.

Nur «besser Verdienende» waren in der Lage, auf dem freien Markt oder in der staatlichen Handelsorganisation gelegentlich ohne Marken Zuk ufe zu den Rationen zu tätigen. Beispielsweise betragen im Mai 1949 die Preise in den Geschäften der HO u.a. für:

1 kg	Zucker	24 Mark,
1 kg	Schweinefleisch	70 Mark,
1 kg	Weizenmehl	16 Mark,
1 Ei		2 Mark.

Insgesamt wurden 1949 für ein Haushaltsmitglied in Haushalten mit durchschnittlichen Arbeitseinnahmen von 250 bis und 575 Mark im Monat für ausgewählte Nahrungsmittel folgende Mengen und Ausgabenbetr ge ermittelt:

Die Ausgaben für Bekleidung machten im Jahre 1949 52 Mark aus, d.h. rund 10% des Einkommens. Für das Wohnen, d.h. für Miete, Heizungsmaterial, Strom und Gas sowie anfal-



lende Wohnungsreparaturen, wurden 48 Mark (15%) ausgegeben. Die Hälfte dieser Ausgaben entfiel mit 25 Mark, d.h. rund 8% des Nettoeinkommens, auf die Wohnungsmiete.

Die Motive für die Arbeitsleistungen der Menschen auf dem Territorium der DDR unterschieden sich in den ersten Jahren nicht wesentlich von denen der Bürger der Bundesrepublik Deutschland. Es wurde gearbeitet, und jeder spürte, dass es wieder vorwärts ging.

In den 50er Jahren wurde schrittweise die Rationierung abgeschafft. Die hohen Preise für Waren in der HO wurden mehrfach durch staatlich verordnete Preissenkungen herabgesetzt.

1958 wurde mit der Aufhebung der Rationierung von Fleisch, Fett, Fisch, Eiern, Milch und Zucker ein einheitliches Preissystem im Einzelhandel geschaffen. Für Grundnahrungsmittel, Waren des Grundbedarfs, Mieten und Tarife entstanden Preise mit einem Niveau, das unter den Produktionskosten lag und durch den Staatshaushalt subventioniert wurde. Zugleich mit der Preisreform wurden die Löhne für fast sechs Millionen Beschäftigte erhöht und bestimmte Einkommenszulagen gewährt, z.B. für kinderreiche Familien. Jedes Kind erhielt einen monatlichen Zuschlag für Butter und Trinkmilch.

Diese Einkommensmassnahmen erwiesen sich als sozial notwendig, weil mit der Einführung der neuen einheitlichen Preise für die bisher auf Lebensmittelkarten gekauften Waren in der Regel jetzt ein höherer Preis zu zahlen war. Trotzdem verbesserte sich die materielle Lebenslage der Haushalte spürbar.

Im Ergebnis der Lohnentwicklung sowie der wachsenden Berufstätigkeit der Frauen, zu Beginn der 60er Jahre waren bereits 70% der Frauen beschäftigt, verdoppelten sich die verfügbaren Nettogeldeinnahmen der Arbeiter – und Angestelltenhaushalte des Jahres 1960 im Vergleich zu denen im Gründungsjahr der DDR. Sie betragen im Monatsdurchschnitt rund 750 Mark. 90% entfielen davon auf Arbeitseinkommen, wie Löhne bzw. Gehälter und Prämien sowie 8% auf Geldeinnahmen aus gesellschaftlichen Zuwendungen des Staates sowie der Betriebe. Dazu gehörten u.a. Krankengelder, Renten, Stipendien, Zuwendungen und Unterstützungen für Kinder.

Der Anteil der Haushalte mit niedrigen Einkommen verringerte sich beträchtlich. Jeder zehnte Haushalt hatte im August 1960 ein Einkommen unter 400 Mark, fast die Hälfte der Haushalte verfügte über 400 bis unter 800 Mark. 19% der Haushalte erreichten ein Nettoeinkommen von 1'000 Mark und darüber.

Spürbare
Einkommens-
verbesserungen

*Weihnachten macht's möglich:
Kühlschranksangebot im
Schaufenster eines Warenhauses
in Berlin-Ost*

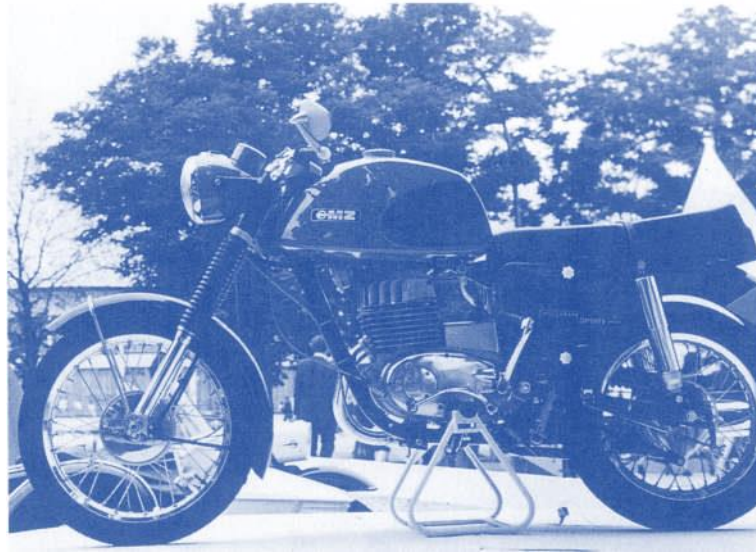
Foto: VFWD



Der durchschnittliche Arbeiter- und Angestelltenhaushalt gab 1980 monatlich rund 330 Mark für Nahrungs- und Genussmittel aus. Damit wendete er rund 45% seines Gesamtetats für die Befriedigung der Ernährungsbedürfnisse auf. Der absolute Ausgabenbetrag hat sich gegenüber 1949 mehr als verdoppelt.

Für den Kauf von Industriewaren zur Befriedigung von Bekleidungs-, Wohn- und Freizeitbedürfnissen verwendeten die Haushalte 1960 monatlich 220 Mark, das entsprach rund 30% des zur Verfügung stehenden Nettoeinkommens. Rund 100 Mark, das waren 14% des Einkommens, wurden zur Bezahlung der Wohnungsmiete, der Energie, für Fahrgelder und andere Leistungen verbraucht. Die Wohnungsmiete betrug im Durchschnitt 33 Mark im Monat, d.h. rund 4,5% des Gesamtetats. Die Ausgaben für Energie machten etwas mehr als 1% aus. Rund 40 Mark im Monat legte der Haushalt als finanzielle Rücklagen an, d.h. etwa 5% des Einkommens.

Arbeiter- und Angestelltenhaushalte hatten im Jahre 1970 ein um ein Drittel höheres Nettoeinkommen als 1960. Zu den Einkommen in Höhe von durchschnittlich 1050 Mark trugen die Frauen wesentlich bei. Von 100 Frauen waren 82 beschäftigt. Der Beschäftigungsgrad der Frauen stieg auch in den 70er und 80er Jahren weiter und erreichte 1988 91%. Nicht unwesentlich wurde diese Entwicklung durch sozialpolitische Massnahmen zur Förderung der berufstätigen Mütter, den flächendeckenden Aufbau von Einrichtungen zur Kinderbetreuung u.a. beeinflusst. 1988 gab es im Durchschnitt der Arbeiter- und Angestelltenhaus-



Auf schnittigem Motorrad durch die Landschaft brausen – Wunschtraum vieler Jugendlicher – Zu bestaunen auf der Leipziger Messe

Foto: Bundesarchiv

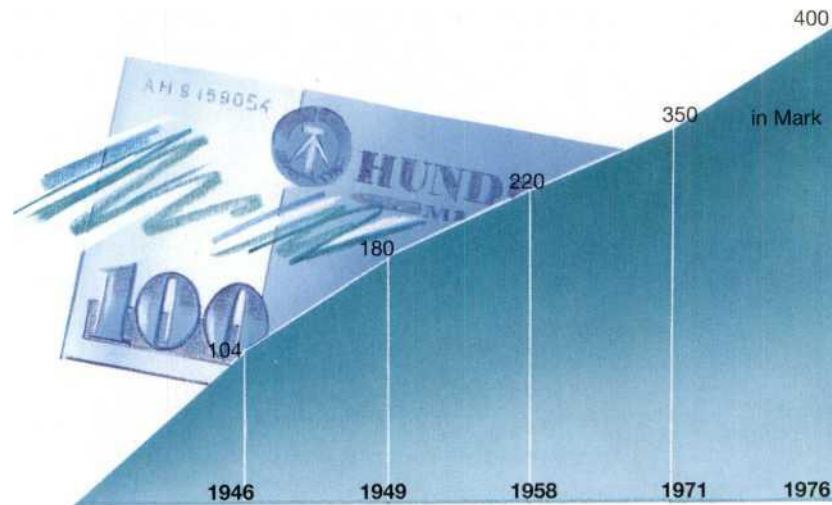
halte rund zwei Verdiener, die Arbeitseinkommen in den Haushalt einbrachten. Das Haushaltsnettoeinkommen betrug im August 1988 rund 1950 Mark. Damit hatte es sich gegenüber 1970 verdoppelt.

Die Entwicklung der Haushaltseinkommen wuchs durch höhere Arbeitseinkommen aus Berufstätigkeit auf der Basis leistungsorientierter Löhne und Gehälter sowie von Schicht-, Jahresend- und anderen Prämien. Hinzu kamen vielfältige sozialpolitische Massnahmen, wie die Erhöhung des Kindergeldes, des Krankengeldes, des Stipendiums, der Zuwendungen für Mutter und Kind und der Rente. Fast 9% der Nettoeinnahmen der Haushalte kamen 1988 aus diesen Einkommensquellen. Charakteristisch für die Einkommensentwicklung in den Jahren 1970 bis 1988 war, dass immer mehr Haushalte aus den unteren Einkommensgruppen in die mittleren und oberen Gruppen aufstiegen. Während 1970 von 100 Haushalten 70 ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 1'200 Mark zur Verfügung hatten, waren es 1988 nur noch 17.

Der Anteil der Haushalte mit hohem Einkommensniveau erhöhte sich beträchtlich. Etwa 45% der Haushalte hatten 1988 Einkommen von 2'000 Mark und mehr, darunter 8% über 3'000 Mark. Es setzte sich eine stärker ausgeprägte Einkommensdifferenzierung durch.

Die Einkommenszuwächse führten auch zu einer realen Zunahme der Kaufkraft der Haushalte. Anschaulich wird es, wenn man vergleicht, wie lange ein Industriearbeiter in den Jahren 1958 und 1988 arbeiten musste, um ein bestimmtes Gut kaufen zu können.

Stärkere Einkommensdifferenzierung



ENTWICKLUNG DER MONATLICHEN MINDESTLÖHNE

In den letzten 30 Jahren (1960 bis 1989) veränderten die Haushalte deutlich die Struktur ihrer Geldausgaben. Für Nahrungsmittel gab ein Durchschnittshaushalt im Jahre 1989 455 Mark aus. Das war der 1,7fache Betrag, verglichen mit dem Jahre 1960. Infolge der wachsenden Geldeinnahmen und der gleichbleibenden Verbraucherpreise für Grundnahrungsmittel sank der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel erheblich von mehr als ein Drittel auf etwa ein Fünftel des Gesamtetats.

Für Genussmittel (Getränke und Tabakwaren) wurde in den letzten Jahrzehnten unverändert etwa 9% des Nettoeinkommens eingesetzt. Der Vergleich der Mengenverbräuche in den Jahren 1960 und 1989, bei denen ein «durchschnittlicher» Arbeiter- und Angestelltenhaushalt ausgewählt wurde, zeigt, dass Brot und Kartoffeln – nach der Abschaffung der Lebensmittelkarten im Jahre 1958 – ihre dominierende Stellung beim Verbrauch abbauten. Dazu trug wesentlich die zunehmende Breite und Vielfalt des Angebots bei Nahrungsmitteln bei. 1960 war bei vielen Positionen das Verbrauchsniveau des Vorkriegsstandes wieder erreicht bzw. bereits überschritten. Dieser belief sich 1936 für Kartoffeln auf 170,8 kg, für Fleisch auf 46,8 kg und für Butter auf 8,5 kg.

Der mengenmässige Verbrauch wuchs bei der Mehrzahl der Nahrungsmittel in den Folgejahren schnell weiter. Ungeachtet zeitweilig auftretender Engpässe und des nicht befriedigten Angebots besonders bei Südfrüchten waren die Pro-Kopf-Verbrauchsmengen an Nahrungs-

Hoher Verbrauch bei
Nahrungs- und
Genussmitteln



Nicht gerade ein Blickfang – hochwertige Möbel und Polsterwaren waren jedoch in all den Jahren begehrt und nur schwer zu erwerben

Foto: Bundesarchiv

und Genussmitteln in der DDR ausserordentlich hoch. Diese wurden vor allem aus der Sicht einer gesunden Lebensweise kritisch und nicht nur als Wohlstandskennzeichen betrachtet.

Das hohe Verbrauchsniveau bei Nahrungs- und Genussmitteln wurde massgeblich durch die niedrigen Preise des überwiegenden Teils dieser Waren beeinflusst. Da neuartige attraktive Industriewaren nicht in ausreichendem Masse angeboten wurden, hatten die Haushalte bei den Ausgaben relativ wenig Alternativen. Auf den Kauf eines neuen Autos z.B. musste in der Regel zehn Jahre gewartet werden. Die Reisemöglichkeiten waren begrenzt.

1989 setzte der Durchschnittshaushalt rund 56% des verfügbaren Nettoeinkommens für den Kauf industrieller Konsumgüter ein, das waren rund 750 Mark monatlich. Gegenüber dem Jahr 1960 verdreifachten sich diese Käufe. Erst in den 80er Jahren gaben die Haushalte mehr als 50% des für Warenkäufe eingesetzten Geldes für den Kauf von Industriewaren aus. Besonders stark stiegen dabei die Ausgaben für hochwertige technische Konsumgüter, Erzeugnisse der Elektroakustik, für die Hauswirtschaft sowie für Strassenfahrzeuge, aber auch für hochmodische Schuhe und Bekleidung. Dabei konnte bei einer Reihe von technischen Erzeugnissen der Bedarf nicht annähernd gedeckt werden. Es fehlten z.B. Videorecorder, Videocameras, CD-Player u.a. moderne Konsumgüter völlig im Angebot des Einzelhandels.

Die Stabilität der Tarife der letzten drei Jahrzehnte bewirkte, dass in den Haushalten bei steigenden Geldeinnahmen der Anteil der Aufwen-

Starker Anstieg der Sparquote

dungen für Wohnungsmiete, Energie sowie Verkehrsleistungen am Budget erheblich sank. Diese Aufwendungen machten 1989 rund 100 Mark aus, d.h. etwa 5% des Gesamtetats des Haushalts. Etwa die Hälfte dieser Ausgaben entfiel auf die Wohnungsmiete mit 50 Mark. Damit machte die Wohnungsmiete 3,4% des Nettoeinkommens im Monat aus.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre bildeten die Haushalte hohe finanzielle Rücklagen. Fast 240 Mark sparte im Schnitt der Haushalt eines Arbeiters und Angestellten im Jahre 1989, d.h. etwa 12% seines verfügbaren Nettoeinkommens. Damit verdoppelte sich die Sparquote im Vergleich zu 1980. Der absolute Sparbetrag im Monat wuchs gegenüber 1960 auf mehr als das Sechsfache.

Besonders hohe Sparquoten hatten Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 3'000 Mark und darüber. Sie sparten fast ein Viertel des verfügbaren Einkommens.

Bei der Beurteilung der Geldeinnahmen und -ausgaben der Haushalte ist es notwendig, weitere Faktoren zu berücksichtigen. Dazu gehören gewährte Subventionen und Zuschüsse aus Kultur- und Sozialfonds der Betriebe bzw. Leistungen, die unentgeltlich in Anspruch genommen wurden, z.B. für Arztbesuche, Kuren, Medikamente, Haushaltshilfe für ältere Bürger, zinslose Kredite für junge Ehepaare. Für den Kauf von Nahrungsmitteln in Höhe von 100 Mark wurden 1989 zum Beispiel 84 Mark Subventionen durch den Staat aufgewandt.

Die von den Haushalten gezahlte Wohnungsmiete deckte etwa nur ein Drittel der Kosten zur Erhaltung und Bewirtschaftung der Wohnung. Zwei Drittel der Kosten für die Bewirtschaftung der Wohnungen wurden aus Mitteln des Staatshaushaltes subventioniert. Die Ausgaben dafür betragen in den letzten 20 Jahren rund 69 Milliarden Mark.

Auf den Durchschnittshaushalt eines Arbeiters und Angestellten entfielen 1949 rund 90 Mark monatlich Subventionen und Zuschüsse für unentgeltlich bzw. nur zum Teil durch die Bürger bezahlte Leistungen. 1988 erreichten diese Subventionen einen Betrag von rund 820 Mark monatlich, das war im Vergleich zum Jahr 1949 der neunfache Betrag. Im Zeitraum seit 1970 hatten sie sich verdreifacht.

Diese Art der Zuwendungen aus Mitteln des Staates und der Betriebe stiegen beträchtlich schneller als die Nettogeldeinnahmen der Haushalte. Sie überschritten die realen ökonomischen Möglichkeiten. Ihre übergewichtige Höhe und Undifferenziertheit förderte in der Regel nicht den sparsamen Umgang mit den Gütern und führte teilweise zur Verschwendung. Andererseits begünstigten die unentgeltlichen Leistungen z.B. die Inanspruchnahme kultureller Leistungen und trugen –

unabhängig von den eigenen finanziellen Möglichkeiten – zum hohen Bildungsniveau bei.

Man muss die Generation der Grosseltern befragen, will man wissen, welches technische Hilfsmittel es in den Nachkriegsjahren für die Hausarbeit gab. Als aus Stahlhelmen Kochtöpfe hergestellt wurden, war es vorwiegend das Messer oder eine Handkurbelmaschine, die zum Brotschneiden verwendet wurden. Elektrische Brotschneidemaschinen oder in Scheiben geschnittenes und abgepacktes Brot gab es nicht. Eine Handmühle wurde genutzt zum Mahlen des Kaffees, vorwiegend dem Surrogat aus gerösteter Gerste. Kuchenteig wurde mit der Hand geknetet oder mit einem Löffel aus Holz gerührt. Um die Haltbarkeit von Lebensmitteln zu verlängern, hatte die Hausfrau nur die Chance: einzuweichen, zu trocknen oder zu pökeln. Gereinigt wurde mit Besen, Mop und Schrubber. Und erst die Wäsche! Sie wurde eingeweicht, gekocht, auf dem Waschbrett gerubbelt, danach gespült – so man konnte, gebleicht –, gewrungen und dann auf der Leine getrocknet. Und wehe, es regnete oder war kalt. Dann zog sich diese Prozedur über den einen dafür vorgesehenen Tag hinaus. Tisch- und Bettwäsche musste gerollt und Bekleidung aus Stoff gebügelt werden. Selbst wenn im Haushalt nicht so viel und so gut wie möglich, sondern nur soviel wie nötig gearbeitet wurde, war damit ein hoher Zeitaufwand verbunden.

Hausarbeit in einem durchschnittlichen Vier-Personen-Haushalt entspricht in ihrem Umfang etwa der an einem Arbeitsplatz in der Produktion oder Verwaltung geforderten Leistung. Und ebenso wie diese erfordert Hausarbeit Verstand und Geschick, Mühe und Konzentration. Belastend daran ist, dass sich täglich, manchmal sogar mehrmals am Tag die gleichen Arbeiten wiederholen, dass keine dauerhaften Ergebnisse erzielt werden. Essen ist schneller aufgegessen, als zubereitet; kaum ist abgewaschen, schon steht wieder benutztes Geschirr da.

Der Zeitaufwand im Haushalt ist in den letzten Jahrzehnten durch den Einsatz der Technik – deren Nutzung und Pflege zwar auch Zeit erfordert – erheblich gesunken. Daraus sowie aus der besseren Verteilung der Hausarbeit zwischen den Familienmitgliedern ergab sich im allgemeinen ein Freizeitgewinn. Der Zeitaufwand für Hausarbeiten betrug 1966 4 Stunden und 16 Minuten je erwachsene Person, 1990 2 Stunden und 45 Minuten.

Im Jahre 1949 betrug der Anteil der Haushalte, die eine Waschmaschine, einen Kühlschrank oder ein Auto besaßen, jeweils weniger als 1%.

Wachsende Einkommen und die Massenproduktion technischer Haushaltsgeräte führten in den privaten Haushalten zu einer sich ständig

Der technische
Fortschritt zog in die
Haushalte ein



96% der Haushalte besaßen 1988 ein Fernsehgerät – allerdings hatte nur Jeder zweite einen Farbfernseher

Foto: Bundesarchiv

verbessernden Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern.

Im Jahre 1955 hatte erst jeder zweihundertfünfzigste Haushalt einen Kühlschrank. Ende der 70er Jahre wurde die Vollversorgung erreicht. Im Jahre 1989 gab es bereits 167,4 Kühlschränke pro 100 Haushalte. Viele Haushalte hatten sich also bereits ein zweites Gerät, häufig für die Datschen bzw. Wochenendhäuschen, angeschafft. Parallel dazu begannen die Haushalte sich ab 1970 mit Gefrierschränken auszustatten.

1989 hatte fast jeder zweite Haushalt ein solches Gerät. Deutlich besser ausgestattet sind die Haushalte mit höherem Einkommen. Das durchschnittliche Ausstattungsniveau bei Gefrierschränken wurde vorwiegend von Ein-Personen-Rentner- und von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten mit Haushaltsnettoeinkommen von unter 1'600 Mark monatlich nicht erreicht.

Gefriergeräte erlaubten es dabei, nicht nur gut temperierte Speisen und Getränke zu servieren, sondern auch die Haltbarkeit der Lebensmittel zu verlängern. Durch Einfrieren von Nahrungsmitteln liess sich auch die saisonale oder durch Engpässe hervorgerufene Abhängigkeit von der Versorgungslage überbrücken. Besonders für Berufstätige, die vorwiegend in den Abendstunden und an Wochenenden einkaufen mussten, spielten Gefrier- und Kühlschränke für die Vorratshaltung eine grosse Rolle. Gewöhnlich kaufen Haushalte mit einem Gefrierschrank nicht so häufig ein und sparen damit Zeit.

Zur Pflege der Wäsche wurden Haushaltswaschmaschinen vor allem in den Mehrpersonenhaushalten unentbehrlich. Hatte im Jahre 1955 nur jeder zweihunderste Haushalt eine Waschmaschine, so veränderte sich das in den 70er Jahren sprunghaft. 1989 gab es 110 Waschmaschinen pro 100 Haushalte. Arbeiter- und Angestelltenhaushalte mit 5 und mehr Personen haben dabei einen hohen Ausstattungsbestand, während bei den Ein-Personenhaushalten nur fast zwei Drittel der Haushalte eine Waschmaschine besaßen. Käuferleichterungen durch Teilzahlungsgeschäfte, besonders für kinderreiche Familien, förderten die schnelle Ausstattung der Haushalte mit diesen Gütern. Zum Verfolgen aktueller Ereignisse, für Unterhaltung und Bildung nutzen Haushalte Rundfunk- und Fernsehgeräte. War bis zum Jahre 1960 der Rundfunkempfänger das vorherrschende Gerät, so trat ab Mitte der 60er Jahre der Fernseher seinen Siegeszug in den Haushalten an. Das geschah bei deutlich wachsendem Ausstattungsbestand der Haushalte mit Rundfunkempfängern. Im Jahre 1989 hatte fast jeder Haushalt durchschnittlich zwei und mehr

Der Siegeszug des
Fernsehers



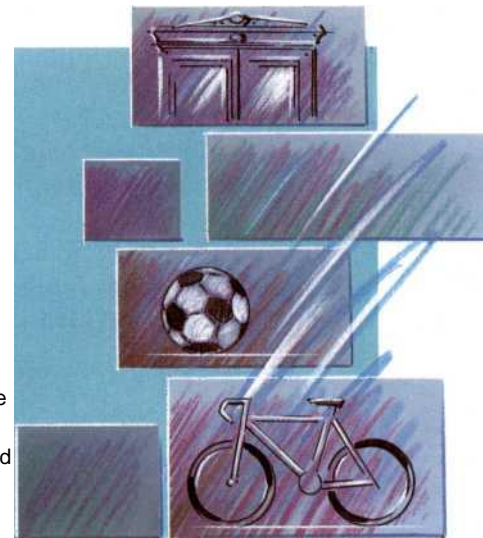
Rundfunkgeräte. Die ersten Fernseher für den schwarz/weiss-Empfang auf winzigen Bildschirmen und wegen des SECAM-Systems ausschliesslich für das DDR-Fernsehen geeignet, wurden bald von qualitativ besseren Geräten abgelöst. Neben höherer Bild- und Tonqualität war gerätetechnisch der Empfang auch von «West-Programmen» möglich geworden.

Nachdem 1954 mit der regelmässigen Ausstrahlung von Fernsehprogrammen in der DDR begonnen worden war – mit einer wöchentlichen

Der Faszination des «Heimkinos» erlagen «Ossis» und «Wessis» gleichermassen – eine Familie in Berlin-Ost bei ihrer Lieblingsbeschäftigung

Foto: ADN

16.100 M	Wohnungseinrichtung
12.400 M	Bekleidung und Schuhe
11.000 M	Sonstige Freizeitgüter
10.000 M	Hauswirtschaftsgüter
9.000 M	Strassenfahrzeuge
6.300 M	Elektroakustische Geräte
4.900 M	Bücher, Schallplatten und andere polygraphische Erzeugnisse



ZUSAMMENSETZUNG DES MOBILEN SACHVERMÖGENS (in Arbeiter und Angestelltenhaushalten)

Sendezeit von 15 Stunden im Jahre 1955-, hatten innerhalb von rund 35 Jahren 96% der Haushalte ein Fernsehgerät. Allerdings hatte im Jahre 1988 erst jeder zweite Haushalt einen Farbfernseher. Wesentlich besser ausgestattet sind auch hier wiederum Haushalte mit höherem Einkommen (2'000 und mehr Mark).

Zur Erleichterung der Hausarbeit nutzen fast alle Haushalte Staubsauger. Pro 100 Arbeiter- und Angestelltenhaushalte gab es im ersten Halbjahr 1990 111 Staubsauger. Gehörte in den Nachkriegsjahren das Fahrrad zu den wichtigsten eigenen Fortbewegungsmitteln, begann alsbald die Motorisierungswelle. 1955 kamen auf 100 Haushalte fast 11 Motorräder bzw. Motorroller. Die Ausstattung wuchs bis 1975 bis auf nahezu 20 Kräder je 100 Haushalte an. Damit war – unter Berücksichtigung des damaligen Angebotes – offensichtlich ein Sättigungsgrad erreicht worden. Die Ausstattungsnorm pegelte sich in den Folgejahren auf 18,4 Motorräder bzw. -roller je 100 Haushalte ein. Das hängt offensichtlich damit zusammen, dass Motorräder vorwiegend von Jugendlichen gekauft werden und diese zu einem späteren Zeitpunkt zum Auto wechseln.

Personenkraftwagen gab es während der vierzig Jahre DDR nie in ausreichender Zahl zu kaufen. Ihre Typenvielfalt war stark eingeschränkt. 1955 hatte erst jeder fünfhundertste Haushalt einen Kraftwagen. Dreissig Jahre verstrichen, bevor jeder zweite Haushalt für private Zwecke ein Auto besass.

Bei technisch besonders hochwertigen Gütern konnte in den 80er Jahren der Anschluss an das Ausstattungsniveau führender Industrieländer nicht gehalten werden. Wünsche beispielsweise nach Heimcomputern, modernen Stereoanlagen, energiesparender und formschöner Haushaltstechnik konnten sich aufgrund des Angebotes nur wenige Verbraucher erfüllen. Trotz riesigen Bedarfs waren im Jahre 1989 nur 17% der Haushalte mit einem Telefonhauptanschluss ausgestattet.

In einem Durchschnittshaushalt der DDR betrug das mobile Sachvermögen im Jahre 1985 ca. 63'000 Mark, in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten ca. 70'000 Mark.

Von 5 Pfennigen für ein Brötchen bis 7'000 Mark für ein Fernsehgerät – die Preise in der Planwirtschaft

Klaus Pötzsch

Wenn man noch vor wenigen Jahren die DDR-Bürger gefragt hätte, was sie als eine Errungenschaft des Staates betrachten würden, so hätte man sicher sehr oft zur Antwort erhalten, dass dazu auf jeden Fall die stabilen und niedrigen Preise für viele Waren des täglichen Bedarfs zu zählen seien.

Wie kamen diese Preise in der DDR zustande und was wurde mit der Preispolitik bezweckt? Waren die Preise wirklich so stabil? Waren sie niedrig?

Die umfassende Beantwortung dieser Fragen bedarf noch weiterer gründlicher wissenschaftlicher Aufarbeitung. Trotzdem ist es nützlich, bereits heute aus gegenwärtiger Sicht einige Anmerkungen zu wichtigen Aspekten der Preise und der Preispolitik in der DDR zu machen.

Was ist eigentlich ein Preis vom Standpunkt des Verbrauchers her? Einfach gesagt ist ein Preis die Summe an Geld, die ein Käufer an den Verkäufer zahlt, um eine bestimmte Ware oder Leistung zu erwerben.

Wenn man sich jedoch die Frage stellt, wodurch die Höhe eines Preises bestimmt wird, müsste man für die «alte» Bundesrepublik Deutschland und die DDR zwei grundverschiedene Antworten geben, mit denen vieles von der Gegensätzlichkeit der beiden Wirtschaftssysteme erklärt ist.

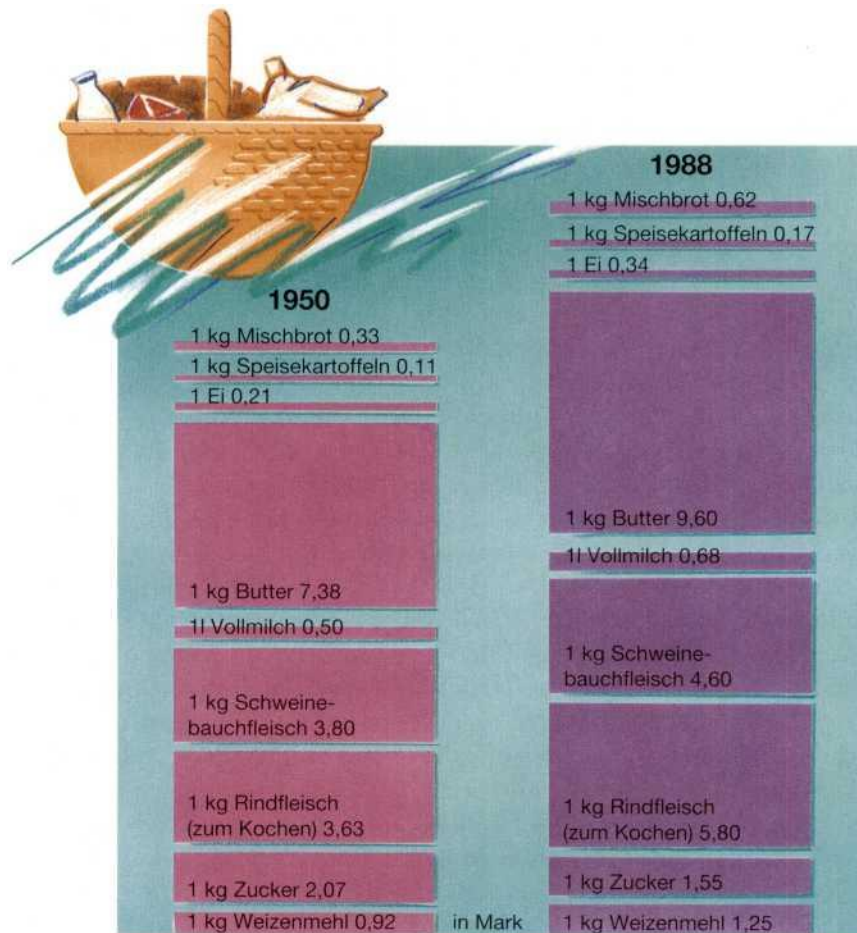
In der Marktwirtschaft sind bekanntlich Angebot und Nachfrage die wesentlichen preisregulierenden Faktoren.

In der Planwirtschaft der DDR war jedoch die Bestimmung der Höhe fast aller Preise Aufgabe des Staates. Der Staat legte die Preise so fest, dass er einerseits den eigenen politischen Ansprüchen gerecht wurde (stabile Preise für Waren des täglichen Bedarfs), andererseits jedoch ökonomischen Zwängen gehorchte und die Mindereinnahmen bei Waren mit Niedrigpreisen durch die Festlegung von manchmal extrem hohen Preisen für sogenannte Luxusgüter auszugleichen versuchte. Man kann sich sicher vorstellen, dass solch eine Aufgabe wie die Festlegung fast aller Preise einen ungeheuren bürokratischen Aufwand verursachte. In der DDR gab es dafür eine eigene Behörde, das Amt für Preise, welches direkt der Regierung unterstellt war.

Niedrige und hohe Preise bürokratisch verordnet

Glaubt man den Veröffentlichungen der DDR-Statistik bis zum Jahre 1989, d.h. vor der Wende, so haben sich die Verbraucherpreise in der DDR seit 1970 nicht oder nur geringfügig verändert. Der bis dahin berechnete Index der Einzelhandelsverkaufspreise, der Leistungspreise und Tarife (vom Anliegen der Aussage her vergleichbar mit dem Preisindex für die Lebenshaltung) sagte zum Beispiel aus, dass die Preise im Jahre 1988 durchschnittlich um 0,5% unter denen des Jahres 1970 lagen, darunter u.a. bei Nahrungsmitteln um 0,2%.

Wie schon erwähnt, war das niedrige Preisniveau für Waren des täglichen Bedarfs offizielle Staatspolitik. Seit der Einführung des sogenannten einheitlichen Preisniveaus im Jahre 1958, was mit der Abschaffung der letzten Lebensmittelkarten und mit einer Preiserhöhung für viele Güter des Grundbedarfs verbunden war, gab es tatsächlich für viele Waren keine Preisschwankungen mehr. Ein Brötchen kostete in der DDR immer 5 Pfennige, das Kilogramm Schweinekotelett immer



VERBRAUCHERPREISE AUSGEWÄHLTER WAREN



DURCHSCHNITTLICHER NETTOVERDIENST/STD.

8 Mark und das Stück Butter immer 2,40 Mark. Die Wohnungsmieten waren sogar auf dem Stand von 1936 eingefroren. Eine Strassenbahnfahrt in Berlin kostete 20 Pfennige, ebenso wie der Versand eines Briefes mit der Post.

So weit, so gut. Stabile und niedrige Preise waren in der DDR, zumindest für viele Waren und Leistungen des täglichen Bedarfs echte Realität. Betrachten wir jedoch einige andere Aspekte dieses niedrigen und stabilen Preisniveaus. Die Aufwendungen zur Herstellung der meisten Produkte waren im Laufe der Zeit angestiegen. Der Staat musste also, wollte er die Preise stabil halten, mehr und mehr Subventionen aufwenden.

Genügten im Jahre 1971 dafür noch rund 8,5 Milliarden Mark (rund 10,5% der Gesamtausgaben des Staatshaushaltes), so waren im Jahre 1988 allein für Preisstützungen zur Sicherung stabiler Preise für Waren des Grundbedarfs, Tarife und Dienstleistungen für die Bevölkerung fast 50 Milliarden Mark notwendig, was etwa 18,5% der Haushaltsausgaben ausmachte. Das Geld, das für diese Zwecke aufgewendet wurde, fehlte dann natürlich bei anderen Massnahmen, vor allem bei notwendigen Investitions- und Modernisierungsmassnahmen. Die immer höhere, wirtschaftlich gesehen immer unsinnigere Subventionierung von Preisen ist eine der Hauptursachen für die relative ökonomische Rückständigkeit der DDR.

Das niedrige Preisniveau trug nicht gerade dazu bei, dass die Menschen sparsam mit vielen Dingen umgingen. Wenn ein Kilo Brot nur 60 Pfennige kostet, ist man schneller bereit, nicht mehr ganz frisches Brot

Niedrigpreise – Anreiz zur Verschwendung

einfach wegzuerwerfen. Diese Verschwendung führte sogar dazu, dass manche DDR-Bauern, die sich privat Schweine oder anderes Vieh hielten, dieses mit frisch gekauftem Brot fütterten, weil dies immer noch billiger war, als sich Tierfuttermittel zu beschaffen.

Der Elektroenergieverbrauch in der DDR je Kopf der Bevölkerung war höher als in der Bundesrepublik Deutschland, vor allem auch, weil der niedrige Strompreis (0,08 Mark/kWh) regelrecht zur Verschwendung einlud.

Zwar waren die Preise für Brot, Butter, Milch, Fleisch usw. stabil, aber welche Angebotsvielfalt und welche Qualität der Erzeugnisse hat sich dahinter verborgen? Die Lebensmittelproduzenten waren infolge der starren Preispolitik und permanenter Mangelerscheinungen weder an einer grösseren Angebotsvielfalt noch an einer ständigen Qualitätsverbesserung interessiert. Sie wussten, dass sie ihre Erzeugnisse in jedem Fall absetzen würden, und so kam es für sie im Endeffekt nur darauf an, so billig wie möglich zu produzieren. Die Auswahlmöglichkeiten der Bevölkerung unter verschiedenen Sorten wurden immer geringer, Rouladenfleisch war schon fast eine Attraktion, und die in den Kaufhallen vertriebenen Brötchen waren am Ende wirklich nicht mehr wert als 5 Pfennige.

Das Einkaufen machte wieder Freude – am 1.1.1951 wurde die Rationierung der wichtigsten Grundnahrungsmittel aufgehoben (rechtes Bild)

Einladung zum Preis- und Qualitätsvergleich – Schaufenster in Ost-Berlin (1966)



Foto: VFWD



Foto: ADN

Stellt man sich die Frage, ob die so sehr propagierten niedrigen Preise wirklich so niedrig waren, so kommt man z.B. im Vergleich zu den alten Bundesländern zu einigen interessanten Ergebnissen. Nominell waren die Preise in der DDR für viele Nahrungsmittel und Dienstleistungen tatsächlich niedriger.

Um nun die Preise wirklich vergleichen zu können, muss man aber auch das unterschiedliche Einkommensniveau berücksichtigen. Dies kann man z.B. tun, wenn man berechnet, wieviel Arbeitszeit ein Arbeiter aufwenden musste, um, bei gegebenem Nettostundenlohn, diese Produkte erwerben zu können. Wenn man weiss, dass der durchschnittliche Nettostundenlohn in der DDR im Jahre 1988 5,46 Mark, in der Bundesrepublik Deutschland jedoch 13,79 DM betrug, so kommt man für die gerade angeführten Erzeugnisse zu folgenden Ergebnissen:

Man stellt überrascht fest, dass unter Berücksichtigung der Einkommensverhältnisse das Preisniveau in der DDR auch für die Grundnahrungsmittel gar nicht so niedrig war. Nun lassen die angeführten Zahlen natürlich keine allgemeinen Schlussfolgerungen über die unterschiedlichen Preisniveaus zu. Sie sind aber Anhaltspunkt dafür, dass die DDR-Bürger trotz niedrigerer Preise relativ mehr Geld für den täglichen Le-

Im Labyrinth des Preisvergleichs

Wegen Devisenknappheit war Kaffee häufig Mangelware – Angebot vom 1. bis 10. Dezember 1952: Für jeden Werktätigen 125 g Bohnenkaffee (linkes Bild)

So begann das neue Einkaufen: Die Konsum-Verteilerstelle 150 in Chemnitz richtete in ihren Verkaufsräumen eine Selbstbedienungsecke ein (1951)



Foto: ADN

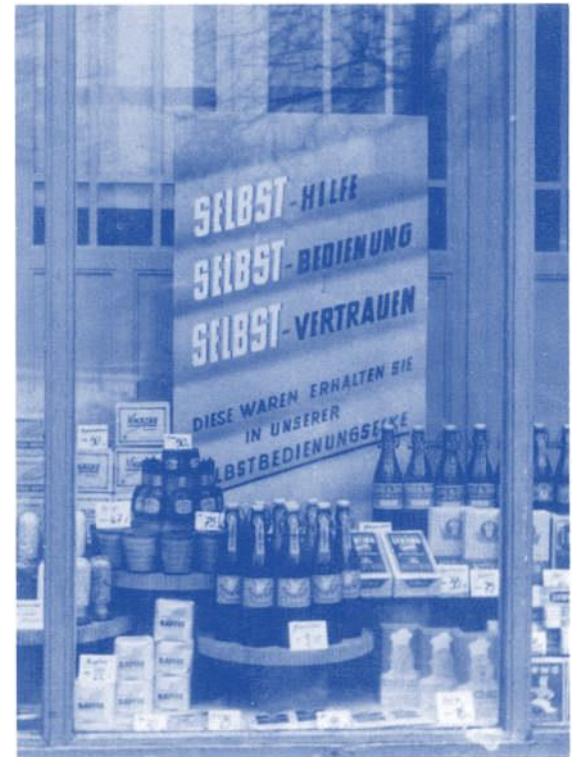


Foto: ADN

bensunterhalt ausgeben mussten als die Bürger in den alten Bundesländern. Diese Aussage wird auch dadurch unterstrichen, dass im Jahre 1989 ein durchschnittlicher Arbeitnehmerhaushalt in der DDR rund 59% seiner Gesamtausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren aufwenden musste, in der Bundesrepublik Deutschland für dieselbe Ausgabengruppe im Jahre 1989 jedoch nur rund 24%.

In einem 4-Personen-Haushalt von Arbeitern und Angestellten der DDR mit mittlerem Einkommen mussten für die durchschnittlichen monatlichen Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren im Jahre 1989 von etwa 700 Mark rund 150 Stunden Arbeitszeit, d.h. fast 15 volle Arbeitstage, aufgewendet werden. In den alten Bundesländern betrug dieser Aufwand für einen vergleichbaren Haushalt bei monatlichen Ausgaben im Jahre 1989 von rund 790 DM lediglich rund 60 Arbeitsstunden, d.h. etwa 7,5 volle Arbeitstage. In der DDR bestand also in einem viel grösseren Masse als in den alten Bundesländern für die Haushalte die Notwendigkeit, dass beide Ehepartner einer Beschäftigung nachgehen mussten, um die Familie zu versorgen.

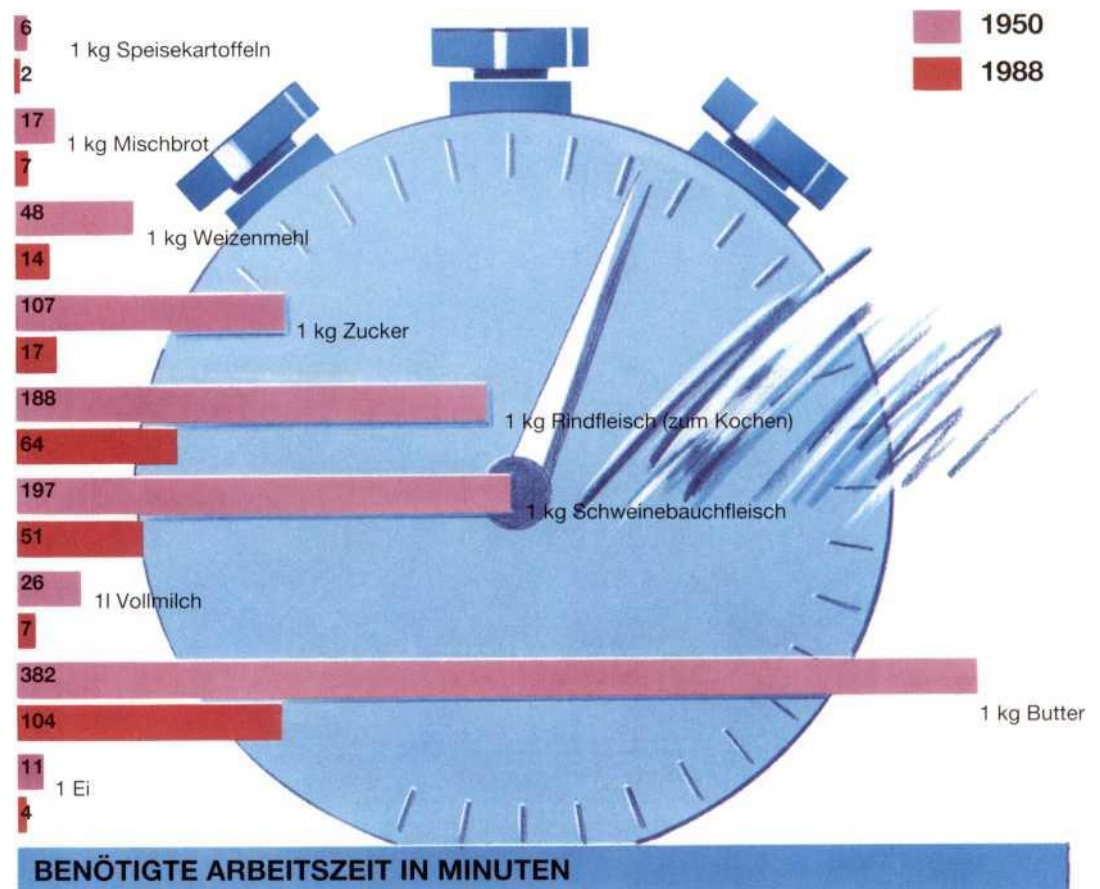
Ein etwas anderes Bild ergibt sich bei einem Vergleich der Haushaltsausgaben für Wohnungsmieten. Ein 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt in der DDR musste 1989 dafür monatlich lediglich rund 55 Mark aufwenden, was etwa 10 Stunden Arbeit bedeutete. Ein vergleichbarer Haushalt in der Bundesrepublik Deutschland musste für die Wohnungsmiete im Jahre 1989 durchschnittlich fast 700 DM bezahlen, d.h. fast 49 Stunden arbeiten. Die niedrigen Mietpreise in der DDR waren sozial gesehen sicher eine Errungenschaft, vom wirtschaftlichen Standpunkt her waren sie jedoch, angesichts zerfallender Altbausubstanz und «Arbeiterschlafstädten», eine Katastrophe.

Kommen wir aber jetzt zu einigen anderen Aspekten der DDR-Preispolitik. Im Statistischen Jahrbuch der DDR ist ausgewiesen, dass im Jahre 1988 die Preise gegenüber 1970 bei Schuhen um lediglich 2% gestiegen und bei Textilien und Bekleidung um über 15% gefallen waren. Für elektrische Geräte, Foto- und Kinowaren, Uhren, Schmuck und Strassenfahrzeuge werden 1% höhere Preise angegeben, ebenso für produktive Handwerkerleistungen. Diese Zahlen stehen im krassen Widerspruch zum Empfinden der Bevölkerung, die eine ständig schleichende Preiserhöhung hinnehmen musste. Es stellt sich deshalb folgende Frage: Wie funktionierten diese Preiserhöhungen bei gleichzeitiger ständiger Propagierung stabiler Preisverhältnisse? Dafür gab es verschiedene Wege. Die ständige Mangelwirtschaft der DDR war fast sprichwörtlich. Mal gab es dieses, mal jenes nicht. Solche Angebots-

Schleichende Preiserhöhungen

ausfälle wurden permanent für Preiserhöhungen ausgenutzt. Ein typisches Beispiel dafür waren z.B. die Preissteigerungen bei Bettwäsche. Zu Beginn der 80er Jahre verschwand fast schlagartig die gesamte Bettwäsche aus dem Angebot der Geschäfte.

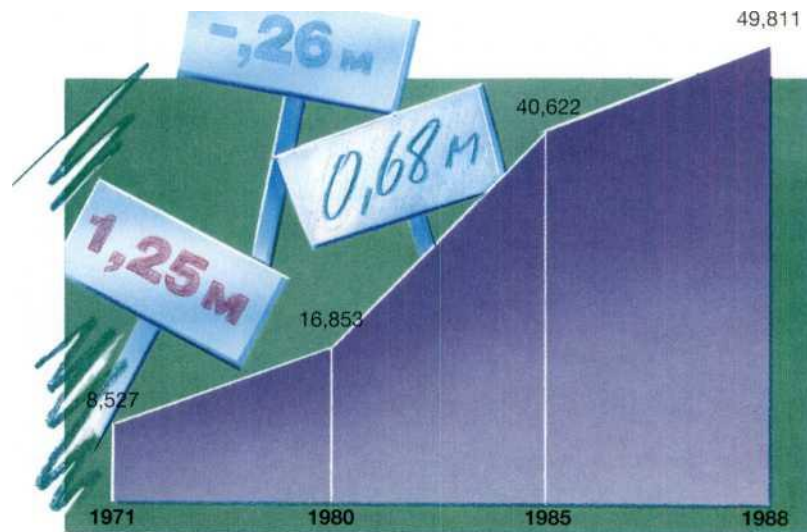
Nach einigen Monaten tauchte sie in neuen Verpackungen und zu deutlich höheren Preisen wieder auf. Diese Preise mussten von der Bevölkerung zwangsweise akzeptiert werden, da sie ja nicht auf die alte qualitativ gleichwertige, aber billigere Bettwäsche ausweichen konnte. Es gab sie ja nicht mehr. Ähnliche Verfahren wurden faktisch auch bei den Preisen für Fahrräder, Sportschuhen, Elektrogeräten, Möbeln und vielem mehr angewandt. So wurden faktisch die Preise für Waren erhöht, die zeitweise Mangelware waren. Es gab aber auch viele Erzeugnisse, die es eigentlich nie oder nur mit langen Wartezeiten im Einzelhandel gab. Das typischste Beispiel hierfür ist sicher das Auto. Bei Autos akzeptierte die Bevölkerung fast jeden Preis. So war das Phänomen aufgetreten, dass auch ältere Gebrauchtwagen zum Teil über dem Neupreis auf dem Schwarzen Markt gehandelt wurden, dass sogar für Au-



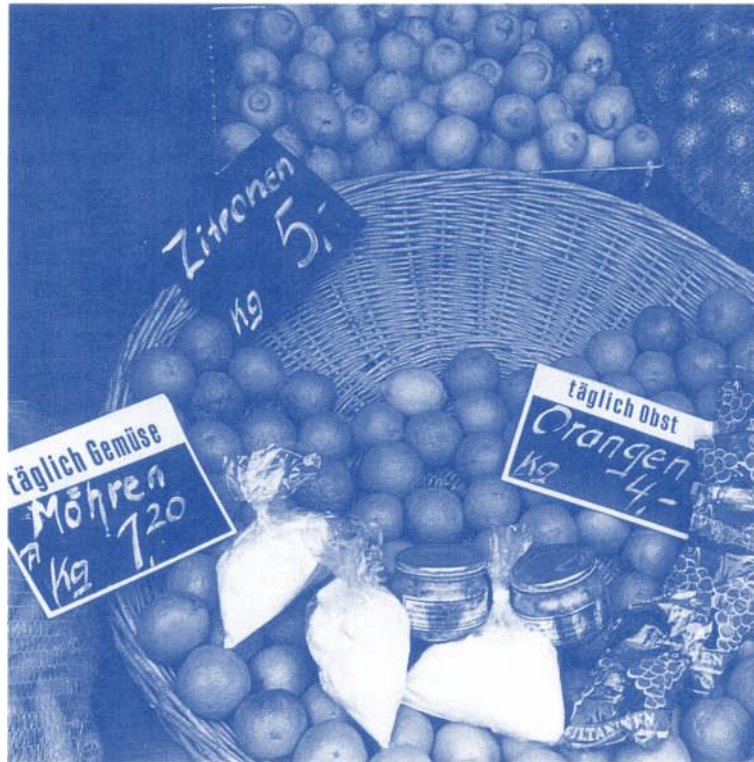
tobestellungen, für die der Liefertermin nahte, mehrere tausend Mark geboten wurden.

Aber auch der Staat erhöhte die Preise für Neuwagen ständig. Er tat dies jedoch nicht über offizielle Preiserhöhungen, sondern schleichend. So kostete die Grundausstattung des wohl bekanntesten Symbolautos der DDR – Trabant – sowohl im Jahre 1970 als auch 1988 rund 8'000 Mark. Der Unterschied bestand nur darin, dass man 1970 dafür ein fahrbereites Auto bekam, 1989 jedoch erst noch diverse «Extras» bezahlen musste, ob man wollte oder nicht. Aber da man ja unbedingt ein Auto haben wollte, zahlte man. So stieg der Preis des «Trabi» schnell über 13'000 Mark.

Eine andere Art von Preiserhöhungen war noch versteckter. Sie bestand in der Eröffnung von sogenannten «Delikat»- und «Exquisit»-Geschäften des staatlichen Einzelhandels, in denen Waren des «Gehobenen Bedarfs» auch zu gehobenen Preisen verkauft wurden. Dies waren zum Grossteil aus dem Westen importierte Erzeugnisse sowie Waren der eigenen Produktion mit höherer Qualität. Es gab jedoch auch eine Reihe von Waren, die früher in normalen Geschäften zu normalen Preisen angeboten wurden, dann aber verschwanden, um zu stark erhöhten Preisen in den «Delikat»- oder «Exquisit»-Läden wieder aufzutauchen. So wurde z.B. mit einer Reihe von Fleisch- und Wurstwaren verfahren, mit Obstkonserven, Schokoladenerzeugnissen, Spirituosen und anderen Waren.



**AUSGABEN ZUR SICHERUNG STABILER PREISE
(PREISSTÜTZUNG) in Mrd. Mark**



Orangen gehörten nicht immer und überall zum täglichen Angebot

Foto: Achim Sperber

Unter all diesen Umständen hatte die Preisgestaltung in der DDR also andere Funktionen als in der Marktwirtschaft. Der Staat versuchte, die Verluste, die er durch zu billige Verkäufe bei Waren des Grundbedarfs machte, durch versteckte Mechanismen der Preiserhöhung bei anderen Erzeugnissen wenigstens teilweise wieder auszugleichen. Dies führte zwangsläufig zu grossen Disproportionen im Preisgefüge. Einerseits billige Grundnahrungsmittel, andererseits teure «Luxusgüter». Auf der einen Seite kostete ein Kilo Brot 60 Pfennige, auf der anderen Seite ein Farbfernseher bis zu 7'000 Mark. Zwar konnte man mit 20 Pfennigen den ganzen Tag Strassenbahn fahren, für eine Reise ins westliche Ausland musste man, wenn man durfte, an die 10'000 Mark hinblättern. Das Kilo Äpfel kostete 1,50 Mark, eine kleine Büchse Ananas aber 8 Mark.

Die einzigen Preise, die in der DDR den Begriff Marktpreise verdient hatten, waren die Schwarzmarktpreise, die unter dem Einfluss von Angebot und Nachfrage entstanden. Meist war die Nachfrage grösser und die Preise kletterten, so bei Pkw, aber auch bei Baumaterialien und Handwerkerleistungen. Oft führte das sogar dazu, dass die Mark der DDR als Zahlungsmittel gar nicht mehr anerkannt wurde. Extrem war

Disproportionen im Preisgefüge

dies vor allem bei Bauhandwerkern, die sich nicht selten bei privaten Schwarzarbeiten generell in DM entlohnen liessen.

Man kommt also alles in allem zu dem Schluss, dass die Preise in der DDR keine Preise im marktwirtschaftlichen Sinne waren. Die Preisbildungsmechanismen der zentralistischen Planwirtschaft waren so angelegt, dass der Preis nicht eine marktregulierende Funktion hatte, sondern ein Mittel in den Händen des Staates zur Steuerung volkswirtschaftlicher Prozesse und zur Durchsetzung seiner Wirtschaftspolitik war.

Von 280 Mark zu 11'830 Mark – 40 Jahre Sparen

Edith Dabbert

Sparsamkeit war in der DDR weniger Ausdruck «individueller Tugend» als unfreiwillige Folge der staatlich verordneten Planwirtschaft. Angesichts mangelnder Angebote an attraktiven Gebrauchsgütern, überhöhter Preise für «Luxusartikel» sowie überlanger Lieferzeiten blieb einem oft nichts anderes übrig, als überschüssiges Einkommen anzusparen. Zudem waren die Bürger lange Zeit von den Verführungskünsten der Werbung verschont.

In den ersten Jahren nach der Gründung der DDR reichte das Einkommen des Haushaltes kaum, um das Lebensnotwendige wie Essen, Kleidung oder Wohnen abzudecken. Erst mit steigendem Einkommen konnten immer mehr Haushalte etwas auf die hohe Kante legen. Die Zuwachsrate der Sparguthaben und Bargeldbestände bei der Bevölkerung dokumentieren dies. Immerhin betrug Ende 1989 die Sparguthaben und Bargeldbestände je Einwohner 11 850 Mark, 1960 waren es rund 1420 Mark und 1950 nur 280 Mark. Der Erwerb von Grundvermögen war in der Regel nicht möglich.

Ein langjähriger Vergleich zeigt, dass die DDR-Bürger kontinuierliche Sparer waren. Gemessen am Nettoeinkommen legten sie seit 1960 im Gesamtdurchschnitt 5 bis 7% ihrer Geldeinnahmen jährlich an Ersparnissen zurück, in den 50er Jahren waren es wegen des geringen Einkommens nur 1,5 bis 5%.

Die Ursachen für die relativ gleichbleibenden Sparquoten der DDR waren systembedingt und vom individuellen Verhalten des Sparer weitgehend unabhängig. Einer der Hauptgründe war die geringe Differenzierung der Einkommen. Von staatlicher Seite war man stets bemüht, nur geringe Abweichungen im Lohnsystem zuzulassen. Die Möglichkeit, das Lohn-Leistungsverhältnis zur Stimulierung und Motivierung einzusetzen, war demzufolge nur gering gegeben. Auch in der Entlohnung von Arbeitern und Angestellten im Verhältnis zur technischen und wissenschaftlichen Intelligenz gab es wenig erkennbare Unterschiede.

Ein weiterer Grund für das relativ konstante Sparverhalten in der DDR war die Preispolitik der Partei- und Staatsführung. Die Preispolitik war in der DDR eine Staatsdoktrin, über bestimmte Preise wurde sogar im Politbüro entschieden. Die extrem niedrig gehaltenen Preise

Der Staat als Erzieher
zum Sparen



SPARGUTHABEN UND BARGELDBESTÄNDE

der Waren des täglichen Bedarfs, die unter den Herstellungskosten lagen (1 Brötchen 0,05 Mark, 1 Kilogramm Roggenmischbrot 0,52 Mark, 1 Kilogramm Rinderschmorfleisch 9,80 Mark, 1 Kilogramm Salzheringe 1,20 Mark, eine Strassenbahnfahrt 0,20 Mark, 1 Kilowattstunde elektrischen Strom 0,08 Mark, 1 m² Wohnfläche 0,80 bis 1,20 Mark), förderten die Sparmöglichkeiten. Mit dem Ziel der Abschöpfung der Kaufkraft wurden die Preise für Waren, für die eine grosse Nachfrage bestand, deren Bedarf aber nicht abgedeckt werden konnte, extrem hoch festgelegt. Das betraf im Wesentlichen Bekleidung, Schuhe sowie technische Konsumgüter in gehobener Qualität (HiFi Stereo-Anlage Sony 15.00 Mark, Videorecorder Sanyo 9'500 Mark, Pkw Wartburg 32'000 Mark). Die bei einer Reihe von Produkten vorhandene Knappheit führte dazu, dass sich ein reger Handel mit diesen Gütern auf dem Gebrauchtwarenmarkt ergab. So war es in der DDR üblich, dass man z.B. für einen gebrauchten Farbfernseher (Import) auch nach Jahren noch den Neupreis zahlte. Bei Autos wurde der Neupreis sogar Überboten.

Schliesslich trug ein einheitlicher und starr festgelegter Zinssatz wesentlich zur gleichmässigen Spartätigkeit bei. Im Jahr 1971 wurde der Zinssatz einheitlich auf 3,25% festgeschrieben. Die Aufgabe des Staa-



tes, die Bevölkerung zum Sparen zu bewegen, war bis zu diesem Zeitpunkt erfüllt. Die bis dahin vielfältigen Sparmöglichkeiten, wie Kontensparen, Erwerb von Obligationen, Prämien-, Vertrags-, Schul-, Heiratssparen u.a., die mit unterschiedlichen Sätzen von 3,4 und 5% verzinst wurden, wurden auf zwei wichtige Sparformen, nämlich auf das traditionelle Buchsparen und auf das Spargiro reduziert.

Die Vereinheitlichung des Zinssatzes hatte auch einen sozialen Aspekt; wer viel hatte, sollte nicht noch die Möglichkeit erhalten, mehr zu bekommen.

Da alle genannten Faktoren langfristig stabil auf das Sparverhalten gewirkt haben, hat sich eine Grundstruktur der Ausgaben herausgebildet, die das Verhältnis der Ausgaben für Warenkäufe und Dienstleistungen zur Ersparnisbildung bestimmten.

Eine Ausnahme in der Kontinuität des Sparverhaltens der Bevölkerung bildeten die Jahre 1980 und 1981. In diesen Jahren betrug die Rücklagen nur 2,6 bzw. 3,1% vom Einkommen. 1980 wurde ein beachtliches Sortiment neuentwickelter Konsumgüter im Handel angeboten und dazu benutzt, die Dynamik der Durchschnittspreise im Handel zu erhöhen. Die Bevölkerung akzeptierte das Verhältnis von Preis und Gebrauchswert bei einem Teil der neu angebotenen Waren nicht. Es kam zu Vorratskäufen, insbesondere an technischen Geräten, wegen befürchteter Verknappung bzw. bevorstehender Preiserhöhungen. Infolgedessen war die Sparbereitschaft extrem gering.

Im Gegensatz zu den alten Bundesländern blieb die Sparquote (Anteil der Ersparnisse an den Geldeinnahmen) in der DDR langfristig fast unverändert. Auf der Grundlage der schnelleren Einkommensentwicklung und der vielfältigen Angebote auf allen Ebenen, einschliesslich der Möglichkeiten, das Geld besonders gewinnbringend anzulegen, hat die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zur DDR-Bevölkerung ihre Sparquote gegenüber 1960 wesentlich erhöht.

Aufgrund der bestehenden Einkommensdifferenzierung konnten nicht alle Haushalte in der DDR ihr Geldvermögen gleichermassen erhöhen. Das verdeutlichen die Kontenbestände bei den Geld- und Kreditinstituten. In der DDR gab es im Jahr 1986 bei 16,6 Millionen Einwohnern rund 22'850'000 Konten, das heisst, auf jeden Einwohner entfielen im Durchschnitt mehr als ein Buch- oder Spargirokonto mit einem Durchschnittsbestand je Konto von 5'800 Mark. Die meisten Sparer besaßen geringe Kontenbestände, 60% aller Konten hatten nur einen Bestand bis zu 2'500 Mark; ihr Anteil am gesamten Sparvolumen der DDR belief sich auf 6%. Auf das Mittelfeld der Sparkonten mit Be-



Sparquote fast
unverändert



Ende einer Währung – DDR-Geld

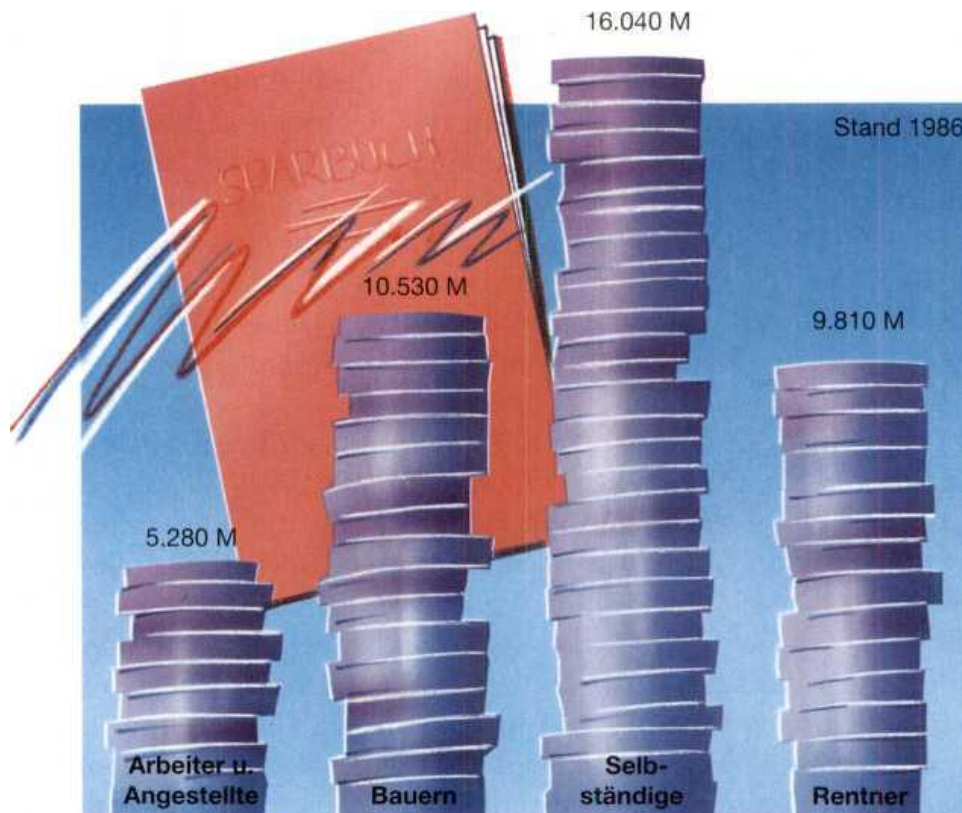
Fotos: ADN

ständen von 2'500 bis 20'000 Mark entfielen 41% aller Sparguthaben. 53% des gesamten Sparvolumens waren jedoch auf nur 9% der Konten mit Kontenbeständen über 20'000 angelegt.

Während Arbeiter und Angestellte über einen durchschnittlichen Kontenstand von 5'300 Mark verfügten, besaßen selbständig Tätige Guthaben von rund 16'000 Mark und damit dreimal soviel.

Diese Gruppe der Selbständigen (das waren in eigener Praxis tätige Ärzte, Künstler, Schriftsteller, private Handels- und Verkehrsbetriebe, Handwerker), auch wenn sie in der DDR einen geringen Anteil an den Berufstätigen hatten, verfügte seit Jahren schon über das höchste Durchschnittseinkommen. 1986 standen einem Arbeiter und Angestellten nach Abzug der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge monatlich 960 Mark Arbeitseinkommen zur Verfügung. Das Nettoeinkommen der Selbständigen betrug im gleichen Jahr 1'570 Mark. Vermutlich sollte bei den Selbständigen die Vermögensbildung auch eine zusätzliche Absicherung für das Alter sein, weil das gesetzliche Beitragsaufkommen zur Renten- und Krankenversicherung für die zukünftige Höhe der Rente ihrem Lebensstandard nicht entsprach.

Landwirtschaftliche Genossenschaftsmitglieder hatten im Durchschnitt ein ähnliches Einkommen wie ein Arbeiter und Angestellter.



SPARGUTHABEN NACH BEVÖLKERUNGSGRUPPEN

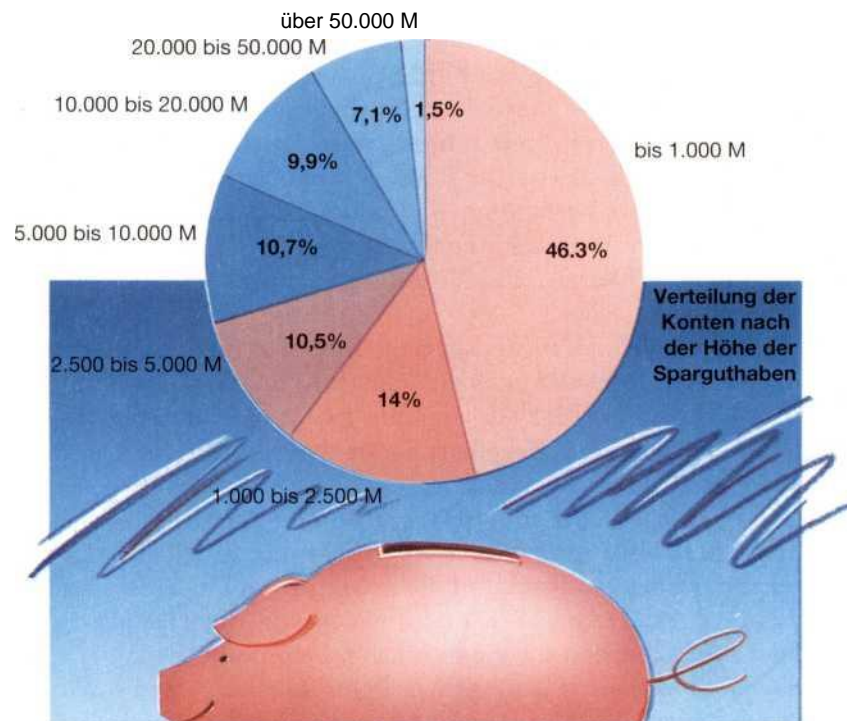
Selbständige und Land-
bewohner beim Sparen
vorn

Dennoch verfügten sie über doppelt so hohe finanzielle Rücklagen. Neben ihrer ohnehin sparsameren Lebensweise gegenüber der Stadtbevölkerung konnten sie wegen des noch stärker eingeschränkten Waren- und Leistungsangebotes auf dem Lande seltener ihr Geld ausgeben.

Die Rentner hatten ihre Kontenbestände in den Jahren ihrer Berufstätigkeit aufgestockt. Die Ausgabenstruktur der Rentnerhaushalte in den letzten Jahren zeigte, dass sie für die Erhaltung des erreichten Lebensstandards im Alter zunehmend die Ersparnisse in die Haushaltsführung einbeziehen mussten.

Nach der letzten und in der DDR-Geschichte grössten Rentenerhöhung, die noch im Dezember 1989 erfolgt war, betrug die durchschnittliche Altersrente 447 Mark. Die durchschnittliche Altersrente erhöhte sich im Dezember 1989 um 17,2%. Einschliesslich einer Zusatzrente aus der freiwilligen Zusatzrentenversicherung, die 41% der Rentempfänger erhielten, lag die Durchschnittshöhe der Altersrente bei 555 Mark. In der DDR waren fast drei Viertel der Altersrentenempfänger Frauen, ihre Durchschnittsrente betrug 418 Mark.

Die Differenziertheit im Sparverhalten innerhalb der Haushalte hat sich in den 80er Jahren stark erhöht. Im Vergleich zu den 70er Jahren



STRUKTUR DER SPARGUTHABEN 1986

legten Arbeiter- und Angestelltenhaushalte in der DDR im Jahr mit Ausnahme der Haushalte der unteren Einkommensgruppen zum Teil erheblich mehr zurück.

Die Ursachen dieses veränderten Sparverhaltens ergaben sich aus den wirtschaftlichen Bedingungen der Entwicklung in der DDR. Die Haushalte der oberen Einkommensgruppen hatten ihren Bedarf an hochwertigen langlebigen Konsumgütern, wie Auto, Farbfernsehgeräte, Waschmaschine, Gefrierschrank u.a., gedeckt. Neuwertige und attraktive Konsumgüter waren nur in geringem Masse im Angebot. Hinzu kam, dass in den 80er Jahren die Reisemöglichkeiten für DDR-Bürger, die ohnehin nur in sozialistische Länder reisen konnten, in einige Länder, z.B. nach Polen und Rumänien, wegen deren politischer Lage stark eingeschränkt wurden. Für Ungarn, das für die DDR-Bürger als ein attraktives Reiseland galt, erfolgte eine starke Reduzierung der Umtauschbeträge, die eine private Urlaubsreise kaum noch möglich machten. Auch der Erwerb von Grundstücken und Eigentumswohnungen war nicht möglich, so dass in den oberen Einkommensgruppen ein Teil des Sparvolumens als Kaufkraftüberhang bewertet werden muss. Auch die verstärkte Nutzung von Wochenendgrundstücken und der Bau von Wochenendhäusern und die daraus resultierenden zusätzlichen Geldausgaben ändern nichts an dieser Grundtendenz. Die Haushalte der unteren Einkommensgruppen, deren Ausstattungsniveau mit hochwertigen Konsumgütern zu Beginn der 80er Jahre deutlich niedriger lag, als in Haushalten mit höherem Einkommen, waren bestrebt, dieses Niveau zu erreichen. Hierfür standen ihnen nur noch geringe Ersparnisse zur Verfügung, weil in den 80er Jahren die Dynamik der Preisentwicklung für eine ganze Reihe nicht subventionierter Waren, u.a. für Bekleidung und Schuhe, relativ hoch war.

Im Unterschied zu den Jahren 1986 bis 1988, in denen nach Expertenschätzungen ein jährlicher Kaufkraftüberhang von 4 Milliarden Mark entstanden ist, waren die finanziellen Rücklagen der Bevölkerung in den Jahren 1989 und 1990 tendenziell rückläufig.

Seit dem IV. Quartal 1989 wurde die Entwicklung des Spar- und Kaufverhaltens der Bevölkerung durch die Öffnung der Staatsgrenzen und die Ausreise von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik Deutschland sowie die Diskussion über die Sicherheit der Spareinlagen beeinflusst. Es kam zu überhöhten Käufen von hochwertigen Konsumgütern sowie vorfristigen Rückzahlungen von Eigenheimbaukrediten und Konsumkrediten.

Im Zusammenhang mit den Regelungen im Reiseverkehr mit der

Sparen aus Mangel an Kaufgelegenheiten



Auch das ist inzwischen
Vergangenheit –
Gutscheine für Intershops
Fotos: Bundesarchiv

Bundesrepublik Deutschland, die vor der Vereinigung 2,9 Milliarden DM aus dem Devisenfonds bereitstellte, wurden durch DDR-Bürger rund 5 Milliarden DM umgetauscht.

Das finanzielle Vermögen der DDR-Bevölkerung betrug vor der Währungsreform am 30. Juni 1990 knapp 198 Milliarden Mark, nach der Währungsumstellung rund 120 Milliarden DM.

Von der Verstaatlichung der Banken zum Bankrott – Staat, Staatshaushalt und Finanzen

Axel Müller

Die DDR verstand sich als erster Staat der Arbeiter und Bauern auf deutschem Boden. Die politische und ökonomische Macht wurde in Form der sogenannten «Diktatur des Proletariats» ausgeübt, wobei das in erster Linie über die staatstragende Partei (SED) als dem «revolutionären Vortrupp des Proletariats» sichergestellt wurde. Die wirtschaftliche Grundlage war – mit wachsender Bedeutung im Laufe der DDR-Geschichte – das «Eigentum des Volkes» (Eigentum des Staates) an den Produktionsmitteln. Der Staat konnte sich dadurch die Produkte der Arbeit aneignen, hatte jedoch andererseits für die gesamtgesellschaftliche Leitung und Planung verantwortlich zu zeichnen sowie als ökonomischer Stimulator zu wirken, was über eine Fülle von entsprechenden Rechtsvorschriften, Institutionen, Gremien, Ministerien und Plänen praktiziert wurde.

Dementsprechend gestaltete er auch seine Finanzbeziehungen. Neben der Aufstellung und Abrechnung eines Staatshaushaltes gab es als weitere Elemente der Staatsfinanzen die «Finanzen der sozialistischen

Die SED mit ihren Führungsgremien auf den verschiedenen staatlichen Ebenen entschied und gestaltete die Staatspolitik



DDR-Bürgern und Touristen wohl bekannt – Wachablösung «Unter den Linden» in «preussischer» Tradition

Foto: Bundesbildstelle Bonn

Neben dem Staatshaushalt gab es weitere Fonds zur Finanzierung der staatlichen Aufgaben und Massnahmen

Wirtschaft», «das Kreditsystem», «das Versicherungssystem» und «die Valutafonds und -beziehungen», Mittel, die ihm entweder gehörten oder worauf er ein Machtmonopol hatte. Alle diese Elemente gemeinsam kennzeichneten das Finanzgebaren des DDR-Staates mit seiner Planwirtschaft, wobei der Staatshaushalt allerdings die tragende Säule bildete. In ihm wurde der grösste Teil des gesellschaftlichen Reineinkommens (Gewinn) konzentriert und seine Hauptfunktion bestand darin, eine den wirtschafts- und sozialpolitischen Zielstellungen entsprechende Verteilung und Verwendung vorzunehmen.

Der Aufbau des Staatshaushaltes folgte dem Aufbau der staatlichen Machthierarchie, wodurch eine Verbindung zur zentralistischen staatlichen Leitung und Planung hergestellt war. Neben den Haushalten der zentralen Staatsorgane waren in ihm die Haushalte der Bezirke, Kreise und Gemeinden sowie der Sozialversicherung zusammengefasst. Die Haushalte der zentralen staatlichen Institutionen und – als relativ selbständiger Bestandteil – der Haushalt der Sozialversicherung bildeten den zentralen, die Haushalte der Bezirke und Kreise sowie die Haushalte der Städte und Gemeinden den örtlichen Teil des Staatshaushalts.

Der Anteil des örtlichen Haushaltes an den Gesamtausgaben des Staatshaushaltes lag durchgängig bei etwa 20%, wobei nur der geringere Teil der Ausgaben aus eigenen Finanzquellen gedeckt werden konnte. Der Fehlbetrag wurde, wie es in der DDR üblich war, über Zuweisungen «von oben» in den Haushalt eingestellt.

Den Haushalt der Sozialversicherung verwalteten der «Freie Deutsche Gewerkschaftsbund» (FDGB) und die «Staatliche Versicherung der DDR», wobei die Einnahmen der Sozialversicherung nur für Ausgaben der Sozialversicherung verwendet werden durften. Bei nicht ausreichender Deckung der Ausgaben wurden Zuschüsse vom Staat gewährt. Im Jahr 1989 wurden ca. 18 Milliarden Mark an Zuschüssen aus dem Staatshaushalt bereitgestellt (gegenüber 264 Millionen Mark im Jahr 1952), das entsprach etwa der Hälfte der Ausgaben der Sozialversicherung (1952 ca. 5%).

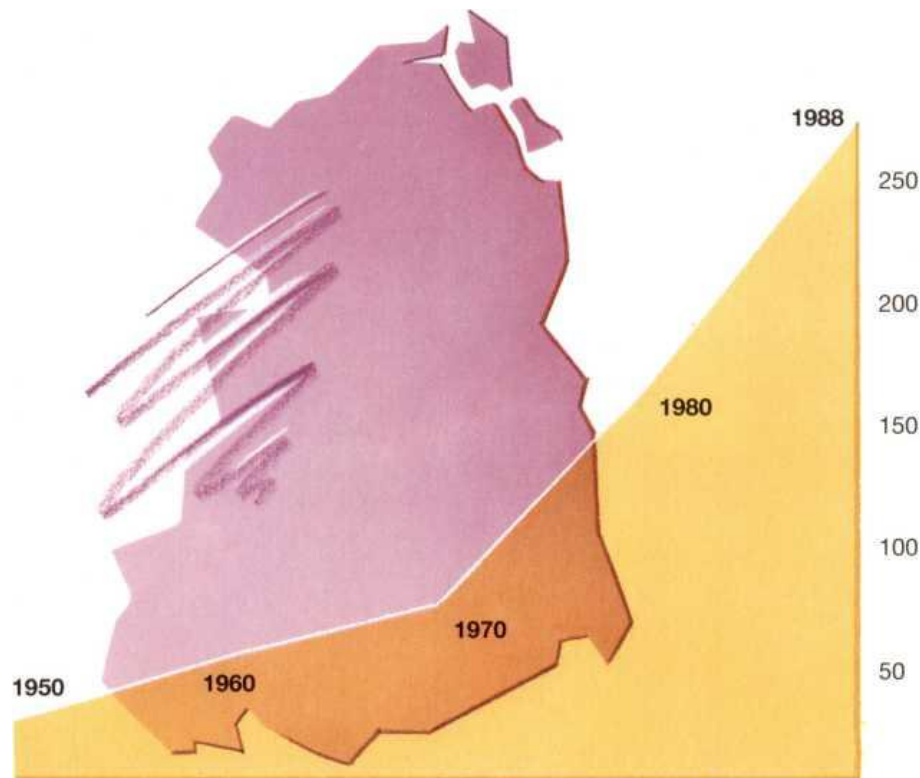
In der DDR wurden die staatlichen Aufgaben und Massnahmen nicht nur über den Staatshaushalt finanziert, sondern, wie bereits erwähnt, auch durch die in den Fonds der Kombinate, Betriebe und Genossenschaften, im Kreditsystem, bei der staatlichen Versicherung und durch das staatliche Aussenhandelsmonopol angesammelten Mittel. So war es z.B. für einen Betrieb über Rechtsvorschriften genau geregelt, welche Fonds aus dem erwirtschafteten Gewinn wie zu speisen sind (u.a. Kultur- und Sozialfonds, Investitionsfonds), wofür welche Kredite aufzunehmen sind, welche Versicherungen abgeschlossen werden müssen

und welchen Modalitäten Ex- oder Importe unterliegen. Durch solche weitgehenden Eingriffe des Staates in die Wirtschaft erhielten die Staatsfinanzen eine weitaus grössere Dimension als es beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland und jetzt auch in den neuen Bundesländern der Fall war bzw. ist, was sich gegenwärtig bei letzteren auch durch schwierige Umstellungs- und Anpassungsprobleme bemerkbar macht.

Die Aufgaben des Staates haben sich in den 40 Jahren des Bestehens der DDR stark gewandelt. Nach dem Krieg mussten zunächst Mittel für den Wiederaufbau der Betriebe, der Wohnungen und der Infrastruktur, für die Wiedereingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen (etwa jeder vierte zählte dazu) sowie für Reparationsleistungen bereitgestellt werden.

Dazu wurden u.a. freie Geldmittel der Bevölkerung über Landesanleihen (bis Anfang der 50er Jahre existierten noch Länder) ausserordentlichen Haushalten zugeführt. Die Reparationszahlungen, insbesondere gegenüber der Sowjetunion und Polen, leistete man anfangs vor allem durch die Demontage von ganzen Betrieben bzw. Betriebsteilen, später – bis 1953 – über sogenannte Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaftsbetriebe, die zu einem grossen Teil für die Reparationen produzierten, und durch weitere Entnahmen aus der Volkswirtschaft.

Mit immer weitergehenden Eingriffen des Staates in die Wirtschaft wuchsen die Ausgaben des Staatshaushaltes



EINNAHMEN DES STAATSHAUSHALTS (in Mrd Mark)

In den 50er und Anfang der 60er Jahre wurden die Mittel des Staatshaushalts gezielt zur Förderung sogenannter sozialistischer Produktionsverhältnisse (volkseigene Betriebe, Betriebe mit staatlicher Beteiligung, landwirtschaftliche und handwerkliche Produktionsgenossenschaften), aber auch zunehmend für soziale und kulturelle Zwecke (1955 bereits rund 30% der Gesamtausgaben) verwendet. Sowohl volkseigenen Betrieben wie auch landwirtschaftlichen und handwerklichen Produktionsgenossenschaften und Betrieben mit staatlicher Beteiligung gewährte man neben steuerlichen und Abgabenpräferenzen auch direkte Zuschüsse und Beihilfen. So erhöhten sich z.B. die Wirtschaftsbeihilfen für landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften und die Ausgaben für Investitionen in die volkseigene Wirtschaft von 1956 bis 1960 beträchtlich. Weitere wichtige Aufgaben zu dieser Zeit waren die Finanzierung der 1956 gegründeten Nationalen Volksarmee sowie die Bewachung der 1961 erbauten «Mauer», was auch entsprechend zu Buche schlug, obgleich der Mauerbau zu einer ökonomischen Entlastung in der Volkswirtschaft insgesamt führte. Hauptsächlich diese Aufgaben führten dazu, dass sich die Ausgaben des Staatshaushalts von 38,3 Milliarden Mark 1955 auf 55,5 Milliarden Mark 1962 erhöhten.



WACHSTUM DER EINNAHMEN DES STAATSHAUSHALTS

Die positive wirtschaftliche Entwicklung ab Mitte der 60er Jahre und die damit wachsenden Einnahmen aus der volkseigenen Wirtschaft (zu denen auch die 11'000 neuen volkseigenen Betriebe beitrugen, die sich durch Enteignung von Unternehmeranteilen der Betriebe mit staatlicher Beteiligung ab 1972 gebildet hatten) ermöglichten es, die Bildung, die Kultur, das Gesundheits- und Sozialwesen, das Wohnungswesen und die Verbraucherpreissubventionen immer mehr in den Mittelpunkt staatlicher Aufgaben zu rücken. Anlass für diese Schwerpunktverlagerung war die mit dem Machtantritt Erich Honeckers im Jahre 1971 erfolgte Trendwende zur Politik der sozialen Anreize als Faktor zur Steigerung der Arbeitsproduktivität. So stiegen die Ausgaben für das Wohnungswesen von 2,1 Milliarden Mark im Jahr 1971 auf 16,6 Milliarden Mark im Jahre 1989, die Aufwendungen zur Beibehaltung niedriger Verbraucherpreise von 8,5 Milliarden Mark auf 51,0 Milliarden Mark, die Ausgaben für das Bildungswesen von 5,8 Milliarden Mark auf 15,7 Milliarden Mark und die für soziale und kulturelle Zwecke von 9,8 Milliarden Mark auf 50,9 Milliarden Mark. Der beabsichtigte Effekt stellte sich allerdings nicht ein, denn die im Giesskannenverfahren gezahlten Subventionen und sozialen und kulturellen Leistungen wurden immer mehr als selbstverständlich hingenommen und boten keinen Leistungsanreiz mehr.

Neben den weiterhin steigenden Aufwendungen für die Bevölkerung mussten ab Mitte der 70er Jahre in starkem Masse Investitionen in der Wirtschaft getätigt werden, um die zu grossen Teilen veraltete Industrie wenigstens notdürftig zu modernisieren. In den 80er Jahren kamen wachsende aussenwirtschaftliche Belastungen, eine permanente Rohstoff- und Devisenknappheit und der zunehmende technologische Rückstand hinzu. Um diesen enormen Problemen im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten wenigstens zu einer gewissen Lösung zu verhelfen, wurden die Zuführungen an die staatliche Wirtschaft von 75,9 Milliarden Mark im Jahre 1985 auf 93,9 Milliarden Mark im Jahre 1988 erhöht.

Doch damit konnten die jahrelangen Versäumnisse und Schwächen der dirigistischen Planwirtschaft auch nicht mehr kompensiert werden. Im Gegenteil, durch die hohen Belastungen des Haushalts, vor allem durch die immens gewachsenen Ausgaben für sozialpolitische Massnahmen, kam es zu immer grösseren Disproportionen gegenüber der langsamer wachsenden Wirtschaftskraft der DDR-Wirtschaft.

Insgesamt stiegen die Ausgaben des Staatshaushalts von 24,1 Milliarden Mark im Jahre 1950 auf 275,0 Milliarden Mark im Jahre 1989. Das ist etwa eine Verelffachung.

Bei der Beurteilung der veröffentlichten Daten zum Staatshaushalt

Als Leistungsanreiz gedachte sozialpolitische Massnahmen belasteten zunehmend das Budget

Ausgaben und Einnahmen wurden häufig bewusst verschleiert

ist zu berücksichtigen, dass zunächst, wie in der DDR üblich, oftmals eine Anpassung der Abrechnungsdaten an die Plandaten erfolgte. Das heisst nicht, dass die abgerechneten Daten willkürlich dem Plan angepasst wurden, sondern dass man die Haushaltspläne im Nachhinein so veränderte, dass sie erfüllt wurden. Das nahm die Regierung vor, die dazu per Gesetz ermächtigt war. Ein Nachtragshaushalt wurde nicht erstellt.

Andererseits vermied man es, eine Durchrechenbarkeit der Einnahmen und Ausgaben zu ermöglichen, indem jeweils nur Hauptpositionen veröffentlicht wurden. Diese hatten grösstenteils eine ideologische und propagandistische Bedeutung.

Als besonders «schutzbedürftig» behandelte man die Bereiche öf-



Löscharbeiten in einem Ost-Berliner U-Bahnschacht

Foto: ADN

fentliche Sicherheit und Verteidigung sowie die Aussenwirtschaft. Sogar in damals geheimgehaltenen Abrechnungsunterlagen sind diese Bereiche finanziell verzerrt dargestellt worden, indem man Verrechnungen und Saldierungen von Einnahmen und Ausgaben vornahm oder mit finanziellen Mitteln verrechnete, die nicht aus dem Staatshaushalt bereitgestellt wurden. Dadurch war es nicht möglich, die tatsächlichen Aufwendungen und Einnahmen für diese staatlichen Aufgabenbereiche zu benennen.

Wie entwickelte sich nun die Einnahmeseite des Staatshaushaltes? Die Gesamteinnahmen des Staatshaushaltes stiegen im Zeitraum 1950 bis 1989 von 24,4 Milliarden Mark auf 271,8 Milliarden Mark. Die Entwicklung des Wachstums der Einnahmen verlief dabei sehr unterschiedlich.

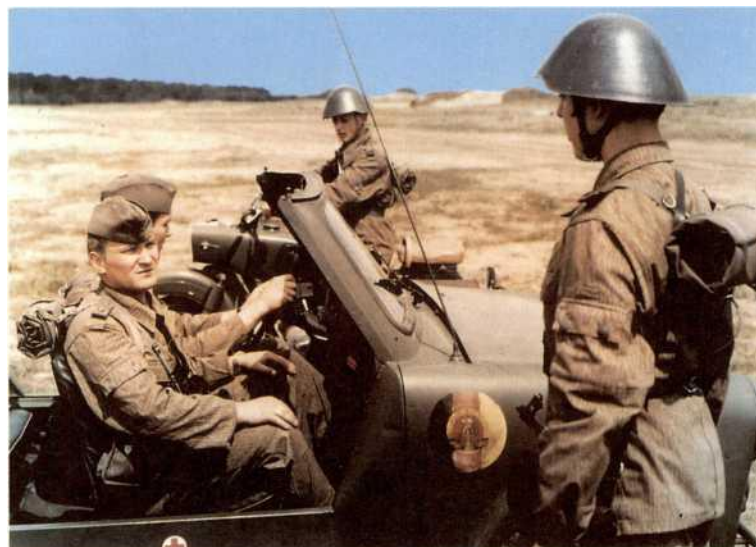


Auch eine staatliche Aufgabe: Paketverteilung in der Vorweihnachtszeit – ein grosser Teil der Sendungen kam «aus dem Westen»

Foto: ADN

Die Struktur der Einnahmeseite war ebenso wie die der Ausgabeseite geprägt durch die besondere gesellschaftspolitische Situation (Sozialismus osteuropäischer Prägung) in der DDR. So hatten z.B. die Steuereinnahmen als Deckungsmittel der Ausgaben kaum Bedeutung. Der Anteil von Steuereinnahmen an den Gesamteinnahmen betrug 1989 nur etwa 8%, während die Abgaben und Abführungen staatlicher Betriebe und Kombinate mehr als drei Viertel der Einnahmen ausmachten (1951 ca. 13%). Der Rest stammte aus den Einnahmen der Sozialversicherung (Beitragsanteile der Arbeitgeber und Arbeitnehmer) und aus Beiträgen, Gebühren und Entgelten für die Inanspruchnahme von staatlichen Leis-

Die Einnahmen des Staates stammten überwiegend aus den Abgaben und Abführungen staatlicher Betriebe



Das Militär band einen erheblichen Teil der Staatsfinanzen – Unteroffizierschüler im Truppenteil Tanner

Foto: ADN

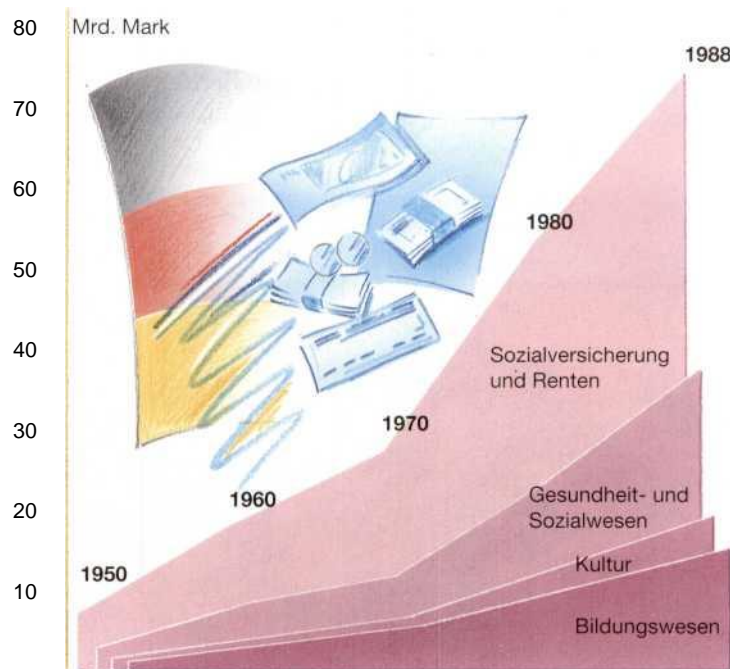
tungen, insbesondere Nutzungsentgelten für Leistungen kultureller und sozialer Einrichtungen.

Hinter den Abführungen und Abgaben der Betriebe verbarg sich eine Vielzahl von Positionen, die als Kosten- oder Gewinnbestandteile von den Betrieben getragen werden mussten. Die wichtigsten Abführungen waren die Produktions- und Handelsfondsabgabe, die Nettogewinnabführung, die Beiträge für gesellschaftliche Fonds und die produktgebundenen Abgaben.

Die Produktions- und Handelsfondsabgabe bzw. der Beitrag für gesellschaftliche Fonds bemessen sich am eingesetzten Kapital (Anlagen und Material bzw. Arbeitskräfte) und waren als festgesetzter Prozentsatz an den Staatshaushalt abzuführen. Die Nettogewinnabführung wurde für jeden einzelnen Betrieb, abhängig vom geschätzten Leistungsvermögen, jährlich vom Staat festgelegt.

Die produktgebundene Abgabe war eine Art Verbrauchsteuer, die beim Absatz bestimmter, vom Staat festgelegter Produkte als Differenz zwischen dem betrieblichen Herstellungspreis und dem staatlich festgelegten sogenannten Industrieabgabepreis anfiel. Abgabepflichtig waren die Betriebe, die die entsprechenden Waren herstellten oder Leistungen erbrachten.

Die verschiedenen Abführungen wurden – der fortschreitenden Verstaatlichung entsprechend – erst nach und nach eingeführt (in den 50er-



STAATSAUSGABEN AUSGEWÄHLTER BEREICHE

Jahren die Produktionsabgabe, Nettogewinnabführung, produktgebundene Abgabe, 1966 bzw. 1967 Produktions- bzw. Handelsfondsabgabe, 1984 Beitrag für gesellschaftliche Fonds) und immer weiter vervollkommenet, um als ökonomische Hebel für die Effektivität der volkseigenen Betriebe und als Kontrollmechanismus zu fungieren und steigende Einnahmen zu gewährleisten.

Der in den Anfangsjahren der DDR noch relativ starke Privatsektor in der Wirtschaft wurde bis 1972 systematisch immer mehr vom volkseigenen (staatlichen) oder genossenschaftlichen Betrieb verdrängt, was politisch gewollt war und dementsprechend auch staatlich gefördert wurde. Die Palette der Massnahmen reichte dabei von direkten Zuschüssen und Subventionen für volkseigene Betriebe, Steuerbefreiungen und -Vergünstigungen für Genossenschaften und Betriebe mit staatlicher Beteiligung bis hin zur Enteignung von Privatunternehmen mit geringer oder ganz ohne Entschädigung.

Schon 1949 trat eine Steuerreform in Kraft, die die Gleichmässigkeit der Besteuerung abschaffte und eine Besteuerung differenziert nach klassen- und sozialpolitischen Gesichtspunkten einfuhrte, um dem Volkseigentum zur Stärkung zu verhelfen. So wurde für Arbeitseinkommen der Arbeiter und Angestellten ein besonderer Tarif mit einer wesentlich niedrigeren Progression als für Einkommen aus der Kapitalverwertung eingeführt. Die Steuerprogression bei freien Berufen, Handwerkern und kleinen Gewerbetreibenden mit nicht mehr als zwei Angestellten, die mit dieser Steuerreform noch gesenkt wurde, glich sich im Laufe der Jahre der damals schon für Kapitalgesellschaften geltenden Progression bis zu 95% an. Investitionen wurden dadurch nahezu unmöglich gemacht.

Der private Unternehmer blieb also auf der Verliererseite, auch wenn mit Beginn der 80er Jahre punktuell wieder eine Förderung des kleinen privaten Handwerks begann (1980: 100,8 Millionen Mark; 1988: 224,8 Millionen Mark), weil vor allem im kommunalen Dienstleistungsbereich (Bäcker, Schuster, Kfz-Schlosser u.a.) die staatlichen Betriebe zu unflexibel und uneffektiv auf die Nachfrage reagierten.

Die Gewinner aus fiskalischer Sicht waren die sogenannten Parteibetriebe, Unternehmen, die der SED, aber auch den Blockparteien, gehörten, volkswirtschaftlich aber keine grosse Bedeutung hatten. Sie wurden weder besteuert noch anderweitig mit Abgaben, wie sie beispielsweise staatliche Betriebe oder Genossenschaften zu tragen hatten, belastet.

Die in der DDR erhobenen Steuern flossen je nach Steuerart in verschiedene Teilhaushalte des einheitlichen Staatshaushaltes, wobei die örtlichen Haushalte nicht in den Genuss der ertragreicheren LPG-Abga-

Der private Unternehmer blieb nicht nur steuerlich auf der Verliererseite

ben, Lohn- und Kraftfahrzeugsteuer (1985 knapp 15 Milliarden Mark) kamen.

Eine Kreditaufnahme des Staates wurde in der ersten Verfassung der DDR aus dem Jahre 1949 nur bei «ausserordentlichem Bedarf» aufgrund eines Gesetzes zugestanden. Obwohl nach der 1968 erlassenen und bis 1990 geltenden Staatshaushaltsordnung zur Durchführung von Rationalisierungsmassnahmen Kreditaufnahmen zulässig waren, herrschte bei der Haushaltsführung des Staatshaushaltes das sogenannte «Prinzip der Ausgeglichenheit der Einnahmen mit den Ausgaben» vor.

Bei der Abrechnung des Staatshaushalts wurden über alle Jahre sogar mehr oder weniger grosse Einnahmeüberschüsse nachgewiesen. Tatsächlich war der DDR-Staat jedoch nach aussen wie nach innen stark verschuldet. Das trat deshalb nicht offen zutage, weil sich im Innern nicht der Staatshaushalt verschuldete, sondern die Schuldenaufnahme durch die volkseigene (staatliche) Wirtschaft erfolgte. Dabei spielte das Kreditsystem als Bestandteil der Staatsfinanzen eine besondere Rolle. Hier waren freie Geldmittel (vor allem die Spareinlagen der Bevölkerung) zentralisiert und die Betriebe der volkseigenen Wirtschaft mussten gemäss detaillierter staatlicher Vorschriften für die Finanzierung von Investitionen und die Materialfinanzierung daraus Kredite aufnehmen, obwohl sie in vielen Fällen Eigenmittel hätten einsetzen können. Da die Eigenmittel und sogar Teile der Amortisationen zunehmend beim Staat zentralisiert wurden, mussten die Betriebe für ihre erweiterte Reproduktion (zuletzt auch für die einfache) zwangsläufig Kredite aufnehmen bzw. aus dem Staatshaushalt dafür bezuschusst werden. Sie gerieten dadurch unverschuldet immer mehr in die Position eines Bittstellers gegenüber den «staatlichen Organen».

Ähnlich verlief das Prozedere beim staatlichen Wohnungsbau. Während die Erschliessungsarbeiten und die dafür anfallenden Kosten vom Staatshaushalt getragen wurden, hatten die kommunalen oder genossenschaftlichen Wohnungsverwaltungen die Kredite aufzunehmen. Die Kredittilgung einschliesslich der Zinsen übernahm dann wiederum der Staatshaushalt. Dieser Verfahrensweise verdanken auch viele ehemalige volkseigene und genossenschaftliche Betriebe gegenwärtig ihre sogenannten Altschulden. «Echte» Kredite zur Finanzierung der Ausgaben mussten erstmals im ersten Halbjahr 1990 in den Staatshaushalt eingestellt werden, als eine Reihe von Betrieben ihren Abführungsverpflichtungen gegenüber dem Staatshaushalt nicht mehr nachkommen konnte oder wollte. Die immer schwierigere finanzielle Lage des DDR-Staates hat sicher auch dazu beigetragen, seinen nahenden Untergang zu beschleunigen.

Trotz wachsender
Verschuldung wurden
regelmässig
Einnahmeüberschüsse
nachgewiesen

Von der Lebensmittelkarte zur Warteliste für das Auto – die planwirtschaftliche Entwicklung des Einzelhandels

Hans-Ulrich Saretzki, Reinhard Schenke und Günter Glende

Der Handel in der DDR war nicht so schlecht wie sein Ruf. Sein Erscheinungsbild wurde durch das geprägt, was ihm vom produzierenden Gewerbe und den Aussenhandelsbetrieben an Konsumgütern angeboten wurde. Und dieses Angebot war oft nicht ausreichend, nicht modisch und technisch nicht aktuell sowie oft von unzureichender Qualität. Der Handel selbst hatte wenig Möglichkeiten auf das Produktionssortiment Einfluss zu nehmen, da die Produktionsbetriebe ihrerseits wiederum nur auf die planmässig zur Verfügung gestellten Rohstoffe zurückgreifen konnten. Der Handel war hinsichtlich des angebotenen Warenspektrums Spiegelbild einer Mangelwirtschaft. Dass es für den Handel aber auch Perioden des Aufschwungs gab, macht ein Slogan deutlich, der zu besten DDR-Wirtschaftszeiten im Land kursierte: «Man bekommt in der DDR alles zu kaufen – man muss nur wissen wo».

Das Wirtschaftssystem der DDR war, zumindest vom theoretischen Anspruch her, so angelegt, dass die Bedürfnisse der Menschen ständig besser befriedigt werden sollten. Der Handel war Mittel, um eben dieses Ziel zu erreichen. Seine Funktion bestand in der Versorgung der Bevölkerung, erst an zweiter Stelle wurde die Frage nach der Entwicklung des Volkswirtschaftszweiges Handel, d.h. die Frage nach Effizienz und Effektivität, nach Gewinn und Arbeitsproduktivität in diesem Bereich gestellt. Mit Hilfe planwirtschaftlicher Mittel und Methoden wurde der Handel staatlich gezielt beeinflusst und entwickelt.

Ausgangspunkt für die zentrale Planung der Nachfrage war der bei der Bevölkerung vorhandene «Kauffonds». Dazu zählten neben Lohn, Gehalt und Prämien auch Kredite und Ersparnisse, die die Bürger für den Kauf von Waren verwenden konnten. Dem «Kauffonds» gegenüber stand der «Warenfonds», der alle dem Handel zur Verfügung stehenden Waren einschliesslich seiner Bestände in den Lagern umfasste. Parität zwischen dem «Kauffonds» und dem «Warenfonds» herzustellen, war das Ziel der staatlichen Planung und Kontrolle über den Handel.



Der Handel betrieb den Verkauf der Waren an die Bevölkerung in den verschiedensten Verkaufseinrichtungen. Dazu zählten Ladengeschäfte des Einzelhandels, aber auch offene Verkaufsstellen der Industrie, wie zum Beispiel Rundfunk- und Fernsehläden, Haushaltsgerätläden und Lederwarengeschäfte sowie Gaststätten, Kioske, Handwerksbetriebe, Gärtnereien oder Handel vom Lager und Versandhandel.

Im Wesentlichen gab es drei Eigentumsformen

- a) den privaten Handel,
- b) den genossenschaftlichen Handel,
- c) den volkseigenen Handel.

Die Entwicklung des Handels kommt sehr gut in den Veränderungen des Handelsnetzes in den letzten 40 Jahren zum Ausdruck.

In den ersten Jahren nach dem Krieg spielte der private Einzelhandel für die Versorgung der Bevölkerung noch eine bedeutende Rolle. Durch die Ausbreitung des konsumgenossenschaftlichen Einzelhandels und der neuentstandenen «volkseigenen» Einzelhandelsorganisation (HO) wurde er im Laufe der Zeit immer weiter zurückgedrängt. Betrug sein Anteil am gesamten Einzelhandelsumsatz im Jahre 1950 noch 52,8%, so sank der Anteil der privaten Einzelhändler ziemlich kontinuierlich bis zum Jahre 1959 auf 24,7% und bis 1988 auf 10,8% ab. Die gleiche Tendenz zeigte sich auch bei der Anzahl der privaten Einzelhandels-

Einschränkung des privaten Einzelhandels

geschäfte. Während der private Einzelhandel im Jahre 1950 über 219'000 Geschäfte verfügte, waren es im Jahre 1955 noch 169'000 und 1988 lediglich 50'000.

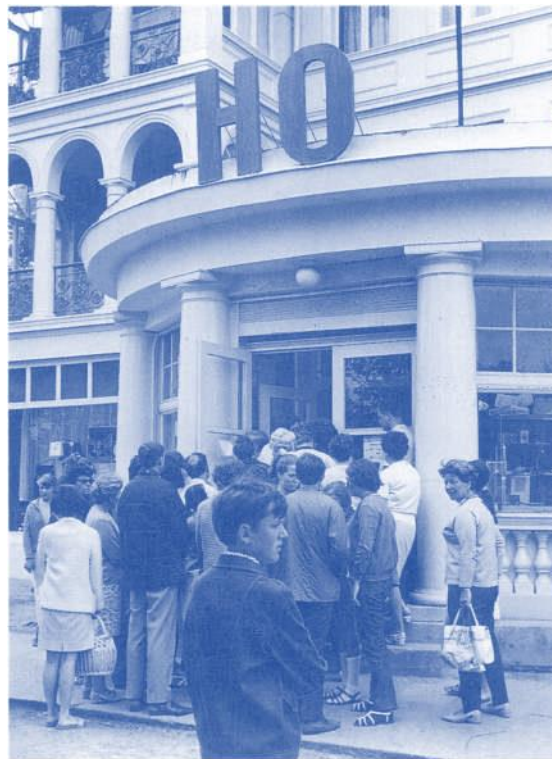
Mitte der 50er Jahre wurde für den privaten Einzelhandel eine neue Form der Einbeziehung in die Versorgung der Bevölkerung eingeführt, mit der er gleichzeitig enger an den volkseigenen Sektor im Binnenhandel gebunden werden sollte. Diese neue Form war der Kommissionshandel. Der private Einzelhändler schloss mit einem volkseigenen Grosshändler oder Einzelhändler einen Kommissionshandelsvertrag ab. Er erhielt von seinem Vertragspartner Ware für den Weiterverkauf in Kommission. Die Handelswaren gingen also nicht mehr in das Eigentum des Einzelhändlers über. Lediglich der Laden und das Inventar blieben in Privateigentum.

In dem Kommissionshandelsvertrag wurde ein Provisionsatz vereinbart, der dem privaten Kommissionshändler seinen Verdienst sicherte und als Anreiz diente, möglichst hohe Umsätze zu erwirtschaften. Da die privaten Kommissionshändler in diesem Zusammenhang auch bei der Belieferung von lukrativen Waren besser berücksichtigt wurden als die «normalen» privaten Einzelhändler und sie dadurch materiell relativ gut dastanden, stieg die Anzahl der privaten Kommiss-

Foto: Bundesarchiv

Grosses Gedränge herrschte bei der Eröffnung der ersten «HO-Läden»

Foto: ADN



sionshändler schnell an. Gab es Ende Oktober 1957 erst 1'000 Kommissionshandelsverträge, so erhöhte sich die Anzahl bereits zum Jahresende 1957 auf 2'000 und erreichte im April 1958 die Zahl von 3'500.

Anfang der 70er Jahre setzte eine staatliche Kampagne zur weiteren Einschränkung des privaten Eigentums in der Wirtschaft ein. Insbesondere im Handwerk, aber auch im Handel verschlechterten sich die Bedingungen für die privaten Gewerbetreibenden. Kein selbständiger Unternehmer durfte mehr als 10 Beschäftigte haben. Die Gewerbesteuern stiegen stark progressiv mit der Höhe des Umsatzes. Die Bezugsmöglichkeiten für Rohstoffe und Materialien wurden kontingentiert.

Zahlreiche private Einzelhändler gaben daraufhin ihr Geschäft auf, darunter viele Bäckereien. Gerade sie hatten sich wegen der frischen Brötchen, des guten Brotes und der verlockenden Konditorwaren grosser Beliebtheit erfreut. An ihre Stelle sollten die überall neugebauten Grossbäckereien mit der effektiveren Massenherstellung von Brot und Brötchen treten. So kam es, dass das Brot älter und härter wurde, die Brötchen kleiner und unansehnlicher, die Kunden unfreundlicher und verärgelter. Da half auch der sehr niedrige Preis von 5 Pfennig pro Brötchen nicht. Doch der staatliche Handel war auf die mit den Grossbäckereien verbundenen längeren Lieferwege, auf die notwendigen häufigeren Nachbestellungen, ja selbst auf die Lagerung und den Umschlag des Brotes in den Kaufhallen nicht flexibel eingestellt.

Mit Beginn der 80er Jahre wollte die Regierung diesen Fehler korrigieren. Es wurden Massnahmen ergriffen, vor allem das private Hand-



Der Kampf ums tägliche Brot konnte auch endloses Anstehen sein – Brotschlange in Berlin-Ost

Foto: Bundesarchiv

werk, die Bäcker, Fleischer, auch Schneider wieder zu fördern, noch vorhandene Familienbetriebe zu erhalten. Neben den Grossherstellern sollten sie zur Ergänzung der Versorgung beitragen. Es hatte sich gezeigt, dass diese privaten Gewerbetreibenden sich dem wandelnden Bedarf viel schneller anpassen konnten. Allerdings gelang die Rückbesinnung auf Bewährtes in der Praxis nur sehr langsam, und einmal enttäuschte Handwerker zu überzeugen, fiel sehr schwer.

Als zweite Säule des Handels lebten die in den 20er Jahren in Deutschland entstandenen Konsumgenossenschaften wieder auf. Ihre Aufgabe war es, insbesondere durch die Zusammenarbeit mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften, den Aufkauf der bäuerlichen Produkte zu organisieren. Der Wiederaufbau der Konsumgenossenschaften vollzog sich relativ schnell. Bereits Ende 1946 bestanden 247 Konsumgenossenschaften mit 1'290'000 Mitgliedern und 5'831 Verkaufsstellen. Im Jahre 1949 existierten bereits über 13'000 Verkaufsstellen und 2'285'000 Mitglieder waren organisiert. In der weiteren Entwicklung der Konsumgenossenschaften verlagerte sich der Schwerpunkt der Handelstätigkeit auf die Versorgung der Landbevölkerung. Die meisten Dörfer bekamen einen Konsumladen.

Das Verkaufstellennetz war bis zum Jahresende 1955 bereits auf 29'000 Verkaufsstellen angestiegen. Es setzte sich zusammen aus 13'900 Lebensmittel-, 8'300 Gemischtwaren- und 6'200 Industriewarenverkaufsstellen sowie 230 Landwarenhäuser. Darüber hinaus wurden vom Konsum auch schon 756 Gaststätten betrieben. Während sich

Wiederbelebung der Konsumgenossenschaften



die Gesamtzahl der Verkaufsstellen im Jahr 1988 mit 50'100 gegenüber 1955 nur unwesentlich verändert hatte, stellte sich ihre Struktur anders dar. Es gab 1988 22'000 Lebensmittel-, 600 Gemischtwaren- und 7'300 Industriewarenverkaufsstellen sowie 200 Landwarenhäuser. Die Anzahl der Gaststätten erhöhte sich bis 1988 auf über 5'800. Der Einzelhandelsumsatz der Konsumgenossenschaften stieg von 3,8 Milliarden Mark im Jahre 1951 auf 8,8 Milliarden Mark im Jahre 1955. Dies entsprach bereits einem Anteil von 27,7% am gesamten Einzelhandelsumsatz. Der Marktanteil des genossenschaftlichen Handels blieb in dieser Grössenordnung bis zum Jahre 1988 erhalten.

Gegen Ende des Jahres 1948 hielten die staatlichen Organe die Zeit für gekommen, auf dem Gebiet des Binnenhandels auch einen «volkseigenen» Sektor zu bilden, um ein Gegengewicht zum privaten und genossenschaftlichen Bereich zu schaffen. Die Gründung der volkseigenen Handelsorganisation «Freie Läden» (Staatliche Handelsorganisation – HO –) fiel auf den 15. November 1948. Die HO verfügte Ende 1948 über 23 Verkaufsstellen und 25 Gaststätten.

Das schnelle Entwicklungstempo des volkseigenen Sektors im Binnenhandel spiegelt sich darin wider, dass die HO 1949 bereits 1'500 Verkaufsstellen, Warenhäuser und Kaufhäuser sowie 319 Gaststätten mit 7'395 Beschäftigten betrieb. Der Anteil am gesamten Einzelhandelsumsatz betrug 19%. Den Grundstock für die HO bildeten vor allem nach dem Krieg von ihren Eigentümern verlassene und enteignete Geschäfte. Bis Mitte der 60er Jahre erhöhte sich die Anzahl der «HO-Läden» kontinuierlich. Von da an setzte der Trend zur Vergrösserung der Geschäfte ein. Die kleinen «Tante-Emma-Läden» verschwanden mehr und mehr aus dem Stadtbild. An ihre Stelle traten die Kaufhallen, vergleichbar mit den Verbrauchermärkten in den alten Bundesländern. Mit der steigenden Zahl der Kaufhallen setzte sich die Selbstbedienung als neue Verkaufsform immer mehr durch. 1988 existierten rund 22'000 Verkaufseinrichtungen der HO.

Die Versorgung der Bevölkerung war zum einen mit der generellen Entwicklung der politischen Verhältnisse und der Planwirtschaft, zum anderen mit dem Zustand des Handelsnetzes in den einzelnen Zeitabschnitten eng verbunden. 1945 war eine Ernährungskrise grössten Ausmasses eingetreten. Die Bevölkerung war allein nicht imstande, die Versorgungskatastrophe abzuwenden und das Leben zu normalisieren. Auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone wurde humanitäre Hilfe bei der Überbrückung der Hungersnot von der Roten Armee bzw.

Schneller Aufstieg der «HO-Läden»

der Sowjetischen Militäradministration geleistet. Der Beginn einer zaghaften «Normalisierung» bzw. Entwicklung des Handels wurde durch den Befehl des sowjetischen Stadtkommandanten von Berlin eingeleitet, in dem es heisst «... alle Lebensmittelgeschäfte und Bäckereien haben ihre Arbeit zur Versorgung der Bevölkerung wieder aufzunehmen.» In diesem Zusammenhang erfolgte die Einführung von Lebensmittelkarten.

Diese Massnahmen trugen dazu bei, in Stadt und Land die Versorgung und den Handel wieder selbst in die Hand zu nehmen und ihn zu organisieren. Wie oben erwähnt, lag die Versorgung der Bevölkerung in der Hauptsache bei den privaten Händlern. Diese Übergangszeit von einer chaotischen zu einer halbwegs planmässigen Versorgung war auch begleitet von Schwarzhändlern, Spekulanten und Schiebern, die sich die allgemeine Knappheit von Waren für ihre unseriösen Geschäfte zunutze machten.

Die Ende des Jahres 1948 gegründete volkseigene Handelsorganisation «Freie Läden» sowie die Konsumgenossenschaften sollten Abhilfe schaffen. Die HO ermöglichte den Bürgern den zusätzlichen Einkauf ohne Lebensmittelkarten, allerdings zu relativ hohen, staatlich festgelegten Preisen.

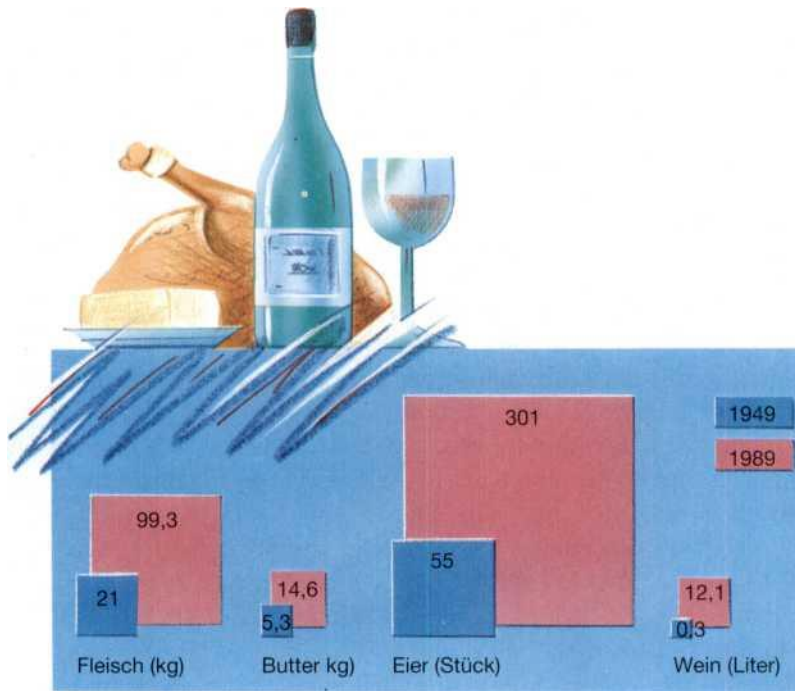
Im Mai 1949 mussten die Kunden in den HO-Läden z.B. folgende Preise bezahlen für

• 1 kg Zucker	24 Mark
• 1 kg Schweinefleisch	70 Mark
• 1 kg Jagdwurst	50 Mark
• 1 kg Weizenmehl	16 Mark
• 1 Kuchenbrötchen	0,75 Mark

Bezeichnend für die Handelstätigkeit der HO in den ersten Jahren ihres Bestehens war, dass sie infolge der Lebensmittelrationierung und des Bezugscheinsystems eine «zusätzliche» Versorgungsform für die Bevölkerung darstellte. Mit der allmählichen Einschränkung des Rationierungssystems – 1958 wurden die Lebensmittelkarten abgeschafft und ein einheitliches Preisniveau für alle Lebensmittel eingeführt – und dem wachsenden Warenangebot musste auch der volkseigene Einzelhandel zu einer voll entfalteten Handelstätigkeit übergehen und seine Rolle als zusätzliche Versorgungsform aufgeben. Typisch für die Handelstätigkeit der HO war der Verkauf wertintensiver Mangelwaren. Daraus entwickelte sich über Jahre hinweg die Ideologie der «HO-würdigen» und «HO-unwürdigen» Waren, und es dauerte lange, bis die HO von diesem «Vorrecht» wegkam und das gesamte breite Warensortiment in ihr Handelsprogramm aufnahm.

Die Absperrung der Grenzen zur Bundesrepublik Deutschland und zu West-Berlin, die mit dem Mauerbau im August 1961 vollzogen wur-

**Abschaffung der
Lebensmittelkarten
im Jahre 1958**



PRO-KOPF-VERBRAUCH AUSGEWÄHLTER NAHRUNGS- UND GENUSSMITTEL

de, brachte auch einen spürbaren Einschnitt in die Konsumtionsmöglichkeiten der DDR-Bürger. Die seit Mitte der 50er Jahre eingetretene relative Stabilisierung des Versorgungsniveaus wurde abrupt unterbrochen. Der innerdeutsche Handel und der Warenaustausch mit westlichen Handelspartnern kamen durch das Abgrenzungsverhalten der DDR vorübergehend zum Erliegen. Die östlichen Wirtschaftspartner waren nicht in der Lage, das entstandene Loch zu füllen. Die Möglichkeiten der eigenen Produktion reichten nicht aus, um das Warenangebot zu verbessern. Im Gegenteil, die Versorgungslage verschlechterte sich zusehends. Selbst bei wichtigen Grundnahrungsmitteln, wie Fleisch, Wurst, Butter und Milch konnte keine ausreichende Versorgung gewährleistet werden. Im Jahre 1964 mussten diese Erzeugnisse wieder rationiert werden. Jeder Haushalt im Lande bekam eine Stammkarte, mit der er diese Lebensmittel nur in einer auf dieser Karte vermerkten Stammverkaufsstelle einkaufen durfte und dies auch nur in begrenzten Mengen. Die komplizierte Versorgungslage machte immer umfangreichere staatliche Eingriffe notwendig. Die Verantwortung hierfür lag beim Ministerium für Handel und Versorgung. Die vorhandenen Warenfonds für die Versorgung der Bevölkerung wurden auf die 15 Be-

zirke der DDR aufgeteilt. Für jeden Bereich des Handels wurden exakte Planvorgaben festgelegt. In den Bezirken und Kreisen hatten die örtlichen Staatsorgane die Aufgabe, die ihnen zugewiesenen Warenmengen für ihr Territorium aufzuteilen und die Durchsetzung der zentral festgelegten Ziele zu kontrollieren. Die Aufteilung der Warenfonds auf die Handelsbetriebe erfolgte in sogenannten zentralen und bezirklichen sowie kreislichen Versorgungsplänen.

Trotz detaillierter Planvorgaben gab es immer wieder unerklärliche und unerwartete Versorgungsprobleme und -lücken. Als typisches Beispiel war in den 60er Jahren mehrfach ein überplanmässig hohes Aufkommen von Eiern in der Landwirtschaft zu verzeichnen. Der Handel hatte für den Abbau des Eier-Berges zu sorgen. Er wälzte das Problem auf die Bürger ab mit den Werbespots «Jeder täglich ein Ei» oder «Iss ein Ei mehr». In den Medien wurde die positive Wirkung des Eikonsums hervorgehoben. Umgekehrt war in Zeiten der Ei-Knappheit dann von diesen Parolen nichts mehr zu hören. Es wurde vielmehr vor einem zu hohen Eiverbrauch gewarnt.

Bei der Entwicklung der Handelsstrukturen wurden markt- und bedarfsbestimmende Faktoren kaum berücksichtigt. Der Handelsmarkt wurde planmässig gestaltet, ohne Faktoren wie die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur, die langfristigen Veränderungen des Kaufverhaltens der Bevölkerung oder die Ausprägung des Stadt-Land-Verhältnisses ausreichend zu berücksichtigen.

Der Ausbau des Handelsnetzes konzentrierte sich auf Neubaugebiete und Stadtzentren. Der Bau von Handelseinrichtungen auf der «grünen

Vielfältige Versorgungsprobleme statt Angebotsvielfalt

Ab den 70er Jahren war die Lebensmittelversorgung gesichert: – Vielfalt und Qualität des Angebots hielten jedoch mit westlichen Standards nicht Schritt

Foto: Bundesbildstelle Bonn



Wiese» ausserhalb der Städte unterblieb, weil die verkehrsmässige Erschliessung einerseits und die Motorisierung der Bevölkerung andererseits nicht gegeben war.

Anfang der 70er Jahre ging es in der DDR wirtschaftlich aufwärts. Lebensmittel waren jetzt insgesamt ausreichend und kontinuierlich im Angebot. Dazu gehörten sowohl Grundnahrungsmittel wie Fleisch- und Wurstwaren, Brot, Butter, Gemüse und Obst als auch Genussmittel wie Kaffee, Spirituosen und Wein. Natürlich entsprach sowohl die Sortimentsbreite als auch die Qualität bei Weitem nicht westlichen Standards. So bestand das Angebot bei Gemüse vor allem aus Weiss- und Rotkohl, Möhren, Zwiebeln und einigen saisonbedingt anfallenden Gemüsearten.

Bei der Mehrzahl der Industriewaren war mengenmässig ein ausreichendes Angebot vorhanden. Es entsprach jedoch in der Qualität, der modischen Aktualität, dem Design oder im technischen Standard in der Regel nicht dem Niveau westlicher Erzeugnisse. So erhielt man zwar Schuhe, wenn man die Absicht hatte welche zu kaufen, doch Form und Aussehen entsprachen oftmals nicht den Käuferwünschen. Ebenso bekam man ein Radiogerät, einen Fernseher oder eine Waschmaschine, aber im allgemeinen hinkten diese dem westlichen Standard um Jahre hinterher. Wenn in Einzelfällen Produkte entwickelt und produziert wurden, die dem Niveau westeuropäischer Erzeugnisse entsprachen, dann kamen sie entweder in viel zu geringer Stückzahl in das Angebot des Einzelhandels oder ihr Preis war so hoch festgelegt, dass der Kauf einen beträchtlichen Einschnitt in das Haushaltsbudget darstellte. So musste für ein Farbfernsehgerät, das in der Bundesrepublik Deutschland etwa 1'000 DM kostete, in der DDR fast 6'000 Mark bezahlt werden. Die künstliche Knappheit der attraktiven Waren wurde auch dadurch hervorgerufen, dass ein grosser Teil exportiert wurde.

Am unerträglichsten war die Situation in der Versorgung mit Autos. Hier konnte bereits Anfang der 60er Jahre das Angebot nicht mehr die Nachfrage abdecken. Die Zahl der produzierten «Trabant» und «Wartburg» war zu gering, ein Teil davon ging auch noch in den Export. Andererseits wurden zu wenig Fahrzeuge importiert, und wenn, dann nur Marken östlicher Herkunft «Skoda», «Lada», «Moskwitsch» oder «Wolga». Ein Bestellsystem für Personenkraftwagen wurde eingeführt. Dieses System öffnete mit der Zeit Betrug und Schieberei Tür und Tor. So meldeten sich alle Personen über 18 Jahre – dies war als untere Altersgrenze für eine Pkw-Anmeldung festgelegt – für ein Auto an, auch Bürger, die niemals einen Führerschein besessen haben.

Warten auf das
ersehnte Auto

Gelangten diese in den Besitz eines Autos, wurde es oft über dem Neupreis weiterverkauft. Die Wartezeiten wurden immer länger. Während die Anmeldungen aus dem Jahre 1965 etwa nach 5 Jahren – also spätestens 1970 – eingelöst wurden, waren die in den Jahren 1974 und 1975 bestellten Fahrzeuge mit dem faktischen Ende der DDR um die Jahreswende 1989/1990 immer noch nicht ausgeliefert.

Auch einige andere industrielle Güter blieben für DDR-Bürger in allen 40 Jahren schwer zu erwerben. Dazu gehörten Gefrierschränke, hochwertige Möbel und Polsterwaren, Videogeräte, Armaturen, Zement und Fliesen. Es entstand ein hoher angestauter Bedarf. Er konnte nur befriedigt werden, wenn der Bürger neben dem Geld auch über «Vitamin B» verfügte, wie es im Volksmund hiess. Das bedeutete, er musste ausreichende persönliche Beziehungen zum Verkaufspersonal haben.

Da das Angebot an industriellen Konsumgütern nicht ausreichte, gaben die Menschen mehr Geld für Lebensmittel aus, als ernährungsphysiologisch notwendig gewesen wäre. Dadurch lag die DDR im Pro-Kopf-Verbrauch von Nahrungs- und Genussmitteln im internationalen Vergleich mit an der Spitze.

Besonders durch das Fehlen von Devisen gab es immer wieder Einschränkungen des Imports. So konnte nicht ausreichend Kaffee eingeführt werden. Als Ausweg wurde eine Mischung aus Kaffee und Surrogaten geschaffen und als Kaffee-Mix in die Läden gebracht. Dazu wurde der Preis auf 6 Mark für 250 g festgelegt. Es gab viele Diskussionen in der Bevölkerung, die diesen Qualitätsverlust nicht hinnehmen wollte. Der Verkauf von «normalem Kaffee» sank nicht. Viele sorgten vor und kauften Kaffee auf Vorrat. Im Ergebnis musste mehr Kaffee importiert werden als vorher.

Sehr ungenern erinnern sich viele Bürger auch an die Versorgung mit Südfrüchten und Nüssen. Jahrelang gab es sie nur zu Weihnachten, oft mit langen Schlangen vor den Läden. Als die Devisen knapp wurden, versuchten die Handelsplaner auch hier zu sparen. Anstelle der Apfelsinen aus Spanien oder Griechenland wurden Cuba-Orangen angeboten, mit mehr Kernen, einer härteren Schale und schlechterem Aussehen. Weil die keiner kaufen wollte, gab es in der Presse eine Erklärung zum höheren Vitamingehalt der Cuba-Orangen. Damit war auch diese Massnahme der Lächerlichkeit preisgegeben.

Zu Beginn der 80er Jahre wurde der Versuch unternommen, auch durch den Handel die Devisenlage des Staates zu verbessern. Das Netz der «Intershops» wurde ständig erweitert. Die «Intershopläden», die vorwiegend Waren gegen Devisen an Bürger aus der Bundesrepublik

Chronische
Devisenknappheit
erschwerte den Import
begehrter Waren



Foto: ADN

In den «Delikat-Läden» wollte jeder gern einkaufen – doch nur wenige konnten es sich leisten

«Delikat»- und
«Exquisit-Läden»
boten zur Kasse



Foto: Bundesarchiv

Deutschland und Ausländer verkauften, befanden sich bis dahin nur an Flughäfen, Autobahnraststätten und in Hotels. Jetzt wurde in jedem Kreis mindestens ein solcher «Intershop» geschaffen. 1988 existierten annähernd 1'000 «Intershop-Verkaufsstellen», die immerhin einen jährlichen Umsatz von rund 1,1 Milliarden DM tätigten.

Ideologisch wurde von allen Bürgern eine Abgrenzung zum «Westen» erwartet und angeordnet. Aus wirtschaftlichen Zwängen heraus wurde praktisch eine gegenteilige Politik betrieben. Wer «West-Kontakte» besass, konnte sich einen kleinen Teil des erstrebten westlichen Luxus leisten. Die Regierenden gingen sicher berechtigterweise davon aus, dass sich ein grosser Teil der Bevölkerung aus verwandtschaftlichen oder bekanntschaftlichen Beziehungen zum anderen Teil Deutschlands D-Mark beschaffen konnte. Sie haben nicht beachtet, dass einem anderen grossen Teil der Bevölkerung durch die erklärte scharfe Abschottungspolitik eben diese Möglichkeit der Devisenbeschaffung verwehrt war. Mit der Einführung der DM als zweite Währung drohte eine wirtschaftliche Spaltung der Gesellschaft.

Um dieser Tendenz zu begegnen, wurde auch zu Beginn der 80er Jahre ein umfassendes Netz sog. «Delikat»- und «Exquisit»-Verkaufsstellen eingerichtet. In den «Delikat-Läden» gab es hochwertige Nahrungs- und Genussmittel, die zum Teil dem in den Intershops angebotenen Sortiment entsprachen. In den «Exquisit-Läden» wurden vor allem modische und qualitativ gute Bekleidungszeugnisse sowie Schuhe und Lederwaren verkauft. Beide Formen unterschieden sich von den «normalen» Lebensmittel- sowie Bekleidungs- und Schuhge-



Foto: ADN

schäften neben der unterschiedlichen Sortimentspalette vor allem dadurch, dass die Preise für die einzelnen Erzeugnisse in der Regel so hoch waren, dass nur Leute dort einkaufen konnten, die über viel DDR-Mark verfügten. Auch dies barg sozialen «Zündstoff».



Die Preise in den «Delikat-Verkaufsstellen» lagen erheblich über den Preisen in den «Intershops». So kosteten 1988

	im «Intershop» in DM	im «Delikat- Laden» in Mark
1 Dose Ananas	1,50	14,00
100 g Aal	4,00	19,00
1 Dose Spargel	3,50	18,00
1 Tafel Markenschokolade 1,-		7,—

Im Jahre 1988 existierten in der DDR ca. 900 «Delikat-Verkaufsstellen» und ca. 1'500 «Exquisit-Verkaufsstellen». Darüber hinaus bestanden selbständige «Delikatabteilungen» in 700 Kaufhallen und 1'500 Fachverkaufsstellen.

Mit ähnlicher Zielsetzung wie die «Intershops» wurde auch die «Genex-Geschenke» GmbH geschaffen. Hier konnten neben ausländischen Bürgern, insbesondere Verwandte aus der Bundesrepublik Deutschland für Devisen Waren erwerben und DDR-Bürger damit beschenken.

Alle planwirtschaftlichen Regelungen und Erfindungen halfen jedoch nicht. Die Parität zwischen Kauf- und Warenfonds konnte nicht hergestellt werden, d.h. es war mehr Geld im Umlauf als Waren zur Verfügung standen. Mitte der 80er Jahre verstärkte sich deshalb der Prozess der inflationären Entwicklung. Durch Lohn- und Gehaltssteigerungen und sozialpolitische Massnahmen wurde immer mehr «Geld unter die Leute gebracht», ohne dass eine entsprechende wirtschaftliche Deckung durch Steigerung der Produktivität gegeben war. Verschärfend kam hinzu, dass Waren teilweise zu Dumping-Preisen in das westliche Ausland verkauft wurden, um Devisen zu erwirtschaften. Damit wurde die nationale Warendecke immer kleiner. Die Bevölkerung besass Geld, für das sie sich die gewünschten Waren nicht kaufen konnte. Der Handel wurde zum Mangelverwalter degradiert.

Von der PGH zur Komplexannahmestelle – das Handwerk zwischen echtem Handwerk und Dienstleistungsunternehmen

Hildegard Rohne

Wer in der DDR handwerkliche Leistungen in Anspruch nehmen wollte, bekam die Auswirkungen der Planwirtschaft zu spüren. Wartezeiten, fehlende Ersatzteile, schwierige Materialbeschaffung, mangelnde Reparaturkapazitäten konnten für die Kunden und Handwerker zum Alptraum werden.

Frühzeitig wurde staatlicherseits die Neubildung privaten Eigentums unterbunden, Konkurrenz zwischen den Unternehmen passte nicht in das Gesellschaftssystem, alles wurde geplant, Engpässe und Mangel blieben bestehen.

Ähnlich wie in der Landwirtschaft wurde auch im Handwerk mit der Bildung von Produktionsgenossenschaften begonnen. Dem privaten Handwerker wurde durch hohe Steuersätze, dirigistische Vorschriften, staatlich geförderte Konkurrenzunternehmen und andere Mittel das Leben schwer gemacht. Dennoch gab es neben den sogenannten Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGHs) bis zum Ende der DDR auch immer noch den privaten Handwerksbetrieb.

Die Bildung von PGHs begann 1952 als Zusammenschluss von privaten Handwerksunternehmen und deren Beschäftigten. Die von den privaten Handwerksunternehmen eingebrachten Maschinen, Ausrüstungen und Werkzeuge wurden als genossenschaftliches Eigentum genutzt. Die Mitglieder der PGHs erhielten neben ihrem Lohn jährlich einen Gewinnanteil. Mitte der 50er Jahre gab es rund 248'200 private Handwerksunternehmen und 85 Produktionsgenossenschaften des Handwerks mit 718'200 bzw. 2'540 Beschäftigten (ohne Lehrlinge). In der zweiten Hälfte der 50er Jahre wurde die Bildung der PGHs weiter forciert, so dass 1960 bereits 5'878 PGHs mit 162'500 Beschäftigten bestanden. Gleichzeitig war dadurch ein Rückgang bei den privaten Handwerksbetrieben auf 173'200 mit 434'100 Beschäftigten zu verzeichnen.

Die PGHs entwickelten sich teilweise zu industriell arbeitenden Unternehmen, waren wichtige Zulieferer für Industrie- und Bauunternehmen des volkseigenen Sektors und an Exportlieferungen beteiligt. Im

Produktions-
genossenschaften
verdrängten privates
Handwerk

Im Frühjahr 1972 wurde die Umwandlung der industriell produzierenden PGHs sowie der PGHs mit Bauproduktion in volkseigene Betriebe vorangetrieben und im Laufe des Jahres abgeschlossen.

Die aus den PGHs entstandenen neuen volkseigenen Betriebe wurden nicht mehr zum Handwerk gerechnet. Die Zahl der PGHs verringerte sich so 1972 auf 2780, und die Zahl der Beschäftigten im Handwerk sank deutlich.

Für die PGHs und die privaten Handwerksunternehmen wurden Ende der 60er bzw. Anfang der 70er Jahre neue steuerliche Regelungen erlassen. So wurden u.a. die örtlichen Staatsorgane ermächtigt,

- zur Förderung wichtiger Handwerksleistungen die Handwerksteuer (insbesondere die Umsatz- und Lohnsummensteuer) herabzusetzen,
- für Dorfhandwerker bestimmter Berufe ohne Lohnbeschäftigte sowie für im Rentenalter stehende Handwerker ohne Lohnbeschäftigte die Handwerksteuer in Anlehnung an die bisher gezahlte Handwerksteuer pauschal festzusetzen,
- den Zuschlag zur Gewinnsteuer von privaten Handwerksbetrieben nicht zu erheben, wenn die Einnahmen aus Reparatur-, Dienst- und Versorgungsleistungen mehr als 95% der Gesamteinnahmen des Betriebes betragen. Bei den PGHs wurde auf dieser Grundlage entschieden, welche Besteuerung des Gewinns anzuwenden ist.

Ziel war es, das Handwerk überwiegend auf Reparatur-, Dienst- und Versorgungsleistungen, die direkt für die Bevölkerung ausgeführt wurden, zu beschränken, wobei gleichzeitig das Angebot an diesen Leistun-

*Starthilfe in der Zinnowitzer
Strafe, Ost-Berlin (1960)*

Foto: Bundesarchiv



gen erhöht werden sollte. Diese Leistungen umfassten auch die Herstellung von Fertigerzeugnissen nach individuellen Wünschen, wie z.B. das Anfertigen von Kleidung, Möbeln usw. sowie Tätigkeiten im Rahmen des Wohnungsbaus. Dagegen konnte das Handwerk teilweise Zuliefer- und Kooperationsleistungen für die Industrie nicht mehr erbringen, da der Gewinn aus diesen Tätigkeiten höher versteuert wurde und diese damit unrentabel wurden.

Diese steuerlichen Massnahmen brachten jedoch nicht den gewünschten Erfolg der Verbesserung des Angebots an Handwerksleistungen. Die Anzahl der privaten Handwerksunternehmen war weiterhin rückläufig. So gab es 1970 116'500 private Handwerksunternehmen, 1975 waren es nur noch 88'635. Besonders betroffen waren die Berufsgruppen Bäcker, Fleischer, Schneider, Tischler, Uhrmacher, Klempner und Maler. Ursache für den Misserfolg war, dass die steuerlichen Vergünstigungen allein für die Handwerker keinen Anreiz bildeten, ihr Unternehmen zu vergrössern und den Umsatz zu erhöhen. Ihnen waren Grenzen gesetzt. Mehr als 10 Beschäftigte durften sie nicht einstellen. Mit steigendem Gewinn mussten sie wesentlich mehr Steuern zahlen. Bei einem Gewinn von 50'000 Mark der DDR zahlten sie 47% Steuern, bei einem Gewinn von 250'000 Mark der DDR waren es schon 75% des Gewinns.

Eingebunden in die Planwirtschaft erhielten sie Auflagen, was und wieviel zu produzieren ist bzw. welche Dienstleistungen zu erbringen sind. Darauf ausgerichtet war auch die Bereitstellung von Rohstoffen und Ersatzteilen. Es kam auf die Findigkeit der Handwerker an, sich

Handwerk ohne «goldenen Boden»



Saubere Arbeit – um die Karosserie nicht zu verschmutzen, haben die Mechaniker vor der Reparatur die Kotflügel mit Schutzhauben abgedeckt

Foto: ADN

Material zu beschaffen bzw. alte ausgebaute Teile und Baugruppen wieder zu verwenden. Material war nicht ausreichend vorhanden, die Qualität des Vorhandenen liess zu wünschen übrig, so dass die Handwerker ihre Arbeit nur unter Schwierigkeiten ordnungsgemäss ausführen konnten.

Durch die Planwirtschaft waren der Produktions- und Leistungsspielraum und somit auch die Absatzmöglichkeiten eingeschränkt. Eine Orientierung am Markt war ausgeschlossen, da durch den vorgegebenen Plan alles geregelt war. Mit der Planung wurde der Umfang der Reparaturleistungen z.B. an Schuhen, an Kraftfahrzeugen, an elektrischen Haushaltsgeräten bestimmt. Der Bedarf der Bürger an handwerklichen Leistungen wurde also durch den Staat geplant. Der tatsächliche Bedarf der Bürger war aber grösser als im Plan vorgesehen. So wurden handwerkliche Leistungen zur Mangelware.

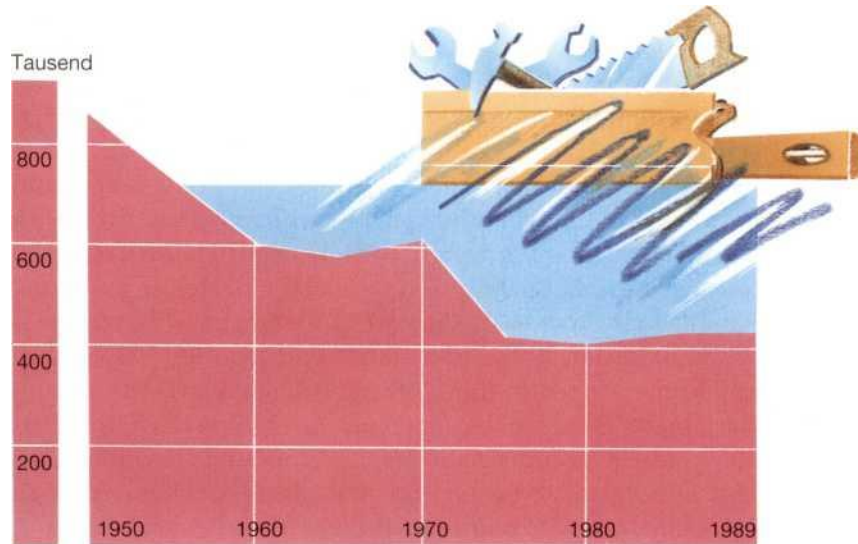
Die von den Handwerkern gezahlten Löhne und Gehälter an die Gesellen und Angestellten lagen weit unter denen im volkseigenen Sektor, so dass Facharbeiter nicht bereit waren, im Handwerk zu arbeiten. Daraus erklärt sich auch, dass über 40% der privaten Handwerker keine Beschäftigten hatten. Nur 5% der Handwerker hatten 9 oder 10 Beschäftigte.

Hinzu kommt, dass die Ausbildungsplätze ebenfalls durch die staatlich gelenkte Berufsausbildung vorgegeben wurden. Die Handwerker konnten keine Auszubildenden entsprechend ihrer Auftragslage einstellen, sondern mussten auf die Zuteilung durch die örtlichen Staatsorgane warten. Der Nachwuchs aber fehlte. Die Neueröffnung eines Handwerksunternehmens war nicht lukrativ und mit Schwierigkeiten verbunden. Es gab keinen Gewerberaum, neue Technik stand nicht zur Verfügung, und die vorhandene Technik, insbesondere bei Bäckern und Fleischern, stammte teilweise noch aus der Vor- bzw. Nachkriegszeit.

Gewerbe genehmigungen wurden in dieser Zeit nur in geringem Umfang erteilt. Demgegenüber stand ein hoher Bedarf an handwerklichen Leistungen. Die zunehmende Ausstattung der Haushalte mit Radio- und Fernsehgeräten, Geräten der Tontechnik, elektrischen Haushaltsgeräten und Kraftfahrzeugen hatte Auswirkungen auf die Nachfrage nach Reparaturleistungen und nach Ersatzteilen. Gefragt waren u.a. auch die Reparatur von Schuhen und Uhren, die Neuanfertigung von Bekleidung, photographische Arbeiten, Leistungen der Sanitärtechnik, Möbelreparatur und -anfertigung.

Bei Reparatur- und Dienstleistungen sowie Neuanfertigung waren die Wartezeiten dementsprechend recht lang. Handwerker hatten teilweise nur einmal in der Woche oder im Monat geöffnet, um Reparaturen anzunehmen und Termine für Aufträge zu vergeben. So nahmen Ju-

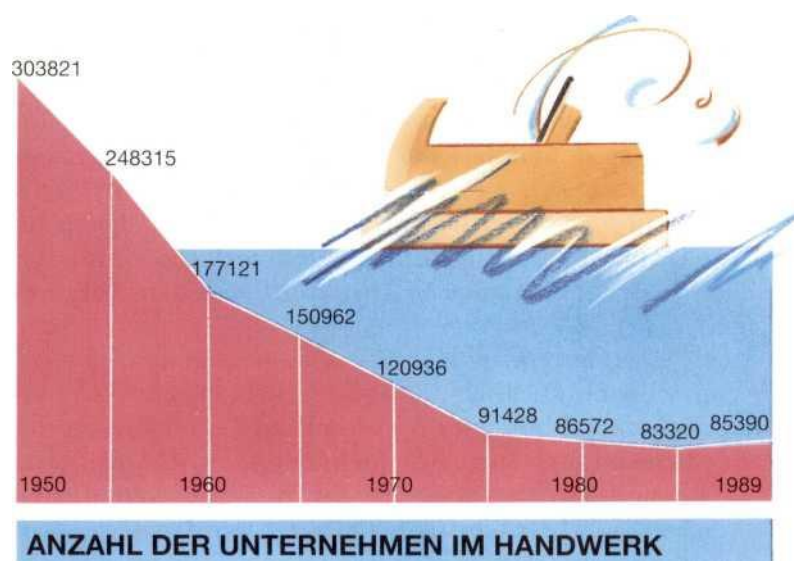
Strapaziöse Zeiten
für Kunden und
Handwerker



BESCHÄFTIGTE IM HANDWERK

welie oder Drechsler nur einmal im Monat Aufträge an; die Fertigstellung des Auftrages dauerte wegen Überlastung der Handwerker manchmal bis zu einem Jahr. Selbst beim Friseur war ein Termin erforderlich, um bedient zu werden. Ohne Anmeldung ging nichts. Andererseits war aber eine Erweiterung seiner Kapazitäten dem Handwerker aufgrund der staatlichen Vorgaben kaum möglich.

Für den Kunden waren die wiederholten Gänge zum Handwerker und die langen Wartezeiten belastend. Allerdings konnte er die Wartezeiten verkürzen, wenn er «kleine Aufmerksamkeiten» zahlte oder im Besitz von



«blauen Fliesen» (Westmark) war und einen Teil der Leistungen in dieser zweiten Währung beglich. Das brachte die Mangelwirtschaft mit sich.

Der Bürger lernte, mit diesen Mängeln zu leben und wurde zum Hobbyhandwerker. Er war gefordert, kreativ zu werden. Das fing bei dem Erschliessen von Materialreserven an und hörte beim Werkzeug auf. Wer Beziehungen hatte, konnte beispielsweise Autoersatzteile gegen «Fliesen» tauschen bzw. den Bezug von Raritäten vermitteln. Der meist gefahrene Wagen in der DDR, der «Trabbi», wurde so zum Bastelauto. Daneben bestand auch die Möglichkeit, in Feierabendarbeit für gutes Geld Reparaturen und Instandsetzungen erledigen zu lassen. So manches Eigenheim und so manche «Datsche» wurden auf diese Weise gebaut.

Mit den getroffenen staatlichen Massnahmen konnte die rückläufige Entwicklung im Handwerk nicht gebremst werden. Vielmehr war durch die Schliessung von Handwerksbetrieben, besonders im ländlichen Raum, teilweise die Versorgung der Bevölkerung nicht mehr gewährleistet. Die von den Fleisch- und Backwarenkombinaten angebotenen Waren und die von den Dienstleistungsbetrieben und -kombinaten angebotenen Leistungen konnten den Bedarf nicht decken.

Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre wurden daher die Möglichkeiten, eine Gewerbe genehmigung zu erhalten, erleichtert. Vorrang für die Erteilung einer Gewerbe genehmigung hatten dabei die vom Staat als versorgungswichtig eingestufteten Gewerbe wie Bäcker, Fleischer, Tischler, Schlosser, Schmiede, Schuhmacher und Friseur.

Die Nachfrage nach Produkten des Handwerks wurde durch schlechte Qualität von Industrieerzeugnissen oft noch vergrössert. So wurden z.B. das Backerbrotchen und -brot von der Bevölkerung bevorzugt. Das von den Backwarenkombinaten gelieferte Brot lagerte manchmal in den Kaufhallen bis es alt und hart war; die Kunden lehnten es in der Mehrzahl ab, weil es zum Zeitpunkt des Verkaufs meist nicht mehr frisch war. Die von den Fleischkombinaten gelieferte Wurst hatte einen Einheitsgeschmack. So wurde der Gang zum Bäcker oder Fleischer trotz Anstehens vorgezogen.

Um eine Gewerbe genehmigung zu bekommen, war die entsprechende Qualifikation erforderlich, nämlich der erfolgreiche Abschluss einer Meisterprüfung. Seit Anfang der 80er Jahre bestand aber auch die Möglichkeit, die geforderte Meisterausbildung in einer mit der Gewerbe genehmigung festgelegten Frist nachzuholen. Damit wurden Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Ehepartner, Kinder und langjährige

Massnahmen zur
 Überwindung der
 Versorgungsschwierigkeiten

Beschäftigte nach Abschluss der Meisterausbildung den privaten Handwerksbetrieb weiterführen konnten. Für viele Handwerksbetriebe konnten nun wieder Familientraditionen fortgesetzt werden.

Erleichterungen gab es auch bei der Inanspruchnahme von Krediten und der Besteuerung. Es wurden Kredite bewilligt zum Kauf von Maschinen, Ausrüstungen und Material zur Modernisierung und Rationalisierung; die Verzinsung betrug 5% jährlich. Aber was nutzten dem Handwerker günstige Kredite, wenn es die erforderlichen Maschinen und Ausrüstungen in der DDR nicht frei verfügbar gab, er seinen Bedarf erst beim örtlichen Staatsorgan anmelden und warten musste, dass er in die Bilanz der Verteilung aufgenommen wurde. Devisen zum Kauf der neuesten Technik waren für das Handwerk nicht vorhanden.

Es ist daher kein Wunder, dass die staatlichen Massnahmen nicht schlagartig wirksam wurden. Erst Mitte der 80er Jahre machten sich die Erleichterungen für den Erhalt einer Gewerbe genehmigung bemerkbar. War bis 1975 ein rapider Rückgang der privaten Handwerksunternehmen zu verzeichnen, so vollzog sich die Abnahme bis 1985 in einem geringeren Umfang. Ab 1986 war ein leichter Anstieg der Anzahl zu verzeichnen.

Die Entwicklung in den einzelnen Bereichen des Handwerks war sehr unterschiedlich. Gewerke, wie z.B. das Bauhandwerk, Kraftfahrzeughandwerker, Glasbläser, Schnitzer, waren staatlicherseits sehr gefragt und hatten ausserdem die Möglichkeit, in Feierabend- und Sonnabend-/Sonntagsarbeit Wünsche der Bürger zu erfüllen und damit zusätzliche Einnahmequellen zu erschliessen.

Wo es dem Staat Renommee oder schlicht materielle Vorteile verschaffte, nahm er die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Handwerker gern in Anspruch. Dies galt u.a. bei der Wiederherstellung, Rekonstruktion und Erhaltung kulturhistorischer Bauwerke und Denkmäler. So wirkten z.B. Handwerker mit beim Aufbau des Ephraimpalais, des Schauspielhauses und des Französischen Doms in Berlin sowie der Dresdner Semperoper. Traditionelle Handwerksberufe wie Schnitzer, Glasbläser, Instrumentenbauer, angesiedelt im Erzgebirge und Thüringen, stellten ihre Erzeugnisse überwiegend für den Export her; sie waren begehrte «Devisenbringer». Nussknacker, Weihnachtspyramiden aus dem Erzgebirge, Glas waren aus Lauscha waren überall im westlichen Ausland zu erhalten. Der DDR-Bürger musste jedoch danach anstehen, wenn es diese Artikel im Handel gab, oder kaufte sie auf freien Märkten zu einem hohen Preis. Damit hatten die Handwerker ein zusätzliches Einkommen, da vom Bürger für diese Raritäten der geforderte Preis gezahlt wurde.

Nussknacker
als Devisenbringer

*Handwerk oder Kunsthandwerk? –
In der DDR zählten Glasbläser zu
den Devisenbringern*

Foto: ADN



Anders dagegen sah es u.a. bei Schneidern, Schuhmachern, Friseuren, Uhrmachern, Bäckern und Fleischern aus. Die Nachfrage nach deren Leistungen war zwar ebenfalls sehr hoch – modische Bekleidung war schwer erhältlich und sehr teuer, das gleiche traf für Schuhe zu, also liess der DDR-Bürger nähen bzw. reparieren – aber der Aufwand stand in keinem Verhältnis zum Ergebnis. Die schwere körperliche Arbeit der Bäcker und Fleischer brachte wegen staatlich festgesetzter Niedrigpreise zu wenig ein. Ähnlich war es bei den Schneidern, Schuhmachern, Friseuren und Uhrmachern. Da die staatlich festgelegten Preise für diese Leistungen die Kosten nicht deckten, erhielten diese Handwerker Subventionen. Die Höhe der Subventionen bestimmte damit auch die Höhe der Gewinne.

Die Bedeutung des Handwerks gegenüber der Industrie und der Bauindustrie war im volkswirtschaftlichen Sinne gering. Der Schwerpunkt der Leistungen war durch die Vorgabe staatlicher Planaufgaben darauf ausgerichtet, den Bedarf der Bevölkerung an Reparatur-, Dienst- und Versorgungsleistungen abzudecken. Neben dem Handwerk entstanden zur Abdeckung des Bedarfs an Reparatur- und Dienstleistungen in den Kreisen und Bezirken der DDR volkseigene Dienstleistungsunternehmen und -kombinate.

Der Hang zu immer
grösseren Betriebs-
einheiten

Diese boten auch typische Handwerksleistungen an, wie z.B. die Reinigung von Wäsche, Kleidern, Teppichen oder Polstermöbeln, Reparatur von Schuhen sowie fotografische Arbeiten. Auch die Dienstleistungsunternehmen und -kombinate erhielten staatliche Planaufträge für ihre wirtschaftliche Tätigkeit.

Handwerksmeister, die sich nicht selbständig machen wollten, Facharbeiter, die nicht im privaten Handwerk oder in PGHs arbeiten wollten, waren in den volkseigenen Dienstleistungsunternehmen und -kombinaten tätig, da hier andere, günstigere Tarifregelungen galten als im Handwerk. Es wurden höhere Löhne und Gehälter gezahlt, und der 8-Stunden-Arbeitstag war gesichert.

Die Reparaturwerkstätten dieser Betriebe waren räumlich konzentriert. Viele Leistungsarten wurden auch im Hauskundendienst angeboten, so z.B. die Reparatur von Haushaltsgrossgeräten. Daneben sollten über ein ausgebautes Netz von Annahmestellen bis in die Gemeinden hinein kundenfreundliche Öffnungszeiten und kurzfristige Lieferzeiten gewährleistet werden. Die «Komplexannahmestellen» (Annahme einer Vielzahl von Aufträgen für verschiedenartige Dienstleistungen und Reparaturen) stellten eine Erleichterung für die Kunden dar; in einer Annahmestelle konnten mehrere unterschiedliche Aufträge abgegeben werden. Die Wegezeiten für die Kunden wurden geringer. Andererseits mussten die zu reparierenden Waren bzw. die zu reinigenden Textilien von den Annahmestellen zu den Reparaturwerkstätten transportiert werden, was die Lieferzeit für das reparierte Gerät oder die gereinigten Textilien wieder verlängerte.

«Komplexannahmestellen»

Eine Vielzahl von Dienstleistungen sollte die Bürger im Alltag entlasten – doch Reparaturzeiten waren lang

Foto: ADN



Neben dem Handwerk, den Dienstleistungsunternehmen und -kombinaten gab es noch Einrichtungen der Industrieunternehmen, die auch auf dem Reparatur- und Dienstleistungssektor tätig waren. Die Industrierivertriebe (Einrichtungen der Industriebetriebe) führten insbesondere Reparaturen an Radio- und Fernsehgeräten, Tontechnik und elektrischen Haushaltsgeräten durch. Die Dienstleistungsunternehmen und -kombinate sowie die Industrierivertriebe waren neben dem Handwerk notwendig, um den hohen Bedarf an Reparatur- und Dienstleistungen abzudecken, da das Handwerk über Jahre durch die Planwirtschaft in seiner Entwicklung gehemmt wurde. Das Bestreben des gesellschaftlichen Systems war es, den volkseigenen Sektor auszubauen und Privatinitiativen in Grenzen zu halten. Somit waren die volkseigenen Dienstleistungsunternehmen und -kombinate sowie die Industrierivertriebe Konkurrenzunternehmen für das Handwerk.

Der Bedarf an Reparatur-, Dienst- und Versorgungsleistungen konnte trotz aller staatlicher Massnahmen im Handwerk und trotz des Entstehens der Dienstleistungsunternehmen und -kombinate nicht abgedeckt werden. Bis zur Wende 1989 kämpfte der Bürger mit langen Wartezeiten bis zur Ausführung der Leistungen, war gezwungenermassen als Hobbyhandwerker und Bastler tätig und musste vorhandene Beziehungen nutzen, um an begehrte, aber seltene Waren wie Ersatzteile, heranzukommen. Nach der Wende im Jahre 1989 wurde die Begrenzung für die Anzahl der Beschäftigten aufgehoben, neue steuerliche Regelungen wurden wirksam. Die Orientierung am Markt ist nun Grundlage für die Entwicklung im Handwerk.

Vom Fortschritt durch Verstaatlichung zum Rückstand in der Produktivität – die Industrie als wichtigster Wirtschaftsbereich

Friedrich Drange, Richard Herzog und Klaus Kockel

Schon vor dem 2. Weltkrieg gab es auf dem Gebiet der späteren DDR eine florierende Industrie. Besonders in den südlichen und zentralen Teilen waren Standorte der verarbeitenden Industrie angesiedelt. In Sachsen konzentrierten sich Zweige der Textilindustrie, der Leichtindustrie sowie verschiedene Zweige des Maschinenbaus. Sowohl der sächsische wie auch der thüringische Raum waren Standorte der feinmechanischen und optischen Industrie. Um Halle, Merseburg und Bitterfeld konzentrierten sich überwiegend Zweige der Chemieindustrie. So unter anderem die Grundstoffchemie in Leuna und Buna sowie die Fotochemie in Wolfen.

Die Wirtschaft des mitteldeutschen Raumes, bis dahin eng verbunden und verflochten mit den übrigen Gebieten des ehemaligen Deutschen Reiches, war infolge der Teilung Deutschlands plötzlich von ihren traditionellen Rohstofflieferanten und Absatzmärkten abgeschnitten. Der verarbeitenden Industrie fehlten die Lieferungen der vorwiegend in den westlichen Besatzungszonen beheimateten Grundstoffindustrie. Grosse Anstrengungen waren daher notwendig, um die Versorgung der Wirtschaft mit Grundstoffen möglichst aus eigenen Quellen zu sichern. Als nennenswerte Rohstoffvorkommen standen auf dem Gebiet der DDR aber nur Braunkohle- und Kalilagerstätten zur Verfügung.

Deshalb wurden in den ersten Jahren nach dem Kriege nicht nur durch den Krieg zerstörte Industriebetriebe wieder aufgebaut, sondern vorrangig auch Kapazitäten im Bereich der Kohle- und Energiewirtschaft sowie der Metallurgie und des dazu erforderlichen Schwermaschinenbaus erweitert und neu geschaffen. So kam es z.B. zu Kapazitätserweiterungen in den Stahl- und Walzwerken in Brandenburg und in Hennigsdorf, im Edelstahlwerk in Freital, in der Maxhütte Unterwellenborn und im Walzwerk Finow sowie zum Aufbau des Eisenhüttenkombinates Ost in Fürstenberg an der Oder. Zur Versorgung der metallurgi-

Ungünstige Rahmenbedingungen für den Wiederaufbau der Industrie durch Trennung von Rohstoff- und Absatzmärkten und Reparationsleistungen

schen Industrie mit den notwendigen Rohstoffen – wie Eisenerz und Koks – wurden Verfahren entwickelt, um aus minderwertigen Raseneisenerzen Roheisen zu gewinnen (Niederschachtofenwerk in Calbe) oder aus Braunkohle hüttenfähigen Koks herzustellen (Braunkohlenkokerie in Lauchhammer und Schwarze Pumpe).

Ferner wurde mit der Gewinnung von Zinn, Blei und Kupfer aus äußerst geringwertigen Erzen begonnen sowie die Steinkohleförderung im Zwickauer Revier unter ungünstigen Bedingungen wieder aufgenommen.

Der Wiederaufbau der Industrie verlief in der Sowjetischen Besatzungszone auch noch aus anderen Gründen unter wesentlich ungünstigeren Bedingungen als in den westlichen Teilen Deutschlands. Er musste nicht nur ohne ausländische Kapitalhilfe realisiert werden – die Marshallplanhilfe stand dem Osten nicht zur Verfügung –, sondern wurde durch umfangreiche Demontagen und Reparationsleistungen noch bis zum Jahre 1955 zusätzlich belastet.

Trotz dieser ungünstigen Rahmenbedingungen erreichte die Industrieproduktion der DDR Anfang der 50er Jahre das Vorkriegsniveau, also nur etwas später als die Bundesrepublik Deutschland (Herbst 1949), wobei bei einigen Erzeugnispositionen das Vorkriegsniveau bereits übertroffen wurde.

Unter dem Einfluss der sowjetischen Besatzungsmacht erfolgte gleichzeitig mit dem Wiederaufbau und der Umstrukturierung der Wirtschaft eine grundlegende Veränderung der Eigentumsverhältnisse. Die bei Kriegsende von der Besatzungsmacht in Sowjetische Aktiengesell-

Bereits mit dem Wiederaufbau begann die Veränderung der Eigentumsverhältnisse



Die einstige AEG-Produktionsstätte für U-Bootmaschinen in Henningsdorf war 1945 fast völlig zerstört – hier die Halle IIa

Foto: Zentralbild

schaften (oder kurz SAG-Betriebe) umgewandelten ca. 200 grossen Industrieunternehmen wurden bis Anfang der 50er Jahre in DDR-Volkseigentum überführt.

Die wohl grösste Sowjetische Aktiengesellschaft, die später in eine Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft umgewandelte Wismut-AG, blieb bis in die jüngste Zeit erhalten. Sie war mit dem Abbau der Uranerz-Vorkommen im erzgebirgischen und ostthüringischen Raum befasst und hat dort schwerste ökologische Schäden hinterlassen, die heute noch unübersehbar als Zeugen und Mahnmale an den Wahnsinn des atomaren Rüstungswettlaufs in der Zeit des Kalten Krieges erinnern. Aus den der DDR übereigneten SAG-Betrieben und durch weitere ab 1945/46 erfolgte Enteignungen von privaten Unternehmen entstand der als Volkseigentum bezeichnete staatliche Sektor der Industrie, dessen Anteil an der Gesamtindustrie 1950 gemessen an der Zahl der Unternehmen zwar nur 24%, aber sowohl an der Beschäftigtenzahl als auch am Produktionsvolumen bereits 75% erreichte.

In den Folgejahren nahm der Anteil dieser staatlichen Unternehmen immer weiter zu. Ende der 50er Jahre wurde mit der Einführung staatlicher Beteiligungen an privaten Industrieunternehmen eine neue Etappe der schrittweisen Umwandlung bis dahin noch bestehender mittelständischer Privatunternehmen in «sozialistisches Eigentum» begonnen.

Im Jahre 1972 wurden diese halbstaatlichen Unternehmen ganz in Staatseigentum überführt. Das geschah zur gleichen Zeit auch mit den industriell produzierenden Produktionsgenossenschaften des Handwerks.



Zu DDR-Zeiten wurde dort der PER Lokomotivbau Elektronische Werke «Hans Reimler» untergebracht, in der Halle IIa die Rahmenfertigung für den E-Lokbau

Foto: Zentralbild

**Volkseigentum und
Planwirtschaft
erwiesen sich schon
bald als ineffektiv**

Damit war im Jahr 1972 der Prozess der «Sozialisierung» in der Industrie abgeschlossen. 1972 bestanden nur noch 408 private Unternehmen in der Industrie mit 4'543 Beschäftigten und einem Anteil von 0,2% an den Beschäftigten in der Industrie insgesamt. Nur in wenigen Bereichen konnte eine kleine Anzahl von privaten Unternehmen überleben.

Mit der Abschaffung des Privateigentums wurden in der Industrie auch die Grundlagen einer freien marktwirtschaftlichen Ordnung beseitigt. Statt freier Unternehmerinitiative herrschte ein bürokratischer Planungsdirigismus. Dieses «sozialistische Wirtschaftssystem» war – wie sich nach kurzer Zeit herauszustellen begann – nicht in der Lage, der sozialen Marktwirtschaft vergleichbare Triebkräfte zu entwickeln und deshalb auch nicht so effizient. Aber gerade dieses war das erklärte Ziel und wurde ständig mit vielfältigen Wettbewerbsappellen und Leistungsanreizen angestrebt. Dazu dienten finanzielle Stimulierungssysteme ebenso wie auch die Vielzahl der öffentlichen Auszeichnungen und Ehrungen mit staatlichen Orden.

Auf diese Weise sind hohe Arbeitsleistungen von den Beschäftigten in der Industrie erbracht worden. Dass sich damit nicht auch ein erfolgreiches Wirtschaftswachstum und darauf aufbauend ein hoher Lebensstandard verbinden konnten, lag letztendlich an diesem uneffektiven Wirtschaftssystem.

Die mit den Fünfjahr- und Jahresvolkswirtschaftsplänen anvisierten, zum Teil sehr ehrgeizigen Zielvorstellungen, wurden meist nicht erreicht. Dennoch brachten die DDR-Medien ständig Erfolgsmeldungen



*Jubiläumsauto: Der 1 millionste
«Trabi» lief am 22.11.1973 im VEB
Sachsenring Automobilwerke
Zwickau vom Montageband*

Foto: ADN

über die Erfüllung von Jahres- und kurzfristigeren Plänen. Dabei wurde verschwiegen, dass die ursprünglich beschlossenen Planziele zuvor durch häufige Planänderungen nach unten korrigiert worden waren und nur deshalb als erfüllt abgerechnet werden konnten.

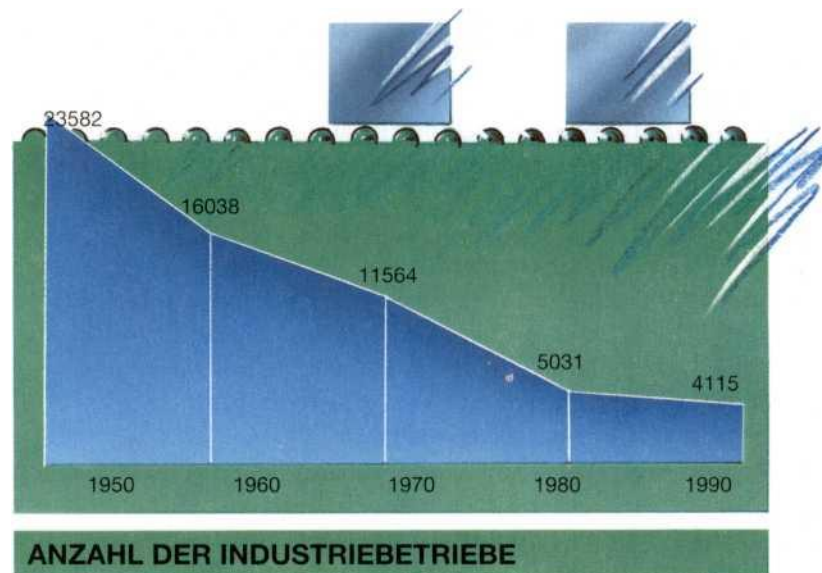
Durch die mit der Schaffung grösserer, leistungsfähigerer Wirtschaftseinheiten einhergehende Spezialisierung und Konzentration der Produktion sollten günstige Bedingungen für ein hohes technisches Niveau geschaffen werden.

In den 60er Jahren wurde die Einführung eines «Neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung» proklamiert, das der Ökonomie mit den ökonomischen Kriterien – wie Markt und Gewinn – größeren Spielraum im Wirtschaftsleben einräumen sollte. Dieses sehr zaghafte Reformvorhaben ist aber über erste Ansätze nicht hinausgekommen. Es wurde sehr bald ad acta gelegt und machte dem weiteren Ausbau und einer ständigen Straffung des dirigistischen Planungssystems Platz.

Auch die in den 70er und 80er Jahren gebildeten Kombinate, das waren etwa mit Konzernen vergleichbare Zusammenschlüsse von weiterhin juristisch und wirtschaftlich selbständigen Betrieben, brachten nicht den angestrebten allgemeinen Durchbruch zu wissenschaftlich-technischem Höchststand. Ende 1989 bestanden in der DDR 11 Industrieministerien, denen insgesamt 126 (zentralgeleitete) Kombinate mit rd. 1·700 Betrieben unterstellt waren.

Daneben gab es im Bereich der 15 Räte der Bezirke noch 95 (bezirksgeleitete) Industriekombinate und 850 Betriebe.

Im Wettlauf
um technischen Fortschritt
gelang es nicht,
Schritt zu halten



Ein Kernproblem der Industrie der DDR war, dass ihr infolge ihrer geringen Effizienz ständig die Mittel für die notwendige Erneuerung und Modernisierung fehlten. Hochtechnologie-Ausrüstungen aus westlichen Industrieländern blieben für sie ohnehin wegen der Embargo-Schranken unerreichbar.

Wenn in wichtigen Zweigen und Bereichen technologische Rückstände allzu offenkundig wurden und ein Hemmnis für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung zu werden drohten, riefen die Planer mit hohem Aufwand Programme zur Rekonstruktion und Modernisierung der betroffenen Zweige ins Leben, so z.B. das Energieprogramm in den 50er und 60er Jahren und das Chemieprogramm der 60er und 70er Jahre. Nach diesen Aktionen trat aber bald wieder der alte Zustand ein und der technologische Rückstand wuchs von Neuem.

In späteren Jahren gelang es einzelnen Kombinat durch Kooperation, Lizenznahme und sogenannte Gestattungsproduktion mit grossen bekannten Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland und anderen Ländern bei einigen Erzeugnisarten ein höheres technisches Niveau und ein international konkurrenzfähiges Angebot zu erreichen. Ein allgemein bekanntes Beispiel dafür war die Schuhindustrie, die auf diese Weise neben dem Qualitätsstandard auch ihr Produktionsvolumen steigerte. Auch in anderen Kombinat, vorwiegend der Leicht- und Konsumgüterindustrie (Bekleidung, Kosmetik) und teilweise auch im Fahrzeugbau (Gelenkwellen, Kfz-Motoren) sowie der Elektrotechnik/Elektronik (Autoradios), gab es solche Kooperationsbeziehungen.

Trotzdem waren es stets nur wenige Einzelerzeugnisse, die auf diese Weise ein international konkurrenzfähiges Niveau erlangten. Auf das Qualitätsniveau der gesamten Industrieerzeugnisse der DDR wirkte sich dies nur wenig aus.

Die Einführung moderner (material- und energiesparender) Verfahren und Technologien erfolgte in der DDR stets mit grosser zeitlicher Verzögerung im Vergleich zu anderen Industriestaaten. Dazu folgende Beispiele:

Vom Rohstahl wurden in der DDR 1985 noch 45% nach dem veralteten Siemens-Martin-Verfahren hergestellt, während die Anwendung dieses Verfahrens in der Bundesrepublik Deutschland, die 1982 schon 82% des Rohstahls nach dem energiesparenden Konverterverfahren (DDR: 23%) produziert hatte, bereits auslief.

Die Produktion von Gusseisen mit Kugelgraphit, das ein günstigeres Masse-Leistungsverhältnis besitzt, hatte in der DDR 1985 nur einen Anteil von 6,9% an der gesamten Giessereiproduktion, während sich der Anteil in der Bundesrepublik bereits auf 22% belief.

Die Produktion von NC- und CNC-gesteuerten Werkzeugmaschinen nahm in der DDR in den Jahren 1970 bis 1989 von 559 auf 1'657 Stück zu. In der Bundesrepublik Deutschland stieg die Produktion dieser modernen Ausrüstungen von 762 Stück im Jahre 1970 auf 10'614 im Jahre 1985. Auch beim Einsatz von NC- und CNC-Werkzeugmaschinen in der gesamten Wirtschaft spiegelte sich der technologische Rückstand der DDR gegenüber der Bundesrepublik Deutschland wider: 1985 waren in der DDR 5'500 Einheiten im Einsatz, in der Bundesrepublik Deutschland dagegen 64'000 Einheiten.



*Technische Denkmäler? –
Die Hochöfen in Eisenhüttenstadt
stammen aus der Gründerzeit
der DDR*

Foto: ADN

Für die Entwicklung ihrer elektronischen Industrie wendete die DDR in den 70er und 80er Jahren viele Milliarden Mark auf, die das Leistungsvermögen ihrer Volkswirtschaft überforderten und andere Bereiche benachteiligten.

Trotz des Einsatzes enormer Mittel blieb die DDR auch bei der Produktion und dem Einsatz moderner mikroelektronischer Technik zurück.

Die Produktion integrierter Schaltkreise war 1985 nach Schätzungen in der Bundesrepublik Deutschland rund 16mal so gross wie in der DDR. Je Einwohner konnte der Rückstand zwar im Laufe der Jahre verringert werden, blieb aber trotzdem noch erheblich (etwa 10 Jahre). Hinzu kommt noch, dass das wissenschaftlich-technische Niveau der in der DDR produzierten integrierten Schaltkreise unter dem Niveau der in der Bundesrepublik Deutschland hergestellten lag-

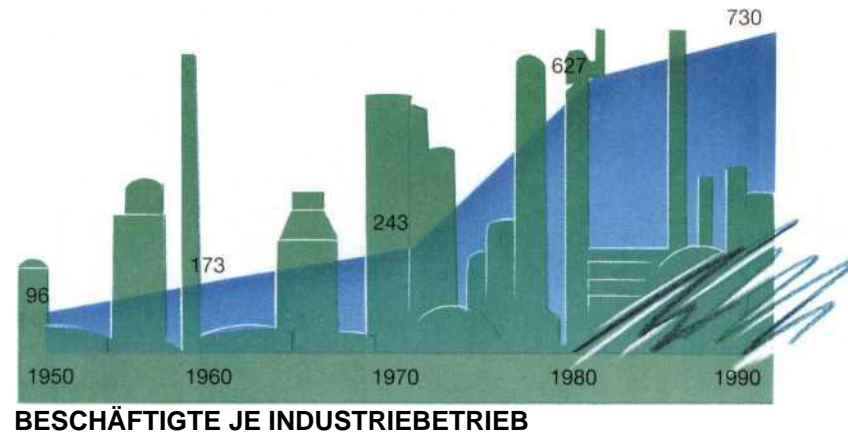
Der technologische Rückstand, der auch der Grund dafür war, dass die hergestellten Produkte nicht dem neuesten technischen Stand entsprachen, trieb die Herstellungskosten in die Höhe. Auf dem Weltmarkt konnten die Unternehmen ihre Erzeugnisse deshalb oft nur mit Verlust absetzen. Wegen ihres relativ kleinen Wirtschaftsgebietes, ihrer geringen Rohstoff- und Energieträgervorkommen und schliesslich auch zur Versorgung ihrer Bevölkerung war der internationale Warenaustausch für die DDR lebensnotwendig. Nur mit ihren Industrieerzeugnissen

Auf den Weltmärkten konnten viele DDR-Erzeugnisse nicht kostendeckend abgesetzt werden

Bitterfeld hat europaweit eine traurige Berühmtheit erlangt

Foto: Bundesarchiv





konnte sie die für die notwendigen Importe erforderlichen Devisen erwirtschaften. Dem standen ihre wegen des technologischen Rückstandes nur geringen Exportchancen auf den westlichen Märkten entgegen. Deshalb konzentrierte sich das Aussenhandelsgeschäft der DDR sehr stark auf die sozialistischen Länder, insbesondere auf die RGW-Länder (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe) und darunter vor allem auf die UdSSR, die sich zum Hauptpartner für die Sicherung des Rohstoff- und Energieträgerbedarfs entwickelte. Auch für den Absatz wichtiger Exportgüter (u.a. Schiffbau, Schienenfahrzeuge) bahnte die DDR-Industrie sehr stabile Lieferbeziehungen mit der UdSSR an.

Für viele andere Industriezweige reichten aber die im Rahmen des RGW und bilateral getroffenen internationalen Spezialisierungs- und Kooperationsvereinbarungen nicht aus, um die für die Erzeugnissentwicklung unabdingbaren aufwendigen Forschungsarbeiten und modernen Produktionsanlagen mit einer durch optimale Losgrößen, Serien- und Massenfertigung erst rentablen Produktion finanzieren zu können. Die DDR war als Ergebnis dieser Umstände völlig unzureichend in die internationale Arbeitsteilung einbezogen, die von anderen kleinen Industrieländern mit grossem Effekt genutzt wird.

Um das Zurückbleiben in der technischen und technologischen Entwicklung auszugleichen, wurde in der DDR die Beschäftigtenzahl in der Industrie bis 1985 ständig erhöht. Von rund 2 Millionen Erwerbstätigen im Jahre 1949 stieg sie bis 1985 auf 3,236 Millionen und blieb in den weiteren Jahren im Wesentlichen konstant.

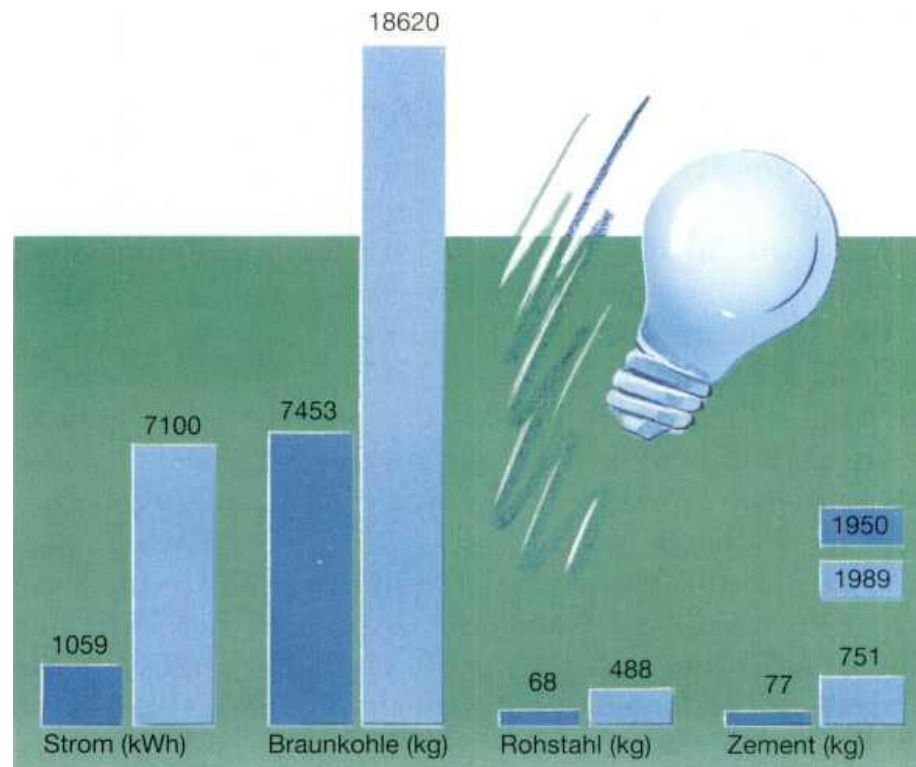
In der Bundesrepublik Deutschland begann dagegen schon in den 70er Jahren ein durch Rationalisierung bedingter Beschäftigungsrück-

Produktivitätsrückstände konnten nur zeitweilig durch Mehrbeschäftigung ausgeglichen werden

gang in der Industrie, der sich mit Ausnahme weniger Jahre bis 1988 ständig fortgesetzt hat.

Der Anteil der in der Industrie (im Produzierenden Gewerbe) Beschäftigten an den Erwerbstätigen insgesamt, der sich bis 1970 in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland noch fast gleichlaufend entwickelte, fiel in der Bundesrepublik Deutschland von 48,8% (1970) bis 1980 auf 42,9%. In der DDR blieb er auch 1980 noch fast auf dem hohen Niveau von 1970 (48,4%) und ging auch bis 1989 nur wenig zurück (auf 47,1%), während sich der Anteil in der Bundesrepublik Deutschland weiter auf 38,7% verringerte und sich damit auch die Veränderung der Beschäftigtenstruktur zugunsten anderer Wirtschaftsbereiche – insbesondere des Dienstleistungsgewerbes – fortsetzte.

Aus der im Hinblick auf die rückständige Produktionstechnik, aber teilweise auch anderen Gründen, erfolgten Aufblähung der Beschäftigtenzahl in der Industrie resultierte ein zunehmender Arbeitsproduktivitätsrückstand gegenüber anderen Industrieländern. Die DDR sah sich dadurch aber auch nie mit dem Problem der Arbeitslosigkeit konfrontiert, sie litt im Gegenteil unter ständigem Arbeitskräftemangel, der auch durch zeitweiligen Einsatz ausländischer Arbeitskräfte nicht behoben werden konnte. Sie konnte so auch das verfassungsmässig garantierte Recht auf Arbeit gewährleisten. Gegenüber dem Produktivitätsniveau



**PRODUKTION AUSGEWÄHLTER ERZEUGNISSE
JE EINWOHNER**

der Bundesrepublik hatte die DDR einen deutlichen Rückstand. Nach Berechnungen von Statistikern der DDR war in den 80er Jahren in der DDR für ein vergleichbares Volumen der Industrieproduktion erforderlich

ein um 60% höherer Personalaufwand,
um 20% höherer Aufwand an Elektroenergie und
um 50% höherer Aufwand an Anlagegeräten.

Der Versuch, mit höherem Arbeitskräfteinsatz in der Industrie, mit längerer Arbeitszeit und dergleichen den durch das Zurückbleiben in der technologischen Entwicklung bedingten Produktivitätsrückstand auszugleichen, konnte nur sehr begrenzt und vor allem nicht auf Dauer erfolgreich sein. Deshalb blieb auch die Leistungskraft der Industrie, die der dominierende Bereich der Volkswirtschaft der DDR war und auch – gemessen am Produktionsumfang – einen international beachtlichen Rang hatte, zunehmend hinter den anderen Industrieländern zurück.

Der November 1989 brachte auch in der Entwicklung der Industrieproduktion der DDR eine Wende. Die bis November 1989 normalerweise bei 2 bis 5% liegende Zunahme der Industrieproduktion gegenüber dem Vorjahr brach mit dem November 1989 ab. Beginnend mit dem IV. Quartal 1989 erreichte die Industrieproduktion nicht mehr das Vorjahres-Niveau.

Dem zunächst nur verhaltenen Rückgang folgte ab Juli 1990 mit dem Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion und dem Übergang zur Marktwirtschaft ein tiefer Sturz der Industrieproduktion der DDR, die im 2. Halbjahr 1990 nur noch die Hälfte der Produktion des 2. Halbjahres 1989 erreichte. Das war nicht überraschend, denn auf dem durch die Wirtschafts- und Währungsunion geschaffenen gesamtdeutschen Markt erwiesen sich schlagartig viele Industrieerzeugnisse der DDR-Unternehmen in ihrem technischen Niveau und Design als nicht konkurrenzfähig und waren nicht mehr absetzbar. Der Binnenmarkt wurde in kurzer Zeit von westdeutschen Markenfirmen, Supermarkt-Ketten, Versandhäusern und dgl. beherrscht.

Für viele Unternehmen der Noch-DDR bedeutete es das «Aus». Zumal dem Verlust des inländischen Marktes bald auch das Wegbrechen der wichtigsten ausländischen Märkte folgte, weil die vorwiegend osteuropäischen Geschäftspartner durch die Währungsumstellung auf die DM und auch durch ihre eigene Wirtschaftslage in Zahlungs- und Finanzierungsprobleme gerieten.

Nach den jetzt vorliegenden grundsätzlich vergleichbaren Ergebnissen der Produktionsstatistik betrug die Industrieproduktion

Die Wirtschafts- und Währungsunion bedeutete das «Aus» für die Mehrzahl der Industrieunternehmen der DDR

der ehemaligen DDR im 2. Halbjahr 1990 9,4% des (Brutto-)Produktionsvolumens der Bundesrepublik Deutschland (Gebietsstand vor dem 3.10.1990), je Einwohner entspricht das 37%.

Von den Reparationen zum RGW-Lieferanten und zum Schalck-Imperium – der Aussenhandel

Jürgen Kalatz und Manfred Schindler

Mit dem Begriff Aussenhandel der DDR sind sehr widersprüchliche Assoziationen verbunden – vom wichtigsten Maschinenlieferanten für die Staatshandelsländer über Billiganbieter von Verbrauchsgütern in westlichen Ländern bis zum unüberschaubaren Firmenimperium des DDR-Devisenbeschaffers Schalck-Golodkowski.

Die Wirtschaft der DDR war in hohem Masse vom Aussenhandel abhängig. Das zeigte sich bereits in den ersten Jahren nach dem Ende des 2. Weltkrieges, als die Wirtschaft in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone völlig am Boden lag.

Im grössten Teil dieses Gebietes dominierte damals die Landwirtschaft (Mecklenburg, Brandenburg, Magdeburger Börde u.a.), die wenigen Industriestandorte im mitteldeutschen Raum waren weitgehend zerstört, erhalten gebliebene Industrieanlagen wurden durch Reparationsleistungen weiter reduziert.

Diese wirtschaftliche Situation zwang in erster Linie zur Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Exportiert wurden (ab Mitte der 50er Jahre) vorrangig traditionelle Erzeugnisse des Maschinenbaus und der Metallverarbeitung (Werkzeugmaschinen, Textilmaschinen, polygraphische Maschinen u.a.). Später wurden insbesondere der Schwermaschinenbau und der Schiffbau forciert, um dem grossen Bedarf der Sowjetunion an diesen Erzeugnissen gerecht zu werden.

Das System des Aussenhandels der DDR basierte auf dem «Staatlichen Aussenhandelsmonopol». Das bedeutete, dass die Entscheidungen über Umfang, Struktur und Richtung der Ein- und Ausfuhren auf zentraler staatlicher Ebene getroffen wurden. Dabei wurde strikt zwischen dem Osthandel – dem Handel mit dem sogenannten sozialistischen Wirtschaftssystem – und dem Westhandel – dem Handel mit dem sogenannten nichtsozialistischen Wirtschaftssystem – unterschieden. Sie wurden in gesonderten Planteilen zentral geplant und auch getrennt in unterschiedlichen Währungen abgerechnet. Der innerdeutsche Handel – der in der Bundesrepublik Deutschland kein Bestandteil des Aussen-

Die Wirtschaft der DDR war in hohem Masse vom Aussenhandel abhängig

Was exportiert oder importiert wurde, bestimmte der Staat

handels war und gesondert erfasst wurde – war in der DDR in den Westhandel integriert. In den jährlichen Plandokumenten wurde den Betrieben bis ins Detail vorgeschrieben, welche und wieviele Erzeugnisse sie z.B. für die Ausfuhr in die Staatshandelsländer oder in westliche Länder bereitzustellen hatten. Auch über die Verteilung und Verwendung der Einfuhren entschied der Staat.

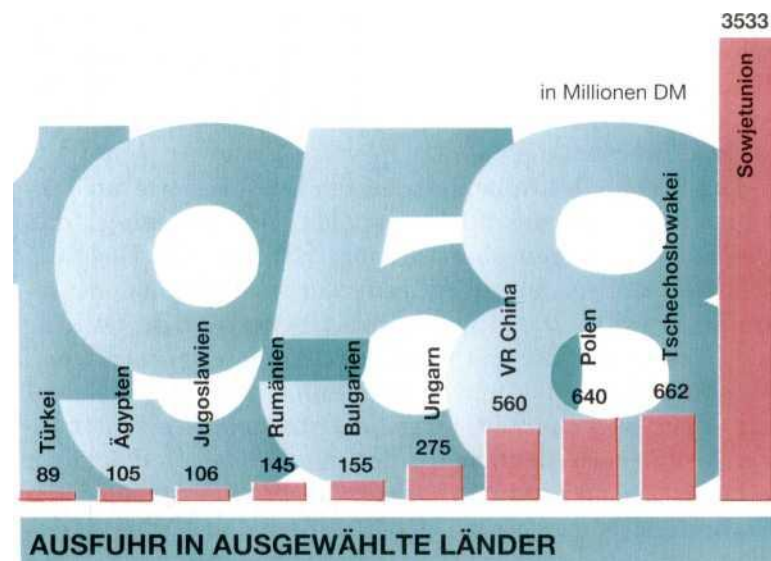
Die Valuta-Einnahmen aus den Exporten wurden vom Staat verwaltet und zur Bezahlung der notwendigen Einfuhren eingesetzt. Die Hersteller der Export-Erzeugnisse gelangten nicht in den Besitz ausländischer Währungen. Sie hatten in der Regel auch keine Möglichkeit, DDR-Mark in Valuta umzutauschen und dafür Materialien oder moderne Maschinen zu importieren. Importe waren nur über ein kompliziertes staatliches Genehmigungsverfahren möglich.

Für die Durchführung der Aussenhandelsoperationen im Sinne des Staatlichen Aussenhandelsmonopols wurden staatliche (volkseigene) Aussenhandelsbetriebe geschaffen, die allein berechtigt waren, die Verträge mit den ausländischen Partnern abzuschliessen.

Grundlage für die Planung des Aussenhandels mit den Staatshandelsländern waren die mit der Sowjetunion und den anderen Staatshandelsländern abgeschlossenen zweiseitigen Handelsabkommen, die einerseits die Abnahme der vereinbarten Güter garantierten, andererseits aber nur eine Verrechnung der Ausfuhr-Erlöse gegen Einfuhren aus dem jeweiligen Partnerland erlaubten, was die Flexibilität der Länder- und Warenstruktur stark einschränkte.

Seit dem Beitritt der DDR zum «Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe» (RGW), der Wirtschaftsorganisation der osteuropäischen Staats-

Die DDR – zweitgrösster Aussenhandelspartner im «Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe»



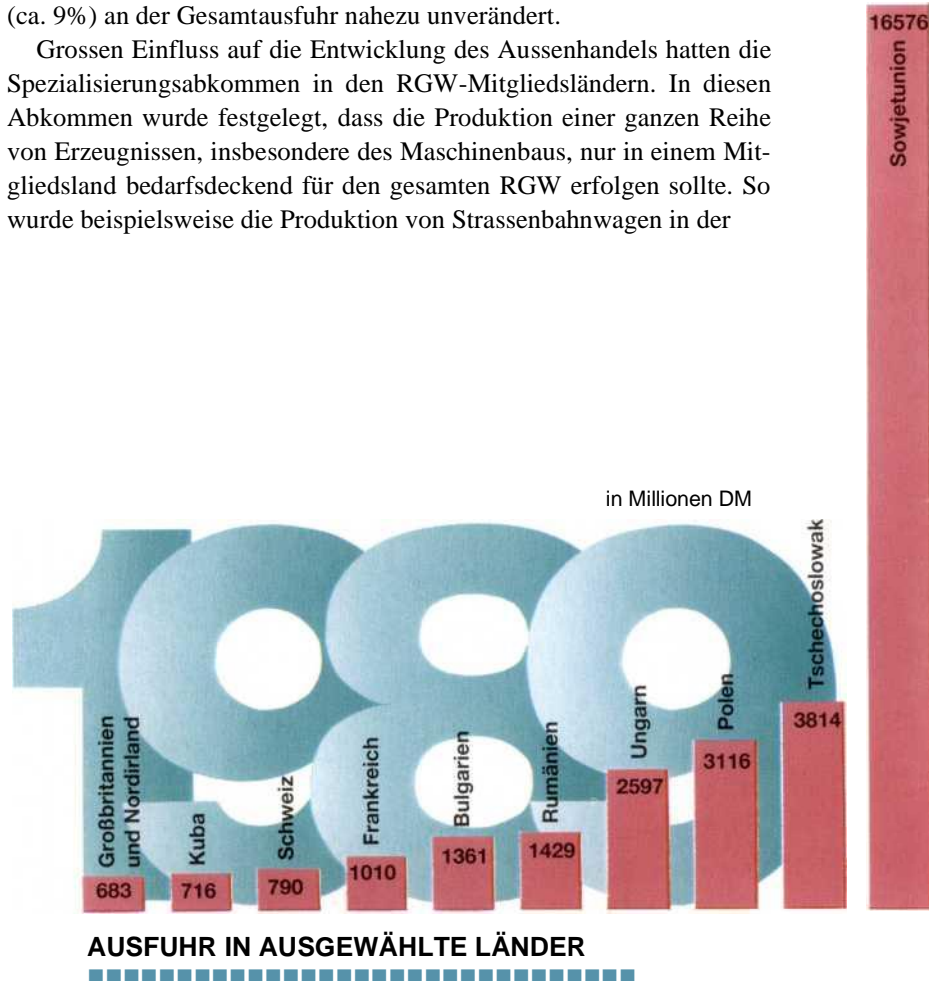
handelsländer im Jahre 1950, wurden die Möglichkeiten des umfangreichen gegenseitigen Warenaustausches auf der Basis zwei- und mehrseitiger Abkommen zunehmend genutzt. Von 1960 bis 1980 stieg der Aussenhandelsumsatz der DDR mit den Mitgliedsländern des RGW fast auf das Sechsfache. Die DDR wurde damit

zum zweitgrössten Aussenhandelspartner im RGW nach der Sowjetunion.

Auch die Struktur, insbesondere der Einfuhren, änderte sich in diesen Jahren spürbar. So sank der Anteil der Einfuhr von bergbaulichen und metallurgischen Rohstoffen von 32,1% 1955 auf 19,1% im Jahr 1989, von Erzeugnissen der Leicht- und Lebensmittelindustrie sogar von 36,9% auf 11,0% und von Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft von 19,4% auf 8,7%. Demgegenüber stieg der Anteil der Erzeugnisse der metallverarbeitenden Industrie im gleichen Zeitraum von 4,7% auf 41,3% und der von chemischen Erzeugnissen von 6,6% auf 19,9%.

Bei der Ausfuhr blieben die Anteile von Erzeugnissen der metallverarbeitenden Industrie (ca. 60%), chemischen Erzeugnissen (ca. 15%), Waren der Leicht- und Lebensmittelindustrie (ca. 12%) und Rohstoffen (ca. 9%) an der Gesamtausfuhr nahezu unverändert.

Grossen Einfluss auf die Entwicklung des Aussenhandels hatten die Spezialisierungsabkommen in den RGW-Mitgliedsländern. In diesen Abkommen wurde festgelegt, dass die Produktion einer ganzen Reihe von Erzeugnissen, insbesondere des Maschinenbaus, nur in einem Mitgliedsland bedarfsdeckend für den gesamten RGW erfolgen sollte. So wurde beispielsweise die Produktion von Strassenbahnwagen in der



Der intensive Handel zwischen den RGW-Ländern war begleitet von einer Abkoppelung vom Weltmarkt

Foto: ADN



DDR zugunsten der Tschechoslowakei eingestellt, während sich die DDR auf die Herstellung von Eisenbahn-Personenwagen «spezialisierte». Vorteile der Spezialisierung sah man in der Konzentration von Forschung und Entwicklung, Vermeidung von Parallel-Entwicklungen und schliesslich der effektiveren Produktion dank grosser Stückzahlen. Nach anfänglichen Erfolgen in der Bedarfsdeckung führten aber die Abschirmung vom Weltmarkt, das interne, relativ starre Preisbildungssystem und die fehlende Konkurrenz bald zu einem deutlichen Zurückbleiben der Produktivität und des Qualitätsniveaus der in den RGW-Ländern

Mitten in Kairo: Motorräder und Mopeds «Made in DDR»

Foto: ADN





Immer wieder wurden die Stückzahlen einzelner Exportgüter gefeiert

Foto: ADN

hergestellten Erzeugnisse, so dass diese ausserhalb des RGW nur noch mit erheblichen Verlusten absatzfähig waren.

Auch zwischen den RGW-Mitgliedsländern traten Interessengegensätze immer offener zutage. Die produzierten Erzeugnisse entsprachen oft nicht den Anforderungen der Partner, Neu- und Weiterentwicklungen wurden nur zögernd angeboten. Hinzu kam, dass die Vereinbarungen immer häufiger umgangen wurden. Wirksame Sanktionen bei Vertragsverstössen existierten nicht.

In der DDR führten diese Interessengegensätze beispielsweise zu erheblichen Problemen in der Ausstattung mit modernen Maschinen. So wurden moderne NC-gesteuerte Werkzeugmaschinen exportiert, um die bestehenden Handelsabkommen zu erfüllen, während die metallverarbeitende Industrie der DDR durch ihren zum grossen Teil veralteten Maschinenpark immer stärker in Schwierigkeiten geriet. Nach 1985 stagnierte der bis dahin kontinuierlich gestiegene Aussenhandelsumsatz der DDR mit den Staatshandelsländern.

Die politische Zielsetzung für den Handel mit westlichen Ländern war, möglichst weitgehend von westlichen Importen unabhängig zu werden. Ein zu Beginn der 80er Jahre geschaffener gesonderter Planteil «NSW-Importablösung» (NSW = Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet) sah hierfür u.a. den Ersatz westlicher Lieferungen durch Importe aus den RGW-Ländern, Einsparungen beim Materialeinsatz und ferner die Entwicklung eigener Ersatzerzeugnisse vor. Das führte zu ökonomisch so unsinnigen Entwicklungen wie dem Aufbau eigener teurer Er-

Die Idee des «gemeinsamen Marktes» der RGW-Staaten als Gegengewicht zur EG erwies sich als nicht realisierbar

Im Handel mit dem Westen möglichst geringe Importe, Exporte um jeden Preis

satzteilmfertigungen für importierte Maschinen. Trotzdem blieb die Notwendigkeit zur Einfuhr vieler Erzeugnisse, die auf dem RGW-Markt nicht lieferbar bzw. nicht selbst herstellbar waren.

Das betraf insbesondere hochwertige Maschinenbauerzeugnisse, Ausrüstungen sowie bestimmte Rohstoffe. Ausserdem führte die ständige Mangelwirtschaft dazu, dass die im Laufe der 80er Jahre immer häufiger auftretenden Versorgungsengpässe sowohl in der Materialversorgung der Betriebe als auch in der Versorgung der Bevölkerung kurzfristig durch Westimporte ausgeglichen werden mussten. Insgesamt stieg die Einfuhr aus westlichen Industrieländern und Entwicklungsländern (ohne innerdeutschen Handel) von rund 0,2 Milliarden DM im Jahre 1950 auf rund 11,6 Milliarden DM im Jahre 1989 an. Der Import aus Entwicklungsländern war dabei in den letzten Jahren rückläufig und betrug 1989 nur noch 2,3 Milliarden DM, da viele der Haupthandelspartner der DDR aufgrund von Bürgerkriegen wirtschaftlich am Ende waren, wie z.B. Angola, Äthiopien, Mosambik, Nicaragua, Afghanistan.

Wichtigste Zielsetzung der Ausfuhr in westliche Länder war die Beschaffung von Devisen, mit denen die Einfuhren finanziert werden konnten. Trotz erheblicher Steigerung der Ausfuhren in die westlichen Industrieländer und Entwicklungsländer (ohne innerdeutschen Handel) von rund 0,2 Milliarden DM im Jahre 1950 auf rund 9,6 Milliarden DM im Jahre 1989 (darunter 2,7 Milliarden DM in Entwicklungsländer), wurden die in den Plänen vorgegebenen Exportziele selten erreicht. So deckten die Exporte die Importe aus westlichen Ländern in den Jahren 1970 bis 1989 wertmässig nur zu rund 70% ab; die Importüberschüsse betragen 1970 1,3 Milliarden DM, 1980 3,9 Milliarden DM und 1989 2,0 Milliarden DM. Ursachen für diese Exportschwäche waren vor allem das Zurückbleiben in der technischen Entwicklung bei den traditio-



nellen Maschinenbauerzeugnissen, insbesondere bei High-tech-Komponenten, eine hohe Kapazitätsauslastung durch langfristige Lieferverträge mit RGW-Ländern bei Waren mit einem niedrigeren Qualitätsstandard, was sich negativ auf Produktinnovationen auswirkte sowie die zunehmende Konkurrenz bei Verbrauchsgütern durch Billiganbieter aus Entwicklungsländern.

Um den daraus resultierenden ständigen Devisenmangel der DDR zu beheben, wurden schliesslich Exporte um nahezu jeden Preis durchgeführt. Es wurden Waren exportiert, deren Absatz nur zu Dumpingpreisen erfolgen konnte, d.h. zu Preisen, die erheblich unter den Herstellungskosten lagen. Die Verluste wurden durch Subventionen ausgeglichen. Dabei hatte der Export Vorrang vor der Inlandsversorgung. Das betraf auch Konsumgüter wie Farbfernseher, Kühl- und Gefrierschränke, Waschmaschinen sowie hochwertige Möbel. Daneben wurden Roh- und Werkstoffe exportiert, die relativ leicht absetzbar waren und mit kurzen Zahlungszielen verkauft werden konnten, obwohl der Bedarf der DDR an diesen Erzeugnissen oftmals nicht gedeckt war. In erster Linie waren dies mineralische Brennstoffe (Dieselkraftstoff, Heizöl), die dann im Inland durch Rohbraunkohle mit verheerenden Umweltbelastungen ersetzt wurden. Die Warenstruktur der Ausfuhr in westliche Industrieländer un-



Handwerk mit über 200jähriger Tradition: Holzspielwaren aus dem Erzgebirge

Foto: ADN

Foto: VFWD



*Die Messestadt Leipzig – einst
Schaufenster für den Osthandel –
kämpft heute um ihren Stand*

Foto: ADN



terschied sich wesentlich vom Osthandel. Während beim Export in die Staatshandelsländer rund 60% auf Erzeugnisse der metallverarbeitenden Industrie und nur 3% auf mineralische Brennstoffe entfielen, waren es bei der Ausfuhr in westliche Industrieländer nur rund 14% Erzeugnisse der metallverarbeitenden Industrie, aber 15% mineralische Rohstoffe. Grösster Ausfuhrposten waren Fertigerzeugnisse mit annähernd 30%, vorwiegend Konsumgüter wie Textilien und Möbel.

Bei den Einfuhren aus westlichen Industrieländern dominierten dagegen die Erzeugnisse der metallverarbeitenden Industrie mit einem Anteil von rund einem Drittel vor Fertigerzeugnissen mit etwa 20%.

Wichtigster Handelspartner der DDR war in allen Jahren die Sowjetunion mit einem Anteil von 39% am Aussenhandelsumsatz im Jahr 1989 und mit weitem Abstand vor den Staatshandelsländern Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Bulgarien und Rumänien. Die nächsten Plätze nahmen in den 50er Jahren Jugoslawien und Ägypten ein, die Ende der 80er Jahre durch Frankreich, die Schweiz und Österreich verdrängt wurden. Während der innerdeutsche Warenverkehr für das frühere Bundesgebiet nur eine untergeordnete Rolle spielte – er erreichte 1989 nur etwas mehr als ein Prozent des Aussenhandelsumsatzes –, war dieser Warenverkehr für die DDR mit einem Anteil von rund 19% sehr bedeutend. Das zeigt sich auch darin, dass bei einer Einordnung in die obige Rangfolge der innerdeutsche Warenverkehr an die zweite Stelle hinter der Sowjetunion, aber mit deutlichem Abstand vor den nächsten Ländern, rücken würde.

Ein besonderes Kapitel im Aussenhandel der DDR stellte der Bereich «Kommerzielle Koordinierung» unter dem Staatssekretär Dr. Schalck-Golodkowski dar. Ursprünglich aufgebaut in der Erkenntnis, dass das schwerfällige und starre Planungssystem der DDR nicht genügend flexibel ist, um auf kurzfristige Marktschwankungen zu reagieren, wurde dieser ausserhalb des Planungs- und Abrechnungssystems stehende Bereich in den 80er Jahren immer mehr zu einem Staat im Staate ausgebaut. Sowohl die Kompetenzen als auch Aufgaben wurden erweitert. Dazu zählten vorrangig: Devisenbeschaffung durch Geschäfte aller Art, Umgehung der Embargobestimmungen der westlichen Länder für High-tech-Erzeugnisse (sogenannte «Cocom-Liste»), insbesondere durch Beschaffung von Hochleistungscomputern und Erzeugnissen der Mikroelektronik sowie die Sonderversorgung der Partei- und Staatsspitze mit hochwertigen Konsumgütern. Der Aussenhandel, der ausserhalb des Volkswirtschaftsplanes durch den Bereich «Kommerzielle

Handel mit der Sowjetunion und innerdeutscher Warenverkehr am bedeutendsten

Ein Staat im Staate: die «Kommerzielle Koordinierung» des DDR-Devisenbeschaffers Schalck-Golodkowski

Koordinierung» durchgeführt wurde, erreichte Mitte der 80er Jahre zeitweise rund 50% der gesamten Einfuhren aus westlichen Ländern und etwa 20% der entsprechenden Ausfuhren.

Von der Enteignung der Bauern zu spezialisierten Grossbetrieben – die Landwirtschaft geplant zur industriemässigen Produktion

Dr, Günter Nause

Die Sicherung der Ernährung war nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs für die Politik in Ostdeutschland eine wichtige Frage. Etwa 10% der Wirtschaftsfläche waren durch die Kriegseinwirkungen zerstört; traditionelle landwirtschaftliche Gebiete des Ostens, die für die Ernährung der Bevölkerung im Deutschen Reich eine bedeutende Rolle gespielt hatten, standen nicht mehr zur Verfügung. Auf der anderen Seite mussten durch den Flüchtlingszustrom aus dem Osten rund 8% mehr Menschen ernährt werden als vor 1939.

Die natürlichen Produktionsbedingungen waren für das Gebiet der DDR nicht ungünstig. Hier gibt es weit verbreitet fruchtbare Waldböden (Ostseeküste, Mittelgebirge), verschiedene, darunter auch ertragfähige Diluvial- und Verwitterungsböden, in den Flusstälern (z.B. Elbe) fruchtbare Aueböden und am Nordrand der Mittelgebirge auf Löss ausgebildete schwarzerdeähnliche Böden mit grosser Fruchtbarkeit (u.a.

Enteignung des
Grossgrundbesitzes



Im Jahre 1949 wurde das Getreide in vielen Fällen noch mit der Hand ausgesät

Foto: ADN

Thüringer Becken, Magdeburger Börde). Daneben gibt es aber auch Gebiete in Brandenburg und in Mecklenburg-Vorpommern mit leichten und ertragsarmen Böden.

Durch die 1946 durchgeführte umfassende Bodenreform wurde der gesamte Grossgrundbesitz in Ostdeutschland, das Nebeneinander von grossen Gutsbetrieben und grossen, mittelgrossen und kleinen bäuerlichen Höfen zerschlagen und die Inhaber von Betrieben mit einer Fläche von über 100 Hektar und aktive Nationalsozialisten, unabhängig von der Grösse des landwirtschaftlichen Betriebes, wurden enteignet. Das enteignete Land erhielten bereits bestehende kleine Bauernhöfe unter 5 Hektar, durch Flucht und Vertreibung landlos gewordene Bauern, aber auch Landarbeiter und Kleinpächter sowie für den Gemüseanbau auf kleineren Grundstücken Arbeiter, Angestellte und Handwerker. Schliesslich wurden Flächen und Gebäude landwirtschaftlichen Lehranstalten und Forschungsstätten zugewiesen.

Von der Bodenreform waren 3,3 Millionen Hektar Land betroffen, darunter 2,5 Millionen Hektar aus ehemals privaten Betrieben über 100 Hektar. Bis Anfang Januar 1950 erhielten etwa 560'000 Bewerber Landzuteilungen. Es wurden 210'000 Betriebe neu gegründet, und zwar von etwa 120'000 Landarbeitern sowie von 90'000 Umsiedlern. Im Zuge der Bodenreform veränderte sich die Betriebsgrössenstruktur in der Landwirtschaft der damaligen sowjetischen Besatzungszone ganz erheblich.

Um 1950 bestanden in Ostdeutschland rund 810'000 landwirtschaftliche Privatbetriebe, darunter rund 600'000 «Altbetriebe», die jedoch

3,3 Millionen Hektar
Land wurden neu
zugeteilt

Im Jahre 1952 gründete die Gemeinde Merxleben die erste LPG in der DDR – hier dreschen die Mitglieder das gemeinschaftlich geerntete Korn

Foto: ADN



durch die verheerenden Auswirkungen des Krieges nur über einen bescheidenen Bestand an landwirtschaftlichen Zugmitteln, Maschinen, Saatgut und Düngemitteln verfügten. Vor allem aber fehlten männliche Arbeitskräfte.

Mehr als die Hälfte der «Neubauern» verfügten noch über keine eigenen Wohn- und Wirtschaftsgebäude, hatten keinen oder nur einen unzureichenden Anschluss an die Strom- und Wasserversorgung und – gegenüber den «Altbetrieben» – in der Regel auch weniger Vieh, weniger landwirtschaftliche Maschinen und Geräte.

Entsprechend der Grösse der bewirtschafteten landwirtschaftlichen Nutzfläche und der örtlichen Bodenqualität wurden den Bauern vom Staat verbindliche Auflagen für Anbau und Viehhaltung gemacht sowie Pflichtablieferungen von Fleisch, Milch, Eiern, Getreide usw. vorgeschrieben. Dabei mussten z.B. Betriebe mit 20 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche oft ein Mehrfaches an landwirtschaftlichen Produkten je Hektar abliefern als kleinere Betriebe. Die staatlichen Abnahmepreise betrug damals bei Weizen 21 Mark je Dezitonne, bei Spätkartoffeln 6,20 Mark je Dezitonne, bei Schlachtschweinen 144 Mark je Dezitonne, bei Milch 20 Mark je Dezitonne und bei Eiern 10 Mark je 100 Stück. Allein mit den Einnahmen aus der Pflichtablieferung konnten die Bauern die notwendigen Ausgaben für ihren Betrieb und die Familien nicht decken.

Wurde der Ablieferungspflicht nicht nachgekommen, gab es Verwarungen und Säumige mussten durchaus mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen. Was über die staatlichen Soll-Vorgaben hinausging,

Staatlich verordnete
Pflichtablieferung von
Fleisch, Milch,
Getreide usw.



Aschara war das erste «sozialistische Dorf» im Kreis Bad Langensalza (Bezirk Erfurt)

Foto: ADN

Ertragssteigerungen
wegen veralteter
Maschinen nur
begrenzt möglich

konnten die Bauern als «freie Spitzen» verkaufen. Die vom Staat dafür gezahlten Aufkaufpreise lagen weit über den Abnahmepreisen für die Pflichtablieferungen, z.B. waren sie bei Schlachtschweinen, Milch und Eiern rund 4mal so hoch, und boten durchaus Anreiz für eine hohe landwirtschaftliche Produktion.

Die Ernteerträge pendelten sich in den 50er Jahren bei Getreide um etwa 25 Dezitonnen je Hektar und bei Kartoffeln um 160 Dezitonnen je Hektar ein und erreichten Anfang der 60er Jahre 28 Dezitonnen je Hektar bzw. 192 Dezitonnen je Hektar. Die Bestände an Rindern und Schweinen nahmen von Anfang 1950 bis Anfang 1960 um 30% bzw. um 45% zu. Aussergewöhnlich stark war die Zunahme bei Legehennen mit über 300%.

Die durchschnittliche Milchleistung je Kuh stieg in diesen 10 Jahren auf über 2'300 Kilogramm im Jahr. Die geschlachteten Schweine wurden leichter, ihr Lebendgewicht reduzierte sich von 135 Kilogramm auf 119 Kilogramm je Schwein, was der Qualität – mehr Fleisch, weniger Fett – zugutekam.

Weiteren Ertragssteigerungen waren in jenen Jahren dadurch Grenzen gesetzt, dass der vorhandene Maschinenbestand zum grossen Teil veraltet und reparaturbedürftig und nur begrenzt einsatzfähig war. Die Produktion der Landmaschinenindustrie kam nur langsam in Gang. Die aus der Sowjetunion importierten Traktoren und Lkw waren zu gross und zu schwer für die bäuerlichen Kleinstrukturen.

Staatliche und genossenschaftliche Betriebe wurden bevorzugt

In den 50er Jahren setzte in Ostdeutschland der Konzentrationsprozess sowohl bei den landwirtschaftlichen Betrieben als auch bei den Maschinen ein. So entstand aus den Raiffeisengenossenschaften die «Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe/Bäuerliche Handelsgenossenschaft» VdgB/BHG –, die die landwirtschaftlichen Maschinen aus den durch die Bodenreform enteigneten landwirtschaftlichen Betrieben übernahm und ihre Nutzung durch die Ausleihe regelte. Viele kleinbäuerliche Betriebe – die durchschnittliche Grösse lag damals bei etwas mehr als 10 Hektar – waren oft nicht in der Lage, neue Maschinen und Geräte – soweit überhaupt auf dem Markt – zu kaufen. Der Staat seinerseits bevorzugte bei der Belieferung mit neuen Maschinen die VdgB/BHG und später die Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS), die als «Stützpunkte der Arbeiterklasse auf dem Lande» deklariert wurden, und schuf damit bewusst Abhängigkeiten. In diesen Jahren stellte die damalige DDR-Führung die Weichen für die im Frühjahr 1960 abgeschlossene Kollektivierung in der Landwirtschaft. Einzelbäuerliche Strukturen wurden zerschlagen; staatliche und genossenschaftliche Be-

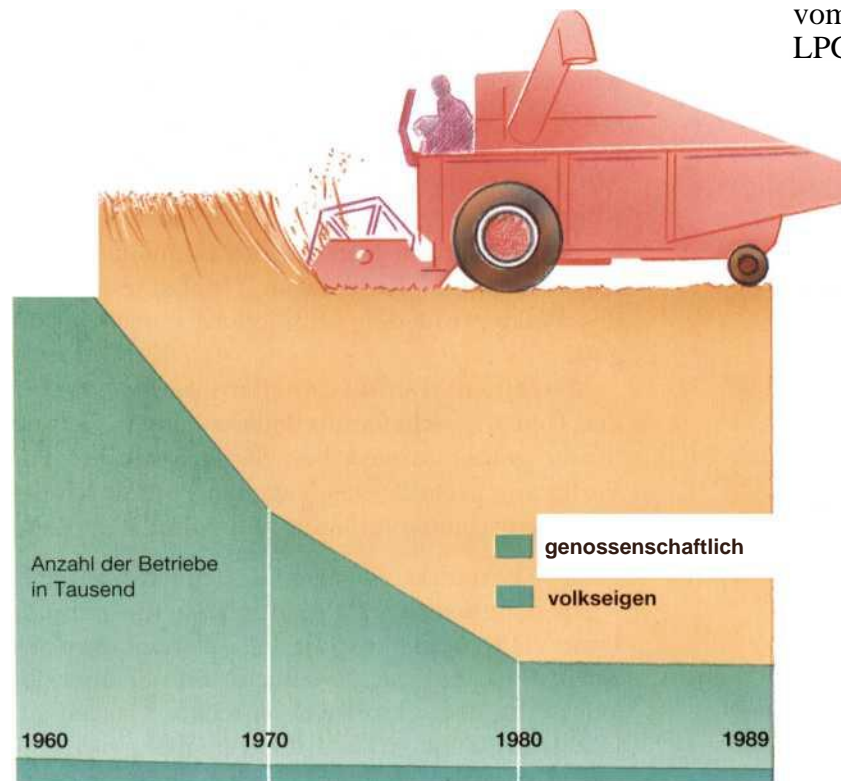
etriebe gegründet, die auf grossen Ackerschlägen und mit grossen Tierbeständen wirtschaften konnten.

Die ersten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften – LPG – wurden 1952 gegründet. Häufig waren hier Bauern zusammengeschlossen, deren Höfe ihre Erträge unter den herrschenden Bedingungen nicht weiter steigern konnten bzw. die an der unteren Grenze der Existenz lebten.

Darunter waren auch viele Betriebe von ehemaligen Neubauern, die durch die Aufteilung des Bodens durch das Los im Rahmen der Bodenreform Böden schlechter Qualität erhalten hatten und deshalb keine leistungsstarke Fruchtfolge einrichten konnten. Da die zusammengeschlossenen Betriebe oft nur unzureichende Stallgebäude, Viehbestände, veraltete Maschinen und Geräte einbrachten, hatten die neugegründeten LPG dadurch schlechte Startpositionen, so dass trotz staatlicher Unterstützungsmassnahmen die gewünschte Vorbildwirkung oftmals ausblieb. Bei den Agrarwissenschaftlern wurden damals Stimmen laut, die die Auflösung der LPG und die Wiedereinrichtung grösserer Familienbetriebe forderten.

Bauern mit leistungsfähigen Betrieben wurden erst zu einem viel späteren Zeitpunkt von der Kollektivierung eingeholt. 1955 befanden sich

Mehr als eine halbe Million Bauern wurden vom Eintritt in die LPG «überzeugt»



**VOLKSEIGENE UND GENOSSENSCHAFTLICHE
LANDWIRTSCHAFTSBETRIEBE**

noch über 70% der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den Händen von Privatbetrieben, wenn regional auch in sehr unterschiedlichem Umfang. So waren im Cottbuser Raum noch über 87%, im Thüringer und Chemnitzer Land mehr als 90% der Flächen in Bauernhand, dagegen im Magdeburger und Neubrandenburger Raum lediglich 60%. Acht Jahre später sind nur noch knapp 7% der Betriebe in bäuerlichem Besitz – wobei die Anteile zwischen 10 und 15% im Süden und um 3 bis 4% im Norden – schwanken. Das war Ergebnis der gross angelegten Kampagne, bei der über ½ Million Bauern vom Eintritt in die LPG «überzeugt» wurden. Im Süden, wo offensichtlich aus der Vergangenheit herrührende kleinbetriebliche Agrarstrukturen mit traditionell intensiven bäuerlichen Viehhaltungen vorherrschten, war dieser Prozess zäher.

Im Jahr 1960 gab es in der DDR 19'261 LPG, und zwar 12'908 LPG Typ I und II und 6'353 LPG Typ III. Sie bewirtschafteten eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 4,7 Millionen Hektar, darunter die LPG des Typs III 3,2 Millionen Hektar – über 68%. In den LPG aller drei Typen waren zusammen 962'000 Mitglieder beschäftigt, darunter 60% in den LPG des Typs III.

Wie unterschieden sich die einzelnen LPG-Typen:

Typ I – Gemeinschaftliche genossenschaftliche Bewirtschaftung und Nutzung des von den Mitgliedern eingebrachten Ackerlandes. Das Eigentum der Mitglieder bleibt bestehen. Auf Beschluss der Mitgliederversammlung können auch die Bewirtschaftung und Nutzung des Grünlandes, der Dauerkulturen (Obstanlagen, Hopfen usw.) oder des Waldes von den Mitgliedern einzeln erfolgen»

Maschinen, Geräte, Zugtiere verbleiben bei den Genossenschaftsmitgliedern und sie werden für die gemeinsame Arbeit gegen Bezahlung zur Verfügung gestellt. Das Nutzvieh wird durch die Genossenschaftsmitglieder individuell gehalten.

Typ II – Gleiche Grundsätze für die Flächen wie bei Typ I.

Die Mitgliederversammlung kann die gemeinsame Viehhaltung beschliessen, insbesondere des Zuchtviehs und der Nachzucht. Ferner übergibt jedes Mitglied der Genossenschaft Maschinen, Geräte und Zugkräfte, die für die genossenschaftliche Wirtschaft erforderlich sind.

Typ III – Gemeinsame genossenschaftliche Bewirtschaftung und Nutzung der von den Mitgliedern eingebrachten land- und

forstwirtschaftlichen Flächen, die Eigentum der Mitglieder bleiben.

Genossenschaftliches Eigentum und genossenschaftliche Nutzung der Traktoren, Maschinen, Geräte und Wirtschaftsgebäude sowie des Zucht- und Nutzviehs.

Der Anteil des Ackerlandes an der landwirtschaftlichen Nutzfläche ging von 77% Mitte der 50er Jahre auf 74% im Jahre 1963 zugunsten des Grünlandes zurück. Dabei verschob sich der Anteil wichtiger Fruchtarten auf dem Ackerland. Bei Getreide verringerte er sich um 2 Prozentpunkte auf rund 48% bei gleichzeitiger Erhöhung der Hektarerträge von 22 auf 25 Dezitonnen. Der Kartoffelanbau nahm – bei stagnierenden bzw. rückläufigen Hektarerträgen – 16% der landwirtschaftlichen Nutzfläche ein. Auch Hülsen- und Ölfrüchte blieben in ihrem Anteil gleich, während Zuckerrüben von 4,5 auf 5,2% und Feldfutterpflanzen von 13 auf über 19% anstiegen, darunter Silomais von 0,2 auf knapp 6%. Ursache dieser Entwicklung war eine konsequente Aufstockung der Viehbestände, die einen wesentlichen Beitrag zur Eigenversorgung der ostdeutschen Bevölkerung leistete. Der Rinderbesatz nahm von 58 auf 72 Tiere je 100 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche, der von Schweinen von 139 auf 146 Tiere zu. Die durchschnittliche Jahres-Milchleistung je Kuh erhöhte sich in allen landwirtschaftlichen Betrieben während dieser Jahre von 2'095 auf 2'319 Liter.

Vorrangiges Ziel der Agrarpolitik war damals die Erzielung hoher Erträge, um die Bevölkerung quantitativ gut mit Nahrungsmitteln versorgen zu können. Ab Mitte der 60er Jahre konnten der Fleisch-, Milch- und Eierbedarf vollständig, der Butterbedarf zu 95%, der von Getreide zu drei Viertel aus eigenem Aufkommen gedeckt werden. Es galt aber auch, den wachsenden Bedarf der Industrie an landwirtschaftlichen Rohstoffen aus eigenem Aufkommen zu sichern. Importe sollten drastisch abgebaut werden, weil permanente Knappheit an Devisen herrschte, die für andere Bereiche der Volkswirtschaft benötigt wurden. Für die Bevölkerung war das vor allem bei eingeführtem Obst und Gemüse deutlich spürbar.

In den 60er Jahren wird die Landwirtschaft zunehmend mechanisiert, der Bestand an Traktoren, Lastkraftwagen, Mähhäckslern und Kartoffelerntemaschinen steigt. Über 50% der Mäh- und Drescharbeiten mit Mähdreschern waren 1960 schon mechanisiert, drei Jahre später über 60%. Die Zuckerrübenernte – eine arbeitskräufteaufwendige Arbeit – war Mitte 1960 zu fast drei Vierteln durch den Einsatz von Vollerntemaschinen mechanisiert. Nur die Kartoffelernte blieb mit rund 25% im

Aufstockung der Viehbestände verbesserte Eigen-versorgungsgrad bei Fleisch- und Milchprodukten

Die Mechanisierung der Landwirtschaft wurde vorangetrieben

Mechanisierungsgrad konstant. Die Mechanisierung erfolgte aber nicht nur auf dem Feld, sondern auch im Stall. Der Anteil der Kühe, die maschinell gemolken wurden, stieg von 1960 bis 1965 von knapp 35% auf über 50%, darunter in den LPG Typ III auf über 80%. Wurden Anfang 1960 lediglich etwa 4% der Rinderplätze mechanisiert entmistet, waren es 1963 schon über 7%, bei Schweinen knapp 5% gegenüber gut 1% Anfang 1960.

Infolge der Kollektivierung, aber auch der Industrieentwicklung hat sich die Beschäftigtenstruktur in der Landwirtschaft in den 50er und 60er Jahren entscheidend gewandelt. Waren Mitte 1950 noch etwa 1,7 Millionen Menschen in der Landwirtschaft tätig, darunter rund 1,3 Millionen Privatbauern, sind es 10 Jahre später noch 1,2 Millionen Menschen, darunter jedoch nur noch etwa 30'000 Privatbauern. Die Zahl der Beschäftigten in den Genossenschaften stieg von 200'000 auf knapp 1 Million an.

Vor allem bei den Privatbetrieben ist in diesen Jahren eine zunehmende Überalterung der Beschäftigten festzustellen. Der Anteil der unter 40 Jahre alten Beschäftigten ging von 1955 bis 1962 von 37% auf knapp 30% zurück, dagegen nahm der Anteil der über 60jährigen von 17% auf knapp 27% zu. Viele junge Menschen, besonders in den noch bestehenden Privatbetrieben, sahen in der kollektivierten Landwirtschaft keine Perspektive, verliessen das Land oder nahmen in anderen Bereichen ausserhalb der Landwirtschaft eine Tätigkeit auf.

Welche Bedeutung die Landwirtschaft und die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln hatte, zeigt sich u.a. darin, dass in den 60er Jahren vom Staat rund ein Siebtel der gesamten Investitionen für die landwirtschaftliche Produktion getätigt wurden. Ausser der Industrie konnte kein anderer Bereich einen ähnlich hohen Anteil verbuchen. Gebaut wurden u.a. die Mischfutterwerke in Pasewalk, Malchin, Schwerin, Ribnitz-Damgarten, Fürstenwalde, Herzberg, Riesa, Leipzig, Erfurt (hier wurden industriell aus verschiedenen Rohstoffen wie Getreideerzeugnissen, Tiermehlen sowie Mineral- und Wirkstoffen Kraftfuttergemische hergestellt) sowie die Trockenmilchwerke in Ferdinandshof, Karstädt, Bützow, Buskow, die Agrar-Flugstützpunkte in Anklam, Kyritz, Magdeburg und Berlin-Schönefeld. Grosse Meliorationsobjekte wurden geschaffen, so die Friedländer Grosse Wiese (25'000 Hektar), das Gebiet Waren/Röbel (34'000 Hektar), die Untere Elbe (10'000 Hektar), die Grosse Wische (40'000 Hektar) und das Rhin-Havel-Luch (48'000 Hektar).

Die 70er und 80er Jahre zeigen in der Landwirtschaft der DDR einen

Neben der Industrie wurden die meisten Investitionen in der Landwirtschaft getätigt

erneuten enormen Strukturwandel, die vom Staat angeordnete «Hinwendung» zu spezialisierten Grossbetrieben, zur industriemässigen Produktion. Aus etwa 9'000 LPG und über 500 «Volkseigenen Gütern» (VEG) im Jahr 1970 entstanden spezialisierte Landwirtschaftsbetriebe für Pflanzen- und Tierproduktion. Mitte 1980 war die Pflanzenproduktion in 1'047 LPG-Pflanzenproduktion, 66 VEG Pflanzenproduktion, 87 kooperativen Abteilungen Pflanzenproduktion und 215 gärtnerischen Produktionsgenossenschaften konzentriert, wobei die LPG und VEG 96,2% der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschafteten. Im Durchschnitt waren das 4'600 Hektar je LPG bzw. 5'100 Hektar je VEG (zum Vergleich: 1970 bewirtschaftete eine LPG des Typs III rund 820 Hektar). Ähnlich war die Tierproduktion in 2'899 LPG Tierproduktion, 519 VEG Tierproduktion, 299 zwischengenossenschaftlichen Einrichtungen bzw. zwischenbetrieblichen Einrichtungen und 51 volkseigenen Kombinat für industrielle Mast zusammengefasst.

Die hochgesteckten Ziele, die mit der industriemässigen Produktion in der Landwirtschaft anvisiert wurden, scheiterten letztlich mit daran, dass nur ungenügende finanzielle Mittel für die Anschaffung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten bereitgestellt werden konnten,

Die Hinwendung zur industriemässigen Produktion in der Landwirtschaft stiess an finanzielle Grenzen



TRAKTORENBESTAND



Foto: Bundesarchiv

Viele fleissige Hände halfen bei der Feldbestellung (1986)

obwohl in grossem Umfang z.B. neue Pflanzensorten, die höhere Erträge versprachen, zugelassen und Verfahren zur verbesserten Haltung und Fütterung von Rindern, Schweinen und Geflügel eingeführt wurden.

Wie im vergangenen Jahrzehnt nahm auch in den 70er und 80er Jahren der Landmaschineneinsatz einen sehr wichtigen Platz ein. Doch zeichnen sich hier bereits schwerwiegende negative Entwicklungen ab. Der Bestand an Zugmaschinen, landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten nahm in diesen Jahren zwar kräftig zu (Traktoren z.B. um 15%, darunter Allrad- und Raupentraktoren um mehr als 150%, Lkw um mehr als 130%), doch die finanziellen Mittel für eine ständige Erneuerung des Maschinenparks fehlen ab Mitte der 80er Jahre immer mehr. So wurden z.B. zur Bezahlung zusätzlicher Getreideimporte in den Jahren 1975 bis 1980, u.a. zum Ausgleich der durch ungünstige Witterung verursachten Ertragsausfälle Maschinen und Geräte, die für die Landwirtschaft vorgesehen waren, für den Export eingesetzt. Die Investitionen in den Agrarbereich gingen von 10% im Jahr 1980 auf 8,5% im Jahr 1989 zurück. Die Folge war, dass Ende der 80er Jahre die landwirtschaftlichen Maschinen und Anlagen zu über 60% ihres Wertes abgeschrieben, d.h. überaltert waren. Fast 30% der Traktoren waren z.B. Ende 1980 10 Jahre und älter, bei Lkw über 40%, bei Mähdreschern

Viele Landmaschinen in der DDR waren überaltert – zwei Mähdrescher bei der Ernte von Wintergerste

Foto: ADN



über 10%. Diese Überalterung wirkte sich negativ auf die Wirtschaftlichkeit der Betriebe aus, vom steigenden Kraftstoffverbrauch bis zu Körnerverlusten beim Transport, von zusätzlichem Personal für die Wartung und Reparatur der überalterten Maschinen bis zu überhöhten Aufwendungen für die unrentablen Stallmechanisierungen.

Trotzdem konnten die Genossenschaften zunächst noch Ertragssteigerungen verzeichnen. Bei Getreide wurden seit 1985 jährlich über 40 Dezitonnen je Hektar geerntet, bei Kartoffeln schwankend zwischen 215 und 270 Dezitonnen je Hektar. Auch die durchschnittliche jährliche Milchleistung je Kuh stieg von 5'824 Litern 1985 auf 4'180 Liter Anfang 1990. Internationale Vergleiche verdeutlichen aber, dass diese Erträge für eine effektive Landwirtschaft wohl nicht ausreichend sind. So wurden bei Weizen 1988 in der DDR 48,3 Dezitonnen je Hektar erreicht, in der Bundesrepublik Deutschland dagegen 68,4 Dezitonnen je Hektar, in Belgien-Luxemburg 65,1 Dezitonnen je Hektar und in Dänemark 67,5 Dezitonnen je Hektar. Bei Kartoffeln waren das in der vorgenannten Reihenfolge 261 Dezitonnen je Hektar, 373 Dezitonnen je Hektar, 400 Dezitonnen je Hektar und 325 Dezitonnen je Hektar.

Die Ertragssteigerungen waren u.a. auf die Anstrengungen bei der Melioration und einen grösseren Einsatz von Düngemitteln zurückzu-

Die Ertragssteigerungen hielten einem internationalen Vergleich nicht stand

führen. Mitte 1980 waren 1,1 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche bewässert, 1,7 Millionen Hektar entwässert, ferner gab es 40'600 km Vorfluter und 54'600 km landwirtschaftlicher Strassen und Wege waren gebaut worden.

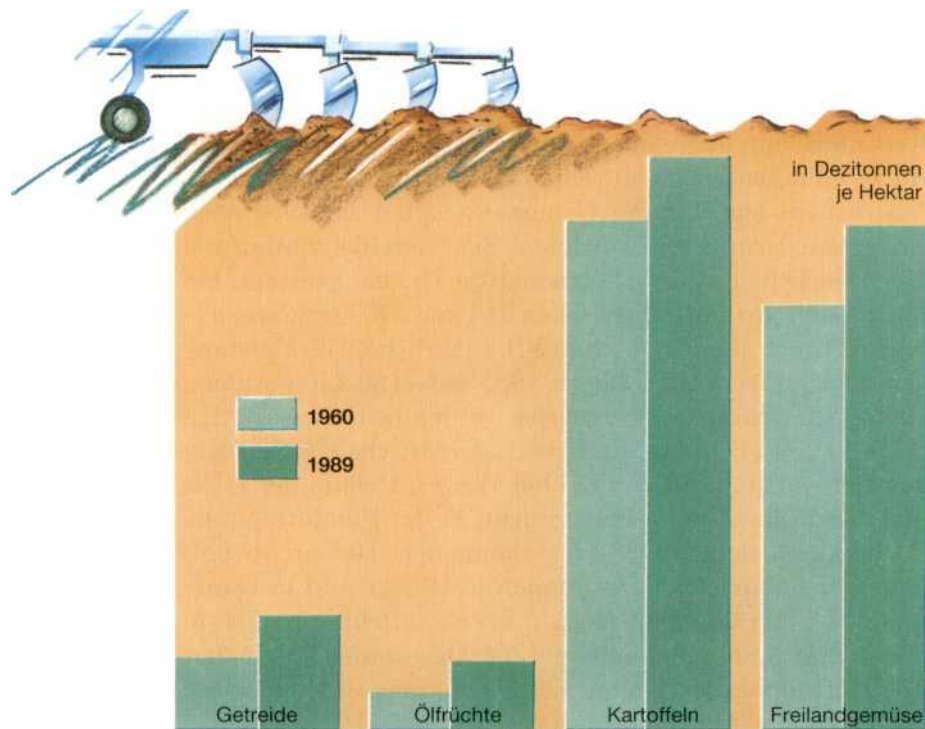
Ende der 80er Jahre konnte ein DDR-Bürger im Jahr 25,1 Kilogramm Rind- und Kalbfleisch, 63,8 Kilogramm Schweinefleisch, 10,4 Kilogramm Geflügel, 301 Stück Eier, 8,8 Kilogramm Butter, 113,9 Liter Trinkmilch, 149,5 Kilogramm Frischkartoffeln, 100,6 Kilogramm Gemüse und 31,6 Kilogramm Frischobst verbrauchen. Dieser Verbrauch konnte aber seit Mitte der 80er Jahre nicht mehr aus der Inlandsproduktion allein gedeckt werden. Sowohl die Importe an Nahrungsmitteln und lebenden Tieren aus den damaligen Staatshandelsländern des Ostblocks, als auch die aus den westlichen Industrieländern nahmen seit 1985/86 zu.

Eine gewisse Rolle in der Eigenversorgung der Bevölkerung der DDR spielten die individuellen Hauswirtschaften der Genossenschaftsmitglieder und die im «Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter» – VKSK – zusammengefassten Hobby-Gärtner.

Der «private Sektor» umfasste im Jahr 1989 rund 3'500 kleine Erwerbsbetriebe, 68 Kirchengüter und etwa 370'000 Kleinproduzenten.

Nahrungsmittel-
importe stiegen

Der «private Sektor» als
«Lückenfüller»



HEKTARERTRÄGE NACH FRUCHTARTEN

Sie bewirtschafteten zusammen rund 335'000 Hektar der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Ausserdem wurden von den Genossenschaftsbauern und Landarbeitern knapp 300'000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche individuell genutzt und ca. 30% auch von ihnen selbst bearbeitet. Obwohl lediglich 3% des Ackerlandes individuell bearbeitet wurden, waren die Leistungen des privaten Sektors in der Marktproduktion wichtiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse beachtlich. So betrug der Anteil am Gesamtaufkommen bei Schlachtvieh 15%, bei Hühnereiern knapp 35%, bei Frischgemüse 14% und bei Obst rund 22%. Nach der staatlichen Anhebung der Agrarpreise Anfang der 80er Jahre stieg die Marktproduktion von Schlachtvieh erheblich an, allein von 1983 bis 1984 z.B. um mehr als 30%. Da die Verbraucherpreise geringer waren als die Erzeugerpreise, gingen die privaten Haushaltungen in der 2. Hälfte der 80er Jahre ständig zurück. Auch bei Frischgemüse führten die höheren Preise zu einem spürbaren Anstieg der Marktproduktion. Demgegenüber blieb die Marktproduktion von Hühnereiern seit 20 Jahren relativ konstant, was vor allem an der staatlichen Bereitstellung von Futtermitteln für die Halter gelegen haben dürfte, die Eier abliefern.

Was die einzelnen Tierarten anbetrifft, so waren 1989 von den Rinder- und Schweinebeständen nur 4% bzw. 12% in privaten Haltungen, vorrangig im Besitz von Genossenschaftsmitgliedern und Landarbeitern, da über den grössten Teil des Jahres umfangreiche Futtergrundlagen zur Verfügung stehen müssen. Dagegen waren 25% der Schafe, 63% der Pferde und 47% der Legehennen in privatem Besitz.

Als Fazit lässt sich sagen, dass es der Landwirtschaft in der DDR gelang, die Bevölkerung, zumindest quantitativ, gut mit Nahrungsmitteln zu versorgen, wenn auch seit Mitte der 70er Jahre mit ständig steigendem Aufwand. Man muss davon ausgehen, dass die durchgängige Zusammenlegung der landwirtschaftlichen Flächen zu Betrieben mit 4'000 Hektar und mehr und die Trennung der Pflanzen- und Tierproduktion letztlich ineffizient waren (z.B. durch hohe Aufwendungen für Organisation und Transport, fehlendes Zugehörigkeitsgefühl des Bauern zur «Scholle»).

Rechnet man alles, was in der Landwirtschaft auf dem Feld und im Stall produziert wurde, zusammen, ergibt sich 1985 gegenüber 1980 je Berufstätigen in der Landwirtschaft ein Wachstum von rund 15%, 1989 gegenüber 1985 ein Rückgang um 6%. Gründe hierfür waren insbesondere die fehlende Modernisierung der Maschinen und Geräte und die Bewirtschaftung der Flächen und Ställe mit einer überalterten und daher kostengünstigen Technik, die immer mehr Arbeitskräfte band;

Missverhältnis
zwischen Aufwand
und Ertrag

entsprechende Technik konnte vom Staat nicht in benötigtem Umfang geliefert bzw. musste wegen der Devisenknappheit exportiert werden, – der hohe Bestand an Arbeitskräften in den Genossenschaften, der neben den Mitgliedern (Eigentümern) noch viele Beschäftigte umfasste, die für ausserlandwirtschaftliche Arbeiten eingesetzt wurden, so z.B. im Kultur-, Sozial- oder im Dienstleistungsbereich,

- zeitweise Schwierigkeiten bei der Fütterung der Tiere, die sich aus ungünstigen Witterungsbedingungen ergaben und durch Importe nicht immer ausgeglichen werden konnten,
- die hinter der Entwicklung der Marktproduktion von tierischen Erzeugnissen zurückgebliebenen Verarbeitungen – und Kühlkapazitäten, insbesondere in der Fleischindustrie.

Die volkseigenen Betriebe und Genossenschaften der Landwirtschaft der DDR verfügten letztlich über ein grosses Produktionspotential, es gab aber eine Reihe hemmender Faktoren, die sich negativ auf die gesamte landwirtschaftliche Produktion auswirkten.

Was kommt nach dem «Beitritt»?

Nach der Einführung der «Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion» am 1. Juli 1990 zwischen beiden deutschen Staaten kam es infolge von Absatzschwierigkeiten aufgrund des geänderten Agrarpreinsniveaus zu einem rigorosen Abbau der Viehbestände und zu Flächenstillegungen. Im Mai 1991 gab es im Gebiet der ehemaligen DDR rund 21'700 landwirtschaftliche Betriebe – gegenüber etwa 4'700 im Jahre 1989 – mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von 5,2 Millionen Hektar – 1989 waren es 6,2 Millionen Hektar – und einer durchschnittlichen Betriebsgrösse von 241 Hektar. 3'512 Betriebe hatten eine landwirtschaftliche Nutzfläche unter einem Hektar, 366 Betriebe wiesen 3'000 Hektar und mehr auf.

Um unter den Rahmenbedingungen des Agrarmarktes der EG bestehen zu können, ist ein Strukturwandel in der ostdeutschen Landwirtschaft unumgänglich, er wird wohl einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen. Welche Betriebsstrukturen sich letztlich behaupten werden, ist noch nicht abzusehen. Ungeklärte Eigentumsverhältnisse, ein überalterter Maschinen- und Gerätepark und unzureichende Wirtschaftsgebäude wirken sich derzeit noch hemmend auf den Wandlungsprozess aus. Der hohe Anteil an sehr guten und guten Böden, der Wille zur Leistung, gepaart mit Fachkenntnissen, und die Nähe der grossen Märkte, wie Berlin und in den Industriestandorten, lassen für die Zukunft eine erfolgreiche Entwicklung erhoffen.

Vom Landeskulturgesetz zu blauen Trabiwolken, Landschaftszerstörung durch Tagebaue und Nitratbelastung des Wassers – Leben auf Kosten der Umwelt

Heide Eckardt

In bräunlichgelbe Dunstschleier gehüllte Wohn- und Fabriksiedlungen, von riesigen Schaufelbaggern zerpflegte und jeglicher Begrünung beraubte Landstriche, von abgestorbenen Bäumen bestandene Waldflächen, von graublauen Abgaswolken umgebene Autokolonnen in engen Strassen – das sind Bilder, die einem bei den Stichworten «DDR» und «Umwelt» spontan in den Sinn kommen – und vielleicht «Marx» und «Engels», die von alledem noch nichts wussten und wie viele ihrer Zeitgenossen einem ungebrochenen Fortschrittsoptimismus anhängen.

Der industrielle Aufschwung, den die hochentwickelten und dichtbesiedelten Länder in den 50er und 60er Jahren erfuhren, war gleichzeitig



Das Kraftwerk Boxberg: Einst als «Energieriese» und «grösstes Braunkohlekraftwerk Europas» gepriesen, heute Symbol für die jahrelange Verdrängung der Umweltprobleme

Foto: ADN

der Beginn einer beschleunigten Zerstörung der natürlichen Umwelt. Ein Prozess, der natürlich auch das Gebiet der DDR betraf.

Gleichwohl waren Wissenschaftler und Praktiker bemüht, eingedenk der Erfahrungen des Westens, die mit dem Wirtschaftswachstum einhergehende Verschlechterung der natürlichen Bedingungen, wenn nicht aufzuhalten, so doch zu verlangsamen. Im Mai 1970 wurde das «Gesetz über die planmässige Gestaltung der sozialistischen Landeskultur in der DDR – Landeskulturgesetz» als Grundlage für eine Reihe weiterer Rechtsvorschriften zum Umweltschutz verabschiedet. Das 1971 gebildete Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft sollte zusammen mit anderen Ministerien die Belange der Umwelt in der zentralen Planung vertreten.

Etwa ein Jahrzehnt später begann sichtbar zu werden, dass das verfassungsmässig und gesetzlich fixierte Einvernehmen zwischen Ökologie und Ökonomie de facto nicht realisiert werden konnte. Zunehmend wurde deutlich, dass sich die Lebensqualität der Menschen verschlechterte, weil z.B. der Aufschluss neuer Tagebaue ganze Landstriche verwüstete, sich die Abgaswolken über den industriellen Ballungsgebieten verdichteten und die Qualität des Wassers spürbar abnahm. Deshalb wurden Informationen und Daten, die über das Ausmass von Umweltzerstörungen Auskunft geben konnten, als geheim eingestuft oder – wenn internationale Abkommen eine Veröffentlichung notwendig machten – auf politische Anweisung aus höchsten Kreisen geschönt.

Das heisst nicht, dass es nicht immer wieder Versuche und Bemühungen gegeben hat, den Fortgang der Umweltschäden einzuschränken. Unter massgeblicher Beteiligung der Ingenieurorganisation «Kammer der Technik» wurden Verfahren zur Reinhaltung der Luft, zum Schutz des Bodens und der Gewässer ausgearbeitet. Tausende Naturschützer bemühten sich um die Erhaltung der Natur in ihrem Wohnumfeld. Mit viel Engagement für die Umwelt arbeiteten auch die meisten der Mitarbeiter in den staatlichen Einrichtungen des Umweltschutzes auf Bezirks- und Kreisebene.

Diese Anstrengungen konnten zwar eine grossräumige Zerstörung der Umwelt und die damit verbundene Schädigung der menschlichen Gesundheit vor allem in industriellen Ballungsgebieten nicht verhindern, trugen aber dazu bei, dass die Regierenden immer wieder mit Umweltproblemen konfrontiert wurden. Eine Energiepolitik, die fast ausschliesslich auf dem Einsatz einheimischer Braunkohle beruhte, die industriell organisierte Landwirtschaft, eine chemische Industrie, die überwiegend mit verschlissenen, ja gefährlichen Anlagen produzierte,

Ökonomie kontra
Ökologie

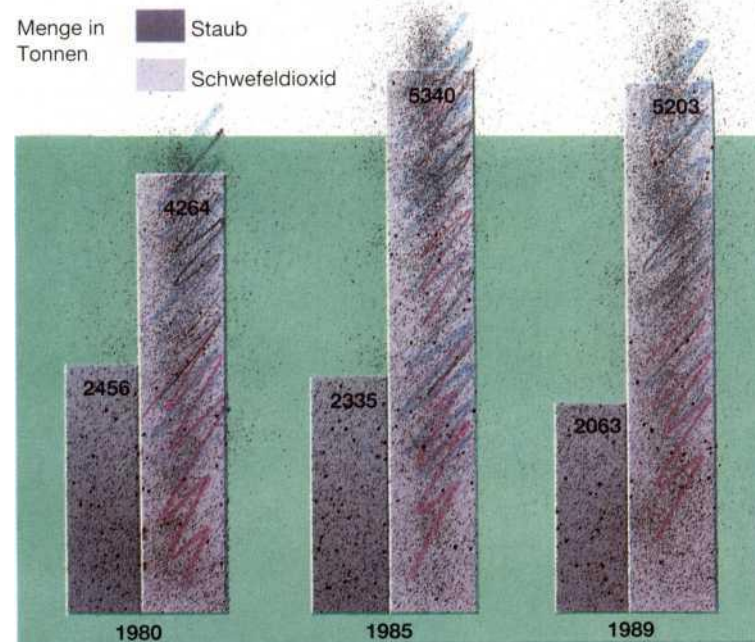
aber auch systemimmanente Wirtschaftsmechanismen, in denen die Planerfüllung oberste Maxime darstellte, waren die hauptsächlichsten Gründe für das Scheitern der ursprünglich konzipierten Umweltpolitik.

Mit einem jährlichen Ausstoss von über 5 Millionen Tonnen Schwefeldioxid aus stationären Quellen seit dem Jahr 1985, das sind etwa 50 Tonnen je km² oder mehr als 300 Kilogramm je Einwohner, hatte die DDR im europäischen Umfeld die höchste Belastung und trug durch die grenzüberschreitenden Schadstoffströme auch zu Umweltschäden in anderen Ländern bei. Die Hälfte dieser Emissionen kam 1989 vor allem aus Gross- und Industriekraftwerken in den Kreisen Borna, Weisswasser, Calau, Cottbus, Spremberg, in Merseburg, Gräfenhainichen und Bitterfeld sowie Görlitz.

Als belastend für die menschliche Gesundheit wurde ein Grenzwert von 150 Mikrogramm Schwefeldioxid je Kubikmeter Luft gesetzlich fixiert. Diese Konzentration betrug im Jahresdurchschnitt 1989 im Raum Zeitz-Weissenfels-Merseburg 270-380 Mikrogramm, Halle-Bitterfeld 220-300 Mikrogramm und im Raum Erfurt-Weimar 210-300 Mikrogramm.

Mitte der 70er Jahre wurde mit der Entwicklung von Verfahren zur Rauchgasentschwefelung bei der Braunkohleverbrennung begonnen und ab 1984 in grösserem Umfang in Versuchsanlagen erprobt. Allerdings scheiterten die meisten der Massnahmen – es sollten 14,4 Milliar-

Höchste
Schwefeldioxid-
belastung in
Europa



EMISSION LUFTVERUNREINIGENDER STOFFE

den Mark für die Projekte zur Entschwefelung aufgewendet werden – an der Nichtberücksichtigung in den Plänen. Für die Grosskraftwerke mit einem jährlichen Rohbraunkohleeinsatz von 10 bis 50 Millionen Tonnen gab es kein ökonomisch vertretbares Konzept der Rauchgasentschwefelung. Über 2 Millionen Tonnen Staub wurden jährlich aus Anlagen zur Elektrizitätserzeugung, aus Heizwerken, Brikettfabriken, der Zementproduktion und anderen industriellen Quellen, aber auch dem Hausbrand emittiert. Die zur Rückhaltung von Staub erforderlichen Verfahren und die Kapazitäten zur Produktion von Entstaubungsanlagen waren vorhanden, konnten aber wegen fehlender finanzieller Mittel nicht umfassend angewendet bzw. ausgebaut werden. Die zentral geplanten Investitionen wurden vor allem für den Ersatz verschlissener Filter und die Nachrüstung mit Entstaubungsanlagen eingesetzt.

Im Bereich der Kohle- und Energiewirtschaft sollen von den im Laufe des Jahres 1989 anfallenden 18 Millionen Tonnen Staub 95% in Abgasreinigungsanlagen zurückgehalten worden sein, in der chemischen Industrie bei einem wesentlich kleineren Anfall knapp 80%.

Beim Hausbrand wurde mit dem Wohnungsbauprogramm zwar die Ofenheizung eingeschränkt, die kommunalen Heizwerke, aber auch Heiz- und Wärmekraftwerke hingegen waren nur ungenügend mit Filtern ausgerüstet.

Durch die staatlichen Hygiene- und die Umweltinspektionen wurde das Emissionsverhalten der kontrollpflichtigen Anlagen beobachtet und



*Rekultivierung von
Bergbaugelände: Pflanzarbeiten im
ehemaligen Braunkohletagebau
Spreetal im Bezirk Cottbus*

Foto: ADN

den Betrieben entsprechende Auflagen zur Emissionssenkung erteilt. Auch für den Bau neuer Produktionsstätten war die Einwilligung des Gesundheits- und Umweltschutzes einzuholen.

In der Praxis griffen diese gesetzlich fixierten Regelungen kaum, da der Zuwachs an Produktion den Vorzug vor dem Schutz vor schädigenden Auswirkungen hatte. Auch Grossbetriebe, die hohe Summen an Abgasgeld zahlen mussten, konnten diese Mittel nicht unmittelbar für Abgasreinigung eigener Anlagen einsetzen, da die zentrale staatliche Planung und Bilanzierung diese Gelder einer anderen Zweckbestimmung zuleitete.

Die hohen Emissionen von Schwefeldioxid, Staub, Stickoxiden (1989 etwa 400'000 Tonnen aus stationären Quellen und rund 500'000 Tonnen aus dem Verkehr) und anderen Luftschadstoffen sind wohl eine wesentliche Ursache für die fortschreitende Schädigung der Wälder. Rauchgeschädigte Bäume sind weniger widerstandsfähig gegenüber klimatischen Veränderungen, Pilz- und Insektenbefall, dazu kommt noch ein beträchtliches Defizit im natürlichen Wasserhaushalt. Auch mit einem hohen finanziellen, materiellen und personellen Aufwand für forstliche Massnahmen, wie die Aufforstung mit rauchhärteren Baumarten, grossflächige Stabilisierungsdüngungen und intensive Waldpflege, war der Fortgang der Umweltschäden vor allem seit Mitte der 80er Jahre nicht mehr aufzuhalten. Mehr als jeder 2. Baum ist inzwischen geschädigt, über 60 bzw. 50% der Kiefern- und Eichenbestände müssen als vorgeschädigt oder krank eingestuft werden. Nach dem derzeitigen Stand der Forschung ist davon auszugehen, dass nur eine dras-

Mehr als jeder zweite
Baum krank

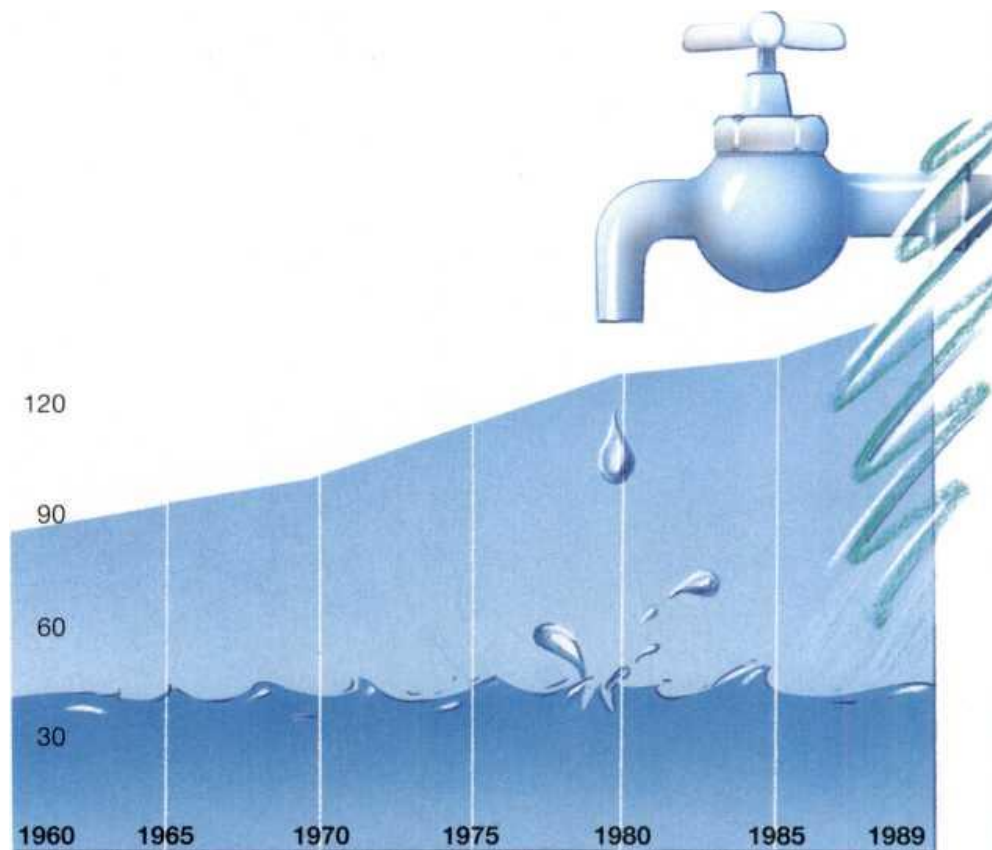
*Beregnungsanlagen wie diese waren
mitverantwortlich für den hohen
Wasserverbrauch in der DDR-Land-
wirtschaft*

Foto: Bundesarchiv



tische europaweite Reduzierung der Schadstoffemissionen aus stationären Anlagen und dem Verkehr das Waldsterben mindern kann. Im Rahmen der Wasserbilanz hatte die DDR mit einem natürlichen potentiellen Wasserdargebot von 17,7 Milliarden Kubikmeter, das sind etwas mehr als tausend Kubikmeter pro Einwohner, den angespanntesten Wasserhaushalt in Europa. In Trockenjahren waren es nur 8,9 Milliarden Kubikmeter Oberflächen- und Grundwasser, die genutzt werden konnten. 1989 wurde dieses Angebot zu über 90% ausgeschöpft: Industrie und die übrige gewerbliche Wirtschaft verbrauchten 4,8 Milliarden Kubikmeter, die Landwirtschaft über 2 Milliarden Kubikmeter, durch die Bevölkerung und sonstige Verbraucher wurden 1,5 Milliarden Kubikmeter genutzt. Der Wasserverbrauch in der Landwirtschaft ist gegenüber 1970 vor allem wegen der Bewässerungsprogramme auf über das Doppelte gestiegen; der Verbrauch in Haushalten und Dienstleistungseinrichtungen für die Bevölkerung wuchs auf das Anderthalbfache.

Der Trinkwasserverbrauch der zentral versorgten Einwohner erhöhte sich von knapp 90 Liter pro Tag und Einwohner im Jahr 1960 auf 145 Liter 1989. Rund drei Viertel des Trinkwassers werden aus Grundwasser gewonnen und aufbereitet. Ein Hauptproblem des Grundwasser-



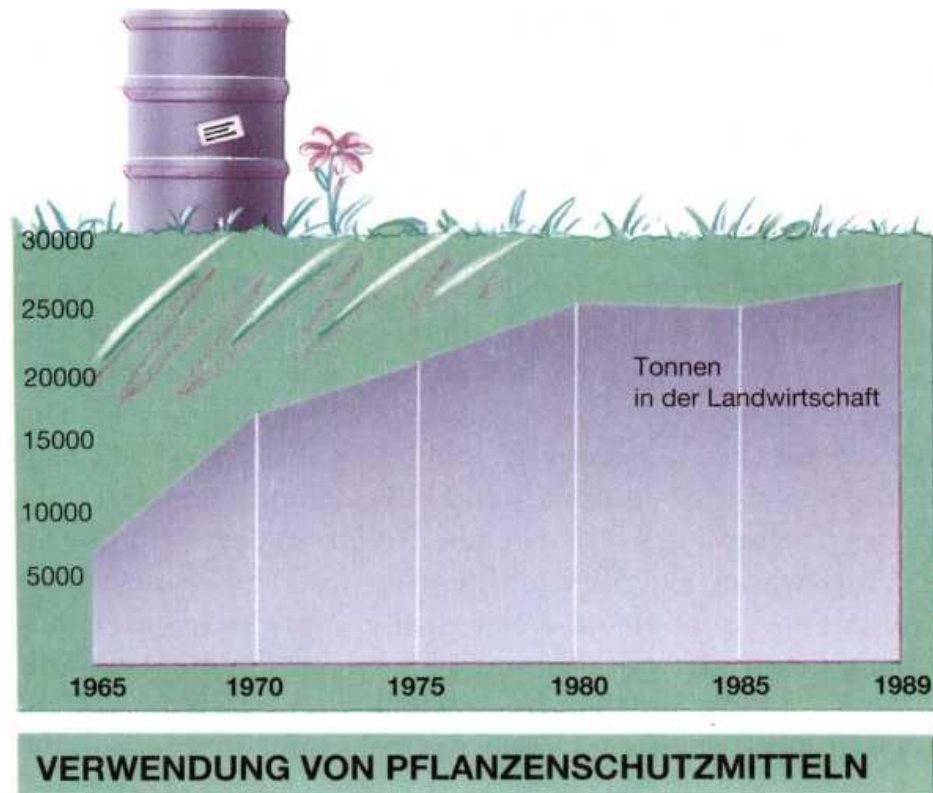
TRINKWASSERABGABE PRO KOPF (Liter je Tag)

schutzes ist die Nitratbelastung. Das Trinkwasser für über anderthalb Millionen Einwohner war mit einem Nitratgehalt von über 40 mg/l belastet, vor allem in Teilen der heutigen Bundesländer Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt.

Während das natürliche Angebot an Wasser nicht verändert werden kann, ist seine mengenmässige Verfügbarkeit durch Bewirtschaftung, Abflussverzögerung und Speicherung beeinflussbar. Zu Zeiten der DDR wuchs der Stauraum von Talsperren und Speichern auf mehr als das Zweifache, reichte aber noch nicht aus, um in Trockenjahren eine stabile Versorgung in allen Gebieten zu sichern. Der steigende Wasserbedarf der Landwirtschaft und der Bevölkerung musste durch Einsparungen in der Industrie kompensiert werden. Die sogenannte rationelle Wasserverwendung war in die Pläne der grossen Betriebe eingebunden und es wurden auch die institutionellen Einrichtungen – Wasserbeauftragte – geschaffen, die die wasserwirtschaftliche Situation in den Betrieben kontrollierten.

Jedwede Nutzung von Frischwasser erzeugt Anfall von Abwasser, das zum grossen Teil einer Behandlung bedarf. Das betrifft das gesamte häusliche Abwasser sowie nach den in der DDR geltenden Einleitungsbedingungen etwa die Hälfte des industriellen Abwassers. Etwas mehr als 60% des zu behandelnden Abwassers aus der industriellen Produktion wurden 1989 gereinigt, das sind 856 Millionen Kubikmeter, 552 Millionen Kubikmeter flossen unbehandelt in die Gewässer ab. Die Ab-

Wasserbedarf stieg –
Nitratgehalt auch



Werbung für die Sammlung von
Sekundärrohstoffen

Foto: Bundesarchiv

EINE BITTE AN ALLE HAUSHALTE !

Wir benötigen
jetzt
besonders

PLASTIK

... es darf auch mal
etwas
mehr sein

UNSERE ANNAHMESTELLEN ERWARTEN SIE

SEMI

Unser Haushaltsmüll enthält noch zwei Drittel Sekundärrohstoffe

- 5,5 kg Thermobehälter (Kaffeebecher je Haushalt)
- 10.000 Plastikbecher (je 11 Liter)
- 10.000 Plastikflaschen (je 1 Liter)
- Eine Flaschenfabrik (Kunststoff) kann aus 2 Mio. Plastikflaschen 1000 Liter produzieren

1 Liter Thermobehälter
10.000 Plastikbecher
10.000 Plastikflaschen

wasserbehandlung – soweit überhaupt vorhanden – war zu wenig auf die Rückhaltung von spezifischen Abwasserinhaltsstoffen wie chlorierten Kohlenwasserstoffen, Schwermetallen u.a. ausgerichtet. Unzureichend war die Abwasserklärung in der chemischen Industrie und in der Kaliindustrie, in Zellstoff- und Textilbetrieben.

Anschlüsse an Kläranlagen der Betriebe der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung waren lediglich für knapp 60% der Einwohner vorhanden. Die finanziellen und materiellen Mittel mussten vor allem für die Entsorgung im Rahmen des Wohnungsbauprogramms, d.h. vor allem in den Neubaugebieten der grösseren Städte, eingesetzt werden.

Durch die intensive Wassernutzung in der Industrie, den Abwasser- und Gülleanfall aus den Grossanlagen der Tierhaltung, aber auch wegen des hohen Einsatzes von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft kam es zu einer hohen Belastung vor allem der Fliessgewässer. Die Staatliche Gewässeraufsicht war zuständig für die Kontrolle der Hauptwasserläufe und stehenden Binnengewässer. Die Klassifizierung der Beschaffenheit für das Jahr 1989 sagt aus, dass 25% der untersuchten Flussabschnitte für die Trinkwassergewinnung mit normalen Aufbereitungstechnologien nutzbar waren, bei 56% mussten für die Trinkwasseraufbereitung komplizierte und ökonomisch aufwendige Technologien eingesetzt werden und 41% waren für die Aufbereitung nicht mehr nutzbar. In einigen Fällen erfüllten sie nicht einmal die Anforderungen für Brauch- oder Bewässerungswasser.



Ganze Schulklassen beteiligten sich an der Sammlung von Sekundärrohstoffen

Foto: Bundesarchiv

Kennzeichnend für die DDR ist die Tatsache, dass der Begriff industrielle Abfälle offiziell nicht gebraucht wurde. Man ging davon aus, dass in den gasförmigen, festen und flüssigen Rückständen (Abfallprodukten, den sogenannten Abprodukten) aus der Produktion durchaus noch verwertbare Komponenten enthalten sind, die den Mangel an Rohstoffen in einigen Bereichen ausgleichen konnten. Die Sekundärrohstoffwirtschaft war deshalb fester Bestandteil der Pläne und damit der stofflichen Bilanzierung.

Einer Erhebung aus dem Jahre 1988 zufolge fielen aus Wirtschaft und privaten Haushalten 91 Millionen Tonnen Abfallprodukte und Sekundärrohstoffe an, mehr als 36 Millionen Tonnen wurden einer Wiederverwertung zugeführt. Der mengenmässig grösste Posten waren Braunkohlenaschen mit über 10 Millionen Tonnen, die im Bergbau, bei der Wiederrubarmachung, der Haldenstabilisierung und als Baustoff Verwendung fanden. Die Erfassung und Getrennsammlung von Wertstoffen wie Flaschen und Gläsern, Papier und Alttextilien aus Haushalten war über ein dichtes Netz von festen und mobilen Annahmestellen der SERO-Betriebe organisiert. Wenn sich die von der Müllabfuhr eingesammelte Menge an Hausmüll in den 80er Jahren erhöht hat, ist das deshalb weniger wachsenden Müllbergen zuzuordnen als der Tatsache, dass mehr Einwohner durch die Stadtwirtschaftsbetriebe entsorgt wurden.

In Zeiten der DDR gab es keine vollständige Übersicht über die Anzahl und den Zustand der genutzten Ablagerungsflächen und Mülldeponien. Man sollte davon ausgehen, dass ca. 2'000 Deponien für indu-

Zwang zur Wiederverwertung von Abfällen

strielle Abfallprodukte und etwa 11'000 Ablagerungsflächen für Siedlungsabfälle, einschl. Hausmüll, existierten. Unter Kontrolle der Räte der Bezirke standen 147 Deponien, 19 Verbrennungsanlagen, 11 Entgiftungsanlagen und 16 Brandplätze, auf denen 1988 über 1,3 Millionen Tonnen toxische und schadstoffhaltige Abfälle beseitigt wurden. Ausserdem wurden als Ergebnis einer Untersuchung 570 Deponien ermittelt, auf denen ohne Genehmigung unter anderem auch schadstoffhaltige Industrieabfälle abgelagert waren.

Von der Trümmerwüste zum Ausbau des Verkehrsnetzes – Strassen, Schienen und Wasserwege auf 108'532 km²

Karl-Heinz Pesch

Mit einer maximalen Nord-Süd-Ausdehnung von rund 500 km und einer Ost-West-Erstreckung von 550 km nahm das Territorium der DDR eine Fläche von 108'332 km² ein. Ihre Grösse entsprach damit etwa der Fläche der Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern.

Zwei Drittel des Gebietes gehören zum mitteleuropäischen Tieflandstreifen. Dessen Oberflächengestaltung erfolgte im Wesentlichen in jüngster geologischer Vergangenheit, im Pleistozän (Eiszeitalter). Damals drangen wiederholt Gletscher aus Skandinavien kommend bis an den Rand der Mittelgebirge vor. Sie hinterliessen ein ebenes, teilweise auch hügeliges Landschaftsbild, in welches eine Vielzahl von Seen und Seenketten eingebettet sind.

Das südliche Drittel der DDR wurde in physisch-geografischer Hinsicht durch den zentraleuropäischen Mittelgebirgsgürtel geprägt. Im Tertiär (Braunkohlezeit) wurden geologisch sehr alte kristalline, Sediment- und metamorphe Gesteine in Form von Schollen herausgehoben. Engräumige Landschaften kennzeichnen das Mittelgebirgsland heute. Hier im Erzgebirge befindet sich auch mit 1'214 m der höchste Punkt der DDR – der Fichtelberg.

Eingebettet in diese grossen naturräumlichen Einheiten ist eine Vielzahl von in ihren Reizen einmaligen Landschaften. Zu ihnen zählen u.a. die Küstenlandschaft der Ostsee mit den Inseln Rügen (926 km²), Usedom (354 km²), Hiddensee (19km²) und der Halbinsel Fischland-Darss-Zingst, die mecklenburgischen und brandenburgischen Seengebiete mit dem grössten Binnensee der DDR, der Müritz (115 km²), ebenso wie der als Teil eines kaltzeitlichen Urstromtales entstandene Spreewald, eine rund 75 km lange und maximal 15 km breite Niederungslandschaft – einmalig in Mitteleuropa – oder die romantische Felsenwelt des Elbsandsteingebirges – die «Sächsische Schweiz» – mit ihren markanten Tafelbergen Lilienstein, Pfaffenstein, Königsstein u.a. sowie der ca. 60 km lange Thüringer Wald mit dem auf dem Kamm verlaufenden Rennsteig, der einzigartige Ausblicke und Fernsichten gewährt.

Vielfalt der natürlichen
Landschaft

1989 waren 27,5% des Territoriums der DDR mit Waldflächen bedeckt. In vier Jahrzehnten war ihr Anteil an der Gesamtfläche um 0,5% auf insgesamt 29'842 km² angestiegen. Ausgedehnte Waldgebiete bedecken die Mittelgebirge und ihre Randgebiete, die mecklenburgischen und brandenburgischen Seengebiete sowie die Niederlausitz und die Heidegebiete. Ausgesprochen waldarm ist das Gebiet um Leipzig-Halle-Magdeburg.

57,0% der Gesamtfläche nahm die landwirtschaftliche Nutzfläche ein. Ihr Anteil ist in 40 Jahren kontinuierlich um 5,7% bzw. 5'555 km² reduziert worden. Die Schwerpunkte der Wirtschaft waren innerhalb der DDR sehr unterschiedlich verteilt. Historisch gewachsen konzentrierten sich die Industriestandorte hauptsächlich in der dichtbesiedelten südlichen Hälfte, wo Ballungsgebiete wie um Berlin, Leipzig/Halle, Dresden und Karl-Marx-Stadt/Zwickau entstanden. In der wesentlich dünner besiedelten Nordhälfte, wo insbesondere in den letzten beiden Jahrzehnten nur einige Grossunternehmen angesiedelt wurden, überwog die landwirtschaftliche Produktion. Dabei entstand eine grossbetriebliche und spezialisierte Pflanzen- und Tierproduktion. Drei Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche entfielen auf Ackerbauflächen und rund ein Fünftel auf Grünland. Diese Anteilverhältnisse blieben in 40 Jahren DDR nahezu konstant.

Wasserflächen beanspruchten 1989 insgesamt 5156 km² bzw. einen Flächenanteil von 2,9%. Insbesondere durch Blutung von Flächen des Braunkohleabbaus, die Anlage von Wasserreservoirs und Talsperren fand in den 80er Jahren eine beträchtliche Ausdehnung des Wasserflächenanteils statt. So entstanden bei der Bevölkerung sehr beliebte Naherholungsgebiete wie zum Beispiel der Knappensee, der Senftenberger See bzw. die Talsperren in den Mittelgebirgen. Angefangen hatte alles mit der 1949-1952 erbauten «Talsperre des Friedens» bei Sosa. Grösster Stausee ist die im Thüringer Schiefergebirge gelegene oberste der fünf Saale-Tal-Sperren: die Bleilochtalsperre.

Dieser Stausee fasst 215 Millionen Kubikmeter Wasser, ist 28 km lang und bis 2 km breit. Eine Auswahl weiterer Wasserspeichieranlagen bilden die Hohenwarttalsperre, ebenfalls im Thüringer Schiefergebirge, die Ohratalsperre im Thüringer Wald, die Talsperren Pöhl und Pirk im Vogtland oder die Saidenbachtalsperre und die Rauschenbachtalsperre im Erzgebirge sowie die Rappbodetalsperre im Harz; neben der rund 540 km langen Ostseeküste und der Vielzahl natürlicher Seen und Flüsse ein Paradies für Wassersportler, aber auch für diejenigen, die nur am Ufer Erholung und Entspannung suchen.

Wasserflächenanteil
beträchtlich

In vier Jahrzehnten haben sich die Flächen für Abbauland mehr als verdoppelt. 1989 betrug ihr Anteil an der Gesamtfläche 0,9% bzw. 980 km². Hauptgrund für diesen Anstieg ist der Braunkohlebergbau. Die DDR stand an erster Stelle der Braunkohleförderung in der Welt. Rund ein Viertel der Weltförderung kam in den 80er Jahren aus diesem Land. Während früher der Schwerpunkt der Förderung im Raum Halle-Leipzig, Merseburg und Bitterfeld lag, hat sich das Schwergewicht in den 70er Jahren in die Niederlausitz verschoben. Förderzentren lagen hier im Senftenberger Gebiet, bei Lübbenau, Hoyerswerda und Weisswasser. Der Abbau der Braunkohle erfolgte im Tagebau. Schaufelradbagger und Förderbrücken, die weithin sichtbar an Tiere aus der Urzeit erinnern, Schornsteine der Kohlekraftwerke und Kühltürme der Grosskokereien gehören zum Landschaftsbild dieser Region und kennzeichnen zugleich diesen sehr umweltschädigenden Wirtschaftszweig. Mit einem Anteil von 1,8% nahmen Öd- und Unland 1989 gegenüber dem Abbauland eine doppelt so grosse Fläche in Anspruch. Der Flächenanteil des Unlandes (nicht kultivierbar) ist in den zurückliegenden vier Jahrzehnten reduziert worden, der Anteil des Ödlandes (kultivierbar) ist in den 80er Jahren wieder angestiegen.

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche sowie alle weiteren, nicht besonders genannten Flächen nahmen 1989 insgesamt 10'742 km² ein. Das entsprach einem Anteil von 9,9%. 1949 betrug ihr Anteil 8,2%. Auffallend ist, dass die Siedlungsentwicklung in der DDR bis in die 60er Jahre dynamisch verlief und seitdem stagnierte.

Der Eingriff der Gesellschaft in die Landschaft mit allen ihren negativen Folgeerscheinungen wird besonders im Ballungsgebiet Halle-Leipzig deutlich. Die Ursache hierfür ist insbesondere in der komplexen Nutzung der ausgedehnten Braunkohlelagerstätten rund um die zweitgrösste Stadt der DDR, Leipzig, zu suchen. Braunkohle, das war Energieträger, Brennstoff und Grundstoff der hier angesiedelten Chemieproduktion. Bis vor die Tore Leipzigs ausgedehnte Tagebaue und Abraumhalden, ein dichtes Netz eng miteinander verflochtener Produktionsstätten sowohl in den Ballungskernen als auch in der ausgedehnten Randzone sowie ein dichtes und äusserst stark belastetes Verkehrsnetz und weitere Trassen der Infrastruktur charakterisieren das Landschaftsbild. Hier schien die Sonne seltener für die Bewohner als in jeder anderen Region der DDR.

Aufgrund ihrer zentralen Lage in Mitteleuropa war die Deutsche Demokratische Republik ein wichtiges Transitland. Das betraf sowohl den Nord-Süd-Verkehr als auch die Ost-West-Richtung. Die Errichtung der

**Bau der Mauer
zerschnitt traditionelles
Verkehrsnetz**

Hauptverkehrsträger Eisenbahn

Mauer am 13. August 1961 erschwerte den Ost-West-Verkehr erheblich. Umfangreiche und zeitaufwendige Grenzkontrollen an der rund 1'400 km langen Grenze zur Bundesrepublik Deutschland sowie die Beschränkung des möglichen Grenzübertritts auf wenige Grenzübergänge nur an Hauptmagistralen führten zu längeren Reisezeiten und Reisewegen. Der kleine Grenzverkehr war völlig unterbunden. Besonders hart traf es die Bewohner von Berlin. Hier wurde eine Stadt mit einem leistungsfähigen Nahverkehrsnetz getrennt. Über Jahrzehnte gewachsene Verkehrsverbindungen wurden von einem Tag zum anderen zerschnitten. Neue Verkehrsverbindungen mussten geschaffen werden, um Berlin-Ost mit einem Teil der Berliner Randgebiete zu verbinden. Alle Verkehrslösungen in der geteilten Stadt waren nur Provisorien.

Hauptverkehrsträger in der DDR war gemessen an der Transportleistung die Eisenbahn. Ihre Entwicklungsgeschichte geht bis weit in das vorige Jahrhundert zurück. Am 7. April 1859 konnte die erste deutsche Fernbahn von Leipzig nach Dresden in Betrieb genommen werden. Das Zusammenwachsen der anfangs isoliert voneinander betriebenen Eisenbahnstrecken, etwa seit Mitte der 50er Jahre des 19. Jahrhunderts, zu einem Netz, schuf die Grundlage für eine kostensparende, schnelle und sichere Güter- und Personenbeförderung auf dem Landweg, auch über grössere Entfernungen.

Mit der Aufnahme des elektrischen Zugbetriebes auf der 25,6 km langen Strecke Dessau-Bitterfeld, am 10. Februar 1911, wurde der Grundstein für eine Fernbahnelektrifizierung in Deutschland gelegt.

Als am 8. Mai 1945 das Deutsche Reich bedingungslos kapitulierte, gliederten auch weite Teile der späteren DDR einer Trümmerwüste. Das traf insbesondere auch auf die Eisenbahn zu, die sich in einem chaotischen Zustand von fast unvorstellbarem Ausmass befand. Schwerwiegend waren die Schäden an den ortsfesten Anlagen und am rollenden Material. Wenn überhaupt Eisenbahnverkehr möglich war, dann nur in eng begrenzten Gebieten im sogenannten Inselbetrieb.

Für die Normalisierung des Lebens, für erforderliche Lebensmitteltransporte, den Transport notwendiger Materialien für den Wiederaufbau von Wohnungen und der Wirtschaft, den wieder beginnenden Berufsverkehr und Leistungen zur Erfüllung des Potsdamer Abkommens, war ein funktionierendes Eisenbahnwesen dringend erforderlich.

Mit Befehl Nr. 8 des Obersten Chefs der sowjetischen Militäradministration in Deutschland wurde der Eisenbahnbetrieb in der sowjetischen Besatzungszone ab 1. September 1945 den deutschen Eisenbahnern übergeben.

Umfangreiche, anstrengende Arbeit lag vor ihnen. Das Bahngelände musste von Trümmern und Resten zerstörter Lokomotiven und Wagen geräumt, Bombentrichter beseitigt, Gleisanlagen und Brücken instandgesetzt sowie Sicherheits- und Fernmeldeanlagen, Bahnbetriebs- und Ausbesserungswerke, Stellwerke und Bahnhöfe wieder hergerichtet werden. Eine Bestandsaufnahme des rollenden Materials im August 1945 ergab bei der Deutschen Reichsbahn:

4'928 reparaturbedürftige Lokomotiven und
32'927 nicht voll einsatzfähige Wagen.

Aufgrund fehlender Ersatzteile galt bei der Wiederherstellung des rollenden Materials das Motto «Aus zwei mach eins».

Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 wuchsen die Anforderungen an das Verkehrswesen. Für die wirtschaftliche Entwicklung des neuen Staates war der Transport grosser Mengen an Baumaterial, Rohstoffen, Energieträgern, Ausrüstungen und Fertigprodukten Voraussetzung. Da der Strassenverkehr und die Binnenschifffahrt nicht über die notwendigen Voraussetzungen für eine kurzfristige Leistungssteigerung verfügten, erhöhten sich die Transportanforderungen an die Eisenbahn. Aber auch hier überwogen die Schwierigkeiten.

*Wohnblocks, Läden und Verkehr –
Der seit 1961 entstandene neuere
Teil der «Karl-Marx-Allee» in
Ost-Berlin (1989)*

Foto: ADN



1950 betrug die Betriebslänge der Gleisanlagen der Deutschen Reichsbahn insgesamt 15'945 km, davon konnten 93% nur eingleisig genutzt werden. Ursachen hierfür waren die ausgedehnten Kriegszerstörungen und die durch das Potsdamer Abkommen festgelegten Wiedergutmachungsleistungen, darunter die Demontage vieler zweiter Gleise und ihre Lieferung in die UdSSR. Das weitgehende Fehlen zwei- und mehrgleisiger Strecken hatte erhebliche Auswirkungen auf die Betriebsabläufe der Eisenbahn. Vier Jahrzehnte später betrug der Anteil zwei- und mehrgleisiger Strecken an der Gesamtbetriebslänge 30%.

Von einem Bestand von 7138 Dampflokomotiven standen 1950 nur rund 2'500 Loks für den täglichen Betrieb zur Verfügung. Die Dampflokomotive war wichtigstes Triebfahrzeug – Diesel- oder Elektroantrieb spielten keine Rolle. Erst am 1. September 1955 fuhr auf dem 36 km langen Streckenabschnitt Halle-Köthen wieder ein elektrisch betriebener Fernzug.

In den 60er Jahren zwangen die überalterten und energievergeudenden Dampflokomotiven sowie die Deckung des weiter gestiegenen Transportbedarfs zu einem Strukturwandel bei der Eisenbahn. Schwierigkeiten in der Bereitstellung der für eine Elektrifizierung notwendigen Ausrüstungen, Anlagen, Triebfahrzeuge und Elektroenergie auf der einen Seite sowie die langjährige Wirtschaftskooperation mit der UdSSR auf der anderen Seite führten 1966 zu dem Beschluss, den Antriebswechsel der Eisenbahn auf den Dieselantrieb konzentriert fortzusetzen. Besass die Deutsche Reichsbahn 1960 nur 496 Diesellokomotiven, waren es 10 Jahre später bereits fünfmal mehr Dieselloks. Die höchste Anzahl wurde 1985 mit 4'548 Dieseltriebfahrzeugen registriert. Analog verringerte sich der Bestand an Dampflokomotiven von 5'792 Loks 1960 auf nur noch 509 im Jahr 1985, ohne aber jemals ganz an Bedeutung zu verlieren.

Erst Ende der 70er Jahre ist der Streckenelektrifizierung hochbelasteter Magistralen wieder etwas mehr Aufmerksamkeit geschenkt worden. Den Schwerpunkt bildeten die Strecken Leipzig bzw. Dresden in Richtung Berlin. 1980 waren aber erst 12% der Betriebslänge der Eisenbahnstrecken elektrifiziert. Die elektrifizierten Strecken konzentrierten sich in der südlichen Hälfte der DDR. Im internationalen Vergleich lag der Anteil elektrifizierter Strecken weit unter dem in anderen europäischen Ländern erreichten Stand. Der niedrige Anteil elektrifizierter Strecken an der Betriebslänge und das Fehlen einer durchgängig elektrifizierten Nord-Süd-Verbindung trugen dazu bei, dass die Vorteile des Elektroantriebs gegenüber dem Dampf- und Dieselantrieb nur regional eng begrenzt spürbar wurden.

Langer Abschied von der Dampflokomotive

Mit den zentralen Beschlüssen aus dem Jahr 1981 zur Ablösung importierter Energieträger durch den Einsatz einheimischer Braunkohle und die vorrangige Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken erfolgte der zweite Strukturwandel bei der Eisenbahn. In den 80er Jahren wurden 2'134 km Eisenbahnstrecke elektrifiziert. 1989 betrug der Anteil elektrifizierter Strecken an der Betriebslänge 27,3%. In diesem Jahr überstieg auch erstmals die mit Elektrotriebfahrzeugen realisierte Zugförderleistung mit 52,1% den Anteil der mit Diesellokomotiven erbrachten Leistung (47,8%). Dampflokomotiven erbrachten nur noch einen Anteil von 0,1%. Beim Bestand an Triebfahrzeugen entfielen 1989 insgesamt drei Viertel auf Diesellokomotiven, rund ein Fünftel auf Elektrolokomotiven und 4% auf Dampfloks.

Rund ein Drittel der von der Eisenbahn transportierten Güter waren Kohle und Koks; ein Fünftel der Gütertransportmenge machten Baumaterialien aus. Die Anforderungen der Personenbeförderung konnten quantitativ erfüllt werden, aber die qualitativen Beförderungsbedingungen liessen viele Wünsche offen. Anlass zur Kritik boten immer wieder die ungenügende Schnelligkeit und Pünktlichkeit der Züge, die mangelnde Sauberkeit in den Zügen sowie die Ausstattung und das Serviceangebot. Zwar wurden mit der umfangreichen Streckenelektrifizierung in den 80er Jahren Voraussetzungen für mögliche höhere Reisegeschwindigkeiten geschaffen, aber der technisch unzureichende Zustand der Gleisanlagen liess Spitzengeschwindigkeiten im Netz der Deutschen Reichsbahn nicht zu. Eine Ursache hierfür bildeten die im Gleisnetz der Deutschen Reichsbahn eingebauten Betonschwellen. Aufgrund der verwendeten Zuschlagstoffe zeigten sich Risserscheinungen (Alkalischäden) an den Schwellen. 1989 waren an ca. 22% der Gleislänge alkaligefährdete Schwellen vorhanden. Eine Vielzahl von «Langsamfahrstellen» und die teilweise sehr hohe Belastung der Hauptstrecken führte immer wieder zu Verzögerungen im Personen- und Güterverkehr.

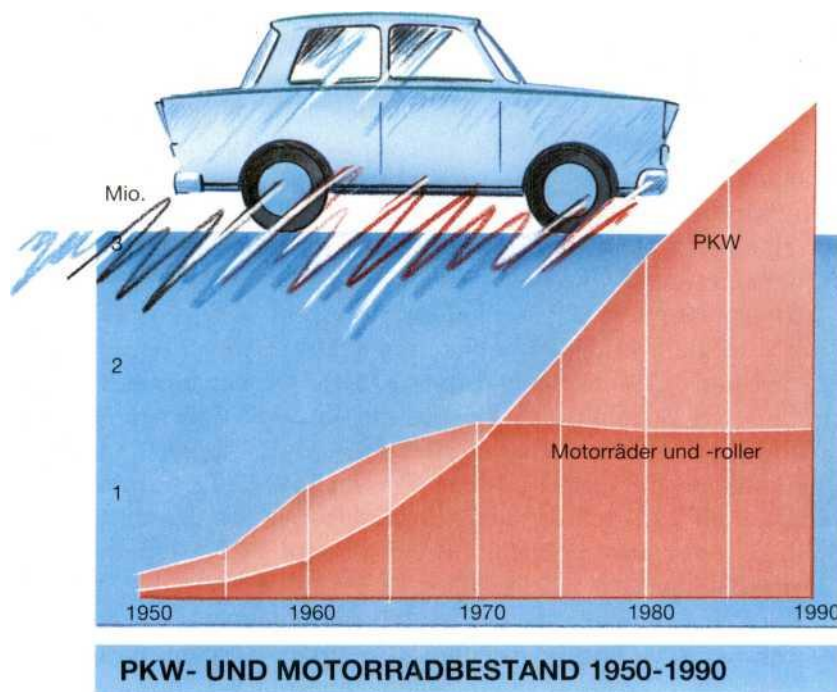
Für Touristen und Eisenbahnfreunde ein unbedingtes Muss sind die Schmalspurbahnen der DDR. Insgesamt gab es 1989 noch 274 km Schmalspurbahnen. Ob nun mit der nördlichsten Schmalspurbahn der DDR, dem «Rasenden Roland», auf der Insel Rügen oder mit «Molli» durch Bad Doberan bzw. mit der Thüringer «Waldbahn» von Gotha bis Tabarz oder mit der Zittauer «Bimmelbahn» ins Zittauer Gebirge – ein unvergessliches Erlebnis wird es bei jedem Fahrgast bleiben.

Vom Krieg ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen war das Strassennetz. Bombentrichter, gesprengte Brücken und in Schutt und Asche liegende Städte unterbrachen immer wieder den Stassenverlauf. Nur

Mängel im Schienennetz behinderten Personen- und Güterverkehr

Strassennetz hielt mit steigendem Verkehrsaufkommen nicht Schritt

langsam normalisierte sich der Strassenverkehr. 1956 verfügte die DDR über Autobahnen mit einer Gesamtlänge von 1'374 km, 11'224 km Fernverkehrsstrassen und Bezirksstrassen mit einer Länge von 35'300 km. Hinzu kamen noch kommunale Strassen mit nur örtlicher Bedeutung. Das ansteigende Strassenverkehrsaufkommen, insbesondere aufgrund einer zunehmenden individuellen Motorisierung und einer teilweisen Verkehrsverlagerung von der Eisenbahn auf die Strasse, erforderte zu Beginn der 60er Jahre qualitative Veränderungen am vorhandenen Strassennetz. Fernverkehrsstrassen wurden ausgebaut, Ortsumgehungsstrassen entstanden, Brücken wurden rekonstruiert bzw. wiederhergerichtet und Kreuzungen neu gestaltet. Das erforderte viel Zeit und erhebliche Mittel. In den folgenden Jahren erwies es sich aber immer deutlicher, dass insbesondere das Autobahn- und Fernverkehrsstrassennetz den Anforderungen des Verkehrsaufkommens nicht gewachsen war. Erst mit dem Bau des 74 km langen Autobahnabschnittes Leipzig-Dresden im Zeitraum von 1968 bis 1970 begann ein systematischer, aber bescheidener Ausbau des Autobahnnetzes. Ende der 70er Jahre wurde mit der Eröffnung der durchgehenden Autobahn Berlin-Rostock am 1. April 1979 die Ostseeküste und der Überseehafen Rostock an das Autobahnnetz angeschlossen. Anschliessend erfolgte auch der Bau des Autobahnabschnittes in Richtung Hamburg mit Autobahnbindung von Schwerin. Damit stand den motorisierten Einwohnern



und Besuchern der DDR 1989 ein Autobahnnetz mit einer Gesamtlänge von 1'850 km (in der Bundesrepublik Deutschland waren es 8'721 km), 11'320 km Fernverkehrsstrassen, 34'031 km Bezirksstrassen sowie rund 77'400 km kommunale Strassen zur Nutzung zur Verfügung.

Leider verbergen sich hinter diesen quantitativen Angaben erhebliche qualitative Mängel. Mit rund 96% war der Grossteil der Autobahnen nur zweispurig. Dreispurige Autobahnabschnitte gab es nur auf knapp 1% des Autobahnnetzes. Dagegen fand der Autobahnbenutzer auf den übrigen Abschnitten nur einspurige Autobahnen vor. Mittelschutzplanken, die die Fahrbahnen der beiden Fahrtrichtungen voneinander trennen, gehörten nicht zur Ausstattung der DDR-Autobahnen. Nur knapp 20% der Autobahnen hatten einen guten Fahrbahnzustand. Bei rund 31% wurde ein stark abgefahrenere und bei 7% ein stark zerstörter Zustand der Fahrbahnen angetroffen. Das und der mangelhafte Zustand eines grossen Teiles der Autobahnbrücken führte dazu, dass die auf DDR-Autobahnen zugelassene Höchstgeschwindigkeit von 100 km/h durch Geschwindigkeitsbeschränkungen noch weiter begrenzt werden musste.

Wenn auch etwas besser, aber dennoch nicht befriedigend war der Strassenzustand der Fernverkehrsstrassen. Hier war die Höchstgeschwindigkeit ausserhalb geschlossener Ortschaften auf 80 km/h festgelegt. Rund 31% hatten einen guten Fahrbahnzustand, 22% der Fernverkehrsstrassen besaßen einen stark abgefahrenen Strassenbelag. Ursachen hierfür lagen u.a. in der Verwendung von Braunkohlebitumen im Strassenbau gegenüber dem qualitativ besseren Steinkohlebitumen und in einer generellen Vernachlässigung des Strassenwesens, z.B. gegenüber der Eisenbahn.

Der Bestand an zugelassenen Fahrzeugen wuchs in der DDR im Vergleich zu westeuropäischen Ländern wesentlich langsamer. Wie auch in allen anderen Verkehrszweigen kam wegen der katastrophalen Ersatzteilerstellung und insbesondere aufgrund der prekären Kraftstoffsituation der Strassenverkehr nach Kriegsende nur sehr langsam in Schwung. 1950 waren auf den Strassen der DDR insgesamt 383'552 Fahrzeuge zugelassen, darunter 197'547 Motorräder und Motorroller, 93'454 Lastkraftwagen und 75'710 Personenkraftwagen. Bis Ende 1989 erhöhte sich der Fahrzeugbestand auf knapp 6 Millionen Fahrzeuge.

Für den Individualverkehr besonders interessant war die Entwicklung des Personenkraftwagen- und Motorradbestandes. Bei Motorrädern und Motorrollern wurde mit fast 1,4 Millionen im Jahr 1970 der höchste Bestand erreicht. 1989 waren knapp 50'000 Motorräder weniger zugelassen.

Der «Trabi» unumschränkter Herrscher auf den Strassen

Ursachen für diesen Rückgang waren insbesondere die Stilllegung alter Motorräder und eine zunehmende Nutzung der leistungsgesteigerten Kleinkrafträder bis 50 ccm. Vor allem Jugendliche entschieden sich vorrangig für die gegenüber den Motorrädern billigeren, aber trotzdem schnellen Kleinkrafträder des Herstellers Simson. Bei den Motorrädern traf man fast ausschliesslich Zweiräder des Typs MZ aus dem Motorradwerk Zschopau an.

Bei den Personenkraftwagen traf man auf den Strassen der DDR am häufigsten auf das «Auto des Jahres 1990» – den Trabant. Rund 52% des Pkw-Bestandes bildeten Fahrzeuge des Typs Trabant. Es folgten die Fahrzeugmarken Wartburg (18%), Lada (9%), Skoda (8%) und noch einige wenige andere. Monotonie statt Vielfalt der Marken und Fabrikate war auf dem Pkw-Sektor angesagt. Der Trabant, diese «Legende auf Rädern» wurde bis zum 30. April 1991, 14.00 Uhr, insgesamt 3'096'099 mal hergestellt. Zuletzt ausgestattet mit einem Viertakt-Polo-Motor, im Volksmund genannt als «Mumie mit Herzschrittmacher», schlug seine Geburtsstunde im Jahr 1957. Damit erhält er einen Platz in der Geschichte des Automobilbaus als eines der am längsten gebauten Modelle.

Der durchschnittliche DDR-Bürger musste von der Bestellung seines künftigen Pkw bis zum in der Hand halten des Zündschlüssels 10 bis

Idylle oder Verfall – eine Strasse in Rostock

Foto: Bundesarchiv



15 Jahre warten. 1989 waren insgesamt 3'898'895 Personenkraftwagen in der DDR zugelassen (in der Bundesrepublik Deutschland waren es 29,8 Millionen Pkw), von 100 Haushalten waren rund 54 mit dem Pkw ausgestattet. Das Durchschnittsalter der zugelassenen Personenkraftwagen lag über 13 Jahre.

Ein finsternes Kapitel des Strassenverkehrs bilden seine Unfälle. In der kurzen DDR-Geschichte kamen bei Strassenverkehrsunfällen rund 76'000 Personen ums Leben, wurden 1,7 Millionen verletzt und hatten teilweise ihr ganzes weiteres Leben an den Verletzungen und den damit verbundenen Körperschäden zu leiden. Vom seelischen Leid sind nicht nur die Unfallbeteiligten selbst, sondern auch ihre Angehörigen betroffen. Trotz allgemeiner Geschwindigkeitsbeschränkungen in und ausserhalb geschlossener Ortschaften und auf Autobahnen, eines strikten Alkohol Verbots für Kraftfahrer und weiterer verkehrspolitischer Massnahmen stiegen die Unfallzahlen bis Mitte der 70er Jahre an. Negativ ragt das Jahr 1977 aus der Verkehrsunfallstatistik heraus. Bei 40'263 Unfällen mit Personenschaden wurden 1977 auf den Strassen der DDR 2'419 Personen getötet und 50'151 verletzt.

Die 1978 in Kraft gesetzte neue Strassenverkehrsordnung, verbunden mit einer vorangegangenen umfangreichen Schulung aller Führerscheinbesitzer sowie in der Folge weiterer Verkehrssicherheitsmassnahmen, wie Anlegepflicht von Sicherheitsgurten auf den Vordersitzen von Kraftfahrzeugen und die Schutzhelmtragepflicht für Benutzer motorisierter Zweiräder, trugen wesentlich dazu bei, dass trotz zunehmender Verkehrsdichte ab 1978 rückläufige Unfallzahlen zu registrieren waren. Leider endete dieser Trend nach 6 Jahren. Bereits 1984 stieg die Anzahl der Unfälle mit Personenschaden und die der dabei getöteten bzw. verletzten Personen im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr wieder an. Im Jahr 1989 starben auf den Strassen der DDR 1'784 Personen, 41'037 Personen wurden verletzt. Diese Zahlen entsprachen etwa denen des Jahres 1982, obwohl der Fahrzeugbestand 1989 um 1,1 Millionen oder 22% über dem des Jahres 1982 lag.

In den letzten Jahren gleichbleibend die Anteile der Unfallverursacher: Ca. 40% der Unfälle mit Personenschaden wurde durch Pkw-Fahrer verursacht, gefolgt von Fussgängern und Fahrern von Kleinkraftträdern. Ebenfalls gleichgeblieben sind die Hauptunfallursachen. Die häufigsten Unfallursachen der Fahrzeugführer waren 1989 «nicht angepasste Geschwindigkeit» (mit einem Anteil von 33%), «Vorfahrtsfehler» (27%), «falsche Strassenbenutzung» (14%) sowie «Alkoholein-

Unfallzahlen stiegen



Foto: Bundesbildstelle, Bonn

fluss» (11%). Rund zwei Drittel aller Unfälle passierten innerhalb von Ortschaften; Hauptunfallzeit lag zwischen 16.00 und 17.00 Uhr. Von den insgesamt verunglückten Personen waren 1989 31% Pkw-Insassen und 21% Benutzer von Kleinkrafträdern.

Auf den Strassen der DDR wurden 1949 insgesamt 66 Millionen Tonnen Güter transportiert. Wie auch bei den anderen Verkehrszweigen war der Anfang aufgrund der umfangreichen Zerstörungen sehr schwer. Noch im Gründungsjahr entstanden die ersten VEB Kraftverkehr, in denen die vorhandenen Fahrzeugkapazitäten konzentriert wurden. 1954 wurden die Bezirksdirektionen des Kraftverkehrs gebildet, die den gesamten Kraftverkehr eines Bezirkes einschliesslich der Kraftfahrzeuginstandsetzung zusammenfassten. Ihre Aufgabe war es, den Einsatz der Fahrzeuge rationeller zu gestalten, die Anzahl der Wagentypen zu verringern und zu vereinheitlichen sowie spezialisierte Transportrelationen aufzubauen. Bereits 1948 wurde die Produktion von Lkw-Typen aufgenommen, aber eine Serienfertigung entstand nur sehr langsam. Es fehlten Material, Produktionskapazitäten und Erfahrungen. Neben dem Kraftverkehr oder auch öffentlichen Strassenverkehr war der Werkverkehr, der nichtöffentliche Transport von Gütern mit unternehmenseigenem Fuhrpark für eigene Zwecke durch Betriebe bzw. Kombinate, die zweite Säule des Transportes auf Strassen. Während in den 50er Jahren von beiden Säulen rund die Hälfte der Gütertransporte auf der Strasse realisiert wurden, erreichte in den folgenden Jahren der Werkverkehr einen immer grösseren Anteil.

1977 transportierte der öffentliche Strassenverkehr mit 181,8 Millionen Tonnen seine grösste Transportmenge in einem Jahr. Im gleichen Jahr wurde durch den Werkverkehr die 3fache Gütermenge auf der Strasse befördert. Der Zwang zu Einsparungen bei der Bereitstellung des für den Strassentransport erforderlichen Kraftstoffes führte in den Folgejahren zu einer zunehmenden Verlagerung der Transporte von der Strasse auf die Eisenbahn, insbesondere bei Ferntransporten. 1989 wurden insgesamt 540,7 Millionen Tonnen Güter durch Unternehmen der DDR auf der Strasse transportiert, darunter 95% im Nahverkehr.

Rund zwei Drittel der 1949 durch öffentliche Verkehrsmittel beförderten Personen benutzten Fahrzeuge des öffentlichen Strassenpersonenverkehrs. Im Jahr 1989 waren es 84%, die vom öffentlichen Strassenverkehr, zu dem Strassenbahnen, Omnibusse, U-Bahnen sowie Obusse gehören, befördert wurden. Im gleichen Jahr benutzten den Personennahverkehr 2,6 Milliarden Personen. Hauptverkehrsträger im Personennahverkehr waren die Strassenbahnen. Gut die Hälfte der im Nahverkehr beförderten Personen nutzten die 1989 vorhandenen 202 Stras-

Im Personennahverkehr dominierte die Strassenbahn



senbahnlinien mit einer Gesamtlänge von 2'249 km. Insbesondere die in Stadtrandlage errichteten Neubaugebiete wurden mittels Strassenbahnlinien mit den Stadtzentren bzw. Wirtschaftsstandorten verbunden. Hier erhielten die Strassenbahnlinien zumeist vom übrigen Strassenverkehr getrennte, separate Gleiskörper, so dass eine Behinderung des Strassenverkehrs durch die Strassenbahn weitestgehend ausgeschlossen wurde und die Strassenbahn am Verkehrsstau auf der Strasse vorbeifahren konnte. In den Stadtzentren liess sich diese getrennte Verkehrsführung leider oftmals nicht realisieren. Mit den insgesamt 741 Stadtlinien des Omnibusverkehrs wurden 1989 862 Millionen Personen befördert.

Mit den S-Bahnen wurden 1989 rund 8% der im Personennahverkehr beförderten Fahrgäste transportiert. In Anbetracht der mit der Berliner S-Bahn gesammelten guten Erfahrungen wurde Ende der 60er Jahre begonnen, in weiteren Ballungsgebieten mit starkem Nahverkehr Schnellbahnen aufzubauen. Neben Berlin gibt es Schnellbahnen auch in Leipzig, Halle, Magdeburg, Dresden, Rostock und Erfurt. Im Gegensatz zu Berlin besitzen diese S-Bahnen kein separates Gleisnetz. Auch die Fahrstrom Versorgung mittels Fahrdrabt ist anders als in Berlin ge-

*Karl-Marx-Stadt 1978:
Hauptverkehrsader ins
Stadtzentrum ist die
«Strasse der Nationen»*
Foto: ADN

löst. Im Nahverkehr nur von untergeordneter Bedeutung sind die mit U-Bahn (Anteil 4%) und Obussen (1%) beförderten Personen. In der DDR existierten nur in Berlin zwei T-förmig aneinanderstossende U-Bahnlinien. Nachdem 1970 noch 18 Obuslinien betrieben wurden, waren es 1989 noch 6 Linien mit einer Gesamtlänge von 50 km.

Im Gegensatz zu Schiene und Strasse besass das Binnenwasserstrassensystem keinen Netzcharakter, sondern war im Wesentlichen durch seine beiden Hauptachsen Elbe und Ost-West-Verbindung von der Oder bis zum Mittellandkanal gekennzeichnet. Dabei unterlagen die Binnenwasserstrassen einer Mehrfachnutzung. Sie wurden nicht nur von der Binnenschifffahrt als Transportweg genutzt, sondern dienten auch zur Wasserbereitstellung für die Industrie, Landwirtschaft und Bevölkerung, waren ein wesentlicher Faktor für Sport sowie Erholung und wurden für die Energiegewinnung, Fischwirtschaft und Fahrgastschifffahrt genutzt. Mit seinen 2319 km zwar quantitativ ausreichend, war die räumliche Ausdehnung der Binnenwasserstrassen für die vorherrschenden Güterströme nicht günstig. Wichtige Wirtschaftsstandorte, Bergbaugebiete und die Seehäfen hatten keinen Anschluss an die Binnenwasserstrassen.

Die sich verschlechternden Ausbauzustände vieler Binnenwasserstrassen sowie Witterungseinflüsse, wie zum Beispiel Eisgang in den Wintermonaten und Niedrigwasser im Sommer, führten wiederholt zu Auslastungsverlusten der Transportflotte. Ein grosser Teil der Schleusen, von denen rund ein Drittel vor 1900 erbaut wurden, entsprechen in ihren Abmessungen nicht mehr den Anforderungen des modernen Schiffsverkehrs. Eine Ausnahme bildet die grösste hydrotechnische Anlage im Wasserstrassensystem der DDR, das Schiffshebewerk in Niederfinow. Dieser am 21. März 1934 in Betrieb genommene «Riesenfahstuhl» für Schiffe war damals das modernste und grösste Schiffshebewerk der Welt. Am Schiffsbetrieb wurde seit seiner Inbetriebnahme nichts geändert.

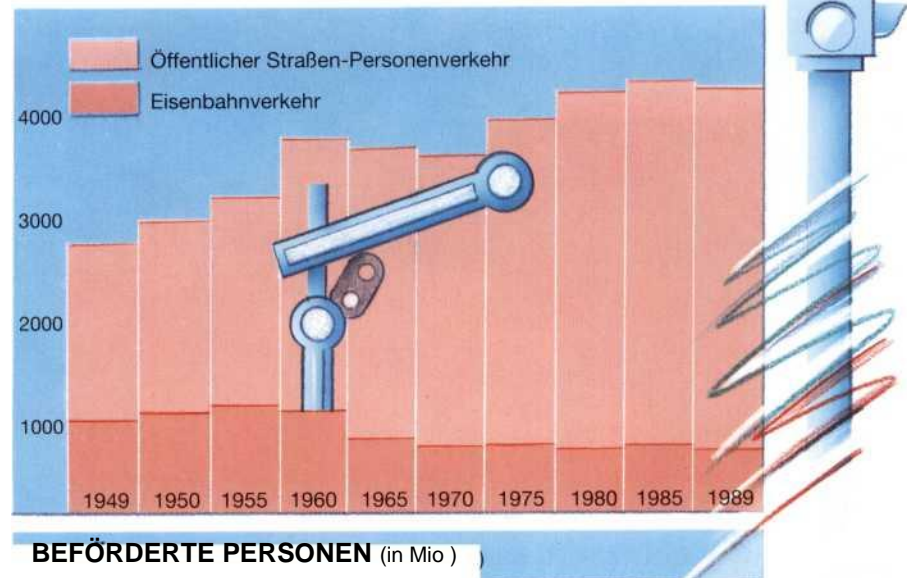
Die Binnenschifffahrt in der DDR hatte einen schweren Start. Infolge der Kriegsauswirkungen hatten gesunkene Binnenschiffe, viele beschädigte Schleusen, unbrauchbar gewordene Binnenhafenanlagen und in die Wasserstrassen gestürzte Brücken den Verkehr auf den Binnenwasserstrassen zum Erliegen gebracht. Zur Regelung des Schiffsverkehrs in der damaligen sowjetischen Besatzungszone wurde im Frühjahr 1946 die Arbeitsgemeinschaft Binnenschifffahrt, die 1949 in die Deutsche Schifffahrts- und Umschlagzentrale (DSU) überging, gegründet. In der DSU wurden die volkseigenen Binnenschifffahrtsunternehmen zusammengefasst und die privaten Unternehmen vertraglich gebunden.

Binnenschiffe transportierten 19,3 Millionen Tonnen Güter, hauptsächlich Baumaterialien

1950 wurden von der DDR-Binnenschiffsflotte 9,6 Millionen Tonnen Güter transportiert, darunter nahezu drei Viertel durch private Schiffer. Ihr Anteil am Gütertransport wurde in den folgenden Jahren stark reduziert. Rund vier Jahrzehnte später, 1989, wurden von DDR-Binnenschiffen 19,5 Millionen Tonnen Güter befördert, darunter 94% durch Binnenschiffe des volkseigenen Kombines Binnenschiffahrt und Wasserstrassen, das am 1. Oktober 1978 gegründet wurde. Über die Hälfte der Transportmenge waren Baumaterialien und fast ein Fünftel Kohle und Koks.

Kompliziert war in den Anfängen die Bereitstellung des erforderlichen Transportraumes. Erst 1952 lieferten die inzwischen ausgebauten Binnenwerften ihre ersten neuen Binnenschiffe aus. Die Anzahl blieb aber doch sehr gering, so dass von einer Verjüngung bzw. Vereinheitlichung der Flotte noch nicht gesprochen werden konnte. Teilweise glich der Zugang an Neubauten den Abgang durch Verschrottung nicht aus. Da der Bedarf aber sehr gross war, mussten neue Wege der Steigerung der Transportkapazität unter Verwendung der vorhandenen Binnenschiffe gesucht und gefunden werden. Eine Lösung bestand in der nachträglichen Ausstattung der antriebslosen Binnenschiffe, die den grössten Teil der damaligen Flotte ausmachten, mit einem eigenen Antrieb. Zugleich mussten die Stillstandszeiten verkürzt und der Anteil der Leerfahrten reduziert werden.

Bis Ende der 50er Jahre gelang es nicht, das technische Niveau der Binnenschiffsflotte zu verbessern. Erst die Aufnahme der Serienproduktion von Schubeinheiten im Jahr 1963 schuf die Voraussetzung für die Einführung der Schubschiffahrt auf den Wasserstrassen der DDR.

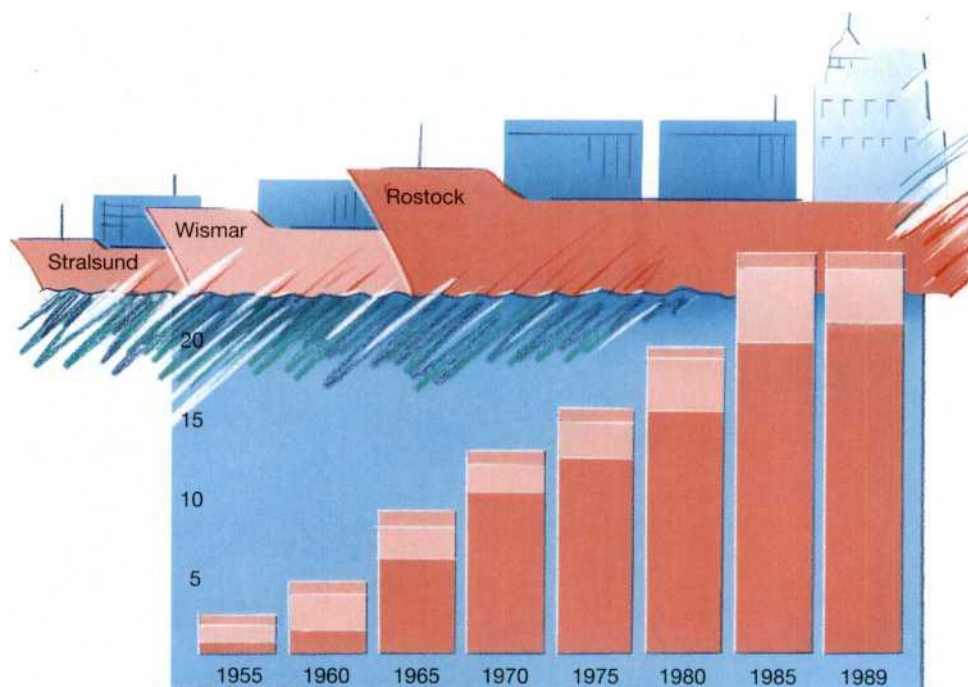


Zunächst nur auf die Kanalstrecken beschränkt, ging die Schubschiffahrt ab Mitte der 60er Jahre auch auf die Flussabschnitte über und bestimmte zunehmend das Bild der DDR-Binnenschiffahrt. Wurden 1965 nur 16% der mit Binnenschiffen transportierten Güter mit Schubschiffen befördert, waren es 1989 bereits 84%.

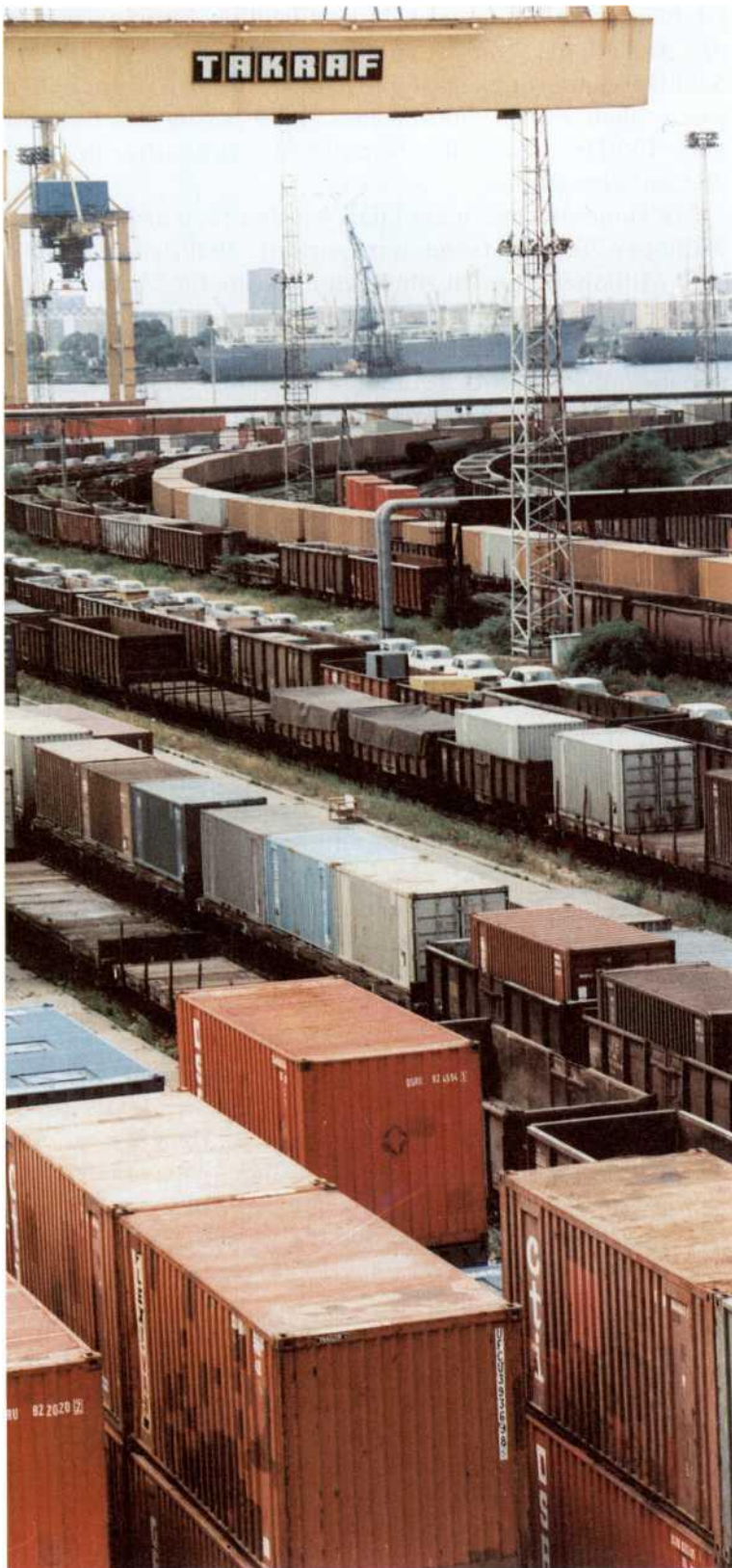
Neben der Schubschiffahrt spielte in der DDR die Motorgüterschiffahrt eine nicht unbedeutende Rolle. Insbesondere auf langen Transportrelationen und im internationalen Verkehr wurden Motorgüterschiffe eingesetzt. Sie beförderten 1989 rund 14% der Gütertransportmenge.

Die Seeschiffahrt war ein bedeutender Bestandteil des Verkehrswesens der DDR. Sie diente ausschliesslich der Aussenwirtschaft. Der Aufbau der Handelsflotte begann 1952 mit dem wiederhergerichteten, fast 50 Jahre alten Dampfschiff «Vorwärts». An der Ostseeküste entstanden Werften und Ende 1954 erhielt die Flotte die ersten Neubauten. Da die Leistungsfähigkeit der einheimischen Werftunternehmen noch nicht ausreichte, um den Bedarf der Handelsflotte zu decken, wurden Ende der 50er Jahre gebrauchte Schiffe aus anderen Ländern gekauft.

1963 überstieg der Schiffsbestand die 500'000-tdw-Grenze. Damals waren 97 Schiffe im Einsatz. Den zahlenmässig höchsten Bestand er-



GÜTERUMSCHLAG DER SEEHÄFEN (in Mio Tonnen)



*Container-Umschlagplatz des
Rostocker Überseehafen:
Zehn Kilometer Kais an fünf
Hafenbecken standen hier zum
Beladen und Löschen der Schiffe
zur Verfügung*

Foto: ADN

Handelsflotte
transportierte 14
Millionen Tonnen
Güter, hauptsächlich
Erze und Metalle

reichte die Handelsflotte der DDR im Jahr 1977 mit exakt 200 Schiffen. Seitdem wurde die Anzahl der Schiffe kontinuierlich reduziert und der Schiffsbestand modernisiert. Das Transportvolumen der Flotte blieb annähernd konstant. 1989 betrug der Bestand noch 165 Handelsschiffe, darunter 81 Stückgutfrachter und 28 Containerschiffe.

Mit Handelsschiffen der DDR wurden 1960 insgesamt 1,4 Millionen Tonnen Güter transportiert. 1989 waren es mit 14,0 Millionen Tonnen rund zehn Mal mehr. Mit mehr als einem Drittel der transportierten Güter nahmen Erze und Metalle den Hauptanteil des Transports ein. Entsprechend den Erfordernissen des Aussenhandels der DDR stand die Linienschiffahrt von Anfang an im Vordergrund. Am Beginn stand die 1954 eröffnete Route nach Riga. Ihr folgte die Verbindung zwischen Rostock und Finnland 1956. In den folgenden Jahren wurden Liniendienste nach Kuba, Ost- und Westafrika, Südamerika, in das östliche Mittelmeergebiet sowie in den süd- und ostasiatischen Raum aufgenommen.

Die drei Seehäfen Wismar, Rostock und Stralsund, in Deutschland bis dahin von nur untergeordneter Bedeutung, mussten nach den Kriegseinwirkungen wieder instandgesetzt und schrittweise ausgebaut werden. Den Anfang machte man in Wismar, wo die ersten Anlagen für den Getreide- und Ölumschlag geschaffen wurden, wozu noch die Zufahrt vertieft wurde. Um die weiter ansteigenden Güterumschlagleistungen bewältigen zu können, wurde der Bau eines neuen Seehafens ins Auge gefasst. Aufgrund der geografischen Lage, einer kurzen Meereszufahrt, der relativ geringen Vereisung sowie der vorhandenen Infrastruktur wurde Rostock als Standort gewählt. Noch 1957 erfolgte der erste Spatenstich für den Bau des Rostocker Überseehafens. Neben dem Hafenanbau mit seinen vielfältigen Anlagen entstand hier der viertgrößte Rangierbahnhof der DDR. Nach zweieinhalb Jahren Bauzeit begann am 1. Mai 1960 die Abfertigung der ersten Schiffe im Rostocker Überseehafen.

Wurden 1955 in den Seehäfen nur 2,3 Millionen Tonnen Güter umgeschlagen, so wurden die Leistungen in den folgenden Jahren ständig erhöht. 1960 waren es bereits 4,5 Millionen Tonnen und die höchste Umschlagsleistung wurde mit 25,5 Millionen Tonnen 1988 erreicht. Der Rostocker Hafen entwickelte sich zu dem vielseitigsten Hafen und zum hauptsächlichsten Heimathafen der Handelsmarine. Von den 25,1 Millionen Tonnen, die 1989 in den Seehäfen der DDR umgeschlagen worden sind, wurden 83% in Rostock aus- bzw. eingeladen. Übrigens verteilte sich der Umschlag auf rund 57% aus dem Seeschiff und 43% in das Seeschiff. 1989 sind insgesamt 5'749 Schiffe in den Seehäfen abgefertigt

worden, darunter 27% DDR-Schiffe und 21% Schiffe aus der UdSSR.

Die Luftfahrt musste von Grund auf neu aufgebaut werden. Im Mai 1954 wurde der volkseigene Luftverkehrsbetrieb «Deutsche Lufthansa» und 1958 eine zweite DDR-Zivilluftfahrtgesellschaft, die «Interflug Gesellschaft für internationalen Luftverkehr mbH», gegründet. Mit der Auflösung der Deutschen Lufthansa am 1. September 1963 übernahm die «Interflug» auch deren Flugdienste. Im April 1955 erhielt die «Deutsche Lufthansa» den bis dahin von den sowjetischen Truppen genutzten Flughafen Berlin-Schönefeld zum Ausbau. Er wurde neben den später auch internationalen Flugplätzen in Leipzig, Dresden und Erfurt zum Zentrum des Luftverkehrs. Auf dem Flughafen Schönefeld erfolgte am 16. September 1955 der offizielle Start für den DDR-Luftverkehr mit dem Flug einer Regierungsdelegation nach Moskau. Am 4. Februar 1956 wurde der Flugbetrieb auf der ersten planmässigen internationalen Fluglinie Berlin-Warschau aufgenommen. Nach Fertigstellung der Flughäfen Leipzig, Dresden, Erfurt und Barth (einige Jahre später auch Heringsdorf) konnte im Juni 1957 auch der Inlandflugverkehr aufgenommen werden. Aus Rentabilitätsgründen wurde er jedoch 1984 wieder eingestellt.

Das Netz internationaler Fluglinien entwickelte und verdichtete sich insbesondere entsprechend dem sich ausweitenden Touristenverkehr zwischen den osteuropäischen Ländern. Waren es 1960 18 ständige und nichtständige Fluglinien mit einer Gesamtlänge von rund 13'400 km, so betrug die Anzahl der Fluglinien im Jahr 1989 bereits 68 mit einer Gesamtlänge, die viermal um den Erdäquator reichte.

Auf den Flughäfen der DDR wurden im gleichen Jahr 43'654 Flugzeuge abgefertigt, darunter 83% auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld. 1989 wurden von der «Interflug» 1,6 Millionen Personen befördert, darunter fast 30% in und aus Richtung UdSSR. Die Verkehrsinfrastruktur eines Landes ist vergleichbar mit dem Blutgefässsystem im menschlichen Organismus. Für das Funktionieren eines Staates ist ein intaktes, auf die einzelnen Verkehrszweige abgestimmtes Verkehrssystem zwingend erforderlich. Für alle Bereiche der Wirtschaft und des Lebens stellt der Verkehr ein notwendiges Bindeglied, eine Dienstleistung dar. Dabei kommt es insbesondere im Strassenverkehr immer wieder zu Konfrontationen zwischen den wirtschaftlich und zur Versorgung der Bevölkerung notwendigen Transporten und dem Individualverkehr. Je besser die Verkehrsinfrastruktur entwickelt ist, je besser die Abstimmung zwischen den einzelnen Verkehrszweigen gelingt, desto besser ist die Gestaltung der Verkehrsbeziehungen eines Landes.

«Interflug» beförderte

1,6 Millionen Personen

Die DDR besass ein zwar quantitativ ausreichendes Verkehrsnetz, das aber qualitative Mängel aufwies. Das betraf alle Verkehrszweige. So konnten aufgrund technischer Mängel im Gleisnetz bzw. eines mangelhaften Strassenzustandes und eines nicht ausreichenden Ausbauzustandes theoretisch mögliche Transport- bzw. Reisegeschwindigkeiten praktisch nicht erreicht werden. Neben der bereits hohen Belastung, insbesondere des Gleisnetzes der Eisenbahn, führten niedrige Geschwindigkeiten zu zusätzlichen Belastungen. Havarien und Störungen hatten erhebliche Auswirkungen auf die Transportzeiten. Für Unternehmen bedeutete das u.a., dass sie den Transportweg von Zulieferungen nicht als Vorratslagerhaltung in den Produktionsablauf einplanen konnten. Sie mussten sich nach geeigneten Lagerkapazitäten in Unternehmensnähe umschauchen, um für alle Eventualitäten eingerichtet zu sein. Hinzu kamen noch negative Auswirkungen auf Transportzeiten aufgrund von Witterungseinflüssen. Nicht nur zum Spass sagte man, dass die DDR vier Hauptfeinde hatte: Frühjahr, Sommer, Herbst und Winter. Hinzu kamen noch Tag und Nacht.

Von der Braunkohle zur Braunkohle – Braunkohle ohne Energie-Alternative

Edith Haschenz

Energie – damit verbindet sich bei uns die Vorstellung von Elektrizität, Wärme, Gas, Kohle, Erdöl, aber auch von Sonne, Wind, Wasser- und Atomkraft. Die Energiewirtschaft, die sich mit Versorgung bzw. Bedarfsdeckung der Volkswirtschaft befasst, bestimmt massgeblich deren Entwicklung mit. Sie ist in industrialisierten Ländern zugleich eine internationale bzw. zwischenstaatliche Aufgabe, ist Energiepolitik. Ihre Aufgabe ist es, durch Eigenförderung oder Importe die erforderlichen Mengen und Arten an Primärenergieträgern, wie Kohle, Erdgas, Erdöl, Uran, als Grundlage für die Umwandlung in nutzbare Sekundärenergie, wie Elektrizität, Fernwärme, Treibstoffe, Stadtgas, bereitzustellen, die schliesslich als Gebrauchsenergie genutzt wird.

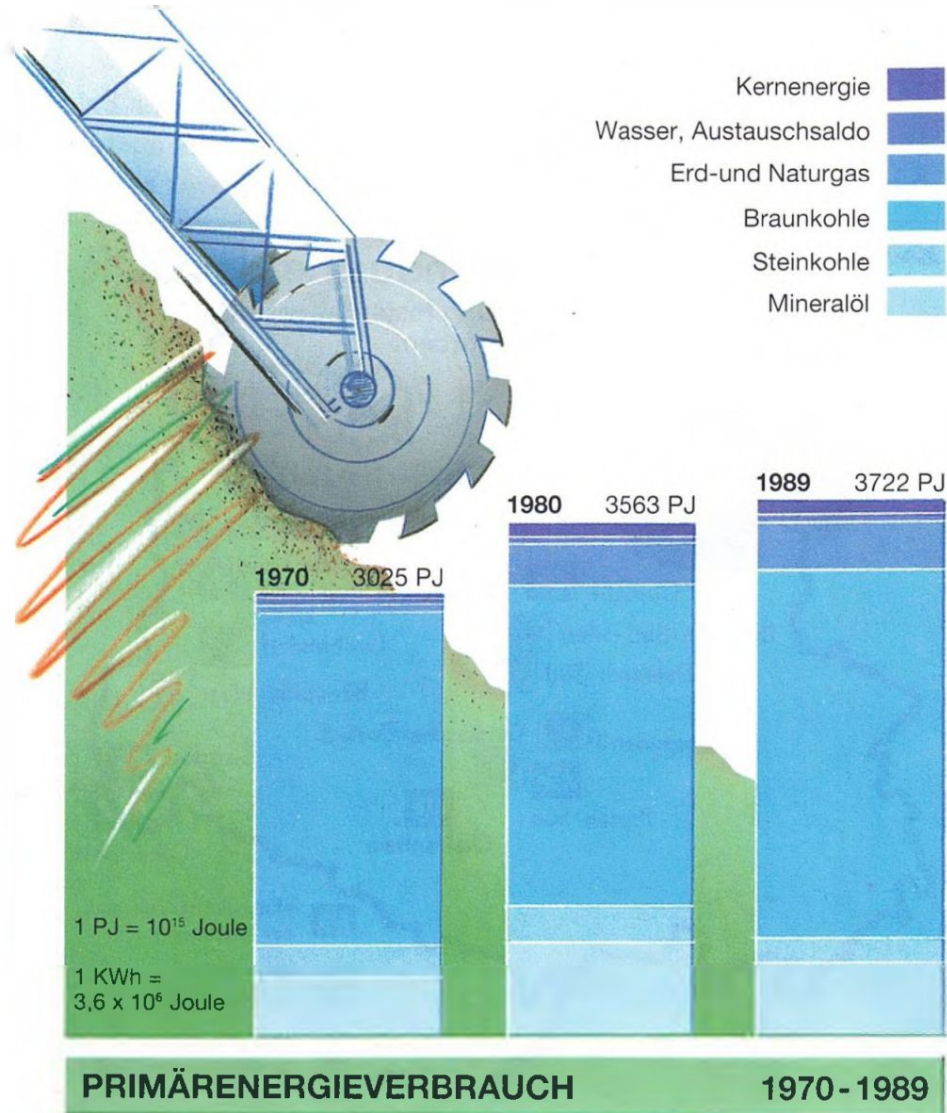
In der DDR war von Beginn an die Braunkohle der Primärenergieträger Nummer 1. Braunkohle stand in ausreichenden Mengen zur Verfügung, die Förderung war relativ billig und machte vom Weltmarkt

Braunkohle – der
Energieträger Nr. 1



mit seinen Preisschwankungen unabhängig. Andere Energieträger waren im Inland nur begrenzt vorhanden und einsetzbar. Diese Energiepolitik wurde zusätzlich durch eine einseitige Ausrichtung des Imports von Erdöl (ca. 20 Millionen Tonnen pro Jahr) und Erdgas (7 Millionen Kubikmeter pro Jahr) aus der Sowjetunion festgeschrieben.

1950 produzierte die Wirtschaft 1'277 Petajoule Primärenergie – das entspricht ca. 43,6 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten, davon 94,4% auf der Basis von Braunkohle, 5,5% Anteil hatte die Steinkohle und 0,1% die Wasserkraft. Nach einem in den Folgejahren zunächst sinkenden Kohleanteil wurde dieser nach der ersten Ölkrise 1979 wieder erhöht. Die sprunghaften Preissteigerungen für Rohöl auf dem Weltmarkt veranlassten die DDR, verstärkt Mineralölprodukte, wie Dieselkraftstoff und Heizöl, zu exportieren. Bei zunächst relativ niedrigen Preisen für Erdöl aus der Sowjetunion konnte man leicht harte Devisen erwirtschaften. Bei unveränderten Importen von Erdöl führte das zwangsweise zur Rückkehr zu festen Brennstoffen, insbesondere



zur Rückrüstung der einheimischen Industrie auf Rohbraunkohle. Gleichzeitig wurden flüssige Brenn- und Treibstoffe streng kontingiert.

Die Förderung von Rohbraunkohle wurde in den Jahren nach 1980 von 258 Millionen Tonnen jährlich auf durchschnittlich 510 Millionen Tonnen erhöht, das entspricht ca. 30% der Weltförderung. Der Abbau konzentrierte sich mehr und mehr auf den Cottbuser Raum. Gleichzeitig verschlechterten sich die Abbaubedingungen. Kamen 1960 noch 2,85 Tonnen Abraum auf eine Tonne Rohkohle, so waren es 1970 schon 3,57 Tonnen und 4,36 Tonnen im Jahr 1988. Allein von 1960 bis 1975 wurde 1 Milliarde Kubikmeter Abraum bewegt. Die Abraummenge 1987 war mehr als fünfmal so gross wie die bei der Ausbaggerung des Suezkanals. Die berechnete Menge der Wasserfreihaltung der Tagebaue überstieg die jährliche Trink- und Brauchwasserabgabe der öffentlichen Wasserversorgung.

Die Wiederurbarmachung blieb dabei hinter der Landschaftszerstörung immer mehr zurück. Wurde von 1973 bis 1977 in etwa eine Fläche vergleichbarer Grösse wieder urbar gemacht, so verschlechterte sich das Verhältnis bis 1988 auf 1:2.

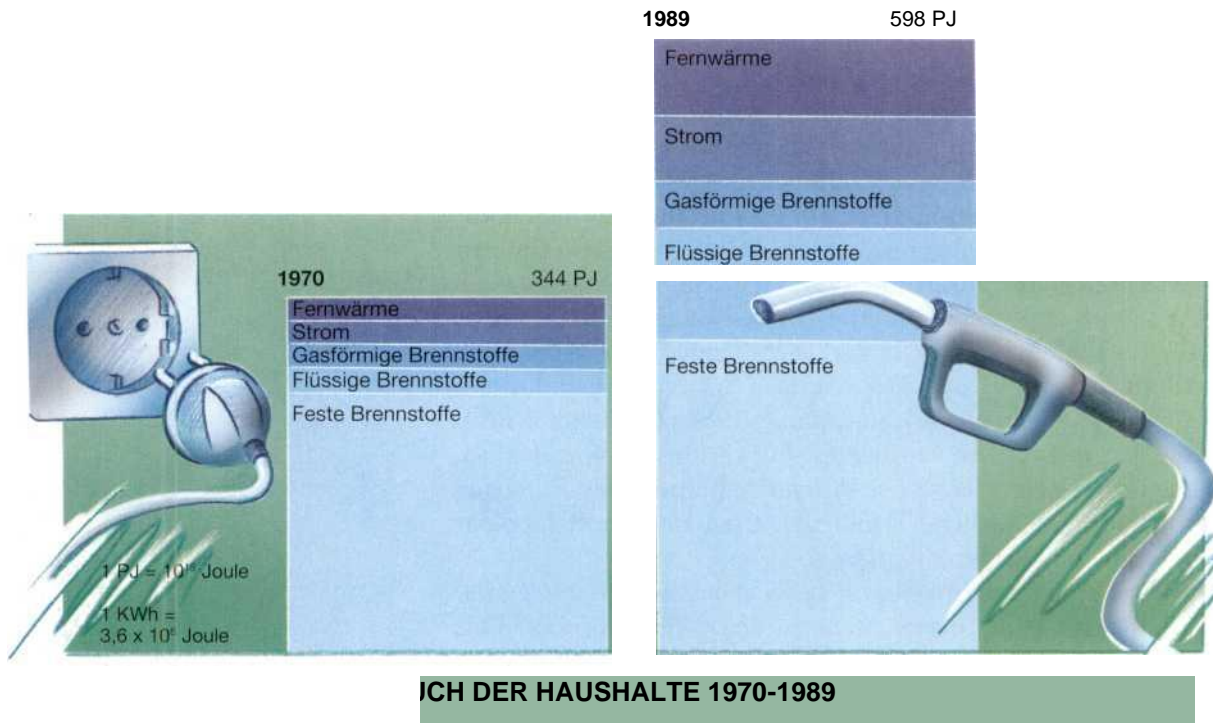
Insgesamt wurden im Zeitraum von 1949 bis 1989 durch den Braunkohlenabbau rund 101'000 Hektar Fläche entzogen. Nur 66'000 Hektar davon wurden wieder urbar gemacht, darunter von den landwirtschaftlichen Nutzflächen sogar nur ein Drittel. Über die zahlreichen Umsiedlungen und Ortsverlegungen liegen nur lückenhafte Angaben vor, so dass nur die «weissen Flecken» auf der Landkarte Zeugnis geben. Auch die tatsächlichen Aufwendungen können nicht exakt belegt werden. Das ehemalige Braunkohlenkombinat Senftenberg zum Beispiel musste durchschnittlich 90'000 Mark je Wohnungseinheit dem Ersatzwohnungsbau zuführen; staatliche Wertgutachten sorgten für die individuelle Entschädigung der Betroffenen. Von Kulturgütern und Denkmälern konnten nur die wertvollsten erhalten bzw. umgesetzt werden, so z.B. 5 Kirchen (von 20) und Denkmale, wie «Der Bettler» von Ernst Barlach oder der «Heilige St. Antonius», der Schutzpatron der Grube «Mathilde».

Gab der Braunkohlebergbau und die damit sich entwickelnde Energiewirtschaft den Menschen einerseits überdurchschnittliche Verdienstmöglichkeiten, raubte er andererseits Tausenden Haus und Hof, Beruf und die alten Lebenswurzeln. Wurde wenigstens mit der so gewonnenen Rohbraunkohle bzw. der daraus erzeugten Energie entsprechend sparsam und bewusst umgegangen?

Mit einem Primärenergieverbrauch von 6 Tonnen Steinkohleneinheiten (1 Tonne Steinkohleneinheiten entspricht ca. 8'000 Kilowattstunden

30% der Weltförderung an Braunkohle in der DDR

Zerstörte Landschaften und «weisse Flecken» auf der Landkarte als Hinterlassenschaft



den) je Einwohner im Jahr 1970 lag der Verbrauch in der DDR um 0,4 Tonnen höher als in der Bundesrepublik Deutschland im gleichen Zeitraum. Er stieg stetig an und erreichte 1987 7,9 Tonnen Steinkohleneinheiten gegenüber 6,3 Tonnen Steinkohleneinheiten in der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Wert wird nur von wenigen Ländern, wie Luxemburg, Kanada und den USA, übertroffen. Das verdeutlicht, wie verschwenderisch in der DDR mit Energie umgegangen wurde.

Während in anderen europäischen Ländern die rationelle Energieanwendung längst zum Gesetz erhoben war, wie beispielsweise in Schweden, wurden in der DDR Massnahmen zur rationelleren Energieanwendung zwar in die Volkswirtschaftspläne aufgenommen, konnten aber trotz zusätzlich eingeführter strenger Kontingentierung des Verbrauchs und der Bevorratung sowie der Vorgabe von Grenzwerten für den spezifischen Verbrauch energieintensiver Erzeugnisse die Entwicklung nicht umkehren. Hauptursache war, dass die Elektroenergie weit überwiegend auf der Basis der heimischen Rohbraunkohle erzeugt wurde. Neben der Tatsache, dass die Rohbraunkohle ein Energieträger mit sehr niedrigem Heizwert ist, gehörte die DDR mit einem hohen Eigenverbrauch an Elektroenergie in den Kraftwerken selbst zu den Ländern mit einem ungünstigen Aufwand/Leistungsverhältnis bei der Stromerzeugung.

Elektroenergie – unrationell erzeugt und obendrein vergeudet

Die Umwandlung der Primärenergie in Gebrauchsenergie (Endenergie) hauptsächlich über die Rohbraunkohle mit ihrem geringen Wirkungsgrad gegenüber hochwertigeren Energieträgern, wie Heizöl oder Erdgas, zwang in der Folge zu Mehrfachumwandlungen, z.B. von Rohbraunkohle über Brikett und Gas zu Elektrizität, wobei erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt und Umwandlungsverluste in Kauf genommen wurden.

Bei der Struktur des Verbrauchs nach Energieträgern dominieren die festen Brennstoffe und die Wärme mit einem Anteil von fast zwei Dritteln.

Demgegenüber wurden die entsprechenden Anteile in der Bundesrepublik Deutschland 1989 ca. zur Hälfte durch flüssige Brenn- und Treibstoffe (ca. 48%), gefolgt durch Gas und Elektrizität und nur zu 9% durch feste Brennstoffe abgedeckt. Der Wärmeanteil nimmt jedoch nur einen geringen Teil von 2,5% ein.

Etwa ein Siebentel der Rohbraunkohle wurde in der DDR nicht in grossen Umwandlungsanlagen eingesetzt, sondern dezentral überall im Land. Da die Brikettierung kapazitätsmässig nicht Schritt halten konnte, musste die Rohbraunkohle, die generell einen Wassergehalt von mehr als 50% hat, überwiegend per Schiene über weite Strecken trans-

Etwa ein Achtel der gesamten Gütertransporte der Eisenbahn entfielen auf Braunkohle



Braunkohletagebau (1976)

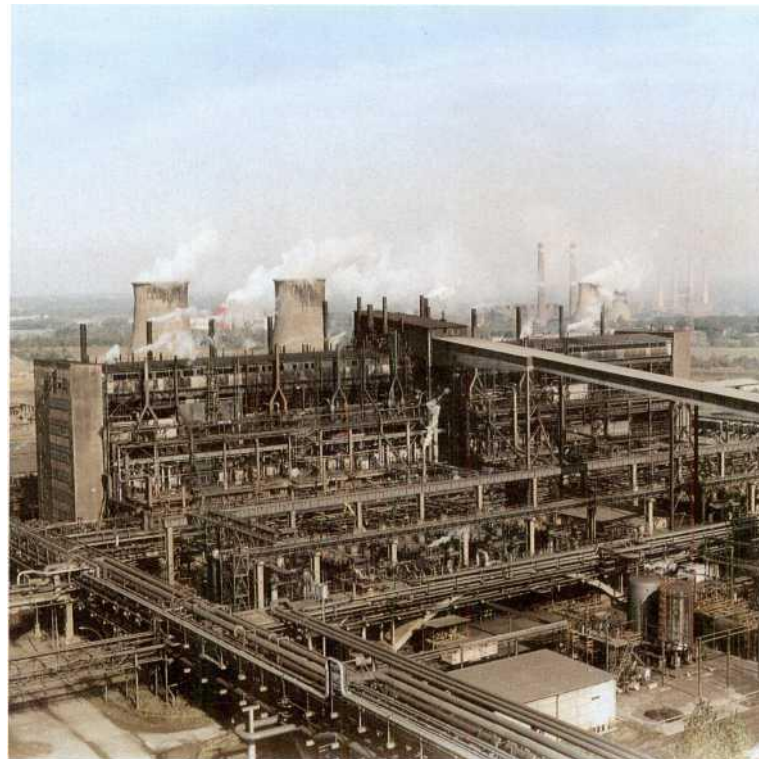
Foto: ADN

portiert werden. Diese Transporte machten etwa ein Achtel der gesamten Gütertransportmenge der Deutschen Reichsbahn aus.

Die Braunkohle brachte Schmutz für Strassen, Betriebsgelände und insbesondere für die Luft allgemein. Doch nur so konnte der wachsende Energiebedarf gedeckt werden. Er erhöhte sich von 1'423 Petajoule im Jahr 1960 auf 2'148 Petajoule Gebrauchsenergie im Jahr 1989, mit jährlichen Wachstumsraten bis 1980 um 2%, danach um 1% durchschnittlich.

Dabei stieg der Verbrauch der Bevölkerung, der kommunalen Einrichtungen und der Landwirtschaft schneller als der der übrigen Bereiche der Wirtschaft. In vielen Industriezweigen konnte die Verbrauchsinintensität, d.h. der Verbrauch je Einheit Produktion, z.B. durch Anwendung von Erdgastechnologien in der Schwarzmetallurgie oder eine bessere zeitliche Auslastung der Drehrohröfen in der Zementindustrie, gesenkt werden. In der Brennstoffindustrie und Lebensmittelindustrie hingegen stieg der Verbrauch sogar schneller als die Nettoproduktion.

Die Bemühungen, Energie einzusparen, wurden durch ungenügende technische Erneuerung, fehlende Ersatzteile und Messeinrichtungen sowie die verzögerte Realisierung von Investitionen zum Teil wieder zunichte gemacht. Zwar wurden in den Jahren 1981 bis 1986 Einsparungen in einer Gesamthöhe von 650 Petajoule statistisch ausgewiesen, darin



Das Gaskombinat «Schwarze Pumpe» in Cottbus – der grösste Braunkohleveredelungsbetrieb der DDR

Foto: ADN

enthalten waren aber auch Generalreparaturen von Altanlagen, die die Wirkungsgrade nicht verbesserten, sondern lediglich wiederherstellten. In der Regel wurden 25% der Vorhaben nicht termingerecht abgeschlossen.

Der Nutzungsgrad der technisch-ökonomisch nutzbaren Energie erhöhte sich in den 80er Jahren dennoch jährlich um 3-4% und wurde 1986 auf ca. 90% beziffert. Die Chemische Industrie galt dabei als bester Verwerter. Ein Vergleich weiterer Energieverbrauchs- und Bezugsgrößen macht die möglichen Einsparungen sichtbar.

Das Herzstück der Energiewirtschaft ist die Elektrizitätsversorgung. Die bestehenden Kraftwerke hatten 1949 eine Gesamtleistung von 4'000 Megawatt (MW), das sind 4 Millionen Kilowatt. Bereits 1956 betrug sie 6'085 MW, verdoppelte sich bis 1970 auf 12'872 MW und erreichte 1988/1989 23'500 MW.

Die Kraftwerke gliederten sich 1989 nach ihrer Leistung in Dampfkraftwerke mit 88,2%, Gasturbinenkraftwerke mit 0,2%, Kernkraftwerke mit 10,3%, Pumpspeicherwerke mit 1,2% und Laufwasserwerke mit 0,1%.

Die Kohlekraftwerke wurden in unmittelbarer Nähe des Kohleabbaus gebaut. Nach 1970 wurden u.a. die Braunkohlenkraftwerke Boxberg (3'500 MW) und Hagenwerder (1'000 MW), das Kernkraftwerk

*Das Herzstück der
Elektrizitätserzeugung:
die braunen Giganten*
Foto: ADN





**VERBRAUCH VON
GEBRAUCHSENERGIE**
nach Energieträgern

8 Pfennige je Kilowattstunde für den Endabnehmer «Private Haushalte» – bei dreimal so hohem Erzeugerpreis

Greifswald (1'700 MW), das Industriekraftwerk «Schwarze Pumpe» (450 MW) und das Pumpspeicherwerk Markersbach (700 MW) in Betrieb genommen. Dafür wurden ca. 14% der in diesem Zeitraum der gesamten Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden Investitionen eingesetzt. Erhielt die Energie- und Brennstoffindustrie 1955 1,9 Milliarden Mark an Investitionen, waren es 1970 8,4 Milliarden Mark und 1989 10,5 Milliarden Mark zu vergleichbaren Preisen auf der Preisbasis 1985.

Mit 19,5 Milliarden Kilowattstunden hatte die Elektroenergieerzeugung bereits 1950 den Vorkriegsstand von 1956 (14 Milliarden Kilowattstunden auf dem Gebiet der späteren DDR) überschritten und stieg kontinuierlich weiter. Von den 1989 erzeugten 119 Milliarden Kilowattstunden entfielen 82% auf die Erzeugung aus festen Brennstoffen. Die Struktureingriffe im Zusammenhang mit der Ölkrise von 1979 hatten den Einsatz der Kernenergie zwar forciert, er war aber über einen Anteil von 10% nicht hinausgekommen. Wasserkraft als Basis war insgesamt unbedeutend, half aber in Spitzenzeiten die Stabilität zu unterstützen. Für Spitzenzeiten und Störfälle war innerhalb des Verbundnetzes «Elektroenergie» ein System variabler Massnahmen vorgesehen, das stufenweise und zeitweilig für Abnehmergruppen Stromabschaltungen auslöste und damit grössere Netzausfälle verhinderte. Dieses System sicherte insbesondere die Versorgung von Haushalten, Krankenhäusern und anderen kommunalen Einrichtungen. Besonders im Winter wurden die Stufenprogramme wirksam. Zu einem Einbruch in der Stromversorgung kam es im strengen Winter 1987, als die Kohlever-sorgung der Kraftwerke durch Einfrieren lahmgelegt war. Alle verfügbaren Kräfte, einschliesslich der Armee, wurden eingesetzt.

15 Pfennige wurden je Kilowattstunde aus dem Staatshaushalt als Subvention beigesteuert. Diese Preispolitik, sie galt generell für Brennstoffe, trug nicht zum sparsamen Umgang mit Energie bei. Das zeigt auch der gesamte Energieverbrauch der privaten Haushalte nach Energieträgerarten, der sich von 1970 bis 1989 um ca. 40% erhöht hat, wobei 1989 mit einer milden Witterung (+ 1,5 Grad Celsius über dem langjährigen Mittel) sogar noch eine Ausnahme bildet. Seit 1949 waren die Lieferungen an die Bevölkerung (einschl. kommunaler Einrichtungen) auf das 5,6fache gestiegen, bei Vergaserkraftstoff auf das 45 fache, bei Wärmeenergie auf das 29 fache und bei Elektroenergie auf das 15 fache.

1989 wurde ein Drittel der gesamten Gebrauchsenergie an die privaten Haushalte geliefert. Mit dem Neubau und der Modernisierung der Wohnungen stieg auch der Anteil der Wohnungen mit Fernwärmever-

sorgung auf 24%. Dabei war die Effizienz in Bezug auf Wärmedämmung und Auslegung nicht zufriedenstellend. Die Mess- und Regelsysteme waren entweder nicht vorhanden oder wurden nicht energiesparend betrieben.

Der Anteil der mit festen Brennstoffen versorgten Haushalte blieb dennoch mit 62% relativ hoch, wobei Berlin-Ost, was die Ausstattung mit Fernwärme und Gasheizungen anbetrifft, vom Landesdurchschnitt erheblich abweicht.

Aufschlussreich ist auch die Darstellung des Energieverbrauchs nach dem Verwendungszweck. Während die privaten Haushalte 1989 für Beleuchtung nur 0,8% der Energiemenge verbrauchten, wurden für Kochen und Backen schon 15% der bezogenen Elektroenergie und 22% der eingesetzten Stadtgasmenge benötigt; auf zwei Drittel belief sich der Verbrauch der «Stromfresser», wie Tiefkühlschränke, Kühlschränke, Warmwasserbereiter und Waschmaschinen. Wegen der an und für sich ja wünschenswerten langen Lebensdauer dieser Erzeugnisse von 20 und mehr Jahren wurden sie auch nur zögernd durch energiesparende Geräte ersetzt und teilweise noch als Zweitgeräte, z.B. auf Wochenendgrundstücken, weiter genutzt. Die staatliche Einschränkung der Produktion von Heizlüftern, Radiatoren und ähnlichen Geräten wurde durch die private Einfuhr solcher Geräte nahezu wirkungslos.

Die Nutzung erneuerbarer Energien, wie Wind, Biogas, Geothermie oder Solarenergie, ist in der DDR über den Rahmen von Experimenten kaum hinausgegangen. Die 1989 damit erzeugte Energiemenge von 5,7 Petajoule, das sind ca. 1 Milliarde Kilowattstunden, reichte gerade aus,

Oft wurde das «Umfeld» der Neubauten durch offene Türen und Fenster beheizt



Noch 1990 heizten die meisten Haushalte mit Festbrennstoffen
Foto: Bundesbildstelle Bonn

um die Haushalte einer Stadt wie Erfurt oder Lübeck ein Jahr lang mit Elektroenergie zu versorgen. Mit zwei Dritteln war daran das Brennholz beteiligt (240'000 m³), überwiegend in privaten Haushalten verwendet; Wasserkraft mit 18% und Biogas mit 13% Anteilen sind nur von lokaler Bedeutung. Alle übrigen erneuerbaren Energien machten nur insgesamt einen Anteil von 2% aus. Die technische Realisierung ist noch sehr kostenaufwendig.

Welche Alternativen zur Braunkohle gibt es künftig?

Die derzeit vorliegenden mittelfristigen Prognosen für die Energiewirtschaft der neuen Bundesländer suchen, von unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und kommerziellen Interessen ausgehend, nach Alternativen zur Braunkohle. Alle gehen von einer Reduzierung des Abbaus um die Hälfte und mehr aus. Dennoch wird meines Erachtens die Braunkohle, insbesondere für die Länder Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt, für absehbare Zeit ein unentbehrlicher und sicherer Hauptenergieträger bleiben, zumal die Vorräte für mehrere Jahrzehnte ausreichen. Mit neuen Verbrennungstechnologien könnte der Wirkungsgrad in den Kraftwerken erheblich erhöht und der Schadstoffausstoß wesentlich eingeschränkt werden.

Von der Enttrümmerung zur Plattenbauweise – 40 Jahre gebaut

Dr. Bernd Petrauschke

«Stalin-Allee», Eisenhüttenstadt, Überseehafen Rostock, Ausbau Ost-Berlins zur «Hauptstadt der DDR», Restaurierung historischer Kulturdenkmäler wie die Semper-Oper in Dresden – alles Beispiele für Renommier-Grossprojekte, die von der SED-Staatsführung dazu auserkoren waren, aller Welt den sozialistischen Aufbauwillen sinnfällig vor Augen zu führen. Doch wie sah der «Alltag» in der Bauwirtschaft aus?

Der 2. Weltkrieg hatte auf dem Gebiet der DDR flächendeckend unübersehbare Schäden hinterlassen. Durch intensive Kampfhandlungen wurden erhebliche Teile des Industriepotentials und des Wohnungsbestandes zerstört. Das Transportwesen war stark beeinträchtigt, rund 1'500 Strassen- und Eisenbahnbrücken fehlten. Daraus ergab sich eine gewaltige Herausforderung für die Bau Wirtschaft und ihre Zulieferbereiche, die ihrerseits aber auch Opfer des Krieges waren. Der Maschinen- und Gerätepark der Baubetriebe war auf rund ein Drittel des Vorkriegsstandes dezimiert.

Den gegebenen Notwendigkeiten folgend, führten die Baubetriebe zunächst vorrangig Enttrümmerungen, Instandsetzung von Gebäuden und Wiederaufbau-Massnahmen durch. Ab 1949 setzte dann zunehmend Neubautätigkeit ein und 1950 erreichte der Neubau erstmals mehr als 50% der gesamten Bauleistung. Zu diesem Zeitpunkt gab es rund 50'000 Betriebe der Bau Wirtschaft, von denen fast 46'000 private Handwerksbetriebe waren. Demgegenüber existierten 4'000 grössere Betriebe der Bauindustrie. Die privaten Handwerksbetriebe verfügten durchschnittlich über nur 2,8 Beschäftigte, d.h. die Zersplitterung der Baukapazitäten war beträchtlich.

Bereits Anfang der 50er Jahre wurde mit der Bildung eines Ministeriums für Aufbau begonnen, um eine stärkere staatliche Zentralisierung der Baukapazitäten zu erreichen. Die Anzahl der Betriebe wurde drastisch reduziert und bei zunehmender Beschäftigtenzahl entstanden grosse Baukombinate:

- Die Anzahl der Betriebe der Bauwirtschaft reduzierte sich im Zeitraum 1950 bis 1990 auf rund ein Drittel,
- von rund 46'000 privaten Handwerksbetrieben blieben noch rund 15'000 übrig,

- ein Teil der privaten Handwerker schloss sich in Produktionsgenossenschaften zusammen, davon gab es 1990 rund 1'000,
- die Zahl der Bauindustriebetriebe ging von 4'000 im Jahr 1950 auf rund 500 im Jahr 1990 zurück,
- zwischenzeitlich hatten sich rund 800 Betriebe mit staatlicher Beteiligung gebildet, die 1972 durch staatliche Entscheidung in Volkseigentum überführt wurden.

Der Anteil der volkseigenen Betriebe am Bauaufkommen betrug 1950 etwa 40% und stieg seitdem sprunghaft an. Er erreichte Anfang der 60er Jahre rund zwei Drittel. Der private Sektor wurde 1990 von rund 15'000 kleinen Handwerksbetrieben mit 45'000 Beschäftigten repräsentiert.

Insgesamt hat sich die Anzahl der Beschäftigten in der Bauwirtschaft seit 1950 um 76% auf 575'000 im Jahre 1990 erhöht. In der gleichen Zeit stieg das Bauvolumen um ein Mehrfaches.

Deutlichster Ausdruck der Konzentration im Bauwesen war die Schaffung grosser und zugleich hochspezialisierter Baukombinate, so z.B.

- Metalleichtbaukombinat Leipzig, das bis zu 20'000 Beschäftigte hatte. Dieses Kombinat war Alleinhersteller und Errichter von Metallbauten wie z.B. Industriebauten, Lagerhallen und landwirtschaftlich genutzte Gebäude.
- Bau- und Montagekombinat Kohle und Energie mit 17'000 Beschäftigten. In diesem Kombinat waren alle Produktionsbereiche zusammengefasst, die an der Errichtung von Gebäuden und baulichen Anlagen im Bereich der Braunkohleförderung und der Kraftwerke beteiligt waren. Dazu gehörte z.B. auch der Bau des inzwischen stillgelegten Kernkraftwerkes Greifswald.

Weitere solcher grossen Baukombinate gab es u.a. noch für die Errichtung von Bauten für die chemische Industrie, den Autobahnbau oder für Wasserbauten.

Alle diese grossen Produktionseinheiten waren direkt dem Ministerium für Bauwesen unterstellt. Das betraf auch spezialisierte Kombinate in der Baumaterialienindustrie, so z.B. das Zementkombinat mit 16'000 Beschäftigten und das Kombinat für Technische Gebäudeausrüstungen mit 17'000 Beschäftigten. Damit war es möglich, durch staatliche Entscheidungen direkt auf das Baugeschehen Einfluss zu nehmen und so die Investitionsdurchführung zu kontrollieren.

Eine gleiche Verfahrensweise gab es auch auf örtlicher Ebene in den Bezirken und Kreisen. Neben dem zentral geleiteten Bauwesen existierte als zweiter Bereich das örtlich geleitete Bauwesen. Die Betriebe des örtlich geleiteten Bauwesens waren den Bezirks- bzw. Kreisbauämtern unterstellt. Sie wurden für Bauaufgaben eingesetzt, die unmittel-

Mehrzahl der 575'000
Beschäftigten in grossen
Baukombinaten



bar für die Bevölkerung wirksam, aber aus staatlicher Sicht von geringerer Bedeutung waren. Dazu gehörten der Wohnungsbau, der kommunale Tiefbau und die Baureparaturen. Aber auch bei diesen Betrieben vollzog sich die gleiche Konzentration und Spezialisierung wie bei den grossen, zentral geleiteten Kombinat. So existierte in jedem Bezirk ein Wohnungsbaukombinat und ein Tiefbaukombinat und in jedem Kreis ein Kreisbaubetrieb mit der vorrangigen Aufgabenstellung, Baureparaturen durchzuführen.

Allen Baukombinaten war eigen, dass sie wesentliche Produktionseinheiten, die zur Herstellung der von ihnen speziell zu errichtenden Gebäude und baulichen Anlagen erforderlich waren, in sich vereinigten. Das betraf Forschungs- und Projektierungskapazitäten ebenso wie Vorfertigungsstätten, z.B. Plattenwerke, Baumaterialienbetriebe, Fuhrpark und Instandsetzungsbereiche für ihre Maschinen und Fahrzeuge. Damit war das Bauen konkurrenzlos und in vielen Bereichen unabhängig von anderen Wirtschaftsbereichen.

Über den Verantwortungsbereich des Ministeriums für Bauwesen hinaus existierten noch weitere Baubetriebe, die den Leitungsorganen anderer Wirtschaftsbereiche unterstanden und von der Einflussnahme des Bauministers ausgenommen waren. Dabei handelte es sich meist

Kontraste: Alte Bausubstanz liess man verfallen, während anonyme Hochhaussiedlungen die Wohnungsnot lindern sollten

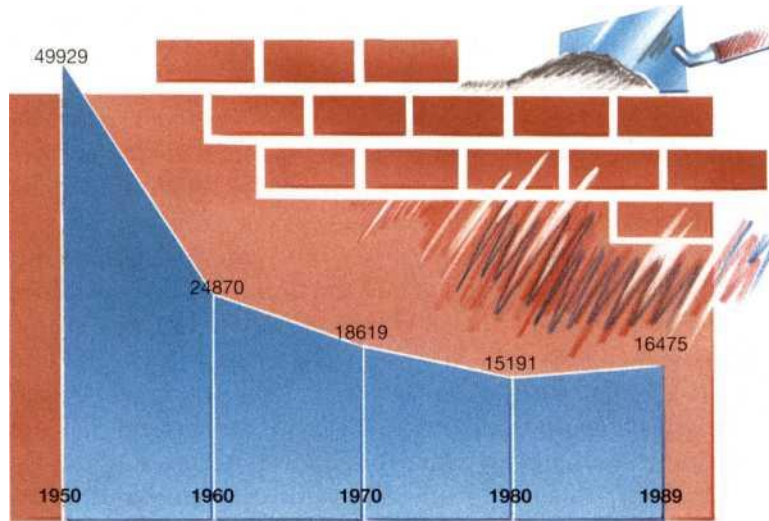
Fotos: Bundesarchiv

Hauptinteresse des Staates lag bei Grossbauprojekten

um spezielle Bauaufgaben, denen aus staatlicher Sicht eine untergeordnete Bedeutung beigemessen wurde. So verfügte die Deutsche Reichsbahn über eine eigene Baudirektion mit den erforderlichen Kapazitäten für alle Baumassnahmen im Bereich der Eisenbahn. Eigene Baukapazitäten hatten auch die Binnenschifffahrt, die Landwirtschaft und die grossen Kombinate der Industrie. Es galt der Grundsatz, dass nur für die grossen Bauinvestitionen der Staat und damit das Ministerium für Bauwesen zuständig war und alle anderen Bereiche eigenverantwortlich handeln mussten.

Das betraf auch die Menschen im Lande selbst. Für bestimmte Bauaufgaben im Wohnumfeld der Bürger, für die es staatlicherseits keine Kapazitäten gab, wurden diese selbst für zuständig erklärt. Das erfolgte im Rahmen von Wettbewerben, die durch die sogenannten Wohnbezirksausschüsse der Nationalen Front organisiert wurden. Sie liefen über viele Jahre unter dem agitatorischen Titel «Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit». Statistisch wurde nachgewiesen, wie viele Wohnungen die Mieter selbst renoviert haben, in welchem Umfang Instandhaltungsmassnahmen an Kindergärten, Jugendklubs u.a. durchgeführt wurden. Im Rahmen dieser Aktion erfolgten aber auch reine Neubaumassnahmen, wie die Anlegung von Strassen und Wegen in kleineren Gemeinden oder Anschlüsse von Dörfern an die zentrale Trinkwasserversorgung-

Wie alle anderen Bereiche der Volkswirtschaft unterlag auch das Bauen einem straffen, durch Partei und Regierung kontrollierten Plan. Diese Zielsetzungen, bezogen auf ein Jahr als Volkswirtschaftsplan und bezogen auf längere Zeiträume als Perspektiv- bzw. Fünfjahresplan bezeichnet, wurden vom Bauwesen in den 50er und 60er Jahren oft nicht erfüllt. Ursachen dafür waren zum einen zu hohe und nicht mit den übrigen Belangen der Volkswirtschaft abgestimmte Zielvorgaben, vor allem Probleme bei der notwendigen Materialbereitstellung und zum anderen die nicht den Notwendigkeiten entsprechende Arbeitsproduktivität, mitverursacht durch schlechte Arbeitsorganisation und rückständige Mechanisierung der Bauarbeiten. Insbesondere die Abhängigkeit von Importrohstoffen und der Versuch, sich davon unabhängig zu machen, führten zu ständigen Problemen und hatten einen wesentlichen Einfluss auf die Qualität der Baudurchführung. Mangelmaterialien waren z.B. Walzstahl, Schnittholz und chemische Erzeugnisse. So führte die radikale Kürzung der Bereitstellung von Bitumen Anfang der 80er Jahre zu Rückständen im Strassenbau und der Anwendung von Ersatzlösungen



ANZAHL DER BETRIEBE IN DER BAUWIRTSCHAFT

durch den Einsatz von Beton, was sich negativ auf die Qualität der gebauten Strassen auswirkte.

Da aber die Erfüllung der Pläne oberstes Gebot des Wirt- Zwischen Plansoll und schäftens war, ging man in den 70er und 80er Jahren ver- Planerfüllung stärkt dazu über, im Verlaufe des Jahres die Pläne der tatsächlichen Produktionsentwicklung anzupassen. Im Rahmen solcher «Planfortschreibungen», die in der Regel die Zielvorgaben reduzierten, wurden aufgrund von Festlegungen der Parteiführung, die die Regierung – hier speziell die Staatliche Plankommission – auszuführen hatte, von der Volkskammer bestätigte Pläne verändert. Solche Aktionen brachte die staatliche Statistik zunehmend in Schwierigkeiten, wenn sie am Jahresende die zu Jahresbeginn publizierten Volkswirtschaftspläne abrechnen musste und diese Mitteilungen agitatorisch in Presse und Funk von weiteren Fortschritten beim Aufbau des Sozialismus künden sollten.

Daher sind solche Meldungen direkt vom Zentralkomitee der Partei herausgegeben worden.

Zur Erfüllung der Pläne dienten neben der ständigen Kontrolle, auch ausserhalb statistischer Abrechnungen, vor allem mit grosser Propaganda begleitete Wettbewerbe der Werktätigen. Diese häufig mit materiellen Anreizen in Form von Prämien verbundenen Kampagnen begannen bereits Anfang der 50er Jahre z.B. durch solche Aktionen wie «Rotes Banner der Stalinallee», womit der zügige Aufbau der ersten sozialistischen Renommierstrasse in Berlin gefördert werden sollte. Sie gipfelten in den 70er Jahren in den sogenannten Gegenplänen. Getreu dem von der Partei ausgegebenen Grundsatz «Arbeite mit, plane mit, regiere

mit» wurden von den Werktätigen im Rahmender Aufstellung der Jahrespläne Vorschläge zur Erhöhung der staatlichen Pläne verlangt. Die dazu erlassenen gesetzlichen Regelungen bestimmten aber zugleich, dass diese Mehrleistungen – die sogenannten Gegenpläne – ohne zusätzlichen Materialaufwand zu realisieren waren. Über die Realitätsnähe solcher Pläne sind sicher keine gesonderten Ausführungen erforderlich.

Typisch für das Bauen in den 70er und 80er Jahren war auch, dass zur Sicherung der Planerfüllung und zur Realisierung grosser Bauvorhaben eine Vielzahl operativer Eingriffe in bestehende Bauabläufe vorgenommen wurden. Priorität hatten dabei immer volkswirtschaftlich wichtige Investitionsvorhaben zur Sicherung der Industrieproduktion und Renommierobjekte wie der Aufbau Ost-Berlins und der Bezirksstädte. Das führte zum zweckentfremdeten Einsatz von Baukapazitäten und ging in der Regel zu Lasten von kleineren Bauvorhaben in den Bezirken und Kreisen, wobei insbesondere Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten vernachlässigt wurden. So haben die bereits erwähnten Kreisbaubetriebe, deren eigentliche Aufgabe die Erhaltung der Bausubstanz in den Städten und Gemeinden war, über 50% ihre Kapazität für Neubauten eingesetzt. Gipfel des Widersinns und der Verdrehung

*Die Ost-Berliner «Karl-Marx-Allee»
1953. . .*

Foto: Zentralbild



der Ökonomie in ihr Gegenteil war auf dem Gebiet des Bauwesens die bis zuletzt betriebene Aktion «FDJ-Initiative Berlin».

Vorwiegend junge Bauarbeiter aus den zentralgeleiteten Kombinaten und vor allem aus den Baubetrieben aller Bezirke und Kreise wurden für Arbeitsaufgaben in Ost-Berlin gewonnen, um die Stadt als Hauptstadt der DDR aufzubauen. Es wurden den anderen Gebieten des Landes aber nicht nur Arbeitskräfte, sondern auch alle anderen zum Bau notwendigen Voraussetzungen entzogen, wie Material, Maschinen und Geräte. Ganze Berliner Stadtteile, wie Hellersdorf und Hohenschönhausen, wurden durch die FDJ-Initiative ebenso errichtet wie Gesellschaftsbauten, Strassen und Brücken. Das alles erfolgte ohne erkennbare Notwendigkeit und mit hohen volkswirtschaftlichen Verlusten, denn jeder Nagel und jede Betonplatte, die in Berlin verarbeitet wurden, stammte aus den Heimatorten der in Berlin arbeitenden Betriebe und musste mit hohem Aufwand durch das Land transportiert werden. Ähnlich aufwendig war der Einsatz von Baukapazitäten der DDR in der Sowjetunion bei der Errichtung von Erdöl- und Erdgasleitungen zur Rohstoffversorgung der osteuropäischen Länder. Diese Aktion, bekannt unter dem Namen «Drushba-Trasse» entzog der DDR erhebliche Baukapazitäten. So waren auf diesen Baustellen rund 10'000 Bauarbeiter eingesetzt.

Grossbaustelle Ost-Berlin

... und 1957 als
«Prachtstrasse»

Foto: Zentralbild



Wie auch in anderen Gesellschaftsordnungen, sollte in der DDR durch das Bauen und mit dem Bauen Politik gemacht werden. Dazu dienten auch die genannten Aktionen bis hin zum sogenannten Wohnungsbauprogramm, mit dem bis 1990 die «Wohnungsfrage als soziales Problem» gelöst werden sollte. Zu wichtigen Grundsteinlegungen oder Einweihungen zeigte sich die Politspitze des Landes und badete in der Menge. Andererseits war auch das Bauwesen den «führenden Repräsentanten» hold. So wurde Partei-Spitzenfunktionär Ulbricht 1952 Ehrenmitglied der Deutschen Bauakademie «aufgrund seiner Verdienste um die Entwicklung einer deutschen Architektur und des Bauwesens». Die Reihe setzt sich bis zu Honecker und Mittag fort.

Trotz vielen Widersinns ist aber auch in den vierzig Jahren DDR baulich einiges geschaffen worden. Auf dem Gebiet des Industriebaus wurde unmittelbar nach Gründung der DDR mit dem Bau von Grossprojekten begonnen. Sie dienten in erster Linie zur Schaffung einer materiell-technischen Basis für die gesamte Volkswirtschaft. Erstes Vorhaben dazu war der 1950 begonnene Aufbau des Eisenhüttenkombinates und die Errichtung der Stadt Eisenhüttenstadt zur Ansiedlung der erforderlichen Arbeitskräfte. In den 50er Jahren folgten weitere Grossbauvorhaben wie der Überseehafen Rostock und das Atomkraftwerk Rheinsberg. Typisch für den Industriebau waren die Verwendung von standardisierten Bauteilen und die Montagebauweise. Dadurch entstand neben dem Wohnungsbau auch im gewerblichen Bau die bei vielen Bauvorhaben nicht zu übersehende Uniformität.

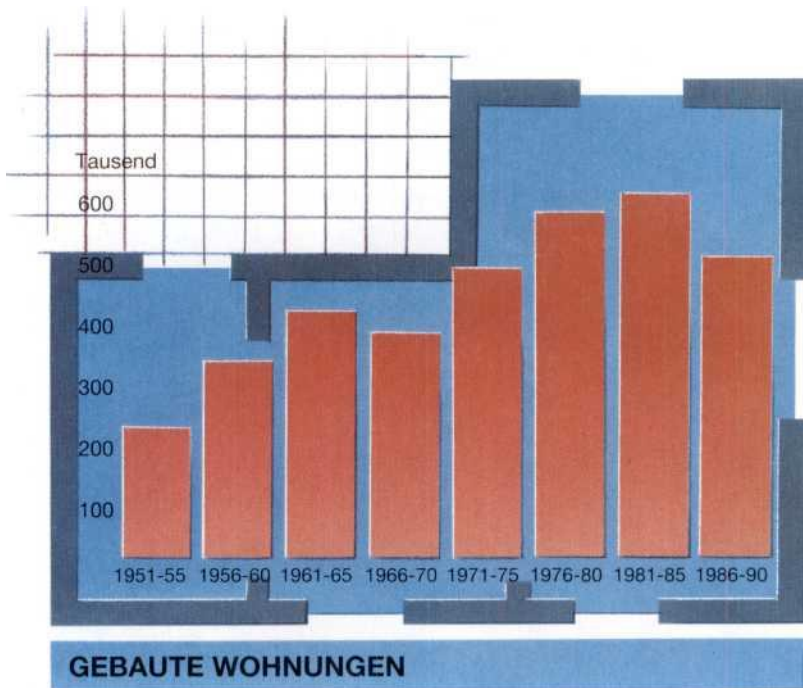
Insbesondere in den 60er Jahren erfolgte eine einseitige Forcierung des Industriebaus, während im Wohnungsbau die Baufertigstellungen rückläufig waren. Bei zunehmender und radikaler Standardisierung war diese Zeit geprägt durch die Errichtung sogenannter volkswirtschaftlich wichtiger Vorhaben. Ihre Anzahl mit einem Volumen von mehr als 1 Million Mark lag bei rund 3'000; d.h., es herrschte eine erhebliche Zersplitterung der Baukapazität vor, weil versucht wurde, auf vielen Gebieten gleichzeitig zu bauen. Einige dieser Vorhaben, etwa 200 bis 300, wurden einzeln zentral geplant und unterlagen einer monatlichen staatlichen Kontrolle. Diese Form des Bauens war aber vom Ministerium für Bauwesen kaum zu bewältigen, so dass ständig Forderungen nach einer Konzentration der Baukapazitäten auf weniger Vorhaben und schnellere Fertigstellung ebenso typisch waren wie die straffe Kontrolle von Baumassnahmen ausserhalb des Industriebaus, damit diesem keine Kapazitäten entzogen wurden. Mitte der 60er Jahre, als in der Regel im Bauwesen die Pläne nicht erfüllt wurden und offenbar wurde,

Forcierung des
Industriebaus in den
60er Jahren



dass die zu geringe Bauproduktion das Entwicklungstempo der Volkswirtschaft entscheidend hemmte, begannen dann die in der Folgezeit ständig wiederholten und nie erfüllten Zielsetzungen wie Verbesserung der Bauforschung, Anwendung von Wissenschaft und Technik, Mechanisierung und Automatisierung der Bauprozesse, Verbesserung der Baumaterialienproduktion, Senkung des Materialeinsatzes und Verkürzung der Bauzeiten. Insbesondere Forderungen nach Bauaufwandssenkungen und Verkürzung der Bauzeiten hielten bis zuletzt an.

Das neben dem Industriebau bedeutende Aufgabengebiet, der Wohnungsbau, durchlebte während der 40 Jahre DDR Höhen und Tiefen. In der zweiten Hälfte der 50er Jahre gab es zunehmende Fertigstellungen von Wohnungen, insbesondere beeinflusst durch die Errichtung von Wohngebieten an neuen Industriestandorten. Auf den Rückgang des Wohnungsbaus im Verlauf der 60er Jahre erfolgte dann mit dem 1973 beschlossenen Wohnungsbauprogramm zwar ein erheblicher Aufschwung, bis dahin eingetretene Rückstände konnten bis 1990 aber ebensowenig kompensiert werden wie das Ziel des Wohnungsbauprogramms, die Wohnungsfrage als soziales Problem zu lösen. Die Konzentration auf den Wohnungsneubau ging einher mit dem weiteren



Siegeszug der Plattenbauweise

Verfall der Altbausubstanz und Rückständen bei der Modernisierung des Wohnungsbestandes.

Der Wohnungsbau orientierte sich anfangs an der Grossblockbauweise, d.h. an der Verwendung vorgefertigter grösserer Bauelemente, später an der Plattenbauweise. Der erste Wohnblock in Plattenbauweise wurde 1957 in Hoyerswerda errichtet. Von da an war der «Siegeszug» der Platte nicht mehr aufzuhalten. 1962 begann der Aufbau von Rostock-Lütten-Klein, der ersten Satellitenstadt, der in der DDR noch einige folgen sollten, und damit der Übergang zur Uniformität im Wohnungsbau. Diese Tendenz setzte sich später in Grosssiedlungen wie Leipzig-Grünau oder Berlin-Marzahn fort, wo Wohnungen auf einem Standort für über 100'000 Bewohner errichtet wurden. Aber auch vor ländlichen Gemeinden machte der Plattenbau nicht halt, erste Grossplattenbauten in Dörfern wurden 1963 errichtet.

Zur Sicherung des zunehmenden Wohnungsbaus in Plattenbauweise entstanden in allen Wohnungsbaukombinaten Plattenwerke, in denen die Wand- und Deckenplatten sowie andere Bauelemente industriell komplett vorgefertigt wurden. Auf der Baustelle erfolgte dann ihre Montage. Das betraf auch Sanitärzellen, die komplett eingerichtet mit WC, Waschbecken und Badewanne montiert wurden.

Insgesamt erreichten die Plattenwerke eine Kapazität zur jährlichen Produktion von rund 100'000 Wohneinheiten. Das Produktionsorti-

ment wurde auch eingesetzt zum Bau von Gemeinschaftseinrichtungen wie Kinderkrippen, Kindergärten und Schulen.

Rund 90% des Wohnungsbaus erfolgte in Montagebauweise. Die Ausnahme bildeten zuletzt nur noch der begrenzte Bau von Einfamilienhäusern und vereinzelt kleinere Objekte, die in traditioneller Bauweise errichtet wurden.

Die Geschichte des Wohnungsbaus der DDR ist durch die Anwendung nur weniger Typenprojekte geprägt. Insbesondere die 1972 entwickelte «Wohnungsbauserie 70» führte zu einer flächendeckenden Überziehung des Landes mit nahezu gleichen Wohngebäuden, denn ihr Bau erfolgte von Rostock bis Suhl. Stiefkind des Bauwesens blieben immer die Baumassnahmen für Instandhaltung und Instandsetzung der vorhandenen Bausubstanz. Das betraf alle Bereiche der Wirtschaft, aber insbesondere die Baureparaturen an Wohngebäuden. Die zu stark auf extensive Neubautätigkeit orientierte Baupolitik liess gleichzeitig Vorhandenes verkommen. Dadurch wurden in erheblichen Grössenordnungen Wohnungen unbewohnbar, bei anderen wurden bauliche Schäden nicht oder nur unzureichend behoben bzw. ihre Ausstattung – insbesondere im Sanitärbereich – nicht verbessert. Ende 1989 gab es z.B. noch 1,3 Millionen Wohnungen ohne Bad/Dusche und 1,7 Millionen Wohnungen ohne InnenWC. Vielfältige staatliche Massnahmen, wie

Rund 90% des Wohnungsbaus erfolgte in Montagebauweise – dem ungeliebten Plattenbau

Fotos: ADN



eine Stärkung der Kapazitäten des kreisgeleiteten Bauwesens, das vorrangig für Reparaturen zuständig war, oder gezielte Baumassnahmen wie das Dachinstandsetzungsprogramm in den 80er Jahren konnten die Bilanz aber nicht entscheidend verbessern.

Am Ende der DDR verblieben durchaus beachtliche bauliche Leistungen, aber auch flächendeckend Defizite. Diese betrafen neben dem Wohnungsbau auch alle anderen Bereiche der Wirtschaft. Man denke dabei an den schlechten Zustand des Strassen- und Schienennetzes sowie ihren ungenügenden Ausbau, an veraltete Produktionsanlagen oder an kulturhistorisch wertvolle Ruinen.

Von der Wohnlaube zum Wohnblock – Ziel der «registrierten Antragstellung»

Dr. Karl-Heinz Manzel

Wohnen gehört zu den elementarsten Bedürfnissen der Menschen, es ist zugleich wesentliche Komponente sozialer Sicherheit. Die Ansprüche an das Wohnen sind Veränderungen unterworfen und im historischen Verlauf gewachsen. Mehr und besser ausgestatteter Wohnraum in einem möglichst angenehmen Wohnumfeld – dahin geht die Entwicklung. Erreichbar entweder durch den Besitz bzw. Erwerb von Wohneigentum oder durch Nutzung einer Mietwohnung; beides in Abhängigkeit von den finanziellen Möglichkeiten des Einzelnen und der Gesellschaft.

In der DDR sollte 1990 die «Wohnungsfrage als soziales Problem» gelöst sein. Ist sie aber nicht, vielmehr werden gerade jetzt vielfältige Probleme in der Wohnungsversorgung sichtbar. Diese werden wohl nur längerfristig lösbar sein. Sie sind nicht stichtagsbedingt, sondern im Verlauf einer Entwicklung entstanden. Der Blick in die Geschichte erleichtert das Verständnis für die gegenwärtige Situation.

Der zweite Weltkrieg hatte den Deutschen ein schlimmes Erbe hinterlassen. Zum Kriegsende war in Ostdeutschland fast jede zehnte Wohnung zerstört, jede siebente Wohnung war schwer beschädigt und damit zum Teil nicht mehr bewohnbar. Städte wie Berlin, Dresden, Magdeburg, Halberstadt oder Dessau waren besonders betroffen. Vom ehemals vorhandenen Wohnungsbestand stand ein Viertel nicht mehr oder nur noch als Provisorium für die Wohnungsversorgung zur Verfügung. Und es gab gleichzeitig einen erheblichen Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen, der im Gebiet der DDR ein Ansteigen der Bevölkerungszahl auf zeitweilig 19 Millionen bewirkte, 2 Millionen Menschen mehr als vor dem Kriege. Die Wohnungsnot war also gross, die Unterbringung beengt.

In den ersten Nachkriegsjahren gab es überall in Deutschland grosse Anstrengungen zur Linderung des Wohnungsmangels. So wurden in der sowjetischen Besatzungszone vom Mai 1945 bis März 1946 189'000 Wohnungen wiederhergestellt. Baustoffbetriebe nahmen ihre Produktion wieder auf. Es entstanden zahlreiche Notunterkünfte, z.B. in Wohnlauben, Baracken, Kellern und auf Dachböden.

Nach dem Krieg fast jede
10. Wohnung zerstört

Diese Unterkünfte hatten oftmals keine Küche, keine Inntoilette, kein Bad. Wichtig für die Menschen war in dieser Zeit das Dach über dem Kopf, die Ansprüche an Bauweise, Ausstattung, Grösse der Räume waren bescheiden. Neubauten stellten noch die Ausnahme dar, es ging vor allem um die volle Nutzung bzw. Wiederherstellung bestehender Baulichkeiten. Unvergessen aus diesen Jahren das Bild der Trümmerfrauen, deren Aufbauwillen Symbolcharakter verkörperte.

Im Jahr 1949 gab es in der DDR rund 5 Millionen Wohnungen, womit der Vorkriegsstand wieder annähernd erreicht wurde. Dazu gehörten allerdings etwa 130'000 Behelfsunterkünfte. Mit diesem Bestand mussten 18,8 Millionen Menschen versorgt werden. Für 1'000 Einwohner standen 270 Wohnungen zur Verfügung. Das waren deutlich weniger als vor dem Kriege, wo auf 1'000 Einwohner 307 Wohnungen kamen. Und der Zustand der Bausubstanz hatte sich auch verschlechtert. Einen Wohnungsmarkt mit Angebot und Nachfrage gab es nicht. Der vorhandene Bestand unterlag der Bewirtschaftung durch die Wohnungsämter; dieser Weg der Wohnungsversorgung wurde bis zum Ende der DDR beibehalten. Und auch die Mieten wurden festgeschrieben und in den Folgejahren nicht verändert. Eine für den Mieter kostengünstige Regelung, aber eine für den Erhalt der Bausubstanz letztlich verhängnisvolle Politik.

Die im Vergleich zum Vorkriegsstand schlechtere Wohnungsversorgung erforderte dringlich eine Verbesserung der Wohnverhältnisse – wie übrigens auch im Westen Deutschlands. Voraussetzung dazu war eine schnelle Entwicklung des Wohnungsbaus. Aber der Wohnungsbau kam in der ersten Hälfte der 50er Jahre in der DDR langsam in Gang. Die jährliche Fertigstellung lag in einigen Jahren nur bei gut 30'000 Wohnungen. Etwas Wohnungsbau auf dem Lande, dazu das Vorzeigeeobjekt «Stalinallee» in Berlin, Wohnsiedlungen an ausgewählten Industriestandorten, z.B. für die Wismut im Erzgebirge, für das Eisenhüttenkombinat Ost durch Aufbau einer neuen Stadt (Stalinstadt, später Eisenhüttenstadt) oder für das Kombinat «Schwarze Pumpe» in Hoyerswerda – zu mehr reichte es nicht. Denn die Prioritäten der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Jahre lagen in der Industrie. Das beeinflusste auch in der Folgezeit den Wohnungsbau; er wurde vor allem auf Standorte industrieller Entwicklung konzentriert.

Sehr schnell musste man auch erkennen, dass ein komfortabler Wohnungsbau wie in der Berliner «Stalinallee» die Möglichkeiten überschritt. «Arbeiterpaläste» mit Marmor in den Foyers, Aufzügen und Zentralheizung, häufig Telefon, dazu Läden in der Erdgeschosszone,

«Arbeiterpaläste» in
der «Stalinallee»

Hier wurde am 12. Oktober 1988 im Beisein des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, die dreimillionste Wohnung übergeben, die im Rahmen des Wohnungsbauprogramms, des Kernstücks der Sozialpolitik der SED, seit 1971 geschaffen wurde

Die «Erfolge» im Wohnungsbau wurden von Staat und Partei gross herausgestellt. Die Fähnchen, Transparente und Ehrentafeln konnten den Wohnraummangel aber nicht beseitigen

Foto: ADN



breite Strassen und viel Grün – das blieb ein einmaliger Luxus und als Mass für den Wohnungsbau die Ausnahme. Mit wenig Aufwand möglichst viele Wohnungen schaffen – das wurde später zum bestimmenden Massstab.

Aber bei geringer Wohnungsbautätigkeit wurde das Wohnungsproblem auf eine sehr eigene Art entlastet – durch die anhaltende Abwanderungswelle hunderttausender Menschen in den Westen, die 1961 mit dem Bau der Mauer rigoros gestoppt wurde.

Ein deutlicher Anstieg der Wohnungsbautätigkeit war erst in der zweiten Hälfte der 50er Jahre zu verzeichnen, als bis zu 80'000 Wohnungen pro Jahr gebaut wurden und damit eine Verdopplung der Fertigstellungen erfolgte. Dominierend – und das galt verstärkt auch für die Folgezeit – wurde der Bau von Mehrfamilienhäusern. Als Auftraggeber für diese Häuser fungierten vor allem kommunale Wohnungsverwaltungen und volkseigene Betriebe sowie die sich im Verlauf der 50er Jahre stark entwickelnden Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften. Die Mitglieder dieser Genossenschaften erbrachten sowohl finanzielle Beteiligungen als auch persönliche Arbeitsleistungen bei der Errichtung der Wohnungen. Privatpersonen kamen als Auftraggeber für den Bau von Mehrfamilienhäusern nicht in Frage; für sie hätte ohnehin bei den auf niedrigem Niveau festgeschriebenen Mieten kein Anreiz zur Errichtung von Miethäusern bestanden.

Inmitten des grossen Neubaugebietes Berlin-Marzahn wurde der historische Kern des märkischen Dorfes rekonstruiert und wiederaufgebaut

Foto: ADN



Die Finanzierung des Baus der Mehrfamilienhäuser erfolgte vor allem über den Staat und zum geringeren Teil durch Betriebe und Genossenschaften. Um mit den vorhandenen Mitteln möglichst viele Wohnungen bauen zu können, orientierte man sich an einer billigen Erstellung der Wohnungen. Das hatte Einfluss auf Grösse und Komfort der Wohnungen, aber auch auf die Qualität der Bauausführung. Und nicht zuletzt auf die Art und Weise der Errichtung der Bauten selbst. So wurden bereits in den 50er Jahren die Weichen für den das Gebiet der DDR kennzeichnenden Wohnungsbau gestellt, in dem für individuelle Wünsche der künftigen Mieter kein Platz war.

Auf der Grundlage von Typen- und Wiederverwendungsprojekten entstanden mehr- bzw. vielgeschossige Wohnblocks bevorzugt in Montagebauweise, die eine schnelle und breite Anwendung erfuhr. Von den in DDR-Zeiten gebauten Mehrfamilienhäusern sind etwa 90% in Montagebauweise errichtet worden. In der Regel waren das reine Wohnbauten, also ohne einliegende Läden oder andere Nutzungen. Bevorzugt gebaut wurde «auf der grünen Wiese» oder am Rande der Städte, häufig an Standorten industrieller Entwicklungen. Dafür stehen z.B. Namen wie Hoyerswerda in den 50er Jahren, später Schwedt, Halle-Neustadt, Rostock Lütten Klein, Schwerin Grosser Dreesch, Jena-Lobeda, Berlin-

90% der
Mehrfamilienhäuser in
Montagebauweise
errichtet

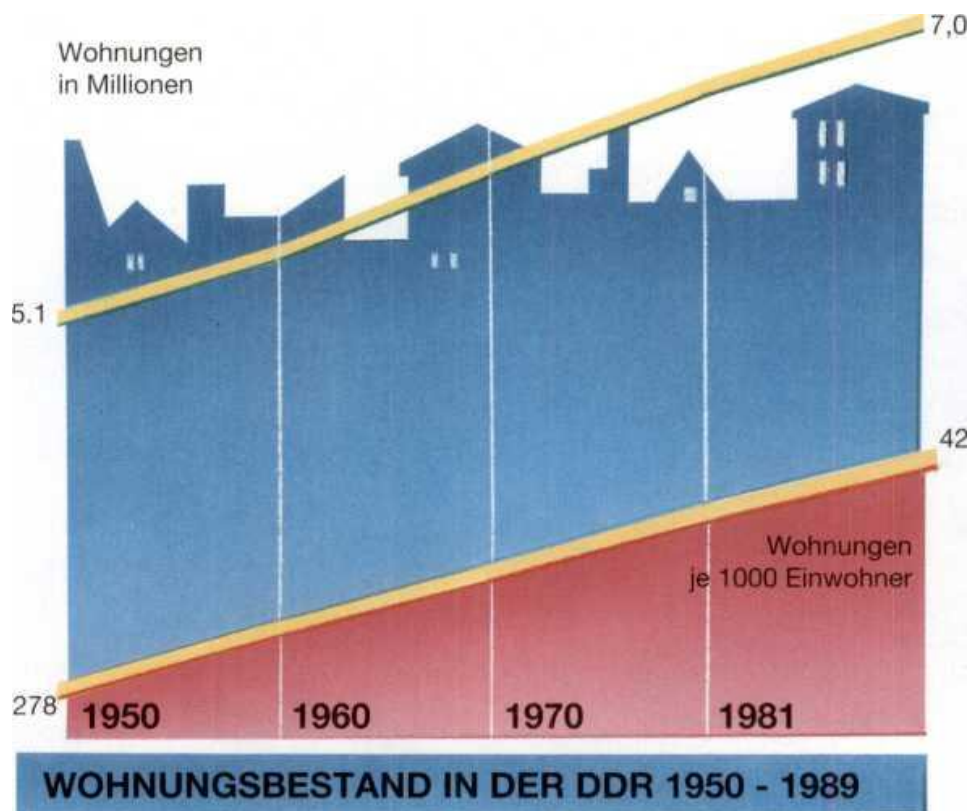


Marzahn, Leipzig-Grünau. Mit dem Zwang zur Sparsamkeit war Monotonie in der Architektur verbunden.

Mit der in der zweiten Hälfte der 50er Jahre eingeleiteten vorwiegend extensiven Bebauung begann gleichzeitig ein Verfall der innerstädtischen Bausubstanz. Bereits 1960 waren mehr als eine halbe Million Wohnungen – ein Zehntel des Bestandes – mit schwerwiegenden Schäden behaftet bzw. für Wohnzwecke unbrauchbar.

Obwohl die in Plattenbauweise errichteten Neubauwohnungen überwiegend nur kleine Wohnräume besaßen und zum Teil auch bauliche Mängel hatten, bestand eine starke Nachfrage nach diesen Wohnungen, die zu keinem Zeitpunkt befriedigt werden konnte. Eine Alternative zu den Plattenbauten gab es nicht. Neubauwohnungen waren vor allem deshalb begehrt, weil sie im Unterschied zur Mehrzahl der Altbauwohnungen über eine deutlich bessere Ausstattung verfügten. Sie besaßen Bad bzw. Dusche, InnenWC, waren zum Teil bereits zentralbeheizt und mit Warmwasserversorgung versehen, hatten auch Einbauküchen. Im Laufe der Jahre sind den Mietern dieser Wohnungen aber auch Nachteile bewusst geworden, die aus eingetretenen baulichen Mängeln, der Lage am Rande der Städte oder in Satellitensiedlungen und einer fehlenden Infrastruktur resultierten. Derartige Wohngebiete wurden auch als «Schlafsiedlungen» bezeichnet.

Für diese Neubauwohnungen mussten im Unterschied zu den schlechter erhaltenen und ausgestatteten Altbauwohnungen keine spürbar höhe-



ren Mieten bezahlt werden. Sie betragen nur zwischen 0,80 und 1,25 Mark pro Quadratmeter Wohnfläche und unterlagen bis 1990 keinerlei Änderungen. Für den Bürger stellte damit die Wohnungsmiete nur eine relativ geringe und tendenziell kleiner werdende Belastung dar. Gemessen am Haushaltsnettoeinkommen betragen die Ausgaben für Miete in Arbeitnehmerhaushalten seit den 70er Jahren weniger als 5%. Der Erhalt oder gar die Modernisierung der Wohnungen konnte mit diesen niedrigen Mieten aber nicht gewährleistet werden.

Kommunale Wohnungsverwaltungen und Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften erhielten deshalb vom Staat Subventionen, die das Zwei- bis Dreifache der Mieten ausmachten. Private Besitzer von Miethäusern erhielten dagegen keine Zuwendungen für den Erhalt ihrer Bausubstanz. Privatbesitz roch ja nach Ausbeuterordnung, das konnte nicht noch staatlich gestützt werden! Logische Folge davon war eine zunehmende Verschlechterung des Bauzustandes und eine im Vergleich zu Neubauwohnungen zurückbleibende Ausstattung in privaten Miethäusern.

So stellte sich also für den Bürger zum Ende der 50er Jahre und auch danach nicht die Frage, ob eine Wohnung für ihn bezahlbar wäre, sondern ob er nach registrierter Antragstellung eine Wohnung bekommen konnte. Und die Wohnungsversorgung war weiterhin sehr begrenzt. Es gab 1960 5,5 Millionen Wohnungen, damit 520 Wohnungen je 1'000 Einwohner.

Die in einem Jahrzehnt zu verzeichnende Verbesserung in der quantitativen Wohnungsversorgung resultierte zu mehr als der Hälfte aus der Abwanderung der Einwohner in den Westen und nur zum geringeren Teil aus dem Wohnungsbau; dieser entsprach in den 50er Jahren nur einem Zehntel der westdeutschen Fertigstellungen.

Aber es gab nicht nur Probleme in der quantitativen Wohnungsversorgung. Aufgrund des geringen Umfangs des Wohnungsneubaus und fehlender Modernisierungen war die Ausstattung des Wohnungsstandes gering. Erst jede dritte Wohnung besass 1960 Innen-WC, jede vierte bis fünfte hatte Bad bzw. Dusche. Wasseranschluss innerhalb der Wohnung gab es in zwei Dritteln des Bestandes.

Mit dem Bau der Mauer wurde 1961 der Abwanderung für lange Zeit ein Riegel vorgeschoben. Damit mussten aber künftig Entlastungen der Wohnsituation vorrangig aus dem Wohnungsbau kommen, konnten sich nicht mehr sozusagen im Selbstlauf erledigen. Die erforderlichen Leistungssteigerungen schienen sich mit den relativ hohen Fertigstellungen von 92'000 Wohnungen 1961 und 87'000 Wohnungen 1962 auch anzudeuten. Im weiteren Verlauf der 60er Jahre ist dieses Niveau

Geringe Mieten,
aber hohe staatliche
Subventionen

*Das Erfurter Andreasviertel
im Juni 1990*

Foto: Bundesbildstelle Bonn



**Verfall der
Altbausubstanz**

aber nicht mehr erreicht worden. Bezogen auf die Einwohnerzahl hatte der Wohnungsbau in der DDR einen Umfang, der weit unter dem anderer europäischer Länder lag. Weiterhin zehrte man vor allem von dem, was aus der Vorkriegszeit übernommen wurde.

Der Wohnungsbau der 60er Jahre diente vorrangig der Erweiterung des Wohnungsbestandes auf über 6 Millionen Wohnungen. Im Jahr 1970 gab es 355 Wohnungen je 1'000 Einwohner. Die je Einwohner vorhandene Wohnfläche stieg auf 21 m². In der Wohnungsversorgung gab es aber weiterhin erhebliche Probleme. Auf 100 Wohnungen kamen 109 Haushalte. Die Einzimmerwohnungen waren durchschnittlich mit 1,4 Personen belegt. Die Wartezeiten auf eine Wohnung betragen in der Regel mehrere Jahre. Ein Gleichheitsprinzip in der Vergabe der Wohnungen gab es in der Praxis nicht. Wer zu «Sonderbedarfsträgern, Bestarbeitern, gesellschaftlich aktiven Kräften» zählte, durfte auch auf bevorzugte Wohnungsvergabe hoffen. Dafür mussten andere länger warten. Und der bauliche Verfall der Altbausubstanz setzte sich weiter fort. Bereits 16% des Wohnungsbestandes wiesen schwerwiegende Schäden auf bzw. waren für Wohnzwecke unbrauchbar; in diesen Wohnungen lebten 2,5 Millionen Menschen, häufig ältere Bürger. Ein zunehmender Unterschied in der Erhaltung und Ausstattung zwischen Neubauten und Altbausubstanz zeichnete sich ab.

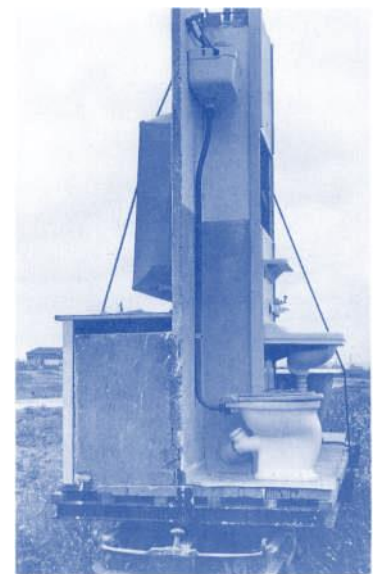
Da sich die Ausstattung der Neubauwohnungen schnell verbessert hatte, nahm der Ausstattungsgrad des Wohnungsbestandes zu. Aber 1970 besaßen erst 4 von 10 Wohnungen des Bestandes Innen-WC,

ebensoviel waren mit Bad bzw. Dusche ausgestattet. Wasseranschluss innerhalb der Wohnung hatten 82% des Bestandes. Dieser relativ niedrige Ausstattungsgrad war das Ergebnis der geringen Neubautätigkeit und fehlender Modernisierung der Altbausubstanz.

Die Bestandserweiterung 1970 gegenüber 1960 um 550'000 Wohnungen war von einer Verschlechterung des allgemeinen Bauzustandes begleitet; die Anzahl der Wohnungen mit schweren Schäden stieg um 580'000. Ursache dafür waren das viel zu geringe Reparaturvolumen und fehlende Modernisierungen. Dominierend war weiterhin die Altbausubstanz. Das Durchschnittsalter der Wohnungen betrug 60 Jahre und war am höchsten in Europa.

Nach zwei Jahrzehnten DDR war also eine weiterhin unbefriedigende und den Bauzustand betreffend sich partiell verschlechternde Wohnsituation zu verzeichnen. Mit dem zu Beginn der 70er Jahre beschlossenen Wohnungsbauprogramm sollte diese Situation nicht nur spürbar verbessert, sondern die «Wohnungsfrage als soziales Problem» bis 1990 gelöst werden. Der Wohnungsbau sollte zum «Kernstück der Wirtschafts- und Sozialpolitik» werden. Was dann in den 70er und 80er Jahren folgte, waren echte Leistungssteigerungen im Wohnungsbau, die die Wohnsituation partiell verbesserten, aber zur «Lösung der Wohnungsfrage» bei Weitem nicht ausreichten, weil gleichzeitig die umfangreiche Altbausubstanz weiter verfiel. In dem Masse, wie Anspruch und Wirklichkeit divergierten, griff die SED zu Manipulationen in der zahlenmässigen Darstellung der Ergebnisse des Wohnungsbaus. Sie verkörperten das Wunschdenken der Partei. So wurde im Oktober 1988 von der «Partei- und Staatsführung» die Übergabe der dreimillionsten seit 1971 fertiggestellten Wohnung gefeiert; wie üblich in Berlin-Ost, vor bestellter Jubel-Kulisse. Tatsächlich wurden bis zu diesem Zeitpunkt aber nur 1,9 Millionen Wohnungen gebaut. Der überhöhte Zahlennachweis war das Ergebnis von Entscheidungen des Politbüros des ZK der SED und darauf fussender Beschlüsse des Ministerrats der DDR zur Planung und Abrechnung des Wohnungsbaus. All diesen Beschlüssen lag das Bestreben zugrunde, möglichst hohe Zahlen in der Öffentlichkeit nachzuweisen. So mussten z.B. in die Anzahl der fertiggestellten Wohnungen auch bereits vorhandene Wohnungen eingerechnet werden, die durch die Erstaustattung mit Bad bzw. Dusche, Innen-WC oder Zentralheizung modernisiert wurden. Allein dadurch sind 1 Million Wohnungen «nachgewiesen» worden. Fertiggestellte Gemeinschaftsunterkünfte in Arbeiterwohnheimen und Plätze in Feierabendheimen waren als Neubauwohnungen abzurechnen – all das gab es in Europa nur in der DDR. Doch die Realität belegt, dass in der DDR zu

Erhebliche Zunahme des Wohnungsbaus in den 70er und 80er Jahren



Bei der Montagebauweise wurden in der Regel vorfabrizierte Teile verwendet, hier ein «Küchen- und Badkern»

Foto: VWD

keinem Zeitpunkt auch nur eine annähernde «Lösung der Wohnungsfrage» gegeben, das Vorhaben vielmehr gescheitert war.

Im Verlauf der 70er Jahre gab es eine schnelle Erhöhung der Fertigstellungen im Wohnungsbau. Sie ging einher mit konsequenter Anwendung der Montagebauweise und starker Reduzierung der Bauzeiten.

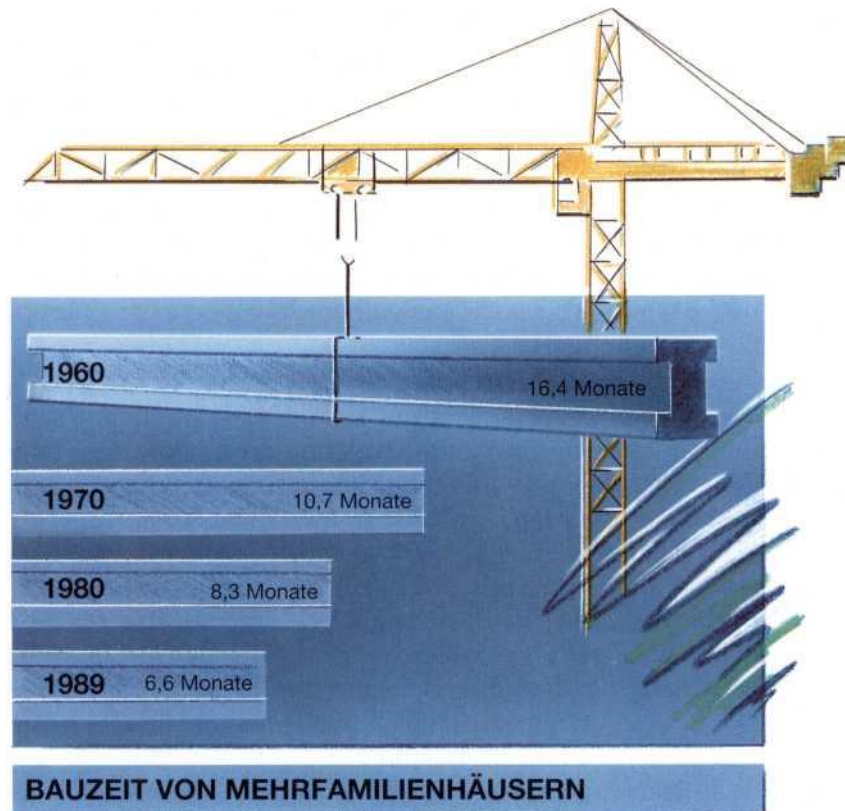
In den Bau von Plattenwerken wurden erhebliche Mittel investiert. Es kam auch zu einer Belebung des Eigenheimbaus, der aber letztendlich auf einen Umfang von etwa 10% des gesamten Wohnungsbaus beschränkt blieb und damit erheblich geringer als in anderen Ländern war. Dabei haben gerade die Eigenheimbauer einen sehr hohen persönlichen Einsatz und viel Mühe zur Schaffung ihres Heims aufwenden müssen – überhaupt nicht vergleichbar mit den «bewährten Genossen», die sich ohne eigenes Zutun in eine subventionierte Neubauwohnung setzten. Konzentriert wurde der Neubau vor allem auf Berlin-Ost, wo in zunehmendem Masse auch auswärtige Bauarbeiter eingesetzt wurden; ihre Zahl lag zeitweilig bei über 20'000. Ab Mitte der 80er Jahre ist jede zweite bis dritte Neubauwohnung in Berlin-Ost von ihnen errichtet worden – zu Lasten der Bautätigkeit in anderen Regionen. Ein Teil dieser Bauarbeiter blieb auch gleich in Berlin; es winkten mehr Geld und die eigene Wohnung. Das wirkte sich aber nachteilig an ihren Heimatorten aus. Während in den Bezirksstädten sowie auf ausgewählten Standorten der industriellen Entwicklung gleichfalls eine Konzentration des Wohnungsneubaus erfolgte, sind kleinere und mittlere Städte sowie ländliche Regionen zum Teil erheblich vernachlässigt worden.

Erstmals 1974 und dann bis 1988 wurden in jedem Jahr mehr als 100'000 Wohnungen gebaut. Die für den Erhalt der vorhandenen Bausubstanz eingesetzten Baukapazitäten aber reichten nicht aus, um den fortschreitenden Verfall der Altbausubstanz vor allem in innerstädtischen Bereichen aufzuhalten. Bei einer auf Fertigstellungszahlen orientierten Wohnungspolitik war die Erhaltung der vorhandenen Bausubstanz letztlich ein Restposten der «bilanzierten Baukapazitäten» – entgegen den Propagandaparolen, die von der «Einheit von Neubau, Rekonstruktion, Modernisierung und Erhaltung» sprachen. Die Folge davon war, dass bei einem insgesamt steigenden Wohnungsbestand eine Verschlechterung des allgemeinen Bauzustandes zu verzeichnen war.

Ende 1981 gab es über 6½ Millionen Wohnungen, eine halbe Million mehr als 1970. Das waren 593 Wohnungen je 1'000 Einwohner. Zwei Drittel des Bestandes befanden sich in Mehrfamilienhäusern, ein Drittel in Ein- und Zweifamilienhäusern. Typisch für den Wohnungsbestand der DDR war also die Dominanz von Mietwohnungen.

Vorzeigeprojekt «Berlin-Ost»

Zwei Drittel der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern



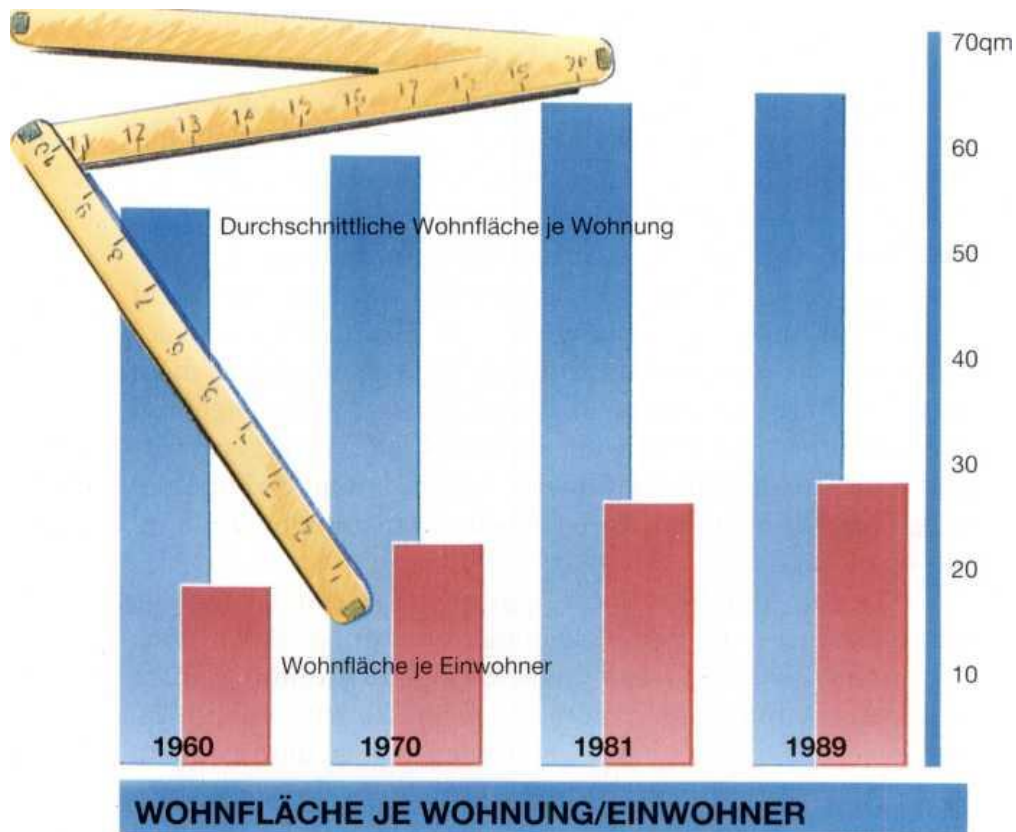
Im Verlauf der 70er Jahre sind erstmals auch umfangreiche Zusammenlegungen vor allem von Ein- und Zweizimmerwohnungen in Altbauten zu grösseren Wohnungen erfolgt. Das geschah, um das Angebot von grösseren Wohnungen für Familien mit Kindern zu erhöhen bzw. um den Einbau von Bad/Dusche bzw. Innen-WC zu ermöglichen. Das Ausmass dieser Zusammenlegungen ist von den Planern allerdings nicht vorausgesehen worden; die nicht immer gut informierten «Organe» der Wohnungswirtschaft bekamen oft Zusammenlegungen in Altbauten gar nicht mit. Dadurch ist die Anzahl der verfügbaren Wohnungen im Verlauf eines Jahrzehnts um etwa 450'000 verringert worden. Die Durchschnittsgrösse der vorhandenen Wohnungen stieg aber vor allem durch die Zusammenlegungen um 5 m² auf 65 m² an.

Zu Beginn der 80er Jahre gab es auf dieser Grundlage Entspannung in der Wohnungsversorgung. Aber noch hatten über 400'000 Haushalte keine eigene Wohnung. Auch in der Ausstattung des Wohnungsbestandes waren deutliche Verbesserungen feststellbar, zu denen neben dem Neubau auch Modernisierungen beigetragen hatten, die sowohl im Rahmen eines staatlichen Plans durch Baubetriebe als auch im Eigen-

initiative von den Bürgern durchgeführt wurden. Auch im Verlauf der 80er Jahre trugen Modernisierungen zur Verbesserung der Ausstattung bei. Diese Modernisierungen waren vorrangig auf den Sanitärbereich – Einbau von Bad/Dusche bzw. Innen-WC – und auf die Modernisierung von Heizungen – Ablösung der herkömmlichen Ofenheizung – konzentriert. Wärmedämmende Massnahmen für die Gebäude, Einbau mehrfachverglaster Fenster und Umbau von Heizungen auf umweltverträglichere Energieträger bildeten noch die Ausnahme – hier gibt es einen enormen Nachholbedarf.

Bei einer vorrangig auf Erweiterung des Wohnungsbestandes und Verbesserung der Grundausstattung der Wohnungen gerichteten Wohnungspolitik ist in den 70er und 80er Jahren die Erhaltung der Bausubstanz zunehmend vernachlässigt worden. Die Planziele für Baureparaturen an Wohnbauten wurden in der Regel nicht erfüllt; ohnehin hätten sie zum Aufhalten des baulichen Verfalls nicht ausgereicht. Besonders deutlich zeigte sich, dass mit den vorhandenen Mieten die erforderlichen Mittel für eine ordentliche Erhaltung der Bausubstanz nicht erbracht werden konnten. Daran konnten auch staatliche Subventionen für die kommunalen Wohnungsverwaltungen und die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften nichts ändern. Ohnehin war im Einzelfall auch bei vorhandenen Mitteln nicht gesichert, dass damit Bauleistungen

Verfall der Altbauten
setzte sich fort



zu realisieren waren – die verfügbaren Kapazitäten reichten einfach nicht aus. Die Folge davon war ein zunehmend baulicher Verfall vor allem der Altbausubstanz in innerstädtischen Bereichen. Aber auch bei den Montagebauten ergibt sich ein zunehmender Reparaturbedarf. So ist für die Montagebauten aus den 50er und 60er Jahren ein erster umfangreicher Instandsetzungszyklus erforderlich. Aber auch die Neubauten aus den 70er und 80er Jahren sind schon reparaturbedürftig.

Nach 40 Jahren DDR gibt es derzeit einen Wohnungsbestand von etwa 7 Millionen Wohnungen. Diese von den Kommunen nach der Gebäude- und Wohnungszählung von 1981 fortgeschriebenen Bestandszahl ist aber als überhöht einzuschätzen. Darüber hinaus muss davon ausgegangen werden, dass sich ein erheblicher Teil des Wohnungsbestandes in schlechtem Bauzustand befindet. Der daraus resultierende Bestand an leerstehenden Wohnungen dürfte inzwischen eine sechsstellige Grössenordnung ausmachen. Ein Teil des Wohnungsbestandes ist damit nicht mehr versorgungswirksam.

Ausdruck dafür ist auch eine starke Wohnungsnachfrage, die durch das derzeitige Angebot nicht gedeckt werden kann. Im Verlauf der 80er Jahre gab es eine hohe Zahl von Wohnungsanträgen, die um eine dreiviertel Million schwankte. Da es ständig erheblich mehr Anträge als zu vergebende Wohnungen gab, waren relativ lange Wartezeiten auf eine Wohnung die Regel.

Die Mehrzahl der Antragsteller hatte noch keine eigene Wohnung; das waren vor allem junge Menschen, aber auch eine hohe Zahl von Ehescheidungen belastete die Wohnungsnachfrage. Ende der 80er Jahre betrug die Wartezeiten auf eine Wohnung selbst für Familien, die keine eigene Wohnung besaßen, noch 1½ bis 2 Jahre.

Ältere Bürger mussten auf einen Platz in einem Seniorenheim über 6 Jahre, auf einen Platz in einem Pflegeheim über 4 Jahre und auf eine Wohnung in neu errichteten Wohnhäusern für ältere Bürger über 5 Jahre warten.

Eine erhebliche Nachfrage gab es Ende der 80er Jahre auch von Antragstellern, die sich in der Ausstattung der Wohnungen, ihrer baulichen Erhaltung oder der Wohnungsgrösse verbessern wollten. In der Ausstattung der Wohnungen gibt es noch einen erheblichen Nachholbedarf, aber auch starke regionale Unterschiede. In der Sanitärausstattung der Wohnungen wurden in den 70er und 80er Jahren spürbare Verbesserungen erreicht, der Rückstand gegenüber den alten Bundesländern beträgt aber etwa zwei Jahrzehnte. Fast 1,7 Millionen Wohnungen, rund ein Viertel des Bestandes, sind noch ohne Innen-WC. Die Hälfte dieser

Rund ein Viertel
der Wohnungen
ohne Innen-WC

*Diese Familie hatte Glück und
bekam eine FRaum-Wohnung*

Foto: ADN



Wohnungen ist im Land Sachsen konzentriert. Wohnungen mit relativ geringer Ausstattung befinden sich vor allem in privaten Mehrfamilienhäusern, deren Besitzer aus den geringen Mieteinnahmen keine Modernisierungen bestreiten konnten und vom Staat auch keine Subventionen erhielten. In den schlecht ausgestatteten Wohnungen leben viele ältere Bürger.

Die in schlechtem Bauzustand befindlichen und mit geringer Ausstattung versehenen Wohnungen konzentrieren sich auf die Altbausubstanz. Mehr als die Hälfte aller Wohnungen befindet sich in Gebäuden, die vor dem zweiten Weltkrieg errichtet wurden. Die Sanierung dieser über Jahre vernachlässigten Bausubstanz wird erhebliche Mittel erfordern; sie ist aber zur Wohnungsversorgung dringend erforderlich. Für einen Teil der Bausubstanz wird aber als Alternative wohl nur der Abriss bleiben. Dafür muss wieder neuer Wohnraum entstehen. Hier bieten sich zugleich Möglichkeiten einer breiteren Schaffung von Wohneigentum; in der Vergangenheit blieb das auf den Eigenheimbau begrenzt, der nur einen geringen Umfang hatte und vorrangig dort erfolgte, wo es wenig staatlichen oder genossenschaftlichen Wohnungsbau gab, z.B. auf dem Lande und in Kleinstädten. Sowohl im Eigenheimbau als auch bei der Schaffung von Eigentumswohnungen gibt es nach 40 Jahren DDR einen starken Nachholbedarf.

Vom Aufbau des staatlich zentral gelenkten Gesundheits- und Sozialwesens zur kollektiv geleisteten Absicherung aller kritischen Lebenssituationen – das soziale und medizinische Netz

Dr. Ingrid Oertel und Horst Zieseimer

Der 2. Weltkrieg hatte für fast alle Teile der Bevölkerung Deutschlands katastrophale soziale und gesundheitliche Folgen. Überall herrschte Hunger, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit. Seuchen und Krankheiten breiteten sich aus. Die öffentliche Verwaltung war unmittelbar nach dem Krieg nicht mehr vorhanden und die Wirtschaft funktionsunfähig. Das Gesundheitswesen war zusammengebrochen und die Sozialversicherung war zahlungsunfähig.

Vorrangig auf kommunaler Ebene fanden sich schon sehr früh Deutsche bereit, unter Aufsicht und mit Unterstützung der «Sowjetischen Militäradministration in Deutschland» (SMAD) Verantwortung zu übernehmen, um die unvorstellbar grosse Not in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone zu überwinden. Mit der Schaffung der Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen und den Verwaltungsorganen in den Ländern, Kreisen, Städten und Gemeinden begann der Wiederaufbau eines einheitlichen, staatlich zentral gelenkten und kollektiv geleiteten Gesundheits- und Sozialwesens.

Mit der Gründung der DDR im Jahre 1949 wurde der in der Nachkriegszeit eingeleitete radikale Umwandlungsprozess im Gesundheits- und Sozialwesen fortgesetzt. In diesem Prozess übernahm der Staat die soziale Absicherung kritischer Lebenssituationen der Menschen, einschliesslich ihrer gesundheitlichen Betreuung. Jedem Bürger wurde eine unentgeltliche, allgemein zugängliche medizinische und soziale Betreuung zugesichert.

Die zunehmenden Ausgaben für die Realisierung der sozialpolitischen Massnahmen und für die kostenlose gesundheitliche, medizinische und soziale Betreuung der Bevölkerung überstiegen auf lange Sicht die Wirtschaftskraft der DDR. Die Ausgaben für das Gesundheits-

Zentrale staatliche
Lenkung und
kollektive Leitung

Ein Fünftel
des Staatshaushaltes
waren Ausgaben für das
Gesundheits- und
Sozialwesen

und Sozialwesen lagen im Jahre 1988 bei 54,1 Milliarden Mark, das waren 20,1 Prozent der Ausgaben des Staatshaushaltes. Sie waren damit zweieinhalbmal so hoch wie 1970 (20,9 Milliarden Mark) und neunmal so hoch wie 1950 (6,0 Milliarden Mark). Von den 54,1 Milliarden Mark (1988) wurden im Rahmen der Sozialversicherung 56,3 Milliarden Mark ausgegeben, davon 17,2 Milliarden Mark für Renten. Mit den niedrigen Beitragssätzen der «Sozialversicherten» von 100 bzw. 120 Mark monatlich, die sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber teilten, konnten die Ausgaben für die gesundheitliche, medizinische und soziale Betreuung, für den Lohnausgleich im Falle der Krankheit oder für die Renten nicht gedeckt werden. Die Leistungsausgaben des Staates je Einwohner beliefen sich im Jahre 1988 auf 3'243 Mark, 1955 waren es noch 462 Mark, 1960 760 Mark, 1970 1'224 Mark und 1980 2'371 Mark.

Die Investitionen für das Gesundheits- und Sozialwesen dagegen betrugen im Zeitraum von 1971 bis 1975 nur 1,6 Milliarden Mark, das waren 0,6% der Gesamtinvestitionen der Volkswirtschaft. Von 1976 bis 1980 stieg ihr Anteil auf 0,8%, um von 1981 bis 1985 wieder auf 0,6% (2 Milliarden Mark) abzusinken.

Unmittelbar nach Beendigung des 2. Weltkrieges hatte die Säuglingssterblichkeit Werte der 20er Jahre erreicht (1945 = 263 je 1'000 Lebendgeborene), die bis zum Jahre 1950 auf 72,2 und bis zum Jahre 1989 auf 7,6 auf je 1'000 Lebendgeborene gesenkt werden konnten. Bei der Mütter- und Kindersterblichkeit war eine ähnliche Entwicklung zu beobachten. Verstarben im Jahre 1952 noch 16,5 Frauen je 10'000 Geburten während einer Schwangerschaft, bei der Geburt oder im Wochenbett, so waren es 1970 4,3 Frauen und 1989 1,2 Frauen je 10'000 Geburten.

Einen wesentlichen Einfluss auf den Rückgang der Sterbefälle hatten die Kreis- und Bezirksfachkommissionen zur Senkung der Todesfälle bei Schwangeren, Kreissenden und Wöchnerinnen und zur Senkung der Säuglings- und Kindersterblichkeit, die seit 1958 bzw. seit 1960 regelmäßig jeden Todesfall nach den Todesursachen und unter dem Gesichtspunkt der eventuellen Vermeidbarkeit analysierten. Eine exakte Analyse wurde auch durch einen im Jahre 1962 eingeführten separaten Totenschein für Totgeborene und verstorbene Säuglinge ermöglicht, der nähere medizinische und soziale Angaben über Geburtsverlauf und Schwangerschaft enthielt. Entscheidend dabei war auch, dass aufgrund von Rechtsvorschriften seit 1961 bei fast allen verstorbenen Säuglingen und Totgeborenen eine Leichenöffnung durchgeführt wurde.

Die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruches im Jahre 1972

Senkung der Mütter- und Säuglingssterblichkeit

trug ebenfalls zu einer Senkung der Sterblichkeit während der Schwangerschaft bei. Die Anzahl der Abbrüche, die anfänglich sehr hoch lag (99'417 Abbrüche im Jahre 1974), ist bis auf 75'899 im Jahre 1989 zurückgegangen. Grosse Aufmerksamkeit wurde in diesem Zusammenhang der Schwangerschaftsverhütung geschenkt und die «Antibabypille» unentgeltlich den Frauen zur Verfügung gestellt.

Zur Senkung der Mütter- und Säuglingssterblichkeit haben ausserdem die Beratungsstellen für Mütter, Kinder und Jugendliche beigetragen. Sie haben sich auf die schon vor dem Krieg bestehenden Traditionen und auf internationale Erfahrungen gestützt. In den 859 Schwangerenberatungsstellen wurden fast alle Schwangeren fachärztlich betreut. Daneben bestanden auch Möglichkeiten der Beratung in sozialen, gesundheitlichen und rechtlichen Fragen sowie der Teilnahme an Mütterkursen. 15 Schwangerenerholungsheime mit 566 Betten (1989) konnten für die Genesung und Geburtsvorbereitung genutzt werden. Schwangere mit einer Risikoschwangerschaft oder mit einer drohenden Frühgeburt konnten bis zur Entbindung stationär betreut werden. Diese intensive Betreuung war bei dem hohen Anteil von berufstätigen Schwangeren (98,6%) notwendig. Für die Entbindung standen 7'981 Entbindungsbetten und 6'647 Neugeborenenbetten in 205 geburtshilflichen Einrichtungen (1989) bereit. Hausentbindungen gehörten zu den Ausnahmen.

Säuglinge und Kleinkinder bis zum 5. Lebensjahr wurden durch Kinderärzte in den 9'479 Mütterberatungsstellen betreut, 1989 waren es 194'657 Betreute. Besonderen Wert wurde hier neben der gesundheitlichen Überwachung der Säuglinge und Kleinkinder auf die Beratung der Mütter zur richtigen Ernährung und Pflege ihrer Kinder gelegt. Nach dem Krieg gab es, wie in anderen europäischen Ländern so auch in der DDR, immer weniger Mütter, die ihre Kinder bis zum 5. Lebensmonat stillten. Die gesetzlich festgelegten Zuwendungen (Stillgeld) und die Verlängerung des Wochenurlaubs änderten hieran kaum etwas. Die dadurch bedingten Zunahmen an Infektionen, wie Lungenentzündungen und Durchfallerkrankungen, die damals grösstenteils zum Tode führten, konnten mit der Einführung von Trockenmilch und Säuglingsfertiernahrung Ende der fünfziger Jahre und Therapieempfehlungen seit 1965 gesenkt werden. Starben im Jahre 1959 noch 71,6 Säuglinge je 10'000 Lebendgeborene an einer Lungenentzündung, so waren es 1970 11,0 und 1989 1,5 Säuglinge je 10'000 Lebendgeborene. Die Sterblichkeit an Durchfallerkrankungen konnte von 55,5 Säuglingen (1959) auf 10,5 Säuglinge (1970) und auf 0,4 Säuglinge (1989) je 10'000 Lebend-

Ärztliche Betreuung der
Säuglinge und Kinder

geborene gesenkt werden. Die kostenlose Verabfolgung von Vitamin D-Präparaten zu festgelegten Zeiten an Säuglinge und Kleinkinder halfen ebenfalls, Rachitis und Infektionskrankheiten zu verhüten. Für die Betreuung der Kinder und Jugendlichen vom vollendeten 5. Lebensjahr bis zur Schulentlassung bzw. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres waren 400 Jugendärzte (1989) in den Abteilungen des Kinder- und Jugendgesundheitschutzes verantwortlich. Zu ihren Aufgaben gehörten die obligatorischen Vorschul- und Schuluntersuchungen und die jährlichen Reihenuntersuchungen der Sonder- und Hilfsschüler. In diese Untersuchungen waren die zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen der Kinder und Jugendlichen durch Jugendzahnärzte mit einbezogen. Die bei der Betreuung erstellten Dokumentationen haben die Kinder von der Geburt bis zum Eintritt in das Berufsleben begleitet.

In der Nachkriegsperiode nahm die Zahl der berufstätigen und alleinerziehenden Mütter mit Säuglingen und Kleinkindern zu. Bis dahin hatten Grosseltern und Verwandte die Betreuung mit übernommen; wegen der zunehmenden Berufstätigkeit der Frauen in den nachfolgenden Generationen bestand diese Möglichkeit nicht mehr.

In der 2. Hälfte der 50er Jahre wurde mit dem Neubau von Kinderkrippen begonnen, wobei bis zum Ende der 80er Jahre der Bedarf an Krippenplätzen nicht überall befriedigt werden konnte und in der Regel nur die Kinder berufstätiger Mütter aufgenommen wurden. Die Zahl der Einrichtungen nahm von 280 mit insgesamt 8'542 Plätzen im Jahre 1950 auf 7'840 mit insgesamt 353'205 Plätzen im Jahre 1989 zu. Neben

Rund 353'000
Kinderkrippenplätze



Die Kindereinrichtungen erfüllten medizinische und pädagogische Aufgaben – Kinderärztin bei Routineuntersuchung in Halle (1982)

Foto: ADN

den gesunden Kindern besuchten 1989 auch fast 5'000 behinderte Kinder eine Kindereinrichtung.

Anfangs hatten die Kinderkrippen – die dem Gesundheits- und Sozialwesen zugeordnet waren – vorrangig pflegerische und medizinische Aufgaben zu erfüllen. Die ärztliche Betreuung wurde durch Kinderärzte durchgeführt, die die Säuglinge und Kleinkinder meist aus den Mütterberatungsstellen kannten. Ab den 50er Jahren orientierte sich die Arbeit in den Krippen immer mehr an den Bedürfnissen gesunder Kinder und wurde enger mit pädagogischer Arbeit verbunden. Diese Arbeit wurde auch als unterste Stufe des Erziehungs- und Bildungssystems betrachtet. Trotz der vorbildlichen gesundheitlichen Betreuung fehlten die Kinder aus Krankheitsgründen im Durchschnitt 26 Tage im Jahr. Den Hauptanteil machten die Erkrankungen des Atmungssystems mit 68,1%, gefolgt von den infektiösen und parasitären Krankheiten mit 9,8%, von den Krankheiten des Ohres mit 9,4% und den Krankheiten des Verdauungssystems mit 4,8% aus (1988).

In der Art der Unterbringung gab es im Laufe der 40 Jahre DDR erhebliche Verschiebungen. Während 1950 noch rund die Hälfte aller betreuten Kinder unter 3 Jahren in Dauerheimen lebte, sank dieser Anteil 1989 auf 1,5%. Fast 97% aller Krippenkinder besuchten 1989 eine Tageskrippe. Eine grosse Rolle spielten in den 60er Jahren die Saisonkrippen-Einrichtungen, die vor allem auf dem Lande in der Erntezeit die Berufstätigkeit der Frauen erlaubten. 1988 wurden die letzten dieser Einrichtungen in ständige Krippen überführt. Durch den verstärkten Neubau kommunaler Krippen, besonders in den Neubaugebieten der Städte, ging die Zahl betrieblicher Einrichtungen von 906 mit 47'454 Plätzen im Jahre 1980 auf 851 mit 42'999 Plätzen im Jahre 1989 zurück.

Für die kommunalen Kinderkrippen stellte der Staat 1989 rund 1,35 Milliarden Mark zur Verfügung, das waren 3'840 Mark je Platz oder 15 Mark für jeden Wochentag. Demgegenüber entrichteten die Eltern nur einen Zuschuss zum Essengeld bis zu 1,40 Mark je Tag. Die Krippen sollten die berufstätigen Mütter entlasten, damit die Eltern ohne Sorgen um ihre Kinder ihren beruflichen und gesellschaftlichen Verpflichtungen nachgehen konnten.

Die seit 1965 gesetzlich vorgeschriebenen unentgeltlichen Schutzimpfungen wurden individuell in den Mütterberatungen, Kinderkrippen, in den Einrichtungen des Jugendgesundheitschutzes oder in den Impfzentralen durch Fachärzte mit entsprechender Impfberechtigung vorgenommen. Mit der Einführung eines Impfkaltenders im Jahre 1971 konnte der bis dahin bestehende hohe organisatorische, personelle,

Eindämmung verbreiteter
Infektionskrankheiten
durch organisiertes
Impfwesen

Impfkalender

technische und finanzielle Aufwand für die Durchführung von Impfungen gesenkt werden.

Durch die Erfassung der Impfpflichtigen und durch eine hohe Durchimmunisierungsrate von durchschnittlich 90% konnten eine Reihe von Infektionskrankheiten erfolgreich verhütet bzw. ihr Verlauf gemildert und damit auch die Sterblichkeit gesenkt werden. Seit dem Jahre 1962 trat keine Erkrankung an spinaler Kinderlähmung mehr auf, und seit 1974 konnten die Erkrankungen an Diphtherie weitgehend verhindert werden. An Diphtherie erkrankten im Jahre 1950 noch 19'283 Personen, im Jahre 1989 lediglich eine Person. Durch eine konsequente Impfstrategie konnten auch Erkrankungen wie Masern bei Kindern weitgehend zurückgedrängt (1989: 45 registrierte Erkrankungsfälle) und Tetanus fast ausgerottet werden.

Das Impfwesen gehörte mit zu einem der vielen Aufgabenbereiche der nach 1952 einheitlich aufgebauten Staatlichen Hygieneinspektionen in den Bezirken und Kreisen. Sie hatten sich aus den früheren Zentralstellen für Hygiene und den Hygieneaufsichten gebildet, die nach 1945 auf Befehl der SMAD in Schwerpunktgebieten zur operativen Seuchenbekämpfung sowie zur Lebensmittelüberwachung geschaffen worden waren. Der hohe Anteil der meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten, wie Fleckfieber, Typhus, Ruhr, an den Erkrankungen und Todesursachen, konnte dadurch im Laufe der vier Jahrzehnte aufgrund umfassender Massnahmen auf dem Gebiet des Infektionsschutzes, der Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen sowie der hygienischen Situation bis zur Bedeutungslosigkeit zurückgedrängt werden. Erkrankungen im Jahre 1946 auf dem Gebiet der DDR 38'000 Personen an Typhus, so wurden für Typhus und Paratyphus zusammen 1949 7'052 und 1989 31 erkrankte Personen gezählt.

Erfolgreiche Tuberkulose- Bekämpfung

Auch bei Tuberkulose kam es nach 1945 zu einer explosionsartigen Entwicklung. Die Sterblichkeit und Ansteckungsquote hatte einen Stand wie um die Jahrhundertwende erreicht. In den Jahren 1947 starben 32'000 und 1950 14'439 Personen an dieser Krankheit. In Berlin betrug 1947 die Tuberkulose-Sterblichkeit sogar 233 auf 100'000 der Bevölkerung, während im Jahre 1938 bereits ein Stand von 82 erreicht worden war. Im Jahre 1949 gab es auf 100'000 Einwohner 568 Neuzugänge und 107 Todesfälle an Tuberkulose. Frühzeitig wurde die Tuberkulose-Bekämpfung zu einer Schwerpunktaufgabe im Gesundheitswesen erklärt. Der SMAD-Befehl Nr. 297 vom 3. Oktober 1946 gab der Tuberkulosebekämpfung in der sowjetischen Besatzungszone eine neue Grundlage und Zielvorgabe. Das völlig zerstörte Betreuungsnetz wurde

wieder aufgebaut. Nach einem Rückgang der Zahl der Tuberkuloseerkrankungen auf insgesamt 2'836, darunter 2'335 Erkrankungen der Atmungsorgane im Jahre 1989, wurde die Zahl der Betreuungsstellen von 419 im Jahre 1955 auf 231 Poliklinische Abteilungen für Lungenkrankheiten und Tuberkulose im Jahre 1989 reduziert. Dementsprechend wurde auch die Zahl der Krankenhausbetten von ursprünglich 35'000 Betten für Tuberkulosekranke im Jahre 1958 auf 3'148 Betten für Lungenkranke und Tuberkulose im Jahre 1989 vermindert.

Mit der Einführung der medikamentösen Behandlung bei den Erkrankten und den BCG-Schutzimpfungen bei den Neugeborenen und Kindern konnte die Erkrankung weiter zurückgedrängt werden. Beispielsweise wurden im Jahre 1955 56,5 von je 100 Lebendgeborenen geimpft, 1970 dagegen fast alle, nämlich im Durchschnitt 99,5 je 100 Lebendgeborene.

Die jährlichen Röntgenreihenuntersuchungen der Bevölkerung trugen wesentlich zur Früherkennung und Frühbehandlung der Tuberkulose bei. Hinzu kamen die regelmässigen Röntgenuntersuchungen disponierter Gruppen, wie die der Ausländer. Nach der erfolgreichen Bekämpfung der Tuberkulose hat man sich in den vergangenen Jahren stärker der Bekämpfung der chronischen Lungenkrankheiten und der Erfassung von Risikogruppen zugewandt.

Auch gelang es, die nach dem 2. Weltkrieg verstärkt auftretenden Geschlechtskrankheiten wieder zurückzudrängen. Die niedrigsten Werte wurden 1965 bei der Gonorrhoe mit 19'627 Erkrankungen und bei der Syphilis 1970 mit 299 Erkrankungen erreicht. Danach verlief die



Besonderes Augenmerk wurde auf die Bekämpfung von Tuberkulose und chronischen Lungenkrankheiten gelegt – mobiler Böntgenzug auf dem Gelände des LEB Petrolchemisches Kombinat, Bezirk Frankfurt/Oder (1983)

Foto: ADN

Entwicklung uneinheitlich. AIDS-Erkrankungen spielten bisher eine untergeordnete Rolle.

Die folgenden Infektionskrankheiten waren 1989 – in der Reihenfolge der Internationalen Statistischen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (IKK oder ICD) – am häufigsten: fieberhafte Infekte der oberen Atemwege mit 6'264'506 Erkrankungen, Hepatitis mit 1'254 und Durchfall mit 18'403 Erkrankungen, Ziegenpeter (Mumps) mit 9'558 und Scharlach mit 59'986 Erkrankungen. Als Ursachen für diese hohen Zahlen wurden bei den Atemwegserkrankungen der Kinder die hohe Luftverschmutzung, die Unterbringung in Kindereinrichtungen und bei der gesamten Bevölkerung das fehlende Angebot von frischem Obst und Gemüse in den Wintermonaten genannt. Die hohe Zahl der Durchfallerkrankungen war weitgehend auf die zunehmende Vernachlässigung der gesetzlich vorgeschriebenen Hygienevorschriften zurückzuführen. Insbesondere in den 70er und 80er Jahren fehlte es an Mitteln, um vorschriftsmässige hygienische Bedingungen in Gemeinschaftsküchen zu schaffen.

Wie in vielen Industrieländern, ist bei den Todesursachen ein Strukturwandel zu verzeichnen. Während zu Beginn dieses Jahrhunderts Tuberkulose und bösartige Geschwulsterkrankungen (Neubildungen) die ersten Plätze einnahmen, haben mit der Erhöhung der Lebenserwartung die chronischen Krankheiten als Todesursachen vorwiegend bei den älteren Menschen an Bedeutung zugenommen. Über 65% sterben heute im Alter ab 75 Jahren an einer Herz-Kreislaufferkrankung. Seit Jahren steht diese Krankheit an der Spitze der Todesursachen, gefolgt von den Neubildungen, den Unfällen und den Stoffwechselkrankheiten.

Durch Verkehrsunfälle waren besonders die 15- bis unter 20jährigen männlichen Personen gefährdet. In diesem Alter betrug die Verkehrsunfälle bis zu 60% aller Sterbefälle. Die Einführung der Anschnallpflicht bei Autofahrern und des Sturzhelmes bei Motorradfahrern in den siebziger Jahren hat die Schwere der Unfallfolgen zwar gemindert, aber die tödlichen Strassenverkehrsunfallzahlen konnten nicht im erwarteten Umfang gesenkt werden. Im Jahre 1970 verunglückten 2'159 Personen im Strassenverkehr tödlich; nach einem deutlichen Rückgang – auf 1'450 im Jahre 1985 – war 1989 ein Anstieg auf 1'624 getötete Personen zu verzeichnen. Die Suizide (Selbsttötungen), die seit den siebziger Jahren nicht veröffentlicht werden durften, nehmen den 5. Rang ein (4'294 Selbsttötungen im Jahre 1989).

Infolge einer gestiegenen Lebenserwartung und veränderter Lebensgewohnheiten, wie Fehlernährung, Bewegungsarmut, Übergewichtigkeit, Tabak- und Alkoholmissbrauch, sind die Risiken, an einer chro-

Häufigste Todesursachen: Herz- und Kreislaufferkrankungen

Wie im Westen: Anstieg der «Zivilisationskrankheiten»

nisch-degenerativen Krankheit zu erkranken und zu sterben, gestiegen. Frühzeitig wurden staatliche Bekämpfungsprogramme mit dem Ziel der Vorbeugung und Früherkennung von Krankheiten sowie einer optimalen Therapie und Rehabilitation entwickelt. Internationale Programme der Weltgesundheitsorganisation, wie die Programme zur Bekämpfung von Neubildungen, des Bluthochdrucks oder des Herzinfarktes, kamen zur Anwendung. Chronisch Kranke mit Diabetes mellitus (Zuckerkrankheit), bösartigen Geschwulsterkrankungen, geistigen Störungen, Herz-Kreislaufkrankheiten, chronischen Nierenkrankheiten, chronischen Lungenkrankheiten und Rheumatismus erhielten neben einer medizinischen Betreuung auch eine soziale und berufliche Rehabilitation.

Das Problem des Alkoholismus mit seinen Folgezuständen wurde erst unter dem Druck der Ärzte in den letzten Jahren der Öffentlichkeit bekannt, und ein gut funktionierendes Betreuungssystem wurde aufgebaut. Mit einem Konsum von ca. 11 Litern Alkohol pro Kopf der Bevölkerung im Jahr 1989 lag die DDR etwa auf dem 10. Platz in der Welt.

Die medizinische Betreuung ist von Fachärzten zumeist in den «Dispensaires» (Betreuungs- oder Beratungsstellen) der Bezirke und ihren Kreisen durchgeführt worden. Die Aufgaben der «Dispensaires» erstreckten sich auch auf die gesundheitliche Aufklärung und auf die Durchführung von Reihenuntersuchungen der Bevölkerung.

«Dispensaires»

Für die Früherfassung chronischer Erkrankungen und von Risikogruppen, insbesondere die der Raucher, sind in einem unterschiedlichen Ausmass die anfangs in ein- bzw. später in zweijährigem Abstand durchgeführten Volksröntgenreihenuntersuchungen bei den über Vierzigjährigen mitgenutzt worden. Diese Untersuchungen wurden durch prophylaktische Untersuchungen der Haus- und Betriebsärzte ergänzt. Die Dispensaires unterstanden jeweils einer Spezialklinik, die gleichzeitig wissenschaftliche Leiteinrichtung war. Als Beispiel sei die Klinik für Diabetiker in Karlsburg (Gründung 1947) genannt, zu der eine Entbindungseinrichtung und zwei Heilstätten für zuckerkranken Tuberkulose gehörten. In Garz auf Rügen befand sich eine Kindereinrichtung, der eine Diabetiker-Sonderschule mit Internat angeschlossen war.

Die Einführung der gesetzlichen Meldepflicht für bösartige Geschwulsterkrankungen in den 50er Jahren bedeutete eine grundsätzliche Neuerung in der Registrierung von Krankheiten, denn zuvor waren nur Infektions- und Berufskrankheiten meldepflichtig. Im Jahre 1949 wurde die Meldepflicht für bösartige Geschwülste und Präkanzerösen erst in einem Landesteil und 1952 in der gesamten DDR eingeführt. Seit

«Nationales
Krebsregister»

dem Jahre 1955 wurden im Nationalen Krebsregister der DDR Angaben zu allen meldepflichtigen Geschwulstkrankheiten erfasst, die epidemiologisch und statistisch ausgewertet wurden.

Als weitere prophylaktische Massnahmen wurden in den vergangenen zwei Jahrzehnten beispielsweise

- die Trinkwasserfluoridierung zur Verhütung der Zahnkaries in den besonders betroffenen Bezirken Karl-Marx-Stadt (jetzt Chemnitz) und Gera und die Ausgabe von Fluortabletten an Schwangere und Kleinkinder,
- das Angebot von jodiertem Speisesalz in den Lebensmittelgeschäften zur Verhütung von Schilddrüsenerkrankungen und der Einsatz dieses Salzes in der Tierhaltung eingeführt.

In der DDR wurde dem Berufstätigen das Recht auf Arbeitsbedingungen, die frei von Gesundheitsgefahren sind, durch die Verfassung und das Gesetzbuch der Arbeit zugesichert. Die Verantwortung dafür war unterschiedlich geregelt. Sie lag einmal bei den Betriebsleitern und den ihnen übergeordneten Ministerien, für die Sicherheits- oder Arbeits- und Gesundheitsschutzinspektoren tätig waren, und zum anderen beim Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB), der mit seinen Inspektionen durch ehrenamtliche Kommissionen die Kontrolle des Arbeitsschutzes ausübte. Für die technische Überwachung waren andere Behörden zuständig. Der Gesundheitsminister war für den Betriebsgesundheitsschutz und für die Überwachung der arbeitshygienischen Bedingungen in den Betrieben verantwortlich.

Etwa 87,4% der Berufstätigen wurden durch das Betriebsgesundheitswesen arbeitsmedizinisch und arbeitshygienisch regelmässig überwacht. Zu diesem Zwecke erfolgten im Jahre 1989 275'700 arbeitsmedizinische Einstellungs- und 961'500 Überwachungsuntersuchungen. Neben diesen Untersuchungen sind auch in einem unterschiedlichen Umfang Vorsorgeuntersuchungen bei den Berufstätigen ab dem 40. Lebensjahr und im Vorrentenalter, bei Frauen ab dem 55. Lebensjahr und bei Männern ab dem 60. Lebensjahr durchgeführt worden. Darüber hinaus durften die Betriebsärzte Rezepte ausstellen und Krankschreibungen vornehmen.

Zu einer weiteren wichtigen Aufgabe gehörte die Senkung des seit Jahren bestehenden hohen Krankenstandes von über 6%. Täglich fehlten in den Betrieben über 500'000 Berufstätige wegen Krankheit oder wegen Pflege erkrankter Kinder. Es wurden Ärzte-Beratungs-Kommissionen im Betriebsgesundheitswesen geschaffen, die die krankschreibenden Ärzte und ihre Patienten kontrollierten.

Das Betriebs- gesundheitswesen

Die gesetzlich anerkannten Berufskrankheiten konnten seit 1970 aufgrund des gut funktionierenden Betreuungs- und Überwachungssystems kontinuierlich zurückgedrängt werden. Die Unfallhäufigkeit in den Betrieben ist um mehr als die Hälfte gesenkt worden. Gab es 1949 noch 59 gemeldete Arbeitsunfälle je 1'000 Berufstätige, so waren es im Jahre 1989 nur noch 22. In diesem Zusammenhang sind die Sicherheits- und Arbeitsschutzbestimmungen sowie die Analyse des einzelnen Arbeitsunfalles zu nennen.

Trotz dieses engmaschigen Arbeitsschutzsystems konnten die miserablen und gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen in den Betrieben kaum verbessert werden, da die für Investitionen benötigten finanziellen Mittel fehlten. Statistische Angaben und Untersuchungsergebnisse zur tatsächlichen Situation und Belastung der Berufstätigen sowie der Bevölkerung durch schädigende Stoffe, Strahlenbelastung oder Lärm in den industriellen Ballungsgebieten (Leuna, Bitterfeld) und in den Gebieten mit Uranabbau (Wismut) sind nicht veröffentlicht worden. Welche chronischen Krankheiten und Spätfolgen zu erwarten sind, werden spätere ärztliche Untersuchungen zeigen.

Frühzeitig wurde mit dem Wiederaufbau der zerstörten Krankenhäuser begonnen. Im Mai 1945 verfügte das Gesundheitswesen in der sow-



Krankmachende Arbeitsbedingungen konnten häufig wegen fehlender Investitionsmittel nicht beseitigt werden

Foto: ADN

Rund 152'000 Betten in staatlichen Krankenhäusern

jetischen Besatzungszone über etwa 60'000 Krankenhausbetten gegenüber 137'000 vor dem 2. Weltkrieg.

Im Jahre 1950 waren es bereits 187'219 Betten in 1'063 Krankenhäusern. Davon befanden sich 13288 Betten in konfessionellen und 6'141 Betten in privaten Krankenhäusern. Die Verstaatlichung von privaten Krankenhäusern setzte sehr frühzeitig ein. Ihre Zahl ging von 201 Krankenhäusern mit 6'141 Betten im Jahre 1950 auf 2 Krankenhäuser mit 260 Betten im Jahre 1989 zurück. Dagegen nahm der Bettenfonds der staatlichen Krankenhäuser bis auf 191'258 im Jahre 1965 zu. In der Folgezeit ist die Bettenzahl in den staatlichen Krankenhäusern bis zum Jahre 1989 auf 151'969 abgebaut worden. Die Bettenzahl in den konfessionellen Krankenhäusern ist bereits seit 1955 leicht gesunken und hat mit 11'076 im Jahre 1989 ihren niedrigsten Stand erreicht.

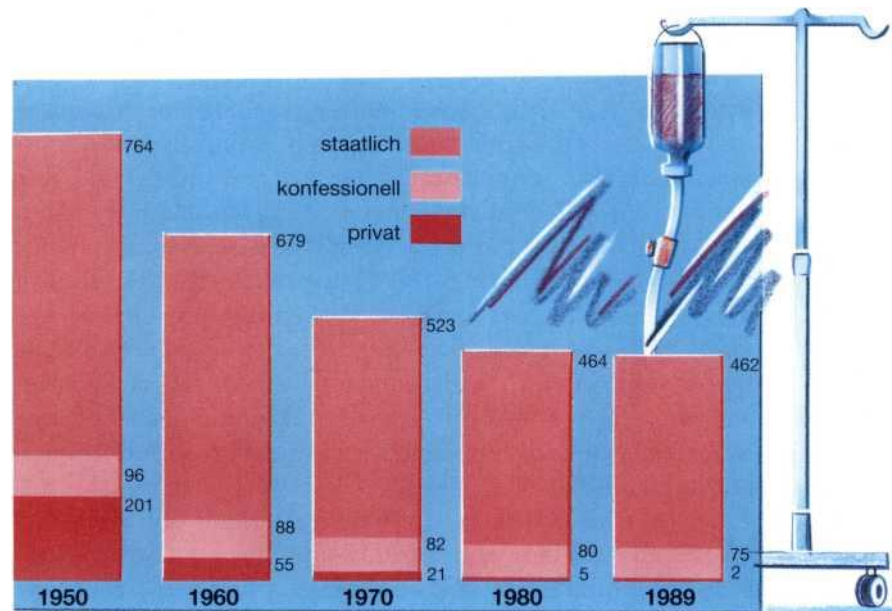
Die Zahl der staatlichen und konfessionellen Krankenhäuser ist seit 1970 leicht zurückgegangen. Im Jahre 1970 gab es 523 staatliche und 82 konfessionelle Krankenhäuser und im Jahre 1989 waren es 462 staatliche und 75 konfessionelle Krankenhäuser.

Die Ursachen für den Bettenabbau in den staatlichen Krankenhäusern seit Ende der 60er Jahre waren der Rückgang der Tuberkuloseerkrankungen, die Senkung der Verweildauer der Patienten in den Krankenhäusern durch den zunehmenden Einsatz moderner diagnostischer und therapeutischer Massnahmen, die Abschaffung der Krankenzimmer mit 10 und mehr Betten, eine Verkleinerung der Krankenzimmer und die Schliessung von Krankenhausbaracken aus dem 2. Weltkrieg. Gleichzeitig kam es zu einem verstärkten Neubau von Ferienabend- und Pflegeheimen seit den siebziger Jahren. Nur 20 Krankenhäuser in staatlicher Trägerschaft mit ca. 15'000 Betten sind seit 1970 neu errichtet bzw. von Grund auf neu rekonstruiert worden.

In dem vergangenen Jahrzehnt sind jährlich im Durchschnitt 2,5 Millionen Behandlungsfälle in den Krankenhäusern gezählt worden. Das Schwergewicht lag in den Fachrichtungen Chirurgie, Gynäkologie/Geburtshilfe und Kinderheilkunde. Beim weiblichen Geschlecht standen Schwangerschaft, Entbindungen und Schwangerschaftsabbrüche sowie Erkrankungen des Urogenitalsystems an der Spitze der Behandlungsfälle, gefolgt von den Erkrankungen der Verdauungsorgane und den Neubildungen, insbesondere die der Brustdrüse. Für das männliche Geschlecht waren es Erkrankungen der Verdauungsorgane, Herz- und Kreislaufkrankungen und Verletzungen.

Die durchschnittliche Kapazitätsauslastung der Betten für alle Fachrichtungen lag im Jahre 1989 bei 74,6%. Dieser Wert besagt, dass täglich über 41'000 Betten – also mehr als ein Viertel des gesamten Betten-

Betten zu etwa 75% ausgelastet



KRANKENHÄUSER NACH EIGENTUMSFORMEN

fonds – nicht belegt waren. So waren durchschnittlich täglich 9'200 Betten gesperrt, darunter allein 1550 wegen Personalmangel. Für die Nichtbelegung von Krankenhausbetten gab es verschiedene Ursachen wie bauliche Probleme, Personalmangel oder das Fehlen eines Krankenhausplanes mit einem abgestimmten «Bettenprofil» der einzelnen Fachdisziplinen.

Für eine den modernen Möglichkeiten entsprechende Diagnostik und Therapie fehlten vielfach qualifizierte Fachkräfte und moderne medizinisch-technische Geräte. Die in den Gesundheitseinrichtungen vorhandene Technik war weitgehend überaltert, wie Röntgen- und EKG-Geräte. Auf einen Termin zur Durchführung eines operativen Eingriffs, der auf moderne Technik angewiesen war, mussten die Patienten lange warten, wie auf Nierentransplantationen (ca. 260 Transplantationen pro Jahr), Operationen am offenen Herzen (ca. 2'800 Eingriffe pro Jahr), Implantationen von Hüftgelenksendoprothesen (ca. 10'000 Operationen pro Jahr). Bei den Nierendialysen konnte der erforderliche Bedarf pro Jahr nicht abgedeckt werden, obwohl die Zahl der Dialyseplätze für die Behandlung chronisch Kranker in den Krankenhäusern seit dem Jahre 1967 bis zum Jahre 1989 von 16 auf 630 Plätze angestiegen war. Im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der durchgeführten Hämodialysen, bei chronischem und akutem Nierenversagen, von 3'402 auf 357'630 zu. Eine weitgehende Bedarfsdeckung bestand nur bei den Erstimplantationen von Herzschrittmachern (3'916 Erstimplantationen im Jahre 1989).

«Schnelle Medizinische Hilfe» und andere mobile Einrichtungen

Zu den Krankenhäusern gehörte auch die «Schnelle Medizinische Hilfe» (SMH), die nicht nur die qualifizierte ärztliche Hilfe für Verletzte und akut Erkrankte am Notfallort und im Krankenwagen, sondern auch in den Intensivtherapie-Abteilungen der Krankenhäuser gewährleistete. Zur medizinischen Notfallversorgung, die einheitlich gestaltet war, gehörte weiterhin die «Dringliche Medizinische Hilfe» (DMH) und der «Dringliche Hausbesuchsdienst» (DHD), erstere als mobile spezialisierte Betreuung, letztere als mobile Grundbetreuung. Der kinderärztliche Hausbesuchsdienst war vorrangig für Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren bestimmt. Der Krankentransport mit seinen Fahrern war dem «Deutschen Roten Kreuz» und in Berlin dem Rettungsamt unterstellt.

Nach Beendigung des 2. Weltkrieges schuf der SED-Parteivorstand mit seinen «Kommunalpolitischen Richtlinien» und vor allem mit den «Gesundheitspolitischen Richtlinien» (1946) die Voraussetzungen für den Wiederaufbau von Polikliniken und Ambulatorien. Mit diesen Richtlinien wurde der «Kampf» gegen das bestehende Privateigentum im Heil- und Gesundheitswesen, gegen die freien Niederlassungen der Ärzte und Zahnärzte sowie gegen die Gewerbefreiheit der Apotheker eingeleitet, der nicht ohne Auseinandersetzungen mit den Ärzten, Zahnärzten, Apothekern und dem Gesundheitspersonal verlief.

Polikliniken und Ambulatorien waren selbständige staatliche Einrichtungen, die auch einem Krankenhaus oder einem Betrieb angeschlossen sein konnten. Polikliniken verfügten über mindestens 6 Fachabteilungen, wie Allgemeinmedizin, Kinderheilkunde, Gynäkologie/Geburtshilfe, Chirurgie, Stomatologie, über Funktionsdiagnostik wie Labor, Röntgen, Physiotherapie, über Dispensaires wie für Zuckerkrankke, Rheumatiker, Lungenkranke und über Beratungsstellen, z.B. für Mutter und Kind. Polikliniken an Krankenhäusern hatten einen eigenen Haushalts- und Stellenplan. Die Funktionsdiagnostik sowie die wirtschaftlich-technischen Bereiche wurden mit dem Krankenhaus gemeinsam genutzt. Die Aufgabe der Poliklinik war, die ambulante Betreuung im Kreis zu sichern und Weiterbildungsmaßnahmen für die Ärzte, Zahnärzte und das Gesundheitspersonal mit durchzuführen.

Die Ambulatorien waren kleinere Einrichtungen mit mindestens drei Fachabteilungen, die die Grundbetreuung für die Bevölkerung durchführten. Hier waren vor allem die Allgemeinmediziner, die Kinderärzte, die Gynäkologen und die Zahnärzte vertreten. Staatliche Arzt- und Zahnarztpraxen von Ärzten und Zahnärzten in eigener Niederlassung befanden sich überwiegend in Gegenden mit geringer Bevölkerungsdichte und ungünstigen Verkehrsbedingungen.

Polikliniken und Ambulatorien

Nachdem die erste Poliklinik in Schwerin im Jahre 1946 eröffnet worden war, erhielt diese Einrichtungsart in den folgenden Jahren einen starken Zuwachs. 1989 befanden sich 60% der ärztlichen Arbeitsplätze für die ambulante medizinische Betreuung in den Polikliniken und 20% in den Ambulatorien. In der Regel waren 20 bis 30 Ärzte und 100 bis 200 Mitarbeiter in einer Poliklinik tätig. Es gab auch Polikliniken mit 50 ärztlichen Arbeitsplätzen und 300 Mitarbeitern, die grösstenteils in Neubaugebieten angesiedelt waren. Die Ambulatorien waren dagegen nur mit 5 bis 12 Ärzten besetzt.

Ende 1989 verfügte die DDR über insgesamt 12612 ambulante medizinische Einrichtungen aller Eigentumsformen. Obwohl die Polikliniken und Ambulatorien von der Bevölkerung stark in Anspruch genommen wurden, konnte die von der Staatsführung immer wieder gestellte Aufgabe, dass jeder Bürger zu jeder Zeit ohne Schwierigkeiten den Arzt seines Vertrauens finden sollte, nicht verwirklicht werden. Ein Vertrauensverhältnis konnte sich zwischen Arzt und Patient, bedingt durch den häufigen Arztwechsel, durch die eingeschränkte freie Arztwahl und durch einen unzureichenden Hausbesuchsdienst, kaum entwickeln. Hinzu kamen ein veralteter Fuhrpark, fehlende Dienstfahrzeuge für Ärzte und eine Limitierung von Benzin. Begründeter Mehrbedarf

Anspruch und Wirklichkeit

Die ambulante Versorgung je Kreis oblag den Polikliniken – neu erbaute Poliklinik in Ost-Berlin (1986)

Foto: ADN



Die Betreuung älterer Bürger

an Benzin konnte nur über einen sehr komplizierten Verwaltungsweg gedeckt werden. In vielen Kreisen und Gemeinden gab es für die Durchführung des Hausbesuchsdienstes eine Aufgabenteilung zwischen Poliklinik, Ambulatorium und staatlichen Arztpraxen. Der Hausbesuchsdienst wurde meist von dem «Dringlichen Hausbesuchsdienst» mit übernommen.

Nach Beendigung des Krieges wurden betreuungs- und pflegebedürftige ältere Bürger in unzerstört gebliebenen Häusern, Villen, Gutshäusern und Schlössern untergebracht. Viele von ihnen liegen in ländlichen Gegenden und werden immer noch genutzt, obwohl sie den heutigen Ansprüchen nicht mehr gerecht werden. In den fünfziger und sechziger Jahren entstanden die ersten Neubauten von Feierabend- und Pflegeheimen, die sehr spartanisch ausfielen.

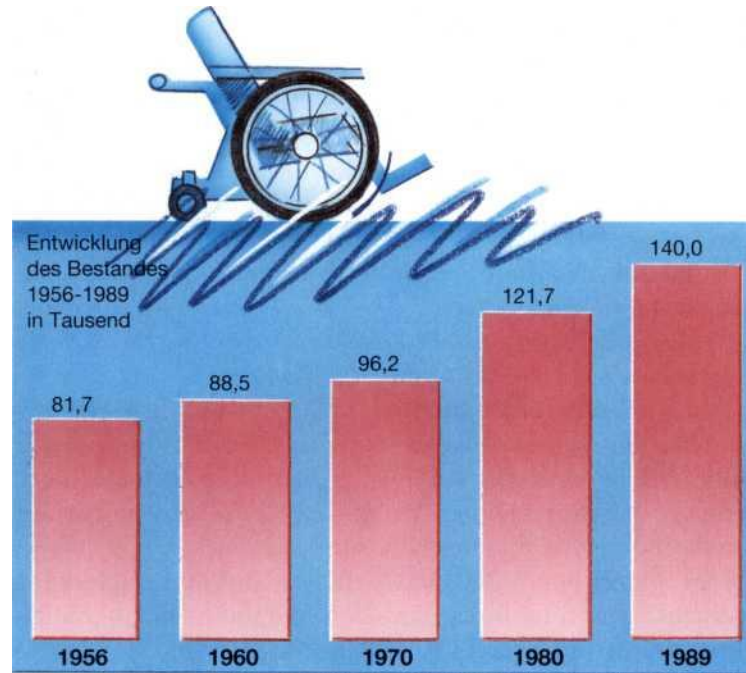
Erst in den 70er Jahren wurde es im Rahmen des «Komplexen Wohnungsbaus» möglich, Heime zu bauen, in denen die Menschen nicht nur wohnen, sondern sozial, kulturell, pflegerisch und ärztlich betreut werden konnten. Zu den neuen Heimen gehörten Pflegestationen, auf denen Ärzte und Schwestern tätig waren. Die individuellen Mindestnutzflächen in den Wohn-Schlafräumen der neuen Heime (11,0 m² für eine Person bzw. 16,0 m² für zwei Personen) fielen niedriger als in den Heimen der Bundesrepublik Deutschland (12 m² bzw. 18m²) aus.

Im Jahre 1989 gab es 1'348 Feierabend- und Pflegeheime mit insgesamt 139'716 Plätzen, davon 96'915 Pflegeheimplätze (70,8%) in staatlicher und kirchlicher Trägerschaft.



Immer mehr Bürger im Rentenalter verlebten ihren Lebensabend in Altenwohnrichtungen – Hauskonzert in einem «Klub der Volkssolidarität» (1986)

Foto: ADN



PLÄTZE IN FEIERABEND- UND PFLEGEHEIMEN

350 Heime mit fast 17'715 Plätzen gehörten den Kirchen (Caritas und Diakonisches Werk). Die Anzahl der Plätze hatte sich von 1970 bis 1989 um 39 525 erhöht, durch den Neubau von Heimen wurden 70'000 Plätze neu geschaffen, und 30'000 Plätze in den Heimen mussten wegen grosser Mängel und Unzulänglichkeiten geschlossen werden. Etwa 5% der Rentner lebten in Feierabend- und Pflegeheimen.

Obwohl der Versorgungsgrad von Jahr zu Jahr gestiegen war – 1970 kamen 28,9 Plätze und 1989 52,4 Plätze auf 1'000 Rentner – reichte die Zahl der Plätze nicht aus. Etwa 100'000 Anträge auf einen Platz in einem Feierabend- und Pflegeheim lagen vor, davon etwa 20'000 Anträge für dringliche Pflegefälle. Die allgemeinen Kriterien für die Aufnahme in ein Heim waren ein hohes Alter, Pflegebedürftigkeit, der Gesundheitszustand und die mangelnde Fähigkeit, einen eigenen Haushalt selbstständig zu führen.

Der Preis, der für die Unterbringung monatlich zu zahlen war, lag im Pflegeheim bei 120 Mark und bei 105 Mark im Feierabend- und Pflegeheim. Die Pflegeheime wurden im Schnitt mit etwa 800 Mark pro Monat und Platz subventioniert.

Im Jahre 1989 waren von den 113'399 Bewohnern in den staatlichen Feierabend- und Pflegeheimen 95'589 im Rentenalter, über 50% der Heimbewohner waren 80 Jahre und älter. 17'810 Bewohner waren kör-

Warten auf einen Platz im «Feierabend- und Pflegeheim»

Gut 50% der Heimbewohner 80 Jahre und älter

perlich und geistig geschädigte Kinder, Jugendliche und Erwachsene im Alter bis zu 60 Jahren (Frauen) bzw. bis zu 65 Jahren (Männer), die wegen fehlender Tageseinrichtungen zunehmend in Heimen aufgenommen werden mussten. Die Bewohner wurden in Schadensgruppen und Pflegestufen erfasst, um den Pflegeaufwand beurteilen, die schon geringe Zahl der zur Verfügung stehenden Beschäftigten (53'230 im Jahre 1989) optimal einsetzen und aufgrund der Kenntnis des Gesundheitszustandes der Bewohner bessere Wohn- und Pflegebedingungen beim Staat und den Kommunen durchsetzen zu können.

Die Zahl der Rollstuhlfahrer hatte sich in den vergangenen 10 Jahren mehr als verdoppelt und machte insgesamt 4490 Personen bzw. 4% der Gesamtbewohnerzahl aus. Jeder 5. Heimbewohner (24'623 bzw. 21,7%) war zuckerkrank und musste diätetisch betreut werden.

Der Anteil jener Pflegebedürftigen, die einer ständigen Aufsicht und Hilfe durch eine Zweitperson bzw. einer ständigen intensiven Betreuung (Pflegestufen II und III) bedürfen, war seit 1977 (Jahr der erstmaligen Erfassung) laufend gestiegen. 1977 wurden für 60% der pflegebedürftigen Heimbewohner die Pflegestufen II und III gemeldet, 1989 waren es bereits 74%. In der Pflegestufe I, Heimbewohner mit einem eingeschränkten Kontakt zur Aussenwelt (mit einem geminderten Hör-, Seh- und Sprechvermögen) sowie mit eingeschränkter Beweglichkeit, die aber keine intensive Hilfe durch eine zweite Person erforderte, umfasste 28'033 Bewohner bzw. 26%.

Im Jahre 1989 standen in den Heimen 744 Plätze für eine Tagesbetreuung zur Verfügung. Diese Betreuungsform wurde hauptsächlich im Bezirk Erfurt (276 Plätze) genutzt. Für ältere und pflegebedürftige Bürger, die nicht in ein Heim wollten, bestand die Möglichkeit, eine altersgerechte Wohnung oder eine Wohnung in einem Wohnhaus für ältere Bürger zu erhalten. Die Wohnhäuser hatten Gemeinschaftseinrichtungen, wie Klubräume und Sprechstundenräume für Ärzte, Gemeindeschwestern und Sozialfürsorgerinnen. Diese Wohnformen waren sehr gefragt, und lange Wartezeiten mussten in Kauf genommen werden, obwohl die Anzahl der Wohnhäuser von 57 mit 2'824 Wohnplätzen im Jahre 1970 auf 602 mit 44'283 Wohnplätzen im Jahre 1989 angestiegen war. Auf je 1'000 Bürger im Rentenalter kamen 16,9 Plätze im Jahre 1989.

Die soziale Eingliederung und Wiedereingliederung von Menschen mit angeborenen und erworbenen gesundheitlichen Schädigungen, die nicht mehr ohne besondere Hilfe dem Leben und Beruf gerecht werden konnten, war das Ziel medizinischer, pädagogischer, beruflicher und sozialer

Etwa drei Viertel der Heimbewohner bedürften ständiger Pflege

Rehabilitations- und Wiedereingliederungsmassnahmen

Massnahmen. Ein Netz von Rehabilitationseinrichtungen und -massnahmen sollte die Voraussetzung dafür sein. Die Rehabilitation umfasste Massnahmen für Kinder und Jugendliche mit geistigen und körperlichen Behinderungen, für gesundheitsgeschädigte und gesundheitsgefährdete Kinder, Jugendliche und Erwachsene, für Werktätige mit berufsbedingten Krankheiten und für Menschen mit altersbedingten gesundheitlichen Schädigungen.

Aufgrund einer gesetzlichen Meldepflicht wurden mit Stand 31. August 1989 bei 296 768 Kindern und Jugendlichen körperliche Störungen festgestellt, d.h. bei 77,9 von 1'000 und bei 162'949 geistige Störungen, d.h. bei 42,8 von 1'000. Diese jungen Leute wurden in Dispensaire-Betreuung übernommen. 2887 Kinder bis zu drei Jahren wurden 1989 in Geschädigtengruppen der Kinderkrippen betreut. Alle Geschädigten konnten entsprechend ihren Möglichkeiten eine Sonderschule (Sprachheilschule, Hilfsschule, Schulen für Sehschwache und Verhaltensgestörte) besuchen.

Für die Betreuung und Förderung von Kindern und Jugendlichen mit angeborenen oder erworbenen körperlichen und/oder geistigen Schädigungen bzw. chronischen Krankheiten standen 15 059 Plätze in 402 Förderungseinrichtungen zur Verfügung. Das entsprach einem Versorgungsgrad von 48,5 je 10'000 Kindern und Jugendlichen in der Bevölke-

Rund 297'000 Kinder und Jugendliche mit körperlichen und 163'000 mit geistigen Störungen



*Volksleiden «Atemwegserkrankung»
– Vorschulkinder in einem Kindersanatorium in Ernstthal am Rennsteig (1978) Foto: ADN*

Berufliche Rehabilitation

Es gab verschiedene Arten von Fördereinrichtungen wie Tagesstätten mit 7'807, Wochenheime mit 2'316, Heime mit 3'279 und Abteilungen zur Förderung schulbildungsunfähiger Kinder und Jugendlicher in kinderneuropsychiatrischen Kliniken mit 1'629 Plätzen. Mehr als 50% dieser Kinder und Jugendlichen befanden sich in Tagesstätten.

Für die berufliche Rehabilitation wurden verschiedene Formen der geschützten Arbeit und des Wohnens genutzt. Geschützte Arbeitsplätze gab es 1988 für 42'704 und 1989 für 44'000 Rehabilitanden. Unter geschützter Arbeit wurde eine unter einem Arbeitsvertrag ausgeübte Tätigkeit von körperlich und/oder geistig Behinderten (Rehabilitanden) entsprechend ihrem Leistungsvermögen verstanden. Nach dem Gesetzbuch der Arbeit hatte jeder Betrieb ab einer festgelegten Beschäftigtenzahl geschützte Arbeitsplätze zu schaffen und zu besetzen. Das Gesundheits- und Sozialwesen verfügte ebenfalls über eigene Arbeitsplätze in Rehabilitationseinrichtungen bzw. Abteilungen. Den Rehabilitanden standen 4'621 Wohnungen (speziell für Rollstuhlfahrer) und 4'457 Plätze in verschiedenen geschützten Wohnformen zur Verfügung. Geschütztes Wohnen war eine spezielle Wohnform für Behinderte, die einer täglichen Betreuung bedurften. Wohnheime waren dagegen Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens oder von Betrieben für Geschädigte, die nicht fähig waren, allein zu leben.

Staatliches «Kuren»

Die Rehabilitation bei bzw. nach einer Krankheit in Kurstätten lag in der DDR weitgehend im Zuständigkeitsbereich der Sozialversicherung. Eine enge Verbindung mit dem staatlichen und betrieblichen Gesundheitswesen wurde angestrebt. Heilmassnahmen wurden durch Ärzte und Kurenkommissionen des FD GB bei der Sozialversicherung (für Arbeiter und Angestellte) eingeleitet. Bei Versicherten der Staatlichen Versicherung (zuständig für Selbständige) wurde diese Aufgabe durch deren beratungsärztliche Dienststellen wahrgenommen. Die Aufgaben bestanden in der Auswahl der in Frage kommenden Personen, der Einweisung in Kureinrichtungen und der Kontrolle der Nachbehandlung. Für Kurbehandlungen bei Silikose, Zuckerkrankheiten, Geschwulsterkrankungen, Hauterkrankungen, Tuberkulose, bei Genesungskuren für Schwangere waren nach dem Dispensaireprinzip die jeweiligen Beratungsstellen zuständig.

Unter einer Kur verstand man die ärztlich verordneten vorbeugenden Behandlungsmassnahmen in Sanatorien, Genesungsheimen und Kurheimen, die mit Orts-, Klima- und Milieuwechsel verbunden waren. Es wurde zwischen Heilkuren für Erwachsene und Kinder, Genesungskuren und prophylaktischen Kuren unterschieden. Die prophylakti-

schen Kuren wurden in Einrichtungen des FDGB-Ferendienstes durchgeführt. Ziel der Behandlung war die völlige oder weitgehende Wiederherstellung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit sowie die Verhinderung der Invalidität. Die rasche Wiedereingliederung ins Erwerbsleben wurde betont.

Das Kurangebot wurde von Jahr zu Jahr verbessert. Die höchste Zahl wurde 1989 mit insgesamt 360'444 Kuren einschliesslich 140'406 prophylaktischer Kuren in den Einrichtungen des FDGB-Ferendienstes erreicht.

Zur Unterstützung der prophylaktischen und nachsorgenden Massnahmen nach Krankheiten und operativen Eingriffen konnte Schonarbeit ärztlich angeordnet werden, die es den Rehabilitanden ermöglichen sollte, im Arbeitsprozess allmählich ihre alte Leistungsfähigkeit wieder zu erlangen. In der Schonarbeit wurde mindestens der Durchschnittsverdienst der letzten 12 Monate vom Betrieb weitergezahlt.

In der DDR gab es zwei Pflichtversicherungen (Kranken- und Rentenversicherung), die eine für die Arbeiter und Angestellten (Sozialversicherung beim FD GB) und die andere für die Selbständigen (Staatliche Versicherung der DDR). Beide Versicherungen umfassten Alters-, Invaliden-, Invalidenalters- und Hinterbliebenenrenten. Ende 1989 gab es – in beiden Versicherungssystemen zusammen – 2'158'000 Altersrentner. An 317'000 Personen wurden Invalidenrenten und an 408'000 Invalidenaltersrenten ausgezahlt. Die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Witwenrenten belief sich auf 71'000 und von Waisenrenten auf 87'000. Daneben gab es 1'030'000 zweite – gekürzte – Rentenleistungen.

Anspruch auf eine Altersrente hatten Frauen ab Vollendung des 60. und Männer ab Vollendung des 65. Lebensjahres, wenn sie mindestens 15 Jahre eine versicherungsrechtliche Tätigkeit ausgeübt hatten. Für Frauen, die 3 und mehr Kinder geboren hatten, verringerte sich die geforderte versicherungsrechtliche Tätigkeit von mindestens 15 Jahren für jedes Kind um 1 Jahr, Frauen dagegen, die 5 oder mehr Kinder geboren hatten, erhielten ab Vollendung des 60. Lebensjahres eine Altersrente in Höhe der Mindestrente, wenn kein Anspruch auf eine Altersrente aus versicherungspflichtiger Tätigkeit oder freiwilliger Rentenversicherung bestand. Im Jahre 1971 wurde eine freiwillige Zusatzversicherung eingeführt, die eine Rentenerhöhung und eine Krankengeldverbesserung brachte.

Die monatliche Altersrente errechnete sich aus einem Festbetrag von 110 DM und aus dem leistungsabhängigen Bestandteil, wie dem Steigerungsbetrag in Höhe von 1% des Durchschnittsverdienstes für jedes Jahr der versicherungspflichtigen Tätigkeit sowie für jedes Jahr der Zu-

Rund 2,2 Millionen
Altersrentner

rechnungszeit. Eine automatische Anpassung an die allgemeine Einkommensentwicklung gab es nicht. Die Renten wurden von Zeit zu Zeit aufgrund gesetzlicher Regelungen erhöht.

Durchschnittliche Altersrente 447 Mark

Die Altersrente für Arbeiter und Angestellte betrug im Jahre 1953 monatlich durchschnittlich 94 Mark, 1960 = 153 Mark, 1970 = 199 Mark, 1980 = 342 Mark und 1989 = 447 Mark. Die Altersrente der Selbständigen lag unter diesen Durchschnittsrenten und erreichte 1989 = 427 Mark.

Wenn Beiträge zur freiwilligen Zusatzrentenversicherung gezahlt wurden, erhöhte sich die Rente um einen weiteren Steigerungsbetrag in Höhe von 0,85% der insgesamt zur freiwilligen Zusatzrentenversicherung gezahlten Beiträge. Im Jahre 1980 lag die durchschnittliche Altersrente einschliesslich der Leistungen aus der freiwilligen Zusatzrentenversicherung bei 448 Mark für Sozialversicherte und bei 395 Mark für Selbständige und erreichte im Jahre 1989 555 Mark bzw. 520 Mark.

Eine Mindestrente wurde gezahlt, wenn ein Anspruch auf Altersrente bei weniger als 15 Arbeitsjahren bestand. Sie betrug im Jahre 1979 270 Mark und am Jahresende 1989 330 Mark.

Den geringen Renten standen über Jahrzehnte stabile Preise für den Grundbedarf gegenüber. Nach Erreichen des Rentenalters war eine vollbezahlte Tätigkeit neben dem Bezug der ungekürzten Rente möglich. Von diesem Zuverdienst wurde in grossem Umfang wegen der relativ geringen Renten Gebrauch gemacht. Häufig wurde neben der Altersrente eine weitere Rente bezogen, diese wurde aber nicht in voller Höhe ausgezahlt.

Zusatz- und Sonder-versorgungssysteme

Ausser den beiden Sozialversicherungssystemen der Arbeiter und Angestellten sowie der Staatlichen Versicherung gab es 27 Zusatzversorgungssysteme und 4 Sonderversorgungssysteme. Unter den Zusatzversorgungssystemen befanden sich Altersversorgungen der Intelligenz, der Ärzte, Künstler, Lehrer und der Ballettmitglieder staatlicher Theater. Die monatlichen Durchschnittsrenten für diese Personengruppen lagen zwischen 800 und einer Höchstgrenze von 1'200 Mark einschliesslich der Sozialversicherungsrente. Eine solche Höchstgrenze war nicht gesetzlich festgelegt, ergab sich aber aus dem Berechnungsmodus. Viele erreichten diese Grenze wegen fehlender Arbeitsjahre nicht und konnten ihren Rentenanspruch nur über die freiwillige Zusatzrentenversicherung vergrössern. Erst Mitte des Jahres 1988 wurde die Rentenregelung für diese Personengruppen verbessert.

Sonderversorgungssysteme wurden für Angehörige der Nationalen Volksarmee, der Volkspolizei, des Zolles und des Ministeriums für

Staatssicherheit eingerichtet. Anders als die Sonderversorgungssysteme waren die Zusatzversorgungssysteme nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung der Sozialversicherung angelegt. Arbeiter und Angestellte in wichtigen volkseigenen Betrieben der DDR bezogen eine betriebliche Zusatzrente.

Im Falle einer Erkrankung wurde vom ersten Tag der Arbeitsunfähigkeit an Krankengeld gezahlt. Im Jahre 1989 wurden dafür 4'122,9 Millionen Mark von der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten und 493 Millionen Mark von der Staatlichen Versicherung aufgewendet. Pro Tag und Leistungsempfänger betrug die Geldleistung im Durchschnitt 32,16 Mark bzw. 23,89 Mark. Für insgesamt 149 Millionen Arbeitstage wurde Krankengeld gewährt. Die Geldleistungen im Krankheitsfall waren seit 1960 in der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten auf das Vierfache und in der Staatlichen Versicherung auf das Sechsfache angestiegen.

Das Krankengeld wurde für jeden Arbeitstag in Höhe von 50% des beitragspflichtigen Bruttodurchschnittsverdienstes gezahlt. Da die Höchstgrenze des beitragspflichtigen Einkommens bei 600 Mark monatlich lag, konnte das Krankengeld im Höchsthfälle 300 Mark monatlich betragen. Der Durchschnittsverdienst wurde auf der Grundlage des Verdienstes im letzten Kalenderjahr berechnet, wobei Veränderungen der Lohn- bzw. Gehaltsgruppe sowie der Steuergruppe berücksichtigt wurden. Die Mitglieder der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten erhielten ausserdem eine Ausgleichszahlung in Höhe der Differenz zwischen dem Krankengeld der Sozialversicherung und 90% des Nettodurchschnittsverdienstes (Lohnausgleich vom Betrieb) bis zu 6 Wochen im Kalenderjahr.

Erhöhtes Krankengeld erhielten Arbeiter und Angestellte mit zwei und mehr Kindern nach sechs Wochen Krankheit. Eine Verbesserung des Ausgleichs trat mit der Einführung einer freiwilligen Zusatzversicherung ab 1971 ein, die zu einer 70prozentigen Bezahlung von Krankengeld über längere Zeiträume, differenziert nach der Familiengrösse der Versicherten, führte. Für Kuren gab die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten 1989 174,7 Millionen Mark, d.h. 38,26 Mark pro Kopf und Tag aus. Hinzu kamen 13,7 Millionen Mark aus der Staatlichen Versicherung; hier betrug die Leistung je Tag und Empfänger nur 25,45 Mark.

Sozialfürsorge wurde in Form finanzieller und materieller Leistungen an hilfsbedürftige Personen gewährt. Als hilfsbedürftig galten Personen, die über kein ausreichendes Arbeitseinkommen oder sonstiges Einkommen verfügten und auch keinen ausreichenden Unterhalt von

Im Krankheitsfalle rund
32 Mark pro Tag

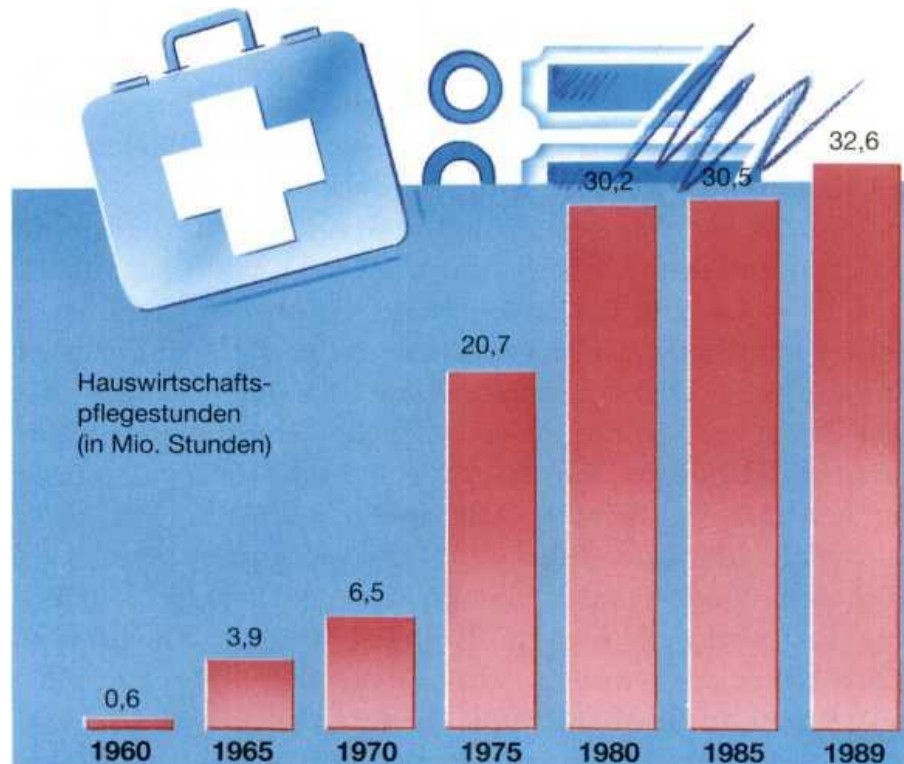
Sozialfürsorge-
leistungen

unterhaltspflichtigen Angehörigen erlangen konnten. Besonders hoch lag die Zahl der hilfsbedürftigen Personen im Jahre 1958 mit 207'600, um dann in den folgenden Jahren bis 1980 auf 17'200 und bis 1989 auf 5'500 abzusinken. Die Zahl der Sozialfürsorgeempfänger ausserhalb des Rentenalters verringerte sich ebenfalls, da sie bei der Arbeitsbeschaffung besonders unterstützt wurden. Nur in wenigen «asozialen» Fällen war das mit einer Zwangszuführung zur Arbeit verbunden. Krankenversicherungsschutz für Sozialfürsorgeempfänger wurde durch die Sozialversicherung geleistet.

Pflegebedürftige Personen aller Altersgruppen, die zu Hause von ihren Angehörigen oder Bekannten gepflegt wurden, erhielten Pflegegeld in geringer Höhe. Einmalige finanzielle Beihilfen wurden Hilfsbedürftigen und Rentnern mit einer Mindestrente gewährt, wie für den Kauf von Kleidung, Möbeln oder eines Kühlschranks. Rentner, die in ihrer häuslichen Umgebung verblieben, erhielten «Kohlengutscheine» zum Kauf verbilligter Heizkohle bzw. eine verbilligte Kontingenzuteilung für die Gasheizung. Zusätzlich wurden kostenlose Berechtigungsscheine für die monatliche Wäschereinigung vergeben.

Das Netz der Hauswirtschaftspflege und der Mittagessenversorgung für Betreuungsbedürftige und für Rentner wurde ständig ausgebaut, aber konnte den Bedarf bei Weitem nicht decken. Der Umfang der

Hauswirtschaftspflege und Mittagessen- versorgung



LEISTUNGEN DER VOLKSSOLIDARITÄT

Hauswirtschaftspflege hat sich seit 1965 verzehnfacht und seit den 70er Jahren verdoppelt. Im Durchschnitt wurden je Rentner 10 Stunden Hauswirtschaftspflege im Jahr geleistet. 1989 wurden 52,6 Millionen Hauswirtschaftspflegestunden abgerechnet, das sind im Durchschnitt 12 je Bürger im Rentenalter. Die Versorgung mit Mittagessen für betreuungsbedürftige und ältere Bürger im Wohngebiet wurde Jahr für Jahr erweitert. Wurden 1970 29'000 Essen ausgegeben, darunter 5'400 durch Transportmittel in die Wohnung gebracht, so waren es 1989 214'775 bzw. 75'659. Von der Bezahlung der Fernseh- und Rundfunkgebühren waren Rentner befreit. Für Rentner galten herabgesetzte Fahrpreise bei öffentlichen Verkehrsmitteln. Kostenbeiträge im Sterbefall übernahm die Sozialversicherung.

Massnahmen zur Hilfe Betreuungsbedürftiger und Rentner im Wohngebiet wurden durch ehrenamtliche Kräfte der «Volkssolidarität», des «Demokratischen Frauenbundes Deutschlands» (DFD), des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) und nicht zuletzt durch kirchliche Sozialeinrichtungen unterstützt.

In der DDR gab es die Kompensation von Erwerbsrisiken als Bestandteil einer sozialen Sicherung nicht direkt. Das Problem der Arbeitslosigkeit galt als gesellschaftlich gelöst. Dennoch hat sie, wie in allen modernen Volkswirtschaften, so auch in der DDR, in verdeckter Form existiert. Die Arbeitsmarktpolitik war vor allem in Form der Arbeitskräftelenkung Bestandteil des «umfassenden» ökonomischen Planungssystems, welches das Bildungssystem und seine Ausrichtung auf die jeweilige Arbeitsmarktlage mit einschloss. Die Gewährung von Arbeitslosengeld beruhte bis zur Herstellung der deutschen Einheit immer noch auf einer Verordnung aus dem Jahre 1947.

Die weitgehende Verstaatlichung des Gesundheitswesens verlief nicht ohne Auseinandersetzung zwischen den Ärzten und dem Gesundheitspersonal einerseits und den staatlichen Instanzen andererseits. Besonders die Mediziner standen nach ihrer Herkunft, Erziehung, Berufsausbildung und politischen Einstellung der staatlich betriebenen Kollektivierung des Gesundheitswesens skeptisch gegenüber. Die ärztlichen und zahnärztlichen Standesorganisationen, wie die Kammern, die Kassenärztlichen Vereinigungen oder der Hartmannbund waren 1945 verboten worden. Stattdessen wurde die Ärzteschaft in den «Freien Deutschen Gewerkschaftsbund» eingegliedert, der im Sommer 1945 alleinige und für alle Werktätigen zuständige Interessenvertretung gegründet worden war.

Daraus resultierten permanente Auseinandersetzungen, da die Mediziner nicht gewillt waren, sich dem gewerkschaftlichen Prinzip der

**Zwangseingliederung des
medizinischen Personals
in den «FD GB»**

Mehrheitsbeschlüsse und ihrer Zielsetzungen unterzuordnen. Dieser Widerstand wurde durch die von der SED gefassten Beschlüsse aus dem Jahre 1946 verstärkt, in denen u.a. festgelegt wurde «...Besetzung aller leitenden Stellen im Gesundheitswesen mit Antifaschisten, Herausbildung eines demokratischen Ärzte- und Heilberufsnachwuchses, insbesondere aus der Arbeiter- und Bauernschaft». Dadurch hatte der Staat die Möglichkeit erhalten, die Gesundheitseinrichtungen zu verstaatlichen und den Kindern von Ärzten, Zahnärzten und Apothekern die Übernahme der elterlichen Praxis bzw. Apotheken zu verwehren.

Die Anzahl der Ärzte in eigener Niederlassung reduzierte sich von 5'048 im Jahre 1955 auf 541 im Jahre 1989 und die entsprechende Zahl der Zahnärzte mit eigener Praxis im gleichen Zeitraum von 5'552 auf 447. Die Anzahl der staatlichen Arzt- und Zahnarztpraxen stieg in dem genannten Zeitraum um mehr als das Doppelte. Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich u.a. bei den Krankenhäusern, Kureinrichtungen und bei den Apotheken. 26 Apotheken verblieben im privaten Besitz.

Der überwiegende Teil der Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und des Gesundheitspersonals waren Angestellte in staatlichen Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens, die den Kreisen, Bezirken oder dem Ministerium für Gesundheitswesen zugeordnet waren. Das übrige Personal arbeitete in konfessionellen Einrichtungen und in speziellen Diensten, wie Armee, Sportmedizinischem Dienst, Verkehrsmedizinischem Dienst, Wismut, ferner in eigener Niederlassung und im Staatsapparat, wie die Mitarbeiter der Kreisärzte, Bezirksärzte und des Ministeriums für Gesundheitswesen, oder in den nachgeordneten Einrichtungen des Staatsapparates, wie Hygiene-Inspektionen, Ärztlichem Begutachtungswesen, Arbeitshygiene-Inspektionen, Medizinisch-Statistischen-Institutionen.

Von den 584 537 insgesamt 1989 im Gesundheitswesen Beschäftigten waren 10,6% in den zentralgeleiteten Einrichtungen, wie Universitäten, Hochschulen, Spezialkliniken, Forschungsinstituten, 0,3% in privaten Einrichtungen und 3,9% in konfessionellen Einrichtungen, wie Diakonisches Werk und Caritas, tätig. Der überwiegende Teil (85,3%) war in den örtlich geleiteten Einrichtungen beschäftigt, beispielsweise in den stationären Einrichtungen (26,4%), in den ambulanten Einrichtungen (30,6%), im Kur- und Bäderwesen (1,9%), in der Pharmazie und Medizintechnik (4,9%), in den Kinderkrippen und Dauerheimen (20,0%), in den Heimen des Sozialwesens (10,7%) und in den übrigen Einrichtungen des Gesundheitswesens (5,6%).

Nur noch 341 Ärzte
und 447 Zahnärzte mit
eigener Praxis

Rund 585'000
im Gesundheitswesen
Beschäftigte

Die Zahl der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen verdreifachte sich seit 1949/1950 von ca. 180'000 Personen auf insgesamt 593'845 Personen im Jahre 1988. Anstatt eines geplanten jährlichen Zuwachses von 8'000 bis 10'000 Arbeitskräften war 1989, bedingt durch die hohe Zahl der Übersiedler in die Bundesrepublik Deutschland, sogar ein Rückgang um 9'306 Personen zu verzeichnen. Die Ursachen für die Übersiedlung waren einmal ein nahezu unbegrenztes Vertrauen in die Medizin und das Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland mit einer sich daraus ergebenden Erwartungshaltung und zum anderen die äusserst angespannte Situation im Gesundheits- und Sozialwesen in der DDR selbst.

Die Arbeitsbedingungen in den Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens wurden durch eine Reihe von Unzulänglichkeiten erschwert. Die Bausubstanz der Gebäude und ihre technischen Ausrüstungen, wie Küchen, Wäschereien, Heizhäuser, waren veraltet oder in einem miserablen Zustand. Die für Gebäudesanierung und -Instandhaltung getätigten Investitionen waren in den vergangenen Jahren viel zu gering. Die Betreuung und Pflege der Patienten musste unter teilweise schwersten körperlichen Bedingungen von den Krankenschwestern und dem Gesundheitspersonal durchgeführt werden. Es fehlte mitunter das Notwendigste wie Verbandstoffe, Holzspatel, Gummihandschuhe, Einwegspritzen, Arzneimittel, technische Hilfsmittel, saubere Operations- und Bettwäsche.

Um den schweren Beruf der Krankenschwester gegenüber anderen Berufen attraktiver zu gestalten, wurde in den 70er Jahren die Fachschulausbildung eingeführt. Da sie zunächst mit einer finanziellen Besserstellung gegenüber den Facharbeiterberufen verbunden war, wurde verstärkt die Möglichkeit der Aus-, Weiter- und Fortbildung genutzt. In der Folgezeit blieben die Gehälter im Gesundheits- und Sozialwesen immer stärker hinter denen der Industrie zurück. Dies führte zu einer Abwanderung von Krankenschwestern aus den Pflegebereichen, besonders von Krankenschwestern mit Kindern in medizinische Bereiche ohne Schichtdienst oder in Industriebereiche, wo sie als ungelernete Arbeiterinnen mehr verdienten.

Der Durchschnittslohn lag im Gesundheitswesen 1960 um 7% und 1990 sogar um 16% unter dem Gesamtdurchschnittslohn der Volkswirtschaft. Erste Schritte zur Angleichung wurden im Jahre 1989 als Antwort auf die starke Abwanderung in die Bundesrepublik Deutschland vorgenommen. Seitdem erhielten die Krankenschwestern einen Durchschnittslohn von etwa 1'000 Mark pro Monat, zuzüglich Erschwerniszuschläge.

Schlechte
Arbeitsbedingungen

Ungünstige Gehalts-
entwicklung

Im Durchschnitt 414 Einwohner je Arzt

Die Zahl der Ärzte hat sich von 13'740 im Jahre 1952 auf 40'143 im Jahre 1989 nahezu verdreifacht. Der Betreuungsgrad betrug 1952 1'332 Einwohner je Arzt und 1989 414 Einwohner je Arzt. Von den 40'143 Ärzten waren 51% im ambulanten Bereich und 38% im stationären Bereich tätig. 2'200 Ärzte arbeiteten ausserhalb der Gesundheitseinrichtungen.

Die Zahl der Zahnärzte nahm in den fast vierzig Jahren von 7'290 (1952) auf 12'011 (1989) zu. Der Betreuungsgrad verbesserte sich in diesem Zeitraum von 2'510 auf 1'383 Einwohner je Zahnarzt. Die Zahl der zahnärztlichen Behandlungseinrichtungen nahm langsamer zu als die der Zahnärzte. 1988 kamen auf 10'056 Behandlungseinrichtungen 12'677 Zahnärzte. Die zahnärztlichen Behandlungseinrichtungen, die aus der Tschechoslowakei importiert werden mussten, waren störanfällig und der Reparaturdienst unzureichend. Auf einen Behandlungstermin mussten die Patienten mitunter lange warten. Die Zahl der Apotheker betrug 1952 2'615 und 1989 3'990; auf einen Apotheker kamen damit 1952 6'998 und 1989 4'164 Einwohner.

Monatseinkommen der Ärzte zwischen 1'500 und 3'000 Mark

Die Einkommen der Ärzte, Zahnärzte und Apotheker hatten sich seit 1959 nur um 10% erhöht. Sie lagen bei Fachärzten, -Zahnärzten und -apothekern zwischen 1'500 und 3'000 Mark pro Monat, hinzu kamen Dienstzuschläge. Bei «Einzelverträgen» konnten die Gehälter auch etwas darüber liegen. Das Recht auf Privatliquidation in staatlichen Einrichtungen hatten hauptsächlich Chefärzte bzw. Professoren an Universitätskliniken. Gesetzlich war es jedem Arzt erlaubt, ausserhalb der Dienstzeit zu Hause Patienten privat zu behandeln. Eine solche Tätigkeit war nicht genehmigungs-, sondern anzeigepflichtig und wurde nicht nur in Einzelfällen betrieben.

Auf dem Gebiet der Weiterbildung der Ärzte, Zahnärzte und Apotheker zur Fachanerkennung, aber auch der Hochschulabsolventen mit einem Abschluss in einer nichtmedizinischen Wissenschaftsdisziplin, hatte die DDR eine langjährige Erfahrung. In Gesetzen war eine fünfjährige Weiterbildung geregelt, die mit einer Fachanerkennung abschloss. Bei den Fachärzten bestand die Möglichkeit, in ihrem Fachgebiet eine Spezialausbildung als Subspezialist zu erwerben. Die Fachanerkennung war mit einer Gehaltszulage von 150 Mark pro Monat verbunden.

Von der zeitaufwendigen Hausarbeit zu mehr Freizeit – Zeitstrukturen im Alltagsleben

Hilde Fiebiger

Einmal Zeit im Überfluss haben – diesen Wunsch hat in der Hektik unseres Alltags sicher jeder schon einmal verspürt. In der Regel hört man auf eine diesbezügliche Frage eher Klagen, dass man keine oder zu wenig Zeit hat. Zwar hat der Tag für jeden Menschen 24 Stunden, die er entsprechend seinen individuellen Lebensumständen, Bedürfnissen, Möglichkeiten und Zwängen ausfüllt, die Frage, ob die Zeit für alle Vorhaben ausgereicht hat, ist damit aber noch nicht beantwortet. Hinzu kommt das bekannte Phänomen, dass man z.B. die mit angenehmen Menschen oder Tätigkeiten verbrachte Zeit als sehr kurz empfindet, während einem die gleiche Zeitdauer beim Warten bei Behörden wie eine Ewigkeit vorkommt.

Da ein Tag nicht dehnbar ist, muss jeder seine Bedürfnisse nach einer bestimmten Rangordnung befriedigen. So braucht der Mensch als natürliches Wesen zunächst einmal Zeit zum Essen und Schlafen, um seine physische Reproduktion zu sichern. Zeit für die Arbeit ist notwendig, um die materiellen Grundlagen für sich und gegebenenfalls die Familie zu schaffen.

Wieviel Zeit für die Befriedigung aller weiteren Bedürfnisse eingesetzt wird, hängt auch davon ab, wie unterschiedlich stark diese ausgeprägt sind. Wer hat es nicht schon an sich selbst beobachten können, dass man für ein interessantes Buch immer Zeit findet, während eine ungeliebte Hausarbeit aus «Zeitmangel» liegen bleibt.

Mit Hilfe von statistischen Erhebungen über die Zeitverwendung privater Haushalte lassen sich aus den individuellen Tagesabläufen durch entsprechende Zusammenfassung interessante Einblicke in das Alltagsleben der Menschen gewinnen.

Die Erfassung der Zeitverwendung als zusätzliche Möglichkeit, die Lebensverhältnisse der Menschen zu untersuchen, ist in der DDR relativ spät entdeckt worden. Während in der UdSSR und in den USA schon seit den 20er Jahren Zeitbudgetuntersuchungen durchgeführt wurden, begann man hier erst Ende der 50er Jahre.

Dabei haben Zeitbudgetdaten den unbestrittenen Vorteil, dass sie auf sehr unmittelbare Weise das Leben der Menschen beschreiben. Was

Der Alltag im Spiegel von Zeitbudgetuntersuchungen

man im Laufe eines Tages, einer Woche oder eines Jahres getan hat, ergibt sich zwangsläufig aus den konkreten Lebensumständen: ob man ein Mann ist oder eine Frau, ob man jung oder alt ist, berufstätig oder nicht, wieviel Geld zur Verfügung steht, ob Kinder im Haushalt leben, ob man in der Stadt oder auf dem Lande wohnt usw. Ungeachtet der Vielfalt der Lebensstile, können bei entsprechender Gruppierung der Tätigkeiten typische Verhaltensweisen sichtbar gemacht werden.

Das Ergebnis der Zeitverwendung aller erfassten Personen ist ein «statistischer Durchschnittstag». Für die meisten Menschen unterscheiden sich jedoch die Tagesabläufe an Wochentagen mit ihrem hohen Anteil an Arbeitszeit von jenen an Wochenenden, die mehr der Erholung dienen. Ebenso ist hier ausser Acht gelassen, ob es sich um einen Mann oder eine Frau handelt, obwohl sie ihre Zeit verschieden verwenden. Dieser «statistische» Tag hat aber den Vorteil, dass er Tendenzen in der Entwicklung der Zeitverwendung erkennbar werden lässt.

Zunächst erstaunt einmal, dass sich – gemessen an den eigenen Erfahrungen – die hier ausgewiesene berufliche Arbeitszeit äusserst gering ausnimmt. Es handelt sich jedoch um die tatsächliche durchschnittliche Arbeitszeit aller über 16jährigen Menschen. Sie ist in der Regel niedriger als die gesetzliche Arbeitszeit, da in die statistische Erhebung und Berechnung nicht nur die Erwerbstätigen einbezogen werden, sondern auch alle nicht berufstätigen Haushaltsmitglieder. Zudem wird bei Zeitbudgeterhebungen die tatsächliche Dauer der Arbeitszeit an dem betreffenden Tag erfasst, und somit erhöhen Fehlzeiten, z.B. durch Krankheit, die Differenz zur gesetzlichen Arbeitszeit weiter. Darüber hinaus ist sie auf eine volle Woche bezogen.

Verblüffend ist, dass trotz aller Verkürzungen der gesetzlichen Arbeitszeit – sie sank seit Ende des 2. Weltkrieges bis Mitte der 80er Jahre von 48 Stunden auf durchschnittlich 42,9 Stunden – dieser Bestandteil des Zeitbudgets von 1966 bis 1985 angestiegen ist. Der scheinbare Gegensatz erklärt sich daraus, dass einerseits die Beschäftigtenrate der Frauen kontinuierlich zunahm, was auch im befragten Personenkreis seinen Niederschlag fand. Zum anderen wurde – teilweise durch restriktive Massnahmen – die Teilzeitbeschäftigung in den letzten Jahren reduziert.

Diese Umstände wirkten erhöhend auf die durchschnittliche Arbeitszeit. Sicherlich war die zunehmende Erwerbsbeteiligung zunächst ökonomisch begründet. Mehr und mehr entwickelte sie sich aber zu einem unverzichtbaren Bestandteil im Leben der Frauen, der ihnen wirtschaftliche Unabhängigkeit sicherte. Und so zeigt auch das durchschnittliche

Nach wie vor hoher
Anteil der Arbeitszeit

Zeitbudget als eines der «DDR-typischen» Merkmale diesen hohen Anteil der Arbeitszeit. In vielen anderen Ländern werden wesentlich kürzere Zeiten ermittelt. Während 1990 die Frauen in der DDR 5:37 Stunden für die Arbeitszeit und die arbeitsgebundene Zeit (Pausen, Wegezeiten u.a.) verausgabten, betrug dieser Anteil im durchschnittlichen Zeitbudget der Frauen in Schweden 5:32, in den USA 3:25 und in Japan 3:31 Stunden.

Im Vergleich zu den Männern wird für Frauen in der DDR in den jeweiligen Erhebungsjahren ab 1974 die Arbeitszeit um mehr als 1 Stunde täglich niedriger ausgewiesen.

Die gleiche Tendenz wie bei der Arbeitszeit zeigt sich auch bei den arbeitsgebundenen Zeiten. Zu ihnen gehören die unbezahlten Pausen, Tätigkeiten wie Umkleiden, Waschen sowie die Arbeitswegezeiten.

Bemerkenswert bei den Arbeitswegezeiten ist, dass Frauen bestrebt waren, eine Arbeit in Wohnnähe auszuüben, um so die Wegezeiten gering zu halten. Während berufstätige Männer für den täglichen Arbeitsweg rund 40 Minuten aufwenden, waren es bei den Frauen Mitte der 80er Jahre 30 bis 32 Minuten. Erst im Jahre 1990 erhöhte sich diese Zeit auf 38 Minuten.



Der Zeitaufwand für «klassische» Hausarbeiten nahm ab – für Gartenarbeiten zu

Neben der Arbeitszeit und den Arbeitswegezeiten nehmen die Zeiten für die Erledigung der Hausarbeit einen wichtigen Platz ein. Hauswirtschaftliche Tätigkeiten sind notwendig, aber insbesondere Berufstätige sind bestrebt, sich damit nicht allzu lange aufzuhalten. Dieser Trend wird auch in den Daten der Zeitbudgeterhebungen deutlich sichtbar. Wurden 1966 für die «klassischen» Hausarbeiten wie Kochen, Waschen, Putzen, Einkaufen noch 3:52 Stunden pro Person und Tag aufgewendet, waren es 1990 nur noch 2 Stunden.

Innerhalb der hauswirtschaftlichen Tätigkeiten nahm dagegen Zeit für die Gartenarbeit zu. Besonders seit 1980 stiegen diese Zeiten erheblich, da sich immer mehr Familien einen Garten zulegten und ungefähr jeder zweite Haushalt damit ausgestattet ist. Der Trend zum eigenen Garten war so stark ausgeprägt, weil man einerseits wegen der angespannten Versorgung mit Obst und Gemüse von der eigenen Ernte profitieren konnte, was zusätzlich durch überhöhte Aufkaufpreise gefördert wurde. Andererseits wurde der eigene Garten bzw. das Wochenendgrundstück für viele Familien das Refugium für die Erholung am Wochenende. Damit enthalten die für Gartenarbeit ausgewiesenen Zahlen für 1980 und stärker für 1985 einen bestimmten Freizeitanteil. Dieser betrug 1990, als bei der Erfassung hauswirtschaftliche Tätigkeiten und Freizeittätigkeiten getrennt wurden, 40%.

Dass der Zeitaufwand für die meisten Hausarbeiten in solchem Masse reduziert werden konnte, ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen. Der drastische Rückgang bei der Zubereitung von Mahlzeiten zu Hause zum Beispiel steht in direktem Verhältnis zu dem stark vergrößerten Angebot von Werkküchenessen, Schulspeisung und Kindergartensen. In der Regel nahmen in einer DDR-typischen Familie mit berufstätiger Frau die Familienmitglieder das Mittagessen an Wochentagen in einer dieser Einrichtungen ein.

Ebenso führten die Verwendung pflegeleichter Textilien, wirksamerer Wasch- und Reinigungsmittel, die allgemeine Ausstattung der Haushalte mit Waschmaschinen (99%) und die verstärkte Inanspruchnahme von Wäschereileistungen zu erheblichen Zeiteinsparungen im Haushalt.

Für's Einkaufen wurden im Durchschnitt pro Tag 22 Minuten verwendet. Dieser Zeitaufwand hat sich seit 1974 kaum verändert. Man könnte meinen, dass der ständige Warenmangel in der DDR, der oft zu langen Warteschlangen führte, längere Einkaufszeiten hätte entstehen lassen. Man muss aber bedenken, dass in der Regel nicht täglich eingekauft wurde. An den Wochentagen waren pro Tag nur ein Drittel der Männer und die Hälfte der Frauen am Einkauf beteiligt. Für diese Per-

Staubsaugen – eine «klassische» Hausarbeit

Foto: Zentralbild



sonen waren natürlich die Einkaufszeiten mit durchschnittlich mehr als 1 Stunde entsprechend lang. Im Übrigen griff die Gewohnheit, in der Mittagspause innerhalb der Arbeitszeit einzukaufen, mehr und mehr um sich, weil die Chancen, etwas von den begehrten Mangelwaren zu erstehen, tagsüber grösser waren als nach Feierabend. Diese Zeiten für Einkäufe während der Arbeitszeit wurden im Zeitbudget nicht erfasst.

Zwischen dem Grad der Berufstätigkeit der Frau und dem Zeitaufwand für haus wirtschaftliche Tätigkeiten besteht ein enger Zusammenhang. Im Jahr 1990 wendeten teilzeitbeschäftigte Frauen 1,2mal so viel und nicht erwerbstätige Hausfrauen 1,6mal so viel Zeit für hauswirtschaftliche Tätigkeiten auf wie vollerwerbstätige Frauen.

Neben der Haushaltsgrösse wirkt sich dabei der Grad der Erwerbstätigkeit der Frauen deutlich auf den Gesamtumfang der hauswirtschaftlichen Tätigkeiten und somit auch auf die Arbeitsteilung in der Familie aus. Je kürzer die Erwerbszeit der Ehefrau, umso mehr Zeit steht in der Familie für die Hausarbeit zur Verfügung und wird auch dafür verwendet; umso mehr verlagert sich zugleich die Hauptlast der Hausarbeit auf die Ehefrau. In Familien mit vollerwerbstätiger Ehefrau wird wegen der durch die Erwerb Stätigkeit gebundenen Zeit die Haus-

Wäschetrockner waren in der DDR weitgehend unbekannt

Foto: ADN



Haushaltstätigkeit noch stark vom traditionellen Rollenverständnis geprägt

arbeit auf ein notwendiges Mass beschränkt. Zudem zeichnet sich eine gleichgewichtigere Arbeitsteilung zwischen den Familienmitgliedern ab.

Die Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau im Haushalt war ein vieldiskutiertes Thema. Da die Wirtschaft der DDR auf die breite Erwerbstätigkeit der Frauen angewiesen war, mussten von Seiten der Gesellschaft Bedingungen geschaffen werden, um ihnen die Teilnahme am Erwerbsleben auch zu ermöglichen. Neben den materiellen Voraussetzungen, wie ausreichende Bereitstellung von Kindergarten- und Kinderkrippenplätzen, sollte auch erreicht werden, dass Mann und Frau gleichberechtigt und gleichverpflichtet die Lasten der Haushaltsführung tragen. Es hat hier zweifellos Fortschritte gegeben, aber in dem gewünschten Masse ist der Erfolg nicht eingetreten. Zwar fühlt sich ein grosser Teil der Männer genauso für Haushalt und Familie zuständig wie ihre Frauen, aber in der Zeitverwendung spiegelt sich das nur zum Teil wider.

So wendeten Ehefrauen im Jahre 1990 im Durchschnitt 2,3mal mehr Zeit für Hausarbeiten auf als ihre Ehemänner. Im Vergleich zu 1965, wo die Ehefrauen noch 6,8mal mehr Zeit für Hausarbeiten aufbringen mussten, stellt das schon einen Schritt in Richtung auf eine gleichmässige Verteilung der Hausarbeit dar.

Bei der jüngeren Generation deutete sich 1990 ein weiterer Wandel an, indem sich das Verhältnis in der Erledigung der Hausarbeiten von



Mann zu Frau im Durchschnitt aller Ehepaare von 1:2,3 bei jungen Eheleuten unter 26 Jahren auf 1:1,6 veränderte.

Die Männer leisteten ihren Anteil an der Hausarbeit hauptsächlich mit solchen Tätigkeiten wie Reparaturen an Haus und Wohnung, Reparaturen und Pflege von Hausrat und technischen Konsumgütern sowie Aufsuchen von Dienstleistungseinrichtungen. Frauen verrichteten dagegen die laufend anfallenden Arbeiten im Haushalt wie Vor- und Zubereitung von Mahlzeiten, Geschirrspülen, Reinigung und Reparatur von Wäsche und Kleidung und Reinigung von Wohnung, Haus und Wohngrundstück. Diese Arbeitsteilung entspricht noch weitgehend dem traditionellen Rollenverständnis. Das zeigt sich beispielsweise auch, wenn man die Zahl der Ehemänner und Ehefrauen in Familien mit zwei Kindern vergleicht, die sich mit den einzelnen Tätigkeiten beschäftigt haben.

Hausarbeiten unterliegen einem bestimmten Wochenrhythmus. Da die tägliche Arbeitszeit für die meisten Erwerbstätigen im Jahre 1990 noch $8\frac{3}{4}$ Stunden betrug, wurden viele Hausarbeiten auf das Wochenende verlegt.

So verwundert es nicht, dass am Sonnabend 36% der Ehemänner und 65% der Ehefrauen mehr als 4 Stunden für Hausarbeit aufwendeten. Der Sonntag ist etwas weniger mit diesen Arbeiten belastet, aber immerhin bewegen sich in der Grössenordnung von mehr als 4 Stunden noch 30% der Ehemänner und 56% der Ehefrauen.

Interessant ist die Verteilung nach der Dauer der Hausarbeitszeit an einem Tag, an dem beide Ehepartner ihrer Erwerbstätigkeit nachgegangen sind. An einem solchen Tag befassten sich 25% der Ehemänner 1 bis 2 Stunden mit Hausarbeit und 20% 2 bis 3 Stunden. Allerdings muss auch festgestellt werden, dass 19% überhaupt nichts beigetragen haben und weitere 15% unter 1 Stunde. Demgegenüber sah für die Ehefrauen das Bild ganz anders aus. Für die Hälfte von ihnen fielen neben der Erwerbstätigkeit noch 2 bis 4 Stunden Hausarbeit an.

Die Bemühungen der Gesellschaft, Frauen gleiche Rechte und Möglichkeiten für die Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu geben, sind also nicht im gewünschten Masse wirksam geworden, da die Frauen nach wie vor die Hauptlast der Hausarbeit neben ihrer Berufstätigkeit tragen müssen.

Im Zeitbudget eines Tages nehmen die Zeiten für die Pflege und Betreuung von Kindern nur einen geringen Teil ein. Seit 1966 hat sich dieser Zeitaufwand im Durchschnitt aller Haushalte halbiert.

Massgebend waren dafür hauptsächlich zwei Gründe. Zum einen führte die demografische Entwicklung in der DDR zu einer Verringerung der durchschnittlichen Haushaltsgrösse und damit zu einer kleineren

Entlastung der Hausarbeiten durch weniger Kinder

ren Zahl von Kindern, die in den Familien zu betreuen waren. Auch die sozialpolitischen Massnahmen, die die Lebenslage der jungen Familien erleichtern sollten, konnten den Trend zur 1- und 2-Kind-Familie nicht aufhalten. Zum anderen stieg der Versorgungsgrad mit Kindergarten- und Kinderkrippenplätzen und erreichte im Jahre 1989 951 bzw. 802 je 1'000 der Kinder der betreffenden Altersstufe. Damit wurde ein wesentlicher Teil der Betreuungsarbeiten aus der Familie ausgelagert.

In Familien mit Kindern nimmt dessenungeachtet die Kinderbetreuung natürlich einen nicht unbeträchtlichen Teil der Zeit in Anspruch. Die erfassten Zeiten für die Pflege und Betreuung von Kindern zeigen allerdings nur den direkten Zeitaufwand hierfür. Aber jeder, der Kinder hat, weiss, dass darüber hinaus die ständige Verfügbarkeit die eigentliche Belastung darstellt, und diese Belastung trägt nach wie vor überwiegend die Frau.

Seit 1965 haben sowohl Männer als auch Frauen weniger Zeit für die Pflege und Betreuung der Kinder verwendet. Bei den Männern vollzog sich dieser Rückgang noch rigoroser. So betrug 1990 dieser Zeitaufwand in Familien mit 1 Kind bei Ehefrauen 53% des Standes von 1965, bei Ehemännern nur 44%. In Familien mit 2 Kindern reduzierte sich der Zeitaufwand bei höherem Ausgangsniveau auf 65% bzw. 52%.

Mit steigender Kinderzahl widmen sowohl Männer als auch Frauen den Kindern mehr Zeit, wobei der Aufwand nicht proportional zur Kinderzahl steigt. Auffällig ist, dass die Männer hier umso mehr ihren Frauen das Feld überlassen, je mehr Kinder zum Haushalt gehören. So betrug der Mehraufwand der Frauen in Familien mit 1 Kind in den Jahren 1965 bis 1985 zwischen 32 und 41 Minuten, bei 2 Kindern 47 bis 56 Minuten und bei 3 Kindern überwiegend 1 Stunde. Im Jahre 1990 ist der Abstand geringer bei deutlich niedrigerem Zeitaufwand der Frauen. Es ist zu vermuten, dass hierauf – wie auch auf andere Teile des Zeitbudgets – die z. Z. der Erfassung bevorstehende Währungsunion zu anderen Rangfolgen in der Zeitverwendung geführt hat. Aber auch 1990 verwendeten Frauen mit 1 Kind noch 2 1/2mal soviel Zeit für die Kinder wie die Männer und bei 2 Kindern fast 3mal so viel.

Anzeichen für neue Verhaltensweisen in bezug auf die Kinderbetreuung zeigen sich in jungen Familien. Hier verwenden die Ehemänner 46 Minuten täglich für ihre Kinder, während der Durchschnitt für alle Ehemänner 16 bis 22 Minuten beträgt.

Männer nutzen deutlich mehr das Wochenende, um sich mit den Kindern zu beschäftigen. 1985 verwendeten Männer am Wochenende an-

Je mehr Kinder im
Haushalt, umso grösser
die Belastung der Frau

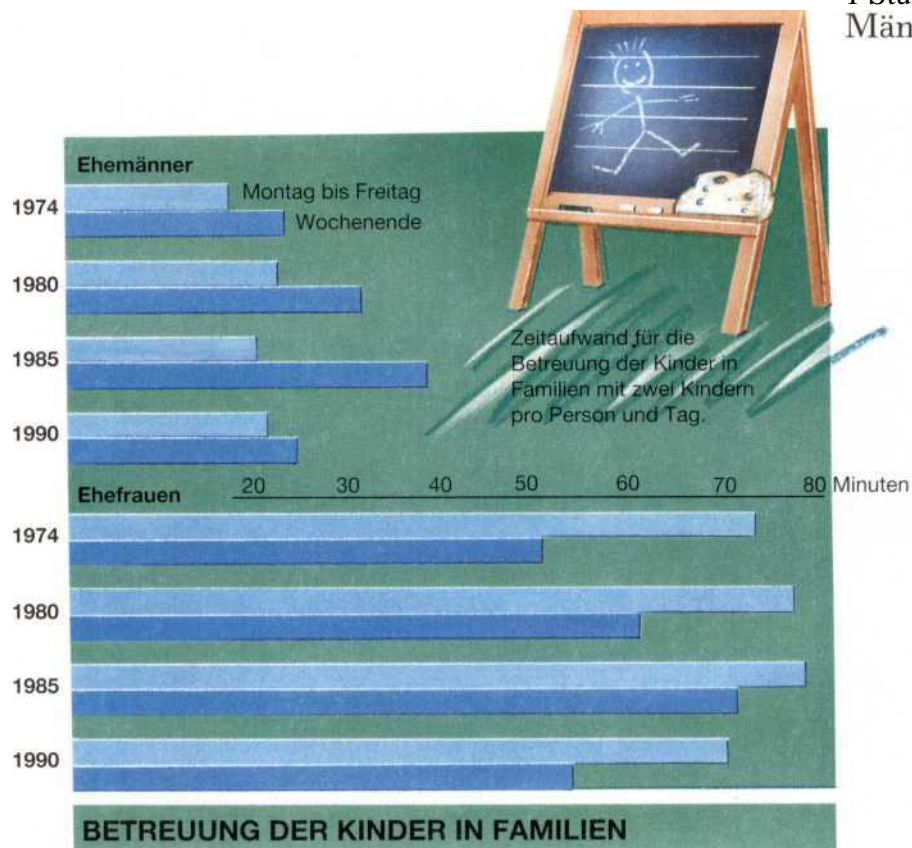
nähernd doppelt soviel Zeit pro Tag wie an den Wochentagen. Bei den Ehefrauen liegt der Schwerpunkt der Kinderbetreuung an den Wochentagen.

Neben den Zeiten, die ausschliesslich den Kindern gewidmet werden und die auch bisher beschrieben wurden, gibt es eine Reihe von Tätigkeiten, die es durchaus zulassen, sich parallel dazu auch mit der Betreuung der Kinder zu befassen. Das sind solche Tätigkeiten wie Hausarbeiten, Fernsehen, Einnahme von Mahlzeiten. Noch umfassender wird das Bild, wenn von der Kinderbetreuung als Tätigkeit abgesehen wird und die gesamte Zeit betrachtet wird, die gemeinsam mit Kindern verbracht wurde.

Von der nach Abzug der Arbeitszeit und der damit verbundenen Zeiten sowie der Zeiten für Schlaf und Körper- und Gesundheitspflege verfügbaren Zeit wurden gemeinsam mit den Kindern verbracht, in Familien mit einem Kind von den Ehemännern 45%, von den Ehefrauen 56%, in Familien mit 2 Kindern 51% bzw. 64%.

An dieser Stelle scheint es angebracht, die Rolle der Frau in der Gesellschaft der DDR aus der Sicht der Zeitverwendung nochmals hervorzuheben. Die grosse zeitliche Belastung, der insbesondere berufstätige

Für Erwerb Stätigkeit, Haushalt und Kinder wendeten Frauen im Durchschnitt fast 1 Stunde mehr auf als Männer (1990)



Frauen unterlagen, wird deutlich, wenn man ihre durch Erwerbstätigkeit, Haushalt und Kinder gebundene Zeit mit der der Männer vergleicht. Für die genannten Tätigkeiten haben vollerbstätige Frauen im Jahre 1974 54 Minuten pro Tag mehr aufgewendet als erwerbstätige Männer. 1990 hat sich der Mehraufwand auf 57 Minuten erhöht. Somit haben Frauen insgesamt deutlich länger gearbeitet als Männer.

Diese Mehrbelastung der Frauen blieb natürlich nicht ohne Auswirkungen auf das Freizeitvolumen und auch auf den Schlaf.

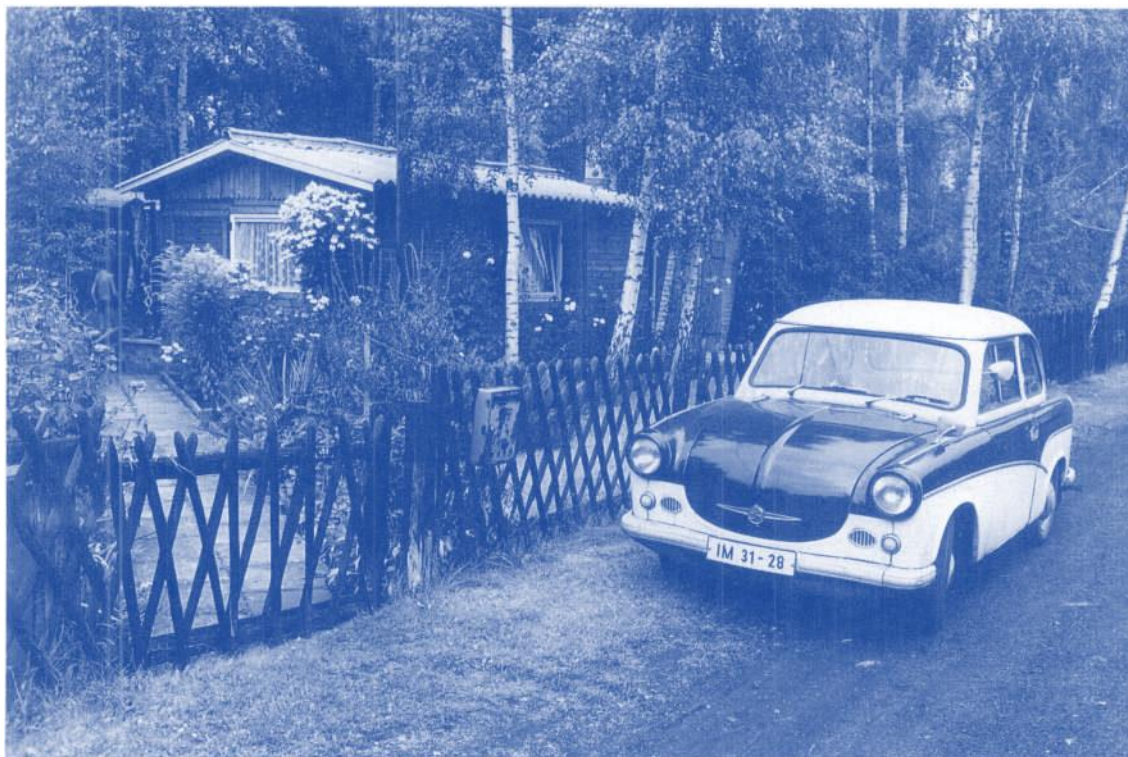
Bei den Frauen differierte die Schlafdauer und ergab 1990 folgende Rangfolge:

Vollerwerbstätige Frauen:	7:49	Stunden
Teilzeitbeschäftigte Frauen:	8:11	Stunden
Hausfrauen:	8:28	Stunden
Schüler, Lehrlinge, Studenten:	8:43	Stunden

Insbesondere Berufstätige nutzten das Wochenende um auszuschlafen. So schliefen sie 1974 an Wochenenden 1:32 Stunden länger als an Wochentagen, 1980 1:59 Stunden, 1985 1:56 Stunden und 1990 1:42 Stunden. Seit 1974 ist die Schlafenszeit der Berufstätigen an Wochentagen rückläufig.

*Eigenes Auto und eigene «Datsche» –
Symbole des Wohlstands*

Foto: Bundesarchiv



Der Schlaf als eines der physiologischen Grundbedürfnisse des Menschen ist natürlich auch stark an das Alter gebunden. Bei Jugendlichen ist das Schlafbedürfnis am ausgeprägtesten und hat bei männlichen und weiblichen Jugendlichen mit fast 9 Stunden täglich die höchste Marke. Bei Männern wie Frauen wird die geringste Schlafzeit in der Altersgruppe von 35 bis 40 Jahren erreicht. Die Schlafdauer steigt dann wieder kontinuierlich mit dem Lebensalter und erreichte im Jahre 1990 in der Altersgruppe 75 Jahre und älter bei Frauen 9:57 und bei Männern 10:19 Stunden.

Die Freizeit ist für jeden Menschen von hohem Wert. Sie dient der Befriedigung geistiger und sozialer Bedürfnisse. Sie bildet den zeitlichen Rahmen für das Familienleben, für Kontakte mit Freunden und die persönlichen Interessen.

Der Anteil der Freizeit am Zeitbudget gilt als ein Massstab für die Höhe des Lebensstandards. Denn je weniger Arbeitszeit für die Produktion der notwendigen Waren benötigt wird, umso länger könnte im Idealfall die Freizeit sein. Wie aber schon beschrieben, sorgen meist eine Reihe anderer Verpflichtungen dafür, dass der Zeitgewinn durch die Verkürzung der Arbeitszeit in andere Kanäle fließt. Hier spielt auch der Umstand eine grosse Rolle, wie stark die Bedürfnisse nach Tätigkeiten, die der Freizeit zugeordnet werden, bei dem Einzelnen ausgeprägt sind. Neben der kürzeren Arbeitszeit sind deshalb noch andere

Verkürzung der
Arbeitszeit bedeutete
nicht unbedingt mehr
Freizeit



*Auch die Kleingärtner trugen ihren
Teil zur Ernährungssicherung bei*

Foto: ADN

Bedingungen notwendig, um tatsächlich mehr Raum für Freizeittätigkeiten zu gewinnen. Der Gewinn an Freizeit, der durch lenkende Massnahmen des Staates erreicht werden sollte, ist nicht eingetreten. Dabei hat es durchaus eine Reihe von Ansätzen gegeben, die eine Erhöhung der Freizeit hätten bewirken können.

Dazu gehören die verkürzten Arbeitszeiten, die Verlängerung des Grundurlaubs von 12 Tagen im Jahre 1950 auf 18 bis 24 Tage und die Gewährung von Zusatzurlaub von 3 bis 10 Tagen, die Einführung der 40-Stunden-Woche für vollbeschäftigte Mütter mit 2 Kindern im Jahre 1977, der Ausbau des Werkküchenessens und auch die Erweiterung des Angebots an hauswirtschaftlichen Dienstleistungen.

Das Jahr 1990 brachte einen deutlichen Gewinn an Freizeit. Das trifft für Frauen ebenso wie für Männer zu. Innerhalb der Freizeit überwiegen die Tätigkeiten, die im engeren und weiteren Sinne mit Bildung, Kultur und Unterhaltung zu tun haben. An zweiter Stelle steht die Erholung an der frischen Luft (Spaziergehen, Wandern, Arbeit im Garten mit Freizeitcharakter, aktiver Sport). Geselligkeiten folgen auf dem 5. Platz. Die Beschäftigung mit dem Hobby steht in dieser Rangfolge an letzter Stelle.

Beliebteste
Freizeitbeschäftigung:
Fernsehen

Der Inhalt der Freizeit wird weitgehend von den Fernsehzeiten geprägt. Sie füllten 1990 für Männer 38% und bei Frauen 36% des Gesamtumfangs der Freizeit aus und begrenzten zunehmend den Raum für andere Freizeittätigkeiten.

Wie in anderen Ländern auch ist das Fernsehen die beliebteste Freizeitbeschäftigung. Besonders die seit 1985 sprunghaft angewachsene Zahl von Farbfernsehgeräten in den Haushalten hat die Fernsehhäufigkeit sicherlich stark gefördert.

Rundfunkhören sowie Anhören von Schallplatten und Tonbändern werden in weit höherem Masse als Paralleltätigkeit rezipiert. Häufig werden Bücher, Zeitschriften und Zeitungen nebenbei gelesen.

Die Zahlen weisen aus, dass Fernsehen und Rundfunk ein integrierter Bestandteil des Alltagslebens sind und den gesamten Tagesablauf begleiten. Am Wochenende wird ganz besonders intensiv ferngesehen: Männer 2:18 Stunden und Frauen 1:48.

Seit 1974 wird weniger Zeit für Bildung und Qualifizierung in der Freizeit verwendet. Hier spiegelt sich wider, dass der Nachholbedarf, z.B. bei der Qualifizierung der Frauen, im Wesentlichen abgeschlossen war. Ebenso hatte sich seitdem der Anteil der Berufstätigen mit abgeschlossener Berufsausbildung bzw. Studium erhöht. Die Weiterbildung

war häufig Bestandteil der Arbeitszeit. Insbesondere für junge Frauen mit Kindern wurde diese Möglichkeit geschaffen. Berufstätige Frauen zwischen 25 und 35 Jahren wendeten 1974 etwa doppelt so viel Zeit für Weiterbildung in der Arbeitszeit auf wie in der Freizeit.

Die auffälligste Veränderung innerhalb der Freizeit ist der drastische Rückgang der Zeiten für gesellschaftspolitische/ gemeinnützige Arbeit. Während 1974 noch 14% der Männer und 11% der Frauen in gesellschaftlichen Gremien mitarbeiteten, waren es 1990 nur noch jeweils 3%. Hierin treten die Umwälzungen in der Gesellschaft besonders deutlich hervor. Zur Zeit der Befragung, im Mai 1990, existierten die meisten der ehrenamtlichen Gremien nicht mehr, in denen bisher Hunderttausende von Bürgern mitgearbeitet hatten. Dazu gehörten die Wohnbezirksschüsse, die Arbeiter- und Bauern-Inspektionen, Verkaufsstellenausschüsse, Hausgemeinschaftsleitungen sowie ehrenamtliche Tätigkeiten in Betrieben, Gewerkschaft und Parteien.

Die Zeitverwendung für den Besuch kultureller Einrichtungen ist seit 1974 angestiegen. Sie wurden im Vergleich zu 1974 auch von mehr Menschen genutzt.

Die meisten Freizeittätigkeiten wurden am Wochenende deutlich länger als an Arbeitstagen ausgeübt.

Nach der «Wende»
drastischer Rückgang der
gesellschaftspolitischen
und gemeinnützigen
Freizeitaktivitäten

*Schlangestehen auch noch nach der
«Wende» – Leipzig im Juni 1990*

Foto: Bundesbildstelle Bonn



Die Art und Dauer von Freizeittätigkeiten werden auch vom Bildungsstand und der sozialen Stellung beeinflusst. So zeigen sich selbst bei so allgemeinen Gewohnheiten wie beim Fernsehen Differenzierungen. Berufstätige mit einem Berufsabschluss als Facharbeiter/Meister weisen längere Fernsehzeiten auf als Berufstätige mit Hoch- und Fachschulabschluss. Lehrlinge, Studenten und Schüler haben gegenüber allen anderen Personen die weitaus höchsten Zeiten für den Besuch kultureller Einrichtungen sowie die aktive körperliche Betätigung.

Für eine Reihe von Freizeittätigkeiten werden im Zeitbudget eines Tages im Durchschnitt weniger als 10 Minuten ausgewiesen. Das betrifft z.B. Zeiten für die Weiterbildung, die gesellschaftspolitischen/gemeinnützigen Tätigkeiten, die künstlerische Betätigung und den aktiven Sport. Diese geringen Zeiten resultieren daraus, dass nur 3 bis 6% aller befragten Personen diese Tätigkeiten ausgeübt haben. Bezieht man die ermittelten Zeiten nur auf die ausübenden Personen, ergeben sich wesentlich höhere Werte.

Verschiedentlich war zu erkennen, dass die Daten über die Zeitverwendung 1990 im Vergleich zu den Vorjahren neue Entwicklungsrichtungen anzeigen. Das betrifft die Erwerbstätigkeit einschliesslich der Wegezeiten, die Struktur der Hausarbeitszeit und in besonderem Masse die Freizeit.

Die gesellschaftlichen Veränderungen auf dem Wege in die soziale Marktwirtschaft und neue Erfahrungen, wie z.B. die Möglichkeit zu reisen, haben bereits Anfänge veränderter Rangfolgen in den Bedürfnissen bewirkt. Es kann noch nicht beurteilt werden, inwieweit sich neue Gewohnheiten herausbilden oder ob nur das bewegte Jahr 1990 an den veränderten Tagesabläufen schuld ist.

Von der «breiten Rollbahn zum Kommunismus» zur «Freizeit-Gasse» – Kultur und Kunst als Volksbildung und als «Nische»

Eva-Maria Eisold

«Der Freizeit eine Gasse» – das aufmüpfige Leipziger Kabarett «Die Pfeffermühle» machte Mitte der 70er Jahre mit seinem gleichnamigen Programm eine verbreitete Stimmung publik. Die Erbauer der neuen Welt meldeten nach dem offiziell verkündeten Sieg des Sozialismus nun nachdrücklich den Anspruch an, dass ihre privaten Interessen künftig eine planmässig angemessene Berücksichtigung zu finden hätten. Neben der breiten Rollbahn zum Kommunismus sollte es wenigstens eine Gasse geben, in der es sich selbstgeplant leben liess.

Die Freizeitnische «Kultur» war zwar schon frühzeitig erkannt und genutzt worden, aber auch sie unterlag letztlich den Bedingungen einer zentralstaatlich durchgeplanten Entwicklung. Die Kultur der DDR hatte von Anfang an zwei Funktionen: Zum einen war sie Vorzeigeobjekt für Traditionsbewusstsein und Pflege des kulturellen Erbes, zum anderen Mittel zur allseitigen Ausbildung und Erziehung sozialistischer Persönlichkeiten. Dabei wurde im statistischen Sinne immer unterschieden zwischen Volksbildung (einschliesslich Hoch- und Fachschulen) und Kultur, bei der die Kosten für Funk und Fernsehen grundsätzlich mitgerechnet wurden.

Durchschnittlich lagen die Aufwendungen im zentralen Staatshaushaltsplan für Kultur und Bildung etwa gleich hoch wie für das Gesundheits- und Sozialwesen. 1950 beispielsweise wurden pro Kopf der Bevölkerung insgesamt 79 Mark für Kultur und Bildung aufgewandt und 76 Mark für Gesundheits- und Sozialwesen. Im Jahre 1988 standen nach gleichen Kriterien bemessen ungefähr 1'200 Mark zur Verfügung, die jeweils für Kultur und Bildung sowie für das Gesundheits- und Sozialwesen ausgegeben wurden. Der Betrag für die künstlerische Kultur hatte sich von 17 Mark im Jahr 1950 auf 235 Mark pro Kopf im Jahr 1988 erhöht.

Man liess es sich etwas kosten, weltweit den selbstgesetzten Anspruch der gebildeten Nation unter Beweis zu stellen. Wobei zu berücksichtigen ist, dass die im Staatshaushaltsplan ausgewiesenen Mittel nur einen Bruchteil der wirklichen Aufwendungen ausmachten.

Der Staat liess sich die «Kultur» was kosten

Die jährlich zwischen Gewerkschaft und Betriebsleitung ausgehandelten Betriebskollektivverträge beinhalteten auch den Kultur- und Sozialfonds. Er wurde in Abhängigkeit von der Belegschaftsgrösse und dem Betriebsergebnis gebildet. In ihm waren die Mittel für Kuren, Sonderprämien und ähnliches festgeschrieben. Er enthielt auch genaue Angaben für die Pro-Kopf-Ausgaben in den Bereichen Kultur, Sport und Bildung. Alle Grossbetriebe verfügten beispielsweise über eigene Kulturhäuser, die nicht nur den Betriebsangehörigen offenstanden, sondern allen im Einzugsbereich Wohnenden. Die Betriebssportgemeinschaften und die Betriebsakademien für die Weiterbildung der Werktätigen erhielten gleichfalls jährlich Zuwendungen, die nach einem zentralen Gewinn-Verteilungsschlüssel berechnet wurden. Durchschnittlich können so weitere 200 Mark angesetzt werden, die in den 80er Jahren für jeden Werktätigen im Bereich Kultur und Bildung zur Verfügung standen.

Auch die niedrigen staatlich gestützten Preise für kulturelle Veranstaltungen aller Art trugen das ihre dazu bei, für die Bevölkerung Anreize zu deren Besuch zu schaffen. Kinokarten waren für eine bis vier Mark, Theaterkarten für 3 bis 15 Mark zu erhalten. Der Museumsbesuch kostete in der Regel eine Mark.

Gleichfalls flossen über die Fonds der gesellschaftlichen Organisationen und Verbände Mittel für die Kultur in den gesellschaftlichen Kreislauf zurück. So nutzten die «Freie Deutsche Jugend», der «Deutsche Turn- und Sportbund», der «Demokratische Frauenbund Deutschlands», die «Gesellschaft für Sport und Technik», die «Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft», die «Akademie der Künste» und der «Kulturbund» sowie die Blockparteien ihre Mittel für gezielte kulturelle Aktivitäten. Hinzu kam das Engagement der zentral geführten Künstlerverbände, die die ihnen zugewiesenen Gelder zum Beispiel für Ausstellungen, Lesungen, experimentelle Konzerte und Aufführungen von Theaterstücken oder Pantomime-Szenen verwandten. Hier waren im Sinne einer weitgehend weltoffenen Kulturauffassung stets Versuche spürbar, das Korsett der geplanten Kulturentwicklung zu sprengen. Diese Bemühungen gerieten immer mehr mit den relativ engen Vorstellungen der zentralen Kulturbürokratie in Kollision. Damit kommen wir schon auf die Inhalte des Kulturbetriebes zu sprechen.

Die Sowjetunion hatte 1947 damit begonnen, in ihrer Besatzungszone das eigene gesellschaftliche System nachdrücklich Schritt für Schritt einzuführen. Alle Versuche eines demokratischen Neuanfangs im Osten Deutschlands wurden damit zunehmend unterdrückt. Im kulturellen Bereich konnte in einem zähen taktischen Kleinkrieg wenig-

stens soviel «Freiheit» errungen werden, dass neben dem als vorbildlich verstandenen russischen Erbe auch das klassische deutsche Erbe akzeptiert und als massstabsetzend für die deutsche Kunstentwicklung im Osten betrachtet und genutzt werden konnte. Dies hatte einschneidende Folgen für die Spielplanpolitik der Theater und Orchester, für Ausstellungskonzeptionen und auch nahezu alle anderen Bereiche der künstlerischen Kultur.

Die «Hüter der Kultur» im östlichen Teil Deutschlands sagten dem westlichen Teil eine zunehmende «Amerikanisierung» des kulturellen Lebens nach und erklärten sich zu alleinigen Sachverwaltern und Bewahrern aller progressiven Bestrebungen und Leistungen des deutschen Kulturerbes.

Es ist vorstellbar, dass in einem so straff organisierten und kontrollierten System eine «Freizeit-Gasse» argwöhnisch betrachtet wurde. Ihre



*Helene Weigel in der deutschen
Erstaufführung von Bert Brechts
«Mutter Courage und ihre Kinder»
am 11.1. 1949 im «Deutschen
Theater» Berlin*

Foto: ADN

Installierung war aber seit Mitte der 70er Jahre unumgänglich geworden. Mit ihr fielen aber Stück um Stück die engen Begrenzungen im Innern. Die weltweite staatliche Anerkennung der DDR, die «Reisefreiheit nach Osten» bewirkten neben dem von der KSZE-Konferenz in Helsinki eingeleiteten Prozess ein Übriges.

Im Folgenden sollen anhand statistischen Materials die Entwicklungen aufgezeigt werden, die sich innerhalb des skizzierten politischen Rahmens im kulturellen Sektor der DDR vollzogen haben.

Betrug die Besucherzahl in den Museen für 1949 fünf Millionen, so lässt sich in Anbetracht der rund 20 Millionen Besucher 1970 bereits ein stark zugenommenes Interesse der Bevölkerung für diese Kulturbereiche erkennen.

52 Millionen Besucher

Die Besucherzahlen der Museen schnellten in den 70er Jahren nahezu explosionsartig nach oben. Waren es 1970 noch 19,8 Millionen, die ihre Schritte in die 552 «Musentempel» lenkten, so zählte man fünf Jahre später in dem mittlerweile auf 610 Einrichtungen angewachsenen Bereich bereits 30,3 Millionen Besucher. Diese Zahlen blieben von da an bis zum Jahre 1989 fast konstant. In diesem Jahr konnten die nun 751 Museen insgesamt 32,2 Millionen Interessenten verbuchen. Verglichen mit 1945 oder 1949, als «nur» 5 Millionen in den etwa 300 funktionsfähigen Museen gezählt wurden, hatte sich die Besucherzahl damit gut versechsfacht.

Ursachen für die Entwicklung liegen im gewachsenen Bildungsniveau der Bürger und in ihrem Bestreben, die eigene Identität zu finden und zu unterstreichen. Zum anderen hatten die Museen, namentlich die der künstlerischen Bereiche, seit 1970 einen grösseren Spielraum, attraktive Ausstellungen zusammenzustellen. Der Leihverkehr mit Museen auch der westlichen Länder konnte im Zuge der diplomatischen Anerkennung der DDR auf internationaler Ebene wesentlich erweitert werden. Ein sichtbarer Höhepunkt war die Ausstellung «Kunst der Dürer-Zeit», die im Zusammenhang mit der «Nationalen Dürer-Ehrung» der DDR 1971 in Dresden stattfand. Hier konnten erstmals Leihgaben aus acht nichtsozialistischen Ländern besichtigt werden. Ähnlich stellte sich ein Jahr später auch das Ergebnis dar, das im Zusammenhang mit der «Cranach-Ehrung» in der DDR erzielt wurde. Diese beiden Beispiele sollen hier nur stellvertretend für die Bemühungen der DDR stehen, attraktive Gedenktage und Jubiläen für die Durchsetzung ihrer eigenen kulturpolitischen Ziele zu nutzen.

Historische Gedenkstätten und das in der DDR vorhandene Museumsgut wurden mit erheblichem Aufwand für solche Zwecke genutzt. In der DDR wurde schon früh ein relativ grosser Kraftaufwand darauf

konzentriert, international vorzeigbare Kultur-Denkmale zu präsentieren. Das «Goethe-Haus» am Weimarer Frauenplan und die «Berliner Nationalgalerie» wurden im Jahr 1949 der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht. 1954 war es die Wartburg bei Eisenach, die zunächst vor allem wegen ihres Symbolgehalts für die demokratischen Bestrebungen des Bürgertums im 19. Jahrhundert genutzt werden sollte.

Im Jahre 1983 liess sich dieser Ort ebenfalls für den reformationsgeschichtlichen Hintergrund ausnutzen, der im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum 500. Geburtstag Martin Luthers kulturpolitisch relevant geworden war. Schon lange vor der Grenzöffnung 1989 kamen auch viele Besucher aus der Bundesrepublik Deutschland zu diesem Ort, der auf markante Weise deutsche Geschichte symbolisiert. 1989 wurden hier 500'000 Besucher gezählt.



Museen erfreuten sich grosser Beliebtheit

Foto: ADN

Kultur- und Kunstmetropole Dresden

Rund dreimal soviele Besucher wurden im gleichen Jahr in den Staatlichen Kunstsammlungen Dresdens gezählt. Sie waren neben den Berliner Museen sozusagen das Flaggschiff im DDR-Museumswesen, und von daher der besonderen staatlichen Fürsorge anheimgestellt. Nachdem 1956 mit dem Wiederaufbau der Dresdner «Sempergalerie» das Ensemble des Zwingers aus den Trümmern des Krieges wieder erstanden war, wurde die Ausstellung der «von der Sowjetunion gereteten Kunstwerke» zu einem Publikumsmagneten ersten Ranges. Dazu gehörten viele Kunstschatze der Weltkunst wie die «Sixtinische Madonna» von Raffael, die «Schlummernde Venus» von Giorgione, der «Zinsgroschen» von Tizian oder der «Dresdner Altar» von Dürer.

Viele ursprünglich als Reparationsleistung für die im Krieg entstandenen Schäden an die Sowjetunion übergebene Kunstschatze kehrten so nach und nach an ihren historisch angestammten Ort zurück. Das betraf auch grosse Teile der Berliner Sammlungen, darunter den Pergamon-Altar oder wertvolle Buchbestände und Archivalien aus dem Gothaer «Schlossmuseum», der «Staatsbibliothek» oder der «Deutschen Bücherei» in Leipzig.

Im internationalen Vergleich verfügte die DDR über einen relativ grossen Schatz an Werken der nationalen Kunst und Kultur sowie der Weltkunst. Er vermittelte den Bürgern durchaus das Gefühl, jener Kulturnation anzugehören, die ihnen die Medien geflissentlich offerierten.

Über die Verteilung des Interesses auf die verschiedenen Arten von Museen liegen seit 1970 detailliertere Angaben vor. Rund ein Drittel aller Besucher (diese Relation bleibt bis 1989 weitgehend konstant) waren Gäste in den Kunstmuseen. Je ein Fünftel der Besucher im gleichen Zeitraum entfielen auf Geschichts- beziehungsweise Heimatmuseen. Nur etwa jeder fünfte Museumsbesucher wurde in den technischen oder literaturgeschichtlichen Einrichtungen registriert, während 10 von 100 Besuchern Interesse an den Naturkundlichen Museen und den dort gezeigten Objekten der Entwicklung der Flora und Fauna bekundeten. Das «Naturkundemuseum» in Berlin konnte im Jahre 1989 rund 500'000 Besucher verzeichnen.

Der Anspruch, das nationale Kulturerbe im progressiven Sinne fortzuführen, erforderte eine stete Förderung des zeitgenössischen Kunstschaffens. Dazu wurden erhebliche Mittel für Auftragswerke und Objekte der baubezogenen Kunst eingesetzt. Während für Wandbilder, Brunnen, Plastiken und Denkmale zunächst planmässig 1,5% der Investitionssumme der Bauwerke eingeplant und realisiert wurden, reduzierte sich dieser Prozentsatz mit dem Einsatz des industriellen Massen-

wohnungsbaus ab 1971 auf 0,5%. Er war seitdem nicht mehr objektgebunden, sondern stand zum Beispiel für Wohngebietszentren und deren künstlerische Aufwertung zur Verfügung. Aus dem Kulturfonds – er wurde beispielsweise durch einen Aufschlag von 0,05 Mark auf alle Kino- und Theaterkarten gebildet – flossen zusätzliche Mittel, um besonders wichtige künstlerische Projekte zu finanzieren. Auch hier gab es zusätzlich zugeführte staatliche Mittel, die mit verwendet wurden.

International vielbeachtet war im Jahr 1987/88 die X. Kunstausstellung der DDR. Rund 1,1 Millionen Besucher kamen nach Dresden, um die neuesten Gemälde, Grafiken, Plastiken, Fotografien, Karikaturen und kunsthandwerklichen Erzeugnisse oder die Arbeiten der Gebrauchsgrafik, der Mode- und Szenengestaltung sowie der industriellen Formgestaltung (Design) zu betrachten. Die Tradition dieser Dresdner Ausstellungen reicht bis ins Jahr 1946 zurück. Damals fand die «1. Allgemeine Deutsche Kunstausstellung» statt, die sich zum Ziel gesetzt hatte, nach den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft alle «progressiven» und verfeimten Künstler Deutschlands (aller vier Besatzungszonen) mit ihren neuesten Werken vorzustellen und die während dieser Zeit umgekommenen Künstler postum zu ehren. Dieser gesamt-nationale Anspruch wurde bis 1953, bis zur «3. Deutschen Kunstausstellung», beibehalten.

Die Deutschen Kunstausstellungen, später die Kunstausstellung der DDR, wurden von einer wachsenden Zahl von Interessenten besucht. Die Gewerkschaften und Massenorganisationen förderten durch gezielt vergebene Mittel Fahrten nach Dresden (Sonderzüge). Zwischen 1958 und 1967 verdoppelten sich die Besucherzahlen der Dresdner Kunstschauen auf rund 240'000. Bereits 1972, zur VII. Kunstausstellung, wurden 635'000 Kunstfreunde gezählt, ab der «VIII.» verzeichnete die Statistik jeweils gut eine Million.

Dieses Interesse an der zeigenössischen bildenden Kunst war keineswegs künstlich erzeugt. Es reflektierte das Gefühl eines grossen Teils der Bevölkerung, dass in den Kunstwerken etwas zum Ausdruck gebracht wurde, was sonst so nirgendwo anzutreffen war.

Als am 7. 9. 1945 das «Deutsche Theater» in Berlin mit der Premiere von Lessings «Nathan» neu eröffnet wurde, lag das Land noch in Schutt und Asche, aber der Wille zum Neuanfang war gerade angesichts dieser Tatsache ungebrochen. Sowjetische Reparationskommandos demontierten Gleise, Fabriken, Maschinen, konfiszierten technische Dokumente und Ausstattungen. In dieser Situation rekonstruierten 1948 deutsche Baukollektive das zerstörte Nationaltheater in Weimar und das Schauspielhaus in Dresden.

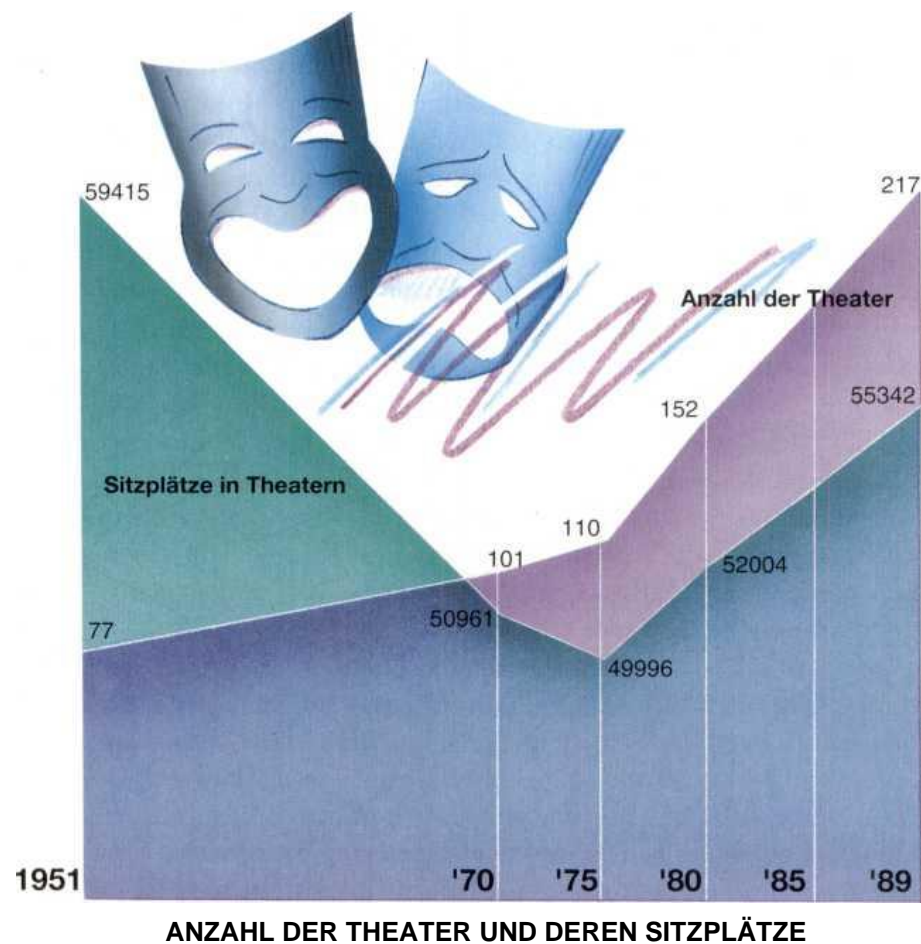
Gut 1 Million Besucher
bei der X. Kunst-
ausstellung der DDR

Nie mehr erreichter
Zuschauer-Rekord
in der Theater-Saison
1950/51

Beides waren symbolische Handlungen, die bei der herrschenden Wohnungsnot nur mit dem Wunsch erklärt werden konnten, Zeichen kulturellen Aufbruchs zu setzen.

Bereits 1949 spielten wieder 75 Theater, allerdings meist in provisorischen Spielstätten. Die Bevölkerung reagierte auf dieses Freizeitangebot sehr stark. In der Spielzeit 1950/51 füllten 14 Millionen Menschen die Zuschauersäle. Dieses Rekordergebnis wurde von da an nie wieder erreicht, und das, obwohl durch organisatorische Massnahmen (Theaterfahrten, Gruppenanrechte, Brigadefahrten) und durch niedrige Preise der Besuch der Theater stark gefördert wurde.

Das «Anrechtswesen» (vergleichbar dem Abonnementwesen in Westdeutschland) war ein stark verbreitetes Mittel, um die Menschen durch attraktive finanzielle Vorteile zum regelmässigen Theaterbesuch zu animieren. 1989 konnte jede dritte der insgesamt 9 Millionen Eintrittskarten auf diese Weise verkauft werden. Aufschlussreich ist auch der Blick auf die «Verbrauchergewohnheiten», die sich seit Anfang der 60er Jahre kaum gewandelt haben. Rund 40% des Besucheranteils entfielen stets auf die Schauspielbühnen, während Oper und Operette je-



weils 20% der Besucher für sich verbuchen konnten. Das anhaltend stabile Interesse an der Schauspielkunst lässt sich aus attraktiven Inszenierungen der deutschen und internationalen Klassik erklären, die regelmässig im Repertoire gehalten wurden. Es hat sicher auch seine Gründe in der vorsichtigen, aber durchaus spürbaren Aktualisierung, mit denen die «unverdächtigen» Texte genau auf den zeitkritischen Punkt hin inszeniert wurden. Premierieren am «Deutschen Theater», im Berliner Ensemble, am Dresdner Staatsschauspiel oder am Schweriner Theater wirkten meist als eine Art Geheimtip für die Schauspielgemeinde in der DDR.

Nachdem die DDR bereits in den 50er Jahren erhebliche Mittel in den Wiederaufbau der zerstörten Theaterhäuser, wie z.B. der «Deutschen Staatsoper», des «Deutschen Theaters» oder der «Komischen Oper», gesteckt hatte, gab es auch eine Reihe von Neubauten, mit denen die kulturelle Infrastruktur verbessert werden sollte. Dessau erhielt einen Theaterneubau, Leipzig bekam sein Schauspielhaus und später die «Neue Oper», ähnlich sah es auch in den anderen Bezirksstädten aus. Das letzte der vor allem international vorzeigbaren Objekte war die spektakuläre Rekonstruktion der im Kriege bis auf die Grundmauern ausgebrannten Semperoper in Dresden.

Bei insgesamt knapper Kasse belasteten solche Vorzeigeobjekte naturgemäss den Etat, der normalerweise für die Modernisierung von schon vorhandenen Bühnen benötigt worden wäre. Bauliche Substanz und technische Ausrüstung in den meisten Theatern verfielen in den 80er Jahren und mussten zum Teil bei laufendem Spielbetrieb notdürftig nachgebessert werden. In dieser Zeit entstand eine Reihe von Spielstätten, in denen Theater der kleinen Form und Experimentelles vorgestellt wurden. Man spielte «unterm Dach», «auf der Treppe», «im Foyer» oder schlicht «auf der Probebühne» und «im Keller». Die Resonanz auf dieses Angebot war so gross, dass aus den einstigen Improvisationsobjekten feste Spielstätten wurden, die sich den Ruf alternativer Kulturzentren erwarben.

Insgesamt gesehen hat sich die Zahl der Theater in der DDR von 1951 bis 1989 fast verdreifacht. Den 77 Häusern von 1951 standen im letzten Jahr 217 Einrichtungen gegenüber. Ungefähr jede siebente Bühne war dabei speziell Kindern und Jugendlichen vorbehalten. Schon im Herbst 1945 war in Leipzig das «Theater der Jungen Welt» als erste Jugendbühne Deutschlands eröffnet worden. Es widmete sich fortan der musischen Bildung und Erziehung des Nachwuchses. In anderen Bezirksstädten wurden im Laufe der Zeit ähnliche Institutionen gebildet. Grosser Beliebtheit erfreute sich beispielsweise das Berliner «Theater

Die Zahl der Theater
verdreifachte sich

der Freundschaft», das jährlich rund 100'000 Besucher verzeichnete. So gut wie jede Bühne der DDR hatte darüber hinaus speziell für die Altersgruppe 10 bis 18 Jahre ein eigenes Angebot im Repertoire. 1959/60 waren es 14,2% aller Stücke, und der Prozentsatz war 1989 mit 32% mehr als doppelt so hoch wie drei Jahrzehnte zuvor.

Eine besondere Form der Publikumsansprache bildeten die «Staatlichen Puppentheater», die 1989 auf 23 Einrichtungen verweisen konnten. Die 2'300 Plätze nehmen sich an der Gesamtzahl der Theaterplätze gemessen zwar relativ bescheiden aus, bei einem durchschnittlichen jährlichen Besucherandrang von gut einer halben Million lässt sich die Beliebtheit dieser Kleinkunstform dennoch deutlich machen. Eine hohe künstlerische Qualität des Angebots wurde durch 14 qualifizierte Puppenspielerensembles garantiert, die meist nicht nur die Aufführung



selbst bestritten, sondern auch die Gestaltung der Puppen und der Bühnenausstattungen übernahmen.

Eine beliebte Form der Unterhaltung waren die Kabarets. 1989 konnten sie auf eine halbe Million Besucher verweisen. Sie hatten – gewissermassen als Ventilfunktion – die Chance eingeräumt bekommen, jene Fehlentwicklungen und Mängel aufzuspiesen, die «uns an uns selber stören», wie es im offiziellen Sprachgebrauch der Medien hiess. In den meist moralisierenden Sketchen gab es Attacken gegen Herzlosigkeit, Bürokratismus und Schlamperei oder gegen Erscheinungen kleinbürgerlicher Borniertheit.

Eine beliebte und oft wiederholte Floskel in den Kulturberichten war das Wort von der allseitig gebildeten Persönlichkeit, die ihre Freizeit für schöpferische Aktivitäten nutzt. Für diesen Zweck wurden erhebli-

«Künstlerisches Volksschaffen»



*Eröffnung der 22. Arbeiterfestspiele
in Frankfurt/Oder 1988*

Foto: ADN

che Mittel aus den verschiedensten Finanztöpfen bereitgestellt. Gut die Hälfte wurde von den Gewerkschaften und gesellschaftlichen Organisationen getragen. Die zuletzt 861 hauptamtlich geleiteten Kultur- und Klubhäuser brachten immerhin eine Kapazität von 414'000 Plätzen.

Die hier organisierten 460'000 Veranstaltungen, darunter solche zu den Themen Kultur, Politik und Naturwissenschaften, zählten 50 Millionen Besucher. Statistisch gesehen ging damit jeder DDR-Bürger dreimal im Jahr in ein Kulturhaus zu Veranstaltungen der unterschiedlichsten Form. Dabei entfielen knapp 30% auf künstlerische Veranstaltungen. 17 von 100 Besuchern wurden in Tanzveranstaltungen gezählt, und immerhin mehr als 10% besuchten die Kunstausstellungen.

In den 12'400 ehrenamtlich geleiteten Klubs, die zum grossen Teil von der Jugendorganisation FDJ geleitet wurden, lag der Schwerpunkt eindeutig auf dem Freizeitvergnügen. Von den 40 Millionen Besuchern gingen allein 60% zu den Tanzveranstaltungen.

Alle diese Einrichtungen hatten in der Regel auch ein sehr breit gestaffeltes sogenanntes Zirkelangebot. Es umfasste im allgemeinen die Bereiche angewandte und bildende Kunst, Musik, Chor, Literatur, Amateurtheater, Kabarett und Volkstanz. Zur Leitung dieser Zirkel konnten oft Berufskünstler gewonnen werden, die eine fachlich fundierte Anleitung garantieren konnten. 1989 waren in den 24'000 registrierten «Kollektiven des künstlerischen Volksschaffens» 312'000 Mitglieder eingetragen. Die Hälfte davon gehörten der Sparte Instrumental- und Volksmusik an, während sich etwa jeder Fünfte für bildende und angewandte Kunst interessierte.

Ein Blick auf die altersmässige Zusammensetzung dieser Kollektive ist aufschlussreich. 16,5% der Mitglieder waren 1989 unter 14 Jahren. Jeder vierte war zwischen 14 und 25 Jahren alt, das Gros der Teilnehmer (57,1%) war älter als 25 Jahre. Die soziale Schichtung belegt, dass reichlich die Hälfte aller Zirkelteilnehmer Arbeiter und Angestellte waren. Ein Viertel muss zu den Schülern gerechnet werden, der Rest verteilt sich auf Lehrlinge, Studenten und Rentner.

Ab 1959 zeigten die «Volkskünstler» in regelmässigem Abstand bei landesweiten Arbeiterfestspielen ihr Können. Diese Festspiele waren auch als Leistungsvergleich angelegt, bei dem in der Regel die Besten jedes Jahrgangs geehrt wurden. Die 22. Arbeiterfestspiele in Frankfurt/Oder 1988 hatten etwa 1,2 Millionen Besucher, die an den rund 700 Veranstaltungen teilnahmen. Etwa 20'000 Volkskünstler waren beteiligt. Um zu diesen «zentralen Leistungsschauen» delegiert zu werden, war eine Art Vorprüfung erforderlich, die auf Bezirksebene erfolgreich

zu absolvieren war. Bei den sogenannten Betriebsfestspielen verglichen Juroren die Leistungen und empfahlen gegebenenfalls die Gruppen.

Das «Gewandhausgebäude» im Leipziger Zentrum war der erste und letzte Kulturneubau der DDR, der von Anfang an im technischen und architektonischen Bereich am aktuellen Weltstand orientiert war. Die erheblichen Devisenerträge, die die jährlichen Tourneen des Leipziger Ensembles in die Staatskasse einspielten und der Ruf des Orchesters erlaubten es Gewandhauskapellmeister Kurt Masur, von Beginn an auf die Gestaltung und Ausstattung des Prachtbaues Einfluss zu nehmen. Dies war und blieb eine Ausnahme in der DDR-Geschichte. Dennoch wurde über die Jahre hin ein erheblicher Aufwand betrieben, um eine lebendige Musikkultur zu garantieren. Jedes dritte Konzert gehörte 1970 zur Kategorie Sinfonie oder Kammermusik (31,9%), der grössere Teil entfiel auf Unterhaltungskonzerte im weitesten Sinne. Zehn Jahre später hatten sich diese Anteile auf ein Verhältnis von 4 zu 6 verändert. Massgebend für diese Entwicklung war der sprunghafte Anstieg von Konzerten der kleinen Form, den Kammermusiken. Ihre Zahl hatte sich zwischen 1970 und 1989 mehr als verdoppelt: Von jährlich 512 auf 721 derartiger Veranstaltungen.

Von «Klassik»
zu «Pop» –
Orchester und
Konzertleben



Das Gewandhaus Orchester war unter der Leitung Kurt Masurs eines der kulturellen Aushängeschilder der DDR Foto: ADN

Obwohl die Veranstaltungszahl insgesamt im genannten Zeitraum nahezu konstant blieb, stieg die Zahl der Besucher von 2,1 Millionen 1970 auf ungefähr 3,5 Millionen 1989. Den grössten Anteil an diesem Zuwachs hatten aber nicht die klassischen Genres, sondern die der Unterhaltungsbranche. Während 1970 noch gut 63% aller Konzertbesucher in Veranstaltungen der sinfonischen oder kammermusikalischen Form gezählt werden konnten, waren es 1989 nur noch etwa 50%. Dem verbreiteten Bedürfnis nach leichter Unterhaltung wurde also insgesamt im Konzertangebot stärker entsprochen.

Zur Vielfalt des Konzertlebens in der DDR trugen zu einem erheblichen Teil die Veranstaltungen der Konzert- und Gastspielform bei. Ihr oblagen alle Veranstaltungen im Bereich der sogenannten U-Kunst (Unterhaltungskunst). Die Zahl der von ihr 1965 betreuten Veranstaltungen hatte sich bis 1989 von 25'063 auf 46'810 erhöht. Dieser Erhöhung um 87% stand aber nur ein Besucherzuwachs von rund 62% gegenüber. Rein statistisch gesehen war damit 1989 zwar fast jeder DDR-Bürger einmal in einer solchen Veranstaltung (15,2 Millionen standen rein rechnerisch hoch über den 9,4 Millionen von 1965), aber ein gewisser Frust an staatlich organisierter Unterhaltung lässt sich aus der unterschiedlichen Entwicklung durchaus ablesen.

Der Leipziger Thomanerchor ist eine der ältesten deutschen Sängervereinigungen

Foto: ADN



Im klassischen Bereich standen die traditionsreichen Orchester in der DDR im Mittelpunkt der weltweit orientierten Agenturen: die bereits 1548 gegründete «Dresdner Staatskapelle», das 1742 gegründete Orchester der «Deutschen Staatsoper Berlin» oder das ein Jahr später aus der Taufe gehobene «Gewandhaus-Orchester» in Leipzig. Ihrem schöpferischen Wirken und der nachdrücklichen Pflege des musikalischen Erbes solcher Künstler wie Bach in Leipzig, Händel in Halle oder Telemann in Magdeburg verdankte die DDR-Musikkultur zu grossen Teilen ihr internationales Renommee.

Das konnte auch dadurch gesichert werden, dass in den zuletzt 87 Orchestern, darunter 55 Sinfonie-Orchestern, 5'500 hochschulmässig ausgebildete Musiker tätig waren. Jährlich verliessen beispielsweise 120 Absolventen die vier Musikhochschulen. Der Nachwuchs für sie wurde in den regional organisierten Musikschulen der Kreise, Städte und Bezirke nach dem Begabungsprinzip herangebildet. Dennoch konnte der Bedarf der Orchester an neuen Kräften aus dieser Quelle nur unzureichend gedeckt werden, was das Engagement von Musikern vornehmlich aus anderen Ostblock-Ländern notwendig machte. Ein erheblicher Teil der Musikhochschulstudenten aller Fächer ging nach dem Examen lieber den unbequemen Weg zu einer wenig abgesicherten Band und nicht in den Bereich des, wie es spöttisch hiess, abgesicherten Musik-Beamtenstandes. Eine relativ kleine Gruppe von wirklichen Enthusiasten der «alten Musik» fand sich zum Beispiel in Einrichtungen zusammen, wie dem «Dresdner Kreuzchor» oder dem «Thomanerchor» in Leipzig, die eine Ausnahmestellung in der DDR hatten. Hier gab es keine Aufnahmebeschränkung unter sozialen Gesichtspunkten. Die vergleichsweise grosse Chance, nicht nur eine solide musikalische, sondern im Wortsinne umfassende humanistische Bildung zu erfahren, zog viele Begabungen an.

Lesen war für Millionen DDR-Bürger eine echte Lebensgewohnheit. Die Verkaufszahlen waren dafür beredete Hinweise, wobei auch zu berücksichtigen ist, dass Bücher in der Regel staatlich subventioniert wurden und selten mehr als 10 Mark kosteten. Oft war der Gang in die Bibliothek um die Ecke der einzige Weg, um an ein besonders attraktives Buch zu gelangen. Aber auch da gab es manchmal monatelange Warte- oder Vormerkeziten.

Seit 1949 stieg die Buchproduktion ständig an, aber es gelang nie, das grosse Interesse an Büchern zu befriedigen. 1949, im Gründungsjahr der DDR, erschienen in den Verlagen 1998 Titel mit einer Auflage von 55,4 Millionen Exemplaren; 20 Jahre später waren es bereits 5'254

Berühmte Orchester
und Chöre mit
internationalem
Publikum

Buchproduktion – Angebot reichte nicht aus, um Nachfrage zu decken

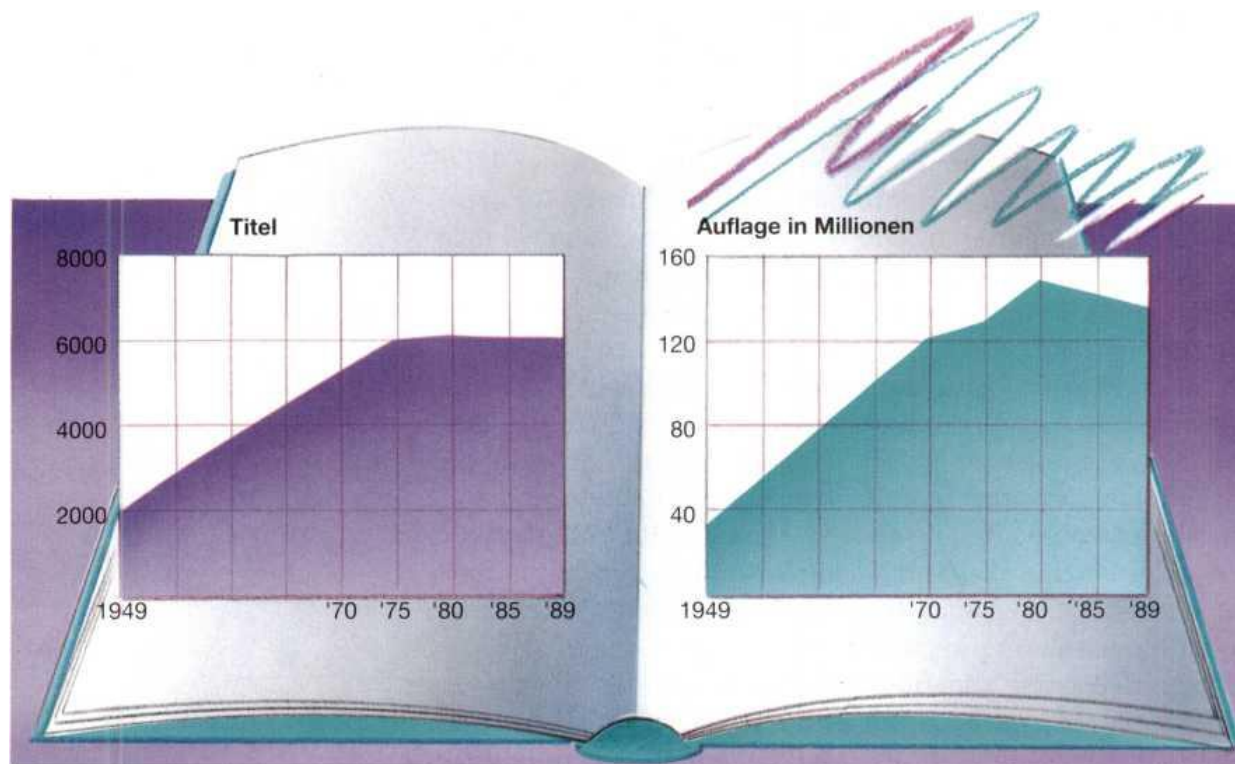
Titel. 1989 erschienen 6'073 Buchtitel mit einer Gesamtauflage von 136,9 Millionen Exemplaren.

Gemessen an der Einwohnerzahl kamen damit acht Bücher pro Jahr und Kopf der Bevölkerung auf den Markt. Damit gehörte die DDR international zu den Ländern mit der höchsten Buchproduktion. Statistisch gesehen verfügte jeder DDR-Haushalt im Durchschnitt über etwa 150 Bücher.

Ein Drittel aller im Jahr 1989 herausgegebenen Titel kam aus dem Bereich der Belletristik. Zur Sparte Kinder- und Jugendliteratur gehörten 850 Titel mit einer Gesamtauflage von 27 Millionen Exemplaren.

Grosse Aufmerksamkeit der Verleger galt den zeitgenössischen Schriftstellern. Die Verlage übernahmen zusammen mit dem Schriftstellerverband hier eine staatlich gestützte Literaturförderung. Davon profitierten nicht nur die renommierten Schriftsteller, sondern vor allem der zahlreiche Nachwuchs. Das Interesse an der DDR-Literatur nahm seit Mitte der 60er Jahre zu. Besondere Aufmerksamkeit widmete das DDR-Verlagswesen der Edition von Büchern osteuropäischer Literatur. Einen beachtlichen Anteil hatten daran insbesondere die sowjetischen Autoren, die, wie z.B. Tschingis Aitmatows Werke, zu ausgemachten Kassenschlagern wurden.

In den rund 80 Verlagen wurden im Jahr 1989 rund 17 Millionen Exemplare von Werken internationaler Schriftsteller herausgebracht.



BUCH- UND BROSCHÜRENPRODUKTION

Besondere Würdigung erfuhr auch international die literaturgerechte Übersetzung der Texte. Diese erhält besonderes Gewicht durch die Tatsache, dass im genannten Zeitraum Werke aus immerhin 50 Sprachen übertragen wurden. Eine ähnliche Sorgfalt galt auch für die verlegerische Betreuung von Titeln des klassischen nationalen und internationalen Erbes.

Um den Bestand an Literatur einem möglichst grossen Nutzerkreis zugänglich zu machen, wurde in den Gemeinden, Städten und Bezirken ein dichtes Netz von Bibliotheken aufgebaut. 1989 gab es in der DDR rund 17'000 haupt-, neben- und ehrenamtlich geleitete Bibliotheken. 80% von ihnen waren «Staatliche Allgemeinbibliotheken», die den öffentlichen Bibliotheken in der Bundesrepublik Deutschland in etwa vergleichbar waren. In vielen Grossbetrieben gab es zudem Bibliotheken, die von der Gewerkschaft betreut wurden. Welche Bedeutung den Bibliotheken zugemessen wurde, lässt sich an folgenden Ereignissen ablesen.

Rund 17'000
Bibliotheken

Bereits am 16. September 1945 wurde durch die sowjetische Militäradministration die Wiedereinrichtung der «Deutschen Bücherei» in Leipzig angeordnet. Ein Jahr später öffnete die «Deutsche Staatsbibliothek» in Berlin ihre Pforten. 1949 verfügten die damals bereits arbeitenden Bibliotheken über einen Bestand von 4,5 Millionen Exemplaren an Büchern und Broschüren, Zeitungen und Zeitschriften. Später kamen auch Schallplatten und Musikkassetten und andere audiovisuelle Materialien hinzu. 1989 hatten die 17'000 Einrichtungen insgesamt 101,5 Millionen Bestandseinheiten.

Das in den Jahren ständig differenzierter gewordene Angebot der Bibliotheken wurde von einer grossen Leserzahl angenommen. Jeder 4. Bürger war 1989 ständiger Nutzer dieser Einrichtungen. Neben der Buchausleihe führten die Bibliotheken auch eine Vielzahl von literarischen Veranstaltungen durch.

Betrug die Anzahl der Leser im Jahr 1949 etwa 1 Million, so hatte sie sich bis ins Jahr 1989 verfünffacht. Die Bibliotheken waren ständig bemüht, neue Leser zu werben. Bereits in der ersten Klasse erhielten die Kinder in speziellen Bibliotheksführungen Einblick in deren Benutzung. Wenn auch nicht alle Kinder zu aktiven Bibliotheksnutzern wurden, so wurde doch bei vielen die Lust am Lesen geweckt. Der Anteil der Kinder im Alter von 6 bis unter 14 Jahren betrug 1989 27,7%, der der Jugendlichen 24,2%.

Auch die Zahl der Entleihungen lässt ein reges Interesse an den Bibliotheken und ihrem vielfältigen Bestand erkennen. Mit einem Wachstum von 14 Millionen im Jahr 1949 auf 112,1 Millionen im Jahr 1989 entfielen damit zuletzt auf jeden Benutzer im Durchschnitt 23 Entleihungen pro Jahr.

Als am 3. Januar 1955 der «Deutsche Fernsehfunk» (DFF) mit der Ausstrahlung seines offiziellen Programms begann, standen pro 1'000 Haushalte gerade 12 Apparate bereit. Dennoch eroberten die monströsen Kästen vom Typ «Rembrandt» mit ihren gerade briefblattgrossen Schirmen schnell die Herzen der neuen Fernsehgemeinde. Der Bedarf lief bis weit in die 60er Jahre auch auf diesem Gebiet der Produktion davon.

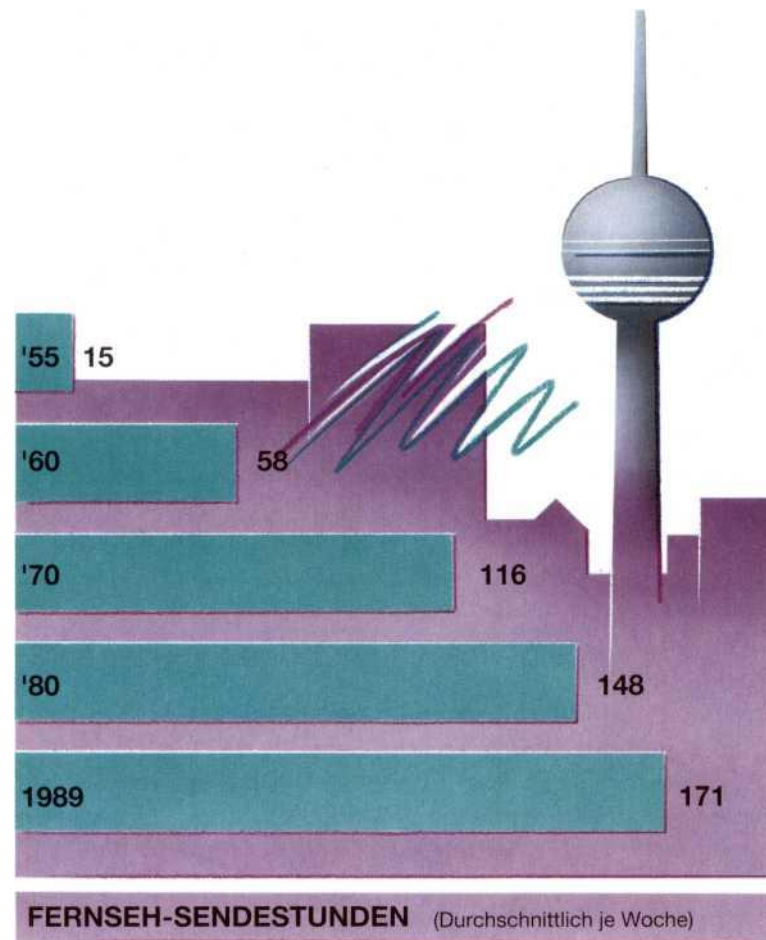
Das Fernsehen gewann in den folgenden Jahren zunehmend Einfluss auf das Freizeitverhalten der Menschen. Durchschnittlich wurde für die 80er Jahre ein Fernsehkonsum von mehr als einer Stunde täglich pro Person ermittelt. Zusammen mit den anderen Freizeittätigkeiten, wie der Lektüre von Büchern, dem Lesen von Zeitungen und Zeitschriften, dem Hören von Rundfunksendungen oder dem Besuch von Kultur- und Sportveranstaltungen, wurden etwa 17% der zur Verfügung stehenden arbeitsfreien Zeit einer Woche dafür verwandt. Die Ausstattung mit Fernsehempfängern hatte sich im Jahr 1989 auf 1293 pro 1'000 Haushalte erhöht.

Nachdem 1969 das II. Fernsehprogramm mit mehrstündigen Farbsendungen an den Wochenenden aus der Taufe gehoben wurde, verbesserten sich das Angebot und das Verbreitungsgebiet. Festzustellen ist, dass dem Fernsehen und seiner technischen und qualitativen Verbesserung ständige Aufmerksamkeit galt. Ein wichtiger Grund dafür war die starke Konkurrenz, denn auf etwa 80% des Territoriums der DDR war der Empfang von Sendungen der ARD und des ZDF möglich.

1989 strahlten das I. und II. Program der DDR insgesamt 8900 Sendestunden aus. Die «Fernseh dramatik» hatte daran einen Anteil von 28,4%. Die Beliebtheit von Fernsehfilmen (darunter auch mehrteiligen) lässt sich an dieser Zahl ablesen. Klassikerverfilmungen wie Falladas «Kleiner Mann, was nun» oder von Anna Seghers «Das siebte Kreuz» und «Das wirkliche Blau» sollen hier nur stellvertretend stehen. Eine hohe Einschaltquote erreichte auch die Sendereihe «Polizeiruf 110». Viele dieser Produktionen konnten auch an ausländische Fernsehstationen verkauft werden. Die Erlöse wurden ihrerseits zum Import ausländischer Filme und Produktionen verwendet.

Ein vergleichsweise grosses Interesse fanden auch die Sendungen der Bereiche Information und Politik (10,8%), der Unterhaltung (12,7%) oder über Sport (8,7%). Knapp jede 10. Sendestunde galt speziell den Kindern und Jugendlichen. Ähnlich gross wie der Anteil der Kinder und Jugendsendungen war auch der des Bildungsfernsehens. Mit seinen 721 Sendestunden (8,1%) diente es der Unterstützung des

Der unaufhaltsame Aufstieg des «Heim-Kinos»



Unterrichts in den Schulen. Schwerpunkte waren Sprachen und Naturwissenschaften.

Im Zuge der staatlichen Teilung Deutschlands entwickelten sich zwei eigenständige und in den Zielen konkurrierende Rundfunklandschaften. Die Auflösung der fünf Länder der DDR und damit die Änderung der regionalen Gliederung brachte 1955 die Unterordnung der ehemaligen fünf selbständigen Landessender unter den zentralen staatlichen Rundfunk. Diese Landessender strahlten von nun an das Grundprogramm von Radio DDR I und II aus. Sie hatten darüber hinaus die Funktion, regionale Programme zu gestalten und zu verbreiten. Radio DDR I und II, Radio Berlin International, der Deutschlandsender sowie der Berliner Rundfunk waren die alleinigen Programmanbieter bis 1964. In dem Jahr nahm der Jugendsender «dt 64» seine Aktivitäten auf.

Die Rundfunkprogramme konnten von allen Bürgern zunehmend auch im UKW-Bereich empfangen werden. Neben den Informationssendungen fanden Musiksendungen besonders regen Zuspruch. Der

Rundfunk

Rundfunk leistete damit einen wichtigen Beitrag zur Musikverbreitung und Musikproduktion. Für sie standen eigene Rundfunksinfonie- und Tanzorchester zur Verfügung. Die Musiksendungen berücksichtigten die ganze Breite der musikalischen Genres. Einen oft kaum bekannten Anteil hatte die «Funkdramatik». Die Bearbeitung von literarischen und dramatischen Werken in Hörspielen regte die Hörer mitunter dazu an, diese Werke auch zu lesen oder sich im Theater anzusehen.

Im Jahre 1989 wurden von allen Rundfunksendern insgesamt rund 97'400 Sendestunden ausgestrahlt, davon je zur Hälfte Wortsendungen und Musiksendungen. Die Tanz- und Unterhaltungsmusik hatte daran einen Anteil von knapp 70%. Für Kinder und Jugendliche wurden im gleichen Zeitraum 8'200 Stunden gesendet, das entspricht einer Größenordnung von 8%.

Zum Pressewesen der DDR zählten die Tageszeitungen, die Wochenzeitungen und -Zeitschriften der Parteien, der Massenorganisationen und der Institutionen sowie die Nachrichtenagentur ADN, die im Jahr 1946 gegründet worden war. 1989 erschienen 59 Tageszeitungen und 30 Wochenzeitschriften mit einer Gesamtdruckauflage von rund 3,4 Milliarden.

Von den 543 Zeitschriftentiteln, die im gleichen Jahr mit einer Gesamtdruckauflage von 289 Millionen Exemplaren produziert wurden, widmeten sich 12% den Bereichen Freizeit, Kultur und Kunst, dem Sport, der Mode und vielfältigen Hobbys. Ihre Auflage zusammen betrug, gemessen an der Gesamtdruckauflage der Printmedien, immerhin 28,3%.

Für Kinder und Jugendliche brachte unter anderem der Verlag Junge Welt die gleichnamige Tageszeitung heraus. 14 Zeitschriften mit einer Gesamtdruckauflage in Höhe von 75 Millionen Exemplaren erschienen speziell für diesen Altersbereich.

Das Pressewesen der DDR war – wie Funk und Fernsehen auch – hierarchisch gegliedert. Eine Pressefreiheit nach westlichem Muster gab es nicht. Flächendeckend vertrieben wurden vor allem die SED-Organen, die es in jedem Bezirk gab. Überregionale Blätter waren die Zentralorgane der SED und der anderen Blockparteien sowie der Gewerkschaft und des Jugendverbandes. Ihre politische Steuerung erfolgte über die Agitationskommission des Zentralkomitees der SED, die inhaltliche Ausrichtung war wesentlich über die Nachrichtengebung des ADN gewährleistet. Obwohl die Printmedien zielgruppenmässig vielfältig strukturiert waren, war der gesellschaftspolitische Grundtenor für alle gleich. Wenn dennoch einige Farbe ins Meinungsgrau kam, dann durch die Zivilcourage und die Pfiffigkeit nicht weniger Journalisten.

Am 15. Oktober 1946 erlebte die erste DEFA-Produktion «Die Mörder sind unter uns» ihre Premiere. Die Startbedingungen für die «Deutsche Film-AG» (DEFA) am 17. Mai des gleichen Jahres in Potsdam-Babelsberg waren die denkbar besten. Kaum Zerstörungen, ein üppiger Fundus, gut geschulte Fachleute und eine Technik, die den modernsten Anforderungen der damaligen Zeit entsprach. Dies alles erlaubte ein rasches Arbeiten, denn neue Filme wurden gebraucht. Das Bedürfnis nach Kinozerstreuung war in jener Zeit im Wortsinne ein Massenbedürfnis.

Die Besucherzahl betrug 1989 in allen Einrichtungen insgesamt 65 Millionen. Während 1951 jeder Bürger im Durchschnitt 10 mal im Jahr ins Kino ging, war es 1989 nur noch 5 mal. Der starke Rückgang der Filmbesuche hatte neben der Konkurrenz durch das Fernsehen nicht zuletzt das oft sehr eingeschränkte Filmangebot zur Ursache. Viel zu selten gab es sogenannte Kassenfüller, die die Schlangen vor den Kinos anwachsen liessen. Importe wie etwa «Jenseits von Afrika», «Der letzte Kaiser», «Der Name der Rose» waren teuer, aber sie fanden regen Zuspruch beim Publikum.

Das breite Netz von Filmvorführereinrichtungen beinhaltete neben den Filmtheatern eine Vielzahl von Einrichtungen, die Filme vorführten. In Landgaststätten und Kulturhäusern wurden solche Möglichkeiten geschaffen, um der Bevölkerung, vor allem in den ländlichen Gebieten mit gering entwickelter kultureller Infrastruktur, den Filmbesuch zu ermöglichen. Der desolate Zustand der oft sehr alten Filmvorführtechnik schränkte die gewünschte Breitenwirkung mit den Jahren zunehmend ein. Viele Kinos mussten wegen des schlechten Bauzustandes geschlossen werden, andere wurden oft jahrelang restauriert. 1989 gab es neben den 805 Filmtheatern rund 5'000 sonstige Einrichtungen, darunter 438 Freilichtspielstätten, 33 Zeitkinos und 116 Sommerkinos. Während der Urlaubssaison boten sie in den Erholungszentren die Möglichkeit zum Filmbesuch.

Die Eintrittspreise in den Kinos der DDR waren insgesamt sehr niedrig, speziell die Kinder zahlten im Durchschnitt pro Karte nur ganze 50 Pfennige. Kinder und Jugendliche waren stets ein dankbares Publikum. Alle Kinos hatten spezielle Vorstellungen für Kinder und Jugendliche auf dem Spielplan. Daneben gab es 1989 neun Kinder- und Jugendfilmtheater mit insgesamt 11'000 Vorstellungen und 1,2 Millionen Besuchern.

In den DEFA-Studios entstanden seit 1949 pro Jahr etwa 16 Spielfilme für die Kinos, zahlreiche Dokumentar- und Kurzfilme sowie Trick-Filme für das Fernsehen und andere Auftraggeber. Alle im Laufe der

Die DEFA in
Babelsberg – ein fast
schon nostalgischer
Blick auf den Film

Jahre produzierten Filme kamen in das 1955 gegründete «Staatliche Filmarchiv». Diese Einrichtung zählt qualitativ und quantitativ zu den grössten derartigen Einrichtungen der Welt. 1954 übergab die Regierung der UdSSR das bis dahin von ihr verwaltete Filmarchiv mit über 10'000 Spielfilmen an die DDR. Die zum Teil sehr alten Filme besitzen ausserordentlichen kulturhistorischen Wert. Filmklubs und Kulturhäuser haben sich regelmässig aus dem Bestand dieser Einrichtung Werke ausgeliehen. Archivfilmtheater vermittelten zudem ein umfangreiches Angebot der internationalen Filmkunst.

Vom gewerkschaftlich organisierten Urlaub zum begrenzten Tourismus – Reisen als Beitrag zur Lebensqualität

Hans-Ulrich Saretzki und Ursula Krohn

Neben der wirtschaftlichen Tätigkeit des Menschen ist die Regenerierung seiner physischen und psychischen Fähigkeiten eine unbedingte Notwendigkeit und zugleich ein elementares Bedürfnis. Je fortgeschrittener die gesellschaftliche Entwicklung und je grösser die tagtäglichen Anforderungen an den Menschen, desto höher sind auch die Erwartungen, die er an seine Erholung stellt. Auch in der DDR hatten Tourismus, Reisen und Urlaubsgestaltung einen hohen Stellenwert für jeden Bürger.

Mit vertretbarem finanziellem Aufwand sollten Varianten der Erholung im Lande geschaffen werden. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten durch den Aufbau und die Förderung des «Tourismusgewerbes» im Lande wurden viel zu wenig genutzt.

Im Anstieg der Reisen und in der Veränderung des Reise- und Urlaubsverhaltens der Bürgerinnen und Bürger in den letzten vier Jahrzehnten spiegelt sich der allgemeine soziale und wirtschaftliche Wandel im Lande wider. Der natürlichen Neugier des Menschen nach Reisen in andere Länder, dem Kennenlernen und praktischen Erleben anderer Kulturen wurde in bestimmtem Umfang Rechnung getragen. Die Entwicklung des Tourismus wurde geprägt durch eine Reihe von Faktoren, die sich aus der Veränderung des Verhältnisses von Arbeits- und Freizeit ergaben.

1949 war eine wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden die Regel. 1967 wurde die 5-Tage-Arbeitswoche eingeführt und die Wochenarbeitszeit auf 43% Stunden festgelegt. Zehn Jahre später arbeiteten die Arbeitnehmer im Schichtsystem, und das war immerhin jeder 5., 40 Stunden pro Woche. Noch 1949 erhielt jeder Arbeitende einen Mindesturlaub von 12 Tagen. Dieser wurde 1979 auf mindestens 18 Tage ausgedehnt. Darüber hinaus standen den Arbeitnehmern unter bestimmten Voraussetzungen 5 bis 10 Tage Zusatzurlaub zur Verfügung. Seit 1988 wurden jedem Bürger 5 Jahre vor Erreichen des Rentenalters weitere 5 Urlaubstage gewährt.

Ab den 70er Jahren
kam das Reisen
«auf Touren»

In den 50er und 60er Jahren bestimmte die Arbeit sehr wesentlich den Lebensrhythmus der Familie. Erst Anfang der 70er Jahre bekamen die Fragen der Freizeit und des Urlaubs schrittweise mehr Bedeutung und seit einigen Jahren konnte über eine zweite Urlaubsreise im Jahr oder über mehrere Kurzreisen nachgedacht werden.

Neben der wachsenden Freizeit erhöhte sich im Laufe der Jahre auch der für die Freizeit und Urlaubsgestaltung verwendbare Teil des Familieneinkommens – die Ausgaben für Reisen nahmen zu. 1970 hatten $\frac{2}{3}$ aller Haushalte noch ein durchschnittliches monatliches Haushaltsnettoeinkommen unter 1'200 Mark und nur 2% der Haushalte mehr als 2'000 Mark. Im Jahre 1988 sah das ganz anders aus. Nur noch 17% hatten weniger als 1'200 Mark, fast die Hälfte aller Haushalte konnte über mehr als 2'000 Mark an Monatseinkünften verfügen.

In den 50er und 60er Jahren wurde überwiegend mit dem Zug verreist. In den 70er und 80er Jahren konnten die Reiseströme, vor allem in den Winter- und Sommerferien, zu Weihnachten und Ostern durch die Deutsche Reichsbahn nicht mehr mit dem Normalfahrplan realisiert werden. Zu den Hauptreisezeiten wurden eine Reihe von Sonderzügen auf den einzelnen Schienenverbindungen eingesetzt. Nicht immer war es möglich, eine Platzkarte zu erwerben. Wem dies nicht gelang, der musste seine Reise ohne Service und im Stehen antreten.

Für immer mehr Bürger wurde das Auto zum Hauptverkehrsmittel für ihren Urlaub. Die Motorisierung blieb zwar wesentlich hinter der westlicher europäischer Staaten zurück, nahm aber doch stetig zu. Hatten 1970 von 100 Haushalten erst 16 einen Pkw, so waren es 1988 doch schon 52 von 100 Haushalten.



Mit dem spürbaren Versuch, insbesondere seit Anfang der 80er Jahre, den Auslandstourismus zu entwickeln, kamen auch das Flugzeug und das Schiff als Beförderungsmittel für die Reise in den Urlaub mehr zur Geltung. Nach Ungarn, Bulgarien, in die Sowjetunion wurde in den Urlaub geflogen, wenn man nicht mit dem eigenen Pkw fuhr. In die Sowjetunion, nach Polen, Kuba oder ans Schwarze Meer, aber auch innerhalb der Sowjetunion waren Urlaubsreisen auf dem Schiff möglich und beliebt.

Das Ziel der Tourismuspolitik in der DDR bestand nicht in der Entwicklung des Fremdenverkehrs als Wirtschaftsfaktor. Es ging vielmehr darum, einem breiten Kreis der Bevölkerung einen Urlaub zu ermöglichen. Und dies trotz der sehr eingeschränkten Reisemöglichkeiten für die übergrosse Mehrheit aller Bürgerinnen und Bürger. Bis Anfang der 70er Jahre war dieser Staat völkerrechtlich nur von den osteuropäischen Ländern anerkannt. In andere Länder gab es wegen der sehr strengen und eng gestalteten Grenzregelungen praktisch keine Ausreisemöglichkeiten. In den 70er und 80er Jahren erlaubten zwischenstaatliche Abkommen den visafreien Reiseverkehr lediglich mit Polen, der Tschechoslowakei, Bulgarien und Ungarn. Für jede Reise in ein anderes osteuropäisches Land musste man sich ein entsprechendes Einreisevisum besorgen und bei den eigenen Polizeidienststellen ein Ausreisevisum beantragen. Für Reisen in westliche Staaten wurden nur in ganz wenigen Ausnahmefällen Ausreisedokumente bewilligt.

Neben den politischen Gründen wirkten natürlich auch ökonomische. Der akute Mangel an konvertierbaren Devisen führte zu weiteren Einschränkungen der Reisemöglichkeiten. Die inländische Währung war nicht frei tauschbar gegen eine beliebige ausländische Währung. Selbst für die osteuropäischen Länder gab es Limite für den Geldumtausch in tschechische Kronen, ungarische Forint oder bulgarische Lewa und sowjetische Rubel. Zollbestimmungen liessen darüber hinaus je Reisenden nur eine bestimmte Menge an Mark der DDR zur Ausfuhr zu. Damit war eine unter komplizierten Bedingungen organisierte Auslandsreise für jeden Bürger immer auch eine Rechenaufgabe hinsichtlich seiner finanziellen Ausstattung für einen solchen Urlaub. So war es bei vielen Privatreisen in Länder wie Polen, Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien gang und gäbe, Nahrungsmittel im Reisegepäck zur Selbstverpflegung mitzunehmen. Damit wurden zum einen die häufig begrenzt vorhandenen finanziellen Mittel eingespart. Zum anderen gab es in Ländern wie Polen und Rumänien zeitweise Probleme bei der ausreichenden Versorgung mit Nahrungsmitteln.

Internationale
Isolierung und
chronische
Devisenknappheit
behinderten die
Reiselust

Erst Anfang der 80er Jahre konnte man davon sprechen, dass es zwar sehr vorsichtige, aber doch spürbare Versuche gab, den Auslandstourismus zu entwickeln. Bis dahin war die Tourismuspolitik sehr stark ausgerichtet auf die Entwicklung des Inlandtourismus. Wenn die Bürger nach ihren Urlaubswünschen befragt wurden, hatte meistens die Erholung am Wasser oder in den Bergen Vorrang. Dementsprechend kristallisierten sich im Inlandtourismus auch als Haupturlaubsgebiete die Ostsee, der Thüringer Wald, das Erzgebirge, die Mecklenburgische Seenplatte, der Harz und das Elbsandsteingebirge heraus.

Natürlich konnten bei der Orientierung auf Erholung im Inland und Begrenzung in der Bereitstellung von Auslandsreisen viele Urlaubswünsche nicht durch organisierte Feriengestaltung erfüllt werden. Hinzu kam die zeitliche Ballung infolge der landesweit einheitlichen Ferientermine. Hauptsächlich in den Sommerferienmonaten Juli und August konnte die Nachfrage weder qualitativ noch quantitativ durch das entsprechende Angebot gedeckt werden. Sie war so gross, dass es nie für alle reichte. Und wer seinen Urlaubsplatz erhalten hatte, der war zeitlich genau festgelegt. Eine Verschiebung entsprechend individueller Vorstellungen war selten möglich. Der nächste Durchgang von Urlaubern stand schon vor der Tür.

Favorisiertes Reiseziel war stets die Ostseeküste. Schon unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg gab es die ersten Anzeichen für diese Entwicklung. In einer Zeit, wo viele Menschen ums Überleben kämpften, es kaum geregelte Arbeit gab, sich alles im Aufbau befand, verlebten 1946

Traditionelles Reiseziel: Ostsee



Auslandsreisen führten hauptsächlich in andere sozialistische Staaten – Grenzübergang nach Polen (1990)

Foto: Bundesbildstelle Bonn

die ersten 26'000 offiziellen Gäste in den Ostseebädern ihren Urlaub oder waren zur Kur angereist. 4 Jahre später hatte sich die Gästezahl schon fast verzehnfacht, trotz der immer noch schlechten wirtschaftlichen Lage im Lande. 1961 erholten sich über 1 Million Menschen an der Küste. 1989 verbrachten 3,5 Millionen Erholungssuchende ihren Urlaub im Ostseebezirk Rostock. Neben dem Badespass hat diese Region eine ausgesprochen sehens- und erlebenswerte Natur. Ausser den Inseln Rügen, Hiddensee oder Poel, den Halbinseln Usedom und Darss sind die Boddengewässer ein beliebtes Reiseziel.

Unter planwirtschaftlichen Bedingungen wurde die Verantwortung für die Umsetzung der Tourismuspolitik verschiedenen sogenannten Ferienträgern übertragen. Diese waren jeweils für einen abgegrenzten konkreten Teil des Erholungswesens zuständig.

Dabei handelte es sich um

- das betriebliche Erholungswesen,
- den Ferientdienst der Gewerkschaften,
- das staatliche Reisebüro,
- das Jugendreisebüro sowie die Jugenderholungseinrichtungen,
- das öffentliche Beherbergungswesen einschliesslich der Campingplätze.

Einer der bedeutendsten Ferienträger war das betriebliche Erholungswesen. Es gehörte zum Prestige und guten Ruf eines jeden Unternehmens der Wirtschaft, über eigene Urlaubskapazitäten in landschaftlich schöner Umgebung zu verfügen.



Die Ostseeküste war beliebtestes Inlandsreiseziel – Badespass am Strand von Binz, Bugen (1962)

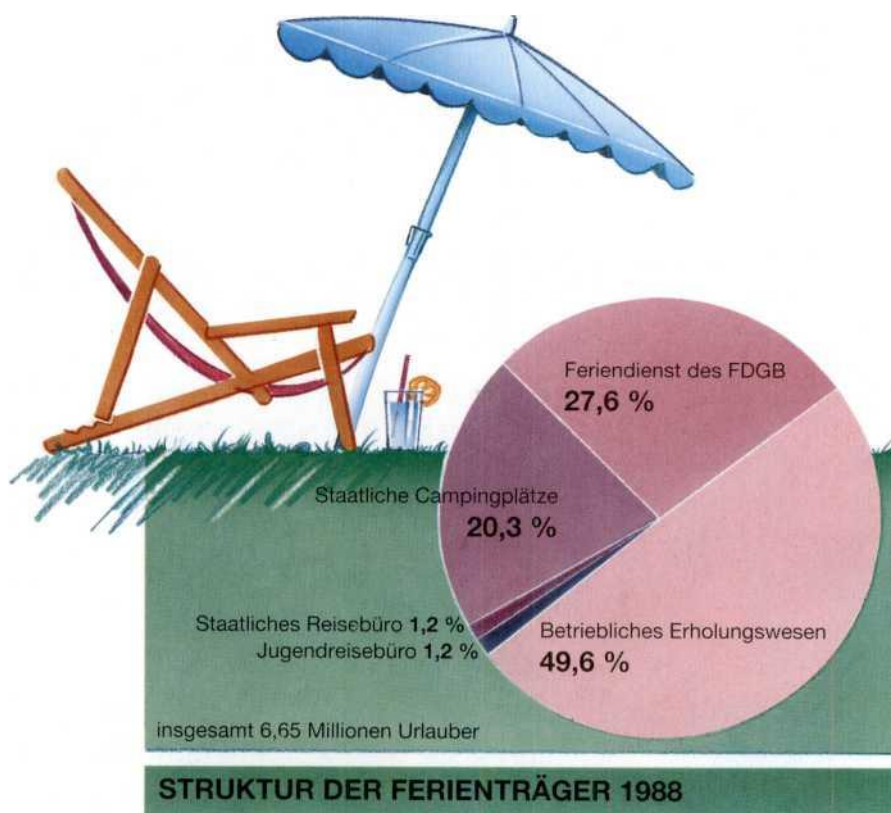
Foto: Zentralbild

Urlaubsorganisatoren hauptsächlich Betriebe und Gewerkschaften

Je nach Grösse und Bedeutung des Unternehmens wurden diese Beherbergungseinrichtungen aus betrieblichen Sozialfonds geschaffen und bewirtschaftet und standen vorrangig den eigenen Arbeitern und Angestellten zur Verfügung. Da diese Heime insbesondere ausserhalb der üblichen Urlaubszeit oft unterbelegt waren und die vom Werkstätigen zu zahlenden Preise nicht die Kosten für Unterbringung, Verpflegung und Betreuung deckten, waren die finanziellen Belastungen zum Erhalt der betrieblichen Beherbergungseinrichtungen häufig sehr hoch. Sie wurden jedoch aus dem speziell durch die Betriebe eingerichteten Fonds gezahlt, um den Werkstätigen die Möglichkeit der Erholung zu gewähren.

Vielen gelang es nicht, ihr gewähltes Reiseziel, sei es mittels eines Ferienschecks des ehemaligen FDGB, sei es als eine private Auslands- oder Inlandsreise, zu buchen. So fuhren sie dann auch ein zweites oder drittes Mal in eine Erholungseinrichtung ihres eigenen Unternehmens. 1988 bestanden rund 75'000 solcher Einrichtungen mit über 400'000 Plätzen.

Knapp die Hälfte waren Bungalows mit durchschnittlich 4 bis 5 Betten. Darüber hinaus gab es rund 26'000 Wohnwagen, Zelte und Wohnmobile, die sehr häufig auf Campingplätzen fest für die ganze Saison





Ein «Muss» für jeden grösseren Betrieb – Urlaubsquartiere in landschaftlich reizvoller Gegend für die Betriebsangehörigen

Foto: Bundesarchiv

aufgestellt waren. Neben diesen Urlaubsobjekten kleinerer Art existierten aber auch 2'200 Erholungs- und 400 Schulungsheime mit durchschnittlich mehr als 30 Betten.

3,3 Millionen Urlaubsreisen wurden 1988 in diese Einrichtungen unternommen. Der Reisende blieb im Durchschnitt für 14 Tage. Ein Drittel der betrieblichen Erholungseinrichtungen lag wiederum im Küstenbezirk Rostock. In der Gunst der Unternehmen bei der Wahl des Standortes eines solchen Urlaubsdomizils folgten die Bezirke Potsdam und Neubrandenburg.

Um zu verhindern, dass die Mitarbeiter Jahr für Jahr in dieselbe Gegend und dasselbe Urlaubsgebiet fuhren, entwickelte sich zwischen den Unternehmen ein reger Tausch von Urlaubsplätzen und eine Vermietung und Verpachtung eigener Einrichtungen.

Als eine Alternative für die Urlaubsgestaltung blieb der Antrag auf eine Gewerkschaftsreise. Über 95% aller Arbeitenden in der DDR waren in der Einheitsgewerkschaft FD GB organisiert. Diese Gewerkschaft schuf im Laufe der vier Jahrzehnte ihrer Existenz einen umfangreichen Feriendienst. Er verfügte 1989 in 698 eigenen Heimen über 57'366 Betten, hatte mit weiteren 428 Erholungseinrichtungen und Hotels vertragliche Beziehungen. Insbesondere nach 1970 wurde eine Reihe von grossen Objekten aufgebaut, so z.B. in Friedrichroda, Binz, Rheinsberg, Oberhof, Schmiedefeld, Wernigerode, Waren und Zippendorf. Bei der Verteilung von Reisen in diese neuen Heime erhielten Produktionsbetriebe generell einen grösseren Anteil als der Verwaltungs-

Schiffsreisen für «handverlesene» Urlauber

apparat. Insbesondere Grossbetriebe in Arbeiterzentren wie Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz), Leipzig und Dresden wurden stärker bedacht.

Als eine besondere Attraktion des Feriendienstes galten die Schiffsreisen. Bereits am Anfang der 70er Jahre erholten sich bis zur Ausserdienststellung auf dem Ferienschiff «Fritz Heckert» jährlich rund 5'000 Urlauber. Mitte der 80er Jahre wurde das durch die Fernsehserie «Traumschiff» bekannt gewordene Schiff von der «Deutschen Seereederei» der DDR übernommen und unter dem Namen «Arkona» durch den gewerkschaftlichen Feriendienst gepachtet. Die Reisen auf der Ostsee nach Leningrad (heute St. Petersburg), nach Finnland, ins Mittel- und Schwarze Meer, aber besonders nach Kuba waren Publikumsrenner. 1988 konnten 10 930 Schiffsreisen an Arbeitnehmer vergeben werden.

Im Zusammenhang mit der staatlichen und gewerkschaftlichen Förderung der Familienpolitik wurde durch den gewerkschaftlichen Feriendienst besondere Aufmerksamkeit auf die Reise- und Urlaubsmöglichkeiten für sozial Schwächere gerichtet. 1988 wurden so für Familien mit 3 und mehr Kindern mehr als 130'000 Reisen vergeben.

Während im betrieblichen Erholungswesen überwiegend kleinere und mittlere Objekte dominierten, verfügte der gewerkschaftliche Feriendienst über grössere Einrichtungen mit durchschnittlich mehr als 120

Ein unerfüllter Wunsch für viele in Ost und West: Kreuzfahrt mit dem «Traumschiff MS Arkona»

Foto: ADN



Betten. Im betrieblichen Bereich hingen der Service und auch die Verpflegungsmöglichkeiten von der Leistungskraft jedes einzelnen Unternehmens ab. In den gewerkschaftseigenen Heimen war im Normalfall eine Vollverpflegung gesichert, und insbesondere in den neuen Heimen bestand ein breites Angebot für die Freizeitgestaltung. Die Urlauber konnten Schwimmen gehen, die Sauna benutzen, fernsehen oder in der Bibliothek ein Buch entleihen. Organisierte Wanderungen und Ausfahrten standen ebenso zur Wahl wie Teilnahme an Heimatabenden oder geselligen Feiern. Ferienplätze sowohl in betrieblichen als auch gewerkschaftlichen Objekten wurden im jeweiligen Unternehmen durch die dortigen gewerkschaftlichen Ferienkommissionen vergeben. Sie wurden aus gewerkschaftlichen und betriebseigenen Fonds stark subventioniert und zu relativ niedrigen Preisen angeboten, z.B. kostete die Reise einer Familie mit 2 Kindern für 14 Tage in ein Gewerkschaftsheim mit Vollverpflegung etwa 300 Mark. Vor allem in den 60er und 70er Jahren waren diese Formen der Urlaubsgestaltung sehr gefragt.

Mit den zunehmenden finanziellen Möglichkeiten der Bürger sowie dem wachsenden Zeitfonds für Urlaub und Erholung wuchs auch der Bedarf an Reisen bei der Bevölkerung. Unternehmen und Gewerkschaften konnten mit ihren Kapazitäten bei dieser Nachfrage nicht mehr Schritt halten. Sie vergaben zwar 1989 an 5,4 Millionen Arbeitnehmer Urlaubsplätze. In den letzten Jahren konnte aber nicht jeder Antragsteller jedes Jahr einen Platz erhalten. Viele Ferienkommissionen in den Betrieben gingen deshalb dazu über, die attraktivsten Urlaubsreisen als eine Auszeichnung an die Arbeitnehmer zu vergeben.

Ausgeprägt war neben den organisierten Reisen auch der Wunsch vieler Bürger, den Urlaub möglichst naturverbunden, auf einem Campingplatz zu erleben. Hierfür gab es ein grosses Angebot in landschaftlich schöner Umgebung mit knapp 400'000 Plätzen auf über 500 Zeltplätzen. Sehr gerne angenommen wurden diese Einrichtungen an der Ostsee, an der Mecklenburgischen Seenplatte und in den brandenburgischen Wiesen und Wäldern.

Im Jahre 1988 hatten zweieinhalb Millionen Bürger diese Urlaubsart gewählt und blieben im Durchschnitt 14 Tage am «Busen der Natur». Knapp 900'000 von ihnen waren dabei in mobilen Wohnwagen und Zelten ihrer Unternehmen untergebracht. Leider entsprachen auch auf den Campingplätzen die angebotenen Kapazitäten oft nicht der Nachfrage. In besonders schönen und erholsamen Gegenden mussten die Urlauber ihren Anspruch schon ein halbes Jahr im Voraus anmelden. Bei

2½ Millionen
«Camping-Freunde»

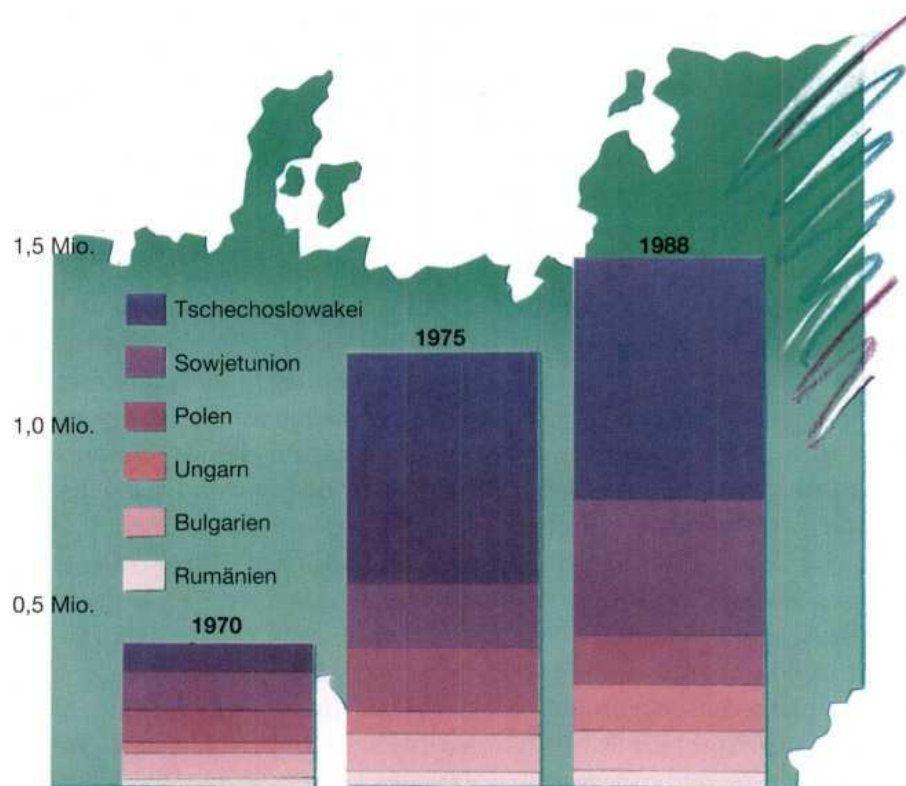
hervorragendem Wetter und besten Urlaubsbedingungen war oft ein Längerbleiben von 3 bis 4 Tagen nicht möglich.

Wer seinen Urlaub aktiver verbringen und gleichzeitig Land und Leute kennenlernen wollte, dem standen 246 Jugendherbergen zur Auswahl. Für ein ganz geringes Entgelt konnte der Wanderer hier tageweise unterkommen. Vor allem Kinder- und Jugendgruppen zog es in diese Quartiere. 1988 übernachteten hier 1,2 Millionen und blieben 3 bis 4 Tage in solchen Herbergen, bevor sie sich wieder auf Wanderschaft begaben.

In den 70er Jahren setzte sich international die diplomatische Anerkennung der DDR durch. Das waren für die DDR die rechtlichen Voraussetzungen, auch den Auslandstourismus zu entwickeln. Hier fungierten als Ferienträger das staatliche Reisebüro der DDR und das Jugendreisebüro «Jugendtourist».

1970 wurden knapp 500'000 Auslandsreisen an die Bürger verkauft, bis 1988 stieg die Zahl auf 1,5 Millionen. Hinter der Verdreifachung der Auslandsreisen in den letzten 20 Jahren verbarg sich vor allem der Wunsch vieler Bürger, in ihrem Urlaub neue Eindrücke zu sammeln, ein Stück der Welt kennenzulernen. Immerhin unternahm jeder elfte Bürger dieses Staates 1988 eine Auslandsreise. Sehr zum Leid der Reiselustigen führten allerdings über 90% dieser Reisen in andere sozialis-

1,5 Millionen
Auslandsreisende



AUSLANDSREISEN NACH HAUPTZIELLÄNDERN

tische Staaten. Hauptreiseziele lagen vor allem in der Tschechoslowakei mit mehr als der Hälfte aller Urlaubsreisen, gefolgt von der Sowjetunion, Polen und Ungarn.

Erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre wurden durch die beiden Reisebüros auch Reisen in west- und nordeuropäische Staaten angeboten, so z.B. nach Österreich, Finnland, Frankreich und in die Bundesrepublik Deutschland. Die Preise des Reisebüros der DDR waren nicht subventioniert. Trotz dieses sehr teuren Urlaubsvergnügens war die Nachfrage nach allen Auslandsreisen sehr gross. Zu Beginn des Verkaufs dieser Reisen bildeten sich vor allen Filialen des Reiseunternehmens immer wieder lange Warteschlangen. Glücklicherweise, wer seinen Urlaubswunsch im Ausland auch nur annähernd erreichte. Dem angestauten Bestreben nach «Reisen in den Westen» konnte durch die staatlich verordneten Restriktionen zur Grenzregelung natürlich in gar keiner Weise entsprochen werden.

Schwerpunkt der Tourismuspolitik in diesem Staate war immer die Schaffung von Urlaubs- und Erholungsmöglichkeiten für alle seine knapp 9 Millionen Arbeitnehmer. Durch staatliche Planungs- und Regelmechanismen wurden die für die Umsetzung der Tourismuspolitik zuständigen Ferienträger in unterschiedlicher Masse gefördert und beeinflusst. Erst an zweiter Stelle stand die Frage, den Wirtschaftszweig Tourismus zu entwickeln. Daraus resultierte, dass Randbereiche der Tourismusbranche, wie beispielsweise das Gastgewerbe, die Sport- und Freizeitunternehmen, aber auch die Kultur- und Unterhaltungsbereiche sehr oft stark vernachlässigt wurden. Für diese Zweige gab es eigene, teilweise von der Tendenz her sogar gegenläufige Entwicklungs- und Planungsrichtlinien. So wurden z.B. in der Nähe von Campingplätzen und auch in bevölkerungsärmeren aber landschaftlich schönen und deshalb für den Urlauber gefragten Gegenden die Zelt- und Freilichtkinos oder der Landfilm sehr gerne als Unterhaltungsmöglichkeit angenommen und gut besucht. Aus Gründen der Kosteneinsparung und der Reduzierung des Benzinverbrauchs wurden diese Einrichtungen vor allem Anfang der 80er Jahre jedoch immer seltener bedient.

Ähnliche Probleme traten in der Gastronomie auf. Vor allem bei der Errichtung grösserer Erholungseinrichtungen waren die örtlichen Gastgewerbeunternehmen völlig überfordert gewesen. Als Ausweg aus dieser Misere wurde vor allem durch die betrieblichen und gewerkschaftlichen Ferienträger bei der Errichtung ihrer Erholungsobjekte gleich die eigene Gaststätte, das eigene Schwimmbad oder die Sauna, die Kegelbahn mitgebaut und betrieben.

Tourismus – ein unterentwickelter Wirtschaftszweig

*Tourismus galt als Sozialpolitik und wurde von Betrieben und «FDGB» organisiert
Oben: «Urlauberschichtwechsel» im Erholungskomplex «Talsperre Zeulenroda» (1983)*

Foto: ADN



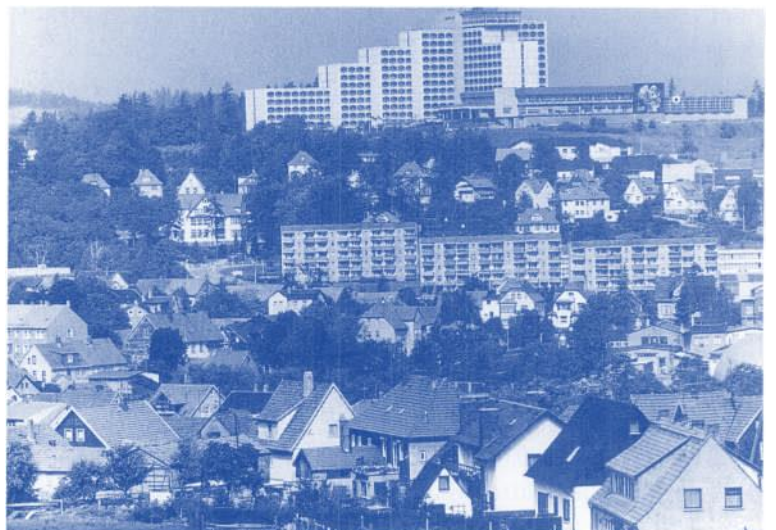
Mitte: Zünftige Massengymnastik im FD GB-Erholungsheim «Georgi Dimitroff» (1980)

Foto: ADN



Unten: Erholungsheim «August Bebel» (Hintergrund) in Friedrichsroda, Thüringen (1986)

Foto: ADN



Wenn ein grösseres Unternehmen für seine Arbeiter und Angestellten an einem See eine Bungalowsiedlung erbauen wollte, musste es unter Umständen für den Strom- und Wasseranschluss dieses Gebietes selbst sorgen, eventuell eine eigene Gaststätte errichten und betreiben. Damit lag ein Teil der Entwicklung der Infrastruktur in einem solchen Erholungsgebiet in der Verantwortung des Ferienträgers.

Durch diese Form der Organisation des Tourismus war es auch für einen Ausländer recht kompliziert, seinen Urlaub in diesem Land zu verbringen. 1988 bestanden nur rund 450 öffentliche Hotels oder Pensionen mit ca. 40'000 Betten. Ausländische Gäste waren im Wesentlichen darauf angewiesen, über das staatliche Reiseverkehrsunternehmen eine Reise zu erwerben. Erst Mitte der 70er Jahre wurde begonnen, diesen Teil des Tourismus langsam zu fördern und Hotels mit entsprechendem Service auszustatten, um auch mehr und mehr ausländische Gäste anzulocken. Von 1965 bis 1975 konnte das Reisebüro jährlich 600'000 bis 700'000 Ausländer begrüßen. In den nächsten zehn Jahren verdoppelte sich diese Zahl. 1988 kamen 1,2 Millionen Gäste aus dem Ausland und dem anderen Teil Deutschlands, um ihren Urlaub hier zu erleben. Die Hälfte davon reiste aus den westlichen Ländern an, insbesondere aus der Bundesrepublik Deutschland, Schweden, Grossbritannien, den USA, Österreich und Dänemark. Die Mehrzahl war in den 32 Interhotels mit entsprechendem Komfort abgestiegen. Knapp 200'000 zog es aber ganz nah in die Natur, sie stellten ihren Wohnwagen oder das Zelt auf einen Campingplatz und erholten sich dort im Durchschnitt eine Woche.

Nach der Wende 1989 orientierte sich der Tourismus erwartungsgemäss völlig neu. Sehr viele Bürger nutzen die jetzt entstandene Chance einer Auslandsreise in den Süden und Westen. Sie wollen sich am Mittelmeer in der Sonne erholen oder fremde Länder kennenlernen. Der jahrzehntelang angestaute Reisewunsch kann nun in Erfüllung gehen. Eine Inlandreise steht erst weiter hinten auf dem Wunschzettel und wenn, dann auch zuerst in die alten Bundesländer.

Viele Gemeinden in den neuen Bundesländern beginnen, den Tourismus für sich als einen bedeutenden Wirtschaftszweig zu entdecken. Sie fördern die Entstehung und die Verbesserung von Beherbergungseinrichtungen. Noch besteht ein grosser Investitionsbedarf, um eine Infrastruktur zu schaffen, die auch einem Tourismus mit dem entsprechenden Komfort eine gute Existenzchance gibt.

Nach der «Wende»
Erfüllung angestauter
Reisewünsche